Tobias Hollitzer

Der Rollen- und Funktionswandel von Aufarbeitungsinitiativen seit der friedlichen Revolution 1989/90 am Beispiel des Bürgerkomitees Leipzig

1. Vorbemerkungen
1.1. Autobiographische Anmerkungen
1.2. Zur Fragestellung
1.3. Begriffsbestimmung
1.3.1. Staatssicherheit
1.3.2. Friedliche Revolution oder Wende?
1.3.3. Bürgerkomitee Leipzig
1.3.4. Genus der Funktionsbezeichnungen
1.4. Zum Forschungsstand
1.4.1. Bürgerkomitees und Auflösung der Staatssicherheit
1.4.2. Die Runden Tische
1.5. Zur Quellenlage

2. Vorbedingungen und Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig unter dem alten Regime
2.1. Die allgemeine Situation in Leipzig
2.2. Die Forderungen nach Auflösung der Staatssicherheit im Laufe des Jahres 1989
2.3. Die Besetzung der Staatssicherheit in Leipzig am 4. Dezember
2.3.1. Die politische Situation
2.3.2. Ein Gespräch beim Leiter des AfNS in Berlin
2.3.3. Die weitere Entwicklung in Leipzig
2.4. Die Etablierung des Bürgerkomitees Leipzig als Kontrollorgan und Stabilitätsfaktor
2.4.1. Leipziger Bürger kommen wieder – der Tag nach der Besetzung
2.4.2. Das Ende der Leipziger Stasi wird ausgehandelt – 06.12.1989
2.4.3. Das Bürgerkomitee der Stadt Leipzig gründet sich
2.5. Der Beginn einer kontinuierlichen Auflösung und der Kampf des Staates dagegen
2.5.1. Die kontrollierte Auflösung der Kreisämter und Außenstellen in der Stadt Leipzig
2.5.2. Die Regierung Modrow schürt auf einer Pressekonferenz Hysterie und droht mit dem Ausnahmezustand
2.5.3. Pressekonferenz in Leipzig zum Stand der Auflösung
2.5.4. Versuch der Regierung Modrow, über die Regierungsbeauftragten die Aktenvernichtung erneut zu forcieren

2.5.5. Die Etablierung einer Aktensichtungskommission in Leipzig
2.5.6. Die erste Montagsdemonstration nach der Besetzung
2.6. Die Umwandlung des AfNS in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst der DDR
2.6.1. Ein unabgestimmter Vorschlag an die Regierung Modrow
2.6.2. Kritik innerhalb des Bürgerkomitees an der eigenen Arbeit und die weitere Profilierung
2.6.3. Die weitere Auflösungsarbeit in Leipzig bis zum Jahreswechsel
2.6.4. Die weitere Entwicklung bis zum Jahreswechsel
2.7. Der Kampf von SED-PDS und Regierung um den Verfassungsschutz
2.7.1. Die Kampagne „Wir gegen rechts“ als Begründung für einen Verfassungsschutz der DDR
2.7.2. Das erste DDR-weite Treffen der Bürgerkomitees der Bezirke in Leipzig
2.7.3. Ausweitung der Kontrolle auf die Archive des Nationalen Verteidigungsrates, der SED und der Abteilungen Inneres der örtlichen Räte
2.7.4. Die Absicherung der weiteren Arbeit des Bürgerkomitees
2.7.5. Die weitere Arbeit der Aktensichtungskommission
2.8. Die Regierung muß die endgültige Auflösung der Staatssicherheit und ihrer Nachfolgeeinrichtungen beschließen
2.8.1. Die Ausweitung der in den Bezirken und Kreisen begonnenen Auflösung auf die Zentrale der Staatssicherheit in Berlin
2.8.2. Versuche der Staatssicherheit, sich der kontrollierten Auflösung zu entziehen
2.8.3. Die Auflösung der konspirativen Objekte
2.8.4. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig beschließt eine Sondersitzung
2.8.5. Weitere Arbeit des Bürgerkomitees
2.9. Versuche der Regierung Modrow, den Begriff Bürgerkomitee zu instrumentalisieren und deren Handlungsspielräume zu reglementieren
2.9.1. Umwandlung der Nationalen Front in eine „nationale Bürgerbewegung“
2.9.2. Weiterarbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion als „Komitee für Volkskontrolle“
2.9.3. Gesetzliche Regelungen für die Arbeit der Bürgerkomitees
2.10. Der Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990 zur Bildung des staatlichen Auflösungskomitees
2.10.1. Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990 und der Kampf um weitere Arbeitsmöglichkeiten der Bürgerkomitees
2.10.2. Der Bezirksarbeitsstab Leipzig des staatlichen Auflösungskomitees nimmt seine Arbeit auf

3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß
3.1. Erste Gespräche und Dialogveranstaltungen im Oktober und November
3.2. Die Entstehung der Runden Tische in Leipzig

3.3. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig
3.4. Der Runde Tisch der Stadt Leipzig
3.5. Verhältnis des Bürgerkomitees zu den Runden Tischen

4. Weiterarbeit unter der frei gewählten Regierung de Maizière
4.1. Übergangsphase bis zur Regierungsbildung
4.2. Auch die neue Regierung mit Innenminister Diestel kämpft gegen eine kontrollierte Auflösung
4.2.1. Innenminister Diestel erklärt die Tätigkeit der Bürgerkomitees für beendet
4.2.2. Verhinderung weiterer Aktenvernichtung
4.2.3. Vorschläge des Bürgerkomitees zum weiteren Umgang mit den Akten
4.2.4. Der Ministerratsbeschluß über weitere Maßnahmen zur Auflösung des MfS/AfNS vom 16.05.1990
4.2.5. Der Untersuchungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung
4.3. Der Volkskammerausschuß zur Kontrolle der Auflösung und das Volkskammergesetz zum Umgang mit den Daten des MfS/AfNS
4.4. Das Bürgerkomitee streitet weiter für öffentliche Aufarbeitung
4.4.1. Buchveröffentlichung „Stasi intern“
4.4.2. Die Ausstellung „Stasi - Macht und Banalität“

5. Engagement im vereinigten Deutschland
5.1. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im vereinigten Deutschland, dessen Novellierungen einschließlich der Aktenschließungsdiskussionen
5.1.1. Der Gesetzentwurf der Bürgerkomitees
5.1.2. Die gemeinsame Länderkommission
5.1.3. Die weitere Diskussion bis zur Verabschiedung des StUG
5.1.4. Aktenschließungsdiskussionen und StUG-Novellen
5.2. Weiterarbeit als eingetragener Verein
5.2.1. Politische Aktionen
5.2.2. Sammlungen und Dokumentation
5.2.3. Beteiligung an der politischen Meinungsfindung
5.3. Das Museum in der „Runden Ecke“
5.3.1. Geschichte des Hauses
5.3.2. Museumskonzeption
5.3.3. Sonderausstellungen
5.3.4. Führungen
5.3.5. Wanderausstellung
5.4. Das Projekt „Museum im Stasi-Bunker“
5.5. Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
5.5.1. Allgemeine Veranstaltungen
5.5.2. Seminar zum 5. Jahrestag der Besetzung
5.5.3. Beteiligung an der EXPO 2000

6. Konklusion

7. Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, der sich aus der Expertise ergibt

Literaturverzeichnis

Allgemeine Abkürzungen

Abkürzungen der Archive

Tabellenverzeichnis

Editorische Vorbemerkung

Verzeichnis der Dokumente

1. Vorbemerkungen

1.1. Autobiographische Anmerkungen

Die in der vorliegenden Expertise beschriebenen Ereignisse habe ich selbst vom ersten Tag an miterlebt und mich daran aktiv beteiligt. So scheint es mir sinnvoll, einige biographische Notizen an den Anfang zu stellen.

Ich bin Jahrgang 1966, in Leipzig geboren und in einer protestantischen Familie aufgewachsen. Ausgehend von der Erziehung im Elternhaus kam ich über die Junge Gemeinde an der Thomaskirche unter dem Diakon Hans-Joachim Döring und der Arbeit in verschiedenen Leipziger Umweltgruppen zu meinem gesellschaftskritischen Engagement. Die Verweigerung der Mitgliedschaft in der Pionierorganisation und der FDJ sowie die Ablehnung der vormilitärischen Ausbildung versperrte mir den Weg zu Abitur und Hochschule. Mein Umweltengagement entsprang vor allem der katastrophalen Situation in meiner Heimatstadt Leipzig. Es zeigte mir sehr schnell die Grenzen eigenständigen politischen Handelns in der DDR auf. Die Entwicklungen des Jahres 1989 habe ich sehr bewußt wahrgenommen und zum Teil mitgeprägt. So war ich wesentlich an der Vorbereitung der Veranstaltung „Eine Hoffnung lernt gehen – Pleißepilgerweg 1989“ beteiligt.

Als im Anschluß an die Montagsdemonstration am 04.12.1989 die Leipziger Stasi-Zentrale, die „Runde Ecke“, besetzt wurde, erinnerte ich mich eines weiteren verdächtigen Objektes. Dieses Gebäude besichtigten wir wenige Stunden später und versiegelten es, da es sich als die Kreisdienststelle für Staatssicherheit Leipzig-Stadt entpuppte. Jene Nacht war der Anfang meines Engagements für die Auflösung der Staatssicherheit und später für den Erhalt und die Nutzung der Akten. Mein Motiv war vor allem, die wirklichen Zusammenhänge und Fakten öffentlich bekannt zu machen, „damit hinterher keiner sagen kann, er habe es ja nicht gewußt“. Andererseits genoß ich auch die Chance, endlich mein gesellschaftliches Umfeld aktiv mitgestalten zu können. Nachdem ich im Mai von meiner damaligen Arbeitsstelle nicht weiterbeschäf-

tigt wurde, übernahm ich die Funktion des „Archivbeauftragten für Leipzig“ und wurde auf Anregung des Volkskammerausschusses für die Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS durch die Bezirksverwaltungsbehörde Leipzig angestellt.

Seit dem 03.10.1990 arbeite ich in der Behörde des Sonderbeauftragten und späteren Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Auch im Bürgerkomitee Leipzig, das sich zwischenzeitlich als e.V. konstituiert hat, arbeite ich noch immer aktiv an der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Diktatur.

Dieser persönliche Bezug zum Thema ist eine große Chance, birgt aber auch die Gefahr allzu großer Subjektivität. Da aber jeder Forscher zwangsläufig einen persönlichen Standpunkt zu den von ihm bearbeiteten historischen Ereignissen einnimmt, ist dies nicht problematisch, solange das „erkenntnisleitende Interesse“ deutlich und der objektivierende Maßstab wissenschaftlichen Arbeitens angelegt wird. Um beides ist der Autor bemüht.

1.2. Zur Fragestellung

Im Rahmen der vorliegenden Expertise soll der Rollen- und Bedeutungswandel von Aufarbeitungsinitiativen am Beispiel des Bürgerkomitees Leipzig untersucht werden. Es ist gefordert, hierbei die Runden Tische des Bezirkes Leipzig und der Stadt Leipzig sowie die Auflösung des MfS als wesentliche Elemente des Aufarbeitungsprozesses zu untersuchen. Ebenso sollen die näheren Umstände der Auflösung der Staatssicherheit am Beispiel der Stadt und des Bezirkes Leipzig zur historischen Einordnung der Gründung des Bürgerkomitees Leipzig beleuchtet werden. Weiterhin ist auf die Gründung, Rolle und Funktion des Bürgerkomitee Leipzig damals, heute und zukünftig, das Selbstverständnis, die tatsächliche Bedeutung und eventuelle Änderungen oder Abweichungen einzugehen sowie der zeitgeschichtliche Vorgang zu bewerten und Erkenntnisse hieraus zu ziehen.

Diese Erwartung ist im vorgegeben Umfang nicht zu erfüllen, so daß die vorliegende Arbeit umfangreicher ist. Eine tief gestaffelte Gliederung und der Dokumentenanhang sollen dies etwas ausgleichen.

Ich stelle die Auflösung der Staatssicherheit als eine wesentliche Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit der von Egon Krenz als Wende geplanten[1] gesellschaftlichen Veränderungen in der ehemaligen DDR vor dem Hintergrund der

1 Egon Krenz stellte die auf der Straße erkämpften Veränderungen in seiner ersten Rede als neu gewählter Staatsratsvorsitzender der DDR vor der Volkskammer am 24.10.1989 als Verdienst der SED dar. Er sagte: „Die 9. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat eine Wende in der Entwicklung unserer Arbeiter- und Bauern-Macht eingeleitet.“, Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 10. Tagung am 24.10.1989, Stenografische Niederschrift, S. 221-227, hier S. 223.

politischen Entwicklung in Leipzig dar. Eine genaue Rekonstruktion der Abläufe scheint notwendig, da eine Legendenbildung nicht zu übersehen ist.[2]

Darüber hinaus entwickelten die Ereignisse dieser Wochen eine derart atemberaubende Dynamik, daß eine sehr detaillierte Darstellung unumgänglich scheint. Viele Entscheidungen und Fakten dieser Zeit erklären sich nur aus der minutiösen Deskription der Abläufe.

Ein großes Problem stellt das Forschungsdesiderat im Bereich der regionalen Untersuchungen zur friedlichen Revolution dar. So müssen auch viele Randbedingungen tiefergehend untersucht werden, da sie für das Gesamtverständnis notwendig sind.

Die Entwicklung des Leipziger Bürgerkomitees und die Auflösung der Staatssicherheit bis zur Vereinigung werden chronologisch untersucht. Die Leipziger Runden Tische dagegen werden in einem Exkurs dargestellt, wobei ich mich ausschließlich auf die Bereiche beschränke, die im Zusammenhang mit MfS-Auflösung und Aufarbeitung stehen. Für die Tätigkeit im vereinten Deutschland wurde eine sachthematische Gliederung gewählt, da alle Aufgabenfelder, denen sich das Bürgerkomitee widmet, bis in die heutige Zeit Bestand haben. Am Ende steht eine Dokumentensammlung, auf die im Text durchgängig verwiesen wird.

Das gestellte Thema umfassend zu bearbeiten, hätte wesentlich länger Zeit gefordert und die Arbeit noch umfangreicher werden lassen. So ist kein gesicherter Vergleich zu anderen Bürgerkomitees oder Initiativen möglich gewesen. Auch die aktuelle Arbeit konnte diesbezüglich in keinen Kontext gestellt werden. Ebenso mußte ich mich bei der Tätigkeit des Bürgerkomitees Leipzig auf die Darstellung der Handlungslinien beschränken, die für die Fragestellung von Bedeutung waren. Die tägliche Arbeit, insbesondere 1989/90, mag sich vor allem für die Beteiligten facettenreicher dargestellt haben.

2 So wird beispielsweise in den meisten Chroniken die Besetzung der Dienststellen der Staatssicherheit in den Bezirken und Kreisen der DDR am 4. und 5. Dezember 1989 ignoriert. Erst der „Sturm“ auf die MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße am 15. Januar 1990 findet Erwähnung. So ist bereits heute die falsche Auffassung weit verbreitet, die Auflösung des MfS/AfNS hätte erst im Januar 1990 „richtig“ begonnen.
Beispielhaft seien einige einschlägige Publikationen genannt: Hermann Weber: DDR Grundriß der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991, S. 284-353; Chronik der Ereignisse in der DDR, Edition Deutschlandarchiv, Köln 1990; Zeno Zimmerling/Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, Berlin 1990; Christoph Links/Hannes Bahrmann: Wir sind das Volk – Die DDR im Aufbruch – Eine Chronik, Berlin 1990; Spiegel-TV: Die Stasi-Rolle, Geschichten aus dem MfS, Videofilm, Hamburg 1993; Hartwig Bögeholz: Die Deutschen nach dem Kriege – Eine Chronik, Hamburg 1995; Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, 2 Bde. , Paderborn u. a. 1997, S. 1007; Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996, S. 276; Die friedliche Revolution in der DDR – Chronik der Ereignisse vom 01.09.198918.03.1990, in: Fischer Welt-Almanach, Frankfurt/Main, S. 146-254; Spektakel im Scheinwerferlicht, in: Autorenkollektiv (Ltg. Jens Firsching): Ereignisse, die Deutschland veränderten, Stuttgart 1995; Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Bonn 1998, S. 391-415.

Der ursprüngliche Titel der Expertise sprach von „Wende“. Da ich diesen Begriff für falsch halte und auch in der Arbeit ausschließlich von der „friedlichen Revolution“ spreche, wurde der Titel entsprechend geändert.

1.3. Begriffsbestimmung

Einige Begriffe müssen, um Mißverständnissen vorzubeugen, am Anfang für diese Arbeit eindeutig geklärt werden, so die Verwendung des Begriffes „friedliche Revolution“, aber auch die Bezeichnung des MfS als Staatssicherheit sowie die notwendige Unterscheidung in das Bürgerkomitee der Stadt Leipzig einerseits und das zur Auflösung der Staatssicherheit andererseits.

1.3.1. Staatssicherheit

Die offizielle Bezeichnung lautete seit dem Gründungsgesetz vom 08.02.1950 „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS). Im allgemeinen Sprachgebrauch der DDR wurde kurz von der „Staatssicherheit“ oder schlechthin und eher abfällig von der „Stasi“ gesprochen. Der Begriff meinte in diesem Zusammenhang regelmäßig das Ministerium, eine einzelne Dienststelle oder auch nur einzelne Mitarbeiter. Selbst das MfS verwendete diesen Begriff, wie der 1969 gestiftete Ehrentitel „Verdienter Mitarbeiter der Staatssicherheit“[3] belegt. Im Wörterbuch der Gegenwartssprache wird der Begriff in diesem Gebrauch gar als semantische Neuprägung der DDR ausgewiesen.[4]

Der Begriff „Staatssicherheitsdienst“ (SSD) fand ausschließlich in der alten Bundesrepublik Verwendung und wird daher von mir in der Arbeit mit Ausnahme der Zitate nicht benutzt. Ich greife auf die in der DDR üblichen Termini „Staatssicherheit“, „Stasi“ und „MfS“ zurück, die immer auch die kurze Phase beinhalten, in der sich das „Ministerium für Staatssicherheit“ in ein „Amt für Nationale Sicherheit“ und später in ein „Amt für Verfassungsschutz“ sowie einen „Nachrichtendienst der DDR“ umbenannte.

1.3.2. Friedliche Revolution oder Wende?

Ich verwende in der vorliegenden Arbeit durchgängig den Begriff „friedliche Revolution“, den auch die Akteure 1989/90 selbst gebrauchten. Der Begriff „Wende“ wurde von Egon Krenz geprägt, um die SED damit wieder in die politische Offensive zu führen. Am 4. Dezember 1989 brachte es Gregor Gysi auf den Punkt: „Wir müssen uns endlich an die Spitze der Bewegung setzen.“[5]

3 Verordnung über die Stiftung des Ehrentitels „Verdienter Mitarbeiter der Staatssicherheit“ vom 16. Dezember 1969, DDR-GBl, Teil II, S. 703.
4 Wörterbuch der Deutschen Gegenwartssprache, Bd. 5, Berlin (Ost) 1976, S. 3531.
5 Eintritt nur für neue Köpfe, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 05.12.1989, S. 2.

Er ist ursprünglich immer im Sinne von: „die von der SED eingeleitete Wende“ benutzt worden.[6]

Erst nachträglich hat sich dieser Begriff für die Bezeichnung der gesamten Umbruchssituation eingebürgert; er wird m.E. aber der Tragweite der Ereignisse nicht gerecht. Die Bezeichnung „Wendehälse“ verdeutlicht ebenso, daß die „Wende“ ursprünglich ausschließlich mit den Versuchen der SED, später SED-PDS und dann PDS in Zusammenhang gebracht wurde, ihren Machtanspruch und ihre Führungsrolle zurückzuerhalten. Eine Vertiefung der umfänglichen Diskussion um diese Begriffe[7] kann im Rahmen der Expertise nicht geleistet werden.

1.3.3. Bürgerkomitee Leipzig

In Leipzig hat es zwei verschiedene Bürgerkomitees gegeben, die zwar häufig miteinander verwechselt bzw. gleichgesetzt wurden und vor allem in entsprechenden Veröffentlichungen auch noch werden, aber unabhängig voneinander entstanden sind und auch später nur sporadisch oder aus taktischen Gründen miteinander verbunden wurden. Faktisch existierte das Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit völlig unabhängig vom Bürgerkomitee der Stadt Leipzig. In der vorliegenden Arbeit werde ich immer vom „Bürgerkomitee der Stadt Leipzig“ sprechen, wenn es sich nicht um das zur Stasi-Auflösung handelt.

1.3.4. Genus der Funktionsbezeichnungen

Im Sprachgebrauch der DDR wurden grundsätzlich nur die männlichen Funktionsbezeichnungen gebraucht, auch wenn der Funktionsträger eine Frau war. So gab es beispielsweise im Sekretariat der SED-Bezirksleitung nur Sekretäre, obgleich Ende 1989 eine Frau die Funktion eines Sekretärs übernahm. Die weiblichen Funktionsinhaber verwandten selbst auch die maskuline Bezeichnung. Gleiches gilt für die Inoffiziellen Mitarbeiter, unter denen sich im Durchschnitt 20 % Frauen befanden oder die Offiziere des MfS. In der vorliegenden Arbeit habe ich durchgängig die männlichen Bezeichnungen beibehalten, da diese größtenteils als terminus technicus zu betrachten sind bzw. bei einer entsprechenden Anpassung die DDR-Wirklichkeit falsch widergespiegelt würde. Außerdem ergäben sich zwischen Zitat und Text stellenweise starke Brüche.

6 Vgl. zum Revolutionsbegriff: Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, 2 Bde. , Paderborn u. a. 1997, S. 671 f.

7 Zu dieser Diskussion sind jüngst u. a. erschienen: Ludger Kühnhardt: Umbruch-Wende-Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41 vom 26.09.1997, S. 12-18; „Revolution?“ Themenheft, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Heft 4, Berlin 1997.

1.4. Zum Forschungsstand

Im folgenden werde ich den Forschungsstand zu einzelnen ausgewählten Themenbereichen darstellen.

1.4.1. Bürgerkomitees und Auflösung der Staatssicherheit

Es gibt von den Bürgerkomitees, die in allen DDR-Bezirken die Auflösung der Staatssicherheit kontrollierten und vorantrieben, eine Vielzahl von Publikationen, die meist noch 1990 als eine Art Rechenschaftsbericht veröffentlicht wurden.[8] In diesen Arbeiten wird vor allem über Struktur und Arbeitsweise des MfS im jeweiligen Bezirk berichtet, es finden sich darin aber auch Dokumente und Aussagen über den Auflösungsprozeß und die Arbeit der Bürgerkomitees. Für den Bezirk Leipzig ist hier das vom Bürgerkomitee anläßlich des 1. Jahrestages der Besetzung herausgegebene Buch „Stasi intern“[9] zu nennen.

8 Aufzählung aller Publikationen der Bezirksbürgerkomitees
Berlin: keine eigene Publikation, aber: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): „Ich liebe Euch doch alle...“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990.
Dresden: keine eigene Publikation, aber: Bürgerkomitee Bautzner Straße e.V. (Hrsg.): MfS Bezirksverwaltung Dresden – eine erste Analyse, Dresden 1992.
Erfurt: eine eigene Publikation, aber: Hans-Gerd Adler: Wir sprengen unsere Ketten. Die friedliche Revolution im Eichsfeld, Leipzig 1990.
Frankfurt/Oder: Justus Werdin (Hrsg.): Unter uns: Die STASI. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder), Berlin 1990.
Gera: keine eigene Publikation.
Halle: Ulrich Schlademann/Wieland Berg/Daniel Cyrankas (Hrsg.): Keine Überraschungen zulassen! Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, Halle 1991.
Karl-Marx-Stadt: keine eigene Publikation, aber: Steffen Geißler/Monika Reum: Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991.
Leipzig: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990; sowie: Neues Forum Leipzig (Hrsg.): Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst 1989 Leipzig 1989; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990; Reiner Tetzner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990.
Magdeburg: Jürgen Vogel: Magdeburg Kroatenweg. Chronik des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi, Braunschweig, Magdeburg 1991; Roland Pechmann/Jürgen Vogel: Abgesang der Stasi. Das Jahr 1989 in Presseartikeln und Stasi-Dokumenten, Braunschweig 1991; sowie: Beratergruppe Dom (Hrsg.): Anstiftung zur Gewaltlosigkeit. Herbst '89 in Magdeburg, Magdeburg 1991.
Neubrandenburg: Ulrich von Saß/Harriet von Suchodoletz: feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale, Berlin 1990.
Potsdam: Reinhard Meinel/Thomas Wernike: Mit tschekistischem Gruß. Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam 1989, Potsdam 1990.
Rostock: Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990; Thomas Ammer/Hans-Joachim Memmler (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen Methoden Auflösung, Köln 1991.
Suhl: Aktiv Staatssicherheit der zeitweiligen Kommission des Bezirkstages Suhl für Amtsmißbrauch und Korruption (Hrsg.): Genossen! Glaubt's mich doch! Ich liebe Euch alle!, Suhl 1990; sowie: Bernd Winkelmann/Brigitta Wurschi (Hrsg.): Aufbruch '89. Kleine Chronik der Herbstereignisse 1989 in der Bezirksstadt Suhl, Suhl 1990.
Schwerin: keine eigene Publikation, aber: LStU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aufbruch '89. Über den Beginn der Wende in Schwerin, Schwerin 1994.

9 Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990.

Dieses Buch beschreibt, vorwiegend auf der Basis von Interviews, Protokollen des Bürgerkomitees und MfS-Dokumenten, einerseits den Prozeß der Auflösung in Leipzig, andererseits gibt es Einsichten in Arbeitsmethoden und Funktionsweisen der Staatssicherheit, wie sie in Leipzig aufgedeckt wurden. Insoweit kann man wohl zurecht von einem gelungenen Bericht des Bürgerkomitees sprechen, der weit über die unmittelbare Auflösungszeit hinaus Bestand hat.[10]

Ein 1991 erschienenes Buch des ehemaligen Leiters des Bürgerkomitees Normannenstraße (MfS-Zentrale), David Gill, und des ebenfalls im Auflösungsprozeß an zentraler Stelle agierenden Ulrich Schröter[11] beschreibt zwar erstmalig den Auflösungsprozeß in komplexeren Zusammenhängen, konzentriert sich dabei jedoch beinahe ausschließlich auf Berlin. Die Arbeit in den Bezirken wird nur aus Berliner Sicht wahrgenommen, regionale Entwicklungen oder Besonderheiten werden nicht beachtet. Bezüglich der Zusammenarbeit kommen die Autoren gar zu der falschen Behauptung, daß die Bürgerkomitees der Bezirke dem Berliner Koordinator Thomas Schmidt unterstellt gewesen wären.[12]

Die erste umfassende Darstellung der Ereignisse von der Besetzung der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit Anfang Dezember 1989 bis zur Vereinigung am 03.10.1990 hat Michael Richter 1996 vorgelegt.[13] Er analysiert sowohl die Rolle der Staatssicherheit und anderer staatlicher Stellen, als auch die der Bürgerkomitees und der Runden Tische. Obwohl er erstmalig einen Ansatz verfolgt, der von den Ereignissen und Initiativen in den Bezirken ausgeht, finden sich für die einzelnen Städte in dieser Monographie immer nur sporadisch und meist eher zufällige Angaben. Dieses Buch ist aber dennoch die bisher beste und faktenreichste Beschreibung der Auflösung der Staatssicherheit in der DDR.

Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen (BStU) hat 1994 begonnen, in der Reihe „BF-informiert“, einzelne Studien über die Auflösung der Staatssicherheit in den Bezirken zu veröffentlichen.[14] Zeitlich enden diese Arbeiten am 4./5. Dezember 1989 mit der Besetzung der jeweiligen Dienststellen. Sie geben einen guten Einblick in die interne Verfassung des Apparates, steuern aber wenig zur Erhellung des Prozesses der Entmachtung und Auflösung der Staatssicherheit in den Bezirken bei. Der Autor arbeitet im Rahmen dieses

10 Derzeit wird im Forum-Verlag Leipzig die 3. Auflage vorbereitet.

11 David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.

12 Vgl.: Ebenda, S. 188.

13 Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996.

14 Bisher erschienen: Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU, Berlin 1994; Andreas Niemann/Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden.“ MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989, BStU, Berlin 1996; Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven liegen allmählich blank.“ MfS und SED im Bezirk Halle, BStU, Berlin 1996; Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt, BStU, Berlin 1997; Volker Höfer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock, BStU, Berlin 1997.

Forschungsschwerpunktes an einer Monographie zur Auflösung des MfS im Bezirk Leipzig, die zeitlich im Januar 1989 beginnt und bis zur Vereinigung im Oktober 1990 reicht. Es werden sowohl die Reaktion von SED und MfS auf die Ereignisse des Jahres 1989, als auch der Kampf um die Auflösung in Leipzig beschrieben und analysiert.

Weiterhin sind einige Serien in Zeitschriften erschienen, die sich mit der Auflösung der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin beschäftigen.[15] Außerdem liegt eine im Verlag „edition ost" erschienene Darstellung von Karl-Heinz Arnold, dem persönlichen Mitarbeiter Modrows, vor[16], deren Qualität weit hinter der Arbeit von Richter zurückbleibt, teilweise die Stasi stark schönt und bei den Quellenangaben viel offenläßt.[17]

In seiner Diplomarbeit „Wir sind erwachsen Vater Staat!" über Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig geht Peter Unterberg auch auf die Besetzung der „Runden Ecke" und die Arbeit des Bürgerkomitees für die Auflösung der Staatssicherheit ein.[18] Er legt zudem den Unterschied zwischen dem Bürgerkomitee für die Auflösung der Staatssicherheit und dem Bürgerkomitee der Stadt Leipzig dar, das sich mit allgemeinen kommunalpolitischen Aufgaben und der Bildung von Betriebsräten beschäftigte.

Michael Strotmann geht in seiner Magisterarbeit zum Umgang mit den Stasi-Akten seit Oktober 1989[19] auf die Rolle der Bürgerkomitees in diesem konkreten Zusammenhang ein, greift aber ausschließlich auf Veröffentlichungen zurück. Die Publikation des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen zur gleichen Thematik[20] geht auf die Bürgerkomitees nur am Rande ein.

15 Vgl. z. B.: Frank Petzold: Betrachtungen zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit unter der Regierung Modrow, Teil I bis III, in: Bürgerkomitee „15. Januar" e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 9, S. 3-16, Heft 10, S. 15-24, Heft 11, S. 28-34; Stefan Wolle: Im Kleinhirn der Krake. Der Beginn der Stasi-Auflösung in Berlin im Januar 1990, in: Gisela Helwig (Hrsg.): Rückblick auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle; Köln 1995, S. 61-66; Hans Halter: „Keiner wird verschont", Teil I und II, in: Der Spiegel Nr. 3/1995, S. 44-53 und Nr. 4/1995, S. 108-115; Reinhard Schult: Der „Sturm" auf die Stasi-Zentrale, in: Bürgerkomitee „15. Januar" e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 14, S. 51-55; Andreas Förster: Neue Erkenntnisse zur Hinterbühne der Stasi-Auflösung 1990, in: Bürgerkomitee „15. Januar" e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 21, S. 28-37.

16 Karl-Heinz Arnold: Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nasi, Berlin 1995.

17 So heißt es in Fußnote 1: „Privatarchiv; diese Quellenangabe gilt im gesamten weiteren Text für alle Zitate, die nicht durch Fußnoten gekennzeichnet sind oder auf die nicht in einer Fußnote verwiesen wird.", Ebenda.
Alle Angaben von MfS-Unterlagen werden mit der Bezeichnung „BStU" und einer sechsstelligen Kopie-Nr. angegeben, hinter der sich vermutlich die Seitenzahl verbirgt. Die Angabe der eigentlichen Archivsignatur fehlt immer.

18 Peter Unterberg: „Wir sind erwachsen Vater Staat!" Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig, Diplomarbeit, Ruhr-Universität Bochum 1991, unveröffentlicht.

19 Michael Strotmann: Zur politischen Diskussion über den Umgang mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit in der ehemaligen DDR seit Oktober 1989, Magisterarbeit, Philosophische Fakultät, Universität Passau 1992, unveröffentlicht; vgl. auch: Michael Strotmann: Die Last der Vergangenheit. Zum Umgang mit den Stasi-Akten, in: Deutschlandarchiv 26 (1993), Heft 12, S. 1372-1438.

20 Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91, BStU, Berlin 1995.

In den Veröffentlichungen zur friedlichen Revolution wird die Auflösung des MfS und die Arbeit der Bürgerkomitees zwar als Fakt erwähnt, aber es finden sich keine darüber hinausgehenden Beschreibungen oder Analysen der damaligen Tätigkeit. So fehlt der Begriff „Bürgerkomitee“ im jüngst erschienen „Lexikon des DDR-Sozialismus“[21] ganz. Selbst in dem von Rainer Eppelmann und Gerd Poppe verfaßten Beitrag zu den Bürgerrechtsbewegungen fehlt er. Einzig Karl-Wilhelm Fricke bemerkt im Kapitel zur Staatssicherheit, daß die Akten „durch spontan entstandene Bürgerkomitees weitgehend gesichert“[22] wurden.

Nicht näher eingegangen wird hier auf die kaum noch überschaubare Zahl von Büchern, die über die Arbeitsweisen, Strukturen und Methoden der Staatssicherheit aus den verschiedensten Blickwinkeln und in der unterschiedlichsten Qualität berichten, da diese für den Prozeß der Auflösung höchstens einzelne Fakten beisteuern.

1.4.2. Die Runden Tische

Obwohl die Runden Tische seit Januar 1990 in fast allen Kreis- und Bezirksstädten der DDR arbeiteten und eine äußerst wichtige Rolle in dieser Übergangszeit als Mittler zwischen den Machtorganen des alten Regimes und den neuen Gruppierungen spielten, sind bisher nur wenige Übersichtsdarstellungen oder Analysen über deren Wirken veröffentlicht worden. Die früheste und zugleich bekannteste Publikation ist die Analyse des Zentralen Runden Tisches (ZRT) in Berlin von Uwe Thaysen.[23] Er stellt die Abläufe und Entwicklungslinien sowie das Selbstverständnis des ZRT im Kontext der politischen Entwicklung auf der zentralen Ebene (Volkskammer, Ministerrat, SED-PDS etc.) dar. Entsprechend dieses Ansatzes spielt die regionale Entwicklung keine Rolle. Der Titel „Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk?“ ließe aber auch die Vermutung zu, daß es keine anderen Runden Tische von Bedeutung gegeben habe.

Unter dem Titel „Vom Runden Tisch zum Parlament“ haben Helmut Herles und Ewald Rose bereits 1990 die Beschlüsse bzw. seit der 6. Sitzung die Ergebnisse des ZRT herausgegeben.[24] Eine Edition der Wortprotokolle aller Sitzungen des ZRT, einschließlich der Vorlagen, Informationen, Berichte und Beschlüsse wird durch Uwe Thaysen und Hans-Michael Kloth vorbereitet und soll im Westdeutschen Verlag, Opladen erscheinen. Auf diesen Wortprotokollen basiert im wesentlichen auch die von den beiden Autoren vorgelegte Ex-

21 Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, 2 Bde. , Paderborn u. a. 1997.

22 Karl-Wilhelm Fricke: Ministerium für Staatssicherheit, in: Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 2, Paderborn u. a. 1997, S. 806-816, hier S. 815 f.

23 Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.

24 Helmut Herles/Ewald Rose: Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990.

pertise „Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl.“[25], die aber wiederum nur den ZRT analysiert.

In Übersichtswerken zur DDR, der friedlichen Revolution bzw. der Vereinigung wird auf den ZRT bzw. die Runden Tische in den Kreisstädten und Bezirken nur am Rande eingegangen. Eine Ausnahme stellt das bereits erwähnte „Lexikon des DDR-Sozialismus“ dar.[26] Hierin erläutert Uwe Thaysen in einem separaten Artikel nur den Zentralen Runden Tisch (ZRT), erwähnt aber zumindest, daß diese Gremien auch auf Bezirks-, Kreis- und Stadtebene existierten. Im „Handbuch zur deutschen Einheit“[27] dagegen, das auch über die Bundeszentrale für politische Bildung verteilt wird, findet der Runde Tisch keine eigene Erwähnung. Einzig im Kapitel „DDR: Politisches System“ wird der ZRT unter Bezug auf Uwe Thaysen in einem Absatz beschrieben und im Kapitel „Verbände“ zweimal erwähnt.

In Monographien zu konkreten Ereignissen der friedlichen Revolution wurden bisher keine tiefergehenden Erkenntnisse über den ZRT veröffentlicht, sondern überwiegend auf die o.g. Publikationen zurückgegriffen.[28] Gleiches gilt auch für entsprechende Regionalstudien.

Eine komplexe Darstellung des Runden Tisches eines Bezirkes liegt bisher nur aus Halle vor.[29] In dieser Broschüre werden die Beschlüsse und Protokolle, ergänzt durch die persönlichen Aufzeichnungen eines Teilnehmers, ediert. Ein Abgleich mit anderen Überlieferungen ist leider nicht vorgenommen worden. Dennoch bleibt es eine wichtige Arbeit, da sie bisher die einzige offen zugängliche Quelle zu einem Runden Tisch auf Bezirksebene darstellt. Michael Richter hat in einem Aufsatz über die Bildung des Landes Sachsen und die Entwicklung der staatlichen Strukturen 1989/90 im Bezirk Dresden[30] auch den dortigen Runden Tisch betrachtet, allerdings auch hier nur in seiner Rolle als „Gegenparlament“ zum Bezirkstag und Kontrollorgan für den Rat des Bezirkes. Auch die bereits genannte Diplomarbeit von Peter Unterberg beschäftigt sich am Rande mit dem Runden Tisch der Stadt Leipzig.

25 Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth: Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl, Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquetekommission, Bd. VII/2: Widerstand, Opposition, Revolution, Baden-Baden 1995, S. 1706-1852.

26 Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, 2 Bde. , Paderborn u. a. 1997.

27 Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt/Main 1996.

28 Vgl. beispielsweise: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996.

29 Detlev Lintzel: Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tisch des Bezirkes Halle 1989 - 1990, Halle 1997.

30 Michael Richter: Räte 'Volksvertretungen', Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Weimar u. a. 1995, S. 157-188.

Verschiedene Dokumentationen über die friedliche Revolution in den Bezirken und Kreisen der DDR enthalten immer wieder auch Dokumente zur Arbeit der jeweiligen Runden Tische, die aber nie in einen größeren Zusammenhang gestellt werden.[31]

Der Runde Tisch der Stadt Leipzig ist von Cornelia Liebold im Rahmen ihrer Magisterarbeit zur Leipziger Kommunalpolitik 1989/90[32] genauer untersucht worden. Allerdings hat sie das Schwergewicht ihrer Untersuchung auf die Rolle des Runden Tisches als Interimsstadtparlament[33] gelegt und dabei zwangsläufig einige für die Beziehung Bürgerkomitee – Runder Tisch relevante Fakten und Ereignisse nicht berücksichtigt. Insbesondere die Rolle des Runden Tisches im Rahmen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, des Umgangs mit den alten Eliten und der Aktenhinterlassenschaft wird nicht näher beleuchtet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es zu den Themenkomplexen Bürgerkomitees, Runde Tische und Auflösung der Staatssicherheit für die zentralen Berliner Ereignisse einige Übersichtsdarstellungen gibt, für die Abläufe in den Bezirken, speziell für Leipzig, aber fast keine Veröffentlichungen vorliegen, die über den Status einer Chronik hinausgingen.

Für die Expertise mußte daher in fast allen einschlägigen Archiven in Originalquellen recherchiert werden.

1.5. Zur Quellenlage

Die schriftliche Überlieferung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig bricht am 4./5. Dezember 1989 ab. In nur wenigen Ausnahmefällen sind Aufzeichnungen aus der Zeit danach bei der Auflösung gefunden worden und somit in den Bestand des BStU gelangt. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Unterlagen zur personellen Auflösung (Unterbringung ausscheidender Mitarbeiter bei Polizei, Zoll etc.). Aus Gesprächen mit ehemaligen Mitarbeitern und aus eigenen Erfahrungen bei der Auflösung ist mir allerdings bekannt, daß auch nach dem 4./5. Dezember Dienstbesprechungen und ähnliche Treffen stattgefunden haben. Hierbei ging es im wesentlichen um die jeweils aktuelle Strategie der Auflösung und die Maßnahmen zum Aufbau von

31 Vgl. z. B.: Steffen Geißler/Monika Reum: Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991.

32 Cornelia Liebold: Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht; vgl. auch: Cornelia Liebold: Zwischen zentralistischer Abhängigkeit und demokratischem Neubeginn. Leipziger Kommunalpolitik in der Wende 1989/90, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar u. a. 1995, S. 71-116.

33 Dies betrifft vor allem die Zeit nach der Selbstauflösung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 1990.

Verfassungsschutz und Nachrichtendienst der DDR.[34] Schriftliche Überlieferungen sind dazu nicht vorhanden oder aber noch im Besitz der ehemaligen Urheber. Dieser Zeitraum ist daher zum großen Teil nur aus zentralen Überlieferungen des Berliner Ministeriums zu rekonstruieren.

Ferner heranzuziehen waren die Überlieferungen der staatlichen Verwaltung sowie der SED im Bezirk Leipzig.

Die Akten der ehemaligen Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) befinden sich nur bis zum Jahr 1975 im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig. Alle danach entstandenen Akten liegen noch beim Landespolizeipräsidium Leipzig.[35] Obwohl die Deutsche Volkspolizei seit dem 7. Dezember 1989 für die Sicherung der Gebäude verantwortlich war und später die Hauptverantwortung für die personelle und strukturelle Absicherung der Auflösung hatte, finden sich im Archiv der ehemaligen BDVP nach Angaben des Leiters, der dem Archiv seit über zehn Jahren vorsteht, nur wenige Akten zu diesem Thema. Einzig die Schlüssel- und Betretensbücher der MfS-Dienstobjekte aus dieser Zeit, der Lagefilm des ODH in der „Runden Ecke“ sowie gemeinsame Vereinbarungen sowie Übergabeprotokolle von Waffen und Material wurden teilweise archiviert.[36] Aufgrund der zentralen Leitung durch das Ministerium des Inneren müßte auch aus diesem Bereich Korrespondenz vorhanden sein.

Noch schlimmer stellt sich die Situation bei der Staatsanwaltschaft des Bezirkes Leipzig und der Kreise dar, deren Unterlagen bisher mit Ausnahme von Strafakten auch nach mehrfacher Aufforderung des Staatsarchives dort nicht abgeliefert worden sind.[37] Trotz intensiver Suche im Verwaltungsarchiv, unterstützt durch die Staatsanwaltschaft, fanden sich keine Unterlagen zum Thema. Wenige Protokolle und Anweisungen, die die interessierenden Fragen nur am Rande berühren, liegen in einer als „GAP“ bezeichneten Lose-Blatt-Ablage.[38] Offensichtlich wurden die Dokumente aus dem Herbst 1989 auch

34 So berichtete der Leiter der ehemaligen Abt. XII (Archiv, Registratur) gegenüber dem Bürgerkomitee, daß Anfang Januar eine Beratung der Abteilungsleiter zum Thema Weiterarbeit als Bezirksamt Leipzig des Amtes für Verfassungsschutz der DDR auf dem Gelände in Leipzig-Leutzsch stattfand.

35 Christine Enderlein: Die Überlieferungssituation für das Archivgut der staatlichen Behörden des Bezirkes Leipzigs und einige Anregungen für deren wissenschaftliche Auswertung, in: Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchives Leipzig, Nr. 7, Leipzig 1994, S. 160-163, hier S. 161.

36 In den Lagefilmen des ODH (Operativer Diensthabender) und in Akten zur Abkommandierung von Polizisten finden sich vereinzelt Hinweise auf den Auflösungsprozeß. Für den Verlauf der Montagsdemonstrationen nach dem 04.12.1989 sind die Sofortmeldungen und Berichte des Chefs der BDVP die einzige Überlieferung. Die Übergabeprotokolle und auch die gemeinsamen Vereinbarungen sind nur sehr lückenhaft überliefert. Der Lagefilm des ODH „Runde Ecke“ beginnt erst 05.01.1990 und endet am 23.04.1990. Vgl.: PPLA 11929, unp.

37 Christine Enderlein: Die Überlieferungssituation für das Archivgut der staatlichen Behörden des Bezirkes Leipzig und einige Anregungen für deren wissenschaftliche Auswertung, in: Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchives Leipzig, Nr. 7, Leipzig 1994, S. 160-163, hier S. 161. Die gleiche Situation erläuterte die Bestandsreferentin auch im persönlichen Gespräch mit dem Autor.

38 Diese Ablage ist nach dem Generalaktenplan (GAP) des Generalstaatsanwaltes der DDR geordnet, umfaßt den Zeitraum 1980 bis 1990 und hat einen Umfang von ca. 4 lfm. Nach Aussage der Archivarin, Frau Trischler, wurde diese Ablage in der Geschäftsstelle geführt.

hier von den einst Verantwortlichen, die bis in das Jahr 1990 hinein im Amt blieben, vernichtet oder anderweitig beiseite geschafft.[39]

Die Unterlagen des Rates des Bezirkes und des Bezirkstages Leipzig befinden sich im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig und sind für den fraglichen Zeitraum ausgewertet worden. Zum gleichen Bestand gehören auch Unterlagen des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig (RTL), der sich in fast jeder Sitzung mit Fragen der Auflösung beschäftigt hat. All diese Akten sind bisher nur grob erschlossen und verfügen über keinerlei Paginierung. Zu beachten ist, daß es sich nicht um die Überlieferung zum RTL handelt, sondern nur um die Akten der Vertreter des Rates des Bezirkes, die am RTL saßen und u. a. für das Protokoll zuständig waren. Die Akten enthalten eine Reihe von Dokumenten zu staatlichen Absprachen in Vorbereitung der Sitzungen des RTL.

Die Akten der ehemaligen SED-Bezirksleitung (SED-BL) und der SED-Kreisleitungen aus dem Bezirk Leipzig werden inzwischen auch im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig verwaltet. Diese Überlieferung bricht meist im Oktober 1989 ab. Nur sporadisch sind zusammenfassende Berichte über das Geschehen in den Wochen und Monaten danach vorhanden. Insbesondere fehlen fast sämtliche Unterlagen der ehemaligen Abteilung Sicherheitsfragen, deren Leiter, Karl-Heinz Reinhard, ein Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des MfS im Range eines Oberst war. Seit Juni leitete der 2. Sekretär, Helmut Hackenberg, die SED-BL, da der 1. Sekretär, Horst Schumann, schwer erkrankt war[40]. Die durch diese Vertretung besonders interessanten Unterlagen des 2. Sekretärs sind nur teilweise vorhanden.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die SED vorwiegend Schriftgut genereller Art wie Berichte, Protokolle oder Beschlüsse archiviert hat. Belege für Absprachen oder interne Diskussionen und Meinungsbildungen fehlen. In den Akten der Sekretariatsmitglieder oder der Abteilungen wurden alle Vorlagen, Beschlüsse u.ä. als sogenannte „Mehrfachüberlieferungen“ entfernt.[41] Diese Bewertung des Schriftgutes wurde im Bezirksparteiarchiv (BPA) Leipzig unter

39 Der letzte Bezirksstaatsanwalt, Karl Munkwitz, blieb in dieser Funktion bis etwa Februar 1990. Danach wurde seine Funktion durch seinen Stellvertreter, Dr. Ralf-Uwe Korth, wahrgenommen, der – noch heute bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt – nicht über diese Zeit sprechen will.
Mit Schreiben vom 15.12.1989 teilte der Bezirksstaatsanwalt Karl Munkwitz mit, daß die ehemals für die politischen Verfahren zuständige Abteilung I A aufgelöst würde. Weiter wurde in diesem Schreiben festgelegt, daß der ehemalige Leiter der Abteilung I A, Staatsanwalt Kurzke, bei direkter Unterstellung unter den Behördenleiter, neben der Abwicklung der Abteilung I A auch für die Bearbeitung der Rehabilitierungsanträge zuständig ist. Der ehemalige stellvertretende Abteilungsleiter I A, Staatsanwalt Arlt, wurde in die Arbeitsgruppe „Amtsmißbrauch“ abgeordnet, in: BStAL GAP 270, unp.

40 20. Sitzung der SED-BL Leipzig, wörtliches Protokoll, SStAL SED IV F-2/1/015, S. 44.

41 Im „Plan für die Bearbeitung des Schriftgutes der Bezirksleitung der SED Leipzig aus dem Zeitraum 1982 bis 1986“ des Bezirksparteiarchives heißt es auf Seite 2 unter dem Punkt „2. Ordnung und Verzeichnung des Bestandes“ wie folgt: „Aus den Akten werden die Mehrfachexemplare entfernt und der Kassation zugeführt.“, vgl.: Arbeitsakte zur Bestandsübernahme des BPA in das Sächsische Staatsarchiv, SStAL SED o.Sign.

der Leitung von Christine Enderlein auch im Jahr 1990 fortgesetzt[42]. So beantragte der ehemalige Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen, Oberst Karl-Heinz Reinhard, am 31.01.1990 u. a. die Vernichtung folgender Unterlagen: „handschriftliche Aufzeichnungsbücher bzw. Materialien von Anleitungen des 1. bzw. 2. Sekretärs der BL; Aufzeichnungen von Beratungen in den Grundorganisationen, von Anleitungen der PS [Parteisekretäre] aus dem Verantwortungsbereich; Rededispositionen, Aufzeichnungen Vortragszyklus; Postbücher 1989; Vorlagenbuch; ZK-Informationen bis 1989“. Diesen Antrag auf unwiderrufbare Vernichtung genehmigte die Leiterin des BPA noch am gleichen Tag mit der Begründung „nichtarchivwürdiges Material“.[43]

Diese eigenwillige Berufsauffassung der damaligen Archivleiterin veranlaßte sie offenkundig auch, Akten, die als „Personenfonds“ bezeichnet wurden, an einzelne Funktionsträger der SED-Bezirksleitung Leipzig ersatzlos herauszugeben. Mit der Bemerkung „Rückgabe“ und ihrem Kurzsignum versah sie auf der Auflistung[44] u. a. die Akten von Horst Schumann[45] (Signatur: V/6/22/ Bd. 01-67), Helmut Hackenberg[46] (Signatur: V/6/24/Bd. 01-58), Kurt Meier[47] (Signatur: V/6/75/Bd. 01-03) und Roland Wötzel[48] (Signatur: V/6/87/Bd. 01-11). Diese Unterlagen, die die staatliche Tätigkeit der Staatspartei SED im Bezirk Leipzig dokumentieren, haben in privaten Händen wohl nichts zu suchen; der Klärung bisher offener Fragen zum Ende der DDR ist dies auf jeden Fall abträglich.

Der überwiegende Teil des Bestandes SED befindet sich nach Auskunft des zuständigen Bestandsreferenten, Dr. Handke, in unerschlossenem Zustand.[49]

42 Die SED-BL unterhielt ein eigenes Archiv, in dem auch die Unterlagen aller im Bezirk ansässigen Kreisleitungen archiviert wurden. Dieses Bezirksparteiarchiv wurde von der SED-PDS bis zum Jahr 1991 weitergeführt und erst ab Januar 1993 aufgrund eines Vertrages an das Sächsische Staatsarchiv Leipzig abgegeben.

43 Vgl.: Kassationsantrag der ehemaligen Abteilung für Sicherheitsfragen vom 31.01.1990, SStAL SED A5851(1134). Unterschriftlich von der damaligen Archivleiterin Christine Enderlein genehmigt.

44 Vgl.: Arbeitsakte zur Bestandsübernahme des BPA in das Sächsische Staatsarchiv, SStAL SED o. Sign.

45 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig von 1970 bis 1989, seit 1959 Mitglied der ZK der SED.

46 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig von 1971 bis 1989, von Juni bis November 1989 amtierender 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig.

47 Sekretär für Kultur der SED-Bezirksleitung Leipzig von 1986 bis 1989, Vorsitzender der Fraktion der SED-PDS im Bezirkstag Leipzig von Dezember 1989 bis Mai 1990, Mitautor des Aufrufs zur Besonnenheit am 09.10.1989.

48 Sekretär für Wissenschaft und Volksbildung der SED-Bezirksleitung Leipzig von 1984 bis 1989, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung ab November, danach Vorsitzender des SED-PDS-Bezirksvorstandes Leipzig, Mitautor des Aufrufs zur Besonnenheit am 09.10.1989.

49 Hermann Weber konstatiert in seinem Artikel über die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte: „Im Staatsarchiv Leipzig gibt es 42.000 Akten der SED (900 laufende Meter), von denen 31 Meter noch nicht erschlossen sind. Erfreulicherweise sind also die überlieferten SED-Akten für Sachsen damit zu 98 Prozent verfügbar.“ Hermann Weber: Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte, in: Deutschlandarchiv, 27 (1994) Heft 7, S. 690-699, hier 695. Diese Erfahrung kann ich in keiner Weise bestätigen. Über die Hälfte aller nach den Ablieferungslisten des Bezirksparteiarchives bestellten Akten war nicht auffindbar.

Im Archiv des PDS-Landesvorstandes Sachsen werden die Akten seit Januar 1990 verwahrt. Es finden sich dort aber auch Schriftstücke zum Runden Tisch vom Dezember 1989 oder zum Neuen Forum vom Oktober 1989.[50]

Die Protokolle des Runden Tisches der Stadt Leipzig werden vom Stadtarchiv Leipzig aufbewahrt, befinden sich aber ebenso wie die des RTL in unerschlossenem Zustand. Allerdings sind die zehn Ordner ohne weitere Verzeichnungsarbeiten durchpaginiert worden, so daß sich viele Mehrfachexemplare im Bestand finden. Auch diese Akten sind sehr lückenhaft, so fehlen die meisten Unterlagen der 24 Kommissionen des Runden Tisches und viele Vorlagen.

Es wurde zudem versucht, regionale Sammlungen von Schriftgut in die Recherchen einzubeziehen. So konnten Unterlagen im Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig genutzt werden. Dieses Archiv sammelt seit Herbst 1991 überwiegend Dokumente, die aus der Arbeit der Bürgerbewegung bis 1990 entstanden sind. Es hat zum Beispiel das gesamte Schriftgut des Neuen Forum Leipzig übernommen. Ebenso sind Unterlagen zu den Runden Tischen und dem Bürgerkomitee der Stadt Leipzig vorhanden.[51]

Das Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte, welches ebenfalls Unterlagen zu dieser Problematik verwahrt, ist derzeit aufgrund fehlender Räumlichkeiten und Mittel privat, in Kartons verpackt, untergebracht. Eine Nutzung war daher nicht möglich.[52]

Leider befinden sich viele Unterlagen, die teilweise einmalig sind, wie beispielsweise heimliche Tonbandmitschnitte von Gesprächen, Protokolle u.ä., nur in den Händen der ehemaligen Akteure. Es war sehr zeitaufwendig, mit in Frage kommenden Personen Kontakt aufzunehmen. Mancher lehnte es ab, Auskunft zu geben oder Einsicht in Unterlagen zu gewähren. In einigen Fällen wurde mir gesagt, man hätte sie als nicht mehr relevant eingeschätzt und deshalb vernichtet.[53]

Es bleibt zu wünschen, daß sich das Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig verstärkt um das Sammeln und Archivieren dieser einmaligen Zeugnisse des Geschehens 1989/90 bemühen kann.[54]

50 Nach Auskunft des zuständigen Archivars, Herrn Seidel, wurde als zeitliche Trennung der Sonderparteitag der SED am 15./16.12.1989 gewählt, da sich die Partei hier in SED-PDS umbenannte. Auch er ist darüber verwundert, daß aus Leipzig im Verhältnis zu Dresden oder Karl-Marx-Stadt so wenige Akten abgeliefert wurden.

51 Bestandsübersicht des Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig mit Vereinssatzung, Leipzig 1992. Das Archiv ist zu erreichen über folgende Anschrift: Russenstraße 48, D-04289 Leipzig.

52 Informationen über dieses Archiv sind zu erhalten über: Rainer Müller, Spittastraße 3, D-04177 Leipzig.

53 So beispielsweise die Auskunft eines der Moderatoren der Runden Tische der Stadt und des Bezirkes Leipzig, Probst Günter Hanisch in einem Gespräch mit dem Autor am 07.04.1995.

54 Hermann Weber stellt in seinem Artikel über die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte fest: „Dringlich ist die Sicherung der Unterlagen der Friedens- und Bürgerbewegung in der früheren DDR.“ Hermann Weber: Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte, in: Deutschlandarchiv 27 (1994) Heft 7, S. 690-699, hier 697.

Im Archiv des ehemaligen Sender Leipzig, welches jetzt der Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) verwaltet, gibt es ebenfalls nur sehr wenige Mitschnitte von Sendungen aus dieser Zeit. Warum diese teilweise historisch wertvollen Tondokumente nicht aufbewahrt wurden, ist unverständlich. So war es mir nicht möglich, eine Aufnahme der beiden Interviews mit dem Leiter der ehemaligen BVfS Leipzig zu erhalten.[55] Die vom MfS gefertigten Typoskripte sind heute die einzige Quelle.

Außerdem wurden die überregionalen Tageszeitungen Neues Deutschland (ND) und Junge Welt (JW) sowie die regionalen Leipziger Volkszeitung (LVZ), Sächsisches Tageblatt (ST), Mitteldeutsche Neueste Nachrichten (MNN) und Die Union herangezogen. Bei den regionalen Publikationen ist zu beachten, daß die LVZ als Organ der SED-BL mit Abstand die größte Auflage hatte und bis weit in das Jahr 1990 ihrer direkten Lenkung unterstand.[56] Bei ST und MNN waren dagegen bereits im November deutliche Tendenzen zu spüren, zu einem freien Journalismus zu finden. In einigen ausgewählten Fällen stelle ich daher im folgenden die Artikel der LVZ denen aus ST oder MNN gegenüber. Weiterhin wurde die Wochenzeitschrift Der Spiegel genutzt und Mitschnitte von Fernsehbeiträgen verwendet.

2. Vorbedingungen und Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig unter dem alten Regime

2.1. Die allgemeine Situation in Leipzig

Leipzig war nach Berlin und Karl-Marx-Stadt der DDR-Bezirk mit der größten Bevölkerungsdichte. Nach der absoluten Zahl der Bevölkerung nahm der Bezirk Leipzig die vierte Stelle nach Karl-Marx-Stadt, Halle und Dresden ein.[57]

Im Volksmund wurde Leipzig als die „heimliche Hauptstadt“ der DDR gehandelt. Mitte der achtziger Jahre kursierte eine Karikatur, die als Aufkleber überall zu sehen war: Die Umrisse der DDR als Spiegelei und Leipzig als das „Gelbe vom Ei“, wie auch der Schriftzug betonte. Leipzig spielte im Leben vieler DDR-Bürger irgendeine Rolle: Studium an der Karl-Marx-Universität,

55 So die Ergebnisse einer Redakteurin, die mich dankenswerterweise bei den Recherchen unterstützte. Die von Joachim Felix Leonhard im Aufsatz „Programmvermögen und kulturelles Erbe – Die Rundfunkarchive Ost im Deutschen Rundfunkarchiv“, in: Deutschlandarchiv, 28 (1995) Heft 4, S. 404-410, dargestellte positive Situation läßt sich für die Endphase der DDR in Leipzig nicht bestätigen.

56 Zur Problematik vgl.: Steffen Reichert: Die Umwandlung der Leipziger Volkszeitung von einer Parteizeitung in eine unabhängig-überparteiliche Zeitung, Diplomarbeit, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig 1996, unveröffentlicht. Auf Grundlage dieser Arbeit ist eine wesentlich umfänglichere Publikation im Forum-Verlag Leipzig unter dem Titel „Das Organ“ angekündigt.

57 Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1988, Berlin 1989, S. 13.

Ausbildung an einer der Fach- oder Hochschulen oder auch nur der jährliche Besuch der Messe.[58]

Über die Frage, warum gerade Leipzig 1988/89 eine so zentrale Rolle bei der Entwicklung des finalen Protestes und der Opposition der DDR, aber auch der späteren Neugestaltung der Gesellschaft spielte, ist viel geschrieben, aber auch häufig geschwiegen worden.

Der Zustand der von der Berliner Kommandowirtschaft schwer vernachlässigten Stadt hat sicher einen wesentlichen Beitrag geleistet, die Bürger zu aktivieren. Aber auch der traditionell internationale Stellenwert der Stadt und das daraus resultierende Selbstbewußtsein vieler Leipziger darf nicht außer Acht gelassen werden. „Ist Leipzig noch zu retten?“ war der Titel einer Reportage des DDR-Fernsehens über den katastrophalen Zustand der Stadt Leipzig vom 06.11.1990. Dieser Film hat sehr viele Leipziger aufgerüttelt und DDR-weit deutlich gemacht, wie 40 Jahre „real existierender Sozialismus“ eine Stadt zugrunde richtet. Im Juli 1990 schilderte Christiane Kohl den Zustand der Stadt Leipzig in der Zeitschrift „Der Spiegel“:

„Rund um das rußgeschwärzte Rathaus sind die einstmals stolzen Gründerzeithäuser der Halbmillionenstadt schwer heruntergekommen. Rotweiße Warndreiecke an Haustüren weisen auf gesundheitsgefährdenden Taubenzeckenbefall hin. Vor vielen Fassaden hängen verwitterte Holzgerüste, damit den Fußgängern keine Ziegel auf den Kopf fallen.

In der Nähe des Bahnhofes, wo früher in gründerzeitlichen Prachtbauten jüdische Pelzhändler Nerze offerierten, bieten jetzt zwischen trister Plattenarchitektur fliegende Händler Billigwaren feil. Hinter dem Buchhändlerviertel, das einst Verlage wie Reclam, Brockhaus und Insel beherbergte, fallen die alten Mietshäuser bald von selber ein. Im ehemaligen Bankenviertel am Burgplatz stehen Imbißbuden auf den Trümmergrundstücken.

Rund 30.000 Wohnungen in der Stadt sind unbewohnbar, das 840 Kilometer lange Straßennetz ist marode, der öffentliche Nahverkehr dringend überholungsbedürftig. So laut wie Tiefflieger donnern die tschechischen Straßenbahnen über die ausgefahrenen Gleise auf dem Altstadtring, auf den holprigen Ausfallstraßen quälen sich stinkende Trabi-Kolonnen voran.

Unter dem bröselnden Asphalt der 825 Jahre alten Handelsstadt schiebt sich Abwasserschlick durch kaputte Fäkalienkanäle. Ein Drittel der zum Teil mehr als 120 Jahre alten Frischwasserleitungen ist leck. Und beinahe 1.000 Kilometer Gasrohre sind so schwer beschädigt, das jederzeit Explosionsgefahr besteht.

58 Auch im Repressionssystem spielte der Bezirk Leipzig eine wichtige und traurige Rolle. So liegt die Stadt Waldheim, die durch die Waldheimer Prozesse und später durch die Psychiatrie bekannt wurde, im Kreis Döbeln. Die Todesstrafe wurde für die gesamte DDR seit 1961 in der Haftanstalt Alfred-Kästner-Straße mitten in Leipzig vollstreckt. Neben dem Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen gab es nur in Leipzig-Meusdorf noch eines. Die Aufzählung ließe sich fortführen.

Zu Tausenden flohen die Menschen aus dieser Stadt, in der die Luft noch dreckiger ist als in den meisten anderen DDR-Kommunen. Die Zahl der Einwohner (1930: rund 700.000) ist auf gut 500.000 gesunken."[59]

Diese Beschreibung trifft genauso auf das Jahr 1989 zu, nur daß zu diesem Zeitpunkt nirgends Zahlen zu lesen waren, aber jeder Bürger täglich mit allen Sinnen erfahren mußte, wie es um seine Heimatstadt bestellt war.

In einem Gottesdienst am 03.10.1989 formulierte ein Mitglied des Leipziger Kontaktbüros das gesellschaftliche Dilemma und protestierte zugleich dagegen:

„In der DDR verrottet soviel. Die Häuser verrotten, die Industrieanlagen verrotten, die Menschen verrotten. Keinen kümmert das. Alles verrottet langsam vor sich hin. Aber es darf nur für sich allein verrotten, denn wenn es zusammen verrottet, ist es eine Zusammenrottung und kann laut Gesetz bestraft werden."[60]

So war es nicht verwunderlich, daß die Leipziger sich vehement für die Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einsetzten und auch nachdem erste Ergebnisse erreicht waren, auf den Aufbau demokratischer Strukturen drängten und daran mitwirkten.[61]

2.2. Die Forderungen nach Auflösung der Staatssicherheit im Laufe des Jahres 1989

Die Chronik des Herbstes '89 begann in Leipzig nicht erst mit den Demonstrationen im September und Oktober oder dem Bürgerexodus via Ungarn gen Westen. Während des ganzen Jahres hielt eine Vielzahl öffentlicher Aktionen von Basisgruppen und Bürgern die SED und vor allem die Sicherheitsorgane – Staatssicherheit und Volkspolizei – in Atem.[62]

Die eigenen oder oft auch nur die erzählten Erfahrungen mit der Staatssicherheit lasteten seit Jahrzehnten schwer auf der Bevölkerung der DDR. Obwohl die Polizisten diejenigen waren, die knüppelnd und bedrohlich öffentlich in Erscheinung traten, gab es dahinter immer noch etwas Unsichtbares, aber all-

59 Christiane Kohl: „Andere nehmen den Strick", in: Der Spiegel, Nr. 31 vom 30.07.1990, S. 3848, hier S. 38 f.

60 Zusammenrottung, in: Hans-Jürgen Sievers: Stundenbuch einer deutschen Revolution, Zolikon, Göttingen 1990, S. 48. Der Begriff der Zusammenrottung war in den wenigen Presseveröffentlichungen der zurückliegenden Monate immer wieder zur Diffamierung der Proteste benutzt worden.

61 Vgl.: Carola Scholz/Werner Heinz: Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern: Der Sonderfall Leipzig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12 vom 17.03.1995, S. 16 –26.

62 Zur Entwicklung der öffentlichen Aktionen des Jahres 1989 in Leipzig vgl.: Tobias Hollitzer: „... steht nun die Machtfrage auf der Tagesordnung." Die Entwicklung der friedlichen Revolution 1989/90, in: Zu Fuß durch Leipzig, Leipzig 1996, S. 111- 125; sowie: Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1990, Leipzig 1994 oder: Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998.

mächtig Scheinendes: Die Staatssicherheit. Jens Reich hat dieses Gefühl Ende der achtziger Jahre in einem Essay versucht festzuhalten:

„Reine Empfindung. Ich kann keine Fakten beibringen. Niemand nennt mir den Etat der Staatssicherheit oder die Anzahl regulärer und informeller Mitarbeiter, niemand zeigt mir die Aktenschränke. Zu ihren Datenbanken habe ich keinen Zugriff. Die Gebäude aber sind unübersehbar und grau wie Kulissen: Fassaden mit Fenstern, keine Gardinen. Nur Fläche, ohne Tiefe – reine, plane Sinnesempfindung.

Wie ein kratzendes Unterhemd spüre ich die Sicherheit, ein stets vorhandenes Unbehagen, von dem man aber für kurze Zeit abgelenkt werden kann. Im Gedächtnis wird es als abstrakte Wesenheit gespeichert, als Wissen, nicht als lebendige Mißempfindung. Von Kindestagen an war immer die Sorge im Hintergrund, obwohl ich für einen gegebenen Zeitpunkt (irgendwann: damals) nur undeutlich weiß, welche Befürchtung jeweils akut war.

Es ist wie beim Grenzzoll: Man hat immer etwas zu verbergen. Stets hat man etwas geliehen, gelesen, geschrieben, gehört, gesagt, mitgeschnitten, weitergegeben, nicht gemeldet, geduldet, befördert, begründet, mißachtet, übertreten. Du bist wie ein Kind, das die Hand auf dem Rücken versteckt, wenn man es scharf ansieht. Sofort hat es Angst: Bin ich jetzt erwischt worden, will man mich bestrafen? Wofür? [...]“[63]

Die Befreiung von der Staatssicherheit war eine zentrale Frage des Herbstes 1989. Die Forderungen nach der Auflösung des MfS bzw. die Einschränkungen seiner Macht wurde aber teilweise schon zuvor öffentlich artikuliert. Die Bürger besetzten die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen Anfang Dezember nicht zufällig, sondern es war ein zwangsläufiger Schritt auf dem Weg zur Selbstbefreiung und in die Demokratie.

Im folgenden gebe ich einen kurzen Abriß der Entwicklung der Auflösungsforderungen in Leipzig und hier vor allem auf den Montagsdemonstrationen.

Am Montag während der Leipziger Frühjahrsmesse zogen im Anschluß an das Friedensgebet ca. 300 Ausreiseantragsteller von der Nikolaikirche in Richtung Markt. Erst nach längerer Zeit konnte der Demonstrationszug, schon auf dem Weg zur Thomaskirche, durch die Sicherheitsorgane aufgelöst werden. In der Information an das ZK der SED schrieb Erich Mielke: „Als Reaktion auf die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane kam es seitens der Teilnehmer wiederholt zu solchen verleumderischen Rufen wie 'Stasi raus', 'Stasischweine' sowie 'Freiheit – Menschenrechte'.“[64]

63 Jens Reich: Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 25-38, hier S. 28. Erstveröffentlichung 1989 in der Zeitschrift Lettre International unter dem Pseudonym „Thomas Asperger“.

64 Parteiinformation 122/89, abgedruckt in: Armin Mitter/Stefan Wolle: „Ich liebe Euch doch alle ...“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990, S. 28.

Während der Herbstmesse fand am Montag, dem 04.09.1989 erstmals eine Demonstration von Mitgliedern Leipziger Basisgruppen auf dem Platz vor der Nikolaikirche statt. Es wurde ein großes Transparent getragen, auf dem u. a. „Für ein freies Land mit offenen Grenzen“ zu lesen war. Nur wenige Sekunden nach dem Entrollen rissen es junge Männer in Zivil herunter. Sofort begann die Menge, laut und deutlich „Stasi raus“ zu rufen. Das Bewußtsein, daß die Staatssicherheit ein Problem für den beginnenden Aufbruch war und einer Lösung bedurfte, verstärkte sich in den kommenden Wochen zusehends.

Auf der für die weitere friedliche Entwicklung entscheidenden Demonstration am 09.10.1989[65] wurde nur ein Plakat mit der Forderung nach freien Wahlen[66] gezeigt. Neben den legendären Rufen „Wir bleiben hier“ und „Wir sind das Volk“ wurde in Richtung der zuschauenden Passanten, aber auch zu den uniformierten Bereitschaftspolizisten und Kampfgruppenangehörigen ein entwaffnendes „Schließt Euch an!“[67] gerufen. Im Gegensatz dazu artikulierten die Demonstranten erneut die Ablehnung der Staatssicherheit durch den Ruf „Stasi raus!“.

Bereits am folgenden Montag, dem 16.10.1989, wurde diese Forderung durch den Ruf „Stasi in die Volkswirtschaft“ konkreter. Vor dem Gebäude der Bezirksverwaltung rief die Menge „Wir verdienen Euer Geld!“. Eines der wenigen Plakate dieses Montags trug bereits die Aufschrift „Rechtssicherheit statt Staatssicherheit!“.[68] Eine dichte Kette Polizisten mit Sonderausrüstung (Helm, Schild und Schlagstock - lang) sicherte die gesamte „Runde Ecke“.[69]

Am nächsten Montag, dem 23.10.1989, rief man vor der „Runden Ecke“ zusätzlich zu den Sprechchören der letzten Wochen „Schämt euch was“ in Richtung der verdunkelten Fenster, hinter denen ab und zu die Silhouette eines MfS-Mitarbeiters erschien.[70] Die Verantwortlichen waren sich offenbar der Provokation, die in der Polizeikette lag, bewußt geworden und hatten an die-

65 Zum konkreten Verlauf dieser Demonstration sowie zur Befehlslage auf Seiten der SED und der Sicherheitskräfte vgl.: Tobias Hollitzer: Der friedliche Verlauf des 9. Oktober – Kapitulation oder Reformbereitschaft?, Vortrag, gehalten am 30.10.1996 auf einer Veranstaltung der Außenstelle Leipzig des BStU sowie am 30.01.1998 auf einem Symposium des Historischen Seminars der Universität Leipzig. Die Veröffentlichung ist für das I. Quartal 1999 vorgesehen.

66 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 42.

67 An anderer Stelle wird auch von der Aufforderung „Zieht euch um und schließt euch an“ gesprochen. Albrecht Döhnert/Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Wolf-Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack: Leipzig im Oktober, Berlin 1990, S. 147-158, hier S. 153.

68 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 50.

69 Die Fotoausstellung „Augenblicke – Einblicke, Ansichten – Einsichten“ des Bürgerkomitee Leipzig e.V. vermittelt eine Vielzahl von authentischen Eindrücken dieser Wochen, die für die Ergänzung der schriftlichen Überlieferung hilfreich sind. Die Ausstellung wurde anläßlich des 5. Jahrestages der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale am 04.12.1994 eröffnet. Das fragliche Foto stammt von Thomas Nagel.

70 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 60.

sem Tag die „Runde Ecke“ nur mit einer normalen Leine und wenigen Feuerwehrmänner gesichert.[71]

An den nächsten Montagen organisierte das Neue Forum zur Entschärfung der Situation vor der „Runde Ecke“ Menschenketten, die „Keine Gewalt“-Schärpen trugen.[72]

Ein vom 25.10.1989 datierter „Aufruf zum Volksbegehren“ forderte die „Auflösung des Staatssicherheitsdienstes auf allen Ebenen“.[73] Der von Dr. Ansgar Müller ausgearbeitete Forderungskatalog enthielt bereits alle Maßnahmen, die später für die Auflösung dieses Apparates als notwendig erkannt wurden (vgl. Dokument 7).

In Ergänzung der Losungen vergangener Montage wurde am 30.10.1989 von 200.000 Demonstranten „Stasi aus der Demo raus“ gerufen und ein Plakat, „Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit“, mitgeführt. Eine neue Qualität des Angriffes stellte das Plakat „Mielke – Deine Tage sind gezählt“ dar. Über den neuralgischen Punkt der Montagsdemonstration, den Vorbeimarsch an der „Runden Ecke“, berichtete die Bezirksleitung Leipzig der SED dem Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz:

„Die Angriffe auf die Staats- und Sicherheitsorgane eskalieren sich weiter. Erstmals kam es am Dittrichring zu einem 30 minütigen Stau vor der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Bei diesem Stau kam es zu einer zeitweiligen Personenkonzentration bis zu 4000 Personen. Die von den Demonstranten selbst gestellten Ordner hatten Schwierigkeiten, die Teilnehmer der Demonstration zurückzuhalten.

Die Absicherungsmaßnahmen vor der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und der BDVP waren zweckmäßig. [...] Aus der heutigen Sicht ist eine Zuspitzung bei weiteren Demonstrationen anzunehmen.“[74]

Die „Runde Ecke“ wurde ständig durch Außenposten der MfS-eigenen Wach- und Sicherungseinheit (WSE) gesichert. Zunehmend brachten Bürger auch außerhalb der Demonstrationen hier ihren Zorn zum Ausdruck. Ein Überprüfungsbericht zum Zeitraum 02. bis 26.10.1989 registrierte „35 Fälle der provokativen Belästigung gegenüber unseren eingesetzten Posten“[75]. Aufgrund der

71 Deren Einsatz begründete man mit erhöhter Brandgefahr aufgrund der auf den Granitgehwegplatten und Sandsteinsimsen abgestellten Kerzen. In Gesprächen mit Angehörigen der Feuerwehr stellte sich heraus, daß in den Uniformen MfS-Offiziere steckten.

72 Vgl. u. a. die Fotos in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 69, 83, 125.

73 Aufruf zum Volksbegehren. Wir fordern: Auflösung des Staatssicherheitsdienstes auf allen Ebenen, Leipzig 25.10.1989, in: ABL Hefter 17, unp.

74 Information zur Lage am 30.10.1989 im Zusammenhang mit den sogenannten Montagsgebeten und einer Demonstration durch die Leipziger Innenstadt, Chiffriertes Fernschreiben der Bezirksleitung der SED an den Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, ohne Datum, BStU ZA, SdM 664, Bl. 1 – 3, hier Bl. 3.

75 Bericht über die Ergebnisse von Überprüfungen zum Außenposteneinsatz Dittrichring der BV Leipzig vom 03.11.1989, BStU Ast.Lpz., AKG 00003, Bl. 4 – 6, hier Bl. 5.

massiv empfundenen Angriffe wurde der Außenposten per 27.10.1989 eingezogen. Das MfS ging zunehmend in die Defensive.

Die Staatssicherheit bangte unterdessen weiter um die Sicherheit ihres Dienstgebäudes am Leipziger Ring. Vertreter des MfS nahmen daher Kontakt mit den Sprechern des Neuen Forum auf und vereinbarten für den 04.11.1989, 9.00 Uhr einen Gesprächstermin im Haus der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft (DSF)[76].

Oberst Peter Winkler, Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), eröffnete das Gespräch.[77] Gleich zu Beginn kam er auf den aus seiner Sicht wichtigsten Punkt, die Sicherung der „Runden Ecke", zu sprechen:

„Ich bin beauftragt im Namen des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Genossen Generalleutnant Hummitzsch, Ihnen den Dank auszusprechen für die Organisierung des besonnenen Verhaltens, damit es hier vor dieser Ecke, die Sie sicher genauso als neuralgischen Punkt der Demonstration ansehen, daß es hier zu keinen Vorkommnissen gekommen ist. [...] Wir wissen, daß Sie sich bereits am 23.[10.1989] bemüht haben, da ist es nicht gelungen, diese Ordnung vor diesem Haus herzustellen, trotz Bemühungen, auch das haben wir bemerkt und diese kritische Situation also eine unbedachte Handlung von irgend jemandem, dann war es im wahrsten Sinne des Wortes explosiv. Am 30.[10.1989] haben Sie Ihre Anstrengungen erhöht. Wir haben dieses symbolische Seil gezogen, das ist von Ihnen respektiert worden als die Grenze. Wir haben es selbst gesehen, daß Sie einzelne, die durch ihre Sicherungskette durchgebrochen sind, mit Gewalt, mit sanfter Gewalt zurückgeholt haben. Habe ich das so richtig gesagt? Mit sanfter Gewalt."[78]

Den Vertretern des MfS war nur an der Absicherung ihres Dienstgebäudes gelegen. Das Gespräch führten sie ausschließlich aus taktischen Erwägungen[79] (vgl. Dokument 9). Auf Fragen und Aufforderungen nach ernster nachvollziehbarer Veränderung wollten sie nicht eingehen.

76 Das ehemalige Haus der DSF befindet sich direkt gegenüber der BVfS Leipzig am Innenstadtring. Die Darstellung basiert auf einem Gespräch mit Edgar Dusdal, einem der Sprecher des Neuen Forum, am 23.05.1995.

77 Seitens des MfS nahm weiterhin Hauptmann Lehmann (vermutlich Abt. XX) teil. Außerdem waren Oberstleutnant Herbert Müller, Stellvertreter des Chefs der BDVP und Leiter der Feuerwehr im Bezirk Leipzig sowie Oberstleutnant Klaus Pinkau, Mitarbeiter beim Chef der BDVP, anwesend.

78 Von diesem Gespräch hat Michael Arnold einen heimlichen Tonbandmitschnitt gefertigt, den der Autor abhören konnte. Es wurde eine wörtliche Abschrift gefertigt, nach der im folgenden zitiert wird.

79 Wie verlogen das MfS nach wie vor den Bürgern auf der Straße gegenübertrat, zeigte eine Weisung des Leiter der BVfS vom 3. November zur „Gewährleistung der Federführung der politisch-operativen Arbeit zum Neuen Forum u. a. oppositionellen Gruppen sowie des Überblicks und der dazu erforderlichen Übersichten". In diesem von der AKG Oberst Winklers ausgearbeiteten Papier wird u. a. festgelegt, daß verstärkt Inoffizielle Mitarbeiter einzusetzen und Übersichten über sämtliche „Mitglieder sowie eingetragene Sympathisanten des 'Neuen Forum' und andere oppositionelle Gruppen sowie deren Aktivitäten (einschließlich der Organisierung von Sympathiebekundungen)" zu führen sind. Die meisten dieser Personen sollten in der Zentralen Personendatenbank des MfS (ZPDB) erfaßt werden. Schreiben des Leiters der BVfS Leipzig vom 03.11.1989, Tgb.-Nr. AKG 2740/89, zitiert nach: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 274 f.

Egon Krenz hatte am 03.11.1989 in einer Fernsehansprache den Rücktritt einer Reihe von „verdienstvollen Genossen der Parteiführung“, darunter auch den des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, angekündigt.[80] Im DDR-Fernsehen war am 06.11.1989 die bereits erwähnte Reportage „Ist Leipzig noch zu retten?“ zu sehen, die den erschütternden Verfall der Jahrhunderte alten ehemals blühenden Messestadt enthüllt und weit über Leipzig hinaus viele Menschen erregt hat.

Am 06.11.1989 fand die machtvollste Leipziger Montagsdemonstration bei strömendem Regen statt. Es wurden Teilnehmerzahlen zwischen 300.000 und 500.000 angegeben. Nachdem Christoph Hein auf der Demonstration der Kultur- und Kunstschaffenden in Berlin am 04.11.1989 gefordert hatte, Leipzig zur „Heldenstadt der DDR“ zu ernennen, war das Selbstbewußtsein der Demonstranten weiter gewachsen.

Im Stasigebäude beobachteten die Genossen, wie jede Woche, hinter geschlossenen Vorhängen die Demonstration. Angesichts des wirtschaftlichen Notstandes [81] wurden sie als „Faules Pack“ beschimpft. Nach der Demonstration hing an einem Absperrpfosten ein Schild mit der Aufschrift „Faultierfarm“. Die Plakate, die an diesem Tag dazukamen, wurden in ihren Forderungen nach Abschaffung der Staatssicherheit expressiver: „Bespitzelung mag keiner – Egon, mach die Stasi kleiner – Wir haben Zeit!“, „Stasi-Devisen in die Reise-Kasse“, „Egon, mach die Stasi dicht, eher glaubt das Volk dir nicht“, „Wann endlich Sicherheit vor der Sicherheit?“, „Räumt die Stasi-Festung aus und macht schönen Wohnraum draus!“, „Stasi-Gelder für saubere Umwelt und gesunde Wälder“, „Schluß mit dem Machtmonopol der SED – Staatssicherheit, Entmündigung, Diktatur“, „'Krumme Ecke', Schreckenshaus – wann wird ein Museum draus?“[82] Viele dieser Transparente sowie andere, die den Machtanspruch der SED angriffen und endlich durchschlagende Reformen forderten, wurden an diesem Tag direkt vor der „Runden Ecke“ abgestellt.

Nach dem Gespräch mit dem Neuen Forum am 04.11.1989 hatte man einen weiteren Gesprächstermin für Sonntag, den 12.11.1989, vereinbart. Bei dieser Zusammenkunft ging es erneut um die Absicherung des MfS-Gebäudes durch Sperrketten des Neuen Forum. Zur Illustration hatte das MfS Fotos von der „Gefährdung“ der „Runden Ecke“ mitgebracht. Diese zeigten Brandflecken von Kerzen vor dem Gebäude. Die Vertreter des MfS erklärten, daß das Dienstgebäude eine militärische Einrichtung sei, die bei einem Sturm auf das Gebäude verteidigt werden müsse. Bei der Objektsicherung würden sie kein Pardon kennen, notfalls würde geschossen. Sie unterstellten, daß das Neue Fo-

80 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 88; Chronik der Wende vom 03.11.1989, Sendung des ORB, 1994.

81 Es fehlten selbst Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung grundsätzlicher Funktionen des Gemeinwesens, wie dem städtischen Nahverkehr, der Betreuung in den Krankenhäusern oder der Müllabfuhr. Vgl. dazu: Monatliche Berichterstattung des Vorsitzenden des Bezirkes Leipzig an den Vorsitzenden des Ministerrates für den Monat Oktober 1989, Leipzig 01.11.1989, in: SStAL BT u. RdB 38208.

82 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 90.

rum die Demonstrationen organisierte. Daher trüge es auch entsprechende Verantwortung, Eskalationen zu verhindern. Dem widersprach Jürgen Tallig, das MfS habe die Situation selbst verschuldet und müsse daher Vorleistungen bringen. Daraufhin verlas er einen Forderungskatalog des Neuen Forums.

Am Ende vereinbarte man, einen gemeinsamen Text in der Leipziger Volkszeitung zu veröffentlichen.[83] „Gemeinsamer Standpunkt: Gewaltlosigkeit" hieß der Artikel, den die LVZ am Mittwoch, dem 15.11.1989, auf Seite 1 abdruckte[84]. Unter dieser gemeinsamen Überschrift veröffentlichten MfS und Polizei einerseits und die neuen demokratischen Gruppen andererseits jeweils eigene Erklärungen. Die Sicherheitsorgane dankten für die Menschenketten zur Absicherung der Dienstgebäude. In dem Zusammenhang benutzten sie erstmals offiziell den Begriff Sicherheitspartnerschaft. Der Beitrag der Bürgerbewegung beschrieb den Gesprächsverlauf und die Initiativen zum Erhalt des gewaltlosen Charakters der Demonstrationen (vgl. Dokument 10).

Auf der Montagsdemonstration jener Woche, am 13.11.1989, wurden wiederum Forderungen laut, das MfS abzuschaffen: „Stasi als Umweltschutzpolizei", „Macht dem MfS endlich den Prozeß", „Stasi-Gelder in die Wälder", „Stasi weg, wir brauchen Arbeiter", „ Stasi, ihr bekommt das Geld, das uns Krankenschwestern fehlt!"[85] Vor dem Gebäude der „Runden Ecke" stellten Demonstranten unter dem Schild mit der Dienststellenbezeichnung ein Transparent „Wegen Inventur geschlossen" ab.

Am Sonnabend, dem 18.11.1989, fand auf dem Dimitroff-Platz in Leipzig die erste genehmigte Kundgebung des Neuen Forum mit 10.000 Teilnehmern[86] statt. Mehrere der Redner forderten die Kontrolle des MfS bzw. seine komplette Auflösung[87]. Erstmals wurden die Forderungen nach Kontrolle und Auflösung des Sicherheitsapparates, aber auch nach der Einsetzung von Untersuchungskommissionen zur früheren Tätigkeit der Funktionäre gebündelt vorgetragen. In den nächsten Wochen gingen sie auch in die Programme der neuen demokratischen Gruppen und Parteien ein (vgl. Dokument 11).

83 Die Darstellung basiert auf Gesprächen des Autors mit Edgar Dusdal (23.05.1995) und Martin Kind (02.06.1995).

84 Gemeinsamer Standpunkt: Gewaltlosigkeit, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.11.1989, S. 1.

85 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 104 f.

86 Im Lagefilm der Führungsgruppe des Chefs der BDVP Leipzig ist vermerkt, daß es nicht, wie in der Presse veröffentlicht 50.000, sondern nur 10.000 Teilnehmer waren. Lagefilm der Führungsgruppe des Chefs der BDVP, lfd.-Nr. 976, Archiv PPLA 11449, Lagefilm, Bl. 124; vgl. auch: Neues Forum als Partei? – Erste Kundgebung der Vereinigung in Leipzig, in: Sächsisches Tageblatt vom 20.11.1989, S. 1.

87 Tonbandabschrift der Kundgebung des Neuen Forum am 18.11.1989 auf dem Georgi-Dimitroff-Platz in Leipzig, in: ABL Hefter 17, Bl. 1-36. In Auszügen wurden die Reden wiedergegeben in: 10000 in Leipzig für Versammlungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit. Erste öffentliche Kundgebung des Neuen Forum auf Dimitroffplatz, in: Leipziger Volkszeitung vom 20.11.1989, S. 1; und in: Demo-Reminiszenzen, pro vocation 1, Berlin 1990, S. 52-79.

Hans Modrow hatte das MfS am 18.11.1989 formal aufgelöst und ein Amt für Nationale Sicherheit gebildet sowie weniger Aufwand und neue Grundsätze für die Arbeit versprochen.[88]

Trotz der angekündigten Veränderung der Staatssicherheit ließen die Demonstranten in ihren Forderungen nicht nach. Sie riefen am 20.11.1989 vor der „Runden Ecke“: „Faultierfarm“, „Abschaum“, „Ihr seid das Letzte“ und „Gebt die Akten raus!“ Auch auf den Transparenten kamen immer eindeutiger die Auflösung betreffende Losungen hinzu: „Wir fordern: Umbau der Stasi-Gebäude zu Pflegeheimen!“, „Sollen die Menschen im Lande bleiben, müßt ihr Stasi und Kampfgruppen vertreiben!“, „Herr Ministerpräsident, was heißt unter Ihnen Sozialismus? Wo bleiben: Änderung der Verfassung, freie Wahlen, Auflösung des AfNS – kontrollierte Vernichtung der Unterlagen?“ und „Stasi – deine Zeit ist rum“.[89] Diese letzte Losung wurde im Demonstrationszug und vor allem vor der Stasi-Bezirksverwaltung an diesem Tag oft gesungen. Die Umbenennung des MfS erkannten die Demonstranten als rein kosmetische Veränderung und ließen sich nicht täuschen.

Auch am Montag, dem 27.11.1989, artikulierten die Demonstranten phantasiereich ihre Abscheu gegen die Staatssicherheit: „Große Augen, spitze Ohren – was habt ihr in unserem Land verloren? – Stasi als Umweltpolizei“ und „Stasi-Gebäude: Haus für freie demokratische Gruppen und Parteien – Eröffnung 1.1.1990“.

2.3. Die Besetzung der Staatssicherheit in Leipzig am 4. Dezember

Im folgenden beschreibe ich die Entwicklung der Ereignisse vor allem aus der Perspektive der Bürger und des späteren Bürgerkomitees.[90] Die internen Abläufe innerhalb der Staatssicherheit können hier nicht untersucht werden und sind zumindest für einige Bezirke und Berlin bereits dargestellt worden.[91]

Auf einer Dienstberatung mit allen Leitern am Vormittag des 04.12.1989 stellte der Leiter der BVfS, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, fest, daß die „Entw[icklung] in atemberaubendem Tempo“ vonstatten gehe und erwar-

88 Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 12. Tagung am 17./18.10.1989, Stenografische Niederschrift, S. 278.
Im Gegensatz zu den SED-Medien, wie Neues Deutschland oder Aktuelle Kamera, kommentierte die Zeitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Sächsisches Tageblatt, diesen Schritt kritisch. (vgl. Dokument 12) Obwohl der Kommentator eine für diese Zeit in den öffentlichen Medien noch immer nicht übliche Kritik übte, relativierte er am Ende wieder und argumentierte im Sinne des gerade neu geschaffenen Amtes für Nationale Sicherheit.

89 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 118 f.

90 In einigen Zeitschriften erschienen längere Berichte über die Besetzung in Leipzig, so z. B.: Thomas Kleine-Brockhoff: Stasi im Reißwolf, in: Die Zeit, Nr. 51 vom 15.12.1989, S. 15-19; Sylvia Kabus: Ihr müßt schon selber suchen. Leipziger Bürger versiegelten die Bezirkszentrale der Staatssicherheit, in: Der Sonntag, Nr. 05 vom 03.02.1990, S. 9.

91 Vgl. Kapitel: 1.4.1. Bürgerkomitees und Auflösung der Staatssicherheit.

tete, daß die „Angriffe aufs Amt zunehmen“ würden. Er schloß sehr fatalistisch mit den Worten: „Wir müssen diesen Montag überstehen“.[92]

2.3.1. Die politische Situation

Die Meldungen in den Medien am Montag, dem 04.12.1989, ließen den Zorn des Volkes weiter steigen. Auf der 13. Tagung der Volkskammer war am Freitag, dem 01.12.1989, der erste Bericht des zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmißbrauches, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen verlesen worden.[93] In der nachfolgenden Diskussion ergriff auch der Mielke-Nachfolger, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, das Wort:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin seit 18.11. diesen Jahres Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit. Der ehemalige Minister für Staatssicherheit – ich muß das hier mit aller Deutlichkeit sagen – hat mir bei der Amtsübernahme zwei leere Panzerschränke übergeben.

Der Minister für Staatssicherheit hat mich, seinen Stellvertreter – ich war bis dahin Stellvertreter für operative Technik und Sicherstellung – nicht einbezogen in derartige Probleme, die heute hier zur Debatte stehen.“[94]

Die Behauptung seiner Unwissenheit war eine faustdicke Lüge. Generalleutnant Wolfgang Schwanitz war von Minister Mielke durchaus „in derartige Probleme“ einbezogen worden. Die Kommission zur Untersuchung der brutalen Einsätze am 07./08.10.1989 in Berlin hat erarbeitet, daß der stellvertretende Minister Wolfgang Schwanitz die Einsatzleitung innehatte.[95]

Auf der Volkskammertagung führte Schwanitz weiter aus, daß „das neue Amt für Nationale Sicherheit nicht etwa nur eine Kostümierung des alten Amtes bedeutet“, sondern grundlegende Änderungen bis hin zu Personalabbau zu erwarten seien. Genauer wollte er nicht werden, damit „meine Genossinnen und Genossen nicht etwa jetzt über die Medien“ über die nächsten Schritte informiert würden. Er kündigte für Sonntag, den 03.12.1989, eine Sitzung mit den Leitern aller Diensteinheiten an. Am Ende bat Wolfgang Schwanitz, in der nächsten Volkskammersitzung detaillierter zu den vorgenommenen Veränderungen Stellung nehmen zu dürfen.[96] Auf jener Sitzung mußte Ministerpräsi-

92 Mitschrift einer Dienstberatung beim Leiter des BAfNS Leipzig am 04.12.1989, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 51.

93 Vgl.: Heiße Debatte zum Amtsmißbrauch – Enthüllungen auf der jüngsten Volkskammertagung, in: Sächsisches Tageblatt vom 04.12.1989, S. 2.

94 Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 13. Tagung am 01.12.1989, Stenografische Niederschrift, S. 350.

95 Schnauze! Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober. Berlin, Leipzig, Dresden, Berlin 1990, S. 14 f.

96 Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 13. Tagung am 01.12.1989, Stenografische Niederschrift, S. 350.

dent Modrow verkünden, daß es bis zur Wahl keine neuen Geheimdienste geben wird.[97]

Die Zeitungen dieses Montags berichteten ebenfalls über die Entdeckungen des Waffenhandels der Schalck-Firma IMES in Kavelsdorf bei Rostock.[98] Das Sächsische Tageblatt titelte auf Seite 1 mit Überschriften wie: „Genuß-Genossen in Haft“ und „SED-Spitze trat zurück“. Auch das Zentralorgan der SED-Bezirksleitung Leipzig, die Leipziger Volkszeitung, wies auf der Titelseite unter „Haftbefehle vollstreckt“ auf weitere Berichte zu diesem Thema hin.[99] Der moralische aber auch der physische Verfall des einst mächtigen Staates war in diesen ersten Dezembertagen nicht mehr zu übersehen.

2.3.2. Ein Gespräch beim Leiter des AfNS in Berlin

Am Morgen des 04.12.1989 fand eine Zusammenkunft von Vertretern der Berliner Bürgerbewegungen unter Leitung des Rechtsanwaltes Wolfgang Schnur mit dem Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, statt.[100] Überwiegend waren es Akteure, die sich infolge der Demonstration vom 04.11.1989 auf dem Berliner Alexanderplatz zusammengefunden hatten. Bei diesem Gespräch ging es nach Angaben eines Beteiligten[101] auch um die abendliche Montagsdemonstration in Leipzig. Da man Angst vor einem Sturm auf das Stasigebäude hatte, wurden Christian Ladwig und Wolfgang Schnur gebeten, nach Leipzig zu fahren und dort befriedend auf die Massen einzuwirken. Schwanitz hatte versprochen, einen Übertragungswagen bereitzustellen, damit die beiden zu den Demonstranten sprechen könnten. Vermutlich geht auch das Fernschreiben[102] von ihm, in dem er „jegliche Vernichtung und jeglichen Transport von Akten“ ab sofort untersagte, auf dieses Gespräch zurück (vgl. Dokument 19). Die massiven Aktenvernichtungen in den letzten Tagen waren Anlaß zu großer Besorgnis, aber auch Wut gewesen. So hatten bereits am Wochenende Mitglieder des Neuen Forums in Leipzig die

97 Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 14. Tagung am 12.01.1990, Stenografische Niederschrift, S. 406-408.

98 Vgl.: Skandal: Staatlicher Waffenexport der DDR, in: Sächsisches Tageblatt vom 04.12.1989, S. 1.

99 Vgl.: „Heute auf S. 4: Bürger entdeckten im Landkreis Rostock ein mysteriöses Waffenlager, Ehemaliger Staatssekretär seines Amtes enthoben, Staatsanwaltschaft untersuchte Arbeits- und Wohnräume von Schalck-Golodkowski, Bürger fordern: Gesetzwidriges Handeln unterbinden!“, in: Leipziger Volkszeitung vom 04.12.1989, S. 1.

100 Nach Angaben von Christian Ladwig, der bei diesen Gesprächen anwesend war, sollte vor allem die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission besprochen werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde verschiedene Untersuchungskommissionen gebildet, z. B. auch eine bei der SED unter Leitung von Gregor Gysi, so daß es sehr schwierig ist festzustellen, von welcher der verschiedenen Kommissionen jeweils die Rede ist. Gespräch des Autors mit Christian Ladwig am 09.02.1995.

101 Die Darstellung basiert auf einem Gespräch mit Christian Ladwig am 09.02.1995. Weitere Unterlagen konnten bisher nicht aufgefunden werden.

102 Fernschreiben des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit an alle Leiter der Bezirks- und Kreisämter vom 04.12.1989, cfs-Nr. 16; Faksimile in: Roland Pechmann/Jürgen Vogel: Abgesang der Stasi. Das Jahr 1989 in Presseartikeln und Stasi-Dokumenten, Braunschweig 1991, S. 377. Im Bezirksamt Leipzig ist dieses Fernschreiben gegen 15.30 Uhr eingegangen.

Eingänge von MfS-Gebäuden bewacht, um einen Aktenabtransport zu verhindern.[103]

Um weiteren Aktenvernichtungen vorzubeugen, riefen die neuen demokratischen Gruppen am 04.12.1989 die Bürgerinnen und Bürger zu Kontrollen auf (vgl. Dokument 18). ADN berichtete darüber nur sehr verkürzt[104] (vgl. Dokument 16). Der Leiter des AfNS, Wolfgang Schwanitz, schickte diesen Aufruf fernschriftlich an alle Leiter der Bezirksämter. Im Anschreiben führte er aus: „Angesichts der Gefahr von Gewalttätigkeiten und ihrer Eskalation und aus tiefer Sorge um unser Land haben mich Vertreter von Bürgerrechtsbewegungen unter Leitung von Herrn Rechtsanwalt Schnur gebeten, beiliegenden Aufruf über die Nachrichtenverbindungen des Amtes an die Medien der Bezirke zu geben.“[105] Abschließend forderte er: „In den Bezirken sollten ähnliche Gespräche im Interesse einer Sicherheitspartnerschaft stattfinden.“[106]

Im Anschluß an das Gespräch bei Wolfgang Schwanitz in Berlin war noch ein Termin bei Ministerpräsidenten Hans Modrow anberaumt, bei dem die „Initiativgruppe 4.11.“ vereinbarte, eine gemeinsame „Untersuchungskommission von Regierung und Gruppen“ ins Leben zu rufen.[107] Die Aktuelle Kamera berichtete über diese Beratung am Abend ausführlich. Regierungssprecher Wolfgang Meyer „versicherte, daß die Regierung alles unternehme, damit keine Unterlagen aus Panzerschränken verschwinden können“.[108]

Da das Gespräch bei Modrow erst ab 13.00 Uhr stattfand, trafen Christian Ladwig und Wolfgang Schnur nach Beginn der Kundgebung in Leipzig ein. Sie gelangten in das Stasi-Gebäude, als es schon von Bürgern kontrolliert wurde. Wolfgang Schnur nahm zwar auch an den Verhandlungen mit dem Leiter des Hauses teil, gab aber vor allem Interviews. Gegen 3.30 Uhr fuhren die beiden nach Berlin zurück. Spätestens seit im März bekannt wurde, daß Wolfgang Schnur der Staatssicherheit als IM „Torsten“ verpflichtet war, mehrten sich die Unterstellungen, die Stasi hätte die Besetzung selbst organisiert. Die Rekonstruktion des Tages in Leipzig zeigt aber, daß Schnur keinen Einfluß auf die Entscheidungen hatte.[109]

103 Gespräch mit Petra Lux am 23.04.1995, die gemeinsam mit anderen vor den Villen der Staatssicherheit in der Käte-Kollwitz-Straße gestanden hatte.

104 Aufruf des Neuen Forums, in: Leipziger Volkszeitung vom 04.12.1989, S. 4; sowie in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 05.12.1989, S. 2. Das Neue Deutschland druckte diese Meldung nicht.

105 In den MNN wurde dieser Aufruf abgedruckt und – wie im Fernschreiben von Schwanitz gefordert – um die aktuelle Telefonnummer der BDVP Leipzig ergänzt, vgl.: Keine Akten mehr vernichten!, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06.12.1989, S. 2.

106 Fernschreiben des Leiters des AfNS an die Leiter der Diensteinheiten vom 04.12.1989, in: BStU ZA, SdM 2275, Bl. 19.

107 Die Darstellung basiert auf einem Gespräch mit Christian Ladwig am 09.02.1995. Weitere Unterlagen konnten bisher nicht aufgefunden werden.

108 Über diese Pressekonferenz berichtete am nächsten Tag das ND: Untersuchungskommission von Regierung und Gruppen gebildet, in: Neues Deutschland vom 05.12.1989, S. 1 f.

109 So behauptete Stefan Wolle 1992 in einem Referat: „Man weiß inzwischen, daß speziell in Leipzig bei der Bildung des Bürgerkomitees Inoffizielle Mitarbeiter des MfS eine führende Rolle spielten.“ Weiter kommt er zu dem Schluß: „Es ist jedoch zweifelhaft, ob sie diesen Prozeß wirklich lenkten,

2.3.3. Die weitere Entwicklung in Leipzig

Die Predigten und Fürbitten in den Friedensgebeten dieses Montags nach dem 1. Advent beschäftigten sich überwiegend mit dem ersten großen Luftangriff auf Leipzig, der 46 Jahre zuvor die Innenstadt in Schutt und Asche gelegt hatte. Hiervon ausgehend wurde nachdrücklich zu weiterer Gewaltlosigkeit aller Aktionen aufgerufen. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand, daß der 4. Dezember erneut zu einem unvergeßlichen Tag für Leipzig werden sollte.

Wie jeden Montag fand nach den Friedensgebeten in den sechs Leipziger Innenstadtkirchen eine Kundgebung auf dem Platz vor der Oper statt. Für das Neue Forum sprach Jürgen Tallig. Er vertrat in seiner Rede eindeutig wie nie zuvor die Notwendigkeit eines echten Machtwechsels in Politik, Staat und Verwaltung. „Unsere Revolution ist in ihre zweite Phase getreten. Nachdem wir in der ersten unsere elementaren Rechte erkämpft haben, steht nun die Machtfrage auf der Tagesordnung. Konkret: die Beseitigung der SED-Herrschaft in allen Bereichen und die Übernahme der Verantwortung durch Vertreter des Volkes.“ Zum Schluß forderte er: „Wir sind nicht mehr gewillt, uns hinhalten zu lassen. Schon fährt die Staatssicherheit nachts Unterlagen zur Vernichtung. Wir meinen es ernst“[110] (vgl. Dokument 17).

Obwohl innerhalb der Sprechergruppe des Neuen Forum Leipzig, welches sich für die inhaltliche Gestaltung der Kundgebung verantwortlich fühlte, bekannt war, daß Bürger am Vormittag dieses Tages das Bezirksamt für Nationale Sicherheit in Erfurt gestürmt hatten, wurde diese Information bewußt nicht an die Demonstranten weitergegeben. Man befürchtete nicht kontrollierbare Reaktionen an der „Runden Ecke“. Um in dieser schwierigen Situation das Prinzip der Gewaltlosigkeit weiter gewährleisten zu können, hatte das Neue Forum beschlossen, gegen 16.00 Uhr in der Leipziger Stasi-Zentrale vorzusprechen.

Michael Arnold und Falk Hoquéll versuchten, für dieses Vorhaben weitere Mitstreiter zu gewinnen. Falk Hoquéll wandte sich an die Zusammenkunft zwischen den Oppositionsgruppen und einer Delegation aus Frankfurt/Main, die in „Leipzig Information“ am Sachsenplatz stattfand. Nach längerer Diskussion über Sinn und Unsinn dieser Aktion sagten einige der Anwesenden zu, an die „Runde Ecke“ zu kommen. Michael Arnold versuchte, einen Staatsanwalt zu organisieren. Die Anrufe bei Polizei und Staatsanwaltschaft blieben jedoch erfolglos. Keiner wollte mit einem solchen Ansinnen etwas zu tun haben.

oder ob sie nicht vielmehr auf der Woge der Volksbewegung mitschwammen, in der Hoffnung, eines Tages den Prozeß kontrollieren zu können.“, in: Stefan Wolle: Im Kleinhirn der Krake. Der Beginn der Auflösung in Berlin im Januar 1990, in: Gisela Helwig: Rückblicke auf die DDR, Köln 1994, S. 61-66.
Im Rahmen dieser Arbeit kann das Problem, welche Bürgerkomiteemitglieder oder auch andere an der Auflösung beteiligten Personen dem MfS inoffiziell verpflichtet waren, nicht erörtert werden. Es ist aber davon auszugehen, daß zumindest die IM, die im Bürgerkomitee Leipzig zur Auflösung der Staatssicherheit mitgearbeitet haben, keine Möglichkeiten fanden, die Richtung mitzubestimmen.

110 Das Konzept für diese Rede erhielt der Autor am 02.04.1995 in Kopie von einem der ehemaligen Sprecher des Neuen Forum Leipzig; Kopie ebenfalls in: ABL, Hefter 17, unp.

Vor der Runden Ecke waren gegen 16.00 Uhr höchstens 15 Personen versammelt. Michael Arnold war schockiert, daß nur so wenige gekommen waren. Dennoch bemühte sich eine Abordnung von fünf Personen um Einlaß. Direkt an der „Runden Ecke“ rührte sich gar nichts. So versuchten die fünf es am Eingang in der Großen Fleischergasse. Als ein Wachposten öffnete, sagten sie, daß sie Leipziger Bürger aus allen Parteien und Bürgerbewegungen seien und Kenntnis von der Erstürmung der Stasi in Erfurt hätten. Um Gewalt zu verhindern, wollten sie das Gebäude unter ihre Kontrolle stellen.

Wenig später wurden sie vom Ersten Stellvertreter des Bezirksamtes, Oberst Reinhard Eppisch, in seinem Dienstzimmer in der 4. Etage des Neubaues empfangen. Die Abordnung der neuen Gruppierungen[111] versuchte, Oberst Eppisch zu erklären, daß nur mit einer gemeinsam abgesprochenen Kontrolle der Gebäude durch Bürger ein gewaltsames Eindringen der Demonstranten am Abend verhindert werden könnte. [112] Trotz langer Diskussionen zeigte sich die Leitung des Hauses nicht bereit, eine Abordnung von 30 Bürgern in die Diensträume einzulassen. Oberst Eppisch entgegnete 18.00 Uhr, daß eine Kontrolle nur mit einem Staatsanwalt und nach zentraler Abstimmung möglich wäre, man dürfe ihm nicht die Pistole auf die Brust setzen.[113] Der Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig, Karl Munkwitz, war noch immer weder dienstlich noch privat zu erreichen.

Kurz vor Ende der Kundgebung teilte die Gruppe, des ewigen Hingehaltenwerdens müde, Oberst Eppisch mit, daß sie jetzt ihren Vertreter Falk Hoquéll auf den Karl-Marx-Platz schicken würde, mit der Botschaft, daß es seitens der Staatssicherheit keine Bereitschaft für eine demokratische Kontrolle ihrer Dienstgebäude gäbe. Mit der dann nicht mehr zu vermeidenden Eskalation müsse das MfS selbst fertig werden. Kaum war Falk Hoquéll gegangen, hatte „Oberst Eppisch 18.20 2 min erbeten für [einen] nochmaligen Versuch“.[114] Unter dem Druck der ca. 150.000 Demonstranten dieses Montags bot er nun an, eine Gruppe von 30 Bürgern einzulassen, denen die Möglichkeit zugesagt wurde, Räume zu besichtigen und zu versiegeln. Außerdem würde eine gebrauchsfähige Lautsprecheranlage bereitgestellt, mit der die Demonstranten über die Vereinbarung informiert werden sollten. Daraufhin wurde Falk Hoquéll zurückgeholt.

Die Losungen der Demonstranten forderten unmißverständlich die sofortige Auflösung des MfS[115]: „Stasi, in den eigenen Knast“, „Stasi, deine Zeit ist

111 Vereinigte Linke, Demokratischer Aufbruch und Neues Forum.

112 Die Mitschriften dieses Tages konnte der Autor anläßlich eines Gespräches am 02.04.1995 bei Michael Arnold einsehen und von ihm eine Kopie erhalten. Die weitere Darstellung basiert im wesentlichen auf diesem Gespräch und den Mitschriften.

113 Mitschrift Michael Arnold, Bl. 1; Gespräch mit Michael Arnold am 02.04.1995.

114 Ebenda, Bl. 1.

115 Diese Forderungen erhalten eine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß die Autoren dieser Transparente noch nicht wissen konnten, daß die Erfurter Stasi-Zentrale besetzt worden war. Die Besetzung in Leipzig an diesem Abend wurde zwar einerseits durch die Erfurter Ereignisse und die darauf reagierende Berliner MfS-Generalität beeinflußt, entsprach aber andererseits den zahlreichen

rum“, „Stasi, mach die Türen auf“, „Auf alle Fälle: Mielke in die Janka-Zelle!“, „Macht die Betriebe frei von Stasi und Partei“, „Besetzt das Stasi-Gebäude“, „Stasi, laß die Presse rein“, „Wir fordern die sofortige Entmachtung und Auflösung der Stasi!“, „Stasi beim Zoll ist allen ein Groll“, „Stasi in die Produktion – für Mindestlohn“, „Wir fordern die Entmachtung der Staatssicherheit“, „ Wir fordern die Auflösung der Bezirksinstitutionen von SED und Stasi!“, „Die 'Runde Ecke' läuft noch rund!“ und „Besetzt das Stasi-Gebäude – sofort!“[116]

Nachdem die ersten Demonstranten schon vor dem Gebäude angelangt waren, schien es unmöglich, gezielt 30 bekannte und vertrauenswürdige Bürger zur Besichtigung und Versiegelung auszuwählen. So wurden 30 der vor dem Tor stehenden Personen abgezählt und hereingelassen. Man war sich des Risikos wohl bewußt, auf diesem Weg auch Mitarbeiter der Staatssicherheit in den Kreis der kontrollierenden Bürger zu holen. Die Bürger und Vertreter der Staatssicherheit begaben sich dann von der 4. Etage des Neubaus in das Zimmer 127 im Altbau. Dies befand sich direkt über der „Runden Ecke“.

Als Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes erschien der Leiter der Abteilung I A, Heinz Kurzke.[117] Diese Abteilung war für die Bearbeitung der politischen Ermittlungsverfahren zuständig und in diesem Zusammenhang bestens mit der Staatssicherheit bekannt. Dies wußten zu diesem Zeitpunkt aber nur die Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Michael Kleinert teilte über ein Megaphon vom Balkon der Runden Ecke aus dem herannahenden Demonstrationszug mit, daß „das Ministerium für Staatssicherheit unter unsere Kontrolle genommen“ wurde und daß Diensträume und Archive versiegelt würden. Die Menschen draußen sollten schweigend Mahnwache halten.[118] Die Demonstranten verharrten in diesem Moment jubelnd vor der Runden Ecke. Auf einer Fotografie sieht man Hunderte völlig fassungsloser Gesichter, denen vor Erstaunen und Glück der Mund offen geblieben war.[119] 19.15 Uhr trat Staatsanwalt Kurzke auf den Balkon und erklärte den Wartenden per Megaphon eher zurückhaltend: „Ich bin gebeten worden, mit den Angehörigen des Neuen Forum die Räume dieses Gebäudes zu versiegeln.“[120]. Einer der 30 Bürger hingegen formulierte das Unglaubliche, was an diesem Abend geschah, deutlicher: „Demonstranten, in diesem Haus befinden sich Bürger aus unserem Kreis, um dieses Haus gewaltlos unter unsere Kon-

und erstmals so konkret formulierten Forderungen der Montagsdemonstranten auf dem Leipziger Ring.

116 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 140 f.; Information des Chefs der BDVP Leipzig über die Losungen des 04.12.1989, Leipzig 04.12.1989, SStAL SED A6784 (0188).

117 Auf wessen Bitten oder Geheiß der Staatsanwalt gekommen war, ließ sich bisher nicht feststellen.

118 Mitschrift Michael Arnold, Bl. 2; Gespräch mit Michael Arnold am 02.04.1995.

119 Fotografie von Rainer Dorndeck, in: Tobias Hollitzer: Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, Opladen, Wiesbaden 1996, Einband.

120 Zitiert nach einem Mitschnitt der DDR-Nachrichtensendung „AK-zwo“ vom 04.12.1989, in: BKL Videoarchiv. Die Uhrzeit nach: Mitschrift Michael Arnold, Bl. 2.

trolle zu nehmen."[121] Danach sang die mittlerweile das ganze Gebäude umschließende Menschenmenge „Ein Tag so wunderschön wie heute".

Kurz darauf, 19.17 Uhr, stand bereits die Frage nach der Zulassung von Öffentlichkeit, da ein Fotograf der Zeitschrift „Stern" um Einlaß gebeten hatte. Nach kurzer kontroverser Diskussion wurde mit 14 Ja- und 19 Nein-Stimmen durch die Bürgergruppe entschieden, den Korrespondenten nicht hereinzulassen. Diese Entscheidung wurde von den draußen stehenden Menschen jedoch sehr bald revidiert. Mit Rufen wie „ARD und ZDF rein" erzwangen sie den Zutritt weiterer Journalisten.[122]

Der Staatsanwalt ließ sich aufgrund der Vielzahl der Räume auf den Kompromiß ein, die einzelnen Etagen der Gebäude durch verschiedene Gruppen, bei denen er nicht immer anwesend sein konnte, versiegeln zu lassen. Diese Gruppen, bestehend aus jeweils einem Stasi-Offizier[123] und fünf Bürgern, begannen 20.15 Uhr mit der Besichtigung und Versiegelung der zugewiesenen Etagen.[124] Die Journalisten schlossen sich teilweise an, zogen aber auch ungehindert allein durch die langen Gänge.

Die Nachrichtensendung des zweiten Programms des DDR-Fernsehens, „AK zwo", beschäftigte sich an diesem Abend vorwiegend mit der Demonstration in Leipzig, deren Darstellung sehr distanziert und eher komisch gelang: „Trotz Kälte und Industrienebel[125] waren weit über 150.000 Messestädter und ihre Gäste auf dem Platz vor der Oper gekommen."[126] Über die Besetzung der Leipziger Zentrale der Staatssicherheit wurde nur kurz berichtet.[127] In den Nachrichtensendungen des „West"-Fernsehens, Tagesschau und Tagesthemen, dagegen nahmen diese Ereignisse breiten Raum ein. Auch die Leipziger Tageszeitungen berichteten sehr ausführlich.[128]

Gegen 22.00 Uhr fand im Speisesaal des Neubaus die erste Pressekonferenz in der fast vierzigjährigen Geschichte der Leipziger Staatssicherheit statt. Man-

121 Zitiert nach einer Filmaufnahme: Bürgerkomitee Leipzig: „Was das Volk bewegte" – filmische Sequenzen von der Stasiauflösung in Leipzig, Leipzig 1994, in: BKL Videoarchiv.

122 Bericht in der Tagesschau der ARD vom 04.12.1989.

123 Oberstleutnant Rainer Ludwig, stellv. Leiter der Abt. Kader und Schulung, Oberstleutnant Günter Leubold, Leiter der Abt. XIX (Sicherung des Post-, Fernmelde- und Verkehrswesens), Oberstleutnant Horst Pinther, Leiter der Abt. Kader und Schulung, Oberstleutnant Günter Gasche, stellv. Leiter der Abt. Kader und Schulung, Oberstleutnant Roland Firesch, stellv. Leiter der Abt. II (Spionageabwehr). Mitschrift von Michael Arnold.

124 Mitschrift Michael Arnold, Bl. 1.

125 Das Wort „Industrienebel" war die einzige offiziell zulässige Bezeichnung für den im Leipziger Raum häufig auftretenden Smog.

126 Zitiert nach einer Filmaufnahme: Bürgerkomitee Leipzig: „Was das Volk bewegte" – filmische Sequenzen von der Stasiauflösung in Leipzig, Leipzig 1994, in: BKL Videoarchiv.

127 Die Hauptnachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Aktuelle Kamera, berichtete auch am folgenden Abend nicht über die Besetzung.

128 Vgl.: Am Montagabend zum ersten Mal keine Schreckensvision: Von der Demo in die „runde Ekke"!, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06.12.1989, S. 6; Albrecht Günther: Historischer Augenblick für Leipzig. Bürgerkomitee im Bezirksamt für Nationale Sicherheit – Versuch einer Chronik, in: Sächsisches Tageblatt vom 06.12.1989, S. 2. Siehe auch Anm. 141.

fred Hummitzsch konnte seine larmoyante Art der letzten Wochen[129] auch an diesem Abend nicht unterdrücken:

„Wenn Sie mich fragen, im Alter von über 60 Jahren, 40 Jahre in der Partei, 40 Jahre in diesem Organ, bin ich auch am Boden. Ich muß damit leben, ich schäme mich, jawohl, für diese Dinge schäme ich mich. Ich kann es nicht rückgängig machen.“[130]

Auf die Frage eines Journalisten, wie lange er glaube, noch Leiter des Amtes in Leipzig zu sein, antwortete er ebenfalls fatalistisch:

„Solange, wie das [als] notwendig erachtet wird. Wenn man morgen sagt, ich werde nicht mehr gebraucht, werde ich dieses Amt verlassen.“[131]

Die Anwesenheit der Öffentlichkeit, einschließlich der Medien des „Klassenfeindes“, konnte Generalleutnant Hummitzsch auch am späten Abend noch nicht richtig fassen:

„Dazu muß ich Ihnen sagen, daß ich von Ihrem Besuch überrascht wurde. Es gab Ihrerseits keine Voranmeldung für Ihr Vorhaben hier in unserem Haus Aufnahmen zu machen. Die Umstände haben das so mit sich gebracht. Bitte schön, es ist geschehen. Ich gestatte Ihnen das.“[132]

Die Journalisten befragten auch die Mitarbeiter der Staatssicherheit, die sie auf den Gängen trafen:

„Frage: Der Feind war doch aber das eigene Volk.

Antwort: Ja, so stellt sich das heute dar.

Frage: Hatten Sie Angst?

Antwort: Angst? Naja, wir sind demofest geworden muß ich mal sagen. [...]

Frage: Was werden Sie machen?

Antwort: Ich werde noch ein paar Wochen hier arbeiten und dann zur Straßenbahn gehen.“[133]

Die überwiegende Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter in Leipzig hatte an diesem Abend aufgegeben und sah innerhalb des AfNS keine Perspektive mehr für sich.

Da diese Nacht sehr viele Fragen offengelassen hatte, verabredete man für den nächsten Morgen 08.00 Uhr ein weiteres Gespräch in der „Runden Ecke“.

129 Vgl. z. B. seine Rede auf der 22. Sitzung der SED-Bezirksleitung am 21.11.1989, Protokoll der 22. Sitzung der SED-Bezirksleitung, SStAL SED IV F-2/1/017, Bl. 1-95, hier Bl. 48-57, unp.

130 Zitiert nach einer Filmaufnahme: Bürgerkomitee Leipzig: „Was das Volk bewegte“ – filmische Sequenzen von der Stasiauflösung in Leipzig, Leipzig 1994, in: BKL Videoarchiv.

131 Ebenda.

132 Ebenda.

133 Ebenda.

Nicht nur in der Zentrale, der „Runden Ecke“ am Dittrichring, wurden in dieser Nacht die Dienstzimmer erstmals durch Vertreter der Öffentlichkeit kontrolliert. Nach langem Warten vor den Toren des Parkplatzes, der zum Gebäudekomplex am Dittrichring gehörte, wurde eine Gruppe von Demonstranten gegen 24.00 Uhr hereingelassen und bis zum Speisesaal begleitet,[134] in dem gerade die Ergebnisse des Rundgangs durch die „Runde Ecke“ besprochen wurden. Die Gruppe teilte den Anwesenden mit, daß sich in der Gustav-Mahler-Straße noch ein Gebäude befände, das vermutlich auch zur Staatssicherheit gehöre. Die Vertreter des MfS erklärten fast gebetsmühlenartig, daß sich in diesem Gebäudekomplex außer dem Hausmeister niemand aufhielte und daher eine Besichtigung nicht möglich sei. Man entschied dennoch, gemeinsam mit einem Staatsanwalt das fragliche Objekt in Augenschein zu nehmen.

Tatsächlich saßen fast alle der 200 Mitarbeiter dieser Dienststelle hinter den verdunkelten Fenstern an ihren Schreibtischen und erwarteten die „Besucher“. In einigen Zimmern wurde noch während der Besichtigung weiter vernichtet, so beispielsweise die Personenkartei der Kreisdienststelle und Teile der Zentralen Materialablage (ZMA). Der Staatsanwalt versiegelte alle nicht zugänglichen Räume und Panzerschränke. Gegen 6.30 Uhr am Morgen wurde die Besichtigung beendet und vereinbart, ab 8.00 Uhr die versiegelten Zimmer und Behältnisse zu kontrollieren. Die Ereignisse der Nacht wurden protokolliert[135] (vgl. Dokument 21).

Der Sekretär für Kader und Organisation der SED-Bezirksleitung, Hannelore Wolf, schickte noch am gleichen Tag eine „Information über eine Kundgebung auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz und nachfolgende Demonstration durch die Leipziger Innenstadt am Montag, dem 4.12.1989“ an den Sektor Parteiinformation des ZK der SED.[136] Sie beschrieb diesen Tag ausschließlich aus der Sicht des unbeteiligten Beobachters, die Besetzung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erwähnte sie lapidar. Die Ereignisse im Inneren des Gebäudes spielten keinerlei Rolle (vgl. Dokument 20). In diesem Bericht setzte sich die Ignoranz der SED gegenüber den Problemen der Staatssicherheit selbst im Augenblick der höchsten Bedrohung ungebrochen fort.

134 Da der Autor zu dieser Gruppe von Demonstranten gehörte, beruht die nachfolgende Schilderung auf der Erinnerung des Autors.

135 Vgl.: Protokoll der Begehung und Versiegelung der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt, Leipzig 04.12.1989, Kopie beim Autor. Auch abgedruckt in: Bürgerkomitee Leipzig: Stasi intern, Leipzig 1990, S. 24.

136 Information über eine Kundgebung auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz und nachfolgende Demonstration durch die Leipziger Innenstadt am Montag, dem 4.12.1989, der SED-BL an das ZK der SED, Leipzig 04.12.1989, SStAL SED A6784 (0188).

2.4. Die Etablierung des Bürgerkomitees Leipzig als Kontrollorgan und Stabilitätsfaktor

2.4.1. Leipziger Bürger kommen wieder – der Tag nach der Besetzung

Am nächsten Tag hieß es in der Parteiinformation des Amtes für Nationale Sicherheit „über das Erzwingen des Zutritts von Kräften von Bürgerbewegungen zu den Dienstobjekten, Bezirks- und Kreisämtern des Amtes für Nationale Sicherheit am 4. Dezember 1989“:

„Offenkundig im Zusammenhang stehend mit dem am 4. Dezember 1989 über die Massenmedien der DDR verbreiteten Aufruf, Akten vor der Vernichtung zu sichern, verschafften sich am 4. Dezember 1989 in mehreren Bezirken und Kreisen Kräfte von Bürgerbewegungen – unter Einbeziehung von Staatsanwälten – Zutritt zu Dienstobjekten der Bezirks- und Kreisämter, wobei Panzerschränke und Räumlichkeiten besichtigt und versiegelt, Angehörige und von ihnen mitgeführte Aktentaschen sowie PKW kontrolliert und die geordnete Dienstdurchführung erheblich beeinträchtigt wurden.“[137]

Nach ausführlichen Berichten über die Situation im Bezirksamt Erfurt und Dresden wurde zu Leipzig lapidar festgestellt:

„Im Zusammenhang mit der Demonstration von Bürgerbewegungen in Leipzig verschafften sich ca. 50 Personen mit der Drohung, weitere Demonstranten herbeizuordern, Zutritt zum Bezirksamt Leipzig und halten das Objekt an seinen neuralgischen Punkten besetzt.

Das Bezirksamt ist handlungsunfähig.“[138]

In einer Dienstbesprechung informierte Generalleutnant Manfred Hummitzsch die Leiter der Diensteinheiten über das Geschehen der letzten Nacht. Der Leiter der Abteilung Nachrichten notierte sich dabei folgendes:

„Wertung der Kontrolle

Dank an alle Gen[ossen] – Besonnenheit und Ruhe

Verhinderung des Betretens war nicht möglich

Zustimmung des Amtes lag nicht vor

Jede Gewaltanwendung wäre unüberschaubar gewesen

Gewaltfreiheit

Sicherheit d[er] Dok[umente] bewahrt, aber nicht der Räume –>

Am Ende –> Protokoll geschrieben – Zusatzprotokoll der Leitung

137 Parteiinformation des Amtes für Nationale Sicherheit Nr. 519/89 vom 05.12.1989, Bl. 1-8, hier Bl. 1. BStU ZA, ZAIG 3815.

138 Ebenda, Bl. 3.

Hinzuziehung des Staatsanwaltes – Kurzke –

Tätigkeit als Volkskontrolle ausgewiesen

Vorbeugung der Aktenvernichtung – nicht die Besichtigung der Panzerschränke – Gebäude der Kontrolle unterzogen

Druck wurde immer größer – Arbeitskommission von 30 Bürgern

Rechtsanwalt Schnur / Republikweite Kontrolle im Auftrag der Regierung – hohe Präsenz der Westmedien

Pressekonferenz im Speisesaal

19.30 Uhr mit d[er] L[ei]t[un]g d[er] Komm[ission] Rechtsanw[alt] Schnur

22.00 Uhr erste Zwischenauswertung

– Schlüsselregime

– EDV-Anlage – Zutritt verweigert, wir haben keine EDV-Anlage – Datenendstelle AKG“[139].

Im folgenden wurden die Probleme aufgezählt, die bei den Begehungen durch die Bürger angesprochen worden waren. Dabei handelte es sich überwiegend um verschlossene Türen, Säcke mit zerrissenen Unterlagen und Lüftungsschächte. Am Ende vermerkte er: „Zimmerkontrolle wird wiederholt am 05.12.89.“[140]

Die Leipziger Führung der Staatssicherheit hatte am Vortag noch gemeint, daß sie nur diesen Montag zu überstehen habe. Am Dienstag jedoch mußten sie feststellen, daß die Bürger und Bürgerinnen nach einer kurzen Pause von ein bis zwei Stunden wieder da waren. Sie forderten weitere Maßnahmen zur Verhinderung der nach innen gerichteten Tätigkeit und vor allem zur Sicherung der Akten.

Gegen 8.50 Uhr begann im Zimmer 127 im Altbau ein weiteres Gespräch mit der Leitung des Leipziger BAfNS. Anwesend waren neben den Vertretern des Bürgerkomitees auch die Staatsanwälte der berüchtigten Abteilung I A, die für die Zusammenarbeit mit dem MfS zuständig waren, Heinz Kurzke und sein Stellvertreter Arlt.[141]

139 BStU Ast. Lpz., Abt.N Arbeitsbuch 4239, Bl. 141-142. Im Ministerium in Berlin wurde die Zentrale Personendatenbank (ZPDB) betrieben, zu der die Bezirksverwaltungen nur lesenden Zugriff über eine Datenendstelle hatten. Diese war im Bereich der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) in der dritten Etage des Altbaus untergebracht.

140 Ebenda.

141 Zur Beschreibung dieses Tages vgl.: Protokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-7; sowie Ergänzungsprotokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-4, Kopie beim Autor. Ausführliche Berichte erschienen auch in den Leipziger Tageszeitungen, vgl.: Albrecht Günther: Historischer Augenblick für Leipzig. Bürgerkomitee im Bezirksamt für Nationale Sicherheit – Versuch einer Chronik, in: Sächsisches Tageblatt vom 06.12.1989, S. 2; Im Bezirksamt Leipzig für Nationale Sicherheit: Verlorene Schlüssel und Säcke voller Schnipsel, in: Sächsisches Tageblatt vom 06.12.1989, S. 1; Bürgerkomitee Leipzig will Licht

Das Bürgerkomitee hatte Superintendent Friedrich Magirius um Unterstützung gebeten. Er kam gegen 10.00 Uhr in Begleitung von Probst Günter Hanisch und Pfarrer Gerhard Riedel von der methodistischen Kirche.

Generalleutnant Hummitzsch verwies an diesem Vormittag immer wieder darauf, daß er die Situation nach Berlin gemeldet habe und nun warte: „Ein weiteres Vorgehen wird nur von Modrow entschieden."[142] Bei weiterer Blockade der Räume durch das Bürgerkomitee sah er die Arbeitsfähigkeit des Amtes und damit die nationale Sicherheit gefährdet. Das Bürgerkomitee erklärte dazu: „Wir haben keine regionalen Ziele, die Arbeitsfreiheit des Amtes muß zurückgestellt werden, bis Ministerrat eine Antwort gibt." Aber diese Antwort ließ auf sich warten.

So gestalteten sich die Verhandlungen äußerst zäh, da der Stasi-General und seine Obristen keinerlei Zugeständnis ohne Berlin machen wollten. Der Regierungsbeauftragte, der bereits für Mittag angekündigt war, erschien nicht, so daß Stunde um Stunde verging und die Stimmung zunehmend gereizter wurde. Auf Fragen wiederholte Hummitzsch die bekannten Phrasen. So konterte er den Vorwurf der Aktenvernichtung beispielsweise mit der bekannten Begründung, sie würden sich von altem Schulungsmaterial und ähnlichem trennen, das durch die neue Sicherheitsdoktrin zu Makulatur geworden sei.[143]

Christian Scheibler faßte die Ziele der anwesenden Bürger zusammen:

„Unser Ziel ist die Bewahrung nationaler Interessen, welche wir durch Amtsmißbrauch in akuter Gefahr sehen. Wir wollen die Gründe und Tätigkeiten des Entstehens von Amtsmißbrauch, wie z. B. die Übergriffe auf die Bevölkerung, offenlegen. Durch die Offenheit der neuen Ziele des Sicherheitsapparates ist ein demokratischer Aufbruch des MfS dem Volk verständlich zu machen. Durch Ladung der Pressevertreter verlangen wir Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen eine Trennung der jetzigen Aufgaben von MfS gegenüber ANS in der Aufgabe nationaler Sicherheit und der Darlegung der Tätigkeiten innerer Observationen. Ich fordere Entbindung von Schweigepflichten im Hinblick auf innere Observationstätigkeiten. Sind wirklich Anordnungen erfolgt, welche es nicht ermöglichten, daß aktuelle Akten in den Vernichtungsprozeß einbezogen werden?"[144]

Des Wartens müde, ergriffen die anwesenden Bürger gegen 11.00 Uhr die Initiative und strukturierten ihr weiteres Vorgehen. Es wurde eine Anwesenheitsliste angelegt und zwei Protokollführer bestimmt.[145] Im Mittelpunkt standen Überlegungen zum rechtlichen Status der Mitglieder, vor allem aber deren ar-

ins Dunkel bringen, in: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 3; U. Boden/G. Schalow: Inszenierung gelungen. Die Stasi-Tresore waren leer ..., in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06.12.1989, S. 1.

142 Protokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-7, hier Bl. 1, Kopie beim Autor.

143 Vgl.: Ebenda, Bl. 2.

144 Ebenda, Bl. 3.

145 Handschriftliche Anwesenheitsliste mit 31 Personen vom 05.12.1989, Kopie beim Autor.

beitsrechtliche Absicherung. „Gesellschaftliche Tätigkeit, welche in vergangener Zeit recht unfruchtbar gewesen ist, ist doch in unserer Arbeit der hier anwesenden Kommissionsmitglieder in dieser Zeit des Umbruchs weitaus fruchtbarer und sollte unterstützt werden“[146], argumentierte einer der Anwesenden. Es dauerte dennoch einige Tage, bis die Arbeit im Bürgerkomitee als gesellschaftlich nützliche Arbeit anerkannt und entsprechende Freistellungen erteilt wurden.[147]

Die seit Stunden angekündigten Regierungsvertreter waren am Nachmittag noch immer nicht eingetroffen. Dafür erreichten das Bürgerkomitee zunehmend Nachrichten über weitere Aktenvernichtungen, äußerst unkooperative Stasi-Mitarbeiter und massive Hinhaltetaktik. Dies hatte eine deutliche Radikalisierung der Forderungen zur Folge.

16.32 Uhr traf endlich der Beauftragte des Vorsitzenden des Ministerrates ein und stellte sich als Peter Rosentreter vor. Der Vertreter des MdI, Generalmajor Simon, kam erst 17.13 Uhr. Superintendent Magirius verlangte Aufklärung über den langen Anfahrtsweg.[148] Erst nach langer Diskussion gab der Regierungsbeauftragte zu, daß er schon länger in Leipzig weilte, aber vorher noch beim Rat des Bezirkes eine Beratung hatte.[149]

Gemeinsam mit den beiden Regierungsvertretern traf auch ein direkt von Generalleutnant Schwanitz beauftragter Berliner Stasi-Offizier in Leipzig ein. Oberstleutnant Bernd Hopfer, der in Berlin in der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) beschäftigt war[150], kam bis Ende März jeden Montag nach Leipzig und blieb jeweils bis Freitag. Da er sich nicht als Stasi-Mitarbeiter vorgestellt hatte, konnte er versuchen, die Prozesse aus dem Hintergrund zu steuern.[151] Er berichtete regelmäßig über die Entwicklungen nach Berlin.[152] Wie sich Monate später herausstellte, war auch der Regierungsbe-

146 Protokoll vom 05.12.1989, Bl. 1-7, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, hier Bl. 4, Kopie beim Autor.

147 Im Arbeitsgesetzbuch der DDR hieß es im § 181: „Der Werktätige hat Anspruch auf Freistellung von der Arbeit, soweit das in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften festgelegt ist. Ist der Anspruch terminlich nicht eindeutig bestimmt, hat der Betrieb die Zeit der Freistellung so festzulegen, daß der Zweck der Freistellung erfüllt wird und die Wünsche des Werktätigen weitgehend berücksichtigt werden.“ Im § 182, Abs. 1 war geregelt: „Eine Freistellung von der Arbeit erfolgt zur Wahrnehmung staatlicher und gesellschaftlicher Funktionen, soweit deren Ausübung außerhalb der Arbeitszeit nicht möglich ist. Zitiert nach: Arbeitsgesetzbuch und andere ausgewählte Rechtsvorschriften, Textausgabe, Berlin 1986, S. 59.

148 Der Regierungsbeauftragte war 12.20 Uhr losgefahren und der Vertreter des MdI, Generalmajor Simon 12.45 Uhr, vgl.: Protokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-7, hier Bl. 4, Kopie beim Autor.

149 Pfarrer Riedel ist sich nicht sicher, ob Herr Rosentreter vorher auch noch bei der SED-Bezirksleitung war. Gespräch des Autors mit Gerhard Riedel am 20.04.1995.

150 Oberstleutnant Bernd Hopfer war in der ZAIG im Bereich 1 (Kontrolle, Dienstliche Bestimmungen, Planung) beschäftigt und fungierte als Leiter einer Kontrollbrigade, vgl.: BStU (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, MfS-Handbuch, Berlin 1995, S. 43.

151 Gespräch mit Bernd Hopfer am 09.02.1995 mit dem Autor.

152 Vgl.: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 135.

auftragte Peter Rosentreter ein Offizier des MfS im besonderen Einsatz.[153] So zeigt sich auch hier, daß die Regierung Modrow und das AfNS mit allen Mitteln gegen die neuen Gruppen und die Interessen der Bevölkerung kämpfte. Es erinnert in fataler Weise an den Ausspruch der Gruppe Ulbricht zum Aufbau der Verwaltung im Nachkriegsdeutschland: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“[154] Nur das gesunde, aus der Erfahrung der vergangenen Jahre gespeiste Mißtrauen bewahrte das Bürgerkomitee und die Bevölkerung in den nächsten Wochen vor einer Restauration des alten Systems und dessen Machtapparat.

Im Kreisamt Leipzig-Stadt besichtigte die Gruppe seit dem Morgen gemeinsam mit Staatsanwalt Janowski die in der Nacht vom 04. zum 05.12.1989 versiegelten Zimmer und Panzerschränke und stellte Beweismaterial sicher. Dabei fanden sie mehrfach Belege für umfängliche Aktenvernichtungen, aber auch säckeweise Originalpost oder falsche Autonummern und Taxischilder.[155] Gegen 17.00 Uhr wurde die Sicherstellung des Beweismaterials abgebrochen, da aus dem Bezirksamt der Hinweis kam, daß eine spezielle Kommission dafür eingesetzt würde.[156] Die Gruppe ging teilweise[157] in die „Runde Ecke“, um an den dortigen Beratungen teilzunehmen und über die Erfahrungen der letzten Stunden zu berichten. Diese Informationen waren wichtig, da in der „Runden Ecke“ keine weiteren Räume mehr besichtigt worden waren.

Nach 16.00 Uhr traf im Bezirksamt Leipzig ein Fernschreiben von Wolfgang Schwanitz ein, das den Leipziger Mitarbeitern der Staatssicherheit neue Handlungsrichtlinien geben sollte.[158] Nach einer längeren Lageeinschätzung sanktionierte er die Begehung der Objekte und ermahnte zu Gesprächen mit den Bürgervertretern und zu Sicherheitspartnerschaften (vgl. Dokument 23).

20.00 Uhr wurde ein Forderungskatalog des Volkskontrollkomitees[159] vorgelegt und für seine Erfüllung ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt.[160] Das

153 Ob Ministerpräsident Modrow von dieser Doppelunterstellung wußte, ist nicht sicher, aber zu vermuten, da die Regierungsbeauftragten in wohl allen Bezirken OibE waren. Auch der Leiter des Sekretariats des Ministerrates, Harry Möbis, war OibE. Vorher war er Leiter der Inspektion des Ministerrates und die späteren Regierungsbeauftragten unterstanden ihm als Mitglieder dieser Inspektion.

154 Vgl.: Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt/Main u. a. 1971; sowie Jochen Loreck: „Es muß demokratisch aussehen.“ Kommunisten wollten überall „Vorhut“ sein und andere Gruppen vor vollendete Tatsachen stellen, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 17.05.1995.

155 Über diese Begehung wurde auch ein Artikel veröffentlicht: In der Leipziger Gustav-Mahler-Straße 1: Hauptrolle für Reißwolf und Säcke, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06.12.1989, S. 2.

156 Protokoll über die Begehung des Objektes Gustav-Mahler-Straße 1 des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Leipzig-Stadt, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-9, Kopie beim Autor.

157 Klaus Kaden, Tobias Hollitzer und Irmtraut Hollitzer.

158 Schreiben von Generalleutnant Wolfgang Schwanitz an alle Leiter der BAfNS und KAfNS, Chiffriertes Fernschreiben 7 (bzw. 29) vom 05.12.1989, zitiert nach: Angelika Beyreuter-Raimondi: Die „deutsche Revolution“ und der Stasi-Apparat, in: EIRNA-Studie (Hrsg.): Ein Jahr danach – Strategische Konsequenzen und Perspektiven des Umbruchs in Europa, Wiesbaden 1990, S. 91-143, hier S. 114 f.

159 Vgl.: Forderung des Volkskontrollkomitees, Leipzig 05.12.1989, Kopie beim Autor. Uhrzeit nach: Andreas Lindemann: Bürgerkomitee in Leipzig will Licht ins Dunkel bringen, in: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 6.

Bürgerkomitee forderte die Legitimierung von der Regierung Modrow und Unterstützung durch kompetente Regierungsvertreter. Für die zukünftige Arbeit waren technische und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Des weiteren sollten die Räume, die der nationalen Sicherheit dienten, gekennzeichnet werden. Alle Archive und Akten, auch die der SED, des FDGB und der bewaffneten Organe galt es zu sichern. Eine Bekanntgabe aller Objekte wurde ebenso verlangt wie die Besichtigung der Untersuchungshaftanstalt (vgl. Dokument 24). Über diese Forderungen entwickelte sich eine kontroverse Diskussion.

Der Zivilstaatsanwalt Heinz Kurzke lehnte eine weitere Zuständigkeit grundsätzlich ab, da der Militärstaatsanwalt für das MfS verantwortlich wäre. Das Bürgerkomitee mißtraute ihm zunehmend: „Sollte er Räume versiegeln, wenn er mit Mitarbeitern [der Staatssicherheit] per 'Du' ist?“[161] Da der zuständige Militärstaatsanwalt des Militärbezirkes III im Bezirk Karl-Marx-Stadt unterwegs war, kam er, obwohl bereits am Morgen 7.30 Uhr angefordert, erst 19.05 Uhr. Er gab an, nur tätig werden zu können, wenn konkrete Anzeigen vorlägen. So erstatteten Pfarrer Klaus Kaden und Tobias Hollitzer Strafanzeige gegen den Leiter des KAfNS Leipzig-Stadt, Oberst Norbert Schmidt, wegen Urkundenvernichtung.

An diesem Abend kam noch eine Vielzahl weiterer Probleme zur Sprache, u. a. die Versiegelung des Bunkers in Machern[162], Fragen der Weiterarbeit des MfS, der EDV-Ausstattung und der Sicherheit der Akten („es wurden mehrere Offizier beobachtet, die während der Tagung der Kommission [...] das Gebäude mit größeren Behältnissen“[163] verließen). Im Mittelpunkt stand auch die Besichtigung und vor allem Sicherung der weiteren bekannten MfS-Objekte - der Stadt. Mit der Volkspolizei wurde vereinbart, daß sie die Bewachung aller Stasi-Objekte ab 0.00 Uhr dieser Nacht (vom 05. zum 06.12.1989) übernimmt. Die Polizei verlangte allerdings, daß bei der Übernahme der Bewachung Vertreter des Bürgerkomitees anwesend sind, um sich der Bevölkerung gegenüber legitimieren zu können.[164] Die nächste Verhandlungsrunde wurde für den 06.12.1989, 8.00 Uhr vereinbart.

160 Vgl.: Ergänzungsprotokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl.1-4, hier Bl. 2, Kopie beim Autor.

161 Protokoll vom 05.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 05.12.1989, Bl. 1-7, hier Bl. 6, Kopie beim Autor.

162 Vgl.: Ebenda, Bl. 3. Bei dem Bunker in Machern handelte es sich um die Ausweichführungsstelle (AFÜSt) des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig wie sich später herausstellte. Vgl. dazu: Kapitel 5.4. Das Projekt „Museum im Stasi-Bunker“

163 Ebenda, Bl. 4.

164 Die DDR-weite Bewachung der Stasi-Objekte wurde durch den Minister für Innere Angelegenheiten erst einen Tag später am 06.12.1989 angewiesen, vgl.: Fernschreiben Nr. 210 des Ministers für Innere Angelegenheiten, Lothar Ahrendt, an die Chefs der BDVP, Berlin 06.12.1989, zitiert nach: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 89 f.

Bereits am Nachmittag des 05.12.1989 ging gegen 16.00 Uhr ein Fernschreiben von Schwanitz an alle Leiter der BÄfNS ein[165], in dem er nachträglich die Besichtigungen und Versiegelungen der letzten Nacht sanktionierte und auch zukünftig genehmigte, aber nur um einem akuten Druck auf die jeweilige Dienststelle zu begegnen. „Dabei ist jedoch zu verhindern, daß unberechtigte Personen Einsicht in Unterlagen erhalten oder gar in deren Besitz gelangen." Zum Schluß forderte er, „gemeinsam mit der VP, den örtlichen Organen und vor allem auch mit den neuen Bürgerrechtsbewegungen[166] (Sicherheitspartnerschaft) [...] Maßnahmen zur Sicherung der Dienstgebäude einzuleiten". So war die Festlegung, die Dienstgebäude durch die Volkspolizei bewachen zu lassen, grundsätzlich durch die Berliner Leitung des Amtes sanktioniert.

2.4.2. Das Ende der Leipziger Stasi wird ausgehandelt – 06.12.1989

Am Mittwochmorgen mußte das Bürgerkomitee feststellen, daß viele der tags zuvor mühsam ausgehandelten Zugeständnisse nicht eingehalten wurden. Gleich zu Beginn konstatierte es daher:

„Die Beurlaubung des gestern benannten Mitarbeiterkreises ist sofort durchzuführen. Über zur Aufrechterhaltung der Arbeit dringend benötigten Räumlichkeiten ist eine Sofortbesichtigung mit dem Militärstaatsanwalt zu ermöglichen. Soll Anzeige gegen Herrn Hummitzsch gestellt werden, in Hinblick auf den Verdacht der Verdunkelung und der Verschleierung?

Es bestehen immer noch Möglichkeiten der Aktenvernichtung. Eine Auflistung aller Staatssicherheitsobjekte mit Telefonnummern ist immer noch nicht erfolgt."[167]

Rechtsanwalt Bernhard Knupp war ebenfalls anwesend und schlug eine Kontrollorganisation vor, in der neben Fachleuten und Finanzkräften auch Vertreter des Bürgerkomitees mitarbeiten könnten. Diese neue Kontrollkommission sollte nach Vorstellungen Knupps „unsere Struktur dann ablösen"[168]. Dieser Versuch, die Kompetenz des Bürgerkomitees zu beschneiden, fand keine Mehrheit. Im Gegenteil: Das Bürgerkomitee stellte radikalere Forderungen: Versiegelung ganzer Etagen, Beurlaubung bzw. drastische Kürzung der Mitarbeiterzahl im gesamten Objekt, „da ein Überblick über die weitere Vernich-

165 Fernschreiben vom Leiter des AfNS, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, an alle Leiter der BÄfNS und KÄfNS vom 05.12.1989, BStU ZA, DSt. 103650.

166 Im Moment höchster Bedrohung spricht Schwanitz plötzlich von „Bürgerrechtsbewegungen", die er bis dato immer Sammlungsbewegungen – wahlweise mit dem Vorsatz „antisozialistisch" – genannt hatte. Eine Akzeptanz kann daraus keinesfalls geschlossen werden.

167 Protokoll vom 06.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 06.12.1989, Bl. 1-3, hier Bl. 1, Kopie beim Autor.

168 Ebenda. Bernhard Knupp war Vorsitzender der gerade gebildeten SED-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung und hatte in dieser Funktion einen Beschluß zur Bildung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, der auf der 5. Tagung der SVV am 08.12.1989 auch angenommen wurde, vgl.: StAL StVuR(2) 2211, p. 7.

tung von Akten oder deren Verbringung nicht immer gewährleistet ist“[169]. Die zu diesem Zeitpunkt bekannten 17 offiziellen Dienstobjekte konnten ebenfalls nur ungenügend gesichert werden. Außerdem wurde die Kontrolle weiterer verdächtiger Adressen gefordert.

Der Regierungsbeauftragte Peter Rosentreter wandte ein, daß nun eine neue Situation entstanden sei, die nicht konstruktiv wäre.[170] „Die Verschärfung der Situation hat sich aus den klaren Forderungen der Bevölkerung ergeben, daß mit Sicherheit keine Aktenvernichtungen mehr stattfinden dürfen“, konterte Falk Hoquéll.[171] Daraufhin zogen sich die staatlichen Vertreter 10.10 Uhr zurück und vertagten die Beratung auf 11.00 Uhr.

In dieser Pause verständigte sich das Bürgerkomitee auf die weitere Vorgehensweise. Es forderte auch die „Begehung der Räumlichkeiten, die angeblich der Nationalen Sicherheit unterliegen“,[172] da diesem Argument zusehends nicht mehr geglaubt wurde. Bezüglich der Petschaften verständigte man sich darauf, immer gemeinsam mit dem Staatsanwalt zu siegeln, so daß keiner allein öffnen konnte. Außerdem verlangten die Bürgerkomiteemitglieder Ausweise, die sie zum Betreten der Objekte berechtigten. Um die weitere Anwesenheit der Bürger in den Arbeitsräumen des Geheimdienstes zu legitimieren, wurde in Verhandlungen erreicht, daß der Leiter des Bezirksamtes, Generalleutnant Hummitzsch, jeweils eine personengebundene „Berechtigung“ ausstellte[173] (vgl. Dokument 26).

Nach langem Ringen zwischen Bürgerkomitee und den Vertretern des Staates – Stasi, Regierungsbeauftragter, Bezirks- und Militärstaatsanwalt sowie Vertretern des Ministeriums des Innern – konnte 14.00 Uhr eine Presseerklärung[174] verabschiedet werden, die wenig später auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bekanntgegeben wurde. Darin hieß es u. a., daß die Kreisämter geschlossen werden sollen, die Volkspolizei die Sicherung der Gebäude übernommen hatte und Anzeigen gegen Mitarbeiter des MfS gestellt wurden[175] (vgl. Dokument 29). Das Bürgerkomitee setze sich dafür ein, „daß zur Kontrolle der Akten eine kompetente und autorisierte Kommission ins Leben geru-

169 Protokoll vom 06.12.1989, Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 06.12.1989, Bl. 1-3, hier Bl. 2, Kopie beim Autor.
170 Ebenda.
171 Ebenda.
172 Ebenda.
173 Berechtigung des Leiters des Bezirksamtes Leipzig vom 06.12.1989, ausgestellt für den Autor. Wenig später wurden Ausweise gedruckt und statt dieser Berechtigungen genutzt.
174 Vgl.: Presseerklärung, Leipzig 06.12.1989, Kopie beim Autor. Im Wortlaut im ST veröffentlicht: Kreisämter werden aufgelöst. Pressekonferenz zum „Stasi“-Bürgerkomitee, in: Sächsisches Tageblatt vom 07.12.1989, S. 6.
175 Über diese Pressekonferenz wurde am nächsten Tag in den Leipziger Zeitungen ausführlich berichtet, vgl.: Ehemaliges MfS-Gebäude jetzt unter Kontrolle. Bürgerkomitee bleibt in der „runden Ecke“, in: Leipziger Volkszeitung vom 07.12.1989, S. 2; Kreisämter werden aufgelöst. Pressekonferenz zum „Stasi“-Bürgerkomitee, in: Sächsisches Tageblatt vom 07.12.1989, S. 6.

fen wird, die auch öffentlich Rechenschaft ablegen soll“[176] (vgl. Dokument 32).

Als Grundlage für die weiteren Verhandlungen des Bürgerkomitees diente der Entwurf für einen „Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit“, der nach elfstündiger Verhandlung 23.00 Uhr endlich beschlossen wurde (vgl. Dokument 28).[177]

Der gemeinsame Maßnahmeplan ist eines der revolutionärsten Dokumente des Herbstes 1989 in Leipzig.[178] Auf der linken Seite haben alle verantwortlichen Funktionäre der Regierung und des Sicherheitsapparates unterschrieben, daneben neun einfache Bürger. Vor wenigen Wochen verfemt und gejagt, hatten sie sich jetzt die Rolle als Verhandlungspartner erkämpft. Die zentrale Festlegung in diesem Dokument lautete: „Das Bezirksamt und die Kreisämter für Nationale Sicherheit wurden auf Betreiben des Bürgerkomitees[,] auf Entscheid[ung] des Amtes für Nationale Sicherheit[,] geschlossen“.[179] Noch in der Presseerklärung vom Mittag war nur von den Kreisdienststellen die Rede, die geschlossen werden sollten. Acht Tage bevor Modrow das AfNS am 14.12.1989 auflöste, wurden in Leipzig vor Ort bereits Fakten geschaffen, die einer Auflösung gleichkamen.

Der Landessprecherrat des Neuen Forums hatte am 05.12.1989 den Aufruf „Innere Abrüstung jetzt“ verabschiedet, in dem die Tätigkeit der Bürgerkomitees der Bezirke zur Auflösung der Staatssicherheit gewürdigt und unterstützt wurde[180] (vgl. Dokument 22).

Dieser Aufruf wurde am nächsten Tag auch in der Leipziger Volkszeitung unter der Überschrift „Ein Rechtsstaat ist für uns alle das Hauptziel“ abgedruckt.[181] Unverständlich ist, wieso in Berlin trotz der Ereignisse im ganzen Land keine Besetzung der Zentrale der Staatssicherheit organisiert wurde, sondern an diesem 06.12.1989 nur ein Gespräch und am 07.12.1989 eine einmalige Begehung kleiner Bereiche der Normannenstraße erfolgten.[182]

176 Ebenda.

177 Der Unterschied zwischen Vorschlag und unterschriebener Fassung ist nur gering, so daß im Dokument die Ergänzungen kursiv gesetzt sind.

178 Vielleicht auch innerhalb der gesamten DDR, zumindest ist dem Autor ein ähnliches Verhandlungsergebnis aus anderen Städten bisher nicht bekannt.

179 Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit, Leipzig 06.12.1989, Kopie in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp. Der Text des Maßnahmeplanes wurde auf der ersten Sitzung der Regierungsbeauftragten am 11.12.1989 in Berlin bekanntgegeben und dem Protokoll als Anlage beigefügt, vgl.: Protokoll der Beratung von Staatssekretär Halbritter mit den Regierungsbeauftragten am 11.12.1989, Bl. 1-6 sowie 2 Bl. Anlage, in: BArch DC-20 11348, unp.; Entwurf dieses Maßnahmeplanes, in: ABL Hefter 17, unp.

180 Vgl.: Die ersten Texte des Neuen Forum, Berlin 1990, S. 27, in: ABL Hefter 17, unp.

181 Aufruf des Neuen Forums zur inneren Abrüstung: Ein Rechtsstaat ist für uns alle das Hauptziel, in: Leipziger Volkszeitung vom 07.12.1989, S. 2.

182 Vgl. dazu auch: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 94 f.

Aus Berlin ging an diesem 06.12.1989 ein an die Leiter aller Diensteinheiten adressiertes Fernschreiben von Generalleutnant Schwanitz ein.[183] Darin listete er genau auf, welche Dokumente den Kontrollgruppen vorgelegt werden dürften und welche unbedingt geheimbleiben müßten. Prämisse war aber auch hier, „unter Ausschöpfung aller dazu geeigneter Möglichkeiten" jegliche Einsichtnahme zu verhindern[184] (vgl. Dokument 27).

In diesem Schreiben kommt die Doppelbödigkeit der Argumentation des Amtes für Nationale Sicherheit ebenso wie die der Regierung Modrow zum Ausdruck. Um zu beweisen, daß das AfNS die Bevölkerung nicht mehr flächendeckend überwachte, sollten die Karteien und Unterlagen, die „Überwachungsmaßnahmen des ehemaligen MfS" enthalten, kontrollfähig vernichtet werden. Um Aktenvernichtungen aber zu verhindern, waren die Dienstgebäude besetzt worden. Nun sollte die am 04.12.1989 von Schwanitz verbotene Vernichtung durch „kontrollfähige Vereinbarungen" mit den Bürgerkomitees weitergeführt werden.

Die alten Feindbilder waren noch immer präsent. So schrieb Schwanitz die „Überwachungsmaßnahmen des ehemaligen MfS" in Anführungsstrichen wie noch wenige Woche zuvor das „Neue Forum" oder den Begriff „Opposition". Augenfälliger kann sich die zu diesem Zeitpunkt noch anhaltende Unfähigkeit von Staatssicherheit und Regierung, Realitäten und Fakten zur Kenntnis zu nehmen, nicht dokumentieren.

Trotz der im ganzen Land von Demonstranten besetzten Dienststellen der Staatssicherheit glaubte die Berliner Zentrale noch immer, einen Spagat zwischen scheinbarer Demokratisierung nach außen und Aufrechterhaltung alter Privilegien und Macht nach innen durchhalten zu können. Zu diesem Zweck versuchten sie beispielsweise, die Bürgerkomitees in die bestehende Konspiration einzubinden, indem die Mitglieder zur Geheimhaltung verpflichtet werden sollten. Dem entzog sich das Bürgerkomitee immer wieder erfolgreich mit dem Hinweis, daß sie als Vertreter der Demonstranten diesen rechenschaftspflichtig seien.

183 Schreiben des Leiters des AfNS, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, an die Leiter der Diensteinheiten vom 06.12.1989, BStU ZA, DSt 103653. Laut Verteiler erhielten die Bezirksämter dieses Schreiben fernschriftlich, vgl.: BStU ZA, SdM 2275, Bl. 173. Der Wortlaut des Schreibens ist veröffentlicht in: Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990, S. 169 f. Das hier angegebene Datum 07.12.1989 ist nicht das Ursprungsdatum des Schreibens, sondern vermutlich der Tag, an dem das zitierte Exemplar fernschriftlich (hier wohl an die PKE) weitergegeben wurde; ebenfalls veröffentlicht in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 351 f.

184 Auf jeden Fall sollte die Einsicht verhindert werden in IM/GMS-Akten sowie Operative Vorgänge, Dokumente zur Arbeit ins sogenannte „Operationsgebiet" (westliches Ausland) und zur Spionageabwehr und ausdrücklich in alle Unterlagen zur Vorbereitungsarbeit des MfS, die auch die Planung der Isolierungslager beinhaltete.

2.4.3. Das Bürgerkomitee der Stadt Leipzig gründet sich

Parallel zum Bürgerkomitee Leipzig, das sich ausschließlich mit der Kontrolle der Staatssicherheit beschäftigte, hatte sich aufgrund des Aufrufes vom 04.12.1989 in Leipzig ein weiteres Bürgerkomitee konstituiert, „um im Prozeß der Umgestaltung Rechtssicherheit, Stabilität und die Erhaltung der Werte unseres Territoriums zu sichern“[185]. Es hatte seinen Sitz in der Braustraße und wurde daher in den nächsten Wochen häufig als „Bürgerkomitee Braustraße“ bezeichnet, im Gegensatz zum „Bürgerkomitee Runde Ecke“.[186]

Das Bürgerkomitee der Stadt Leipzig wandte sich am 06.12.1989 in einem ersten Aufruf an die Leipziger, Betriebsräte zu bilden. Das Organ der SED-Bezirksleitung, die Leipziger Volkszeitung, druckte nur den Aufruf[187], das Sächsische Tageblatt dagegen listete auch die „unverzüglich wahrzunehmenden Aufgaben“ auf, so z. B. die „Sicherung von Personaldokumenten“ und die „Bewachung der Reißwölfe“ in den Betrieben[188] (vgl. Dokument 25). Auf die Arbeit dieses Bürgerkomitees der Stadt Leipzig werde ich im folgenden nicht eingehen, da es zur Themenstellung nur marginale Berührungspunkte hat.

2.5. Der Beginn einer kontinuierlichen Auflösung und der Kampf des Staates dagegen

Der Zentrale Runde Tisch forderte auf seiner ersten Sitzung am 07.12.1989 die Regierung auf, „das Amt für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle aufzulösen“.[189] Diese Forderung wurde sehr kontrovers aufgenommen und in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Während Regierung und Staatssicherheit daraufhin ihre Versuche forcierten, wenigstens die Akten zu beseitigen, drängten die Bürgerkomitees umso nachdrücklicher auf eine Auflösung des gesamten Apparates.

2.5.1. Die kontrollierte Auflösung der Kreisämter und Außenstellen in der Stadt Leipzig

Nachdem am 06.12.1989 der gemeinsame Maßnahmeplan unterzeichnet worden war, kontrollierte das Bürgerkomitee in den folgenden Tagen regelmäßig die Versiegelungen in den 17 bekannten Außenobjekten der Staatssicherheit

185 Bürgerkomitee gegründet. Aufruf des „Neuen Forums“ zur Wahl von Betriebsräten, in: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 1.

186 Zur Unterscheidung dieser beiden Gruppierungen in der vorliegenden Arbeit vgl.: Kapitel 1.3.3. Bürgerkomitee Leipzig.

187 Bürgerkomitee gegründet. Aufruf des „Neuen Forums“ zur Wahl von Betriebsräten, in: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 1.

188 Aufruf des Bürgerkomitees. Ziel: Sicherung von Stabilität und Rechtssicherheit, in: Sächsisches Tageblatt vom 06.12.1989, S. 1.

189 Helmut Herles/Ewald Rose: Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 26; vgl. auch: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 95 ff.

und protokollierte das Ergebnis. Gleiches galt für die Bürgerkomitees, die sich mittlerweile auch in den 11 Kreisen des Bezirkes Leipzig gebildet hatten und in den jeweiligen Kreisämtern die noch vorhandenen Akten bewachten. Da die ersatzlose Auflösung der Kreisämter ausgehandelt und von Berlin bereits für die ganze DDR vorgesehen war, wurden in den folgenden Tagen die Aktentransporte aus den Kreisdienststellen in das Gebäude des Bezirksamtes am Dittrichring organisiert. Die Bereitschaftspolizei war angewiesen, diese Transporte durchzuführen. Das jeweilige Bürgerkomitee kontrollierte das Bündeln und Verpacken der Akten, schrieb gemeinsam mit der die Objekte bewachenden Volkspolizei Transportprotokolle und begleitete die LKWs nach Leipzig. Das Material wurde im Neubau der „Runden Ecke" eingelagert. Um den Kontrollaufwand in den Leipziger Außenobjekten zu verringern, wurden sie ebenfalls sukzessive von Akten beräumt. Diese Arbeit dauerte bis Ende Dezember und war eine der Haupttätigkeiten des Bürgerkomitees in jener Zeit. Die Beräumung der Objekte geschah unter großem zeitlichen Druck, da die Häuser schnellstmöglich den zuständigen örtlichen Räten für eine weitere zivile Nutzung übergeben werden sollten. So hoffte man, den Druck auf die Staatssicherheit verringern zu können. Eine grundsätzliche Auflösung der Staatssicherheit war zu diesem Zeitpunkt in Berlin noch nicht beschlossen worden. Man ging vielmehr davon aus, in reduziertem Umfang als AfNS weiterarbeiten zu können.

Die Staatssicherheit hatte sich intern mit der Anwesenheit des Bürgerkomitees abfinden müssen. In einer Dienstberatung der noch agierenden Abteilungsleiter wurde festgestellt: „Gesetzliche Grundlage? – Willen des Volkes" [190]. Darauf berief sich das Bürgerkomitee in allen Verhandlungen, die die Staatssicherheit oder der Regierungsvertreter blockierten. Infolge des Maßnahmeplanes waren fast alle hauptamtlichen Mitarbeiter beurlaubt worden, nur das technische Personal durfte noch arbeiten. Einzige Ausnahme bildete der Bereich Spionage (Abt. XV). Dieses Zugeständnis an die „Nationale Sicherheit der DDR" mißbrauchten der Abteilungsleiter Oberst Claus Brüning und seine Referatsleiter, um möglichst viele Akten zu vernichten. Mitte Januar wurde auch diesem Bereich jede weitere Arbeit untersagt und den Mitarbeitern der Zutritt zu den Diensträumen verwehrt.

Entsprechend den Abmachungen zwischen Bürgerkomitee und Leipziger Staatssicherheit durften nur noch die Mitarbeiter in der „Runden Ecke" anwesend sein, die die Entlassungen durchzuführen hatten. Deren Namen waren ebenso wie die der Mitglieder des Bürgerkomitees an den Außenwachen bei der Polizei hinterlegt. Trotz dieser Einschränkungen hielten sich noch immer sehr viele Menschen im Haus auf (täglich wurden ca. 50 Mitarbeiter entlassen), so daß eine relativ große Unübersichtlichkeit herrschte.

190 BStU Ast.Lpz., Abt.N Arbeitsbuch 4239, Bl. 143.

2.5.2. Die Regierung Modrow schürt auf einer Pressekonferenz Hysterie und droht mit dem Ausnahmezustand

Am 07.12.1989 hielt der Regierungssprecher Wolfgang Meier in Berlin eine Pressekonferenz ab, auf der auch der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Wolfgang Schwanitz, das Wort ergriff. Da alle bisherigen Versuche, die Bürgerkomitees zu instrumentalisieren oder hinters Licht zu führen, nicht gefruchtet hatten, griff er jetzt zu Verleumdungen und drohte mit dem Ausnahmezustand. Auf Nachfrage sprach er von „Übergriffen von Hunderten Menschen“ und daß es bei den Sicherheitsorganen „viele Verletzte [gäbe], die ambulant behandelt worden seien“; eine angebliche Sippenhaft für die Angehörigen von MfS-Mitarbeitern „erinnert an schlimmste Zeiten“.[191]

Auf die Aktenvernichtungen angesprochen, erklärte er wieder entsprechend der vorgegebenen Argumentationslinie, daß es sich nur um Unterlagen handelte, die aufgrund der alten Sicherheitsdoktrin entstanden und mittlerweile überholt wären. Daß er bereits neue Anweisungen erteilt hatte, diese Unterlagen möglichst gemeinsam mit den Bürgervertretern zu vernichten, verschwieg er wohlweislich.[192] Auch den Beschluß des Ministerrates, diese „unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten“[193], erwähnte er mit keiner Silbe.

Seine Forderung, „Gewalttätigkeiten sofort einzustellen und die entstandenen Probleme politisch zu lösen“, war der infame Höhepunkt dieses Auftrittes, denn gerade die Bürgerkomitees versuchten, zwischen den Hunderttausenden Demonstranten und den Stasi-Mitarbeitern zu vermitteln, um so die Friedfertigkeit aufrecht zu erhalten.

Das Sächsische Tageblatt berichtete am nächsten Tag ausführlich auf der Titelseite unter der Überschrift „Situation in der DDR hat sich weiter zugespitzt. Ausnahmezustand ist 'noch nicht im Gespräch'“[194] (vgl. Dokument 33). Auch die Leipziger Volkszeitung titelte „Lage spitzt sich weiter zu“.[195]

191 Wolfgang Schwanitz gab seine persönliche Erklärung, die er auf dieser Pressekonferenz verlesen hatte, noch am gleichen Tag den Leitern der Diensteinheiten zur Kenntnis. BdL/357/89, BStU ZA, DSt. 103654. Auch die Leiter der Bezirksämter wurden fernschriftlich informiert, vgl. dazu den Verteiler in: BStU ZA, SdM 2275, Bl. 186-187.

192 Vgl.: Schreiben des Leiters des AfNS, Generalleutnant Schwanitz, an die Leiter der Diensteinheiten vom 06.12.1989, BdL 353/89, BStU ZA, DSt. 103653.

193 Fernschreiben an die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates vom 07.12.1989, Tgb.-Nr. BdL/358/89, BStU ZA, DSt 103647. Auch in: BStU, ZA, SdM 2275, Bl. 190-191. Dieses Fernschreiben ist von Ministerpräsidenten Hans Modrow und Staatssekretär Halbritter unterschrieben. Die Beauftragten in den Bezirken erhielten dieses Fernschreiben direkt über den Rat des Bezirkes. In Magdeburg ging es am 07.12.1989, 11.00 Uhr ein, vgl.: Faksimile, abgedruckt in: Bürgerkomitee Magdeburg e.V. (Hrsg.): Was im Herbst begann. Die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg, Magdeburg [1994], S. 59.

194 Situation in der DDR hat sich weiter zugespitzt. Ausnahmezustand ist „noch nicht im Gespräch“, in: Sächsisches Tageblatt vom 08.12.1989, S. 1.

195 Regierungssprecher auf der Pressekonferenz: Lage spitzt sich weiter zu, in: Leipziger Volkszeitung vom 08.12.1989, S. 1.

2.5.3. Pressekonferenz in Leipzig zum Stand der Auflösung

Am gleichen Tag fand im Leipziger Gästehaus der SED-Bezirksleitung eine Pressekonferenz des Bürgerkomitees und der staatlichen Vertreter[196] statt, um über den aktuellen Sachstand zu informieren.[197] Michael Kleinert verlas eingangs den gemeinsamen „Maßnahmeplan zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit“ (vgl. Dokument 28). Auf die Frage, ob das Bürgerkomitee damit seine Arbeit beenden würde, antwortete er, daß man „das unter dem Aspekt unserer Möglichkeiten betrachten muß“. Auf Dauer sei ein über 18stündiger Arbeitstag nicht durchzuhalten. Zudem seien die Bürgerkomiteemitglieder berufstätig und derzeit nur freigestellt. Die Zielstellung beschränke sich auf die Sicherstellung der Akten und die Verhinderung weiterer Verschleierung. Die Aufarbeitung dieser Akten müßten die zuständigen staatlichen Stellen übernehmen. Das Bürgerkomitee wolle sich weitere Kontrollmöglichkeiten vorbehalten, aber „kein zusätzliches Kontrollamt im Staate schaffen“[198]. Eine der nächsten Zielstellungen des Bürgerkomitees sei die Einrichtung einer Aktensichtungskommission entsprechend Punkt 7 des Maßnahmeplanes, um die Öffentlichkeit über Strukturen und Arbeitsweise des MfS informieren zu können.

Diese positive Darstellung von Michael Kleinert wurde im Verlauf der Pressekonferenz weitgehend ad absurdum geführt, da durch die Fragen der Journalisten die Hinhaltetaktik der staatlichen Seite klar zutage trat. Die Pressevertreter fragten nach Staatsanwalt Kurzke und seiner engen Zusammenarbeit mit dem MfS ebenso wie nach Siegelbrüchen und bisher nicht zugänglichen Räumen. Es wurde deutlich, daß von einer Beendigung der Arbeit entgegen den Vorstellungen von Michael Kleinert keine Rede sein konnte. Lange wurde über die vielen unbekannten Objekte und weitere Aktenverbringungen sowie die ständig neu hinzukommenden Bevölkerungshinweise gesprochen. In diesem Zusammenhang sagte Manfred Hummitzsch: „Eine solche Wachsamkeit der Bürger, wie ich das in den letzten Stunden erlebt habe bei den Aktivitäten am Kontakttelefon, [...] muß ich sagen, das hätte ich mir zu meiner aktiven Zeit gewünscht unter unseren Bedingungen.“[199] Dieser Ausspruch illustriert anschaulich die positive Resonanz der Arbeit des Bürgerkomitees in der Bevölkerung, zeigt aber auch die Ignoranz der Staatssicherheit.

Das SED-Organ Leipziger Volkszeitung berichtete über diese Pressekonferenz in ihrer Ausgabe vom 08.12.1989 nicht. Die friedliche und von Verhandlungsbereitschaft geprägte Atmosphäre strafte den Artikel „Lage spitzt sich zu“ Lügen, in dem entsprechend der Verleumdungskampagne der Regierung u. a. be-

196 Anwesend waren der Regierungsbeauftragte, Peter Rosentreter, der Leiter des BAfNS Leipzig, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, der Bezirksstaatsanwalt, Karl Munkwitz, der Militärstaatsanwalt, Oberst Walter Köcher, und der Stellv. des Chefs der BDVP, Oberst Siegbert Sinagowitz.

197 Von dieser Pressekonferenz wurde eine Tonbandaufzeichnung gefertigt und später abgeschrieben. Das Wortprotokoll liegt vor in: ABL Hefter 17. Die weitere Darstellung basiert auf diesem Wortprotokoll.

198 Ebenda.

199 Ebenda.

hauptet wurde, „daß es in zahlreichen Bezirksämtern [...] zu Übergriffen von Hunderten Menschen gekommen sei.“[200] Einen Tag später wurde ausschließlich der Maßnahmeplan veröffentlicht.[201] Die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten berichteten auf Seite 1 über die Konferenz in Leipzig und nur am Rande über die Berliner.[202] Auch das Sächsische Tageblatt informierte seine Leser ausführlich über die Leipziger Ergebnisse[203]. Auf der Titelseite erschien außerdem ein ausführlicher Bericht über die Aufdeckung und Kontrolle des Stasi-Bunkers in Machern.[204] Das Bürgerkomitee war in seiner Öffentlichkeitsarbeit auf die Medien angewiesen und somit den noch immer funktionierenden alten Strukturen ausgeliefert.

2.5.4. Versuch der Regierung Modrow, über die Regierungsbeauftragten die Aktenvernichtung erneut zu forcieren

Am 07.12.1989 erreichte ein Fernschreiben des Vorsitzenden des Ministerrates die Regierungsbeauftragten der Bezirke.[205] Das Leipziger Bürgerkomitee wurde am späten Abend über das Informationsnetz des Neuen Forum informiert, daß ein solches Fernschreiben im Bezirk Magdeburg bekannt geworden war.[206] Telefonisch wurde der wesentliche Teil im Wortlaut übermittelt (vgl. Dokument 31). Nach längerer Diskussion in einem engeren Kreis um Ilona Weber[207], die das Verbindungssystem des Neuen Forums aufgebaut hatte und betreute[208], suchte man den Sprecher des Bürgerkomitees, Michael Kleinert, auf, der sich nach längerer Diskussion bereit erklärte, den Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter zu verständigen. Er teilte ihm mit, daß sich das Bürgerkomitee mit dem Fernschreiben „ernsthaft hintergangen“[209] fühle und man die sofortige Stornierung dieser Weisung erwarte. Rosentreter informierte über das Gespräch sofort das Informationszentrum des Ministerrates[210] (vgl. Dokument 36). Es konnte erreicht werden, daß der Ministerratsbeschluß über die

200 Regierungssprecher auf der Pressekonferenz: Die Lage spitzt sich zu, in: Leipziger Volkszeitung vom 08.12.1989, S. 1.

201 Vgl.: Öffentliche Kontrolle wird gewährleistet. Ämter für Nationale Sicherheit im Bezirk geschlossen, in: Leipziger Volkszeitung vom 09./10.12.1989, S. 3.

202 Vgl.: Andreas Baumann: Einsicht – nur Stück für Stück. Zähes Ringen um Vorgänge im Leipziger Sicherheitsamt, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 08.12.1989, S. 1.

203 Vgl.: Albrecht Günther: „Gibt bereitwillig Auskunft“. Zweite Pressekonferenz des „Stasi“-Bürgerkomitees, in: Sächsisches Tageblatt vom 08.12.1989, S. 6.

204 Vgl.: Steffen Preißler: Geheimnis unter Tage gelüftet, in: Sächsisches Tageblatt vom 08.12.1989, S. 1.

205 Vgl.: Anm. 193.

206 Dieses Fernschreiben erhielt das Kontaktbüro der Evangelischen Akademie Magdeburg auf dringliche Nachfrage zwecks Überprüfung der Abordnung von drei Vertretern des MdI, des AfNS und des Ministerrates (Regierungsvertreter), vgl.: Faksimile, abgedruckt in: Bürgerkomitee Magdeburg e.V. (Hrsg.): Was im Herbst begann. Die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg, Magdeburg [1994], S. 59.

207 Es waren noch anwesend Konrad Taut, Christian Hönemann und Tobias Hollitzer.

208 Zu diesem Verbindungssystem vgl.: ABL Hefter 17.

209 Vgl.: Vermerk über eine Information des Regierungsbeauftragten für Leipzig, Peter Rosentreter, vom 08.12.1989, Berlin 08.12.1989, in: BArch DC-20 11348, unp.

210 Ebenda.

sofortige Vernichtung zumindest für Leipzig außer Vollzug gesetzt wurde. Weiterhin verständigte sich das Bürgerkomitee mit dem Regierungsbeauftragten darauf, „den Punkt 7 der gemeinsamen Festlegung[211] so auszugestalten, daß ab nächste[r] Woche gemeinsam mit den Bürgervertretern die Sichtung der Dokumente beginnt“[212].

So konnte auch dieser erneute Versuch, die Akten ohne Wissen der Bürgerkomitees unter scheinheiliger Berufung auf „Rechtsstaatlichkeit“ zu vernichten, vereitelt werden.

2.5.5. Die Etablierung einer Aktensichtungskommission in Leipzig

Am Morgen des 08.12.1989 kam das Bürgerkomitee wieder in der „Runden Ecke“ zusammen, um die nächsten Schritte zu beraten. Staatlicherseits waren nur noch der Regierungsbeauftragte, der Militärstaatsanwalt und der nunmehr amtierende Leiter des BAfNS, Oberst Reinhard Eppisch[213], anwesend. In Fortführung des nächtlichen Telefonates mit dem Regierungsbeauftragten wurde auf der Basis des Maßnahmeplanes vom 06.12.1989 eine schriftliche Vereinbarung ausgehandelt, die die Arbeit einer Aktensichtungskommission ermöglichte[214] (vgl. Dokument 34). Die Kernaussage dieses Papieres war, daß die Akten in drei Kategorien eingeteilt würden. In die Kategorie I sollten alle Materialien eingestuft werden, die die nationale Sicherheit betrafen, Kategorie II sollte alle Dokumente beinhalten, die die Aktensichtungskommission einsehen konnte, Kategorie III umfaßte Material, das zu einem späteren Zeitpunkt vernichtet werden könnte (Altpapier, leere Formulare, Bücher, Zeitungen etc.)[215]. Die Einstufung wurde durch die ehemaligen Mitarbeiter bei der Beräumung der Dienstzimmer vorgenommen; die Kategorie I durfte nur der Militärstaatsanwalt kontrollieren. Die Sichtung der Unterlagen der Kategorie II sollte mit dem Ziel der „Aufhellung der bisherigen Arbeitsweise des ehemaligen Mini-

211 Vgl.: Maßnahmeplan (Dokument 28).

212 Vermerk über eine Information des Regierungsbeauftragten für Leipzig, Peter Rosentreter, vom 08.12.1989, Berlin 08.12.1989, in: BArch DC-20 11348, unp.

213 Der Leiter des BAfNS Leipzig, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, ist offenkundig, wie vor ihm schon viele andere leitende Kader des AfNS, mit Wirkung vom 08.12.1989 beurlaubt worden. Der genaue Zeitpunkt ließ sich bisher nicht ermitteln.

214 Vgl.: Präzisierung des Maßnahmeplanes des Bürgerkomitees Leipzig vom 06.12.1989, Punkt 7, Leipzig 08.12.1989, in: BArch DC-20 11348, unp. Die zweite Seite mit den Unterschriften fehlt dort allerdings. Eine vollständige Kopie beim Autor.

215 Diese Unterlagen wurden in der Kegelbahn des Bezirksamtes am Dittrichring eingelagert. Später stellte das Bürgerkomitee fest, daß zwischen den Zeitungen wichtige Dokumente versteckt worden waren, um sie auf diesem Wege zu vernichten. Einer Vernichtung wurde daher nicht zugestimmt. Im Verlauf des Jahres 1990 wurden die Unterlagen einer intensiven Sichtung unterzogen. Foto- und Filmaufnahmen von dieser Kegelbahn wurden sehr häufig veröffentlicht, um die Aktenberge zu illustrieren.

steriums für Staatssicherheit“[216] und „einer lückenlosen Dokumentation dieser Arbeit“[217] sowie „eventueller Konsequenzen aus dieser Arbeit“[218] geschehen.

Die Kommission sollte am Dienstag, dem 12.12.1989, ihre Tätigkeit aufnehmen[219] und aus Vertretern des BAfNS, der Militärstaatsanwaltschaft und dem Bürgerkomitee bestehen. Der entstehende Lohnausfall wurde „durch die Regierung der DDR übernommen“[220]. Abschließend wurde festgelegt, daß „die Offenlegung der Ergebnisse der Kommissionstätigkeit [...] gewährleistet“[221] wird. Man war sich darüber einig, daß „der Schutz der Persönlichkeitsrechte [...] dabei zu garantieren“[222] wäre. Der Regierungsbeauftragte berichtete 17.50 Uhr dem Informationszentrum in Berlin über diese Vereinbarung und den Vorschlag, am Vorabend der Montagsdemonstration eine Pressekonferenz anzuberaumen, auf der die Einsetzung der Aktensichtungskommission bekanntgegeben werden sollte, um beruhigend auf die Demonstration zu wirken.[223]

So konnten in Leipzig am 08.12.1989 – nur vier Tage nach der Besetzung der Stasi-Zentrale – erste konkrete Maßnahmen für den Umgang mit den Akten beschlossen werden, die darüber hinaus den Vorstellungen des Berliner Amtes und der Regierung Modrow diametral entgegenliefen. Dennoch hoffte man offenkundig, durch die Mitarbeit von Stasi-Offizieren und der Militärstaatsanwaltschaft den Schaden möglichst geringhalten zu können. In der Information über die Tätigkeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates vom 09.12.1989 wurde auch über die Leipziger Vereinbarung berichtet und vorgeschlagen: „Nach diesem Muster sollte bei Forderungen nach Sichtung generell verfahren werden.“[224]

2.5.6. Die erste Montagsdemonstration nach der Besetzung

Das Leipziger Bürgerkomitee lud am Sonntag, dem 10.12.1989, zu einer internationalen Pressekonferenz in die „Runde Ecke“ ein, um mit ersten Berichten über die bisherige Arbeit zu einer gewaltfreien Demonstration am nächsten Montag beizutragen. Erstmals berichtete die Aktuelle Kamera am Abend indi-

216 Vgl.: Präzisierung des Maßnahmeplanes des Bürgerkomitees Leipzig vom 06.12.1989, Punkt 7, Leipzig 08.12.1989, in: BArch DC-20 11348, unp. Die zweite Seite mit den Unterschriften fehlt dort allerdings. Eine vollständige Kopie beim Autor.
217 Vgl.: Ebenda.
218 Vgl.: Ebenda.
219 Tatsächlich begann die Arbeit erst am 18.12.1989.
220 Vgl.: Ebenda.
221 Vgl.: Ebenda.
222 Vgl.: Ebenda. Es ist zu beachten, daß die Begriffe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte u.ä. zu diesem Zeitpunkt vordergründig nur auf den Quellenschutz, sprich den Schutz der Inoffiziellen Mitarbeiter, bezogen.
223 Meldung des Genossen P. Rosentreter aus Leipzig, 08.12.1989, 17.50 Uhr, in: BArch DC-20 11348, unp.
224 Information über die Tätigkeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates/Inhalte der Meldungen der Vorsitzenden der RdB – 08.12.89, Informationszentrum des Ministerrates, Berlin 09.12.1989, Bl. 1-7, hier Bl. 3, in: BStU ZA, ZKG 129, p. 71.

rekt davon, daß in den Bezirken die Staatssicherheit besetzt worden war[225], indem sie den Appell zu weiterer Gewaltlosigkeit (vgl. Dokument 37) übertrug. Darin hieß es u. a.: „In den vergangenen Tagen wurden in unserem Land Gebäude und Einrichtungen des ehemaligen MfS von Bürgern und Bürgerkomitees besetzt. [...] Wir fordern auf: keine Übergriffe, keine Selbstjustiz. Nur gewaltfrei können alle Aufklärungen betrieben werden.“[226]

Es wurde ausführlich über die geplante Aktensichtungskommission informiert und zur Mitarbeit weitere Fachleute gesucht[227] (vgl. Dokument 39). Ursprünglich hatte nur das Fernsehen der DDR für die „Aktuelle Kamera“ eine Drehgenehmigung erhalten. Erst nach Protest und langen Diskussionen durften auch die Fernsehteams aus dem westlichen Ausland teilnehmen.[228]

Im Verlauf dieser Pressekonferenz wurden Fragen nach Inhalten der weiteren Arbeit des Bürgerkomitees bis hin zur Problematik der Akteneinsicht gestellt und vom Bürgerkomitee beantwortet. Das hatte Folgen. „Superintendent Magirius und Probst Hanisch verließen unter Protest diese Pressekonferenz, da sie einen anderen Verlauf nahm, als mit [den] Vertretern des Bürgerkomitees abgesprochen war.“[229] Der Militärstaatsanwalt entschied ohne Rücksprache mit Berlin, die VS-Stelle, in der alle Verschlußsachen vom Geheimhaltungsgrad „Vertrauliche Verschlußsache“ bis „Geheime Kommandosache“ aufbewahrt wurden, den Journalisten und Kameraleuten zu öffnen. Das DDR-Fernsehen vermutete hierin einen Angriff auf die staatliche Souveränität und kommentierte diese Bilder mit den Worten: „Die Kammer mit für unsere nationale Sicherheit nötigen Unterlagen“.[230] Superintendent Magirius gab in der Zwischenzeit der Aktuellen Kamera ein Interview, in dem er sich dafür aussprach, den Blick nach vorn zu wenden und eine rechtsstaatliche Verwaltung aufzubauen.

Hier zeigte sich bereits deutlich, daß es innerhalb des Bürgerkomitees sehr unterschiedliche Auffassungen über die mittel- und langfristigen Ziele gab. Einige, wie der Sprecher Michael Kleinert oder Superintendent Friedrich Magi-

225 Auch dieser Bericht war offenkundig nur auf Anweisung der Regierung zustande gekommen. In der Meldung des Leipziger Regierungsbeauftragten vom 08.12.1989, 17.50 Uhr hieß es: „[Durch den] von Leipziger Bürgern anerkannten Superintendenten [im Original steht Konsistorialpräsident] erfolgte der Vorschlag, daß durch 'Aktuelle Kamera' des Fernsehens der DDR Teile des Amtes gezeigt werden und die Vereinbarung bekanntgegeben wird.“ Meldung des Genossen P. Rosentreter aus Leipzig, 08.12.1989, 17.50 Uhr, in: BArch DC-20 11348, unp.

226 Appell der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an die Leipziger Bürger und Bürgerinnen, Leipzig 09.12.1989, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.12.1989, S. 2.

227 Es berichteten alle Leipziger Zeitungen, vgl.: Bürgerkomitee informierte auf einer Pressekonferenz, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.12.1989, S. 2; Aufruf gegen Gewalt. Internationale Pressekonferenz in der „Runden Ecke“, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 12.12.1989, S. 6; Bürgerkomitee mahnt zu Besonnenheit, in: Sächsisches Tageblatt vom 11.12.1989, S. 1.

228 Vgl.: Aufruf gegen Gewalt. Internationale Pressekonferenz in der „Runden Ecke“, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 12.12.1989, S. 6.

229 Bürgerkomitee informierte auf einer Pressekonferenz, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.12.1989, S. 2; Aufruf gegen Gewalt. Internationale Pressekonferenz in der „Runden Ecke“, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 12.12.1989, S. 6.

230 Zitiert nach einem Mitschnitt: Fernsehen der DDR I, Aktuelle Kamera vom 10.12.1989, 19.30 Uhr, in: BKL Videoarchiv.

rius und Probst Günter Hanisch, plädierten ausschließlich für eine Deeskalationsstrategie und die baldmögliche Übergabe an die bestehenden Strukturen wie Volkspolizei oder Staatsanwaltschaft.

Andere Mitglieder hingegen mißtrauten den alten Strukturen und setzten sich für eine kontinuierliche Weiterarbeit des Bürgerkomitees ein. Diese Zielstellung wurde durch die massive Hinhaltetaktik seitens der staatlicher Vertreter ungewollt unterstützt, so daß sie sich letztendlich durchsetzte. Die Regierungsbeauftragten der Bezirke vereinbarten auf ihrer Zusammenkunft in Berlin am 11.12.1989, diese Meinungsdifferenzen für ihre Anliegen zu nutzen. „In [der] Öffentlichkeitsarbeit sollte Verläßlichkeit aller Partner bei der Realisierung vereinbarter Maßnahmen wirksam/überzeugend dokumentiert werden, [um] destruktive Kräfte dadurch [zu] isolieren.“[231]

Nach der Pressekonferenz wurden gemeinsam mit dem Beauftragten des Chefs der BDVP, Oberstleutnant Bernd Pawlowski, die Sicherheitsvorkehrungen für die Montagsdemonstration besprochen. Direkt an der „Runden Ecke“ wurde ein großes Transparent mit der Aufschrift „Dieses Gebäude wird im Auftrag der Regierung und des Bürgerkomitees durch die Volkspolizei gesichert“[232] angebracht. Das Anliegen war, den Demonstranten zu dokumentieren, daß das Gebäude kontrolliert wird und die Staatssicherheit nicht mehr gegen das Volk tätig ist. Die Vertreter der Staatssicherheit hatten vor allem Angst, daß die Akten nicht geheimzuhalten wären, wenn dennoch Demonstranten in die Gebäude eindrängen. Das Bürgerkomitee dagegen sah in dem Fall die größere Gefahr von den Waffenkammern ausgehen, die in allen Dienstobjekten vorhanden waren. So konnte für Montagmorgen die Beräumung der Waffenkammern des KAfNS Leipzig-Stadt unter Kontrolle des Bürgerkomitees ausgehandelt werden. Alle Waffen, von Pistolen, Maschinenpistolen, über Schnellfeuergewehre AK 70 bis zu Scharfschützengewehren sowie dazugehörige Magazine und Munition wurden ebenso wie Handgranaten oder Sprengutensilien von der Volkspolizei übernommen, auf LKWs verladen und unter geradezu abenteuerlichen Bedingungen kurz vor Beginn der Montagsdemonstration in das Munitionslager der Polizei nach Leipzig-Taucha gefahren.[233]

231 Protokoll der Beratung von Staatssekretär Halbritter mit den Regierungsbeauftragten am 11.12. 1989, Bl. 1-6, hier Bl. 5, in: BArch DC-20 11348, unp.

232 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, Abb. S. 168; auf S. 155 ist der Text falsch wiedergegeben. Ebenfalls abgebildet ist die „Runde Ecke“ mit diesem Transparent in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.12.1989.

233 Das MfS war als militärisches Organ strukturmäßig bewaffnet. Allein im Bereich der BVfS Leipzig wurde u. a. folgende Bewaffnung sichergestellt: 947 Pistolen AP9, 2997 Pistolen Makarow, 1794 Maschinenpistolen, 76 Scharfschützengewehre, 115 Panzerbüchsen, 12 schwere Maschinengewehre, fast 2 Mill. Patronen Maschinenpistolenmunition, 500.000 Patronen Pistolenmunition, 8060 Handgranaten RG0-5, 24 Panzerhandgranaten RKG-3M, 8226 Granaten PG-7, 21 Schiffssprengpatronen, 31 kg Plastischer Sprengstoff PLPN-10, 1100 m Sprengschnur, 1133 Sprengkapseln, 680 Sprengzünder, vgl.: Aufstellung der bei der Auflösung der BVfS Leipzig sichergestellten Bewaffnung, Bl. 1-5, in: BKL Bestand Auflösung (Faksimile in der Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität“).

In der Information, die regelmäßig zu den Friedensgebeten verlesen wurde, nahm die Besetzung des MfS in der vergangenen Woche breiten Raum ein[234] (vgl. Dokument 41). Diese Information, vor allem aber die Feststellung, die MfS-Angehörigen hätten keine Waffen, sollte wohl vorrangig der Beruhigung dienen.

Die Losungen am Montag nach der Besetzung spiegelten bereits die veränderte Situation wider. Man forderte erste Schritte zur Auflösung des MfS: „Entlarvt die Stasi-Spitzel, enttarnt die bezahlten Gesinnungslumpen in euren Kollektiven!“, „Stasi, gebt Eure Spitzel preis, dann macht sich das Volk nicht länger heiß!“ und „Der Nachlaß von Kriminellen muß verschwinden: 1. Mielkes Nachfolge-Stasi-Angstapparat auflösen – 2. Honeckers Bürger-Kriegs-Truppe (Kampfgruppe) auflösen – 3. Kampfgruppenprivilegien und -renten abschaffen! Erst danach Neuanfang möglich!“[235]

Auch dieser Montag verlief friedlich, wenn auch eine zunehmende Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern der Vereinigung zu spüren war. Das breite Engagement für die Auflösung der Staatssicherheit in der Bevölkerung zeigte deutlich, daß auch nach dem Mauerfall das Interesse an der Entwicklung in der DDR nicht nur ungebrochen war, sondern eher noch zugenommen hatte.

2.6. Die Umwandlung des AfNS in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst der DDR

Nach der Besetzung der Dienstellen des gerade erst gebildeten AfNS in der gesamten DDR und den massiven Forderungen nach einer Auflösung versuchten die Regierung Modrow und die Leitung des AfNS ein neues Possenspiel. Am 14.12.1989 beschloß der Ministerrat der DDR, anstelle des AfNS ein Amt für Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst der DDR zu bilden. Der Aufbau oblag bewährten Kadern des MfS. In den Bezirken sollten Außenstellen entstehen und in den Kreisen waren Beauftragte des Amtes für Verfassungsschutz geplant. Um diese abermalige Umbenennung der Staatssicherheit, die zum Machterhalt der SED beitragen sollte, entbrannte in den nächsten Wochen ein heftiger Kampf, an dem die Regierung Modrow zu zerbrechen drohte.

2.6.1. Ein unabgestimmter Vorschlag an die Regierung Modrow

Am Abend des 12.12.1989 erarbeiteten die beiden Sprecher des Bürgerkomitees Leipzig einen Vorschlag zur Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes der DDR, wie sie es dem Regierungsbeauftragten Peter

234 Günter Hanisch/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.): Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst ‘89 in Leipzig, Berlin 1990, S. 200.

235 Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 154 f.

Rosentreter bereits am 08.12.1989 angekündigt hatten.[236] Dieses Papier verfaßten die beiden im Alleingang, obwohl sich andere Mitglieder an diesem Abend zur Unterstützung anboten. Dieser „Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit im Bereich der nationalen Sicherheit“[237] war mit dem Bürgerkomitee keineswegs abgestimmt, auch wenn die Überschrift dies implizierte (vgl. Dokument 42).

Bis zu diesem Zeitpunkt waren eventuell neu zu bildende Dienste im Bürgerkomitee kein Thema. Die spätere Aussprache zum Ministerratsbeschluß vom 14.12.1989 über die Neubildung von Nachrichtendienst und Verfassungsschutz der DDR zeigte, daß die in diesem Papier niedergelegten Positionen keine Mehrheit gefunden hätten.[238] Auch die Übergabe des gesicherten Archivmaterials an das Staatsarchiv lag nicht im Bereich des Denkbaren, da die Vorbehalte gegenüber dieser Institution viel zu groß waren. Erst Anfang Januar erhielten einige Mitglieder des Bürgerkomitees Kenntnis von diesem Schreiben. Dies führte zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit den beiden Sprechern.[239]

Ob dieses Schreiben auf „Bestellung“ des Regierungsbeauftragten, Peter Rosentreter, verfaßt wurde, läßt sich vermuten, aber bislang nicht belegen. Es steht allerdings fest, daß der Ministerrat unter Hans Modrow in seiner außerordentlichen (5.) Sitzung am 11.12.1989 nach einer Information des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit beschloß, am 14.12.1989 eine Vorlage zu behandeln, die die Auflösung des AfNS und an dessen Stelle die Neubildung eines Verfassungsschutzes und eines Nachrichtendienstes festlegte.[240] Für diesen Schritt wäre in der öffentlichen Diskussion die Unterstützung durch das Leipziger Bürgerkomitee sicher willkommen gewesen.

2.6.2. Kritik innerhalb des Bürgerkomitees an der eigenen Arbeit und die weitere Profilierung

Die bereits aufgezeigten taktischen Winkelzüge der staatlichen Vertreter blieben einem Teil des Bürgerkomitees nicht verborgen. Am 17. Dezember 1989

236 In der Meldung des Genossen Rosentreter aus Leipzig vom 08.12.1989, 17.50 Uhr hieß es: „Dienstag, 12.12.89, werden die Vertreter des Bürgerkomitees Vorschläge für [die] zukünftige Gestaltung der Arbeit des Bezirksamtes für nationale Sicherheit unterbreiten“, in: BArch DC-20 11348, unp.

237 Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit im Bereich der nationalen Sicherheit, Leipzig 12.12.1989, Kopie beim Autor. Unterschrieben ist das Schreiben von Michael Kleinert und Christian Scheibler.

238 Unbestritten sind die dort dargelegten Kriterien, jene die für Geheimdienste im demokratischen Rechtsstaat gelten. Im Dezember 1989 war die DDR von einem solchen aber noch weit entfernt, und die Profilierung des Verfassungsschutzes diente ausschließlich dem Machterhalt der SED.

239 Im Zusammenhang mit dem zweiten DDR-weiten Treffen der Bezirksbürgerkomitees am 12.01.1990 kam es wegen dieses Schreibens zu einer Verlegung der Beratung von Leipzig nach Berlin. Den beiden Sprechern wurde das Mißtrauen ausgesprochen und auf einer Vollversammlung weitere Sprecher gewählt. Diese Wahl wurde auch mit den umfänglichen zeitlichen Verpflichtungen der beiden Sprecher an den Runden Tischen, beim Demokratischen Aufbruch und in anderen Gremien begründet.

240 Protokoll der außerordentlichen (5.) Sitzung des Ministerrates am 11. Dezember 1989, 13.30 Uhr bis 15.10 Uhr, Bl. 5-6, BArch DC-20 I/3 2878.

verfaßten daher einige Mitglieder eine Erklärung, in der sie ihrem Empfinden, als „Feigenblatt“ mißbraucht zu werden, Ausdruck verliehen (vgl. Dokument 43). Darin hieß es: „Mit Besorgnis erleben wir die derzeitige Arbeit des Bürgerkomitees Leipzig. Seine Tätigkeit vermittelt in der Öffentlichkeit den Anschein, daß die Arbeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unterbunden wurde.“[241] Die Erklärung schloß mit der Forderung: „Wir befürchten, daß die ungesetzliche und für die Gesellschaft destruktive Tätigkeit des ehemaligen MfS in modifizierter Form weitergeführt wird. Deshalb fordern wir sofortige effektivere Maßnahmen zur Unterbindung der Arbeit des ehemaligen MfS.“[242]

Diese Erklärung wurde Wolfgang Schnur am gleichen Tag anläßlich des in Leipzig stattfindenden Parteitages des Demokratischen Aufbruch übergeben. Ob das Schreiben jemals den Zentralen Runden Tisch erreicht hat, ist zu bezweifeln. Erst im März 1990 wurde bekannt, daß Schnur jahrelang unter dem Decknamen „Torsten“ Inoffizieller Mitarbeiter des MfS war.

Am Abend des folgenden Tages, dem 18.12.1989, fand auf Grundlage der Erklärung eine Aussprache der Verfasser mit dem Sprecher Michael Kleinert statt. Im Ergebnis dieser Beratung trafen sie Festlegungen, die eine Professionalisierung der Arbeit des Bürgerkomitees bewirken sollten.[243] Als neue Zielstellung des Bürgerkomitees wurde die nachweisbare Auflösung des MfS/AfNS und die Verhinderung einer Neustrukturierung formuliert. Dazu wurden u. a. folgende Schwerpunkte festgelegt: Grundbesichtigung aller Räume und Objekte des aufzulösenden MfS/AfNS im Bezirk Leipzig, die umgehende Räumung des Neu- und Altbaus der ehemaligen BVfS, Untersuchung der Keller, in denen Zugänge zu weiteren unterirdischen Anlagen vermutet wurden, Zurückverfolgung ehemaliger Technik (Datenverarbeitung) oder Kabel, die auf solche hinwiesen. Außerdem sollte eine möglichst komplette Liste der konspirativen Objekte, einschließlich aller Außenobjekte, erstellt werden und die „Zahl der im Haus anwesenden MfS-Mitarbeiter streng hinterfragt“[244] werden.

Eine feste Arbeitsstruktur im Büro war besonders wichtig, da viele Mitarbeiter des Bürgerkomitees nur stundenweise anwesend sein konnten. Zur Koordinierung der Aufgaben, aber auch des erarbeiteten Wissens wurde eine Art Dispatcher eingerichtet, der sich ständig erreichbar im Büro mit den Telefonanschlüssen aufhielt. Hier sollten auch die Akten mit den bei der Auflösung entstehenden Unterlagen des Bürgerkomitees geführt werden. Bis dahin war es

241 Von dieser Erklärung gibt es mehrere Entwürfe, die die Verfasser, Christian Hönemann, Tobias Hollitzer und Konrad Taut, in der Woche vor dem 17.12.89 intensiv diskutierten. Unklar war vor allem, ob die Erklärung ohne Wissen der Sprecher, Michael Kleinert und Christian Scheibler, veröffentlicht werden dürfte, vgl.: Erklärung von Mitgliedern des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 17.12.1989, Kopie beim Autor.

242 Erklärung von Mitgliedern des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 17.12.1989, Kopie beim Autor.

243 Die Wiedergabe dieses Gespräches basiert auf den persönlichen Aufzeichnungen von Konrad Taut, Kopie beim Autor.

244 Ebenda.

so, daß jeder seine persönlichen Aufzeichnungen führte. Gerade aber die Unterlagen über zurückliegende Absprachen, Aussagen und Arbeitsergebnisse bildeten die wichtigste Grundlage für die nun nicht mehr nur auf die Sicherung der Akten beschränkte Tätigkeit des Bürgerkomitees.

Für die Koordinierung der Arbeit und die gegenseitige Information wurde darauf orientiert, jeden Montag 19.00 Uhr eine Vollversammlung mit allen Mitarbeitern des Bürgerkomitees einzuberufen.

Um einen möglichst breiten Kontakt zur Leipziger Bevölkerung zu gewährleisten, sollten des öfteren Bürgerforen stattfinden, in denen über neue Erkenntnisse und das weitere Vorgehen berichtet, aber auch weitere Personen zur Mitarbeit gewonnen werden konnten.

Über den Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter sollten ständige Dienstfahrzeuge aus dem Bestand des ehemaligen MfS bereitgestellt werden. In den folgenden Tagen wurden dem Bürgerkomitee insgesamt fünf PKW der Marke Wartburg für die weitere Arbeit übergeben. Die ebenfalls geforderte Stelle für eine Sekretärin konnte nicht durchgesetzt werden.

Weiterhin sollte nach Spezialisten aus dem Bereich der Nachrichtentechnik und der Geophysik[245] gesucht werden, da das Bürgerkomitee über keine vertrauenswürdigen Fachleute aus diesem Bereich verfügte.

Nicht zuletzt sollten Kontakte zu den Bürgerkomitees der anderen Bezirke aufgebaut werden, um Erfahrungen aktuell und effektiv austauschen zu können.[246]

Mit dieser Erklärung erreichten die Unterzeichner, daß das Bürgerkomitee Leipzig über die Jahreswende 1989 hinaus tätig blieb und im Endeffekt für eine vollständige Auflösung der Staatssicherheit stritt. Michael Kleinert hingegen meinte ursprünglich, daß die Arbeit des Bürgerkomitees mit der sicheren Einlagerung der Akten in der „Runden Ecke“ beendet sei.

2.6.3. Die weitere Auflösungsarbeit in Leipzig bis zum Jahreswechsel

Bereits am 15.12.1989 wurde zu einem ersten großen Bürgerforum in den Speisesaal der ehemaligen Bezirksverwaltung eingeladen. Hunderte Leipziger drängten zu dieser Informationsveranstaltung. Sowohl das Bürgerkomitee als auch Vertreter der Polizei und der Staatssicherheit mußten Rede und Antwort stehen. Es wurde über die bisherigen Schritte zur Auflösung und die erreichten Ergebnisse sowie Vereinbarungen informiert. Am eindrücklichsten war der

245 Gerüchte über weitere Keller und Bunkeranlagen unter der „Runden Ecke“ hielten sich hartnäckig und ließen sich nicht entkräften.

246 Das erste Treffen fand am 04.01.1990 in Leipzig statt. Vgl. Kapitel 2.7.2. Das erste DDR-weite Treffen der Bürgerkomitees der Bezirke in Leipzig.

Bericht über die Durchtrennung der Leipziger Abhöranlage, die als ADN-Foto weit über Leipzig hinaus Beachtung fand.[247]

Auf dem Bürgerforum konnte erklärt werden: „Sämtliche Kreisämter im Bezirk Leipzig sind geräumt.“[248] Die meisten Objekte wurden bereits an die örtlichen Räte zur weiteren Nutzung übergeben. Als einer der nächsten Schritte wurde die Einsetzung der Aktensichtungskommission benannt, die umgehend ihre Arbeit aufzunehmen plante.

Diese Veranstaltungen fanden in den nächsten Wochen regelmäßig statt und stellten die notwendige Verbindung zwischen dem Bürgerkomitee und den Leipzigern her, denn nur in deren Vertretung agierte es und konnte auch nur von diesen legitimiert werden. Der auf den Foren oft zutage tretende Zorn der Bürger war außerdem ein wichtiges Argument in zukünftigen Verhandlungen mit den Stasi-Offizieren.

Die Panzerschränke des ehemaligen Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit Leipzig, Generalleutnant Hummitzsch, wurden am 20. und 22.12.1989 in Gegenwart der Militärstaatsanwälte Oberst Walter Köcher und Oberstleutnant Neubert sowie der Vertreterin des Bürgerkomitees, Ingrid Machlitt, beräumt. Die meisten Dokumente wurden in die Kategorie I eingestuft und protokollarisch „gesondert in einem Panzerschrank im Kellerraum des ehemaligen ANS gelagert“.[249] Dies war der letzte Besuch Manfred Hummitzschs in dem Haus, das er 16 Jahre als Leiter befehligte.

In der KD Leipzig-Land in der Käte-Kollwitz-Straße wurde der Speicher mit Geruchskonserven und Geruchsproben von Bürgern aufbewahrt, die das MfS bearbeitet hatte.[250] In den meisten Fällen enthielten die Einweckgläser die Gerüche von Oppositionellen. Da die Polizei ebenfalls mit dieser Methode arbeitete, hatte sie großes Interesse an den Gläsern, da diese nicht mehr produziert wurden. So nahm die Leiterin des Dezernates IV der Kriminalpolizei der BDVP Leipzig Kontakt mit der sich in Auflösung befindenden Staatssicherheit auf. Im Ergebnis wurde am 28.12.1989 der Geruchsspeicher der MfS-Bezirksverwaltung mit einem Kleintransporter B 1000 in die Diensthundestaffel der Polizei in Leipzig-Gohlis transportiert. Die Gläser mit den Gerüchen von über eintausend Leipziger Bürgern wurden erst in den Räumlichkeiten der

247 Die Aufnahme des ADN-Fotografen Fritz Gahlbeck ist u. a. abgebildet in: Leipziger Volkszeitung vom 16./17.12.1989, S. 2; sowie in: Die Welt vom 08.01.1990.
Am 14.12.1989 zersägte „ein Mitarbeiter des AfNS Leipzig die insgesamt 2000 Adern umfassenden Kabelstränge“, die von der Post zur Abhöranlage führten. Volkspolizei, Militärstaatsanwaltschaft und Bürgerkomitee kontrollierten diese Aktion. Die Abhöranlage selbst sollte bis zum 30.12.1989 demontiert und sicher verwahrt werden, vgl.: Leipziger „Wanzen“ wurden vertilgt, in: Sächsisches Tageblatt vom 15.12.1989, S. 1; In Leipzig zersägt: MfS-Abhöranlage, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 15.12.1989, S. 1; Anlage stillgelegt, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.12.1989, S. 2.

248 Kreisämter geräumt, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.12.1989, S. 2.

249 Protokoll über die Öffnung der Panzerschränke Nr. 1495 und 1500 vom 20.12.1989, Bl. 1-6, Kopie beim Autor.

250 Zu Geruchskonserven vgl.: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1991, S. 146-153.

Polizei geöffnet.[251] So bestand zumindest die Möglichkeit, daß die Volkspolizei bestimmte Geruchskonserven weiterbenutzte. Das Bürgerkomitee konnte diese Aktion nicht kontrollieren, da sie hinter seinem Rücken ablief. Erst im August 1990 wurde die Existenz der Geruchskonserven und die Übernahme der Gläser gemeinsam mit einem Kamera-Team von SPIEGEL-TV aufgedeckt.[252]

2.6.4. Die weitere Entwicklung bis zum Jahreswechsel

Das letzte Friedensgebet des Jahres 1989 fand am 18.12.1989 wieder in den vier Leipziger Innenstadtkirchen[253] statt. Die Predigten waren geprägt von der Sorge um den friedlichen Fortgang der Demonstrationen im Jahr 1990. Das Fürbittgebet in der Thomaskirche ging konkret auf die psychischen Spannungen dieser Tage ein[254] (vgl. Dokument 44).

Die Kirchen und Vertreter der demokratischen Gruppen schlugen statt der seit zehn Wochen an das Friedensgebet anschließenden Demonstration eine Menschenkette um das gesamte Stadtzentrum vor. Man bat, auf Plakate und Sprechchöre zu verzichten: „Statt dessen sollen Kerzen brennen in Mahnung: An die Opfer von Gewalt und geistiger Unterdrückung in vierzig Jahren stalinistischer Herrschaft, an die Ereignisse des Herbstes '89, den gewaltlosen Widerstand, die Inhaftierung, den Beginn der demokratischen Veränderungen.“[255] 200.000 Leipziger folgten diesem Aufruf und brachten schweigend ihren Wunsch zum Ausdruck, „daß die Erneuerung des Landes sich in Wahrhaftigkeit, Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit vollziehen möge“[256]. Zum Abschluß dieser Lichterkette auf dem Leipziger Ring läuteten die Glocken der Innenstadtkirchen. Auch die „Runde Ecke“ war wieder von Tausenden Kerzen umstellt.

Worum sich Partei, Staatssicherheit und andere „alte Kräfte“ in den zurückliegenden Wochen vergeblich gemüht hatten, gelang den Leipziger Kirchen und den neuen Gruppen auf Anhieb. Dies zeigte deutlich, welch wichtige Rolle sie im öffentlichen Leben mittlerweile spielten.[257]

251 Zeugenbefragung der damaligen Leiterin des Dezernates IV der Kriminalpolizei der BDVP, PPLA 12634, unp.

252 Diese Sendung vom 05.08.1990 ist enthalten auf dem Zusammenschnitt von Beiträgen zur Auflösung des MfS/AfNS: Spiegel-TV: Die Stasi-Rolle, Geschichten aus dem MfS, Videofilm, Hamburg 1993; vgl. auch: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.), Stasi intern, Leipzig 1990, S. 147.

253 Nikolaikirche, Thomaskirche, röm.-kath. Probsteikirche und Reformierte Kirche.

254 Günter Hanisch/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.): Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst 1989 in Leipzig, Berlin 1990, S. 217.

255 Aufruf zum stillen 89er Demo-Abschluß, in: Sächsisches Tageblatt vom 16./17.12.1989, S. 8.

256 Ebenda.

257 Vgl.: Albrecht Döhnert/Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Wolf-Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack (Hrsg.): Leipzig im Oktober, Berlin 1990, S. 147-158, hier S. 157.

Bereits am Montag, dem 18.12.1989, waren erste Meldungen über Demonstrationen in Rumänien bekanntgeworden – Reisen wurden storniert, Ceausescu ließ die Grenzen schließen, die Stadt Timisoara (ung.: Temesvar) war von Armee-, Polizei- und Securitate-Einheiten eingeschlossen.

In den nächsten beiden Tagen informierten die Medien über das ganze Ausmaß der grausamen Massaker, die der rumänische Geheimdienst Securitate und Teile der Armee an der aufbegehrenden Zivilbevölkerung in Timisoara, Bukarest und anderswo angerichtet hatten. Hunderte Menschen waren brutal erschossen worden.[258] Anläßlich des Besuches des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand in Leipzig wurde Protest gegen diese Massaker laut. Das Neue Forum rief am 23.12.1989 zu einer Protestdemonstration gegen den Terror in Rumänien auf, an der 10.000 Leipziger teilnahmen.[259] Der Diktator hatte am 22.12.1989 den Ausnahmezustand über das Land verhängt und war geflohen. Danach verbrüderte sich die Armee mit den Demonstranten, Ceausescu wurde gefangengenommen und hingerichtet.

In diesen Tagen kurz vor Weihnachten schloß sich ein Spannungsbogen zwischen dem Morden einer kritisierten kommunistischen Führung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und den aktuellen Ereignissen in Rumänien. Die beiden Leipziger Superintendenten schrieben am 21.12.1989 an alle Gemeinden: „Gerade wir Leipziger sind im Blick auf die friedliche Entwicklung, die die Dinge seit September bei uns genommen haben, zu besonderer Wachheit und Sensibilität verpflichtet. Erst jetzt wird uns deutlich, über welchen Abgrund wir im Oktober geschritten sind. Laßt uns auch dafür dankbar sein.“[260]

Das Neue Deutschland berichtete am 28.12.1989 ausführlich über Rumänien und die dort eingesetzte Regierung der Nationalen Rettung. Zitiert wurde auch aus einem Bericht der International Herald Tribune: Die Beschreibung der „schwerbewaffneten 'Privatarmee' Securitate“[261] erinnerte stark an das, was in den Wochen zuvor über die Staatssicherheit der DDR bekanntgeworden war.

Auf Seite 2 der gleichen Ausgabe veröffentlichte das ND eine Erklärung der „Mitarbeiter des in der DDR im Aufbau befindlichen Nachrichtendienstes und Verfassungsschutzes“, in der diese sich „von den Verbrechen des rumänischen Geheimdienstes gegen das Volk“ distanzierten. Der Artikel gipfelte in der Be-

258 Einige Zeitungen sprachen von bis zu 60.000 Toten. Diese Zahl stellte sich später als zu hoch heraus, vgl.: Diktator Ceausescu nach Prozeß hingerichtet, in: Sächsisches Tageblatt vom 27.12.1989, S. 1; Ceausescu läßt auf Rumänen schießen – Bukarester immer wieder „Wir sind das Volk“, in: Sächsisches Tageblatt vom 22.12.1989, S. 1; sowie: „Das ist unser Ceauschwitz“. Die Stadt Timisoara nach dem Aufstand gegen Ceausescu, in: Der Spiegel, Nr. 01 vom 01.01.1990, S. 99-101; und: Die Bestien. Die „Securitate“, Ceausescus gefürchtete Geheimpolizei, erwies sich als unerbitterliche Terrortruppe, in: Der Spiegel, Nr. 01 vom 01.01.1990, S. 97-98.

259 Reiner Tetzner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main1990, S. 21; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 177; Von Leipzig nach Deutschland, Leipzig 1991, S. 49 f.

260 Günter Hanisch/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.): Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst 1989 in Leipzig, Berlin 1990, S. 220.

261 Die schwerbewaffnete „Privatarmee“ Securitate, in: Neues Deutschland vom 28.12.1989, S. 7.

hauptung, daß „weder das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit noch das aufgelöste Amt für Nationale Sicherheit [...] jemals Beziehungen zum rumänischen Geheimdienst Securitate unterhalten“[262] hätten. So wurden auch diese Ereignisse für die Umwandlung der Staatssicherheit in einen Verfassungsschutz instrumentalisiert. Dieser ideologische Kampf wurde Anfang Januar noch wesentlich härter.

2.7. Der Kampf von SED-PDS und Regierung um den Verfassungsschutz

Der Jahreswechsel und vor allem die erste Hälfte des Januars war stark von Versuchen der SED-PDS und der Regierung Modrow geprägt, die Macht der SED zu restaurieren und den Apparat zu festigen. Die Regierung hielt am Verfassungsschutz und den hohen sozialen Abfindungen für ausscheidende MfS-Mitarbeiter fest. Das Volk reagierte darauf zunehmend mit Streikdrohungen und spontanen Arbeitsniederlegungen.

Die erste Montagsdemonstration nach dem Jahreswechsel fand am 8. Januar statt. Die massiven Restaurationsversuche der einst führenden Partei riefen nach den Feiertagen wieder hunderttausend Leipziger auf die Straße. Unter der Losung „Zwei Wochen nicht auf der Straße, schon hebt die SED die Nase“ erteilten sie allen Bestrebungen, alte Zustände wiederherzustellen, eine deutliche Absage. Nach diesem Montag flammten auch in anderen Städten der DDR die Proteste wieder auf.[263]

2.7.1. Die Kampagne „Wir gegen rechts“ als Begründung für einen Verfassungsschutz der DDR

Einer der vorerst letzten Versuche der SED, ihre Macht zu retten, war die Beschwörung der Gefahr von Rechts. Damit sollte ein neues Feindbild und eine Begründung für einen neuzubildenden Verfassungsschutz geschaffen werden. Gleichzeitig diente dieses Feindbild auch der von der SED-PDS massiv betriebenen Kampagne gegen die Wiedervereinigung.

Besonders spektakulär wurden, insbesondere in den SED-Zeitungen, die Schmierereien am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow abgehandelt. Die Medien meldeten, oft publizistisch aufgebauscht, auch aus vielen anderen Städten plötzlich zahlreiche Friedhofsschändungen und andere Straftaten mit angeblich rechtsradikalem Hintergrund. In einigen Fällen mußten die Meldungen wenig später zurückgezogen oder zumindest relativiert werden.

Nach der Schändung des Berliner Ehrenmales rief die SED-PDS sofort zu einer breiten „Einheitsfront gegen Rechts“ auf. Die Großkundgebung am

262 Securitate-Verbrechen entschieden verurteilt, in: Neues Deutschland vom 28.12.1989, S. 2.

263 Vgl.: Albrecht Döhnert/Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Wolf–Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack (Hrsg.): Leipzig im Oktober, Berlin 1990, S. 147-158, hier S. 157.

03.01.1990, an der 250.000 Menschen teilnahmen, erinnerte in fataler Art und Weise an die befohlenen Massenaufmärsche vergangener Jahrzehnte. Der Leipziger Maler Wolfgang Mattheuer gab seinen Eindruck von dieser Kampagne im Sächsischen Tageblatt wieder: „Wenn nicht alle Zeichen trügen, gibt es linksextreme Regisseure, die Neonazis notfalls erfinden, da sie welche brauchen. Meister ihres Faches, die den Teufel an die Zukunft malen, bis den Leuten schaudert vor allem Zukünftigen und sie sich resignierend zurückneigen ins altvertraute Muß.“[264]

Diese Kampagne diente vor allem als flankierende Maßnahme dem Aufbau neuer Staatssicherheitsorgane. Schon auf dem außerordentlichen Parteitag der SED-PDS am 15./16.12.1989 hatte der Parteivorsitzende Gregor Gysi den unverzüglichen Aufbau des Verfassungsschutzes zur Abwehr „neofaschistischer und antisemitischer Straftaten“[265] gefordert. Auch die SED-PDS-Bezirksleitung Leipzig berichtete an den Parteivorstand nach Berlin, daß „eine zunehmende Zahl Bürger Unverständnis über die radikale Auflösung des Amtes für nationale Sicherheit“ äußerten.[266] Im Januar nahmen die Artikel in der SED-PDS nahen Presse zu, die unverblümt die sofortige Bildung neuer Sicherheitsdienste anmahnten. So brachte die Junge Welt auf der Titelseite: „Ein Amt muß sofort her!“[267] (vgl. Dokument 47). Der propagandistische Zweck war zu offensichtlich, um eine Wirkung zu entfalten.[268]

2.7.2. Das erste DDR-weite Treffen der Bürgerkomitees der Bezirke in Leipzig

Um das weitere Vorgehen bei der Auflösung der Staatssicherheit DDR-weit besser koordinieren zu können, hatte das Bürgerkomitee Leipzig für Donnerstag, den 04.01.1990, zu einer ersten gemeinsamen Sitzung in die „Runde Ek-

264 Wolfgang Mattheuer: Ängste als Argumente?, in: Sächsisches Tageblatt vom 23.12.1989, S. 2; auch abgedruckt in: Debakel einer Utopie, pro vocation 3, Berlin 1990, S. 33 ff. Der Text wurde am 10.12.1989 geschrieben.

265 Waltraud Arenz: Skinheads in der DDR, in: Dieter Voigt/Lothar Mertens (Hrsg): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 141-171.

266 In der Information zur aktuellen Lage hieß es: „Stimmen und Meinungen der Bürger werden gegenwärtig bestimmt von den schändlichen Taten neonazistischer Kräfte am Ehrenmal in Treptow und auf dem Ehrenfriedhof sowjetischer Soldaten in Gera. [...] In diesen aber auch in anderen Zusammenhängen wird von einer zunehmenden Zahl Bürger Unverständnis über die radikale Auflösung des Amtes für nationale Sicherheit geäußert. Es wird erwartet, daß bewährte und notwendige Formen und Einrichtungen zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und zum Schutz der Bürger schnell wieder aufgebaut und wirksam eingesetzt werden.“ Information der SED-PDS-Bezirksleitung an den SED-PDS-Parteivorstand, Leipzig 03.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.018.

267 Frank Schumann: Kein Zögern beim Kampf gegen Rechte. Ein Amt muß sofort her!, in: Junge Welt vom 04.01.1990, S. 1 f.

268 Zu den Hintergründen vgl.: Waltraud Arenz: Skinheads in der DDR, in: Dieter Voigt/Lothar Mertens (Hrsg): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 141-171; Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel, Hildesheim u. a. 1997; S. 298-311; und: Rolf Rietzler: Das rote Hexeneinmaleins. Über den verordneten Antifaschismus in der DDR, in: DDR – 162 Tage Deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution, Spiegel-Spezial, Nr. 2/1990, S. 136-143.

ke“ eingeladen. Die Vertreter aus den jeweiligen Bezirken berichteten über den Stand der Auflösung und die dabei aufgetretenen Probleme.[269]

Am Ende dieses Treffens sollte eine gemeinsame Verlautbarung über die momentane Situation und die weiteren Aufgaben im Bereich des ehemaligen MfS stehen. Die Erarbeitung erwies sich als sehr schwierig, vor allem da jeder Satz in der großen Runde diskutiert wurde.[270] Erst am Freitagmorgen gegen 3.30 Uhr verabschiedeten die Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke ihre Presseerklärung, die sie 10.00 Uhr der eingeladenen Presse vorstellten[271] (vgl. Dokument 50).

Die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte zwar den ganzen Wortlaut, distanzierte sich aber in einem als „Anmerkung der Redaktion“ bezeichneten Kommentar[272] (vgl. Dokument 52). Andere Leipziger Zeitungen hatten zu diesem Zeitpunkt schon zu einem Stil gefunden, der nicht mehr durch Abhängigkeit von einer Partei geprägt war. So brachten die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten am gleichen Tag auf der Titelseite die Schlagzeile „Verfassungsfeind Nr. 1 – die Stasi“. Der Artikel berichtete über das Treffen der Bürgerkomitees und deren Erklärung[273] (vgl. Dokument 54).

Das ehemalige Zentralorgan der SED Neues Deutschland dagegen kommentierte in altbekannter demagogischer Weise unter der Überschrift „'Bürgerkomitee'-Erklärung mit fragwürdigen Schlüssen“.[274] Die SED bezeichnete politische Gegner immer als „sogenannte“ oder „angebliche“ und setzte deren Name in Anführungszeichen. Seit ca. zwei Monaten war diese Art der journalistischen Äußerung als stalinistisch gebrandmarkt. Das Neue Deutschland fiel nur bei der Berichterstattung über die Zusammenkunft der Vertreter der Bezirks-Bürgerkomitees in diesen primitiven Stil zurück (vgl. Dokument 53).

Offenkundig traf die öffentliche Aufdeckung der Subordination der Staatssicherheit unter die Staatspartei SED einen empfindlichen Nerv.

Nicht nur die Parteizeitung verfiel in hektische Betriebsamkeit. So verfügten die beiden stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Leipziger SED-PDS, Hannelore Wolf und Kurt Meyer, den Wortlaut der Erklärung dem „Genossen

269 Protokoll über das DDR-weite Bezirkstreffen der Bürgerkomitees Staatssicherheit in Leipzig am 04./05.01.1999, Leipzig 14.01.1990, Kopie beim Autor.

Organisiert wurde die Zusammenkunft über Ilona Weber, die beim neuen Forum für die überregionale Kontakte zuständig war. Diese Beratung war ein Ergebnis der Absprachen vom 18.12.1989. Vgl. Kapitel 2.6.2. Kritik innerhalb des Bürgerkomitees an der eigenen Arbeit und die weitere Profilierung.

270 Sehr lange wurde auch darüber gestritten, ob die Neofaschismuskampagne der SED-PDS öffentlich kritisiert werden sollte oder ob die Bürgerkomitees sich damit dem Vorwurf aussetzten, „rechts“ zu stehen.

271 Presseerklärung der Beauftragten der Bezirks-Bürgerkomitees vom 05.01.1990, Kopie beim Autor.

272 Anmerkung der Redaktion zur Presseerklärung der Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke, in: Leipziger Volkszeitung vom 06./07.01.1990, S. 3.

273 Björn Wilda: Verfassungsfeind Nr. 1 – die Stasi. DDR–Bürgerkomitees trafen sich in Leipzig, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06./07.01.1990, S. 1.

274 „Bürgerkomitee“–Erklärung mit fragwürdigen Schlüssen, in: Neues Deutschland vom 06.01.1990, S. 2.

Gysi sofort auf den Tisch".[275] Der gerade zur PDS-Vorstandssitzung in Berlin weilende 1. Sekretär Roland Wötzel erhielt eine Durchschrift des Fernschreibens. Auch der Regierungsbeauftragte Peter Rosentreter schickte den Wortlaut der Erklärung per Fernschreiben nach Berlin.[276] In den allgemeinen Bericht des Informationszentrums wurden nur die Passagen im Wortlaut übernommen, die die Neofaschismuskampagne und die Verantwortung der SED ansprachen.[277]

2.7.3. Ausweitung der Kontrolle auf die Archive des Nationalen Verteidigungsrates, der SED und der Abteilungen Inneres der örtlichen Räte

Als Konsequenz der Presseerklärung hatten die Bürgerkomiteevertreter beschlossen, noch am Freitag, direkt nach der Veröffentlichung alle SED-PDS-Bezirks- und Kreisleitungen aufzusuchen, um die dort lagernden Akten der Abteilung Sicherheit zu versiegeln.[278] Auch das Leipziger Bürgerkomitee ging gemeinsam mit dem Staatsanwalt zur Bezirksleitung, um „Unterlagen der ehemaligen Bezirkeinsatzleitung bzw. solche, die die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS dokumentieren"[279], sicherzustellen (vgl. Dokument 55 und 51). Nach längeren Diskussionen wurden die fraglichen Schränke versiegelt. Dagegen protestierte die SED am 08.01.1990 mit einer Erklärung in der Leipziger Volkszeitung, „da hier ohne Beweise Handlungen ausgelöst werden, die das normale politische Leben in einer gemeinsam zu schaffenden Demokratie belasten."[280] Später wurden diese Akten auf ihren Bezug zum MfS hin geprüft und protokollarisch bestätigt, daß „keine Hinweise in den vorhandenen geprüften Akten zur Zusammenarbeit der ehemaligen Abteilung für Sicherheitsfragen der BL der SED-PDS und des ehemaligen MfS/ANS festgestellt"[281] wurden. Die SED-PDS veröffentlichte das Ergebnis

275 Kopie der Presseerklärung mit handschriftlichem Vermerk „Genossen Gysi sofort auf den Tisch!, Durchschrift an Dr. Roland Wötzel", in: LPA PDS SN VI/L/2.8.026, unp. Die Durchschläge der Fernschreiben liegen in: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.019.

276 Vgl.: Fernschreiben des Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter an das Informationszentrum, Leipzig 05.01.1990, in: BArch DC-20 11349, unp.

277 Einschätzung der Lage in den Bezirken am 05.01.1990 durch das Informationszentrum des Ministerrates, vgl. auch die handschriftlichen Anmerkungen am Fernschreiben des Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter an das Informationszentrum, Leipzig 05.01.1990, in: BArch DC-20 11349, unp.

278 Ebenso wurden die meisten Kreisvorstände der SED-PDS von den örtlichen Bürgerkomitees kontrolliert. Auf der Beratung am 08.01.1990 berichteten sie über die Ergebnisse, vgl. auch: Das Bürgerkomitee tagte, in: Leipziger Volkszeitung vom 10.01.1990, S. 2.

279 Protokoll über die Versiegelung beim Bezirksvorstand der SED-PDS Leipzig am 05.01.1990, Leipzig 05.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.; ebenso: Interner Bericht des Präsidiums des Bezirksvorstand der SED-PDS Leipzig, Leipzig 08.01.1990, in: ebd.; sowie: Protokoll des Bürgerkomitees über Besuch der SED-Bezirksleitung Leipzig (Karl-Liebknecht-Str.) am 05.02.1990, 17.00-19.30, Kopie beim Autor.

280 Protest des Bezirksvorstandes der SED-PDS, in: Leipziger Volkszeitung vom 08.01.1990, S. 2.

281 Protokoll über die durchgeführte Überprüfung der gesiegelten Aktenschränke in der ehemaligen Abteilung für Sicherheitsfragen der Bezirksleitung Leipzig der SED-PDS, Leipzig 08.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

wiederum in der LVZ.[282] Die Mitglieder des Bürgerkomitees, die die Versiegelung vorgenommen hatten, konnten aus zeitlichen Gründen bei der Kontrolle am 08.01.1990 nicht anwesend sein, so daß wohl vor allem Unwissenheit zu dieser falschen Aussage führte.[283] Diese Akten der Abteilung Sicherheitsfragen gab die damalige Leiterin des SED-PDS-Archives, Christine Enderlein, am 31.01.1990 zur Vernichtung frei.[284]

Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Tätigkeit des Bürgerkomitees ausschließlich auf das ehemalige MfS beschränkt worden. Nur bei einem erkenntlichen Zusammenhang waren die Zivilstaatsanwälte bereit, Versiegelungen mitzuverantworten. Nach einem Protest bei der Staatsanwaltschaft teilte dieser der SED mit, „daß sie sofort alle Behältnisse entsiegeln und sich um diesen Vorgang nicht weiter kümmern [werden], da für sie kein Ermittlungsauftrag vorliegt."[285]

Vertreter der Bürgerkomitees verschiedener Bezirke stellten am 19.01.1990 in Berlin Unterlagen des Nationalen Verteidigungsrates sicher.[286] Der Generalstaatsanwalt wies die Versiegelung dieser Unterlagen in Wehrbezirks- bzw. Wehrkreiskommandos an.[287] Das Bürgerkomitee Leipzig kontrollierte diesen Schritt vor Ort und übernahm die noch nicht vernichteten Dokumente in die „Runde Ecke". Dies war nur möglich, da der Militärstaatsanwalt Oberst Walter Köcher ein entsprechendes Papier unterzeichnete[288] (vgl. Dokument 71).

Wenige Tage später erschien in der Leipziger Volkszeitung ein Aufruf, daß die Leipziger sich ca. 15 Tonnen Akten anschauen sollten, die die SED-PDS am 16.01.1990 zur Papiermühle fahren lassen wollte.[289] Zwei Herren, die selbst

282 Vgl.: Gemeinsame Forderung an Nationalen Verteidigungsrat. Bürgerkomitee im Bebel-Liebknecht-Haus/Vor Ort nichts gefunden, in: Leipziger Volkszeitung vom 10.01.1990, S. 2. Die Veröffentlichung ist als Protokoll gestaltet, das allerdings von der PDS selbst verfaßt wurde, vgl. auch: Information des SED-PDS-Bezirksvorstandes Leipzig an den Parteivorstand, Leipzig 10.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.046, unp.

283 Bekanntermaßen waren die Leiter der Abteilungen Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitungen OibE des MfS und hatten engsten Kontakt zur Staatssicherheit. Die ersten Sekretäre hatten ebenfalls einen engen Kontakt und waren der BVfS quasi weisungsbefugt. Die Abteilung Sicherheit war für die parteimäßige Anleitung der BVfS zuständig.

284 Vgl.: Kassationsantrag der ehemaligen Abteilung für Sicherheitsfragen vom 31.01.1990, SStAL SED A5851(1134). Schriftlich von der damaligen Archivleiterin Christine Enderlein genehmigt, vgl. auch die Ausführungen im Kapitel 1.5. Zur Quellenlage.

285 Schreiben des Vorsitzenden des SED-PDS-Bezirksvorstand Leipzig, Roland Wötzel, an den Parteivorsitzenden Gregor Gysi, Leipzig 08.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.019, unp.

286 Vgl.: Protokoll über die Versiegelung von Panzerschränken im Ministerium für Nationale Verteidigung durch Vertreter der Bezirksbürgerkomitees, Berlin 19.01.1990, Kopie in: MDAB Bestand Auflösung, o. Sign., unp.; Bericht an den ZRT über die Versiegelung von Panzerschränken im MfNV durch die Bürgerkomitees, Berlin 20.01.1990, in: ebenda.

287 Vgl.: Schreiben des Generalstaatsanwaltes der DDR an den Minister für Nationale Verteidigung, Berlin 18.01.1990, Kopie in: MDAB Bestand Auflösung, o. Sign., unp.

288 Vgl.: Auftrag zur Sicherung der Akten der BEL und KEL, Leipzig 25.01.1990, Kopie beim Autor.

289 In dem Artikel hieß es: „Seit März 1989 sind im Bezirksvorstand der SED-PDS keinerlei Akten aus dem Haus gegangen oder vernichtet worden. Das Archiv versinkt im Papier, der Brandschutz ist nicht mehr gewährleistet, alte Akten und Arbeitsmaterialien müssen deshalb aus dem Haus. Aber es soll nicht heimlich verschwinden, sondern nach ehrlicher Sichtung in die Papiermühle gehen. Deshalb: Der Bezirksvorstand der SED-PDS lädt Vertreter des Bürgerkomitees, der Polizei, der Staats-

nicht Mitglied des Bürgerkomitees waren, besichtigten in dessen Auftrag die Säcke und berichteten am Sonntagabend darüber. Infolge des Berichtes beschloß das Bürgerkomitee, die Aktion zu stoppen und veranlaßte, daß sich morgens ab 5.00 Uhr jeweils ein Streifenwagen der Volkspolizei vor den Ausgängen des Gebäudes des SED-PDS-Bezirksvorstandes postierte, um einen Abtransport der Akten zu verhindern. Bei der folgenden stichprobenartigen Durchsicht fanden sich u. a. Unterlagen zu bundesdeutschen DKP- und SPD-Mitgliedern. Daraufhin wurde die gesamte Vernichtung untersagt, die Räume versiegelt und eine Sichtung aller Säcke vereinbart.[290] (vgl. Dokument 60) Zum nächsten Termin am 27.01.1990 verweigerte die SED-PDS dem Bürgerkomitee die Einsicht, da angeblich Geheime und Vertrauliche Verschlußsachen enthalten wären, die wie staatliche geheimzuhalten wären. Staatsanwaltschaft und Polizei erklärten sich dafür nicht zuständig. Erst nach entsprechenden Presseveröffentlichungen[291] – so kritisierten die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten: „Erst sollte jeder kommen, dann folgte die Verlade“ – durften Vertreter des Bürgerkomitees die Akten sichten. (vgl. Dokument 74) Diese Arbeit erfolgte zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben bei der Auflösung und dauerte bis Ende April.[292] Im Ergebnis wurden am 20.04.1990 ca. 1 lfm. Akten protokollarisch in „die Sicherheitspartnerschaft Militärstaatsanwalt-Bürger komitee übernommen“[293] und sind daher noch heute vorhanden. Vermutlich ließen sich mit den 15 Tonnen angeblichen Altpapiers einige der heutigen Lücken im SED-Archiv schließen.[294]

Grundlage für diese Aktion war ebenfalls der Antrag an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig, der die Untersuchung der Arbeitsweise des MfS und seiner Verflechtungen als Aufgabe für die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees bestätigt hatte (vgl. Dokument 61).

anwaltschaft, den Militärstaatsanwalt, interessierte Medien und Parteien zur Sichtung ein.“ Was wird nun aus den Akten?, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.01.1990, S. 2.

290 Vgl.: Protokoll über die Stornierung der Vernichtung von SED-Schriftgut und Versiegelung des Papierkellers durch das Bürgerkomitee mit Übereinstimmung des Bezirksparteiarchivs, Leipzig 16.01.1990, Kopie beim Autor.

291 Vgl.: Presseerklärung des Bürgerkomitees, an ADN und alle Leipziger Zeitungen gegangen, Kopie beim Autor; vgl. auch: Uwe Freitag: SED-PDS-Bezirksvorstand Leipzig versprach Offenheit: Erst sollte jeder kommen, dann folgte die Verlade, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 31.01.1990, S. 1.
In den Unterlagen des Bezirksparteiarchivs findet sich der Artikel aus den MNN ergänzt um eine handschriftliche Bemerkung: „Tatsache jedoch ist, daß bereits 5.00 Uhr morgens die Hofausfahrt durch VP-Streifenwagen besetzt war, das Bürgerkomitee bereits zu dieser Zeit veranlaßt hatte, daß kein Beladen des LKW vorgenommen werden konnte. Die Herren des Bürgerkomitees, Ulbricht und Hollitzer, verlangten Einsicht in die Säcke, die ihnen gewährt wurde. Erst dabei kam eine Kartei von DKP-Mitgliedern zum Vorschein, was sie veranlaßte, den Keller zu versiegeln. Ein Staatsanwalt war nicht zugegen.“, in: SStAL SED o. Sign. (Archivorganisation in der Wende), unp.

292 Die originalen Anwesenheitslisten liegen in: SStAL SED, o. Sign. (Archivorganisation in der Wende), unp.

293 „Auf der Grundlage des Beschlusses des Runden Tisches Leipzig vom 17.01.1990 wurden im Bebel-Liebknecht-Haus Unterlagen der ehemaligen SED-Bezirksleitung gesichert. Entsprechend den geltenden Beschlüssen und Vereinbarungen zwischen dem Bürgerkomitee und dem Militärstaatsanwalt sowie der BDVP werden diese Unterlagen in die Sicherheitspartnerschaft Bürgerkomitee-Militärstaatsanwalt übernommen.“, Vereinbarung vom 10.04.1990, Kopie beim Autor.

294 Vgl.: 1.5. Zur Quellenlage.

Nachdem das Bürgerkomitee Magdeburg in den Abteilungen Inneres fündig geworden war, beschloß auch das Leipziger Bürgerkomitee am 05.02.1990, in den Abteilungen Inneres der örtlichen Räte und in den für die Mobilmachung zuständigen Abteilungen I Akten zu sichern[295] (vgl. Dokument 77). Es wurden Arbeitsanweisungen und insbesondere Akten des Referates Kirchenfragen sichergestellt. Der Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes Leipzig, Dr. Hartmut Reitmann, teilte mit, daß an den Beratungen der Arbeitsgruppe für Ausreiseanträge und Kirchenfragen (kleines Kollektiv) regelmäßig Stasi-Mitarbeiter teilgenommen hatten.[296] Im Anschluß an das Gespräch versiegelten die Bürgerkomiteemitglieder die Panzer- und Aktenschränke (vgl. Dokument 79). Dr. Reitmann bat um eine schnelle Durchsicht der Unterlagen, da er zu diesem Zeitpunkt schon für die Verwaltungsreform in Vorbereitung der Bildung des Landes Sachsen zuständig war.[297] Die Kontrolle erfolgte in den kommenden Wochen. Da es zu Siegelbrüchen kam, übernahm das Bürgerkomitee einen Teil der Unterlagen in die „Runde Ecke".

Gleichzeitig wurde die sogenannte Abteilung I beim Rat des Bezirkes aufgesucht und ein längeres Gespräch mit dem Leiter, Oberst Uhde, über Aufgaben und Struktur dieser Abteilung geführt.[298] Auch Oberst Uhde gab Kontakte zum MfS zu, aber nur im Rahmen der Mobilmachungsplanung.

2.7.4. Die Absicherung der weiteren Arbeit des Bürgerkomitees

Das Bürgerkomitee behandelte auf seiner Beratung am Donnerstag, dem 11.01.1990, den Entwurf für eine Geschäftsordnung des Bürgerkomitees Leipzig. Dieses Papier sah vor, daß das Bürgerkomitee für die Auflösung der Staatssicherheit zu einem „Ausschuß Stasi" des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig degradiert werden sollte. Nach intensiver Debatte entschied man mehrheitlich, daß für die zu lösenden Aufgaben ein unabhängiges, entscheidungsbefugtes Gremium nötig sei. Einer Unterstellung wurde daher nicht zugestimmt, aber man verabredete eine intensivere Zusammenarbeit.[299] Das Bürgerkomitee hatte auch in der zurückliegenden Zeit alle Versuche der Vereinnahmung abgewehrt. Mit Entscheidungen von größerer Tragweite wandte es sich immer an den Runden Tisch. Das Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung

295 Vgl.: Beschluß des Bürgerkomitees zur Kontrolle der Abteilung Inneres und der Abteilung I, Leipzig 05.02.1990, Kopie beim Autor.

296 Vgl.: Kurzer Abriß über die bisherige Arbeit des Bürgerkomitees, vorgetragen auf dem Bürgerforum am 09.02.1990, Bl. 1-6, hier Bl. 5, Kopie beim Autor; sowie: Kurzprotokoll der Kontrolle der Arbeitszimmer des Bereiches Inneres und Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes am 06.02.1990, Bl. 1-5, Kopie beim Autor.

297 Vgl.: Michael Richter: Räte, 'Volksvertretungen', Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende" 1989/90 in Sachsen, Weimar u. a. 1995, S. 157-188.

298 Protokoll des Bürgerkomitees Leipzig über ein Gespräch mit dem Leiter der Abt. I beim RdB Leipzig, Leipzig 06.02.1990, Kopie beim Autor; außerdem verfügt der Autor über einen Tonbandmitschnitt dieses Gespräches, der als Typoskript vorliegt.

299 Protokoll der Beratung des Bürgerkomitees Leipzig vom 11.01.1990, Bl. 1-4, Kopie beim Autor.

fungierte rein formal als Ausschuß des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig, praktisch wahrte es völlige Unabhängigkeit.

Die Tätigkeit des Bürgerkomitees erfolgte bislang ehrenamtlich und arbeitsrechtlich nicht abgesichert. Die Anfang Dezember erkämpften Freistellungen „für gesellschaftlich nützliche Arbeit“[300] galten nur für wenige Personen. Die Betriebe erkannten sie zunehmend nicht mehr an. So war es sehr wichtig, daß Anfang Januar eine grundsätzliche Freistellung von Bürgerkomiteemitgliedern für diese Arbeit erreicht werden konnte. Da das Statut des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig am RTL und am RTSL bestätigt worden war, wurde dem Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit rückwirkend der Status eines Arbeitsausschusses des Runden Tisches zuerkannt. Die Erstattung der Lohnkosten konnten die Betriebe gemäß des Ministerratsbeschlusses „Zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches“[301] beim Rat des Bezirkes beantragen. Es wurde eine Vereinbarung zwischen dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Joachim Draber, dem Regierungsbeauftragten für den Bezirk Leipzig, Peter Rosentreter, und dem Sonderbeauftragten des Chefs der BdVP, Oberstleutnant Bernd Pawlowski, getroffen, die einer der gewählten Sprecher des Bürgerkomitees bestätigte[302] (vgl. Dokument 46). Am 17.01.1990 wurde ergänzt, daß maximal 15 Personen gleichzeitig freigestellt werden durften.[303]

Bis zur Volkskammerwahl stand die Arbeit des Bürgerkomitees nun auf relativ sicheren Füßen. Dem Rat des Bezirkes konnte mit dieser Regelung schon Anfang Januar eine Zusage abgerungen werden, die für den Runden Tisch und seine Mitglieder erst am 09.02.1990 beschlossen wurde.[304]

2.7.5. Die weitere Arbeit der Aktensichtungskommission

Auf der Montagsberatung des Bürgerkomitees Leipzig am 08.01.1990, an der auch Vertreter aus den Kreisen teilnahmen, diskutierte man u. a. über die Arbeit der seit dem 18.12.1989 arbeitenden Aktensichtungskommission. Das Gremium kritisierte, daß, obwohl Vertreter der verschiedenen staatlichen Organe ausgewogen in der Kommission tätig waren, es sich bei näherer Betrachtung jedoch größtenteils um SED-Mitglieder handelte. Somit hatte sich die alte Staatspartei die Mehrheit in dieser Kommission erschlichen.[305] Des-

300 Vgl. Kapitel 2.4.1. Leipziger Bürger kommen wieder – der Tag nach der Besetzung.

301 Beschluß des Ministerrats 7/1.b/89 vom 21.12.1989 zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-2. Sitzung), unp.

302 Vereinbarungsformular ohne Unterschriften, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

303 Vereinbarung vom 17.01.1990 zwischen dem Sprecher der Bürgerkomitees, Christian Scheibler, und dem Beauftragten der Regierung der DDR, Bezirk Leipzig, Peter Rosentreter, Leipzig 17.01.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp. Die original unterschriebene Vereinbarung wurde ebenfalls am 17.01.1990 von Joachim Draber abgezeichnet.

304 Beschluß des Rates des Bezirkes 18/90 vom 09.02.1990 zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches durch den Rat des Bezirkes Leipzig, Leipzig 09.02.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

305 Zu dieser Taktik vgl.: Ausführungen des 1. Sekretärs der SED-PDS-Bezirksleitung Leipzig, in: Protokoll der 23. Sitzung der SED-PDS-Bezirksleitung (Bezirksvorstandssitzung) am 04.01.1990,

halb und aufgrund weiterer Unregelmäßigkeiten beschloß das Bürgerkomitee die Auflösung der Aktensichtungskommission und eine Neubildung unter breiter Beteiligung der neuen Parteien und Vereinigungen[306] (vgl. Dokument 57).

Noch am gleichen Tag intervenierte der Leiter des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, Prof. Dr. Manfred Unger, mit einem Schreiben „Zur Weiterarbeit“[307] (vgl. Dokument 56). Eigenwilligerweise kümmerte sich der SED-Genosse Prof. Unger um keinen anderen Aktenbestand so intensiv wie um die Hinterlassenschaften der Staatssicherheit.[308] In jenen Wochen vernichteten SED, FDJ, FDGB, Volkspolizei oder die Staatsanwaltschaft, unbehelligt von den zuständigen Archivaren, Tausende von Akten. Dem einzigen durch die Sicherheitspartnerschaft von Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt und Volkspolizei wirklich vor der Vernichtung sicheren Aktenbestand galt in dieser Zeit die volle Aufmerksamkeit des Staatsarchives Leipzig. Das Verhalten von Unger ist auch aus archivarischer Sicht nicht zu verstehen, denn ihm lagen zu diesem Zeitpunkt bereits Vorschläge und Weisungen der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam vor, die eine Vernichtung des größten Teils der Stasi-Akten vorsah.[309] Tatsächlich sicher waren die Akten nur, solange das Bürgerkomitee sie unter seiner Obhut hatte.

Leipzig 09.01.1990, Bl. 1-91, hier Bl. 78, in: LPA PDS SN VI/L/2.1.002, unp. Der gleichen Taktik folgend hatte auch Ministerpräsident Hans Modrow anläßlich der Amtseinführung des Leiters des AfNS Wolfgang Schwanitz gefordert, daß „die Genossen in den staatlichen Organen für die Partei in neuer Weise Verantwortung übernehmen müssen und der Partei in neuer Weise eine Chance zu bieten haben.“ vgl.: Tonbandabschrift der Dienstbesprechung anläßlich der Einführung des Genossen Generalleutnant Schwanitz als Leiter des AfNS durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Hans Modrow, Berlin 21.11.1998, Bl. 1-27, hier Bl. 18, in: BStU, ZA, ZAIG 4886, pag. 21.

306 Vgl.: Beschluß des Bürgerkomitees Leipzig vom 09.01.1989, Kopie beim Autor; weitere Kopie in: SStAL VA 684, unp.

307 Zur Weiterarbeit, Manfred Unger, Leipzig, Kopie beim Autor; Durchschlag in: SStAL VA 684, unp.

308 Bereits Anfang Januar 1990 ging Prof. Unger davon aus, daß die MfS-Akten in das Staatsarchiv übernommen würden.
Vgl. z. B.: Schreiben von Prof. Unger an die Direktion Kulturbauten/Denkmale bezüglich weiterer Räume für das Staatsarchiv im Dimitroffmuseum vom 02.01.1990, in dem es hieß: „1. Durch die Auflösung der ehem. MfS-Bezirksverwaltung sowie der Kreisdienststellen kommen Bestandsübernahmen in einem Ausmaß auf uns zu, das sich erst seit dem 18.12.1989 übersehen läßt. [...] 4. Nach dem heutigen Besuch des Regierungsvertreters im Staatsarchiv wird sich in Kürze unser Stellenplan erhöhen, möglicherweise nahezu verdoppeln.“, in: SStAL VA 684, unp. Der Stellenplan des Staatsarchives wurde in der Folge von 14 Mitarbeitern auf 28 verdoppelt.
Bereits am 10.01.1990 wurde dem Staatsarchiv das Gebäude der ehemaligen Abt. VII der BVfS für die MfS-Akten übergeben, vgl.: Protokoll der Übernahme des Grundstückes 7010 Leipzig, K.-Kollwitz-Str. 82 vom 11.01.1990, in dem es hieß: „Zur Archivierung der Akten des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Leipzig durch das Staatsarchiv Leipzig wird mit Wirkung vom 10.01.1990 das o.gen. Grundstück (Haus und inventarisierte Ausstattung) in die Rechtsträgerschaft des Ministeriums für innere Angelegenheiten überführt.“, in: SStAL VA 684, unp.

309 Vgl.: Vorschlag zum weiteren Umgang mit Archivgut und dienstlichem Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS, Berlin 08.01.1990, Bl. 1-5, in: SStAL VA 684, unp. Dieses Papier sah die „Übergabe desjenigen Schriftgutes, das für die Lösung der künftigen Aufgaben des Nachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes der DDR benötigt wird an die dann zuständigen Struktureinheiten“ vor. Weiterhin sollte alles „Schriftgut über sogenannte Inoffizielle Mitarbeiter des MfS/AfNS“ vernich-

Mißtrauen gegen das Staatsarchiv, das in der Vergangenheit großen Anteil an der selektiven Darstellung der Geschichte hatte, hegte nicht nur das Bürgerkomitee. So erhielt es einen anonymen Brief die „Sicherung der STASI-Akten durch das Staatsarchiv Leipzig“[310] betreffend.

„Bitte beachten Sie, daß der Direktor dieser Einrichtung, Herr Prof. Unger, bis jetzt Genosse war, einer der willfährigsten Handlanger der SED, vor allem wenn es um Schikanen gegen Mitarbeiter ging auch ein politischer Denunziant. Es kann wohl kaum möglich sein, daß er das Vertrauen der Opposition rechtfertigt, also muß für die STASI-Akten ein parteiloser, bisher unbescholtener Bürger gefunden werden.“[311]

Dieses Mißtrauen steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß Manfred Unger als IM zeitweilig für die Staatssicherheit in Leipzig tätig war.[312] Dieses Wissen hat auch verhindert, daß das Staatsarchiv Leipzig aufgrund von „Fachkompetenz“ die Hoheit über die Akten der Staatssicherheit erlangen konnte. In den Ministerratsbeschlüssen war eine Abgabe der Akten an das Staatsarchiv vorgesehen, der sich das Bürgerkomitee immer wieder mit Erfolg widersetzte.[313]

Die Grobsichtung der Akten wurde im Februar fortgesetzt unter fachlicher Anleitung des Staatsarchivs, aber unter der politischen Verantwortung des Bürgerkomitees. Zuvor waren mehrere Aufrufe an die Runden Tische und über die Medien an die Bevölkerung zur Mitarbeit gegeben worden. Die bei dieser Sichtung gewonnenen Erkenntnisse konnte das Bürgerkomitee für die weitere Aufdeckung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS/AfNS nutzen.[314]

tet werden. Für diese Vernichtungsaktionen sollte die Zustimmung der „Kommissionen zur öffentlichen Kontrolle“ erreicht werden.
Vgl. weiter: Vorschläge zur Bewertung des dienstlichen Schriftgutes des ehemaligen MfS/AfNS der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium für Innere Angelegenheiten, Berlin 08.03.1990, in: SStAL VA 684, unp. Hierin wurde u. a. angewiesen: „Offizielle Mitarbeiter: Aus Sicherheitsgründen sollte die sonst übliche Aufbewahrung für 15 Jahre nicht stattfinden. Den ehemaligen Mitarbeitern sind ihre Bezüge zur Rentenberechnung im SVK-Ausweis eingetragen worden. Archivwürdig sind Akten von Leitungskadern (bis [Bezirks]Verwaltungsebene). Zuzüglich sollte eine Stichprobe im Umfang von ca. 250 Akten gebildet werden. Inoffizielle Mitarbeiter: Die Akten sind zu vernichten. Im Zwischenarchiv Berlin ist eine Bestandsspur von 10 Akten zu archivieren. [...] Personendossiers: Bei den im Ergebnis der operativen Personalkontrolle angelegten Personendossiers handelt es sich aus archivwissenschaftlicher Sicht um gleichförmige Massenakten. [...] Im Rahmen der bewußten Auswahl werden historisch interessante Akten, in unserem Fall: bedeutende Persönlichkeiten (Künstler, Wissenschaftler, Politiker) ermittelt. Die Zufallsauswahl [...] zielt auf eine Stichprobe ab, von der auf das Ganze geschlossen werden kann (vorgeschlagene Größenordnung 500 Akten). Aus archivwissenschaftlicher Sicht sollte eine bewußte Auswahl an Akten der Bezirks- und zentralen Ebene, evt. in einem ausgewählten Bezirk erfolgen. Die übrigen Akten sind zu vernichten.“

310 Anonymer Brief an das Bürgerkomitee Leipzig, ohne Datum, Kopie beim Autor, Hervorhebung im Original.

311 Ebenda.

312 Vgl.: Innenminister Eggert bestätigt: Direktor des Staats-Archives doch IM, in: Bild-Leipzig vom 27.05.1993. Hierin wird Rita Sélitrenny zitiert: „Bei meiner Tätigkeit im Bürgerkomitee habe ich vor März '90 selbst eine IM-Erklärung Ungers gesehen.“

313 Zu dem gesamten Vorgang der geplanten Aktenübernahme durch das Staatsarchiv vgl.: SStAL VA 684.

314 Auf der Grundlage hier gefundener Dokumente ist auch zusammengestellt worden: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990.

2.8. Die Regierung muß die endgültige Auflösung der Staatssicherheit und ihrer Nachfolgeeinrichtungen beschließen

Am Freitag, dem 12.01.1990, mußte Hans Modrow nach massiven Druck aus der Bevölkerung[315] vor der Volkskammer erklären, daß er keinen neuen Geheimdienst vor der Wahl aufbauen und alle diesbezüglichen Beschlüsse aufheben werde.[316] Nun ging es dem Bürgerkomitee einerseits um den Erhalt der Akten, andererseits um den öffentlichen Nachweis der restlosen Auflösung des Apparates und seiner konspirativen Strukturen. Daneben sah es sich zunehmend mit Problemen wie der Aktenbereitstellung für Rehabilitierungsverfahren konfrontiert.

2.8.1. Die Ausweitung der in den Bezirken und Kreisen begonnenen Auflösung auf die Zentrale der Staatssicherheit in Berlin

Das für den 12.01.1990 in Leipzig geplante zweite Treffen von Vertretern der DDR-Bürgerkomitees, wurde kurzfristig nach Berlin verlegt. Die Bürgerkomitees erkannten auf dieser Sitzung, daß das aufzulösende Ministerium für Staatssicherheit in der Normannenstraße unter der Leitung von Generalmajor Heinz Engelhardt noch ungehindert tätig war. Man sah darin eine große Bedrohung für die Arbeit in den Bezirken und beschloß, sich am Sonntagnachmittag wieder in Berlin zu treffen, um dieses Problem endgültig zu klären.

So trat das Gremium am 14.01.1990 gegen 15.00 Uhr in Berlin-Friedrichsfelde erneut zusammen und tagte in einem MfS-Hotel bis in die Nacht. Im Protokoll wurde festgehalten:

„Das Anliegen der Bürgerkomitees der Bezirke ist, per 15. Januar 1990 die in den Bezirken bewährte Methode zur Auflösung des MfS Normannenstraße miteinzubringen und damit die Sicherstellung des Zentralen Amtes zu beginnen, sowie bisher nicht vorhandene Kontrolle auf das zentrale Amt zu übertragen, unabhängig [von] der vom NEUEN FORUM für 17.00 Uhr aufgerufenen Demonstration vorm Objekt Normannenstraße.“[317]

315 Landesweit war der Protest gegen das Weiterbestehen der Staatssicherheit als Verfassungsschutz ebenso Thema der Demonstrationen wie die hohen Überbrückungsgelder die den ausscheidenden MfS-Mitarbeitern gezahlt wurden. In den ersten Januartagen war es vermehrt zu Streiks gekommen und es wurde mit einem Generalstreik gedroht.

316 Wörtlich sagte er: „Darin bindet sich nun erneut auch die Diskussion ein, die draußen im Lande steht und die der Runde Tisch gestellt hat. Ich gehe davon aus, daß die Regierung morgen die Tagung der Volkskammer in aller Gründlichkeit auswerten wird. Darin wird einbezogen sein, daß wir die Entscheidung, die für den Verfassungsschutz getroffen sind, aufheben werden. [...] daß bis zum 6. Mai kein Amt für Verfassungsschutz gebildet wird. (Beifall) Das glaube ich, ist der Schritt, den wir nun zu vollziehen haben, in voller Verantwortung, die wir gemeinsam zu tragen haben.“ Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, 14. Tagung am 12.01.1990, Stenografische Niederschrift, S. 406-408.

317 Protokoll des Koordinierungstreffens am 14.01.1990 in Berlin, Kopie beim Autor; vgl. auch: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 184-185.

In dieser Nacht verabschiedeten die Bürgerkomitees der Bezirke ohne Gegenstimmen einen Bericht, den Konrad Taut (BK Leipzig) 9.00 Uhr am Zentralen Runden Tisch bekanntgeben sollte. Gegen 12.00 Uhr erhielt er dort das Wort und erläuterte die Erklärung der Bürgerkomitees, die den Anwesenden bereits schriftlich vorlag. Vor allem forderten die Bürgerkomitees der Bezirke „den sofortigen Beginn der Auflösung des MfS, AfNS (Zentrales Amt, Normannenstr. 22, Berlin) und aller damit zusammenhängenden Strukturen“[318] (vgl. Dokument 59).

Als Vertreter des Amtes für Nationale Sicherheit nahm Oberst Gerd Bäcker[319] an dieser Sitzung teil. Er widersprach den Vorwürfen der mangelhaften Auflösung der Zentrale. Während Konrad Taut vor dem Zentralen Runden Tisch sprach, hatten andere BK-Vertreter versucht, in die Zentrale zu gelangen.[320] Am frühen Nachmittag waren die Verhandlungen soweit gediehen, daß eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Volkspolizei und den Vertretern der Bezirks-Bürgerkomitees zustande gekommen war. Auch die letzte Bastion der Staatssicherheit – das ehemalige Ministerium – war durch beherzte Bürger aus der ganzen DDR gewaltlos eingenommen worden.[321] Warum die Berliner diesen Schritt nicht aus eigener Kraft unternahmen, ist bisher ungeklärt.

Im folgenden kam es zu dem bekannten Sturm des Ministeriums, der hier nicht weiter beleuchtet werden soll.[322] Es gab zwar Sachschaden, aber keinesfalls in dem Ausmaß, wie es die DDR-Medien propagandistisch verbreiteten.[323]

318 Zitiert nach einem Exemplar mit handschriftlichen Notizen von Konrad Taut, aus dessen Privatbesitz, Kopie beim Autor. In den Unterlagen zur 7. Sitzung des Zentralen Runden Tisches müßte dieses Schriftstück ebenfalls vorhanden sein (vermutlich als Vorlage Nr. 5). Diese Erklärung wurde im Auftrag der Bürgerkomitees der Bezirke der DDR von Michael Kleinert (Leipzig), Martin Montag (Suhl) und Gerhard Rogge (Rostock) unterzeichnet. Eine weitere Kopie befindet sich im Archiv der Robert-Havemann-Stiftung in Berlin, o. Sign.

319 Oberst Gerd Bäcker war 1989 Stellv. Leiter des Bereiches 2 (Kontrolle, dienstliche Bestimmungen und Planung) der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) und gleichzeitig Leiter der Arbeitsgruppe 1 (Kontrolle) des MfS. Vgl. BStU (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, MfS-Handbuch, Berlin 1995. Am 04.12.1989 war er nach der Besetzung der dortigen Bezirksverwaltung nach Erfurt beordert worden. Im Sommer 1990 arbeitete er in der sogenannten Archivgruppe im Zentralarchiv mit (vgl. Anm. 698). Heute ist er Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Vgl.: Jürgen Fuchs: Magdalena, Köln 1998.

320 Vgl.: Filmaufnahmen der ARD von diesem Tag.

321 In einer ADN–Meldung hieß es, daß die Gebäude der Zentrale wenige Stunden vor der Demonstration „in einer Sicherheitspartnerschaft mit der Volkspolizei und der Militärstaatsanwaltschaft“ übernommen worden seien, um zu gewährleisten, daß dort nicht mehr gearbeitet wurde, zitiert nach: Ilse Spittmann/Gisela Helwig: Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1990, S. 54.

322 Die Darstellung der Ereignisse am 15.01.1990 basiert auf einem Gespräch des Autors mit Konrad Taut, einem Erlebnisprotokoll, welches Konrad Taut wenige Tage nach dem 15.01.1990 verfaßte und den Darlegungen von Konrad Taut auf einem Bürgerforum in Leipzig Ende Januar, von dem ein Tonbandmitschnitt beim Autor vorliegt. Vgl. auch: Vor dem großen Sturm eine geordnete Übergabe, in: Süddeutsche Zeitung vom 14.01.1995; Reinhard Schult: Der „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale, in: Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 14, S. 51-55; sowie: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 184-185; Andreas Förster: Neue Erkenntnisse zur Hinterbühne der Stasi-Auflösung 1990, in: Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 21, S. 28-37.
Der Verlauf des „Sturms“ wurde zwar von den anwesenden Vertretern der Bürgerkomitees aus den Bezirken mitbestimmt, aber die Demonstration selbst war unabhängig organisiert worden. Auch auf

Die Aktuelle Kamera berichtete am 16.11.1989 über die Pressekonferenz der Bezirks-Bürgerkomiteevertreter und des neuen Bürgerkomitees Normannenstraße. Gerhard Rogge vom Bürgerkomitee Rostock erklärte noch einmal die Motivation für die Aktion der Bürgerkomitees der Bezirke:

„Das hat in der ganzen DDR, jetzt also aus unserer Sicht, die wir uns jetzt speziell mit dem Problem der Auflösung beschäftigen, dazu geführt, daß der Eindruck sich zunehmend verstärkte, daß diese Zentrale eigentlich nur halbherzig aufgelöst werden soll.“[324]

In den folgenden Wochen und Monaten rangen die Bürgerkomitees der Bezirke immer stärker um Einfluß auf zentrale Entscheidungen. Sie trafen sich von da an wöchentlich in Berlin zu Beratungen über das weitere Vorgehen und um Erfahrungen auszutauschen.

2.8.2. Versuche der Staatssicherheit, sich der kontrollierten Auflösung zu entziehen

Dem Bürgerkomitee waren immer häufiger Hinweise über starke Personen- und Fahrzeugbewegungen im Bereich der Objekte der ehemaligen Staatssicherheit in Leipzig-Leutzsch zugegangen. Dieses etwas abseits gelegene, vom Auenwald umgebene Gelände hatte in den vorangegangenen Wochen immer wieder Anlaß für Auseinandersetzungen gegeben.

Da am Sonntag, den 21.01.1990, gegen 10.00 Uhr wieder telefonisch ein Bürgerhinweis zu starken Personenbewegungen in der Hans-Driesch-Straße eingegangen war, beschloß das Bürgerkomitee noch am gleichen Tag eine Kontrolle des Geländes. Neben ca. 12 Mitgliedern des Bürgerkomitees nahmen auch Vertreter der Presse und der Oberstleutnant der VP, Bernd Pawlowski, daran teil. Im Anschluß an diese Besichtigung, Oberstleutnant Pawlowski war bereits gefahren, entschieden sich die Mitglieder des Bürgerkomitees, auch das Objekt der ehemaligen Wach- und Sicherungseinheit „Heinz Grohnau“ in der Rathenaustraße zu kontrollieren. Der Besuch ergab, „daß dort noch ca. 80 MfS-Mitarbeiter tätig“[325] waren. Die Wache war ebenfalls nur von ehemaligen Mitarbeitern besetzt, und für die Einlaßkontrolle dienten die alten Ausweise der Staatssicherheit. Der wachhabende MfS-Offizier ließ die Vertreter des Bürgerkomitees das Objekt nicht betreten. Erst als Oberstleutnant Pawlowski wieder eintraf, gewährte die Wache Zutritt. Auf dem Gelände standen mehrere LKW mit Armee-Kennzeichen und zwei mit Kennzeichen der Deutschen Volkspolizei. Weiterhin wurde eine funktionstüchtige Heizungsanlage gefun-

die vielfältigen Gerüchte einer bewußten Lenkung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden.

323 So wurde an diesem Abend, einmalig für die gesamte Zeit der friedlichen Revolution, die Sendung des DDR-Fernsehens unterbrochen und über den Sturm der Normannenstraße berichtet.

324 Fernsehen der DDR I, Aktuelle Kamera vom 16.01.1990, 19.30 Uhr.

325 Protokoll der Versammlung des Bürgerkomitees Leipzig vom 22.01.1990, Leipzig 22.01.1990, Bl. 1-7, hier Bl. 4, Kopie beim Autor.

den, die MfS-Mitarbeiter betrieben. Das Bürgerkomitee stellte abschließend fest: „Bis gestern mittag verfügte das ehemalige MfS vollständig über das Objekt Hans-Driesch-Straße“. Noch am gleichen Tag verabschiedeten sie eine Presseerklärung.

Die Leipziger Tageszeitung „Die Union“ berichtete unter dem Titel „Mängel bei der Stasi-Auflösung festgestellt“ über diese Kontrolle und veröffentlichte die vom Bürgerkomitee getroffenen Festlegungen:

„Aufgrund dieser Tatsache wird nochmals daraufhin gewiesen, daß das ehemalige MfS/AfNS nur noch kontrolliert Auflösungsarbeiten durchführen darf.

Daraus ergeben sich für den Bezirk Leipzig:

Alle Versiegelungen des ehemaligen MfS, alle Dienstausweise (Klappkarten) und sonstigen Legitimationen der Mitarbeiter des ehemaligen MfS/AfNS, alle Fahrzeugaufträge und sonstigen Aufträge des ehemaligen MfS/AfNS und alle weiteren Dokumente des ehemaligen MfA/AfNS, die Berechtigungen nachweisen, sind ungültig!

Im Ergebnis der Kontrolle wurden die Anordnungen für das Betreten und Befahren dieser Objekte verschärft.“[326]

Das Bürgerkomitee diskutierte in der folgenden Montagsberatung diese Ereignisse ausführlich. Man beschloß, daß ständig zwei Personen im Objekt Leutzsch anwesend sein müssen, um dort die Auflösung zu kontrollieren. Außerdem legte man bei der Kontrolle zukünftig härtere Maßstäbe an. Auch das Vertrauen in die Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei hatte darunter gelitten, so daß das Bürgerkomitee fortan selbstbewußter auftrat.

2.8.3. Die Auflösung der konspirativen Objekte

Die Aufdeckung der konspirativen Wohnungen und Objekte nahm einen großen Teil der Zeit des Bürgerkomitees in Anspruch.[327] Da die Leipziger Bevölkerung die weitere Verteilung dieser Wohnungen und Gewerberäume mit gro-

326 Mängel bei der Stasi-Auflösung festgestellt, in: Die Union vom 22.01.1990, Hervorhebung im Original; vgl. auch: Die Nasi wollte wieder vertuschen, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 24.01.1990.

327 Über einige der spektakulären Begehungen berichtete die örtliche Presse, so u. a. über die Besichtigung eines konspirativen Stasi-Büros in der Leipziger Innenstadt, das erst aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung entdeckt wurde, vgl. u. a.: Kristin Polster: Die Stasi auf der Postkutsche. Als Bürgerkomitee kam - leere Panzerschränke, in: Leipziger Volkszeitung vom 10./11.02.1990, S. 3; Thomas Steinberg: Ominöses Institut als Stasi-Ableger enttarnt. Ulbrichts Foto an der Wand, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 10./11.02.1990, S. 2; Kristin Polster: LVZ aufs falsche Postkutschenpferd gesetzt?, in: Leipziger Volkszeitung vom 13.02.1990, S. 3; Heiße Drähte nach Beucha. Konspirative Stasi-Wohnung enttarnt - Zukünftig Büro oder Wohnung?, in: Die Union vom 14.02.1990, S. 6.

Vgl. ferner: Stasi-Richtfunkanlage im MAB Schkeuditz, in: Die Union vom 15.02.1990; Stasi zieht sich weiter zurück. Mehrzahl der konspirativen MfS-Objekte jetzt abgeklärt, in: Die Union vom 27.02.1990, S. 8; Ehemals Stasi-Schießplatz. Bürgerkomitee inspizierte den Bienitz - Erschreckende Ergebnisse, in: Die Union vom 27.02.1990.

ßem Interesse und teilweise auch Mißtrauen verfolgte[328], wurde darüber kontinuierlich in der Öffentlichkeit informiert.

Die Entlassung aller hauptamtlichen Mitarbeiter sollte Ende März abgeschlossen sein. Daran wurde nachweisbar gearbeitet. Das Bürgerkomitee widmete sich daher stärker den konspirativen Strukturen, deren Zerschlagung es als Voraussetzung der endgültigen Beendigung der Tätigkeit der Staatssicherheit ansah.

Gemeinsam mit Militärstaatsanwalt und Volkspolizei wurde die sogenannte Obligo-Kartei aus der Abteilung XII (Archiv) ausgelagert. In der Kartei waren alle konspirativen Objekte der ehemaligen BVfS erfaßt. Auf dieser Grundlage erstellte man nach den Kreisen des Bezirkes Leipzig geordnete Adreßlisten. Auf einer Sitzung am 05.02.1990[329] mit den Bürgerkomitees der Kreise wurde ein „Antrag zur Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS“[330] beschlossen. (vgl. Dokument 76) Am Ende des Treffens wurden die Listen übergeben und in den folgenden Tagen abgearbeitet. Da in der Stadt Leipzig wesentlich mehr Objekte als in den Kreisen verzeichnet waren, bildete das Bürgerkomitee eine sogenannte operative Gruppe, die allen Hinweisen nachging. Gemeinsam mit einem von der Staatsanwaltschaft entsprechend befugten Volkspolizisten suchten die Mitarbeiter die angegebenen Adressen auf und klärten, ob es sich um ein konspiratives Objekt oder eine konspirative Wohnung der Staatssicherheit handelte. War unter der Anschrift keine Person anzutreffen, wurde die Tür geöffnet, ein neues Schloß eingebaut und an der Tür ein Hinweiszettel angebracht.[331]

2.8.4. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig beschließt eine Sondersitzung

Da die Auflösung des MfS/AfNS nur schleppend voranging, beschloß das Bürgerkomitee, sich an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig zu wenden.[332] In einem Antrag an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig (RTL), den sowohl der Regierungsbeauftragte als auch der Sonderbeauftragte des Chefs der

328 Vgl.: Kapitel 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß; Thomas Müller: Nach „Stasi raus“ heißt es jetzt: Neue Mieter rein, in: Leipziger Volkszeitung vom 16.02.1990, S. 16.

329 Protokoll zur Besprechung über die Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS, Leipzig 05.02.1990, Kopie beim Autor.

330 Antrag des Bürgerkomitees zur Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS, Leipzig 02.02.1990, Kopie beim Autor.

331 Der Hinweiszettel enthielt folgenden Text: „Dieser Wohn-/Arbeitsraum wurde im Auftrag des Bürgerkomitees, Ausschuß zur Auflösung des Bezirksamtes für Nat. Sicherheit/ehemal. MfS, und des Beauftragten der BDVP Leipzig, auf der Grundlage der Anweisung des Bezirksstaatsanwaltes vom 17.01.90 betreten und in die Verantwortung der DVP übergeben. Das Türschloß wurde erneuert, und der Schlüssel ist bei der BDVP, Beauftragter OSL Pawlowski hinterlegt. Rückfragen: Tel.: ODH VP im ehemalig. MfS-Gebäude [...], Bürgerkomitee [...], Kopie beim Autor.

332 Die konspirativen Wohnungen beispielsweise waren nur zu einem geringen Teil bekannt, und die ehemaligen Mitarbeiter weigerten sich, ihr Wissen preiszugeben.

BDVP unterstützten[333], wurde gefordert, eine gesonderte Sitzung des Runden Tisches durchzuführen, auf der über den Stand der Auflösung öffentlich Rechenschaft abgelegt werden sollte (vgl. Dokument 61).

Der RTL legte fest, daß „die Sonderberatung [...] am Mittwoch, dem 24.1.90, 13.00 Uhr, im ehemaligen Gebäude des MfS/ANS“[334] stattfinden sollte. Daß er auch den Punkt 2 des obigen Antrags beschloß, war für die weitere Arbeit des Bürgerkomitees wesentlich relevanter. Mit dieser Entscheidung hatte das Bürgerkomitee über die Aktensicherung und die Kontrolle der Auflösung hinaus ein Mandat erhalten, sich auch mit der Aufdeckung der Arbeitsweise und Strukturen zu befassen. Diese Legitimation durch das einzige demokratisch zusammengesetzte Gremium im Bezirk war die wichtigste Grundlage der weiteren Tätigkeit vor allem immer dann, wenn es um Untersuchungen und Kontrollen außerhalb der Staatssicherheit ging, beispielsweise bei der SED-PDS oder den Abteilungen Inneres der örtlichen Räte.

Die Sonderberatung des Runden Tisches am 24.01.1990, an der auch viele Vertreter der örtlichen Presse teilnahmen,[335] moderierte Probst Hanisch. Das Bürgerkomitee gab einen Bericht über seine Entstehung und Arbeitsweise sowie die bis dahin erreichten Arbeitsergebnisse (vgl. Dokument 67). Zur aktuellen Zielstellung des Bürgerkomitees hieß es:

„Grundsätzlich sehen wir unsere Aufgabe in der Deeskalierung und Vermittlung zwischen der aufgebrachten Bevölkerung und den nicht mehr vertrauenswürdigen Staats- und Sicherheitsorganen. Wir stehen stellvertretend für die Leipziger. Von daher ist verständlich, daß wir dringend auf breite Öffentlichkeit angewiesen sind. [...]

Jetzige Zielsetzung ist, daß endlich die Regierung durch Anweisungen und Befehle die Initiative bei der Auflösung übernimmt. Ein erster Schritt dahin ist, daß die Abteilungsleiter des ehemaligen MfS eine eidesstattliche Erklärung über Bewaffnung, konspirative Objekte und Fahrzeuge abgeben mußten.“[336]

Christian Scheibler zitierte erstmals aus einigen Fernschreiben der Zentrale an das Leipziger Bezirksamt. Er skizzierte die Entwicklung der Staatssicherheit nach ihrer Umbenennung in Amt für Nationale Sicherheit bis zum 05.12.1989. Rückblickend stellte er fest:

333 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirke Leipzig am 18.01.90, Leipzig 22.01.1990, Anlage 1, in: SStAL BT u. RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp. Unterschrieben wurde dieser Antrag von drei Sprechern des Bürgerkomitees, Scheibler, Sélitrenny, Ulbricht, und dem Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter.

334 Ebenda, S. 1-6, hier S. 3.

335 Vgl.: Debakel über Objektliste und noch kein Ende in Sicht. Runder Tisch des Bezirkes informierte sich in „Runder Ecke“, in: Leipziger Volkszeitung vom 25.01.1990, S. 1 f.; Albrecht Günter: „Zahlen“ der „Runden Ecke“. Zwischenbericht zur Auflösung der „Runden Ecke“, in: Sächsisches Tageblatt vom 25.01.1990; In der Tat alles flächendeckend. Weitere Informationen zur Stasi-Auflösung, in: Die Union vom 30.01.1990.

336 Wörtliche Abschrift der Tonbandaufzeichnung von Teilen der Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig am 24.01.1990, Aufzeichnung und Abschrift beim Autor.

„Ich wollte damit nur andeuten, daß hier in Leipzig durch die Bürgerrechtsbewegung dieser Zustand der Gewaltfreiheit aus den demokratischen Gruppen heraus entwickelt wurde am 4.12. und daß dieser Entwicklung mit der Auflösung des Amtes Rechnung getragen wird. Wir haben damit von Erfurt her, wo das Eindringen ins Gebäude gewaltsam war, über unseren Versuch hier in Leipzig, das friedlich und im Sinne einer parlamentarischen Lösung herbeizuführen, einen Weg begangen, der verhindern sollte, daß Gefährdungen, wie sie in Berlin durch zögerliches Verhalten der Regierung entstanden sind, uns in höchste Gefährdung der Gesellschaft stürzen können.“[337]

Der ehemalige Stellvertreter für Aufklärung, Oberst Claus Brüning, war Leiter der für die Auslandsspionage zuständigen Abteilung XV und versuchte mit einer „anrührenden“ Rede, den Runden Tisch zur Vernichtung der Akten seiner Abteilung zu bewegen (vgl. Dokument 65). Diese schon am 22.01.1990 von ihm verfaßten „Gedanken zur Aufklärung“[338] übergab Oberst Brüning anschließend als unterschriebenes Manuskript an den Runden Tisch und das Bürgerkomitee. Auf Grundlage dieses Papieres fanden bis Ende Juni mehrere Beratungen und Gespräche statt, in denen das Bürgerkomitee überzeugt werden sollte, diese Akten ungesichtet vernichten zu lassen.

DDR-weit wurden die Akten der Hauptverwaltung Aufklärung weitestgehend vernichtet. In Leipzig ist dies nicht gelungen, so daß dieser Aktenbestand heute für Überprüfungen, persönliche Akteneinsicht und wissenschaftliche Forschung zur Verfügung steht. Die spätere Sichtung dieser Akten ergab, daß der überwiegende Teil der Inoffiziellen Mitarbeiter dieser Abteilung nicht im westlichen Ausland, sondern an der Leipziger Karl-Marx-Universität, wissenschaftlichen Instituten und anderswo innerhalb der DDR tätig war.

Die Teilnehmer der Sondersitzung des Runden Tisches befanden, daß diese Entscheidung zur Aktenvernichtung so weitreichend wäre, daß sie durch die neuzuwählende Volkskammer getroffen werden müßte.

Ein weiteres Problem bestand in den Anträgen der Staatsanwaltschaft auf Herausgabe von Gerichtsakten für strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren. Diese Aktenherausgabebegehren hatte der letzte Leiter der Abteilung I A, Staatsanwalt Kurzke, unterschrieben. Dieser Mann war dem Bürgerkomitee noch durch sein unkooperatives Auftreten in der Nacht vom 04. zum 05.12.1989 in schlechter Erinnerung. Außerdem waren inzwischen vielfältige Verflechtungen zwischen dieser Abteilung und der Staatssicherheit aufgedeckt worden, so daß das Bürgerkomitee es nicht verantworten wollte, die Beweismittel für eventuell anstehende Strafverfahren in die Hand derer zu geben, die sie einst angelegt

337 Ebenda.

338 Gedanken zur Aufklärung von Claus Brüning, 22.01.1990, eine Kopie des handschriftlich verfaßten Manuskriptes befindet sich beim Autor. In den Unterlagen des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig befinden sich keinerlei Unterlagen zu dieser Sondersitzung. Im Archiv des PDS-Landesvorstandes befindet sich ein Exemplar des Protokolls dieser Sitzung, vgl.: Protokoll über die Sonderberatung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 24.01.1990, Leipzig 25.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.030, unp.

hatten.[339] Ursprünglich sollten alle Gerichtsakten aus den gesicherten MfS-Beständen herausgelöst und in die Verwaltung der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Diesem Ansinnen hatte sich das Bürgerkomitee bereits mit dem Beschluß vom 18.01.1990[340] widersetzt. Nun sollte der Runde Tisch eine Entscheidung über das Verfahren zur zeitweiligen Herausgabe treffen. Mit dem Antrag „Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitationsverfahren“[341] kam dem Bürgerkomitee eine völlig neue Aufgabe zu (vgl. Dokument 64). In der Begründung brachte Christian Scheibler das deutlich zum Ausdruck:

„Es geht hier darum, daß sich der Runde Tisch dazu bekennt, daß über das bisher gewahrte Prinzip, alle Akten grundsätzlich zu sichern, hinaus jetzt ein Weg gefunden wird, um auch Akten mit persönlichen Inhalten in konkreten Einzelfällen zur Bearbeitung herauszugeben.“[342]

Nach Diskussionen über die Glaubwürdigkeit der bestehenden Gerichte und Staatsanwaltschaften als Organe des Rechtsstaates wurde diesem Verfahren zugestimmt, das u. a. vorsah, daß die Rehabilitierungsantragsteller vom Bürgerkomitee in Kenntnis gesetzt wurden, und der Aktenübergabe schriftlich zustimmen mußten (vgl. Dokument 69). Das Bürgerkomitee war von da an für die leihweise Herausgabe von Gerichtsakten zuständig. Da dieses Problem bis zu dem Zeitpunkt auch in den Medien kontrovers diskutiert worden war, verfaßte das Bürgerkomitee eine Presseerklärung, die das zukünftige Verfahren darstellte[343] (vgl. Dokument 68).

Neben vielen anderen Fragen, wie die der beantragten Übernahme von ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit in die Polizei, spielte die schleppende Auflösung und Bekanntgabe der konspirativen Wohnungen eine Rolle. Nach längerer konfliktreicher Diskussion übergab Peter Rosentreter eine Liste mit den Anschriften der Dienst- und Erholungsobjekte des MfS im Bezirk Leipzig. In dem Anschreiben vom 17.01.1990 hieß es: „Dieses vertrauliche Material wird Ihnen nur zu Ihrer persönlichen Nutzung übergeben.“[344] Daraufhin gab es

339 Bereits am 15.12.1989 hatte der Leipziger Bezirksstaatsanwalt, Karl Munkwitz, in einem Rundschreiben angewiesen, daß die Abteilung I A aufgelöst wird. Er bezog sich dabei auf die Anweisung 16/89 des Generalstaatsanwaltes. Dem vormaligen Leiter der Abt. I A, Heinz Kurzke, wurde mit diesem Schreiben die „Bearbeitung von Rehabilitierungsanträgen“ zugewiesen. Der Mitarbeiter dieser Abteilung, Staatsanwalt Arlt, wurde zur „Arbeitsgruppe 'Amtsmißbrauch'“ abgeordnet. Auch dieses Beispiel zeigt, mit welcher Instinktlosigkeit in dieser Zeit Entscheidungen getroffen wurden. Vgl.: Schreiben des Staatsanwaltes des Bezirkes Leipzig an alle Abteilungsleiter und Kreisstaatsanwälte, Az. 030-270-56, Leipzig 15.12.1989, in: Verwaltungsarchiv der Staatsanwaltschaft GAP 270, unp.

340 Vgl.: Beschluß des Bürgerkomitees vom 18.01.1990, Leipzig 20.01.1990, Kopie beim Autor.

341 Antrag an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig zur Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren, Leipzig 22.01.1990, Kopie beim Autor.

342 Wörtliche Abschrift der Tonbandaufzeichnung von Teilen der Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig am 24.01.1990, Aufzeichnung und Abschrift beim Autor.

343 Presseerklärung des Bürgerkomitees, vgl.: Bürgerkomitee sichert Akten, in: Leipziger Volkszeitung vom 07.03.1999; S. 3.

344 Wörtliche Abschrift der Tonbandaufzeichnung von Teilen der Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig am 24.01.1990, Aufzeichnung und Abschrift beim Autor.

erneut eine heftige Diskussion, in deren Verlauf Peter Rosentreter die Übergabe des an ihn persönlich gerichteten Papiers wie folgt begründete: „Die Entscheidungen, die zentral gefällt werden, wenn wir darauf warten, wären wir in Leipzig noch lange nicht so weit gewesen.“[345] In diesem Tenor wurden auch in den nächsten Wochen in Leipzig Entscheidungen getroffen und Vereinbarungen ausgehandelt, die zentralen Vorgaben zuwiderliefen.[346]

2.8.5. Weitere Arbeit des Bürgerkomitees

In den Monaten Januar bis April wurden weiterhin die Akten der einzelnen Abteilungen gebündelt, kategorisiert und eingelagert. Alle IM-Akten und Operativen Vorgänge sowie weiteres Material der Kategorie I kamen zur Einlagerung in die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS in der Beethovenstraße. Die Aktensichtungskommission bearbeitete die Akten der Kategorie II in der „Runden Ecke“. Diese Kommission führte ebenfalls wöchentliche Arbeitsberatungen durch, an denen nun auch Mitglieder des Bürgerkomitees teilnahmen.[347]

Am 24.01.1990 demonstrierten 15.00 Uhr über 1.000 Leipziger Volkspolizisten unter dem Motto „Auch wir sind das Volk! Für eine demokratische Polizei“ für „Sicherheitspartnerschaft mit allen demokratischen Kräften“[348]. Sie waren sich offensichtlich des ständig wachsenden Vertrauensverlustes bewußt geworden und rangen auf diese Weise um Akzeptanz in der Bevölkerung. Daß der Ruf des Herbstes ’89, „Wir sind das Volk“, auch gegen die Volkspolizei als Instrument der SED gerichtet war, hatten sie begriffen. Transparente wie: „Niemals wieder Polizei einer Partei, sondern Volkspolizei“ oder „Kein Mißbrauch der DVP – Mit dem Volk – nie dagegen“ beherrschten den Zug. Außerdem versuchten sie, sich vom schlechten Ruf der Staatssicherheit abzugrenzen mit Losungen wie „Kriminalpolizei ist keine Stasi“ oder „Ohne Staatssicherheit für Rechtssicherheit, gegen Gesinnungsschnüffelei“.[349]

Sicherheitspartnerschaft war inzwischen zu einem Begriff geworden, der einerseits die öffentliche Ordnung aufrechterhielt, andererseits aber auch Grundvoraussetzung für die Weiterexistenz von Polizei, Staatsanwaltschaft und anderen staatlichen Organen bildete. Nur gemeinsam mit Vertretern der neuen

345 Ebenda.

346 So schrieb ein Journalist über diese Sondersitzung: „Diese Beratung am Runden Tisch in der Runden Ecke machte den Eindruck, daß von Leipzig wiederum mehr Aktivitäten einer Offenlegung der gesamten Sicherheitstätigkeit versucht werden, als sie von Berlin zentral be- oder gar gefördert werden. Der Regierungsbeauftragte Peter Rosentreter – eigentlich aus ökonomischem Arbeitsbereich – machte zumindest einen unsicheren Eindruck bezüglich seiner Eigeninitiativen zwischen Leipzig und Berlin.“ In der Tat alles flächendeckend. Weitere Informationen zur Stasi-Auflösung, in: Die Union vom 30.01.1990.

347 Vgl.: Kapitel 2.7.5. Die weitere Arbeit der Aktensichtungskommission.

348 VP demonstriert, in: Leipziger Volkszeitung vom 23.01.1990.

349 Losungen zur Demonstration von Volkspolizisten am 24.01.1990 in Leipzig, PPLA 11449. Fotos von dieser Demonstration, in: PPLA 12388; vgl. auch: Reiner Tetzner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990, S. 89-90.

demokratischen Gruppen und der Kirchen konnten sie zumindest nach außen glaubhaft machen, daß sie die Veränderungen der Gesellschaft mittrugen.

Am 25.01.1989 fand im Frühprogramm des Senders Leipzig eine Gesprächsrunde zu Fragen der Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig statt. An dieser Sendung nahmen von 6.00 bis 8.00 Uhr sowohl Vertreter der Bürgerkomitees Leipzig, als auch der Regierungsbeauftragte Peter Rosentreter, Oberst Reinhard Eppisch und der Pressesprecher des aufzulösenden BAfNS Leipzig, Major Knorr, teil.[350] Sie berichteten über den Stand der Auflösung und beantworteten vielfältige Hörerfragen.

Bürgerkomitee und Militärstaatsanwalt hielten am 05.02.1990 mit den Abteilungs- und Kreisdienststellenleitern eine Besprechung ab. Sie legten einen Fragenkatalog vor, den jene schriftlich beantworten sollten[351] (vgl. Dokument 78). Darauf reagierten die meisten sehr ungehalten und beriefen sich auf ihre Schweigepflicht. Erst nach längerer Diskussion erklärten sie sich bereit, eine Liste der konspirativen Objekte der jeweiligen Diensteinheiten zu erstellen, damit diese aufgelöst werden könnten. Viele lehnten weitere schriftliche Erklärungen ab, da das Bürgerkomitee tendenziös berichten würde, und die ehemaligen Mitarbeiter seien „auch an der Grenze dessen, was noch zu ertragen ist".[352] So einigte man sich, daß die Leiter in den folgenden Tagen und Wochen dem Bürgerkomitee für Befragungen zur Verfügung ständen. Als Voraussetzung dafür forderten sie allerdings die Anwesenheit eines Militärstaatsanwaltes. So befragte das Bürgerkomitee nach und nach alle ehemaligen Leiter zu Aufgabengebiet, Struktur und Funktionsweise der vormals von diesen geleiteten Bereiche der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Die meisten Stasi-Offiziere brachten zu diesen Gesprächen doch schriftliche Aufzeichnungen mit und übergaben sie dem Bürgerkomitee. Die Gespräche wurde auf Tonband mitgeschnitten und protokolliert. Sie dienten vor allem der weiteren konsequenten Auflösung des Apparates, später aber auch der öffentlichen Aufarbeitung.[353]

Die Aufhebung der Schweigepflicht war eine wichtige Forderung, die das Bürgerkomitee von Anfang an deutlich erhob, da die Mitarbeiter immer wieder unter Berufung auf den Eid die Aussage zu den banalsten Fragen verweigerten.

350 Aufzeichnungen dieser Sendung sind im Archiv des MDR Leipzig nicht nachweisbar.

351 Vgl.: Erklärung vor dem Militärstaatsanwalt zu folgenden Sachfragen, [Leipzig 05.02.1990], Anlage zum Protokoll von der Besprechung mit den ehemaligen Abteilungsleitern der Bezirksbehörde und einigen KD, Leipzig 05.02.1990, Kopie beim Autor.

352 Vgl.: Protokoll von der Besprechung mit den ehemaligen Abteilungsleitern der Bezirksbehörde und einigen KD, Leipzig 05.02.1990, Kopie beim Autor.

353 Vgl.: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990; und die Dauerausstellung „Stasi – Macht und Banalität" im Museum in der Runden Ecke.

Seit Januar existierte auch eine Koordinierungsgruppe, die einen Interessenausgleich zwischen Bürgerkomitee, Regierungsvertreter und Rundem Tisch herstellen sollte. Die Leitung hatte Probst Günter Hanisch inne.[354]

Am Freitag, dem 09.02.1990, lud das Bürgerkomitee erneut zu einem Bürgerforum in die „Runde Ecke" ein und berichtete hier ausführlich über die bisher geleistete Arbeit.[355] Zur Abstimmung der eigenen Arbeitsorganisation traf sich das Bürgerkomitee jeden Montag 19.30 Uhr, später zusätzlich auch donnerstags. Der Verlauf der meist bis tief in die Nacht dauernden Sitzungen wurde protokolliert.

Am 12.02.1990 mußte eine Sonderberatung des Bürgerkomitees angesetzt werden, da der Leiter der Spionageabteilung XV, Oberst Claus Brüning, die Akten seiner Abteilung vernichten lassen wollte.[356] Er sprach von 48 Panzerschränken und machte den anwesenden Mitgliedern professionell Angst. In den buntesten Farben malte er die schrecklichen Folgen aus, wenn die „Kundschafter an der unsichtbaren Front"[357] enttarnt würden. Auf mehrfache Nachfrage beteuerte er, daß in diesen 48 Panzerschränken keinerlei Akten lägen, die eine Tätigkeit innerhalb der DDR belegen. Nach langer kontroverser Diskussion, bei der Brüning nicht anwesend war, beschloß das Bürgerkomitee, die Entscheidung zu vertagen.[358]

In den Altpapiersäcken, die auf den Fluren umherstanden, hatte das Bürgerkomitee eine „Information über Reaktionen auf [eine] Kampfgruppenübung"[359] vom 07.04.1989, die von der Spionageabteilung stammte, gefunden. Darin wurde über eine Übung berichtet, die davon ausging, daß „in der Stadt Delitzsch kirchliche Kreise die Bevölkerung aufwiegele und es schon zu Zerstörungen gekommen sei. Die KG-Hundertschaften müssen vorbereitet sein - zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit durch den Einsatz zum Räumen von Straßen und Plätzen"[360] (vgl. Dokument 1). Damit war bewiesen, daß auch die Spionageabteilung in die innere Repression eingebunden war. Mit großer Mehrheit entschied das Bürgerkomitee daraufhin zur nächsten Beratung am 15.02.1990, daß „derzeit dem Antrag von Herrn Brüning, Akten der Abteilung XV und II zu vernichten, nicht stattgegeben wird".[361]

354 Vgl.: Gespräch des Autors mit Günter Hanisch am 09.04.1995; zu den Inhalten vgl.: Protokolle der Beratungen der Koordinierungsgruppe, Kopie beim Autor. Weiterhin existieren die handschriftlichen Aufzeichnungen des Vertreters der Polizei in: PPLA 12634.

355 Vgl.: Kurzer Abriß über die bisherige Arbeit des Bürgerkomitees, vorgetragen auf dem Bürgerforum am 09.02.1990, Bl. 1-6, hier Bl. 5. Kopie beim Autor.

356 Vgl. Kapitel 2.8.4. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig beschließt eine Sondersitzung.

357 So hießen die IM im Ausland MfS-intern.

358 Vgl.: Protokoll der Sonderberatung des Bürgerkomitees am 12.02.1990, Leipzig 12.02.1990, Kopie beim Autor.

359 Information über Reaktionen auf Kampfgruppenübung von der Abteilung XV an die AKG der BVfS Leipzig vom 07.04.1989, Kopie beim Bürgerkomitee Leipzig e.V.

360 Ebenda.

361 Protokoll über die Beratung des Bürgerkomitees vom 15.02.1990, Leipzig 15.02.1990, Kopie beim Autor. Zusätzlich zu den 48 Panzerschränken der Abt. XV plante die Abteilung II (Spionageabwehr), einen Panzerschrank voll Akten zu vernichten.

Zunehmend erreichten das Bürgerkomitee Anfragen aus Betrieben und Ortschaften zur Aufdeckung der Inoffiziellen Mitarbeiter. Das Bürgerkomitee war zu diesem Zeitpunkt gegen eine Veröffentlichung und wandte sich mit einem entsprechenden offenen Brief an die Bevölkerung[362] (vgl. Dokument 82).

Gleichzeitig setzte es sich für eine Aufarbeitung der Strukturen und der Arbeitsweise des MfS ein. Um diesem Anliegen einen formalen Rahmen zu geben, schlossen sie mit dem Militärstaatsanwalt eine Vereinbarung, in der auf der Grundlage des Beschlusses des RTL vom 17.01.1990 eine Untersuchungsgruppe gebildet wurde (vgl. Dokument 83). Diese sollte die Dokumente, die die Aktensichtungskommission erschloß, auswerten und für entsprechende Veröffentlichungen vorbereiten.

Das Bürgerkomitee hatte damit sein Aufgabenspektrum erneut erweitert und seine Position gefestigt. Einerseits wurde die Aktensichtungskommission unter Leitung des Staatsarchives der Untersuchungskommission unterstellt, zumindest im Bereich der Auswertung der Materialien. Andererseits wurde hier erstmals die Auswertung der Akten als eigenes Anliegen des Bürgerkomitees formuliert und in der Folgezeit durchgesetzt. Möglich war dies nur aufgrund der Zustimmung des Militärstaatsanwaltes.

2.9. Versuche der Regierung Modrow, den Begriff Bürgerkomitee zu instrumentalisieren und deren Handlungsspielräume zu reglementieren

Die Regierung Modrow versuchte vor allem seit Anfang Januar 1990, die im Prozeß der friedlichen Revolution entstandenen Gruppen und Bezeichnungen für ihre restaurative Politik zu instrumentalisieren. Im folgenden sollen zwei Beispiele näher beleuchtet werden. Wenngleich mit allen Mitteln gearbeitet wurde, waren diese Unternehmen nicht von Erfolg gekrönt.

2.9.1. Umwandlung der Nationalen Front in eine „nationale Bürgerbewegung“

Auf der 3. Sitzung des RTL am 18.01.1990 brachte der Vertreter des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig, Herr Mährlein, einen Ministerratsbeschluß zur Sprache, der die Umbildung der Nationalen Front[363] in eine nationale Bürgerbewegung festlegte.[364] „Der Beschluß wurde verlesen, da er dem Runden Tisch nicht bekannt“[365] war (vgl. Dokument 48).

362 Offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig an alle Betriebe und Institutionen, Leipzig 20.02.1990, Kopie beim Autor; vgl.: In Betrieben sind Spitzel jetzt arbeitslos..., in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 27.02.1990, S. 8.

363 Zu Funktion und Arbeitsweise der Nationalen Front in der DDR vgl. u. a. den Beitrag von Siegfried Suckut in: Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 2, Paderborn u. a. 1997, S. 583-587.

364 Beschluß des Ministerrates 8/14/90 vom 04.01.1990 zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR; Protokoll

Der Runde Tisch protestierte einstimmig gegen diese erneute Provokation der Modrow-Regierung.[366] Das Protestschreiben forderte die Aufhebung des Beschlusses, da er die Arbeit des Runden Tisches gefährde und die sofortige Einstellung der Finanzierung der aufgelösten Nationalen Front. So mußte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Joachim Draber, am nächsten Tag den Protest fernschriftlich an Modrow übermitteln[367] (vgl. Dokument 63).

Der Runde Tisch der Stadt Leipzig hatte von dieser Beschlußlage ebenso keine Kenntnis. So war es wieder der Vertreter des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig, der auf der Sondersitzung am 23.01.1990, die wegen des vom OBM Bernd Seidel eingestandenen Wahlbetrugs einberufen worden war, die Teilnehmer über diesen Beschluß informierte und den Protest des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig bekannt gab.[368]

Das Bürgerkomitee Leipzig protestierte wenige Tage später am 23.01.1990 gegen diesen Etikettenschwindel in einer Pressemitteilung, die sowohl an den SED-kontrollierten ADN als auch an DPA gerichtet war[369] (vgl. Dokument 66).

Die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten veröffentlichten den Wortlaut unter der Überschrift „Neue Nationale Front: Etikettenschwindel".[370] Auch die Leipziger Volkszeitung berichtete auf 14 Zeilen darüber, daß das Bürgerkomitee gegen die „Unterstützung der Erneuerung der Nationalen Front protestiert", da es darin „eine Restauration alter Organisationsformen unter mißbräuchlicher Benutzung des aus der demokratischen Bewegung entstandenen Begriffes Bürgerkomitees" sehe.[371]

Das Neue Deutschland firmierte zwar zwischenzeitlich als „Sozialistische Tageszeitung", vertrat aber offenkundig noch immer ausschließlich die Politik der SED-PDS. Jene ließ am 24.01.1990 nicht über den Protest des Leipziger

über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 18.01.90, Leipzig 22.01.1990, Anlage 3, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), S. 5, unp.
Wäre der Beschluß dem Vertreter des Bürgerkomitees der Stadt nicht auf anderem Wege bekannt geworden, so hätte der RTL wohl nie davon erfahren. Auf dem Beschlußexemplar, das am 09.01.1990 eingegangen und vom Ratsvorsitzenden Draber abgezeichnet ist, ist handschriftlich nur „je 1x OBM/Vors. RdK" vermerkt. Der originale Verteiler sieht nicht einmal den ZRT in Berlin vor.

365 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 18.01.90, Leipzig 22.01.1990, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), S. 5, unp.

366 Ebenda.

367 Fernschreiben Nr. 1700 des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig, Joachim Draber, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, zum Ministerratsbeschluß 8/14/90 vom 19.01.1990 11.30 Uhr, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

368 Vgl.: Protokoll der außerordentlichen Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig vom 23.1.1990, Leipzig 29.01.1990, StAL RT Ord. 01, Bl. 456-461, hier Bl. 459. Die laut Protokoll als Anlage beigefügte Protesterklärung des Bürgerkomitees und der Ministerratsbeschluß 8/14/90 sind in der Akte nicht vorhanden.

369 Vgl.: Protest des Bürgerkomitees Leipzig zum Etikettenschwindel der Nationalen Front, Pressemitteilung des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 23.01.1990, Kopie beim Autor.

370 Neue Nationale Front: Etikettenschwindel, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 24.01.1990, S. 2; vgl. auch: Nationale Front unter neuer Flagge?, in: Sächsisches Tageblatt vom 24.01.1990, S. 1.

371 Etikettenschwindel, in: Leipziger Volkszeitung vom 24.01.1990, S. 2.

Bürgerkomitees berichten, sondern veröffentlichte am Tag darauf einen Artikel unter dem Titel „Bürgerbewegung weist Protest zurück“[372], der über einen „Versuch der Ausgrenzung aus dem Erneuerungsprozeß“ berichtete. Das Bürgerkomitee wurde in diesem Artikel wieder in Anführungszeichen gesetzt und als „ein 'Bürgerkomitee Leipzig'“ bezeichnet[373] (vgl. Dokument 70).

Ebenso wies die bereits umbenannte Geschäftsstelle Leipzig der nationalen Bürgerbewegung den Protest des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig in einer Erklärung zurück, die sich in den Akten der SED-PDS fand.[374]

Der Minister für Innere Angelegenheiten, Lothar Ahrendt, wies alle Chefs der BDVP auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses an, die nationale Bürgerbewegung zu unterstützen[375] (vgl. Dokument 62).

Dieses Schreiben an den Chef der BDVP Leipzig liegt in den Akten „Runder Tisch“ des Rates des Bezirkes mit einem Anschreiben vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für Inneres, Dr. Hartmut Reitmann, an den Vorsitzenden des Rates, Joachim Draber, „mit der Bitte um Kenntnisnahme“. Draber hat es am 30.01.1990 dem auch für die Vorbereitung des RTL zuständigen Sekretär des Rates, Winter, mit dem Vermerk „evtl. f. RT“ zur Kenntnis gegeben. Die Mitglieder des RTL sind nicht darüber informiert worden. Auch dies ist ein Beispiel für die zu diesem Zeitpunkt noch immer praktizierte Informationspolitik gegenüber den neuen demokratischen Gruppierungen und Parteien.

Dieser Etikettenschwindel hätte ohne die harsche Reaktion der neuen Kräfte[376] unter Umständen sogar gewisse Chancen auf Durchsetzung gehabt. Offenkundig in Unkenntnis der Hintergründe veröffentlichte das Sächsische Tageblatt am 02.01.1990 unter der auch hier eingerichteten Rubrik „Forum der Opposition“ eine Erklärung des trojanischen Pferdes „Nationale Bürgerbewegung“.[377] Darin wurde im altbekannten SED-Jargon über die Gründung eines „Bürgerkomitee[s] in Leipzig-Mitte“ berichtet:

„Im Stadtbezirk Leipzig-Mitte hat sich am vergangenen Mittwoch ein Bürgerkomitee konstituiert. Ihm gehören 13 Mitglieder an. Das Komitee bekennt sich zum Aktionsprogramm für die Erneuerung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und ihre Umwandlung in eine nationalen Bürgerbewegung. Es steht weiteren Bürgern zur Mitarbeit offen. Zu seinem Sprecher wählte das Bürgerkomitee Hans-Gottfried Fischer. Im Konsulations- und Informationsstützpunkt der sich herausbildenden nationalen Bürgerbewegung können wei-

372 Vgl.: Bürgerbewegung weist Protest zurück. Versuch der Ausgrenzung aus dem Erneuerungsprozeß, in: Neues Deutschland vom 25.01.1990, S. 2.

373 Vgl.: Bürgerkomitee mit fragwürdigen Schlüssen, in: Neues Deutschland vom 06./07.01.1990, S. 2.

374 Erklärung „Wider die Vernunft?“ der Geschäftsstelle Leipzig der nationalen Bürgerbewegung vom 24.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.030, unp.

375 Schreiben an die Chefs BDVP 1-15 vom 18.01.1990, Win-Tgb.-Nr. 367/90, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-4. Sitzung).

376 Auch die Initiative Frieden und Menschenrechte setzte sich damit auseinander, vgl: in: Informationsblätter der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) Leipzig, Nr. 2 vom 29.01.1990.

377 Bürgerkomitee in Leipzig-Mitte, in: Sächsisches Tageblatt vom 02.01.1990, S. 5.

tere Auskünfte eingeholt werden. Die Adresse: Markgrafenstraße 10, Leipzig, 7010, Telefon-Nr.[...]“[378]

Die Blockparteien waren bereits Anfang Dezember aus der Nationalen Front ausgetreten. Der zentrale Versuch, die sich in Auflösung befindende „Nationale Front“ in eine „nationale Bürgerbewegung“ umzuwandeln und die entstandenen Bürgerkomitees und andere Initiativen darin zu integrieren, um sie auf diese Weise wieder zu kontrollieren, mißlang auf der ganzen Linie. Der Fehlschlag war symptomatisch für das Agieren der Staatspartei in dieser Zeit. Die Nationale Front hatte sich durch ihr konsequentes Eintreten für die Alleinherrschaft der SED und die Einheitswahllisten in der Bevölkerung nachhaltig diskreditiert.[379]

Für die bestehenden Bürgerkomitees, die in jenen Anweisungen als Begriff ausdrücklich genannt wurden, bedeutete dies auf der örtlichen Ebene allerdings ein Zugewinn an Autorität. Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, der Rat des Bezirkes oder der Staatsanwalt des Bezirkes sahen durch diese Papiere die bis dahin getroffenen Absprachen mit dem Bürgerkomitee oder auch dem Runden Tisch rechtlich abgesichert. Aus der ursprünglich nur der Vernunft des Augenblicks geschuldeten Sicherheitspartnerschaft war somit ein formal durch Berlin geregelter Zustand geworden.

2.9.2. Weiterarbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion als „Komitee für Volkskontrolle“

Die Arbeiter- und Bauerinspektion (ABI), die aus den 1946 entstandenen Volkskontrollausschüssen hervorgegangen war, fungierte bis 1989 als ein Organ zur Kontrolle der sozialistischen Gesetzlichkeit. Dieses scheindemokratische Kontrollorgan war entsprechend des sogenannten demokratischen Zentralismus aufgebaut und unterstand sowohl dem ZK der SED als auch dem Ministerrat.[380]

Bereits Ende November verkündete der Leiter der ABI im Bezirk Leipzig, Rolf Theuerkorn, daß auch die ABI „gegenwärtig den neuen Gegebenheiten angepaßt wird“[381] und nun „nicht mehr Diener zweier Herren“[382] sei. Die Un-

378 Ebenda.

379 Die Regierung Modrow hat diese Idee dennoch weiterverfolgt und offenkundig auch weiterfinanziert. Am 13.03.1990 meldete das Neue Deutschland unter dem Stichwort „Bürger-Bewegung“, daß „die bekannte Schauspielerin [Annekatrin Bürger] zur Vorstandsvorsitzenden der Nationalen Bürgerbewegung gewählt“ wurde. In einem anmaßenden Alleinvertretungsanspruch heißt es in dem Artikel weiter, daß nach der Vereinigung „eine nationale Bürgerbewegung als Interessenvertreter des 'unprofitablen Teils' der Gesellschaft im Verein mit Bürgerbewegungen der BRD einen noch höheren Stellenwert besitzen“ würde. Bürger-Bewegung, in: Neues Deutschland vom 13.03.1990, S. 2.

380 Zu Funktion und Arbeitsweise der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) vgl. u. a. den Beitrag von Konrad Kühn in: Rainer Eppelmann/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 1, Paderborn u. a. 1997, S. 84-86.

381 Das waren keine Luxus-Jeans! ABI - Bezirkskomitee informierte über weitere Aufgaben, in: Sächsisches Tageblatt vom 30.11.1989, S. 6.

terstellung unter die SED-Bezirksleitung und den Rat des Bezirkes entfiele, nur den Abgeordneten des Bezirkstages fühlte sie sich noch rechenschaftspflichtig. Trotz 22.000 ehrenamtlicher Helfer allein im Bezirk Leipzig hatte die ABI bis Ende November 1989 nur einen einzigen Fall von Amtsmißbrauch und Korruption aufgespürt: „Spritztouren der Gattin des ehemaligen Ratsvorsitzenden von Grimma mit dem Dienstwagen ihres Mannes."[383]

Statt die gerade neu gebildeten Kontrollgremien, wie die Bürgerkomitees oder auch die Runden Tische, offiziell mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten, beschloß das Präsidium der Volkskammer am 04.01.1990, die ABI in das Komitee für Volkskontrolle umzugestalten[384] (vgl. Dokument 49).

Wie das Neue Deutschland auf der Titelseite berichtete, wurden mangels eines Gesetzes „über die Volkskontrolle" der hauptamtliche Apparat und die 290.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter der Volkskammer unterstellt.[385]

2.9.3. Gesetzliche Regelungen für die Arbeit der Bürgerkomitees

Im gleichen Duktus wie der Ministerratsbeschluß zur Umwandlung der Nationalen Front in eine nationale Bürgerbewegung war eine Verordnung von Modrow gehalten, die die „Gestaltung der Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen" regeln sollte.[386] Bereits die Begriffsbestimmung in § 1 der Verordnung, die im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht wurde, schloß die bestehenden Bürgerkomitees, vor allem die zur Stasi-Auflösung, ausdrücklich aus. In Absatz 2 hieß es: „Bürgerkomitees sind Gremien, die über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich in Städten, Stadtbezirken, Gemeinden, Ortsteilen und Wohngebieten an der gesellschaftlichen Willensbildung und an der Entscheidungsfindung in kommunalen Bereichen teilnehmen"[387] (vgl. Dokument 86).

Es ist der gesellschaftlichen Situation dieser Wochen zu verdanken, daß die Verordnung nicht zur sofortigen Einstellung der Arbeit der Stasi-Auflösungs-Bürgerkomitees führte, obgleich sich die Staatsanwälte unter Verweis auf diese Verordnung zusehends zurückhaltender verhielten, wenn es um die Kontrolle von Diensträumen oder die Sicherstellung von Akten vor der Vernichtung ging.[388]

382 ABI nicht länger Diener zweier Herren. Leipzig-Film ignoriert, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 01.12.1989, S. 8.

383 Ebenda.

384 Beschluß des Präsidiums der Volkskammer der DDR zur Tätigkeit des bisherigen Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und seiner Organe, Berlin 04.01.1990, Kopie beim Autor.

385 Volkskammerpräsidium beschloß. ABI wird Komitee für Volkskontrolle, in: Neues Deutschland vom 05.01.1990, S. 1.

386 Verordnung über die Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen vom 01.03.1990, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 15, 12.03.1990, S. 112.

387 Ebenda.

388 Vgl. z. B. die Kontrolle des SED-Archives im Januar bis April 1990 (Kapitel: 2.7.3. Ausweitung der Kontrolle auf die Archive des Nationalen Verteidigungsrates, der SED und der Abteilungen Inneres der örtlichen Räte).

Bereits Ende Dezember 1989 ließ sich der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, von seiner Abteilung Staat und Recht ein „Positionspapier zu den Bürgerkomitees“ zuarbeiten, das u. a. vorsah, daß diese „ohne Statut und Geschäftsordnung“ arbeiten sollten und „keine administrativ-bürokratischen Strukturen zugelassen werden dürfen“[389] (vgl. Dokument 45).

Wenngleich die erwähnte Verordnung erst acht Wochen später im Gesetzblatt erschien, waren diesbezügliche strategische Überlegungen wesentlich älter.

So haben die alten Kräfte die verschiedensten Anstrengungen unternommen, um die Arbeit der Bürgerkomitees zu verhindern, was ihnen letztlich nicht gelang. Sie behinderten das Bürgerkomitee höchstens, und manchmal – wenn auch unfreiwillig – unterstützten sie es sogar.

2.10. Der Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990 zur Bildung des staatlichen Auflösungskomitees

Am 08.02.1990 beschloß der Ministerrat die Bildung eines staatlichen „Komitees zur Auflösung des ehemaligen AfNS“.[390] Der Mitarbeiterstab rekrutierte sich aus 261 Offizieren des AfNS in Auflösung.[391] In den Bezirken sollten Arbeitsstäbe mit je fünf Mitarbeitern gebildet werden. Die Bürgerkomitees kamen im Wortlaut des Beschluß nur ein einziges Mal vor. Sie sollten lediglich die Einlagerung der Akten in die Depots der Bezirke kontrollieren. Die Aktenverwaltung lag in alleiniger Verantwortung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten. Somit war der Konflikt vorprogrammiert.

Aufgrund der Erfahrungen des Bürgerkomitees Leipzig auf Bezirksebene wirkte es als Schrittmacher der DDR-weiten Proteste und brachte konstruktive Konzepte ein. Da es noch immer die alte, nicht durch freie Wahlen zustande gekommene Regierung war, die die Verantwortung beanspruchte, konnten die Bürgerkomitees noch relativ leicht argumentieren. Erst nach langwierigen Auseinandersetzungen wurden Auslegungen des Beschlusses ausgehandelt, die die Einbindung der Bürgerkomitees in die konkrete Arbeit des staatlichen Auflösungskomitees ermöglichten.

Die Regierung versuchte mit diesem Beschluß, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen, wodurch sich das Bürgerkomitee Leipzig gezwungen sah, auf zentraler Ebene zu agieren, um dort die notwendigen Modifikationen auszuhandeln. Im folgenden müssen somit beide Handlungsebenen dargestellt werden.

389 Positionspapier zu den Bürgerkomitees der Abteilung Staat und Recht der SED-PDS-Bezirksleitung Leipzig, Leipzig 28.12.1989, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.030, unp.

390 Beschluß des Ministerrates 13/4/90 vom 08.02.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, in: BArch DC-20 I/3 2908, unp.

391 Vgl. zum staatlichen Komitee und seinen Strukturen: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 175 ff.

2.10.1. Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990 und der Kampf um weitere Arbeitsmöglichkeiten der Bürgerkomitees

Für den 16.02.1990 lud das Informations- und Lagezentrum beim Vorsitzenden des Ministerrates zu einer gemeinsamen Beratung der Regierungsbeauftragten und der Vertreter der Bürgerkomitees der Bezirke in den Amtssitz des Ministerrates ein.[392] Bürgerkomitees und Regierungsbeauftragte tagten vormittags getrennt.

Nach einem undurchsichtigen Verfahren war Peter Wiedenhöft aus Potsdam als Koordinator der Bürgerkomitees eingesetzt worden und sollte die gemeinsamen Interessen bei den zentralen Beratungen auch auf Regierungsebene vertreten. Die Vertreter des Bürgerkomitees Leipzig[393] stellten einen vorher in Leipzig abgestimmten Mißtrauensantrag, in dessen Folge Thomas Schmidt aus Schwerin als Koordinator gewählt wurde und dies bis zum Sommer auch blieb.

Ab 13.00 Uhr tagten alle Beteiligten gemeinsam und nahmen die Informationen über den neuen Ministerratsbeschluß zur Kenntnis, der den Bürgerkomiteevertretern auch zur Beratung noch nicht schriftlich vorlag. Da die Leipziger im Besitz eines Exemplars waren[394], attackierten sie den Beschluß gemeinsam mit den Rostockern und Magdeburgern. So konnte wenigstens erreicht werden, daß diese Kritik ins Protokoll aufgenommen wurde. Das Bürgerkomitee Leipzig erklärte sich bereit, konkrete Änderungsvorschläge zu erarbeiten und an den ZRT zu übergeben. „Daraufhin sagte ein Regierungsvertreter der Bezirke sehr ungehalten, 'Was soll denn das alles? Am Mittwoch (28.02.1990) hat sich das mit den Bürgerkomitees doch so und so erledigt.'"[395] Auf Nachfrage erklärte er, daß ab diesem Datum die Arbeit vom staatlichen Komitee laut Ministerratsbeschluß übernommen werde. Im Anschluß entwickelte sich eine kontroverse Diskussion über die weiteren Arbeitsmöglichkeiten der Bürgerkomitees. Vor allem die Anlagen 3 und 4 des Ministerratsbeschlusses, die den Umgang mit dem Archivgut und die Fragen der weiteren Schweigeverpflichtung der MfS-Mitarbeiter regelten, entsprachen den Forderungen der Bürgerkomitees in keiner Weise. Die staatlichen Vertreter sagten zu, den Ministerratsbeschluß so auszulegen, daß er nur in enger Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgerkomitees umzusetzen ist.

Das Hauptziel der staatlichen Vertreter in dieser Veranstaltung bestand darin, von den Bürgerkomitees die Zustimmung zu dem vom Bürgerkomitee Schwerin erarbeiteten Dreistufenplan zur Vernichtung der MfS-Unterlagen[396] zu er-

392 Fernschreiben des Informations- und Lagezentrums beim Vorsitzenden des Ministerrates an die Regierungsbeauftragten in den Bezirken, Berlin 14.02.1990, Kopie beim Autor. Es war angewiesen, dieses Fernschreiben den jeweiligen Bürgerkomitees zur Kenntnis zu geben.

393 An dieser Beratung nahmen Karsten Junghans und Tobias Hollitzer teil.

394 Christian Scheibler hatte als Sprecher des Bürgerkomitees vom Regierungsbeauftragten Peter Rosentreter eine Kopie erhalten.

395 Gedächtnisprotokoll von Tobias Hollitzer zur Besprechung am 16.02.1990, 13.00 Uhr, Leipzig 19.02.1990, Kopie beim Autor.

396 Der Dreistufenplan, der sowohl vom Bürgerkomitee Schwerin als auch vom dortigen Regierungsbeauftragten unterzeichnet war, sah eine Vernichtung aller MfS-Unterlagen mit Ausnahme von „Wei-

langen. Da in der Diskussion sehr unterschiedliche Positionen vertreten wurden, kam es nur zu einer Trendabstimmung. Leipzig stimmte gegen die Vernichtung, die Mehrheit dafür.[397] Die 1. Stufe dieses Planes, die Vernichtung der elektronischen Datenträger, wurde wenige Tage später vom ZRT bestätigt und sofort vom Ministerrat beschlossen.[398]

Das Bürgerkomitee überarbeitete den Beschluß vom 08.02.1990 und schickte ihn an den ZRT sowie an den Ministerpräsidenten mit der Bitte um entsprechende Änderung[399] (vgl. Dokument 80).

Seit dem 09.03.1990 fanden die Koordinierungstreffen der Bezirksbürgerkomitees[400] im ehemaligen MfS-Komplex Gottlindestraße/Normannenstraße statt, in dem das Bürgerkomitee Berlin und das staatliche Komitee ihre Diensträume hatten. Die staatlichen Vertreter waren auch zu dieser Sitzung noch nicht bereit, den Untersuchungsgruppen grundsätzlich die Einsicht in von der Staatssicherheit als geheim eingestufte Befehle und Weisungen zu gestatten. Über diesen Punkt entbrannte eine heftige Diskussion, da beispielsweise eine VS-Verpflichtung für potentielle Einsichtnehmende geplant war.[401] „Der

sungen, Befehle, Stabs- und Führungsunterlagen“ sowie die „Gerichtsakten und Randakten der Staatsanwaltschaft“ vor. In der 1. Stufe sah der Plan die sofortige Vernichtung aller elektronischen Speichermedien, sowie aller angefertigten Auszüge, Duplikate an anderen Orten vor. Als 2. Stufe sollte sich dem die Beseitigung aller Verzweigungen der Personenkarteien anschließen, mit dem Resultat, daß die Akten nur noch über den Hauptweg (Kartei F 16 und F 22), der im Notfall kurzfristig zerstört werden könnte, zugänglich wären. Letztendlich sah die 3. Stufe die Vernichtung allen personenbezogenen Materials nach Zustimmung der Volkskammer vor. Vgl.: Vorschlag zum weiteren Umgang mit den Unterlagen des ehemaligen MfS vom Bürgerkomitee und vom Regierungsbeauftragten, Schwerin 15.02.1990, Kopie beim Autor.

397 Gedächtnisprotokoll von Tobias Hollitzer zur Besprechung am 16.02.1990, 13.00 Uhr, Leipzig 19.02.1990, Kopie beim Autor.

398 Ministerratsbeschluß Nr. 16/I.6/90 vom 26.02.1990 über die Vernichtung aller magnetischer Datenträger des ehemaligen MfS/AfNS mit personenbezogenen Daten, BArch DC-20 I/3-2924, unp.

399 Beschluß des Ministerrates 13/4/90 vom 08.02.1990 mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen des Bürgerkomitees Leipzig, Berlin 08.02.1990 bzw. Leipzig 08.03.1990, Kopie beim Autor.

400 Mit der Einsetzung der Bezirksarbeitsstäbe Anfang März hatten die Regierungsbeauftragten ihre Tätigkeit eingestellt, vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 15.3.1990, Leipzig 26.03.1990, Bl. 113, hier Bl. 57, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-7. Sitzung), unp.

401 Diese Vorstellungen wurden auch auf der Koordinierungsberatung am 22.03.1990 noch geäußert. Aufgrund der Intervention des Vertreters des Bürgerkomitees Halle, Dietmar Webel, wurden nach wochenlanger Diskussion die Mobilmachungsdokumente, die aus den Bezirken abgeholt worden waren, an die Regierungsbeauftragten übergeben. Die bestätigten Vertreter der Bürgerkomitees durften in diese Unterlagen, die sich hauptsächlich mit der grundsätzlichen Planung des sogenannten politisch-operativen Vorbeugekomplexes (Isolierungslager und Verhaftungen im Spannungs- und Mobilmachungsfall durch das MfS – Kennziffer 4.1.1. und 4.1.3.) beschäftigten, nur Einsicht nehmen, wenn sie „sich GKdos ['Geheime Kommandosache', entspricht der höchsten Geheimhaltungsstufe] verpflichten“ lassen würden. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt und die Unterlagen später dennoch eingesehen.
Ein Interesse an der weiteren Geheimhaltung hatte zu diesem Zeitpunkt nur noch das alte Regime, das durch das Bekanntwerden dieser Planungen in höchster Form diskreditiert wurde. Vgl. zu diesem Komplex u. a.: Hubertus Knabe: Die geheimen Lager der Stasi, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-4/1993, S. 23-34; Minderheitenvotum des Abgeordneten Michael Arnold und der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft, Sächsischer Landtag, Drucksache 1/4773, Dresden

Vertreter des Bezirkes Leipzig erläuterte seinen Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise, der Abänderung der Anlage 3 des Ministerratsbeschlusses vom 08.02.1990“[402] (vgl. Dokument 80). Die Leipziger Änderungsvorschläge wurden dem Regierungsbevollmächtigten Fritz Peter persönlich übergeben.[403] Bereits wenige Tage später unterschrieben die Regierungsbevollmächtigten ein Papier, das den Ministerratsbeschluß so auslegte, daß nach entsprechender Antragstellung die Untersuchungsgruppen der Bürgerkomitees mit den Akten arbeiten könnten[404] (vgl. Dokument 88).

Um den formalen Kriterien des Ministerratsbeschlusses zu genügen, formulierte das Bürgerkomitee Leipzig einen entsprechenden Antrag an die Regierungsbevollmächtigten[405] (vgl. Dokument 89), dem sich auf der Beratung am 15.03.1990 die anderen Bürgerkomitees anschlossen. Eine von Leipzig überarbeitete Fassung wurde den Bezirksbürgerkomitees auf der gemeinsamen Koordinierungsberatung am 22.03.1990 übergeben. In der Sitzung wurde festgelegt, daß „durch die Staatsanwaltschaft der einzelnen Bezirke autorisierte Personen zur weiteren Einsichtnahme in Akten“ an den Regierungsbeauftragten Fritz Peter zu melden sind.[406] Zur nächsten Beratung am 29.03.1990 bestätigten die Regierungsbevollmächtigen endlich dieses Papier mit wenigen Änderungen und berechtigten damit konkret benannte Personen der Bürgerkomitees, „die Aufgaben zur weiteren politischen Auswertung der Arbeit des ehemaligen MfS/AfNS wahrzunehmen“[407] (vgl. Dokument 92).

So war es trotz der sehr rigiden Regelung im Ministerratsbeschluß vom 08.02. 1990 gelungen, die in den revolutionären Wochen nach dem 04.12.1990 erstrittenen Vereinbarungen nachträglich festzuschreiben. Darüber hinaus konnten alle anderen Bezirksbürgerkomitees auf diese Ergebnisse zurückgreifen; das „Leipziger Modell“ wurde sozusagen exportiert.[408] Von erheblichem Vor-

21.06.1994; Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X – Die geplanten Isolierungslager des MfS, BStU, Berlin 1995.

402 Protokoll über das Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees der Bezirke am 09.03.1990, Bl.1-6, Kopie beim Autor.

403 Ebenda.

404 Festlegungen zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 08.02.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, Berlin [14.03.1990], Kopie beim Autor.

405 Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 15.03.1990, Kopie beim Autor.

406 Protokoll über das Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees der Bezirke am 22.03.1990, Bl.1-4, Kopie beim Autor.

407 Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch Ausschüsse, Untersuchungsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise der Bürgerkomitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS – Bürgerkomitees der Bezirke – DDR-weit, Berlin 29.03.1990, Kopie beim Autor.

408 Inwieweit in anderen Bezirken bereits ähnliche Regelungen wie in Leipzig vorlagen, ist nicht bekannt und muß anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

teil für die weitere Arbeit war, daß diese Regelungen auch unter der Regierung de Maizière fortgalten.[409]

2.10.2. Der Bezirksarbeitsstab Leipzig des staatlichen Auflösungskomitees nimmt seine Arbeit auf

In Leipzig sollte als Leiter des Bezirksarbeitsstabes des staatlichen Komitees ein Herr Uhde eingesetzt werden, den das Bürgerkomitee durch die Kontrollen in der Abteilung I des Rates des Bezirkes bereits als Oberst Uhde kannte.[410] So konnte es seine Einsetzung verhindern und dem Rat des Bezirkes sowie dem Regierungsbeauftragten das Zugeständnis abringen, die Funktion des Leiters und des Stellvertreters durch Mitglieder des Bürgerkomitees zu besetzen. Der Rat des Bezirkes schrieb dies in einem entsprechenden Beschluß fest[411] (vgl. Dokument 84).

Die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Komitee gestaltete sich ähnlich schwierig wie vordem mit den anderen staatlichen Stellen. Vorteilhaft war allerdings, daß die Leitungsfunktionen des Bezirksarbeitsstabes durch Bürgerkomiteemitglieder besetzt waren und somit auf zwei Ebenen versucht werden konnte, die zwischenzeitlich stark ausgeprägten eigenen Interessen des Bürgerkomitees durchzusetzen. Es ließ sich zwar in die Arbeit des staatlichen Komitees einbinden, formulierte aber von Anfang an klare Vorbehalte. Je länger dieses Gremium wirkte, umso mehr erhärtete sich das bestehende Mißtrauen. Die staatlichen Vertreter nutzten ihre Dominanz aus, um eigene Positionen durchzusetzen bzw. auch Geld und Güter nach ihrem Duktus zu verteilen. Für das Bürgerkomitee war es in dieser Situation von großem Vorteil, daß es die Rückendeckung aller demokratischer Gremien der Stadt und des Bezirkes und vor allem die der Bevölkerung hatte. So konnte der Bezirksarbeitsstab des staatlichen Komitees keinerlei direkten Einfluß auf die Begehung der Objekte und ihre Neuverteilung über die Vergabekommission des Runden Tisches ausüben. Da der Runde Tisch der Stadt Leipzig gleichsam als Stadtverordnetenversammlung fungierte, war seine Position besonders stark. Aufgrund der großen Vorbehalte gegenüber den alten Strukturen erlangte der Bezirksarbeitsstab des staatlichen Komitees entgegen des Beschlusses nie die Verfügungsgewalt über die Akten.

Unabhängig von den neuen Berliner Regelungen arbeitete das Bürgerkomitee auf der Basis der in Leipzig geschlossenen Vereinbarungen weiter. So beschloß es am 26.02.1990, einen Teil der Akten der ehemals für die Kirchen

409 Der Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990, auf dem diese Vereinbarungen basierten, wurde erst mit dem Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990 aufgehoben.

410 Der in Berlin bis dato zuständige Fritz Peter stammte ebenfalls aus dieser Struktur und war Generaloberst der Zivilverteidigung. In den meisten anderen Bezirken sind die Chefs der Zivilverteidigung Leiter der Arbeitsstäbe geworden.

411 Beschluß des Rates des Bezirkes 25/90 vom 22.2.1990 über Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 08.02.1990 zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, Quelle: SStAL BT u RdB 18322, unp.

und oppositionellen Bestrebungen zuständigen Abteilung XX zu sichten und die Ergebnisse später zu veröffentlichen. Der Militärstaatsanwalt und die Volkspolizei stimmten diesem Ansinnen im Rahmen der bestehenden Sicherheitspartnerschaft zu[412] (vgl. Dokument 85). Darauf basierte ebenfalls eine Vereinbarung vom 02.03.1990, die die namentlich benannte Untersuchungsgruppe berechtigte, Einsicht in Unterlagen zu nehmen[413] (vgl. Dokument 87).

Aufgrund der massiven Proteste[414] sah sich das staatliche Komitee im April gezwungen, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Bürgerkomitees zu schließen, auf deren Grundlage auch die Arbeitsstäbe in den Bezirken mit den Bürgerkomitees zusammenarbeiten sollten[415] (vgl. Dokument 95). Darin verpflichtete sich das staatliche Komitee u. a., für fünf Mitglieder des Bürgerkomitees pro Bezirk den Lohnausfall zu übernehmen, so daß eine gewisse materielle Absicherung gewährleistet blieb.

3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß

Da der Forschungsstand zu den Runden Tischen, wie bereits dargestellt, nur als ungenügend bezeichnet werden kann, ist eine Darstellung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (RTSL) und des Bezirkes Leipzig (RTL) notwendig. Ich werde versuchen, insbesondere jene Aspekte der Runden Tische näher zu beleuchten, die sich mit der Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur direkt beschäftigen.

Es ist davon auszugehen, daß vor allem der Runde Tisch der Stadt Leipzig, aber auch der des Bezirkes eigenständige „Aufarbeitungsintiativen“ entwickelt haben, die bis heute fortwirken. So sind noch immer aktuelle Forderungen nach Überprüfung von Abgeordneten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes etwa oder der nach einem Personalwechsel in Leitungsfunktionen bereits im Frühjahr 1990 postuliert und teilweise durch eigens dafür geschaffene Strukturen umgesetzt worden. Dieser Aspekt hat in den bisherigen Betrachtungen leider nur eine marginale oder gar keine Rolle gespielt. Diese Seite der Arbeit des Runden Tisches verdeutlicht, daß der aktive Umgang mit der Vergangenheit und strukturelle wie personelle Veränderungen kein Import angeblicher Sieger aus dem Westen sind, sondern bereits Ende 1989 von breiten Be-

412 Beschluß des Bürgerkomitees zur Sichtung und Auswertung der Akten der Abteilung XX der BVfS Leipzig, Leipzig 26.02.1990, Kopie beim Autor.

413 Vereinbarung zwischen Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt und dem Beauftragten der Volkspolizei zur Auflösung des Amtes über die Weiterarbeit der Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees, Leipzig 02.03.1990, Kopie beim Autor.

414 Vgl. u. a.: Bürgerkomitee „Runde Ecke“: Bisher Arbeit mit vier operativen Gruppen, in: Sächsisches Tageblatt vom 27.02.1990, S. 8.

415 Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Komitee und den Bürgerkomitees bei der weiteren Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, Berlin 04.04.1990, Kopie beim Autor.

völkerungsschichten gefordert und durch Institutionen wie Runde Tische oder Bürgerkomitees mühsam erkämpft wurden. Am Runden Tisch wurden die formellen, vor allem aber die ideellen Grundlagen für die aufzubauende Demokratie gelegt. Dies ist inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten und sollte daher unbedingt herausgearbeitet und betont werden.

3.1. Erste Gespräche und Dialogveranstaltungen im Oktober und November

Im Rahmen des von den oppositionellen Basisgruppen seit langem geforderten und von der SED nach dem 09.10.1989 propagierten „Dialoges" fanden nach dem 10.10.1989 in Leipzig vielfältige Gespräche mit der Bevölkerung, aber auch mit den Vertretern der neuen Gruppierungen und Parteien statt. Diese Gespräche waren seitens der Vertreter von Partei und Staat vom Interesse geprägt, zu einer Zurückdrängung der Demonstrationen mit „politischen Mitteln" zu gelangen[416] und so das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Die von der Partei initiierten Gespräche zielten außerdem darauf, die in der „sozialistischen Gesellschaft" bestehenden Möglichkeiten des Gespräches zu nutzen, um den oppositionellen Gruppierungen somit zu beweisen, daß sie überflüssig wären.

Gleich am nächsten Morgen nach dem entscheidenden 09.10.1989 ersuchten die vier leitenden Geistlichen der Stadt[417] um ein Gespräch mit Vertretern des Rates der Stadt. Das Gespräch fand am 12.10.1989 mit dem Leipziger OBM Bernd Seidel statt.[418] Die daraufhin veröffentlichte Zeitungsmeldung unterstellte bereits in der Überschrift „OBM und Ratsmitglieder suchten das Gespräch"[419], daß das Gespräch auf Initiative der Stadt zustande gekommen wäre (vgl. Dokument 3). Ebenfalls am 10.10.1989 boten die Sprecher des Neuen Forums Leipzig, Michael Arnold und Edgar Dusdal, dem Sekretär der SED-Bezirksleitung, Roland Wötzel, ein Gespräch an[420] (vgl. Dokument 2).

416 So heißt es beispielsweise in einem Fernschreiben des amtierenden Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig, Helmut Hackenberg, an Erich Honecker vom 15.10.1989: „Durch das Sekretariat der Bezirksleitung werden alle Möglichkeiten genutzt, um den Dialog auf einer breiten Grundlage fortzusetzen und eine Demonstration am 16.10.1989 zu unterbinden. Diesem Anliegen diente ein Gespräch des Sekretärs der Bezirksleitung, Genossen Wötzel, mit den beiden Superintendenten Magirius und Richter.", in: Minderheitenvotum des Abgeordneten Michael Arnold und der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft, Sächsischer Landtag, Drucksache 1/4773, Dresden 21.06.1994, Anlage, S. 701-703, hier S. 702.

417 Superintendent Friedrich Magirius und Superintendent Johannes Richter (beide ev.), Probst Günter Hanisch (kath.) und Pfarrer Hans-Jürger Sievers (ev.-ref.). Später spielte auch Pfarrer Riedel von der methodistischen Gemeinde eine wichtige Rolle.

418 Vgl.: Hans-Jürgen Sievers: Stundenbuch einer deutschen Revolution, Zolikon, Göttingen 1990, S. 96 f.

419 OBM und Ratsmitglieder suchen das Gespräch, in: Leipziger Volkszeitung vom 13.10.1989, S. 3.

420 Vgl.: Schreiben der Sprecher des Neuen Forums Leipzig, Michael Arnold und Edgar Dusdal, an den Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, vom 10.10.1989, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

Am Freitag, dem 13.10.1989, lud der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig für Inneres, Dr. Hartmut Reitmann, Vertreter der bis dahin verfemten kirchlichen Basisgruppen zu einem Gespräch.[421] Dieser für 16.00 Uhr überstürzt anberaumte Termin war noch stark von den alten Formen, bis hin zum Festhalten an den sogenannten Gesprächsebenen durch Superintendent Magirius, geprägt. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß Hartmut Reitmann im Grunde nur eines wollte: In Vorbereitung des nächsten Montags sollte sich diese Runde in einer gemeinsamen Erklärung gegen Demonstrationen aussprechen.[422] Dazu waren die Vertreter der Gruppen nicht bereit, und so erschien auf Seite 1 des SED-Bezirksorgans Leipziger Volkszeitung ein ADN-Bericht „Gespräch mit kirchlichen Basisgruppen Leipzigs. Ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit“[423]. Darin wurde herausgestellt, daß die Gruppen am Sozialismus festhalten wollten und nach Wegen suchten, damit „die montäglichen Demonstrationen künftig in andere, wirkungsvollere und somit wahrhaftig demokratische Formen überführt werden können“. Abschließend wurde dieses Treffen als ein „Forum“ bezeichnet, das „möglichst problemspezifisch weiterzuführen“ sei.[424] Auch dies ein Beispiel für die Versuche der SED, die Begriffe der Opposition für sich in Anspruch zu nehmen (vgl. Dokument 4).

Eine im gewünschten Sinne verfaßte „Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig“ wurde in der gleichen Ausgabe der LVZ ebenfalls auf der Titelseite gedruckt.[425] Darin hieß es, daß „alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie“ bestehen würden und nur genutzt werden müßten. „Ein untauglicher Platz für jedes Gespräch [sei] die Straße, [...] die öffentliche Demonstration“[426] (vgl. Dokument 5).

Ein weiteres Gespräch zwischen Vertretern der Stadt Leipzig und der Kirche fand am 17.10.1989 statt. Hier wurde bereits deutlicher, daß es um die Lösung einer Vielzahl konkreter Fachfragen ging, die umgehend klarer Ergebnisse be-

421 Der Autor nahm an diesem Gespräch für den Christlichen Arbeitskreis Weltumwelttag (AKW) teil, der den Pleißepilgerweg 1989 vorbereitet hatte, und berichtet im folgenden, wenn keine andere Quelle angegeben ist, aus dieser Perspektive.

422 Eine Bestätigung dieses Anliegens findet sich u. a. in: Aktennotiz zur Einweisung am 14.10.1989, 8.00 Uhr, beim Chef des Hauptstabes des NVR, Genossen Generaloberst Strelitz. Dort hieß es: „Durch die örtliche Presse und den Rundfunk sollte in geeigneter Weise Einfluß darauf genommen werden, daß die vorgesehene Demonstration nicht durchgeführt wird. Bekannte Persönlichkeiten sollten entsprechende Appelle an die Bürger Leipzigs richten. Die kirchlichen Vertreter sollten aufgefordert werden, von ihrer Seite aus aktiven Einfluß zu nehmen, daß es zu keinen Demonstrationen kommt.“, in: Minderheitenvotum des Abgeordneten Michael Arnold und der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft, Sächsischer Landtag, Drucksache 1/4773, Dresden 21.06.1994, Anlage, S. 698-700, hier S. 699.

423 Gespräch mit kirchlichen Basisgruppen Leipzigs. Ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit, in: Leipziger Volkszeitung vom 14./15.10.1989, S. 1.

424 Ebenda.

425 Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig, in: Leipziger Volkszeitung vom 14./15.10.1989, S. 1.

426 Ebenda.

durften. Die Berichterstattung über dieses Treffen war ausführlicher als noch in der Woche zuvor[427] (vgl. Dokument 6).

Ungeachtet dessen hatte die LVZ von der Demagogie ihrer Berichterstattung nichts eingebüßt. Bereits zwei Seiten weiter wurde über ein „Forum mit Rolf Opitz, Vorsitzender des Rates des Bezirkes“ berichtet. Über eine kontroverse Diskussion über die Zulassung des Neuen Forums hieß es: „Ein Teil der Anwesenden belastet den freimütigen Dialog“. Weiterhin war dazu zu lesen:

„Doch nicht immer bleibt an diesem Nachmittag die Diskussion so sachlich und konstruktiv. Laufend wird sie durch erregte Zwischenrufe unterbrochen. Einige Teilnehmer der Diskussion lassen andere nicht ausreden. Das muß nicht schlimm sein, denn auch Zwischenrufe können konstruktiv wirken, wenn sie nicht die Argumente überschreien. Der Streit spitzt sich zu, als die Rede aufs 'Neue Forum' kommt. Weil sie anderer Ansicht sind als Rolf Opitz, der für die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten durch die Bürger zur aktiven Mitarbeit in die vorhandenen demokratischen Strukturen eintritt, zeigte ein Teil der Anwesenden wenig Toleranz. Sie verlassen gegen 16.00 Uhr einfach den Saal. Diskussionsmüdigkeit angesichts der fortgeschrittenen Zeit war wohl kaum der Grund, vielmehr mangelnde Dialogbereitschaft.“[428]

Man unterstellte jenen „mangelnde Dialogbereitschaft“, die die seit zwei Montagen auf dem Leipziger Ring laut und deutlich formulierte Forderung „Neues Forum zulassen“ nachdrücklich vertraten.

In seinem Monatsbericht für Oktober stellte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Rolf Opitz, die entstandene Machtkonstellation für den Staatsratsvorsitzenden, Willi Stoph, dar. Darin erklärte er deutlich, auf welchem Hintergrund er die bisherigen Gespräche geführt hatte. Er resümierte, daß der inzwischen zustande gekommene „Dialog“ seine taktische Wirkung verfehle.

„Es erweist sich, daß diese sogenannten Dialoge, an denen Zehntausende bis Hunderttausende Menschen teilnehmen, keinerlei Beruhigung der Situation oder der Lage herbeiführen. Sie bewirken das Gegenteil. Den sich dort zeigenden Funktionären schlägt eine Welle von Haß und Zorn entgegen. Wenn es nicht gelingt, diese Lage durch wirkungsvolle zentrale Entscheidungen zu entspannen, muß mit einer weiteren Eskalation gerechnet werden. Zugleich muß ich darauf hinweisen, daß es dann auch zu einem spürbaren Ausfall verantwortlicher Funktionäre kommen wird, die diese gegen die Partei und den Staat gerichteten Aktionen, denen sie machtlos entgegenstehen, nervlich nicht mehr durchhalten. Die Analysierung der Demonstrationen und Dialoge zu Zusammenkünften auf bestimmten Interessengebieten erweist sich als zweckmäßig, führt aber auch nur teilweise zu Erfolgen und kann auch nur zeitlich begrenzt wirken. Wenn gestellte Forderungen erfüllt oder beantwortet werden, werden

427 Über die vielen Fragen weiteren Dialog führen. Diskussion zwischen Leipziger Ratsmitgliedern und Christen. Partner waren sich einig über Nutzen eines breiten Dialogs, in: Leipziger Volkszeitung vom 18.10.1989, S. 1 f.

428 Erste Überlegungen und langfristige Maßnahmen, in: Leipziger Volkszeitung vom 18.10.1989, S. 3.

sofort neue gestellt, die am Ende politischen Charakter haben. Das Auftreten führender Funktionäre des Politbüros und des Ministerrates läßt immer mehr die Meinung aufkommen – und von der ich selbst auch nicht frei bin –, daß anarchische Zustände eingetreten sind und die Gefahr besteht, daß das zu einem Chaos führt.“[429]

Doch auch in Leipzig verfügte man über keinerlei Konzepte, um die akuten Probleme zu bewältigen. Die Vorschläge von Opitz muten eher grotesk an:

„Wir sind bemüht, im Rat des Bezirkes durch eine sachliche Arbeit zur Lösung der aktuellen Probleme beizutragen. Deshalb konzentrieren wir unsere Tätigkeit vor allem

1. auf die Erfüllung des Planes 1989,
2. auf die Aufrechterhaltung der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung und
3. in Verbindung mit der gesamten Arbeit auf das politische Auftreten aller Leiter und Mitarbeiter in ihren Verantwortungsbereichen.“[430]

Über die taktischen Hintergründe der Dialogveranstaltungen im Oktober und zum Umgang mit den neuen Gruppierungen gibt ein Strategiepapier des Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Roland Wötzel, Auskunft, das vom Bürgerkomitee Ende Februar 1990 in den Akten der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit gefunden und der Presse zur Veröffentlichung übergeben wurde.[431] Die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten druckten es unter dem Titel „Zukkerbrot und Peitsche“[432] im Wortlaut (vgl. Dokument 8).

Die Demonstranten durchschauten diese Strategie, auf einen Transparent z. B. war am 06.11.1989 zu lesen: „Dialoge ohne Ende bringen keine Wende! Darum fordern wir freie Wahlen“[433].

Ende November brachen die staatlichen Strukturen immer mehr zusammen. Dies wurde vor allem daran deutlich, daß die bisherigen staatlichen „Dialogpartner“ einer nach dem anderen verschwanden: Die einen traten zurück, andere wurden verhaftet. Die im Laufe des Monats November entstandene chaotische Situation bedurfte neuer Lösungsstrategien.

429 Monatliche Berichterstattung des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Rolf Opitz, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 01.11.1989, SStAL BT u. RdB 38208, unp.

430 Ebenda.

431 Das Original dieses Fernschreibens an Wolfgang Herger vom 30.10.1989 liegt im Landesparteiarchiv der PDS Sachsen. Die Akte trägt den Titel „Zusammenarbeit des SED-PDS mit dem Neuen Forum Lpz. Nov./Dez. 1989“, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

432 Zuckerbrot und Peitsche, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 02.02.1990, S. 1 f.

433 Foto, in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 95.

3.2. Die Entstehung der Runden Tische in Leipzig

Die ersten Zusammenkünfte zwischen den Vertretern der Stadt und des Bezirkes mit Vertretern oppositioneller Gruppierungen, die direkt auf die Runden Tische hinausliefen, sind schwer festzustellen.[434]

Die Berliner Entwicklung ist hierbei nicht unbedeutend. Am 22.11.1989 berichtete das Sächsische Tageblatt, daß Vertreter der Initiativgruppe Demokratie Jetzt die LDPD zu Verhandlungen am Runden Tisch eingeladen und der Parteivorsitzende dies begrüßt habe.[435] Die Leipziger Volkszeitung dagegen meldete am nächsten Tag auf der Titelseite: „Politbüro des ZK der SED schlägt 'runden Tisch' vor“. In der folgenden ADN-Meldung hieß es dann:

„In Verwirklichung des Aktionsprogrammes der SED schlug das Politbüro des ZK der SED am Mittwoch vor, daß sich die in der Koalitionsregierung vereinten politischen Parteien gemeinsam mit anderen politischen Kräften des Landes an einem 'Runden Tisch' zusammenfinden [sollten].“[436]

In dem Kommentar „Führungsrolle ade?“ ging das Sächsische Tageblatt tags darauf auf diese Falschmeldung ein. Es kritisierte, „daß mit der ADN-Meldung über die letzte Sitzung des Politbüros der Eindruck entsteht, als habe die SED den 'runden Tisch' vorgeschlagen. Dieser ist aber ein Vorschlag der Initiativgruppe 'Demokratie Jetzt!'“.[437] Dem folgten weitere Beispiele für den noch immer nicht aufgegebenen Führungsanspruch der SED.

Wohl um das behauptete Interesse der SED an Gesprächen am Runden Tisch zu illustrieren, verbreitete die Leipziger Volkszeitung die Meldung „Runder Tisch an Universität“.[438] Um welche Art von Gespräch es sich dabei handelte, ließ sich aufgrund fehlender Unterlagen bisher nicht ermitteln.

Gespräche am Runden Tisch schlugen Redner der demokratischen Bewegungen auf der Montagsdemonstration am 27.11.1989 vor.[439] Zuvor hatte der am-

434 Vgl.: Peter Unterberg: „Wir sind erwachsen Vater Staat!“ Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum Leipzig, Diplomarbeit, Ruhr-Universität Bochum 1991, unveröffentlicht, S. 102; Cornelia Liebold: Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht, S. 47.

435 Für Runden Tisch. „Demokratie jetzt!“ übergab Aufruf an Prof. Gerlach, in: Sächsisches Tageblatt vom 22.11.1989, S. 1.

436 Politbüro des ZK der SED schlägt 'runden Tisch' vor, in: Leipziger Volkszeitung vom 23.11.1989, S. 1. Die gleiche ADN-Meldung veröffentlichte auch MNN unter der Überschrift: „SED-Politbüro für 'Runde Tische', in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 23.11.1989, S. 1.

437 Steffen Preißler: Führungsrolle ade?, in: Sächsisches Tageblatt vom 24.11.1989, S. 2. In der gleichen Ausgabe wird davon gesprochen, daß es sich um eine „Initiative mehrerer Bürgerbewegungen“ handelt, vgl.: Erklärung der LDPD: Mit Substanz zum Runden Tisch, in: Sächsisches Tageblatt vom 24.11.1989, S. 1.

438 Runder Tisch an Universität, in: Leipziger Volkszeitung vom 23.11.1989, S. 2. Die anderen Leipziger Zeitungen meldeten ein solches Treffen nicht.

439 Vgl.: Montags und kein Ende – Demos für die Wende, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 28.11.1989, S. 1. Das SED-Organ Leipziger Volkszeitung schrieb nur, daß „die Idee eines 'runden Tisches'“ durch verschiedene Redner „begrüßt“ wurde. Der Urheber dieses Vorschlages wurde wohl

tierende OBM Günter Hädrich „freie Wahlen sowie die Besetzung aller Positionen durch fachlich kompetente und moralisch integre Personen gefordert“[440]

Protokollarisch ist eine Zusammenkunft bei Günter Hädrich am 29.11.1989 belegt,[441] bei der es um „1. Fragen zur materiell-techn[ischen] Basis der oppos[itionellen] Gruppen, 2. Beteiligung an der Machtausübung, 3. Montags-Demo“ ging. Das Neue Forum forderte ergänzend die Bildung einer „unabhängigen Kommission zwecks Überprüfung der Ereignisse um den 9. Oktober“ und „einer Kommission zur Überprüfung von Amtsmißbrauch im Bezirk Leipzig“, die laut Protokoll nicht behandelt wurde. Da die anstehenden Fragen nicht abschließend bearbeitet werden konnten, traf man sich am 01.12.1989 erneut beim OBM.[442] Über diese Gespräche wurde im Sächsischen Tageblatt und in den Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten gleichlautend berichtet und mitgeteilt, daß „weitere Gespräche [...] im 14tägigen Rhythmus vereinbart“ worden sind.[443]

Am gleichen Tag fand 16.30 Uhr eine erste Beratung zu einem Runden Tisch im Bezirk Leipzig in Räumen der Karl-Marx-Universität statt, zu der keine Journalisten zugelassen waren.[444] So veröffentlichte die Leipziger Volkszeitung nur eine vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Roland Wötzel, und dem Sekretär für Propaganda, Jochen Pommert, übergebene Pressemitteilung[445] (vgl. Dokument 15).

Der Meldung des ST „Runder Tisch mit Ecken“[446] entlarvt den Artikel der SED-Zeitung LVZ als Zweckpropaganda. Der Moderator, Superintendent Ma-

bewußt offengelassen, vgl.: Pfiffe und Buh-Rufe für politische Realisten. 150.000 gestern bei Kundbegung in Leipzigs Innenstadt, in: Leipziger Volkszeitung vom 28.11.1989, S. 1. Der Bericht in den anderen beiden Leipziger Zeitungen ging auf den Runden Tisch nicht ein, vgl.: „Geschichte mitgeschrieben“. Herbert Schmalstieg sprach auf Leipziger Montagskundgebung, in: Die Union vom 28.11.1990, S. 1; Partner in einem gemeinsamen Haus. 200.000 bei Montagsdemo/Ansprache von Herbert Schmalstieg, OBM von Hannover, in: Sächsisches Tageblatt vom 28.11.1989, S. 1.

440 Partner in einem gemeinsamen Haus. 200.000 bei Montagsdemo/Ansprache von Herbert Schmalstieg, OB von Hannover, in: Sächsisches Tageblatt vom 28.11.1989, S. 1.

441 Diesen Termin bestätigte Günter Hädrich am 08.12.1989 in seiner Rede zur Stadtverordnetenversammlung und nannte das Gespräch ausdrücklich „Runder Tisch“, vgl.: Bericht zur Lage und zur Erneuerung der gesellschaftlichen Entwicklung in der Stadt Leipzig – Standpunkt zur Tätigkeit der Regierungskommission und zur Weiterarbeit an den Plandokumenten 1990, in: StAL StVuR(2) 2211, Bl. 1-30, hier Bl. 4 (p. 22).

442 Gespräch beim OBM – Neues Rathaus am 29.11.1989 17.30 bis ca. 19.30 Uhr und Gespräch am 01.12.89 beim OBM in Fortsetzung der Verhandlungen vom 19.11.1989, in: StAL RT Ord. 09, unp. Beide Protokolle liegen nur als verkleinerte Kopie in den Unterlagen der Untersuchungskommission des Runden Tisches der Stadt Leipzig vor. Sie sind im Original von Erika Bächer, später eine der beiden Beauftragten des Runden Tisches der Stadt beim OBM, unterzeichnet.

443 Forderungen nach Integration. Erstes Gespräch Opposition-amtierender OBM, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 01.12.1989, S. 8; Vertreter der Gruppierungen trafen sich, in: Sächsisches Tageblatt vom 01.12.1989, S. 6. Die Leipziger Volkszeitung berichtete nicht über dieses Treffen.

444 Es konnte bisher kein Protokoll über diese Zusammenkunft aufgefunden werden. Hinweise auf den Termin finden sich nur in Zeitungsveröffentlichungen sowie in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 134. Laut Auskunft des Sächsischen Staatsarchives Leipzig liegt auch im Bestand SED kein Protokoll dieser Sitzung.

445 Erstmals „Runder Tisch“ – Fortsetzung folgt. Alle Teilnehmer äußerten gemeinsame Verantwortung für Künftiges, Leipziger Volkszeitung vom 02./03.12.1989, S. 1.

446 Leipzig: Runder Tisch mit Ecken, in: Sächsisches Tageblatt vom 04.12.1989, S. 1.

girius, äußerte sich gegenüber ST „sehr entgegenkommend, aber zurückhaltend [...], denn eine Presseerklärung sei nicht verabschiedet worden.“ Zu den Montagsdemonstrationen sagte Magirius nur, daß man sich mit dem Thema befaßt habe, „um einer Polarisierung entgegenzuwirken“[447]. Kein Wort also von Sorge „über wachsende Tendenzen von Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Wiedervereinigungsträumen“, wie sie Wötzel und Pommert in der „Pressemitteilung“ behaupteten.[448]

Das Sekretariat der SED-Bezirksleitung hatte für die Sitzung am 29.11.1989 kurzfristig eine „Mündliche Information des 1. Sekretärs der Bezirksleitung über die Demonstration am 27.11.1989 in Leipzig“ als Tagesordnungspunkt 1 aufgenommen.[449] Offenkundig hatten die Forderungen nach einem Runden Tisch den 1. Sekretär Roland Wötzel und seine Genossen stark verunsichert.[450] So vereinbarten sie, bereits die erste Sitzung zu instrumentalisieren, indem sie beschlossen, möglichst „einen gemeinsamen Aufruf zusammenzubekommen“[451] (vgl. Dokument 13). Die SED hatte diese Presseerklärung bereits vor der Sitzung des Runden Tisches fertig[452] und obwohl sie keine Mehrheit fand, eigenmächtig an die LVZ zur Veröffentlichung gegeben (vgl. Dokument 14).

So erklärt sich die dargestellte Manipulation in der Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung. Bereits am 06.12.1989 mußte die LVZ allerdings eine Erklärung aller am Runden Tisch beteiligten unabhängigen demokratischen Gruppen Leipzigs veröffentlichen, die das Resümee zog, „daß es der SED einzig darauf ankommt, sich durch unabhängige demokratische Gruppen zu legitimieren, um Zeit zu gewinnen, ihre Sozialismusvorstellungen wieder durchzusetzen“[453] (vgl. Dokument 30).

Bei dieser Machtkonstellation und den offenkundigen Versuchen der SED, ihre Macht mit allen Mitteln zu erhalten bzw. zu restaurieren, nimmt es nicht wunder, daß sich vor dem vereinbarten Termin für die nächste Sitzung am 19.12.1989 in den Reihen der Opposition Protest regte. Auf einem „Koordinierungstreffen der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig“ am 09.12.1989 wurde ein Beschluß[454] gefaßt, der den „'Runden Tisch' mit dem

447 Ebenda.

448 Vgl.: Erstmals „Runder Tisch“ – Fortsetzung folgt. Alle Teilnehmer äußerten gemeinsame Verantwortung für Künftiges, Leipziger Volkszeitung vom 02./03.12.1989, S. 1.

449 Beschlußprotokoll Nr. 49/89 der Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 29.11.1989, Bl. 1-10, hier Bl. 2, in: SStAL SED IV F-2/3/120, unp. In der ursprünglichen Tagesordnung vom 27.11.1989 war dieser Punkt nicht vorgesehen.

450 Vermutlich spielte auch eine Rolle, daß sich am 28.11.1989 in Berlin der Demokratische Block aufgelöst und einen Runden Tisch angeregt hatte, vgl.: Demokratischer Block tagte. Gegenstand der Beratung war Einladung zum „Runden Tisch“, in: Leipziger Volkszeitung vom 29.11.1989, S. 1; Demokratischer Block für „Runden Tisch“, in: Sächsisches Tageblatt vom 29.11.1989, S. 1.

451 Beschlußprotokoll Nr. 49/89 der Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 29.11.1989, Beschluß Nr. 483/89, Bl. 1-10, hier Bl. 3, in: SStAL SED IV F-2/3/120, unp.

452 Presseerklärung der SED, in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

453 Runder Tisch – noch sehr eckig. Erklärung nach Vorbereitungsgespräch, in: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 2.

454 Beschluß des Koordinierungstreffens der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig, Leipzig 09.12.1989, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig für aufgehoben erklären“ und die gesamte Kontrolle der Stadtverwaltung in die Hände eines noch einzuberufenden Bürgerkomitees legen sollte.[455] „Die bestehenden Bürgerkomitees werden von dieser Erklärung in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung gebeten“[456], hieß es abschließend (vgl. Dokument 38).

Nicht nur die Opposition hatte bemerkt, daß die staatlichen Strukturen kurz vor dem Zusammenbruch standen. Fast zeitgleich stellte der Rat des Bezirkes in einem Brief „an alle neuen basisdemokratischen Gruppen und Parteien“[457] fest, daß er sich in Gefahr befände, „das öffentliche Leben nicht mehr aufrecht erhalten zu können“[458]. Daher wurden die neuen Gruppen und Parteien gebeten, in den ständigen Kommissionen des Bezirkstages „oder in der zur Bezirkstagssitzung am 14.12.1989 noch zu wählenden Kommission zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption“[459] mitzuarbeiten. Der Rat des Bezirkes lud diesbezüglich zu einem Vorbereitungsgespräch am 12.12.1989 ein[460] (vgl. Dokument 35).

Dieses Gespräch hat stattgefunden, dürfte aber vorwiegend der Klärung von Positions- und Einflußfragen gedient haben.[461] An das Zustandekommen des Rundtischgespräches hatten die Gruppen Forderungen geknüpft[462]: Einerseits die Offenlegung des SED-Besitzes und andererseits die Arbeitsmöglichkeiten der Gruppen. „Als zu bearbeitende Themen“ wurde die Untersuchung der Wahlfälschung, der Ereignisse vom 02. bis 09.10.1989 und die Privilegien der Parteifunktionäre vorgeschlagen[463] (vgl. Dokument 40).

455 Dieses Papier findet sich nicht in den Unterlagen des Runden Tisches der Stadt, sondern bei denen der 1. Sitzung des Runden Tisches auf Bezirksebene. Es trägt allerdings den Eingangsstempel des Rates der Stadt Leipzig, Sekretariat des Oberbürgermeisters vom 11.12.1989, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

456 Beschluß des Koordinierungstreffens der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig, Leipzig 09.12.1989, SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

457 Schreiben des Rates des Bezirkes an alle neuen basisdemokratischen Gruppen und Parteien, Leipzig 08.12.1989, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

458 Ebenda.

459 Ebenda.

460 Vgl.: Ebenda.

461 Vgl.: Vorschlag zum Runden Tisch, in: Sächsisches Tageblatt vom 14.12.1989, S. 6. Zu dieser Sitzung am 12.12.1989 fehlt jedes Protokoll auch in den entsprechenden Unterlagen des Rates des Bezirkes Leipzig.

462 Brief der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Einrichtung eines Runden Tisches auf Bezirksebene, Leipzig 11.12.1989, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

463 Bereits auf der Kundgebung zur Montagsdemonstration am 29.11.1989 hatte Jürgen Tallig für das Neue Forum die Einrichtung entsprechender Untersuchungskommissionen gefordert. Auf der gleichen Kundgebung waren von Vertretern der neuen demokratischen Gruppierungen „Gespräche am Runden Tisch“ gefordert worden, vgl.: Montags und kein Ende – Demos für die Wende, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 28.11.1989, S. 1.

3.3. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig

Die bestehenden Probleme konnten offenkundig soweit ausgeräumt werden, daß es am 19.12.1989 wie geplant zur ersten Sitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig kommen konnte.[464] Nachdem zur Beratung am 01.12.1989 noch die SED-Funktionäre Wötzel und Pommert eingeladen hatten[465], war es der Opposition in den darauffolgenden Tagen gelungen, zumindest ein gewisses Gleichgewicht herzustellen. Die Sitzungen fanden nun im Gebäude des Rates des Bezirkes statt und waren somit zumindest formal von der Partei- auf die Regierungsebene geschoben worden.

Im Protokoll wurde diese erste Beratung als „Vorbereitungsversammlung zum Runden Tisch“ bezeichnet. Es wurden ausschließlich Beschlüsse zu Formfragen verabschiedet. Deren Klärung war für den Erfolg der weiteren Arbeit von immenser Bedeutung. So konnte z. B. durchgesetzt werden, daß die Vertreter des FDGB und des VdgB nicht Mitglieder der SED-PDS sein durften, sondern parteilos sein mußten.[466] Wie wichtig das Zurückdrängen der SED am Runden Tisch auf der personellen Ebene war, zeigen die Ausführungen des 1. Sekretärs Roland Wötzel auf der Sitzung der SED-Bezirksleitung am 04.01.1990. Hierin äußerte Wötzel unverblümt, wie er mit Doppelmitgliedschaften versuchte, zumindest eine Parität für die SED herzustellen[467] (vgl. Dokument 58). Der gleichen Taktik folgend hatte auch Ministerpräsident Hans Modrow anläßlich der Amtseinführung des Leiters des AfNS Wolfgang Schwanitz gefordert, daß „die Genossen in den staatlichen Organen für die Partei in neuer Weise Verantwortung übernehmen müssen und der Partei in neuer Weise eine Chance zu bieten haben.“[468]

Weiterhin wurde beschlossen, daß u. a. auch „Herr Rosentreter als Beauftragter der Regierung (des Ministerpräsidenten)“[469] ohne Stimmrecht in der sogenannten äußeren Runde teilnehmen kann. Angeblich soll in dieser Beratung

464 Nach Peter Unterberg drohte das weitere Gespräch am Runden Tisch an den Forderungen der Oppositionsgruppen zu scheitern, vgl.: Peter Unterberg: „Wir sind erwachsen Vater Staat!“ Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig, Diplomarbeit, Ruhr-Universität Bochum 1991, unveröffentlicht, S. 102.

465 So Superintendent Friedrich Magirius, einer der Moderatoren, in einem Interview gegenüber Cornelia Liebold. Im Original-Interview spricht er von drei SED-Sekretären und gibt an, daß auch Kurt Meyer dabei war, vgl.: Cornelia Liebold: Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht, S. 47.

466 Vgl.: Protokoll vom 19. Dezember 1989 der Vorbereitungsversammlung zum Runden Tisch – Bezirk Leipzig, Bl. 14, hier Bl. 2, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

467 Vgl.: Protokoll der 23. Sitzung der SED-PDS-Bezirksleitung (Bezirksvorstandssitzung) am 04.01.1990, Leipzig 09.01.1990, Bl. 1-91, hier Bl. 78, in: LPA PDS SN VI/L/2.1.002, unp.

468 Tonbandabschrift der Dienstbesprechung anläßlich der Einführung des Genossen Generalleutnant Schwanitz als Leiter des AfNS durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Hans Modrow, Berlin 21.11.1998, Bl. 1-27, hier Bl. 18, in: BStU, ZA, ZAIG 4886, pag. 21.

469 Protokoll vom 19. Dezember 1989 der Vorbereitungsversammlung zum Runden Tisch – Bezirk Leipzig, Bl. 14, hier Bl. 2, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

auch der Runde Tisch der Stadt aufgelöst worden sein, was allerdings aus den vorliegenden Akten nicht hervorgeht.[470]

Auf der ersten regulären Sitzung am 02.01.1990 wurde zum Tagesordnungspunkt 2 „nach umfangreicher Diskussion [...] der vorliegende Entwurf der 'Geschäftsordnung des Bürgerkomitees Leipzig' [...] zum Beschluß erhoben."[471] Dabei handelte es sich um das Bürgerkomitee der Stadt und nicht um das für die Auflösung der Staatssicherheit. Es wurde vereinbart, nach dem 20.01.1990 über die Bildung des Bürgerkomitees sowie seine „Initiativmitglieder" zu informieren und die Leipziger zur Mitarbeit aufzurufen.

„In der ersten Beratung des Jahres 1990 bestätigte der Runde Tisch im Bezirk Leipzig die Ziele und Arbeitsgrundsätze des Bürgerkomitees Leipzig-Stadt. Das Bürgerkomitee setzt sich zum Ziel, alle Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung, der Lebensfähigkeit und Funktionstüchtigkeit des Territoriums zu unterstützen. Es vertritt die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger und ist allen Parteien und demokratischen Gruppen sowie Konfessionen zur Mitwirkung offen. Meldungen sind schriftlich bis zum 20.01.90 dem Bürgerkomitee zu übergeben. Arbeitsergebnisse werden veröffentlicht.

Der Runde Tisch empfiehlt, in den Stadtbezirken 'Bürgergruppen' analog zu bilden und räumt zur Durchsetzung gemeinsamer Bürgerinteressen ein, Bürgerinitiativen zu konstituieren."[472]

Über diese Sitzung und deren Ergebnisse wurde Ministerpräsident Hans Modrow bereits am nächsten Mittag fernschriftlich informiert.[473]

Der Ministerrat hatte schon am 21.12.1989 einen „Beschluß zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches" verabschiedet, der sich aber nur auf die Arbeit des Zentralen Runden Tisches bezog.[474] Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Leipzig kannte diesen Beschluß zwar, gab ihn aber zu diesem Zeitpunkt nicht offiziell bekannt. Erst im Februar faßte der Rat des Bezirkes, vermutlich auf Anregung des Runden Tisches[475], einen ähnlichen Beschluß.[476]

470 Zur Behauptung der Auflösung vgl.: Peter Unterberg: „Wir sind erwachsen Vater Staat!" Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig, Diplomarbeit, Bochum 1991, unveröffentlicht, S. 106.

471 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 2.01.1990, Leipzig 03.01.1990, Bl. 18, hier Bl. 4, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-2. Sitzung), unp.

472 Ebenda.

473 Vgl.: Fernschreiben des Vorsitzenden des RdB an den Vorsitzenden des MR der DDR, Leipzig 03.01.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-2. Sitzung), unp. Eine solche Information ist für die folgenden Sitzungen nicht mehr nachweisbar.

474 Beschluß des Ministerrats 7/1.b/89 vom 21.12.1989 zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-2. Sitzung), unp. Eine Kopie dieses Beschlusses liegt in den Unterlagen zum Runden Tisch.

475 Im Protokoll der Sitzung vom 18.01.1990 heißt es: „Herr Draber, Vorsitzender des Rates des Bezirkes, bietet an, die o.g. Fragen mit dem Sekretär des Rates des Bezirkes, Herrn Winter, zu besprechen. Im Ergebnis der Diskussion wurde der Vorschlag dahingehend präzisiert, daß der Rat des Bezirkes dem Runden Tisch am 1.2.90 einen Maßnahmeplan zur bezirklichen Umsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 21.12.89 unterbreitet. Dem Vorschlag wurde zugestimmt." Protokoll über

Zur Zusammenkunft am 18.01.1990 wurden die „Ergebnisse der Beratung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und [dem] Runden Tisch des Bezirkes Leipzig am 5.-7.1.90“[477] beraten und bestätigt. Bereits zuvor waren Arbeitsgruppen gebildet worden, die diese Zusammenarbeit zukünftig fachspezifisch weiterführen sollten. Nach Beratungen über den Sender Leipzig, einen Medienbeirat und die Vorbereitungen der Wahlen informierte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Joachim Draber, über die aktuelle Lage im Bezirk. Er mußte u. a. folgende Fragen beantworteten: „Welche Aufgaben übernehmen die Behörden der Volkspolizei, die vorher von der Stasi wahrgenommen wurden, um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten?“ oder „Wieviel ehemalige Angehörige des ANS sind durch die BDVP übernommen worden und warum?“.[478] Außerdem wurde zu dieser Sitzung ein Antrag des Bürgerkomitees zur Weiterführung der Auflösung der Staatssicherheit behandelt[479] (vgl. Dokument 61).

Am 24.01.1990 hatte auf Antrag des Bürgerkomitees eine Sondersitzung des RTL stattgefunden, die sich ausschließlich mit dem Stand der Auflösung des MfS in Leipzig beschäftigte.[480] Auch die nächste reguläre Sitzung am 01.02.1990 beschäftigte sich wiederum in zwei von vier Tagesordnungspunkten mit diesem Thema. Auf Antrag des Chefs der BDVP Leipzig, Generalmajor Gerhard Straßenburg, beriet man darüber, ob „67 ehemalige Mitarbeiter des MfS/ANS Leipzig in die Volkspolizei“[481] übernommen werden können. Es gab über dieses Thema sowie über die Wiedereingliederung ehemaliger MfS-Mitarbeiter eine lange und kontroverse Diskussion, in deren Verlauf mehrere Anträge gestellt und beraten wurden. Herr Scheibler (Demokratischer Aufbruch und Bürgerkomitee) beantragte:

„Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig fordert die Regierung und den Zentralen Runden Tisch auf, zentral und öffentlich rechtsverbindlich ehemalige Leiter, Mitarbeiter, hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter, inoffizielle Mitarbeiter sowie Informanten des ehemaligen MfS/ANS von ihrer Schweige- und Geheimhaltungspflicht (auch der aus dem geleisteten Fahneneid folgend) über Arbeitsweise, Ziele, Struktur und Befehlslage in o.g. Organisationen zu ent-

die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 18.01.90, Leipzig 22.01.1990, in: Bl. 16, hier Bl. 4, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

476 Beschluß des Rates des Bezirkes 18/90 vom 09.02.1990 zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches durch den Rat des Bezirkes Leipzig, Leipzig 09.02.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

477 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 18.01.90, Leipzig 22.01.1990, in: Bl. 16, hier Bl. 2, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

478 Ebenda, Bl. 4 f.

479 Vgl.: Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig, Leipzig 17.01.1990, in SStAL BT u. RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp. 2.8.4. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig beschließt eine Sondersitzung.

480 Vgl.: Kapitel 2.8.4. Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig beschließt eine Sondersitzung.

481 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 1.2.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 112, hier Bl. 4, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-4. Sitzung), unp.

binden. Die Verpflichtung zum Personen- und Quellenschutz entsprechend gültiger gesetzlicher Bestimmungen bleibt davon unberührt.“[482]

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Für die Bildung eines Kontrollausschuß, dem die „Überprüfung und Kontrolle der Arbeitsaufnahme von ehemaligen Mitarbeitern des MfS/ANS“ obliegen sollte, votierten 14 der insgesamt 16 Stimmberechtigten. Die Zusammensetzung wurde nur noch mit knapper Mehrheit festgelegt: „1 Vertreter Bürgerkomitee zur Auflösung des MfS/ANS, 1 Vertreter Kirche, 1 Vertreter Bürgerkomitee Leipzig, 1 Vertreter FDGB (Arbeitsrechtler), 1 Vertreter Runder Tisch (DFD)“. Das Bürgerkomitee sollte die Einberufung dieser Kontrollgruppe sichern. Der RTL hatte sich deutlich für die Notwendigkeit der Wiedereingliederung ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit ausgesprochen und dies als wichtige gesellschaftliche Aufgabe benannt, deren Gelingen aber „nicht zuletzt von der Offenlegung und der Wahrhaftigkeit der ehemaligen Mitarbeiter selbst abhängt“.[483]

Im Ergebnis der Sondersitzung des Runden Tisches und der Beratung am 02.01.1990 legte der Rat des Bezirkes fest:

„Die Ämter für Arbeit und Löhne haben zügig und in Zusammenarbeit mit den 5 bestätigten Vertretern des Runden Tisches die Eingliederung der ehemaligen Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit in den Arbeitsprozeß der volkseigenen Industrie durchzuführen und über den aktuellen Stand ständig zu informieren.“[484]

Mit diesem Protokoll erhielten die fünf Mitglieder der Kommission eine staatliche Legitimation. Jene Kontrollgruppe hatte auch die Gespräche mit all den Personen zu führen, die von der Polizei übernommen werden sollten.[485]

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über den Stand der Auflösung bei den konspirativen Objekten und Wohnungen sowie im Bereich „Post- und Fernmeldewesen“ berichtet. Der Regierungsvertreter Peter Rosentreter erläuterte den Ministerratsbeschluß über die Abänderung der Regelungen zu den hohen Überbrückungsgeldern, die die ausscheidenden Mitarbeiter erhielten,[486] derart ungenau, daß ein Mißtrauensantrag gegen ihn gestellt, aber nach Diskussionen wieder zurückgezogen wurde. Hinsichtlich der IM-Akten beschloß der RTL bei drei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen, diese nicht zu vernichten:

„Entsprechend den Empfehlungen des Runden Tisches Berlin sollte über den Verbleib bzw. die Vernichtung der Quell-Akten nach der Volkskammerwahl

482 Ebenda, Bl. 3 f.
483 Ebenda, Bl. 2.
484 Festlegungsprotokoll der Sonderratssitzung des Rates des Bezirkes am 05.02.1990, Leipzig 05.02.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-4. Sitzung), unp.
485 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 1.2.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 112, hier Bl. 7, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-4. Sitzung), unp.
486 Beschluß des Ministerrates 12/15/90 vom 01.02.1990 zur Änderung des Beschlusses vom 14. Dezember 1989 über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Auflösung desselben aus dem Dienst ausscheiden, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

durch eine unabhängige Untersuchungskommission entschieden werden. Bis dahin sind diese Akten einzufrieren.“[487]

Im weiteren beschäftigte sich der RTL mit der Wahlvorbereitung und dem Wahlkampf, den Kontakten nach Nordrhein-Westfalen, Umweltfragen sowie Eigentumsangelegenheiten.

Die Beratung am 15.02.1990 stand ganz im Zeichen der Vorbereitung der Leipziger Messe und der Volkskammerwahl. Breiten Raum nahm auch die weitere Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie Fragen zur Bildung des Landes Sachsen ein. Joachim Draber informierte über den Ministerratsbeschluß „über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit“ vom 08.02.1990 und dabei vor allem über die Bildung eines „staatlichen Komitees zur Auflösung des ehemaligen ANS“. Im Protokoll hieß es dazu: „Der Rat des Bezirkes wird dem Runden Tisch Maßnahmen vorlegen, wie der Beschluß auf Bezirksebene realisiert wird.“[488]

Ein weiterer Tagesordnungspunkt wirft ein aufschlußreiches Licht auf die Verfaßtheit der Justiz in dieser Zeit. Die Richterschaft des Bezirkes bekannte sich zur demokratischen Erneuerung und erklärte, daß die „erhobenen Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit auch Anliegen der Richter ist“. Plötzlich aber sahen die Richter ihre Unabhängigkeit gefährdet, da der gesellschaftliche Erwartungsdruck, z. B. bei den Verfahren gegen ehemalige Funktionäre, zu hoch sei. Ihre Rolle, die sie nur Tage zuvor noch als willfährige Ausführungsgehilfen der SED gespielt hatten[489], reflektierten sie mit keinem Wort.[490] Sie wollten vom RTL wissen, wie ihre Unabhängigkeit gewährleistet werden könnte, oder ob die Richter im Bezirk die Rechtsprechung vorerst einstellen sollten. Auf dieses Problem hatten sie bereits in einem „offenen Brief an die Regierung und den Runden Tisch in Berlin“ hingewiesen[491] (vgl. Dokument 72). Der Runde Tisch vereinbarte zur Klärung dieser Fragen für den 27.02.1990 eine weitere

487 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 1.2.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 112, hier Bl. 7, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-4. Sitzung), unp.

488 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 15.2.90, Leipzig 16.02.1990, Bl. 118, hier Bl. 8, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.; vgl.: Beschluß des Rates des Bezirkes 25/90 vom 22.2.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des AfNS, Leipzig 22.02.1990, in: SStAL BT u RdB 18322, unp. (vgl. Dokument 84).

489 Vgl. z. B.: Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1, Berlin 1995.

490 Zur damaligen Diskussion um die Justiz vgl. u. a.: „Die Richter kratzen die Kurve“, in: Der Spiegel, Nr. 10/1990, S. 144 – 155; Rechtsprechung im Clinch mit der Vergangenheit, in: Leipziger Volkszeitung vom 21.03.1990, S. 3; Torsten Preuß: Verfolgte fordern Justizperestroika, in: Die Tageszeitung vom 15.06.1990, S. 22; Politisch Verfolgte fordern radikale Reform der Justiz, in: Morgenpost vom 15.06.1990, S. 12; Heribert Prantel: Staatsanwälte in der DDR: Warten auf die befreienden Worte, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.03.1090, Armin Forbig: SED-Justiz-Filz, in: Sächsisches Tageblatt vom 24.04.1990; Heribert Prantel: Wünsche: Ich war Täter und Opfer, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.06.1990; Heribert Prantel: Wünsche: Die DDR-Justiz will nicht mehr unterwürfig sein. Selbstbewußtsein des Königs im Gerichtssaal, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.06.1990.

491 Offener Brief der Richter des Bezirkes Leipzig an die Regierung und den Runden Tisch in Berlin, Fernschreiben des Bezirksgerichtes Leipzig Nr. 66 vom 25.01.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

Sonderberatung. Die Direktorin des Bezirksgerichtes, Frau Hexelschneider, sollte auch zur Frage Stellung nehmen, „ob die Einstellung ehemaliger Angehöriger [des MfS] in Gerichten des Bezirkes Leipzig erfolgte, wenn ja, warum und mit welcher Begründung“.[492]

Auch auf der Sitzung am 01.03.1990 informierte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Joachim Draber, die Anwesenden über die aktuelle Lage im Bezirk, vor allem die Entwicklung zum Aufbau von Arbeitsämtern. Lange wurde über den Antrag verhandelt, das Gebäude der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit als Arbeitsamt zur Verfügung stellen. Da der RTL für die Objektvergabe des MfS nicht zuständig war, wurde der Antrag an den Runden Tisch der Stadt Leipzig mit der „Maßgabe, das Gebäude der ehemaligen Bezirksdienststelle MfS als künftiges Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen“, weitergereicht.[493] Außerdem nahm die Debatte über den anstehenden Wahlkampf und die Bildung des Landes Sachsen einen breiten Raum ein.

Die letzte Zusammenkunft vor der Volkskammerwahl fand am 15.03.1990 statt. Fragen der Wahlvorbereitung und der Bildung des Landes Sachsen standen im Mittelpunkt der Beratung. Lang und kontrovers wurde der Bericht über die Errichtung des Arbeitsamtes Leipzig diskutiert. Der RTSL war dem Votum der letzten Beratung gefolgt, so daß das Arbeitsamt in den Neubau der ehemaligen BVfS Leipzig in der Großen Fleischergasse einziehen sollte. Trotz massiver Gegenargumente blieb der RTL bei diesem Standpunkt. Die Leitung des Arbeitsamtes sollte das langjährige Mitglied des Rates des Bezirkes und Leiter der Abteilung für Arbeit und Löhne, Frau Sela übernehmen.[494] Dies stieß auf Kritik: „Auf Antrag des Herrn Scheibler, Bürgerkomitee Leipzig, sollte durch den Rat des Bezirkes eine öffentliche Ausschreibung zur Besetzung der Funktion der Leitung des Arbeitsamtes erfolgen.“[495] Die Diskussion um das Arbeitsamt nahm Herr Scheibler zum Anlaß, den Rat des Bezirkes aufzufordern, „den künftigen Einsatz von Kadern in verantwortlichen Funktionen vorher mit dem Runden Tisch abzustimmen“.[496] Wie wichtig es gerade im Bereich der Arbeitsämter gewesen wäre, die neuen Mitarbeiter und Leiter bewußt auszuwählen, zeigt sich in deren Arbeitsweise und der Kritik vieler Betroffener bis heute.

Im Ergebnis der Behandlung eines Antrages der Initiative für Frieden und Menschenrechte mit Unterstützung des Bürgerkomitees zur Vergabe ehemaliger MfS-Dienstanschlüsse an demokratische Gruppierungen wurde eine Kommission des Runden Tisches zur Überprüfung der ehemaligen MfS-An-

492 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 15.2.90, Leipzig 16.02.1990, Bl. 118, hier Bl. 13, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

493 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 1.3.90, Leipzig 02.03.1990, Bl. 111, hier Bl. 24, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-6. Sitzung), unp.

494 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 15.3.1990, Leipzig 26.03.1990, Bl. 113, hier Bl. 57, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-7. Sitzung), unp.

495 Ebenda, Bl. 7.

496 Ebenda.

schlüsse eingesetzt, deren Leitung das Bürgerkomitee inne hatte.[497] Da die Deutsche Post diese Überprüfung behinderte, stand das Thema auf allen zukünftigen Beratungen auf der Tagesordnung.[498]

Zum Schluß informierte „Herr Rosentreter, Beauftragter der Regierung Modrow für die Auflösung des MfS/ANS – Bezirk Leipzig, [...] daß er seinen Auftrag in dieser Hinsicht in Leipzig erfüllt hat und damit beendet. Er bedankt[e] sich bei den Vertretern des Runden Tisches sowie dem Bürgerkomitee Leipzig (Kommission zur Auflösung der MfS/ANS-Gebäude) für die positive Zusammenarbeit bei der Lösung der Aufgaben.“[499] Herrn Rosentreter wurde von Probst Hanisch „Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit“ ausgesprochen.[500]

Am Anfang der Beratung des Runden Tisches am 29.03.1990 stand die Berichterstattung über die Volkskammerwahl. Anschließend wurde ein Antrag des Bürgerkomitees eingebracht, daß der Runde Tisch sich mit dem Votum an die Volkskammer wenden solle, alle Abgeordneten mögen sich auf eine eventuelle Mitarbeit bei der Staatssicherheit hin überprüfen lassen[501] (vgl. Dokument 91). Dieser Antrag, in dessen Begründung es nicht nur um die Überprüfung der neu gewählten Abgeordneten ging, sondern auch darum, „alle Materialien des MfS/AfNS zu erhalten und den Zugang nur unter demokratisch anerkannter Kontrolle zu ermöglichen“[502], wurde einstimmig angenommen.[503] Bereits mehrmals stand die Nachnutzung der ehemaligen Ausweichführungsstelle der BVfS Leipzig in Machern auf der Tagesordnung. Es wurde nunmehr abschließend empfohlen, daß sich der RTSL direkt mit dem Rat des Kreises Wurzen in Verbindung setzt.[504]

Die Vorbereitung auf die Kommunalwahl am 06.05.1990 und die Umstrukturierung der ehemaligen Stadtbezirksverwaltungen sowie die Weiterführung von Tagebauen standen am 19.04.1990 an erster Stelle der Beratung. Aufgrund eines Dringlichkeitsantrages beschloß der RTL, den Bezirkstag aufzufordern,

497 Ebenda, Bl. 10.

498 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 29.3.1990, Leipzig 03.04.1990, Bl. 18, hier Bl. 4, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-8. Sitzung), unp.; Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 19.4.1990, Leipzig 23.04.1990, Bl. 19, hier Bl. 8, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-9. Sitzung), unp.; Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 3. Mai 1990, Leipzig 03.05.1990, Bl. 18, hier Bl. 4 f., in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-10. Sitzung), unp.; Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 22. Mai 1990, Leipzig 23.05.1990, Bl. 17, hier Bl. 3, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.

499 Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 15.3.1990, Leipzig 26.03.1990, Bl. 113, hier Bl. 12, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-7. Sitzung), unp.

500 Ebenda.

501 Vgl.: Antrag des Bürgerkomitee Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des MfS/ANS an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig, ein Votum zur Überprüfung auf MfS-Mitarbeit an die Volkskammer zu richten, Leipzig 29.03.1990, Kopie beim Autor. Ein gleichlautender Antrag liegt bei den Unterlagen des RTSL, in: StAL RT Ord. 04, p. 475-477.

502 Ebenda, p. 477.

503 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 29.3.1990, Leipzig 03.04.1990, Bl. 18, hier Bl. 4, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-8. Sitzung), unp.

504 Vgl.: Ebenda, Bl. 6.

sich aufzulösen.[505] Der RTL beanspruchte „ab diesem Zeitpunkt bis zur Installation einer landesweiten Legislative für das 'Land Sachsen' bzw. seines vorläufigen Territoriums alle Rechte und Pflichten des ehemaligen Bezirkstages Leipzig".[506] Die zukünftige Entwicklung klar vor Augen wurde „die Installation eines Runden Tisches des Landes Sachsen" empfohlen.[507]

Auch auf der Sitzung am 03.05.1990 ging es vordergründig um die Kommunalwahl sowie Fragen des Braunkohletagebaues. Joachim Draber informierte über die aktuelle Lage im Bezirk. Nach vielen anderen Detailfragen wurde ein offener Brief des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig mit der Forderung nach Enteignung des SED-Vermögens zur Kenntnis genommen.[508] Am Ende der Sitzung beriet das Gremium über den „Entwurf einer Beschlußvorlage für die Volkskammer zum weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/ANS-Dokumente und -Materialien sowie der Umgang mit ihnen"[509] (vgl. Dokument 103). Ob dieser vom Bürgerkomitee Leipzig erarbeitete und eingebrachte Entwurf vom RTL so beschlossen und an die Volkskammer geleitet wurde, ist aus den Protokollen nicht ersichtlich. Er bildete eine Grundlage des späteren Volkskammergesetzes zum Umgang mit den Stasi-Akten. Am Tag zuvor hatte sich bereits der RTSL diesen Antrag zu eigen gemacht.[510]

Auf der letzten Beratung des RTL am 22.05.1990 stand wiederum die nun stattgefundene Kommunalwahl, die Entwicklung der Braunkohletagebaue und die zukünftige Verwaltungsstruktur (Bezirk – Land) im Mittelpunkt. Aber auch die Stasi-Auflösung nahm breiten Raum in der Diskussion ein, da der Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990 „über die weiteren Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit ergeben"[511], auf starken Widerspruch am RTL stieß. Das Bürgerkomitee hatte sich mit zwei Schreiben an

505 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 19.4.1990, Leipzig 23.04.1990, Bl. 19, hier Bl. 5, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-9. Sitzung), unp.

506 Ebenda, Bl. 6.

507 Zur Bildung des Landes Sachsen und den diesbezüglichen Aktivitäten des Rundes Tisches des Bezirkes Dresden und der dortigen „Gruppe der 20", vgl.: Michael Richter: Räte, 'Volksvertretungen', Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende" 1989/90 in Sachsen, Weimar u. a. 1995, S. 157-188.

508 Am nächsten Tag, dem 04.05.1990, schickte der Leipziger Vorsitzende des PDS-Bezirksvorstandes Leipzig, Horst Gräske, ein Fernschreiben an Gregor Gysi und übermittelte ihm den offenen Brief. Darin führte er aus: „In den letzten Tagen wurde augenscheinlich, daß in den Kreisen, verstärkt in der Stadt Leipzig, die Bürgerkomitees gezielt Fragen des Parteieigentums, des Vermögens und der Enteignung der PDS als Wiedergutmachung aufwerfen. Das findet seinen Niederschlag teilweise auch in den Medien durch Artikel, die auf den Verzicht von Parteieigentum abzielen.", in: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.019, unp.

509 Entwurf einer Beschlußvorlage für die Volkskammer über den weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente und Materialien sowie der Umgang mit ihnen, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-10. Sitzung), unp.

510 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 12, in: StAL, RT Ord. 01, p. 146.

511 Beschluß des Ministerrates Nr. 6/6/90 vom 16.05.1990 über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben, in: BArch DC-20 I/3-2952.

den RTL gewandt[512], um auf bestehende Probleme, die die demokratische Kontrolle stark in Frage stellten, hinzuweisen und um Unterstützung gebeten[513] (vgl. Dokument 108). Im Protokoll wurde dazu festgehalten:

„Der Ministerratsbeschluß wurde der Leiterin des Arbeitsstabes zur Auflösung des MfS/ANS Bezirk Leipzig, Frau Machlitt, ohne Deckblatt in einer Arbeitsberatung in Berlin übergeben. Das Bürgerkomitee und die meisten Vertreter des Runden Tisches sind der Meinung, daß der Beschluß zurückgezogen werden sollte oder vom Inhalt die Öffentlichkeit zu informieren sei. Nach eingehender Diskussion wird den Parteien und politischen Gruppierungen empfohlen, sich mit ihrem Anliegen in einem Appell an die Regierungsparteien zu wenden mit der Maßgabe, die Aussetzung dieses Beschlusses zu fordern bzw. sich an der Mahnwache in der Beethovenstraße Leipzig in der Zeit vom 22. – 24.5.90, 16.00 bis 22.00 Uhr zu beteiligen.“[514]

Der als Anlage beigefügte offene Brief mit der Bitte um Unterstützung[515] wurde zwar noch zur Kenntnis genommen, aber keine weiteren Maßnahmen beschlossen (vgl. Dokument 106).

Am 22.05.1990 stellte der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig seine Tätigkeit ein. Es gab keinerlei Festlegungen über die weitere Durchsetzung der vom Runden Tisch getroffenen Entscheidungen.

3.4. Der Runde Tisch der Stadt Leipzig

Der Runde Tisch der Stadt Leipzig (RTSL) trat am 03.01.1990 nach den bereits beschriebenen Unstimmigkeiten bis hin zur zeitweiligen „Auflösung“ zu seiner ersten regulären Beratung zusammen. Da die Arbeit des RTSL als kommunales Selbstverwaltungsorgan in der Übergangszeit bei Cornelia Liebold[516] bereits dargestellt ist, werde ich im folgenden nur auf die eigenständigen Bemühungen der Runden Tische um Aufarbeitung und die Auflösung des MfS eingehen.

In der ersten Sitzung wurde die bereits am Vortag vom RTL beschlossene Geschäftsordnung des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig bestätigt.[517] Der RTSL wollte sich im Gegensatz zum Runden Tisch des Bezirkes Satzung und Geschäftsordnung geben, die in den folgenden Sitzungen beraten und beschlossen wurden. Bereits zur ersten Zusammenkunft spielte der Sachstand bezüglich

512 Schreiben des Bürgerkomitees Leipzig zum Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.
513 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Runden Tisches – Bezirk Leipzig am 22. Mai 1990, Leipzig 23.05.1990, Bl. 17, hier Bl. 6, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.
514 Ebenda, Bl. 7.
515 Offener Brief des Bürgerkomitees an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig vom 17.05.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.
516 Vgl.: Kapitel: 1.4.2. Die Runden Tische.
517 Vgl.: Festlegungsprotokoll Informelles Gespräch Runder Tisch Stadt Leipzig am 3.1.1990, Leipzig 08.01.1990, Bl. 1-5, hier Bl. 1, in: StAL RT Ord. 01, p. 476.

„der künftigen Nutzung von ehemaligen MfS/ANS-Gebäuden und deren Technik“ eine wichtige Rolle. Diese Problematik beschäftigte den Runden Tisch der Stadt bis zu seiner letzten Sitzung ständig, da das Thema in der Leipziger Öffentlichkeit große Brisanz besaß. Es lag aber auch im Interesse der Stadt selbst, ihr kommunales Eigentum zurückzuerlangen.

Zur nächsten Zusammenkunft am 17.01.1997 lag „allen stimmberechtigten Teilnehmern [...] eine Liste von zu übergebenden ANS/MfS-Gebäuden vor“[518]. Obwohl nur die ersten acht Dienstgebäude auf der Liste standen, vermerkte das Protokoll: „Die Teilnehmer am Runden Tisch sind über die konkreten Angaben, die Dimensionen und materiellen Werte des ehemaligen MfS entrüstet und bringen ihren Protest zum Ausdruck.“[519] Nach längerer Diskussion über das zukünftige Verfahren bildete der RTSL die erste Arbeitsgruppe, die sich mit der öffentlichen Vergabe der MfS-Objekte befaßte.

Am 23.01.1990 fand eine außerordentliche Beratung des RTSL statt. Tags zuvor hatte der wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung[520] in Untersuchungshaft sitzende letzte OBM Dr. Bernd Seidel die Wahlmanipulation der Kommunalwahl im Mai 1989 offen eingestanden. Der RTSL und auch das Bürgerkomitee der Stadt sprachen sich nach kontroverser Diskussion ausdrücklich dafür aus, daß die Stadtverordnetenversammlung (SVV) ihre Funktion in Abstimmung mit dem RTSL weiterführen sollte. Allerdings wurde ebenso beschlossen, „daß Kommunalwahlen unabhängig von zentralen Entscheidungen vorzubereiten sind.“[521]

Wenige Tage später, am 26.01.1990, löste sich die Leipziger SVV nach einer völlig konfusen Beratung und auf Antrag des Abgeordneten Bernhard Knupp (SED-PDS)[522] selbst auf. Die Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten titelten in der nächsten Ausgabe: „Die Quittung für SED-Wahlbetrug“.[523] Die Zeche zu zahlen hatten aber andere; so war es der Runde Tisch der Stadt Leipzig, der auf

518 Festlegungsprotokoll zur Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 17.1.1990, Leipzig 25.01.1990, Bl. 1-6, hier Bl. 5, in: StAL RT Ord. 01, p. 474.

519 Ebenda.

520 Durch kirchliche und andere unabhängige Gruppen war die Stimmauszählung zur Kommunalwahl am 07.05.1989 in allen Wahllokalen des Stadtbezirkes Leipzig-Mitte kontrolliert und eine Differenz zum offiziellen Ergebnis festgestellt worden. Die darauf eingereichten Anzeigen wegen Wahlfälschung wurden nicht bearbeitet. Erst am 07.12.1989 teilte der Leipziger Bezirksstaatsanwalt mit, „daß im Ergebnis der Prüfung einer ihm vorliegenden Anzeige“ ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet wurde, vgl.: Ermittlungsverfahren, in: Sächsisches Tageblatt vom 07.12.1989, S. 6.

521 Festlegungsprotokoll der außerordentlichen Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig vom 23.1.1990, Leipzig 25.01.1990, Bl. 1-5, hier Bl. 5, in: StAL RT Ord. 01, p. 454.

522 Bernhard Knupp war am 21.11.1989 zum Vorsitzenden der SED-PDS-Fraktion in der SVV Leipzig gewählt worden, die sich am gleichen Tag konstituiert hatte, vgl.: SED-Fraktion, in: Leipziger Volkszeitung vom 22.11.1989, S. 2.

523 Leipziger Stadtplenum löste sich auf. Quittung für SED-Wahlbetrug, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 27./28.01.1990, S. 1; vgl. auch: Als erste Stadt in der DDR: Leipzig ohne Parlament, in: Sächsisches Tageblatt vom 27./28.01.1990, S. 8; Thomas Müller: Das war's: Leipziger Stadtverordnete warfen gestern das Handtuch. Bernhard Knupps Argumente führten zur Entscheidung: Die Ausweise auf den Tisch gelegt und heimgegangen, in: Leipziger Volkszeitung vom 27./28.01.1990, S. 8.

seiner Beratung am 31.01.1990 die Funktion des Stadtparlamentes in Leipzig übernahm. Ein Vorschlag des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig und anderen Vertretern der neuen demokratischen Kräfte zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung[524], der offensichtlich mit dem amtierenden OBM, Günter Hädrich, abgestimmt worden war[525], bildete die Grundlage für die weitere Debatte (vgl. Dokument 75).

Der Rat der Stadt sollte im Auftrag und unter Kontrolle des RTSL weiterarbeiten. Ihm wurde ein eigenständiges Entscheidungsrecht, das „über die Erhaltungsfunktion der bestehenden Verwaltung“[526] hinausgeht, abgesprochen. Der Rat der Stadt hatte sofort nach der Auflösung der SVV dem RTSL seine Loyalität erklärt. Es wurde beschlossen, die Facharbeit in Kommissionen des Runden Tisches zu leisten. Die Mitglieder der aufgelösten SVV und ihrer ebenfalls aufgelösten ständigen Kommissionen, aber auch alle anderen Leipziger Bürger wurden aufgerufen, sich an der Kommissionsarbeit des Runden Tisches zu beteiligen. Eine entsprechende Satzungsänderung, die die neue Rolle des RTSL festschrieb, wurde vorbereitet.

Die Arbeitsgruppe zur Vergabe der MfS-Objekte berichtete über die Beratungen zur Vergabe der ersten acht ehemaligen Dienstobjekte. Im Verlauf der Diskussion äußerte sich „die berechtigte Sorge, daß nicht über die Verwendung aller Gebäude des ehemaligen MfS durch den Runden Tisch entschieden wurde“.[527] Im folgenden wurde aber nicht über die konkrete Vergabe, sondern nur über die Rahmenbedingungen abgestimmt. Darin war festgelegt: „Die Nachnutzung sollte eine möglichst große Wirksamkeit für die Stadt Leipzig haben, d. h. möglichst viele Bürger der Stadt sollen direkt oder indirekt davon Nutzen ziehen können.“[528] (vgl. Dokument 73). Die Arbeitsgruppe erhielt auch ein eigenes Antragsrecht am RTSL. Man rechnete mit ca. 500 Häusern und Wohnungen im Bezirk[529], deren Vergabe in jedem Fall öffentlich geschehen sollte. Man beklagte „heimliche Aktivitäten“ des MfS. Probst Hanisch berichtete über den schleppenden Prozeß der Preisgabe der vollständigen Objektlisten.[530]

524 Vgl.: Vorschlag des Bürgerkomitees und von Vertretern der neuen demokratischen Kräfte am Runden Tisch der Stadt Leipzig zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, o.D., in: StAL RT Ord. 01, p. 441.

525 Vgl.: Festlegungsprotokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig vom 31.1.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 1-13, hier Bl. 4, in: StAL RT Ord. 01, p. 423.

526 Vorschlag des Bürgerkomitees und von Vertretern der neuen demokratischen Kräfte am Runden Tisch der Stadt Leipzig zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, o.D., in: StAL RT Ord. 01, p. 441.

527 Festlegungsprotokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig vom 31.1.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 1-13, hier Bl. 10, in: StAL RT Ord. 01, p. 429.

528 Rahmenbedingungen für eine Nachnutzung der ehemaligen MfS-Objekte, Vorlage für die Sitzung am 31.01.1990, Leipzig 25.01.1990, in: StAL RT Ord. 02, p. 249 – 250.

529 Am Ende des RTSL waren es 156 Objekte, die übergeben wurden und 70, die noch zur Prüfung anstanden. Das Bürgerkomitee berichtete im Juni 1991 von 638 Objekten, die aufgedeckt und geräumt wurden, siehe auch S. 349 dieser Arbeit.

530 Offenkundig berichtete er über die Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig am 24.01.1990 zum Stand der MfS-Auflösung, die er ebenfalls moderiert hatte.

Schon auf der nächsten Sitzung am 07.02.1990 bildete der RTSL insgesamt 24 Kommissionen. Die Arbeitsgruppe zur Vergabe der MfS-Objekte wurde die Kommission 19. Die Untersuchungskommission arbeitete als Kommission 23[531] unter Leitung von Bernhard Knupp an der Aufklärung der schon im November aufgeworfenen Fragen (Wahlfälschung und die Ereignisse um den 9. Oktober). Nach einem Bericht des Bürgerkomitees bestätigte der RTSL, „daß entsprechend der vorgetragenen Informationen, die Funk- und Fernmeldetechnik [des MfS] der NVA, der Deutschen Post und an das Fernmeldeamt Leipzig übergeben wird".[532] An diesem Tag erfolgte auch die Übergabe des Gästehauses der BVfS Leipzig in der Primavesistraße 1 für die Einrichtung eines Kontaktbüros des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Zur Beratung am 14.02.1990 nahmen die neuen demokratischen Gruppen und Parteien das Angebot des amtierenden OBM an, Personen für unbesetzte Ratsfunktionen zu benennen. Außerdem wurden Erika Bächer und Christian Scheibler als Beauftragte des RTSL beim amtierenden OBM bestätigt. Da Christian Scheibler auch im Bürgerkomitee mitarbeitete, konnten die Interessen somit direkt beim Rat der Stadt vertreten werden. Auf dieser Sitzung wurde auch die geänderte Satzung und Geschäftsordnung beschlossen, in der es ausdrücklich hieß: „Nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig nimmt der Runde Tisch der Stadt Leipzig (RTSL) alle legislativen Aufgaben bis zur Kommunalwahl wahr."[533] (vgl. Dokument 81) Mit der Satzungsänderung war im Selbstverständnis des Runden Tisches und in der Auswirkung für die gesamte Stadt eine neue und innerhalb der DDR wohl einmalige Situation entstanden. In der nach Berlin bedeutsamsten Stadt, die von der 40jährigen Mißwirtschaft gezeichnet war wie keine andere, hatte der Runde Tisch formal die Macht übernommen. Die anderen Runden Tische – auch der Zentrale Runde Tisch – verstanden sich ausdrücklich nicht als „Ersatzparlamente", sondern nur als Kontrollinstitutionen.[534] Auch die Arbeit der Kommissionen bekam einen festen personellen wie formalen Rahmen. Der RTSL hatte sich somit Mitte Februar alle Instrumentarien geschaffen, um möglichst wirksam im kommunalen Bereich arbeiten zu können.

Bezüglich der MfS-Auflösung standen vor allem Fragen der weiteren Vergabe von Objekten, Telefonanschlüssen, Autos und ähnlichem auf der Tagesordnung dieser und aller anderen Sitzungen. Im Gegensatz zum RTL, an dessen

531 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 02.02.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 1-5, hier Bl. 3, in: StAL RT Ord. 01, p. 415. Bereits auf der 5. Tagung der Stadtverordnetenversammlung am 08.12.1989 war auf Antrag der SED-Fraktion ein Untersuchungsausschuß gebildet worden, dessen Vorsitz bereits der damalige Vorsitzenden der SED-Fraktion Berhard Knupp führte, vgl.: Antrag zur Beschlußfassung der 5. Tagung der Stadtverordnetenversammlung am 8.12.1989, Leipzig 21.11.1989, in: StAL StVuR(2) 2211, p. 7.

532 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 02.02.1990, Leipzig 02.02.1990, Bl. 1-5, hier Bl. 4, in: StAL RT Ord. 01, p. 416.

533 Satzung und Geschäftsordnung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (RTSL), in: StAL RT Ord. 02, p. 207-208.

534 Vgl.: Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990; sowie die Ausführungen zum RTL in Kapitel 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß.

Zusammenkünften der Regierungsbeauftragte, Peter Rosentreter, beratend teilnahm, war am RTSL der Sonderbeauftragte des Chef der BDVP, Oberstleutnant Bernd Pawlowski, vertreten.

Auf der Beratung am 28.02.1990 wurde auf Antrag des Bürgerkomitees eine „selbständige Verwaltungseinheit gebildet", die die vom Rat der Stadt übernommenen ehemaligen MfS-Gebäude bewirtschaften sollte. Mit dem Aufbau und der Leitung wurde Bernd Pawlowski beauftragt, der damit seine Funktion als Auflösungsbeauftragter der Polizei im März aufgab, aber weiter im Dienstverhältnis mit der DVP stand. Bereits für die Frühjahrsmesse sollten erste Nutzungsverträge abgeschlossen werden.[535]

Die Teilnehmer der Sitzung am 07.03.1990 stritten noch einmal vehement über die zukünftige Nutzung des Neubaus der BVfS in der Leipziger Innenstadt.[536] Dem Antrag des Amtes für Arbeit[537] wurde entsprochen, obwohl auch von der Kommission Kultur und Wissenschaft ein Antrag vorlag, „den Stasi-Neubau für eine Nutzung als 'Haus der Verlage' einzuplanen".[538] Die Vergabe weiterer MfS-Objekte nahm wie immer breiten Raum ein.

Die Nutzungskonzeption für die Vermietung des Neubaues wurde durch Herrn Pawlowski erarbeitet und zur Sitzung am 21.03.1990 bestätigt.[539]

Weiterreichende Fragen des Umgangs mit der MfS-Hinterlassenschaft beschäftigten den Runden Tisch erstmals am 28.03.1990. Im letzten Tagesordnungspunkt stimmte er dem Antrag des Bürgerkomitees zu, den Volkskammerabgeordneten nahezulegen, sich überprüfen zu lassen[540] (vgl. Dokument 91).

Bereits in der nächsten Sitzung am 04.04.1990 wurde ein „Dringlichkeitsantrag des Neuen Forums zur Diskussion [gestellt], der beinhaltete, daß sich die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung freiwillig einer Prüfung ihrer Stasi-Akten stellen mögen. Die Diskussion dazu verlief zustimmend. Veränderungen und Ergänzungen wurden lediglich zur technischen Durchführung,

535 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 28.02.1990, Leipzig 01.03.1990, Bl. 1-11, hier Bl. 6-7, in: StAL RT Ord. 01, p. 375-376.

536 Vgl.: Festlegungsprotokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig vom 07.03.1990, Leipzig 09.03.1990, Bl. 1-13, hier Bl. 3 u. 6, in: StAL RT Ord. 01, p. 353 u. 356.

537 Beschlußvorlage für die Sitzung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 7.3.90, Vorlage Nr. 2, Leipzig 05.03.1990, in: StAL RT Ord. 03, p. 49-51.

538 Antrag der Kommission Kunst, Kultur und Wissenschaft des RTSL an den Runden Tisch der Stadt Leipzig, Vorlage Nr. 8, [Leipzig] 01.03.1990, in: StAL RT Ord. 03, p. 259.

539 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 21.03.1990, Leipzig 23.03.1990, Bl. 1-9, hier Bl. 8, in: StAL RT Ord. 01, p. 325; sowie: Nutzungskonzept Große Fleischergasse, Leipzig 13.03.1990, Vorlage Nr. 6, in: StAL RT Ord. 04, p. 576-579.

540 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 28.03.1990, Leipzig o.D., Bl. 1-14, hier Bl. 14, in: StAL RT Ord. 01, p. 297; sowie: Antrag des Bürgerkomitees zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten, Leipzig 28.03.1990, Vorlage Nr. 6.5, in: StAL RT Ord. 04, p. 475-477. Mit dem gleichen Votum wandte sich auch der RTL einen Tag später an die Volkskammer.

auch aus der Sicht des Zeitdrucks, vorgeschlagen“[541] (vgl. Dokument 94). Dieser Beschluß war die Geburtsstunde des vehementen Einsatzes für eine geregelte Überprüfungsmöglichkeit, die sich in den Entscheidungsgremien der Stadt Leipzig bis heute fortgesetzt hat. Vom RTSL, der ersten frei gewählten SVV und ihrem Untersuchungsausschuß gingen in den nächsten Monaten und Jahren vielfältige Aktivitäten in diese Richtung aus.

Am 04.04.1990 sollte auch über eine Empfehlung der Untersuchungskommission entschieden werden, Generalmajor Gerhard Straßenburg von seiner Funktion als Chef der BDVP abzuberufen und ein diesbezügliches Schreiben an den Innenminister der DDR zu richten. In der Begründung hieß es, daß durch ihn „die gültigen Rechtsnormen nicht beachtet wurden [,] den erstatteten Anzeigen von Bürgern ist nicht nachgegangen und bekannte Sachverhalte sind nicht gründlich geprüft worden. [...] So ist auch Oberst Fritsche, Chef des VPKA, immer noch in seiner Funktion, obwohl er nachweislich falsche Aussagen vor der Volksvertretung gemacht hat. Es ist unverständlich, daß General Straßenburg[542] zwar Reden über den Erneuerungsprozeß der VP hält, aber selbst noch nicht von seiner Funktion zurückgetreten ist. Die Glaubwürdigkeit eines echten Erneuerungsprozesses bei der VP ist durch solche Verhältnisse nicht gegeben. Da General Straßenburg bisher nicht das persönliche Rückgrat hatte, um zurückzutreten, ist eine Abberufung von dieser Funktion durch den Innenminister erforderlich“[543] (vgl. Dokument 93). „Da weder der Vorsitzende der Untersuchungskommission, Herr Knupp[544], noch der Chef der BDVP, Herr General Straßenburg anwesend waren, lehnten die Teilnehmer des Runden Tisches die Beratung der vorliegenden Empfehlungen ab und beschlossen ihre Vertagung.“[545] Sein Fernbleiben von den nächsten Sitzungen bewahrte Generalmajor Gerhard Straßenburg auch später vor einer Beratung dieses Antrags.

Als einen weiteren wichtigen Punkt behandelten die Mitglieder des Runden Tisches an diesem Abend[546] die Vorlage über „Offenlegung der Eigentumsfragen einschließlich der rechtsverbindlichen Nachweise der Objekte der PDS –

541 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 04.04.1990, Leipzig o.D., Bl. 1-10, hier Bl. 3 f., in: StAL RT Ord. 01, p. 272 f.; sowie: Dringlichkeitsantrag des Neuen Forum an den RTSL zur Überprüfung der Wahlkandidaten, Leipzig 04.04.1990, in: StAL RT Ord. 04, p. 186.

542 Im Antrag der Untersuchungskommission und im Festlegungsprotokoll ist fälschlicherweise von General Straßenburger die Rede.

543 Empfehlung der Untersuchungskommission an den Runden Tisch, o.D., in: StAL RT Ord. 04, p. 465.

544 Bernhard Knupp war schon seit „März trotz mehrmaliger Vorladung unentschuldigt nicht bei den Sitzungen erschienen und als Mitglied aus[ge]schied[en].“ So Frank Pörner in einem Interview, vgl.: Cornelia Liebold: Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht, S. 56.

545 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 04.04.1990, Leipzig o.D., Bl. 1-10, hier Bl. 9, in: StAL RT Ord. 01, p. 274.

546 Vgl.: Ebenda, Bl. 5.

Bezirk, Stadt und Stadtbezirke“[547]. Obwohl die meisten Liegenschaften säuberlich aufgelistet wurden, gelang es bei den SED-PDS-Objekten – im Gegensatz zu denen des MfS –, im Endeffekt nur wenige in kommunale oder gemeinnützige Nutzung zu überführen.[548] Eine wichtige Ausnahme ist hier das Haus der Demokratie, die ehemalige SED-Kreisleitung Leipzig-Land, das noch heute für Gruppen und Vereine zur Verfügung steht.

In der folgenden Woche debattierte der RTSL ausführlich über Eigentumsfragen, die Weiterarbeit der Stadtbezirksversammlungen und die Einmischung des Rates des Bezirkes in kommunale Angelegenheiten.[549] Auch auf der Sitzung am 18.04.1990 stand die Sicherung kommunalen Eigentums, aber auch wieder die Vergabe von Stasi-Objekten und Wohnungen im Zentrum der Beratungen. Angesichts der nicht endenden Listen mit aufgedeckten konspirativen Objekten äußerte sich Superintendent Magirius „empört über das enge Netz, das das MfS über die Stadt und das Land gespannt hat“.[550]

Auf der nächsten Sitzung am 25.04.1990 sollte Rita Sélitrenny für das Bürgerkomitee über die Vorbereitungen zur Überprüfung der Wahlkandidaten für die Kommunalwahl berichten. Im Protokoll hieß es dazu:

„Herr Superintendent Magirius übernimmt die Moderation und bittet das Bürgerkomitee nunmehr die Vorschläge für die unabhängige Kommission zur Prüfung der Akten der gewählten Abgeordneten zu unterbreiten.

Frau Sélitrenny, IFM, berichtet dazu:

1. Die Kommission könnte die Arbeit in der Folgewoche aufnehmen.
2. Herr Eichhorn, verantwortlich für die Arbeitsstäbe zur Auflösung des MfS/AfNS, hat unter Berufung auf die Regierung verboten, Akteneinsicht vorzunehmen und bei Zuwiderhandlung Polizeieinsatz angedroht.

Diese Mitteilung stößt auf heftige Kritik seitens mehrerer Teilnehmer am Runden Tisch. Es setzt sich aber die durch Herrn Magirius und andere vertretene Auffassung durch, daß unter diesen Bedingungen eine Abstimmung über die Kommission nicht möglich ist. Dieser Standpunkt wird auch dadurch geför-

547 Offenlegung der Eigentumsfragen, einschließlich der rechtsverbindlichen Nachweise der Objekte der PDS – Bezirk, Stadt und Stadtbezirke, Leipzig 04.04.1990, in: StAL RT Ord. 04, p. 243-247; sowie Auflistung der SED-PDS-Objekte, in: StAL RT Ord. 04, p. 478-489.

548 Zur Strategie des 1. Sekretärs des SED-PDS-Bezirksvorstandes, Roland Wötzel, vgl. seine Darstellung auf der Sitzung des Bezirksvorstandes am 05.01.1990. Dort führte er aus: „Genossen, mancher Geschäftsordnungsantrag ist einfach ein Antrag, um über eine schwierige Situation zu kommen. Ich habe so lange Geschäftsordnungsanträge drüben gestellt am „Runden Tisch“, bis sie aufgehört haben, mir die Frage zu stellen, woher kommt denn das Parteieigentum, warum besitzt denn die SED dieses Haus hier. Das war doch früher Versicherung oder Finanzamt. Wie kommt ihr denn jetzt dazu, das war doch mal Volkseigentum.“ Protokoll der 23. Sitzung der SED-PDS-Bezirksleitung (Vorstand) am 04.01.1990, Leipzig 09.01.1990, in: LPA PDS SN VI/L/2.1.002, unp. (vgl. Dokument 58)

549 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 11.4.1990, Leipzig 17.04.1990. Bl. 1-14, in: StAL RT Ord. 01, p. 248-255.

550 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 18.4.1990, Leipzig 20.04.1990. Bl. 1-14, hier Bl. 13, in: StAL RT Ord. 01, p. 230.

dert, daß die Mitglieder der unabhängigen Kommission aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben werden sollen.“[551]

So wurde die weitere Behandlung dieses Themas vertagt, da die neue Regierung mit dem Innenminister Peter-Michael Diestel jede Akteneinsicht zu verhindern suchte. Im weiteren Verlauf der Sitzung schlug die PDS vor, das Haus der Demokratie ab 01.06.1990 „gegen eine günstige Miete“ weiter zur Verfügung zu stellen, was auf starke Ablehnung stieß. Eher den Kuriosa zuzuordnen ist ein Antrag der KPD des Bezirkes Leipzig, den ihr Vorsitzender und „Mitglied der Zentralen Leitung der KPD“, Bernhard Becker[552], stellte.

„Wir als KPD haben bis jetzt zugesehen, wie die Häuser der SED eins nach dem anderen entweder verschenkt oder entzogen werden. Wir als KPD wenden uns jetzt entschieden dagegen. Fest steht, einige Häuser gehören eindeutig der KPD. In Zukunft werden wir uns als KPD in diese Verhandlungen einschalten.

Wir als KPD lassen es nicht zu, daß der PDS Häuser entzogen werden, die der KPD gehören.“[553]

Den Antrag verwies man auf „den Rechtsweg“.[554] Außerdem wurde „über Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des ehemaligen MfS-Objektes 'Große Fleischergasse'“[555] berichtet. Die Kompetenzen von Bernd Pawlowski wurden sofort eingeschränkt, eine Kommission sollte die Vorwürfe prüfen.

Eine in ihrer Deutlichkeit sehr bemerkenswerte Erklärung gab der Leiter der Kommission Gesundheits- und Sozialwesen, Dr. Jürgen Zimmermann ab, in der er forderte, alle Leitungsfunktionen neu auszuschreiben. Dies begründete er klar und deutlich: „Keine Diktatur, auch die der SED nicht, zwingt Menschen in Führungspositionen.“ Die Forderungen und Feststellungen waren grundsätzlich, dennoch wurde eine Prüfung jedes einzelnen Falles gefordert: „konsequent in der Sache, menschlich verständnisvoll in der Form“ sollte der Umgang sein[556] (vgl. Dokument 98). Der Runde Tisch hat diese Erklärung, die eine Grundlage für den weiteren Umgang mit DDR-Eliten hätte werden können, nur zur Kenntnis genommen.[557] Neu war, daß sie nicht ausschließlich die Stasi-Tätigkeit zum Kriterium erhob, sondern weitergehende Fragen der per-

551 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 25.4.1990, Leipzig 26.04.1990. Bl. 1-13, hier Bl. 9, in: StAL RT Ord. 01, p. 192.

552 Später wurde bekannt, daß Bernhard Becker als IMB „Fuchs“ jahrelang in den Leipziger Oppositionsgruppen tätig war, vgl. u. a.: Gerhard Besier/Stephan Wolf (Hrsg.): „Pfarrer Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1992, S. 877; oder: Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1990, Leipzig 1994, S. 553.

553 Antrag der KPD an den Runden Tisch der Stadt Leipzig zu TOP 3, Leipzig 18.04.1990, in: StAL RT Ord. 05, p. 250.

554 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 25.4.1990, Leipzig 26.04.1990, Bl. 1-13, hier Bl. 11, in: StAL RT Ord. 01, p. 192.

555 Ebenda, Bl. 13, p. 194.

556 Erklärung der Kommission Gesundheits- und Sozialwesen des RTSL, Leipzig April 1990, in: StAL RT Ord. 05, p. 283.

557 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 25.4.1990, Leipzig 26.04.1990, Bl. 1-13, hier Bl. 13, in: StAL RT Ord. 01, p. 194.

sönlichen Eignung aufgrund des Verhaltens in der Diktatur in die Wertung einbezog.

Die Kommission Bildung stellte am 02.05.1990 einen Antrag, der in eine ähnliche Richtung zielte.[558] In den Monaten zuvor waren viele der aus der SED und dem MfS entlassenen Mitarbeiter in pädagogischen Berufen oder Einrichtungen untergekommen.[559] Dies sollte mit dem Antrag wieder rückgängig gemacht werden (vgl. Dokument 99).

Wolfgang Tiefensee, Stadtrat ohne Geschäftsbereich, begründete den Antrag, der kontrovers diskutiert wurde. Auf Kritik stieß vor allem, „daß solche Personen nach dem 9.10.89 überhaupt als Lehrer oder Erzieher eingestellt worden sind“. Der RTSL nahm den Antrag mit 7 Stimmen und 5 Gegenstimmen bei 7 Enthaltungen an.[560]

Auf wesentlich größere Akzeptanz stieß ein Antrag, der der zukünftigen SVV die Bildung eines Untersuchungsausschusses „zur Aufdeckung und Beseitigung stalinistischer Strukturen, Inhalte und Methoden des Bildungswesens“ empfahl[561] (vgl. Dokument 100). 15 Mitglieder des RTSL stimmten zu und 4 enthielten sich der Stimme.[562]

Die Umsetzung des Beschlusses zur Überprüfung der Wahlkandidaten wurde im Beisein von Vertretern des Bürgerkomitees und der Leiterin des Arbeitsstabes Leipzig des staatlichen Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS, Ingrid Machlitt, beraten. Im Protokoll wurde dazu vermerkt:

„Herr Probst Hanisch stellt die Frage, ob die Weisung des Herrn Eichhorn an die Arbeitsstäbe, die Akteneinsicht nicht mehr zuzulassen, schriftlich ergangen sei. Frau Machlitt, Arbeitsstab, bestätigt und erläutert die Weisung und legt Zusammenhänge dar.

Es folgt eine heftige und kritische Debatte darüber, ob sich der RTSL und die RT der Kreise mit Regierungsentscheidungen dazu abfinden sollen. Sie gipfelt in der vom bürgerlichen Selbstbewußtsein getragenen Forderung an die Regierung, die Akteneinsicht zu ermöglichen.

Auf Antrag von Herrn Scheibler, Beauftragter des RTSL, erläutern Vertreter der Bürgerbewegung[563], insbesondere Herr Polatschek, wie die Überprüfung der gewählten Stadtverordneten durchgeführt werden soll. Im wesentlichen

558 Antrag auf Beschlußfassung der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 28.04.1990, in: StAL, RT Ord. 05, p. 122.

559 Ein Beispiel ist der letzte Sekretär für Kultur der SED-Bezirksleitung Leipzig, Kurt Meyer, der als Lehrer in der Thomasschule eingestellt und später wieder entlassen wurde.

560 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 16, in: StAL, RT Ord. 01, p. 148.

561 Antrag der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 29.04.1990, in: StAL RT Ord. 05, p. 122.

562 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 16, in: StAL, RT Ord. 01, p. 148.

563 Gemeint ist hier das Bürgerkomitee zur Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit.

genügt Einsicht in die Suchkartei. Akteneinsicht ist nur erforderlich, wenn diese auf Verbindungen zum ehemaligen MfS hinweist.“[564]

Im Anschluß an diese Auseinandersetzung, die die Unzulänglichkeit der Regelungen zu den Stasi-Akten Anfang Mai 1990 zeigte, wurde eine Antrag des Bürgerkomitees behandelt, der der Volkskammer konkrete Vorstellungen zum zukünftigen Umgang mit den Stasi-Akten übermitteln sollte (vgl. Dokument 103). Die Gruppe Demokratie Jetzt hatte zusätzlich einen Antrag eingebracht[565], der vor allem auf die öffentliche Aufarbeitung der Strukturen und Arbeitsweise setzte und die Einrichtung eines Dokumentationszentrums vorschlug (vgl. Dokument 102). Dieser Antrag war vorher mit dem Bürgerkomitee abgestimmt und aus taktischen Gründen „im Auftrag“ eingebracht worden. „Nach lebhafter Diskussion über das Für und Wider der beiden Varianten“[566] wurde entschieden, den Brief des Bürgerkomitees an die Volkskammer zu schicken und den Vorschlag der Gruppe Demokratie Jetzt als Anlage beizufügen.

Mit diesen weitsichtigen und schon sehr detaillierten Entwürfen und Forderungen hat sich der RTSL und das Bürgerkomitee Leipzig für die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit schon sehr früh qualifiziert in die Diskussion um eine gesetzliche Regelung eingebracht.

Außerdem wandte sich der RTSL beschwerdeführend mit einem Schreiben an die Volkskammer und forderte die sofortige Rücknahme des Verbots der Überprüfung von Wahlkandidaten und Abgeordneten[567] (vgl. Dokument 101).

Zu dieser Sitzung Anfang Mai wurde Bernd Pawlowski von seiner Funktion als Leiter der Verwaltungseinheit wieder abgesetzt wegen der Vorwürfe und Unzulänglichkeiten bei der Vermietung und Bewirtschaftung der an die Stadt übertragenen MfS-Objekte.[568]

Die Kommissionen des Runden Tisches hatten am 16.05.1990 ihre jeweiligen Abschlußberichte zu geben. Frau Dr. Kluge übergab als Sprecherin der Untersuchungskommission die Abschlußerklärung und den Abschlußbericht zur Problematik Wahlfälschung, der überwiegend von Uwe Korth erarbeitet worden war. Uwe Korth war seit Januar 1990 aktives Mitglied des Bürgerkomitees zur Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit. Die Erklärung der Kommission zog in der Sache eine negative Bilanz. Schon im Mai mußte sie resümieren,

564 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 12, in: StAL, RT Ord. 01, p. 146.

565 Vorlage der Gruppe Demokratie Jetzt an den RTSL, Leipzig 02.05.1990, in: StAL RT Ord. 05, p. 22.

566 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 12, in: StAL, RT Ord. 01, p. 146.

567 Schreiben des RTSL an die Fraktionen der Volkskammer betreffs Überprüfung der gewählten Kommunalvertreter, Leipzig 02.05.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp. Da dieses Schreiben dem RTL zur Sitzung am 03.05.1990 bekanntgegeben wurde, liegt es in dessen Unterlagen. In den Akten des RTSL sucht man es vergeblich.

568 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 2. Mai 1990, Leipzig 04.05.1990, Bl. 1-17, hier Bl. 14, in: StAL, RT Ord. 01, p. 147.

daß die Untersuchungen „nicht in einem Fall zu juristisch relevanten Ergebnissen zu führen“ waren. Weiter hieß es: „Dürfen wir der Gefahr nicht erliegen, den Mantel des Schweigens und Vergessens sowie Vergebens über alles Geschehene zu breiten, denn wer sich an die Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Und diese Wiederholungen registrieren wir mit großer Aufmerksamkeit. So traten die Stellvertreter der besiegten Machthaber mit Reue über ihre jahrzehntelange Mitschuld in den Augen vor die Kameras und setzten ihre reuelosen Hintern in die freigewordenen Sessel.“[569] Gerade deswegen aber plädierte die Kommission ganz eindrücklich dafür, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unbedingt weiterzuführen (vgl. Dokument 104).

Nach der Bekanntgabe des Abschlußberichtes der Kommission 24, die die Nachnutzung der MfS-Objekte zu regeln hatte[570], setzten sich die Anwesenden für eine Weiterarbeit dieser Kommission bis zur Übergabe der Arbeit an die neue SVV ein. In dem Zusammenhang wurde erneut die noch offene Problematik des Eigentums der SED-PDS behandelt.[571] Dieser Bericht zählt 156 legendierte Objekte des MfS auf, die von der Kommission zur Vergabe vorbereitet wurden, 70 weitere befanden sich noch im Prüfungsstadium. Dagegen steht die Zahl von 638 konspirativen Objekten, die das Bürgerkomitee insgesamt aufdeckte und beräumte.[572] Der RTSL erachtete, auch nach seiner Auflösung, die Weiterarbeit des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit als notwendig.[573]

Am 23.05.1990 sollte die Arbeit des RTSL eigentlich nur abgeschlossen und an die zukünftige SVV übergeben werden. Da aber gerade der Ministeratsbeschluß vom 16.05.1990[574] bekannt geworden war, mußte darüber beraten und diskutiert werden. Superintendent Magirius würdigte „den Einsatz des Bürgerkomitees für die Sicherung der Akten unter parlamentarischer Kontrolle“. Christian Scheibler, Beauftragter des Runden Tisches, erklärt[e] es für unzumutbar, daß die Akten außer parlamentarische Kontrolle geraten und kritisiert[e], daß der Brief des Runden Tisches an die Volkskammer bisher unbeantwortet geblieben ist.“[575] Der Moderator des RTSL, Friedrich Magirius,

569 Erklärung der AG 23 des Runden Tisches der Stadt Leipzig zur Beratung des RT am 16.5.90, Leipzig 03.05.1990, in: StAL RT Ord. 06, p. 10.

570 Überleitungsbericht zum Arbeitsstand bei der Vergabe von Nachnutzungsrechten in ehemaligen ANS-Objekten (Stand 18.4.90), Leipzig o.D., Bl. 1-5, in: StAL RT Ord. 06, p. 176-178.

571 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 16. Mai 1990, Leipzig 21.05.1990, Bl. 1-12, hier Bl. 9, in: StAL, RT Ord. 01, p. 105.

572 Bürgerkomitee Leipzig informiert, Infoblatt des Bürgerkomitees, Leipzig Juni 1990, Bl. 1-4, hier Bl. 1, in: BKL Ablage Infoblätter.

573 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 16. Mai 1990, Leipzig 21.05.1990, Bl. 1-12, hier Bl. 11, in: StAL, RT Ord. 01, p. 106.

574 Vgl.: Beschluß des Ministerrates Nr. 6/6/90 vom 16.05.1990 über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben, in: BArch DC-20 I/3-2952.

575 Protokoll der Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 23. Mai 1990, Leipzig 28.05.1990, Bl. 1-5, hier Bl. 3, in: StAL, RT Ord. 01, p. 91.

konstatierte, „daß es wichtig sei, in dieser Angelegenheit stets angemessene Öffentlichkeit zu sichern.“[576]

16.30 Uhr an diesem Tag erklärte Superintendent Magirius den Runden Tisch der Stadt Leipzig für aufgelöst.[577] Am 30.05.1990 trat die neugewählte SVV zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.[578]

3.5. Verhältnis des Bürgerkomitees zu den Runden Tischen

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Runde Tisch des Bezirkes für die administrative Unterstützung der Auflösungsarbeit des Bürgerkomitees die weitaus wichtigere Rolle gespielt hat als der RTSL. Dies lag wohl vor allem in der staatlichen Struktur begründet, nach der die Räte der Bezirke direkt der Regierung nachgeordnet waren. Die Auflösung der Staatssicherheit als ein ehemals eigenständiges Ministerium war bei der Regierung angebunden. Die Einschätzung, daß der RTL nur eine marginale Rolle gespielt habe[579], ist nicht nachvollziehbar.

Die Initiative des RTL vom 19.04.1990 zur Bildung eines Runden Tisches des Landes Sachsen führte nicht mehr zum Erfolg, da die Volkskammer am 17.05.1990 die Legislaturperiode der Bezirkstage zum 31.05.1990 endgültig beendete und die Räte der Bezirke zur reinen Auftragsverwaltung für die Regierung de Maizière wurden.[580] Das Bürgerkomitee suchte von diesem Zeitpunkt an zunehmend die Nähe der Stadtverordnetenversammlung, die am 6. Mai neu gewählt worden war, um eine örtliche Anbindung und ein Gegengewicht zur Regierung de Maizière zu erlangen. Parallel dazu bemühte man sich um eine enge Zusammenarbeit mit dem Kontrollausschuß der Volkskammer unter Leitung des Abgeordneten Joachim Gauck.

Der Runde Tisch der Stadt dagegen hat vor allem bei der Aufarbeitung, Überprüfung von Abgeordneten und anderen Initiativen besondere Bedeutung für das Bürgerkomitee erlangt. In direkter Fortführung dieser Initiativen setzte die Stadtverordnetenversammlung im Mai einen Untersuchungsausschuß ein, der, wie noch zu zeigen sein wird, das Bürgerkomitee wesentlich unterstützte. Leipzig war die einzige Bezirksstadt, in der aufgrund der Auflösung der SVV

576 Vgl.: Ebenda.
577 Vgl.: Ebenda. Bl. 5, p. 92.
578 Vgl. Kapitel: 4.2.5. Der Untersuchungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung.
579 Vgl.: Cornelia Liebold: Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht, S. 48. Sie bezieht sich hierbei vor allem auf die Aussagen von Interviewpartnern.
580 Vgl.: Michael Richter: Räte 'Volksvertretungen', Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Weimar u. a. 1995, S. 157-188, hier S. 180.

der Runde Tisch der Stadt die Funktion des Stadtparlamentes übernahm.[581] Dies hatte vor allem auch für die Nachhaltigkeit gefaßter Beschlüsse und Entscheidungen in der Zeit nach der Kommunalwahl große Bedeutung.

Das Bürgerkomitee der Stadt Leipzig hatte an beiden Runden Tischen Stimm- und Antragsrecht. Das Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit brachte seine Anliegen „wahlweise" als Ausschuß des RTL oder durch das Bürgerkomitee der Stadt ein. Strategisch sehr bedeutsam war darüber hinaus, daß einige aktive Mitglieder des Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS für andere Gruppierungen oder Parteien an den Runden Tischen saßen[582]. Da das Thema „Staatssicherheit" auf allen Beratungen eine Rolle spielte und das Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit hohes Ansehen genoß, war diese personelle Überschneidung kein Problem, sondern wurde hinsichtlich der Bewältigung der Aufgaben als eher dienlich akzeptiert.

4. Weiterarbeit unter der frei gewählten Regierung de Maizière

Aufgrund der im Februar und März getroffenen Vereinbarungen und Festlegungen sowohl in Leipzig als auch auf zentraler Ebene in Berlin stand die Weiterarbeit auf relativ sicherer Grundlage. Mit der Regierungsbildung erhielt der Innenminister Peter-Michael Diestel die Zuständigkeit für den gesamten Auflösungsprozeß.[583]

Als erster frei gewählter Innenminister stellte er die Legitimation der Bürgerkomitees grundsätzlich in Frage. Erst mit der Bildung des Sonderausschusses der Volkskammer konnte dieses Problem gelöst werden.

4.1. Übergangsphase bis zur Regierungsbildung

Aus der Volkskammerwahl am 19.03.1990 ging, für viele unerwartet, die CDU als klarer Sieger hervor. Damit zerschlugen sich die Hoffnungen der SED und ihres alten Verwaltungsapparates, den Auflösungsprozeß weiter beeinflussen zu können. In dieser Phase zwischen Wahl und Regierungsbildung (19.03. bis

581 Eine ähnliche Situation war z. B. in Bad Kösen (Bezirk Halle) eingetreten. Diese Stadt hatte mit 5.600 Einwohnern nur etwas mehr als 1 % der Leipziger Bevölkerung. Vgl.: Bad Kösen: „Tisch" regiert. Stadtverordnetenversammlung löste sich selbst auf, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 26.01.1990, S. 1.

582 Vor allem sind hier Michael Kleinert (Demokratischer Aufbruch), Christian Scheibler (Demokratischer Aufbruch) und Rita Sélitrenny (Initiative für Frieden und Menschenrechte) zu nennen.

583 In weit über 60 Gerichtsverfahren hat Peter-Michael Diestel in den zurückliegenden Jahren versucht zu beweisen, daß er erst ab 16.05.1990 für die MfS-Auflösung zuständig gewesen wäre und daher keinerlei Verantwortung für die Aktenvernichtungen dieser Zeit trüge. Dies ist ihm letztendlich vor dem Hamburger Oberlandesgericht widerlegt worden, vgl. u. a.: Landgericht Hamburg Az. 324 O 339/92; Oberlandesgericht Hamburg Az. 3 U 184/94; sowie: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 208 ff. In den Unterlagen zu den genannten Gerichtsverfahren finden sich umfängliche Beweisaufnahmen mit Zeugenvernehmungen zu diesem Themenkomplex. Eine besondere Rolle spielte hier die Auflösung der HVA.

19.04.[584]) handelten die Bürgerkomitees die bereits dargelegten Vereinbarungen mit dem staatlichen Komitee und den Regierungsbevollmächtigen aus.

Das Berliner Bürgerkomitee sah seine Tätigkeit mit der Volkskammerwahl eigentlich als beendet an. „Da sich die Bildung der neuen Volkskammer langwieriger gestaltet und somit auch die Einsetzung eines parlamentarischen Kontrollausschusses erst im Laufe des Monats April erfolgen wird, muß die Arbeit des Bürgerkomitees vorerst fortgeführt werden. Ansonsten besteht die Gefahr eines Vakuums bei der gesellschaftlichen Kontrolle“, teilte das Berliner Bürgerkomitee am 30.03.1990 der Öffentlichkeit mit.[585] Auf ausdrückliche Anfrage baten die Vorsitzenden aller in der Volkskammer vertretenen Parteien das Berliner Bürgerkomitee schriftlich um Weiterarbeit.

Da die Bildung des Landes Sachsen mit einem entsprechenden Landtag noch ausstand und die existierenden Bezirkstage auch aufgrund der Wahlfälschung zustande gekommen waren, ging das Bürgerkomitee Leipzig davon aus, daß es ebenso wie die Runde Tisch in Stadt und Bezirk bis zu den Kommunalwahlen weiterarbeitet.[586]

Ende März bewegte das ganze Land die Frage, ob in die neue Volkskammer Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit gewählt worden waren. Daher wandten sich der Runde Tisch, die Bürgerkomitees und auch die Regierungsbevollmächtigten an die Volkskammer mit der Bitte, eine entsprechende Überprüfung zu veranlassen. Andere argumentierten gegen eine Überprüfung, in der sie eine Gefährdung des gerade aufzubauenden Rechtsstaates sahen.[587] Hierzu entspann sich eine kontroverse öffentliche Diskussion, in die die Bür-

584 Auf der 2. Tagung der Volkskammer am 12.04.1990 stellte de Maizière die Kandidaten für den Ministerrat vor, die im Verlauf der Sitzung gewählt wurden. Die Regierungserklärung verlas de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer am 19.04.1990.

585 Mitteilung des Bürgerkomitees Normannenstraße, Berlin 30.03.1990, in: MDAB, Bestand Auflösung, unp.

586 Zu diesem gesamten Komplex vgl. Kapitel: 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß.

587 Die Gegner der Überprüfung befanden sich auf allen Ebenen der Gesellschaft und äußerten sich nicht nur öffentlich. So schrieb der beauftragte Leiter des AfNS in Auflösung, General Engelhard, an den Vorsitzenden des Berliner Bürgerkomitees, David Gill, einen Brief, in dem es u. a. hieß: „Mit Bestürzung wurde von mir und meinen Kollegen die begonnene Kampagne für eine Überprüfung der frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer der DDR zur Kenntnis genommen. [...] Wir halten eine Überprüfung und Offenlegung von Personendaten generell für verfassungswidrig und außerdem als dringend straftatverdächtig gemäß § 245 StGB. [...] Die voraussehbaren Folgen einer derartigen Maßnahme machen deutlich, daß offensichtlich eine weitere Destabilisierung des Landes mit sicher sehr negativen Folgen für viele Menschen in beiden deutschen Staaten angesteuert werden soll. Die Überprüfung und Offenlegung von Personendaten zu einer jetzt ins Auge gefaßten Kategorie würde nur der Beginn einer allgemeinen derartigen Aktion mit allen ihren unübersehbaren Folgen für die Gesellschaft sein. [...] es steht außer Zweifel, daß eine Offenlegung von Prüfergebnissen zu chaotischen Verhältnissen führen würde, die nicht mehr beherrscht werden können, da künftig jeder Denunziation und Forderung auf Prüfung und Offenlegung ihres Ergebnisses auf allen Ebenen und in allen Bereichen nachgekommen werden müßte. Diese unheilvolle undemokratische Entwicklung kann nur verhindert werden, wenn [...]“, Brief des beauftragten Leiters des AfNS in Auflösung, General Engelhard, an den Vorsitzenden des Berliner Bürgerkomitees, David Gill, Berlin 22.03.1990, in: MDAB Bestand Auflösung, unp.

gerkomitees bewußt eingriffen. So rief das Bürgerkomitee Leipzig für den 29.03.1990 zu einer Demonstration auf[588] (vgl. Dokument 90).

Unter dem Motto „Lieber Wanzen im Bett, als Stasi in der Regierung" trafen sich an diesem Donnerstag wieder über 10.000 Leipziger auf dem Karl-Marx-Platz. Sie zeigten Transparente wie „Geheimdienste aller Länder beseitigt euch" oder „Wenn die Stasi uns regiert, sind wir wieder angeschmiert". Redner des Neuen Forums, des Bürgerkomitees und der Initiative Frieden und Menschenrechte verlangten, alle neugewählten Volkskammerabgeordneten auf eventuelle MfS-Mitarbeit zu überprüfen. Es ginge nicht um Rache und Verfolgung, betonten die Redner, sondern ausschließlich darum, daß ehemalige Stasi-Leute keine neuen Machtpositionen erhielten. In Erinnerung an die Forderungen vergangener Montagsdemonstrationen riefen Tausende Demonstranten auf dem Ring: „Stasi in die Volkswirtschaft, nicht ins Parlament."[589]

Am gleichen Tag hatte sich das Bürgerkomitee mit einem entsprechenden Antrag an den RTL gewandt, der diesem ebenso zustimmte wie der RTSL am Tag zuvor.[590] Innenminister Peter-Michael Diestel konnte zwar lange Zeit die Überprüfung verhindern, die Volkskammer bildete aber dennoch einen Überprüfungsausschuß. In dieser Diskussion sprach sich das Bürgerkomitee immer für öffentliche Aufarbeitung der Strukturen aus, weigerte sich aber, Namen ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit bekanntzugeben. Statt dessen legte es den ehemaligen Mitarbeitern nahe, sich selbst zu offenbaren und entwikkelte Vorschläge für ein Überprüfungsverfahren, das den Datenschutz gewährleistete.[591]

Da sich die personelle Situation im Bürgerkomitee Anfang März wiederum verschlechtert hatte, wandte sich das Bürgerkomitee in einem Aufruf an alle Bürger der Stadt und an die Runden Tische mit der Bitte um weitere Mitstreiter. In der Leipziger Volkszeitung erschien ein „SOS vom Bürgerkomitee Leipzig: Was passiert mit den Stasi-Akten?"[592] (vgl. Dokument 96). In den

588 Aufruf des Bürgerkomitees zu einer Demonstration, Leipzig 26.03.1990, Kopie beim Autor.

589 Vgl.: Birger Zentner: Schon Behauptung genügt für Politiker-Abschuß. Bürgerkomitee in Leipzig: Abgeordnetenüberprüfung wäre ziemlich problemlos möglich, in: Leipziger Volkszeitung vom 29.03.1990, S. 16; Hartmut Hübner: Erste Demo nach der Wahl. Tausende forderten gestern: Abgeordnete überprüfen, in: Leipziger Volkszeitung vom 30.03.1990, S. 1; Albrecht Günther: Volkskammer ohne Stasi-Fraktion, in: Sächsisches Tageblatt vom 30.03.1990; S. 1; Neues Demo-Zeitalter begann in Leipzig. Stasi ohne Ende, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 30.03.1990, S. 1; Reiner Tetzner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990, S. 104-106. In vielen anderen Städten fanden am 29.03.1990 ebenfalls Demonstrationen zu diesem Thema statt, vgl. u. a.: Jeder Verdacht muß ausgeräumt sein, in: Neues Deutschland vom 30.03.1990; S. 1; Vorwärts und nicht mehr essen: Die Tageszeitung vom 30.03.1990; S. 3.

590 Vgl. Kapitel: 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß sowie Dokument 91.

591 Vgl. u. a.: Birger Zentner: Schon Behauptung genügt für Politiker-Abschuß. Bürgerkomitee in Leipzig: Abgeordnetenüberprüfung wäre ziemlich problemlos möglich, in: Leipziger Volkszeitung vom 29.03.1990, S. 16; Keine Mitteilungen über Stasi-Mitarbeiter, in: Leipziger Volkszeitung vom 04.04.1990, S. 16.

592 SOS vom Bürgerkomitee Leipzig: Was passiert mit den Stasi-Akten?, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.04.1990, S. 1; vgl. auch: Wolfgang Steinweg: „Wir werden jetzt an die Wand gedrückt", in:

folgenden Tagen und Wochen fand sich eine Reihe neuer Mitarbeiter, die aber nur begrenzt zur Verfügung standen. Einige Bürgerkomiteemitglieder ließen sich in dieser Zeit vom Arbeitsstab Leipzig des staatlichen Komitees anstellen.

4.2. Auch die neue Regierung mit Innenminister Diestel kämpft gegen eine kontrollierte Auflösung

Das Bürgerkomitee hatte angenommen, daß die restlose Auflösung des MfS und die Dokumentation der Tätigkeit der Staatssicherheit unter der neuen Regierung zu verwirklichen wären. Jedoch auch der Regierung de Maizière und Innenminister Peter-Michael Diestel mußte jede Form der öffentlichen Kontrolle bzw. eine öffentliche Aufarbeitung mühsam abgerungen werden.[593]

4.2.1. Innenminister Diestel erklärt die Tätigkeit der Bürgerkomitees für beendet

Der Ministerrat unter Leitung des Ministerpräsidenten de Maizière verabschiedete in seiner 2. Sitzung den vorläufigen Geschäftsverteilungsplan.[594] Hierin wurde unter Punkt 2.6. festgelegt: „Das Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und der Unabhängige Untersuchungsausschuß gegen Amtsmißbrauch und Korruption werden dem Ministerium für Innere Angelegenheiten zugeordnet".[595] Somit war Peter-Michael Diestel seit dem 18.04. 1990 für den Gesamtbereich der Auflösung der Staatssicherheit als Innenminister zuständig, was er allerdings jahrelang gerichtlich bestritt. Bereits am 17.04.1990 hatte er sich mit dem Koordinator der Bürgerkomitees, Thomas Schmidt, getroffen und ihm mitgeteilt, daß er die Arbeit für beendet betrachte und den Bürgerkomitees nur noch eine Beraterfunktion zukäme. Als Minister der frei gewählten Regierung müsse er sich nur vom Parlament kontrollieren lassen. Am 20.04.1990 schickte er ein Schreiben an die Bezirksbürgerkomitees[596], in dem er ihnen für ihre Arbeit dankte und mitteilte, daß er nun alle Verantwortung übernommen habe. Eine Regierungskommission[597] würde die

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 23.03.1990, S. 14; Björn Wilda: Druck auf Bürgerkomitee, „Aber wir machen weiter", in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 29.03.1990; S. 2.

593 Vgl.: Johannes Beleites: Nachwort, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 359-362.

594 Beschluß des Ministerrates Nr. 2/2/90 vom 18.04.1990 über den Geschäftsverteilungsplan der Regierung, in: BArch DC-20 I/3-2944, unp.

595 Ebenda.

596 Schreiben des Ministers für Innere Angelegenheiten, Peter-Michael Diestel, an das Bürgerkomitee Rostock, Berlin 20.04.1990, in: Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990, S. 35.

597 Diese Regierungskommission wurde von Innenminister Peter-Michael Diestel am 22.05.1990 berufen und konstituierte sich am 30.05.1990. Ihr gehörten folgende Personen an: Stefan Heym (Schriftsteller), Walter Janka (Schriftsteller), Michael Kummer (Physiker, Berliner Bürgerkomitee), Günther Krone (Jurist), Manfred Mühlmann (Jurist) sowie der Direktor der Caritas, Monsignore Helmut Puschmann und Oberkonsistorialrat Ulrich Schröter. Als Sekretär wurde der ehemalige Regierungs-

notwendige Kontrolle übernehmen, und „die bisherige Tätigkeit der Bürgerkomitees [habe damit] einen rechtsstaatlich geordneten Abschluß“[598] gefunden. Die Bürgerkomitees protestierten heftig, worauf der Innenminister seine Äußerungen öffentlich abschwächen mußte.[599] Eine wirkliche Kompetenz und Kontrollfunktion wollte er ihnen dennoch nicht zugestehen. Wann immer die Medien über die Arbeit der Bürgerkomitees mit den Akten berichteten, reagierte Diestel, indem er Anweisungen zur Sperrung der Archive gab. Aufgrund der geschilderten Konstellation in Leipzig konnten die Auswirkungen dieser Politik minimal gehalten werden, so daß das Bürgerkomitee kontinuierlich weiterarbeitete.

Wichtig war vor allem, daß mit Ingrid Machlitt ein Mitglied des Bürgerkomitees den Bezirksarbeitsstab leitete und die Polizei nach wie vor großen Wert auf die Sicherheitspartnerschaft mit dem Bürgerkomitee legte. So wurden bis Ende September 1990 alle Vereinbarungen, Festlegungen oder Anweisungen, die der Leipziger Polizeichef oder sein Beauftragter bezüglich der MfS-Problematik erließ, gemeinsam mit dem Bürgerkomitee erarbeitet und gegengezeichnet. Die Objekte, in denen Stasi-Akten lagerten, wurden von der Polizei bewacht und vom Bürgerkomitee versiegelt.

4.2.2. Verhinderung weiterer Aktenvernichtung

In Berlin wurden bis zum Juni 1990 noch große Mengen Akten vernichtet, so z. B. sogenannte Fernschreiben der Hauptabteilung III, wobei es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um die Protokolle der abgehörten Telefongespräche handelte. Vor allem aber die Hauptverwaltung Aufklärung nutzte das Zugeständnis, sich selbst aufzulösen, dazu, fast ihren gesamten Aktenbestand zu vernichten.[600] Zu diesem Zweck waren alle Akten der HVA in die Berliner Roedernstraße verbracht worden. In diesem Objekt arbeiteten bis Ende Mai 192 HVA-Offiziere[601], die die Verbindungen zu den Inoffiziellen Mitarbeitern im Westen „abschalteten“ und danach die entsprechenden Akten zerschred-

beauftragte und vormalige Chef der Zivilverteidigung, Generaloberst Fritz Peter, berufen, vgl.: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 218-227.

598 Schreiben des Ministers für Innere Angelegenheiten, Peter-Michael Diestel, an das Bürgerkomitee Rostock, Berlin 20.04.1990, in: Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990, S. 35.

599 Vgl.: Bürgerkomitees wehren sich gegen Diestels Stasi-Alleingang, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 20.04.1990; Klarstellung, Korrektur oder Beschwichtigung? Bürgerkomitees sollten nie degradiert werden, in: Leipziger Volkszeitung vom 22.04.1990; Jeder Tag ein Alptraum. DDR-Bürgerkomitees bewachen den Stasi-Nachlaß und werden mit dem Aktenberg nicht fertig, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 23.04.1990, S. 50-56; Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 208-214.

600 Vgl. u. a.: Landgericht Hamburg Az. 324 O 339/92; Oberlandesgericht Hamburg Az. 3 U 184/94; sowie: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996, S. 208 ff. In den Unterlagen zu den genannten Gerichtsverfahren finden sich umfängliche Beweisaufnahmen mit Zeugenvernehmungen zu diesem Themenkomplex.

601 Abschlußbericht über die Auflösung der ehemaligen HVA, Berlin 25.06.1990, Kopie beim Autor.

derten. Der zuständige Innenminister Peter-Michael Diestel verhinderte diese Vernichtungen nicht, sondern bemühte sich darum, die noch in den Bezirken liegenden Akten gleichfalls nach Berlin zu holen. Sie sollten dort ebenso vernichtet werden. So ging im April ein Schreiben des Leiters des staatlichen Komitees, Günter Eichhorn, beim Leipziger Arbeitsstab ein, in dem er die sofortige Übergabe der Akten der Abteilung XV „zur Vernichtung durch die Hauptverwaltung Aufklärung – in Auflösung –“ anwies. Dieses Schreiben hatte Diestel mit seiner Unterschrift bestätigt[602] (vgl. Dokument 97).

Das Bürgerkomitee wurde über das Schreiben in Kenntnis gesetzt und verweigerte die Herausgabe der Akten. Die Vereinbarungen mit Polizei und Bezirksarbeitsstab, ohne Zustimmung des Bürgerkomitees keine Akten herauszugegeben, wurden erneuert. Das Bürgerkomitee hatte zuvor u. a. damit gedroht, die Öffentlichkeit über die geplante Vernichtung zu informieren. Die Polizei fürchtete für diesen Fall unkalkulierbare Reaktionen und verließ sich auf die bereits bewährte Form der Sicherheitspartnerschaft. Man hatte inzwischen gelernt, daß in schwierigen Situationen die Berliner Zentrale keine große Hilfe war.

Am 15.05.1990 kam es zu einer weiteren Beratung mit dem ehemaligen Leiter der Leipziger Spionageabteilung, Claus Brüning, der erneut auf die Vernichtung der Akten seiner Abteilung insistierte. Das Bürgerkomitee lehnte auch diesen Antrag ab und beschloß, daß diese Entscheidung „an die Volkskammer bzw. einen zu bildenden parlamentarischen Ausschuß verwiesen wird“.[603] Es blieb nicht bei diesem Versuch. Wenige Wochen später bemühte sich eine hochrangige Abordnung der HVA in Auflösung nach Leipzig, um das Bürgerkomitee nun endlich zur Herausgabe dieser Akten zu bewegen.[604] Die Leipziger forderten eine Sichtung des gesamten Materials, die jedoch noch immer verweigert wurde.

4.2.3. Vorschläge des Bürgerkomitees zum weiteren Umgang mit den Akten

Die Arbeitskräftesituation im Bürgerkomitee war nach wie vor katastrophal. So fand auf der Beratung am 09.04.1990 „eine Tendenzabstimmung darüber statt, ob die Arbeit des Bürgerkomitees aus einem akuten Arbeitskräftemangel heraus sofort ersatzlos beendigt werden sollte oder ob der Versuch unternommen werden sollte, weiterhin einen Mißbrauch des Aktenmaterials zu verhindern und die Arbeit bis zu einem noch festzulegenden Termin einer anderen

602 Schreiben des Leiters des staatlichen Komitees, Günter Eichhorn, an die Leiterin des Bezirksarbeitsstabes Leipzig, Ingrid Machlitt, bezüglich der Verbringung der Akten der Abteilung XV nach Berlin, Berlin 18.04.1990, Kopie in der Ausstellung des Bürgerkomitees im Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig.

603 Protokoll über die Beratung des Bürgerkomitees am 14.05.1990, Leipzig 15.05.1990, Kopie beim Autor

604 Ein Foto von diesem Gespräch befindet sich in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 363.

Arbeitsgruppe der neugebildeten Regierung übergeben werden sollte."[605] Die Versammlung entschied sich jedoch mehrheitlich für die Weiterarbeit. In den folgenden Tagen und Wochen forderten viele Personen und Parteien die Weiterarbeit und riefen zur Unterstützung auf.[606]

Das Bürgerkomitee ließ sich nicht entmutigen und suchte daher nach Lösungen. So erarbeitete es Ende April ein detailliertes Papier zum Umgang mit der Aktenhinterlassenschaft der Staatssicherheit[607] (vgl. Dokument 103). Darin wurde vorgeschlagen, die Akten in bezirklichen Sonderdepots zu lagern und deren Tätigkeit durch ein zu schaffendes parlamentarisches Gremium permanent zu kontrollieren. Eine geheimdienstliche Weiternutzung sollte in jedem Fall verboten sein, der Aktenzugang für die Rehabilitierung ermöglicht werden und Betroffene in „Einzelfällen auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen" Einsicht in ihre Unterlagen erhalten. Das Bürgerkomitee sah eine wichtige Aufgabe darin, Dokumente für die Aufarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu veröffentlichen. Dies sollte auch auf Antrag hin möglich sein. Zur Weiterarbeit der Bürgerkomitees hieß es: „Längstens bis zur vollständigen Übergabe der Verantwortung an die bezirklichen Sonderenddepots übernehmen die Bürgerkomitees weiter auf der Basis der bisherigen Protokolle und Vereinbarungen die Kontrolle der Sicherung der Dokumente und die Klärung daraus resultierender Probleme."[608] Nach Beendigung der Tätigkeit forderten die Bürgerkomiteemitglieder für sich die gleichen sozialen Regelungen, wie sie für Mitarbeiter des Staatsapparates galten.

Dieser Vorschlag, den nach Bestätigung an beiden Runden Tischen[609] die Volkskammer erhielt, dürfte der erste sein, der den späteren gesetzlichen Regelungen sehr nahe kam. Das Bürgerkomitee Leipzig beteiligte sich intensiv an der weiteren Diskussion um ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten.

In dieser Zeit setzte sich das Bürgerkomitee nicht nur für eine Überprüfung der Abgeordneten ein, sondern warnte auch vor ehemaligen MfS-Mitarbeitern in der Justiz. Ein Antrag, der die Aberkennung der akademischen Grade der Juristischen Hochschule Potsdam vorsah, war vom staatlichen Komitee nicht bearbeitet worden. Die Volkskammer, der der Antrag am 03.05.1990 übergeben worden war, nahm sich dieses Schreibens ebenso wenig an, so daß das Bürgerkomitee die Presse darüber informierte[610] (vgl. Dokument 105).

605 Protokoll der Vollversammlung des Bürgerkomitees am 09.04.1990, Kopie beim Autor.

606 Vgl.: Bürgerkomitee vor dem aus? SPD: Weitere Aufdeckung ehemaliger MfS-Strukturen, in: Sächsisches Tageblatt vom 23.04.1990.

607 Entwurf einer Beschlußvorlage für die Volkskammer über den weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente und Materialien sowie den Umgang mit ihnen, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-10. Sitzung), unp.

608 Ebenda.

609 Vgl. Kapitel: 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß.

610 Der Antrag wurde im Wortlaut veröffentlicht in: Vorsicht Falle! Stasi-Juristen suchen Unterschlupf, in: Sächsisches Tageblatt vom 17.05.1990; vgl. auch: Angst vor den Stasijuristen. Bürgerkomitee fordert Expertenkommission, in: Wir in Leipzig vom 18.05.1990, S. 1. Hätte die Volkskammer auf die Bedenken des Leipziger Bürgerkomitees reagiert, so wäre ihr eventuell aufgefallen, daß im Ei-

Am 17.05.1990 wandte sich das Bürgerkomitee mit einem offenen Brief an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig mit der Bitte, die Forderungen zum Umgang mit den MfS-Akten zu unterstützen[611] (vgl. Dokument 106). Auch eine personelle und materielle Unterstützung der Arbeit wurde angemahnt.

Dieser offene Brief wurde auf einem Pressegespräch bekanntgegeben, zu dem das Bürgerkomitee in die Runde Ecke eingeladen hatte. Die anwesenden Journalisten erhielten Informationen über den Stand der Auflösung sowie über anstehende Probleme und die Lösungsvorschläge des Bürgerkomitees. Zu dieser Gelegenheit zeigte das Bürgerkomitee gefälschte Pässe, Dienstsiegel und Poststempel ebenso wie einbehaltene Post oder Belege für Geld, das die Staatssicherheit aus Briefen entwendet hatte. Dabei handelte es sich um Beweismittel, die im Rahmen von Ermittlungsverfahren sichergestellt worden waren, die der Generalstaatsanwalt eingestellt hatte.[612] Über die Verfahrenseinstellungen brachte das Bürgerkomitee seinen Unmut zum Ausdruck. Unter diesem Generalstaatsanwalt war der Militärstaatsanwalt Walter Köcher, mit dem sich eine gute Zusammenarbeit entwickelte hatte, zum 30.04.1990 vorzeitig in den Ruhestand befohlen worden und stand nun auch nicht mehr zur Verfügung.[613]

Des weiteren informierte das Bürgerkomitee über die enge Verflechtung von DDR-Innenministerium und Staatssicherheit und die daher abgelehnte Übergabe der Akten an das Staatsarchiv. In den Leipziger Zeitungen wurde darüber sehr ausführlich informiert.[614]

nigungsvertrag Regelungen festgeschrieben wurden, die allen vor dem 03.10.1990 ausgestellten Rechtsanwaltszulassungen auch im vereinten Deutschland Fortbestand garantierten.

611 Offener Brief des Bürgerkomitees an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig, Leipzig 17.05.1990, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.

612 Begründung war, daß Erich Mielke für alles die Verantwortung trüge und daher die ermittelten Fakten in dieses zentrale Verfahren einflössen. Dagegen hatte das Bürgerkomitee am 05.05.1990 beim Generalstaatsanwalt protestiert, jedoch nie eine Antwort erhalten.

613 Vgl.: Militärstaatsanwalt muß vorzeitig abtreten, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.03.1990.

614 Vgl.: Queckenhafte Durchwucherung. Hilferuf des Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung an Parteien, in: Leipziger Volkszeitung vom 18.05.1990, S. 3; Selbst Teenie-Autogrammwünsche im Schnüffel-Raster der Stasi. Pressekonferenz: Leipziger Bürgerkomitee zur MfS-Auflösung, in: Die Union vom 18.05.1990; Björn Wilda: Post, die nie den Adressaten fand ... Lokaltermin „Runde Ecke“. Stasi im Untergrund. Anleitung zum Rechtsbruch, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 18.05.1990, Fred Sellin: Stasi-Nachlaß muß gesichtet werden. Aufklärung der MfS-Akten ist schwierig, in: Wir in Leipzig vom 18.05.1990. Auch die überregionale Presse informierte über die Situation, vgl.: Stefan Schwarz: Was wird aus den Stasi-Akten? Bürgerkomitee Leipzig kämpft um Fortführung seiner Arbeit/Die Stasi-Akten dürfen nicht in die alleinige Verfügung der Exekutive/Unabhängiges Dokumentationszentrum zur Erinnerung vorgeschlagen/Überprüfung der Stasi-Juristen-Ausbildung gefordert, in: Die Tageszeitung vom 22.05.1990, S. 7.

4.2.4. Der Ministerratsbeschluß über weitere Maßnahmen zur Auflösung des MfS/AfNS vom 16.05.1990

Der Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des MfS/AfNS[615] war nicht veröffentlicht worden, sondern die Bürgerkomitees erfuhren davon eher zufällig über die Leiterin des Bezirksarbeitsstabes. Angesichts der konkreten Vorstellungen des Bürgerkomitees Leipzig zum weiteren Umgang mit den Akten konnte der Ministerratsbeschluß nur auf harschen Widerstand stoßen.

In diesem Beschluß war u. a. geregelt: die Rückgabe aller Akten der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, des Ministerium des Innern (KI-Akten) und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (Akten der Militäraufklärung) an die jeweilige Stelle; die Verbringung der Akten zu Terrorismus und Extremismus an die Polizei; die Zuständigkeit der staatlichen Archivverwaltung für die verbleibenden Akten; Schutzfristen von bis zu 110 Jahren bzw. die grundsätzliche Sperrung der Akten. Das Bürgerkomitee sah seine Arbeit und den Erhalt der Akten stark bedroht;[616] eine Aufarbeitung schien damit unmöglich. Es protestierte an den Runden Tischen, die sich dieses Protestes annahmen. Vor der Untersuchungshaftanstalt in der Beethovenstraße, in der die meisten Akten lagerten, organisierte das Bürgerkomitee ab dem 22.05.1990 eine Mahnwache.[617] Auf Transparenten war zu lesen: „Stasi-Dokumente unter öffentliche und parlamentarische Kontrolle!“ und „Veröffentlichung des Ministerratsbeschlusses vom 16. Mai '90“[618]. In den folgenden Wochen bewachte das Bürgerkomitee die Akten in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt im 'Drei-Schicht-System', um so einen heimlichen Abtransport zu verhindern.

Auch der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig hatte sich nach Information durch das Bürgerkomitee dieses Problems angenommen. Er empfahl allen Parteien und Gruppierungen, sich mit einem Appell an die Regierungsparteien zu wen-

615 Beschluß des Ministerrates Nr. 6/6/90 vom 16.05.1990 über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben, in: BArch DC-20 I/3-2952.

616 Wie richtig diese Befürchtung war, zeigt der Aktenbestand der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung, der im Zentralarchiv des MfS in Berlin lag und an das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung zurückgegeben wurde. Dort sind diese Akten komplett vernichtet worden. Warum der damalige Minister Rainer Eppelmann dazu den ausdrücklichen Befehl erteilte, bleibt rätselhaft. Eine vorherige Beratung mit Mitgliedern der Bürgerkomitees hätte ihn u.U. vor dieser Fehlentscheidung bewahrt, und die Akten wären heute der wissenschaftlichen Forschung zugänglich. Vgl.: Andreas Kabus: Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR, Berlin 1993, S. 234. Zur damaligen Sicht Rainer Eppelmanns auf die Frage des weiteren Umgangs mit den Stasi-Akten vgl. sein Interview mit dem Spiegel: „Wir haben Lynch-Stimmung“. DDR-Minister Rainer Eppelmann über Stasi-Vergangenheit und die Politik des Neubeginns, in: DDR – 162 Tage deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution, Spiegel-Spezial, Nr. 2/1990, S. 56 f.

617 Vgl.: Foto, in: Wir in Leipzig vom 25.05.1990.

618 Beschluß des Ministerrates Nr. 6/6/90 vom 16.05.1990 über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben, in: BArch DC-20 I/3-2952.

den, um die Aussetzung dieses Beschlusses zu erwirken.[619] Der RTSL nahm die Information über den Ministerratsbeschluß in seiner Sitzung vom 23.05.1990 entsetzt zur Kenntnis und protestierte in Berlin: „Alle Arbeit der Bürgerkomitees wäre dann umsonst gewesen, wieder hätte nur ein kleiner Kreis Verfügungsgewalt über die belastenden und entlastenden Unterlagen."[620]

Zwischenzeitlich hatte Peter-Michael Diestel begonnen, die im Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990 vorgeschriebene Regierungskommission aufzubauen, die ihn bei grundsätzlichen Entscheidungen beraten sollte. Als er den ehemaligen stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Markus Wolf, bat, in dieser Kommission mitzuarbeiten, schwand auch die letzte Hoffnung, daß unter diesem Innenminister eine konsequente Aufarbeitung der alten Strukturen möglich wäre. Diestel hatte zudem kategorisch erklärt, daß er gegen jede Form von Akteneinsicht sei.[621]

Das Neue Forum Leipzig protestierte mit einer öffentlichen Erklärung, in der es hieß: „Die politische und juristische Aufarbeitung der verbrecherischen Tätigkeit der ehemaligen Stasi wird mit diesem Ministerratsbeschluß sowie mit der Weisung des Generalstaatsanwalts über die Einstellung aller Ermittlungsverfahren verhindert". Unter dem Motto „Es reicht Herr Diestel! Der Stasi-Leute-Beschützer Diestel muß seinen Hut nehmen!" riefen sie zu einer Demonstration am 28.05.1990 auf den Karl-Marx-Platz auf[622], zu der einige hundert Leipziger kamen. Verschiedene Redner forderten von Innenminister Diestel eine konsequente Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit sowie ein parlamentarisch gewähltes Aufsichtsgremium für die Stasi-Akten.[623] Die Vorstellungen des Bürgerkomitees Leipzig erläuterten Christian Scheibler und Tobias Hollitzer.

Das Bürgerkomitee hielt sich ungeachtet dessen an die alten Regelungen. So vereinbarten die Leiterin des Bezirksarbeitsstabes, Ingrid Machlitt, der Sonderbeauftragte des Chefs der BDVP und die Untersuchungskommission des Bürgerkomitees eine gemeinsame Verfahrensweise zur Herauslösung von Offizieren im besonderen Einsatz (OibE), um so eine vollständige Auflösung der konspirativen Strukturen der Staatssicherheit zu gewährleisten (vgl. Dokument 109).

619 Vgl.: Protokoll der Beratung des Runden Tisches Bezirk Leipzig am 22. Mai 1990, Leipzig 23.05.1990, in. SStAL BT u RdB 39970 (RTL–11. Sitzung), unp.; vgl. auch Kapitel 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß.

620 Bernhard Heimrich: Das Leipziger Bürgerkomitee traut dem Innenminister nicht. Wohin mit den Stasi-Akten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.05.1990.

621 Vgl.: Wolfgang Gast: Bürger dürfen nicht ihre Stasi-Akten einsehen, in: Die Tageszeitung vom 18.05.1990

622 Bernhard Heimrich: Das Leipziger Bürgerkomitee traut dem Innenminister nicht. Wohin mit den Stasi-Akten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.05.1990; Flugblatt mit Aufruf zur Demo am 28.05.1990 in Leipzig, Kopie beim Autor.

623 Wieder Montagsdemo, in: Leipziger Volkszeitung vom 29.05.1990, S. 1; Großer Druck auf Diestel, aber noch wankt er nicht. Leipziger demonstrieren gegen unpopulären Minister, in: Wir in Leipzig vom 29.05.1990, S. 1.

Der Konflikt mit dem Innenminister aber schwelte weiter[624], so daß auf Vermittlung der DSU Leipzig am Pfingstsonntag, dem 03.06.1990, ein Gespräch zwischen Diestel und dem Bürgerkomitee stattfand.[625] Die Leipziger legten ihre Positionen vorher schriftlich dar[626] (vgl. Dokument 110) und verteidigten sie in dem zweieinhalbstündigen Gespräch. Im Mittelpunkt standen die im Ministerratsbeschluß geforderten Aktenübergaben sowie die Vernichtung der Unterlagen der Spionageabteilung. Beides lehnte das Bürgerkomitee weiterhin ab. Der Innenminister sagte zu, die Idee von bezirklichen Dokumentationszentren zu prüfen und diesbezüglich in Kontakt zu bleiben. Über das Gespräch wurde eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht, die die Standpunkte beider Seiten darlegte[627] (vgl. Dokument 111).

4.2.5. Der Untersuchungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung

Nachdem das Bürgerkomitee im Verlauf der zurückliegenden Wochen von staatlicher Seite permanent in Frage gestellt worden war, kämpfte es ab Ende Mai umso vehementer um Mitgestaltungsmöglichkeiten. Am 06.05.1990 fand die Kommunalwahl statt, aus der in Leipzig die SPD als Sieger hervorging. Am 26.05.1990 tagte der Runde Tisch der Stadt Leipzig zum letzten Mal, und vier Tage später am 30.05.1990 konstituierte sich die Stadtverordnetenversammlung (SVV).

Bereits zu dieser ersten Sitzung beschloß die SVV die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, „welcher sich mit der vollständigen Auflösung des MfS und der Klärung der Untaten des MfS und der SED“[628] beschäftigen sollte. „Es [sei] zu verhindern, daß die Täter weiterhin an führenden Stellen in der Wirtschaft, an Beamtenstellen und in Gerichten sitzen.“[629] Die CDU-Fraktion, die den Antrag einbrachte, dankte dem „Bürgerkomitee für die bisher geleistete Arbeit“[630] und schlug vor, 15 Mitglieder ganztägig als Mitarbeiter des Ausschusses bei der Stadt Leipzig zu beschäftigen. Dieser Antrag, der einem Beschluß des RTSL folgte[631], fand bei allen Fraktionen Zustimmung. In der Diskussion erklärte der Präsident der SVV, Friedrich Magirius, „daß die bis jetzt

624 Vgl.: Bernhard Heimrich: Das Leipziger Bürgerkomitee traut dem Innenminister nicht. Wohin mit den Stasi-Akten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.05.1990.

625 Hintergrund für Diestels Gesprächsbereitschaft waren vermutlich die zu diesem Zeitpunkt immer deutlicher formulierten Rücktrittsforderungen, die auch aus den Reihen der eigenen Partei (DSU) erhoben wurden.

626 Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an Innenminister Peter-Michael Diestel zum verantwortungsvollen Umgang mit den Akten des MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle, Leipzig 02.06.1990, Kopie beim Autor.

627 Vgl.: Innenminister Dr. Diestel und Leipziger Bürgerkomitee am Pfingstsonntag im Gespräch, Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 03.06.1990, Kopie beim Autor.

628 Niederschrift über die konstituierende Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 30.05.1990, Leipzig 30.05.1990, Bl. 1-26, hier Bl. 14, in: ABL Ordner 26, unp.

629 Ebenda.

630 Ebenda, Bl. 15.

631 Vgl. Kapitel: 3. Exkurs: Entstehung und Bedeutung der Runden Tische in der Stadt und im Bezirk Leipzig für den Aufarbeitungsprozeß.

sichergestellten Akten in Leipzig verbleiben“[632] müssen und bat um Zustimmung, daß „das Präsidium beauftragt wird, mit Unterstützung des Bürgerkomitees dafür zu sorgen“.[633] Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am wichtigsten war den Abgeordneten, daß ein Dokumentationszentrum in Leipzig entsteht und daß „eine parlamentarische Kontrolle für dieses nicht rechtmäßig und nicht rechtsstaatlich angesammelte brisante Material“[634] gewährleistet wird. Dies sollte der Ausschuß gemeinsam mit dem Bürgerkomitee leisten.

Das Bürgerkomitee wandte sich seinerseits am 05.06.1990 mit einem Antrag an die SVV[635] (vgl. Dokument 112) und bat, die bisherige Arbeit im Untersuchungsausschuß bzw. mit dessen Hilfe weiterzuführen. Als inhaltliche Orientierung wurde der Forderungskatalog an den Innenminister Peter-Michael Diestel[636] übergeben (vgl. Dokument 110). Nur in der Anbindung an das neue Stadtparlament sah das Bürgerkomitee Möglichkeiten, seine Arbeit zu legitimieren und seine Vorstellungen zum weiteren Umgang mit den Akten durchzusetzen.

In der 2. Tagung der SVV am 06.06.1990 wählten die Abgeordneten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses und baten das Bürgerkomitee Leipzig um seine Mitarbeit.[637] Anläßlich der Eröffnung der Stasi-Ausstellung des Bürgerkomitees[638] konstituierte sich der Untersuchungsausschuß. Für die 3. Tagung der SVV formulierte der Ausschuß einen Antrag, in dem seine Arbeitsgrundlagen festgeschrieben wurden[639], den die SVV einstimmig bestätigte.[640] Darin hieß es u. a.:

„Die Mitglieder des Leipziger Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS haben bei ihrer Tätigkeit eine Sachkompetenz erworben, auf die bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses nicht verzichtet werden kann.

Ziel der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist die Einrichtung eines bezirklichen Sonderdepots in Leipzig (siehe Anlage 2). Bis zu dessen Einrich-

632 Niederschrift über die konstituierende Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 30.05.1990, Leipzig 30.05.1990, Bl. 1-26, hier Bl. 18, in: ABL Ordner 26, unp.

633 Ebenda.

634 Ebenda, Bl. 17.

635 Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an das Stadtparlament bezüglich seiner Weiterarbeit im Untersuchungsausschuß der SVV, Leipzig 05.06.1990, Kopie beim Autor.

636 Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an Innenminister Peter-Michael Diestel zum verantwortungsvollen Umgang mit den Akten des MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle, Leipzig 02.06.1990, Kopie beim Autor.

637 Niederschrift über die 2. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 06.06.1990, Leipzig 12.06.1990, Bl. 1-31, hier Bl. 28, in: ABL Ordner 26, unp.

638 Vgl.: Kapitel 4.4.2. Die Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“.

639 Antrag des Untersuchungsausschusses der SVV an die SVV Leipzig über seine Arbeitsgrundlagen, Leipzig 20.06.1990, SVV Leipzig, Drucksache Nr. 06, Kopie beim Autor.

640 Niederschrift über die 3. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 20.06.1990, Leipzig 26.06.1990, Bl. 1-31, hier Bl. 14, Kopie beim Autor; vgl. auch: Beschlußprotokoll über die 3. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 20.06.1990, SVV Leipzig, Drucksache Nr. 09, Kopie beim Autor.

tung müssen seine Aufgaben vom Untersuchungsausschuß in Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee wahrgenommen werden.

Gemäß Beschluß der SVV vom 30.05.1990 (Anlage 3) sind Planstellen für 15 VBE [Vollbeschäftigteneinheiten] einzurichten. Vorschläge zur Besetzung dieser Planstellen unterbreitet das Bürgerkomitee dem Untersuchungsausschuß zur Bestätigung durch diesen. Unabhängig von dieser Regelung existiert das Bürgerkomitee als Zusammenschluß von ehrenamtlich tätigen Bürgern weiter und ist in seiner Tätigkeit den durch die Leipziger SVV bestätigten Arbeitsaufgaben verpflichtet. Die Bestätigung der Mitgliedschaft im Bürgerkomitee erfolgt durch den Untersuchungsausschuß entsprechend der Vorschläge der Vollversammlung des Bürgerkomitees.

[...]

Der Untersuchungsausschuß arbeitet weitestgehend mit der Staatsanwaltschaft, der Militärstaatsanwaltschaft und der Polizei zusammen, ohne dabei jedoch die Verflechtungen dieser Organe mit dem MfS/AfNS in der Vergangenheit unberücksichtigt zu lassen. Sich als sinnvoll erwiesen habende Wege der Sicherheitspartnerschaft werden auch weiterhin gegangen. Der Untersuchungsausschuß stimmt seine Arbeit, wenn möglich und sinnvoll, mit dem Komitee/Arbeitsstab zur Auflösung des MfS/AfNS ab. Der Untersuchungsausschuß ist dem Stadtparlament und der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig. Er liefert Zwischenberichte und erstellt eine Abschlußdokumentation."[641]

Das Bürgerkomitee hatte somit nach der Auflösung des RTSL wieder eine Anbindung an ein parlamentarisches Gremium gefunden, gleichzeitig aber seine Eigenständigkeit gewahrt. Nicht allein die arbeitsrechtliche Absicherung war wichtig, sondern auch, daß mit der Rückendeckung des Stadtparlamentes weiter für gesetzliche Regelungen zum Umgang mit den Stasi-Akten gestritten werden konnte. So wurde als Anlage 2 dieses Beschlusses dem Vorschlag der DDR-Bürgerkomitees zum weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente und Materialien sowie des Umgangs mit ihnen in leicht ergänzter Form zugestimmt[642] (vgl. Dokument 103).

Außerdem beschloß die SVV in dieser Sitzung die Überprüfung der Mandatsträger und benannte eine fünfköpfige Kommission, die damit beginnen sollte.[643] Voraussetzung der Überprüfung war folgende Einwilligungserklärung jedes einzelnen Abgeordneten:

641 Antrag des Untersuchungsausschusses der SVV an die SVV Leipzig über seine Arbeitsgrundlagen, Leipzig 20.06.1990, SVV Leipzig, Drucksache Nr. 06, Kopie beim Autor.

642 Anlage 2 zum Antrag des Untersuchungsausschusses der SVV an die SVV Leipzig über seine Arbeitsgrundlagen, Leipzig 20.06.1990, SVV Leipzig, Drucksache Nr. 06, Kopie beim Autor. Für die ursprüngliche Fassung vgl.: Dokument 103.

643 Niederschrift über die 3. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 20.06.1990, Leipzig 26.06.1990, Bl. 1-31, hier Bl. 11, Kopie beim Autor.

„Hiermit erkläre ich, daß ich zu keiner Zeit hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit war.

Ich habe auch niemals wissentlich Informationen über mir bekannte Personen an diese Dienststellen weitergegeben.

Einer Überprüfung meiner Erklärung unter Wahrung des Personendatenschutzes stimme ich hiermit zu.“[644]

Diese Erklärung sollten auch alle Mitarbeiter des Rates der Stadt Leipzig abgeben.

Vertreter des Leipziger Bürgerkomitees[645] durften infolge des Gespräches mit Innenminister Diestel am Pfingstsonntag an der Sitzung der Regierungskommission am 21.06.1990 teilnehmen. Sie sollten ihre Vorstellungen zum weiteren Umgang mit den Dokumenten darlegen. Dort erhielten sie einen Gesetzentwurf[646] zur Kenntnis, der eine zentrale Lagerung aller personenbezogenen Akten vorsah. Darauf reagierte das Bürgerkomitee Leipzig mit einem offenen Brief an den inzwischen gebildeten Sonderausschuß der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS[647], der die Aufarbeitung der Akten vor Ort und eine entsprechende gesetzliche Regelung, wie bereits mehrfach vom Leipziger Bürgerkomitee vorgeschlagen, forderte[648] (vgl. Dokument 113).

Vom Bürgerkomitee alarmiert, übergab der Untersuchungsausschuß eine „dringliche Information an alle Fraktionen“ der SVV, die über die geplante Zentralisierung berichtet und alle Fraktionen aufforderte, sich im Sinne des Vorschlages der Bürgerkomitees zum weiteren Umgang mit den MfS-Akten (vgl. Dokument 103) zu positionieren. „Stadtpräsident Magirius begrüßte die anwesenden Mitglieder des Bürgerkomitees“[649] zur 4. Tagung der SVV am 04.07.1990. „Er betonte, daß es der Leitgedanke des Untersuchungsausschusses sei, dafür Sorge zu tragen, daß das Material, das durch die umsichtige Arbeit des Bürgerkomitees zusammengehalten worden sei, auch weiterhin in Leipzig verbleibt“[650]. Die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Gisela Kallenbach, verlas den Entwurf eines Briefes an den Rechtsausschuß der Volkskammer. Darin wurde u. a. kritisiert, daß eine zentrale Lagerung die

644 Anlage 4 zum Antrag des Untersuchungsausschusses der SVV an die SVV Leipzig über seine Arbeitsgrundlagen, Leipzig 20.06.1990, SVV Leipzig, Drucksache Nr. 06, Kopie beim Autor.

645 Christian Scheibler, Walter Köcher (ehem. Militärstaatsanwalt) und Tobias Hollitzer.

646 Dieser Gesetzentwurf war von Mitarbeitern des staatlichen Komitees erarbeitet und danach mit Hilfe des bundesdeutschen Beraters der Kommission, Eckhart Werthebach, überarbeitet worden, vgl.: Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, BStU, Berlin 1995, S. 17.

647 Zum Sonderausschuß der Volkskammer vgl. Kapitel 4.3. Der Volkskammerausschuß zur Kontrolle der Auflösung und das Volkskammergesetz zum Umgang mit den Daten des MfS/AfNS.

648 Vgl.: Offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig an den Sonderausschuß der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS, Leipzig 03.07.1990, Kopie beim Autor.

649 Niederschrift über die 4. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 04.07.1990, Leipzig 10.07.1990, Bl. 1-33, hier Bl. 22, in: ABL Ordner 26, unp.

650 Ebenda.

weitere politische und juristische Aufarbeitung der MfS/AfNS-Vergangenheit behindere und eine zentrale Aktenvernichtung erleichtere. Außerdem wurde wegen der „Brisanz und Auswirkung auf nahezu jeden Bürger“[651] eine gesetzliche Regelung verlangt. Die Abgeordneten bestätigten den Brief mit der Anlage des Vorschlages der Bürgerkomitees zum weiteren Umgang mit den MfS-Akten (vgl. Dokument 103). Im weiteren Verlauf der Sitzung stellten sich die 13 Mitglieder des Bürgerkomitees vor, die im Untersuchungsausschuß mitzuarbeiten bereit waren.[652]

In der folgenden Woche bereitete die zur 3. Tagung der SVV bestätigte Gruppe, auf Basis der persönlichen Erklärungen, die Überprüfung der Mandatsträger in den Karteien der ehemaligen BVfS Leipzig vor. Erst am 11.09.1990 erlaubte der Sonderausschuß der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS „die Überprüfung der Kommunalparlamente durch die Bezirksbeauftragten“[653]. Die Regelungen in Leipzig waren vor allem wegen des großen Rückhalts in der Leipziger Bevölkerung und der allseitigen Absicherung durch gewählte Organe bzw. durch Vereinbarungen möglich.

Der Untersuchungsausschuß gab seinen ersten größeren Zwischenbericht am 10.10.1990 an die SVV Leipzig. Hier flossen auch die Ergebnisse der Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees ein, so zu den Ereignissen im Oktober 1989, zur Wahlfälschung im Mai 1989 und zum 17. Juni 1953 in Leipzig. Die bisherige Tätigkeit des Bürgerkomitees wurde noch einmal lobend erwähnt:

„Das Bürgerkomitee hat in den vergangenen 10 Monaten Hervorragendes geleistet:

- Verhinderung der Aktenvernichtung,
- Beräumung der Stasi-Objekte,
- Ermittlung konspirativer Wohnungen,
- Ergründung der Struktur der Stasi durch Befragung von Offizieren,
- Sichtung, Sortierung und Registrierung von Schriftgut als Vorarbeit für die politische und historische Aufarbeitung,
- Mitwirkung an dem von der Volkskammer am 24.08.1990 angenommenen Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten der Stasi,
- Durchsetzung der dezentralen Lagerung der Akten gegenüber der Forderung des Innenministers,

651 Brief der Stadtverordnetenversammlung an den Rechtsausschuß der Volkskammer der DDR, Leipzig 06.07.1990, Kopie beim Autor.

652 Niederschrift über die 4. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 04.07.1990, Leipzig 10.07.1990, Bl. 1-33, hier Bl. 23, in: ABL Ordner 26, unp.

653 Protokoll der 14. Sitzung des Sonderausschusses der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS am 11.09.1990, Berlin 14.09.1990, in: Konrad Felber: Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der „Gauck-Behörde“ Chemnitz, Selbstverlag Chemnitz 1994.

– Unterstützung von Bürgern bei Rehabilitierungsansprüchen,

– Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Stasi, u. a. durch die hervorragend gestaltete Ausstellung „STASI-Macht und Banalität“.[654]

4.3. Der Volkskammerausschuß zur Kontrolle der Auflösung und das Volkskammergesetz zum Umgang mit den Daten des MfS/AfNS

Die Bürgerkomitees und andere Initiativen hatten von Beginn an eine parlamentarische Kontrolle der weiteren Auflösungstätigkeit gefordert. Dieser Forderung tat der Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990 insoweit genüge, als darin als Anlage 5 ein Antrag der Regierung an die Volkskammer formuliert war, der die Bildung eines Ausschusses vorsah, „der die parlamentarische Kontrolle über die endgültige Auflösung des MfS/AfNS“ ausüben sollte.[655] Weiterhin empfahl die Regierung, „im Interesse der Nutzung der Erfahrungen bei der bisherigen Auflösung [...] in diese parlamentarische Kontrolle sachkundige Vertreter der Bürgerkomitees einzubeziehen.“[656]

Ungefähr drei Wochen nach dem Ministerratsbeschluß, mitten in den Auseinandersetzungen um die Personalpolitik Diestels, beschloß die Volkskammer am 07.06.1990 die Einsetzung des geforderten parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS[657], der von Anfang an ungleich wichtiger als die siebenköpfige Regierungskommission war. Der Ausschuß konstituierte sich am 21.06.1990 und wählte den Abgeordneten Joachim Gauck (Fraktion Bündnis90/Grüne) zu seinem Vorsitzenden. Die Volkskammer berechtigte den Sonderausschuß, „sachkundige Vertreter der Bürgerkomitees mit beratender Stimme hinzuzuziehen“[658].

In seiner konstituierenden Zusammenkunft stellte der Ausschuß fest, daß „die anfallende Arbeit so umfangreich [ist], daß ein Sekretär (Vorschlag – Herr Gill vom Bürgerkomitee Berlin) und zunächst 16 Mitarbeiter, die dem Sonderausschuß nachgeordnet sind, eingestellt und von der Volkskammer bezahlt werden“[659]. Ein entsprechender Antrag wurde an das Präsidium der Volkskammer

654 Bericht des Untersuchungsausschusses vor der Stadtverordnetenversammlung am 10.10.1990, Bl. 1-8, hier Bl. 2, Kopie beim Autor.

655 Beschluß des Ministerrates Nr. 6/6/90 vom 16.05.1990 über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben, Anlage 5, in: BArch DC-20 I/3-2952.

656 Ebenda.

657 Bereits auf der 9. Tagung am 31.05.1990 war die Beschlußvorlage zur Einsetzung des Sonderausschusses vom 31.05.1990 (Drucksache 27) behandelt und vom Abgeordneten Joachim Gauck begründet worden. Wegen einzelner Unstimmigkeiten wurde sie aber an den Innen- und den Rechtsausschuß zur weiteren Beratung und Abstimmung verwiesen, vgl.: Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 9. Tagung am 31.05.1990, Stenografische Niederschrift, S. 267 f.

658 Beschlußempfehlung zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS vom 07.06.1990, Berlin 07.06.1990, Volkskammer-Drucksache 27a.

659 Protokoll der konstituierenden Sitzung des Sonderausschusses der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS am 21.06.1990, Berlin 21.06.1990, in: Konrad Felber: Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der „Gauck-Behörde“ Chemnitz, Selbstverlag Chemnitz 1994.

gerichtet. Die Bürgerkomitees sollten für die Einstellung der Mitarbeiter (pro Bezirk einer) personelle Vorschläge einreichen. Zu seiner 2. Sitzung am 26.06.1990 beschloß der Ausschuß, den Bürgerkomitees in einer Volkskammersitzung noch vor der Sommerpause offiziell zu danken. Zusätzlich zu den Beauftragten des Ausschusses in den Bezirken wurde empfohlen, „die Voraussetzung für eine Anstellung von je zwei Vertretern der Bürgerkomitees bei den Bezirksverwaltung[sbehörden] zu schaffen, um die Kontrolle in den jeweiligen Archiven zu gewährleisten“[660]. Am 05.07.1990 wurde Johannes Beleites als Beauftragter des parlamentarischen Sonderausschusses der Volkskammer für den Bezirk Leipzig bestellt. Ihm oblag die Kontrolle der Arbeit des Bezirksarbeitsstabes des staatlichen Komitees sowie die der weiteren materiellen und personellen Auflösung. Außerdem hatte er „Untersuchungen zu konkreten, vom parlamentarischen Sonderausschuß schriftlich benannten Sachverhalten“ zu führen und dafür Zugang zu den MfS-Akten ebenso wie zu denen des Bezirksarbeitsstabes. Zur Erfüllung seiner Aufgaben durfte er im Bezirk weitere kompetente Personen benennen, die sich dem Sonderausschuß vorstellen sollten. Mit Schreiben vom 31.07.1990 bat der Sonderausschuß den Regierungsbeauftragten und Leiter der Bezirksverwaltungsbehörde im Bezirk Leipzig, Dr. Rudolf Krause, zwei Mitarbeiter des Bürgerkomitees für die Arbeit im Archiv anzustellen.[661] „Mitglieder von Bürgerkomitees arbeiten seit Monaten verantwortungsvoll und sorgsam mit diesen Materialien. Um diese Arbeit in einen rechtlichen Rahmen zu bringen und diese Mitarbeiter auch sozial abzusichern, bitten wir Sie, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß zwei Mitarbeiter diese Tätigkeit erfüllen können. Eine Anstellung in Ihrem Bereich unterstreicht gleichzeitig auch die territoriale Verantwortlichkeit bei der Aufarbeitung der Geschichte des MfS“[662], hieß es in der Begründung. Rückwirkend zum 01.07.1990 wurde der Archivverantwortliche für den Bezirk Leipzig bestätigt.[663] Ihm oblag die Kontrolle der Arbeit in und mit den Archiven des ehemaligen MfS/AfNS. Somit waren alle noch tätigen Mitarbeiter des Bürgerkomitees Leipzig arbeitsrechtlich abgesichert und arbeiteten auf der Basis parlamentarischer Entscheidungen, im Gegensatz zum Berliner Bürgerkomitee, das sich zum 31.06.1990 auflöste.[664]

Die wichtigste Arbeit des Sonderausschusses war die Erarbeitung einer gesetzlichen Regelung zum weiteren Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit.[665]

660 Protokoll der 2. Sitzung des Sonderausschusses der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS am 26.06.1990, Berlin 27.06.1990, in: Konrad Felber: Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der „Gauck-Behörde“ Chemnitz, Selbstverlag Chemnitz 1994.

661 Schreiben des Vorsitzenden des Sonderausschusses der Volkskammer an den Regierungsbeauftragten des Bezirkes Leipzig vom 31.07.1990, Kopie beim Autor.

662 Ebenda.

663 Diese Funktion hat der Autor ausgeübt.

664 Vgl.: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 190 f.

665 Zum Gesetzgebungsverfahren vgl.: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 285 f.; Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91, BStU, Berlin 1995; Michael Strotmann: Zur politischen Diskussion über den Umgang mit den Unterlagen des ehemali-

Die Regierungskommission beriet in ihrer Sitzung am 05.07.1990 einen Entwurf, den das staatliche Komitee erarbeitet hatte und der bereits das Verbot einer geheimdienstlichen Weiternutzung sowie die Möglichkeit der Akteneinsicht für Betroffene, allerdings mit einem Anwalt, vorsah. Dieser Entwurf wurde unter maßgeblicher Beteiligung des bundesdeutschen Beraters der Regierungskommission, Eckhart Werthebach[666], überarbeitet und am 12.07.1990 erneut beraten. Ein Zugriff auf personenbezogene Unterlagen sollte demnach nur noch im Rahmen von Rehabilitierungen und Strafverfahren möglich sein. Die Akten sollten in einem zentralen Depot gelagert werden. Am 20.07.1990 wurde der Entwurf des Ministerrates in die Volkskammer eingebracht und von dieser am 22.07.1990 beraten. Aufgrund vielfältiger Kritik, vor allem an der vorgesehenen zentralen Lagerung, wurde der Entwurf an den Sonderausschuß zur Überarbeitung verwiesen. Der Ausschuß beschäftigte sich in den folgenden Wochen intensiv mit der Problematik und überarbeitete den Entwurf grundsätzlich. Die Vorschläge und Ansichten der Bürgerkomitees flossen durch die Mitarbeit der Beauftragten in den Entwurf ein. Zum Beispiel wurde im § 7, wie vom Leipziger Bürgerkomitee bereits Anfang Mai vorgeschlagen, die Einrichtung eines Dokumentationszentrums in den bezirklichen Sonderdepots verankert. Im § 2 hieß es, daß „generelle Regelungen – wie Dienstvorschriften, Befehle, Weisungen und andere den Dienst im ehemaligen MfS regelnde Vorschriften – sowie gedruckte Ausbildungs- und Schulungsmaterialien“ nicht unter die Regelungen des Volkskammergesetzes fallen und rechtlich somit einer umfänglichen Nutzung zur politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung sofort zur Verfügung standen.[667] Dieser Entwurf stieß bei der Regierungskommission, die sich am 16.08.1990 damit beschäftigte, auf starken Widerspruch, vor allem bezüglich der dezentralen Lagerung und Verwaltung. So erbaten sie vom Vertreter des Bundesinnenministeriums die Ansicht der Bundesregierung zu diesem Entwurf. Dr. Werthebach übermittelte diese mit Telefax vom 21.08.1990 an den Leiter der Rechtsabteilung des MdI, Gerhard Schüßler. In diesem Schreiben, das tags darauf an den Sonderausschuß übermittelt wurde, hieß es eingangs: „Dem von den Mitarbeitern des Ausschußvorsitzenden Gauck erarbeiteten Entwurf wird nachdrücklich widersprochen.“ Er erwartete eine zentrale Lagerung und „eine differenziertere Vernichtungsregelung“[668] (vgl. Dokument 114). Dieses Papier verdeutlicht, welch unter-

gen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit in der ehemaligen DDR seit Oktober 1989, Magisterarbeit, Philosophische Fakultät, Universität Passau 1992, unveröffentlicht.

666 Eckhart Werthebach war zu dieser Zeit ständiger Vertreter des Abteilungsleiters für Innere Sicherheit im Bundesinnenministerium. Am 28.02.1991 wurde er Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

667 Alle Angaben vgl.: Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS, Berlin 24.08.1990, GBl, Teil I, S. 11419 ff.

668 Schreiben des Bundesinnenministeriums zum Volkskammergesetzentwurf an das Ministerium des Innern der DDR, Bonn 21.08.1990, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 10 f.
In diesem Zusammenhang ist auch eine Meldung des BND an die Bundesregierung von Ende April 1990 interessant, in der es laut dem geheimen Schalck-Abschlußbericht von Ingrid Köppe hieß: „Die Bürgerbewegungen streben eine Nivellierung der Gesellschaft an. Sie stehen einem Neubeginn

schiedliche Positionen zwischen dem Bundesinnenministerium einerseits und dem Volkskammerausschuß sowie den Bürgerkomitees andererseits bestanden. Von einer immer wieder unterstellten „Siegerjustiz“ im Zusammenhang mit der „Gauck-Behörde“ und dem StUG kann daher in keiner Weise die Rede sein.

Der Gesetzentwurf wurde in der vom Ausschuß überarbeiteten Form in die Volkskammer eingebracht und von dieser am 24.08.1990 mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Die Abgeordneten gingen davon aus, daß das Gesetz Bestandteil des Einigungsvertrages würde. Parallel zu den Arbeiten am Gesetz war jedoch in den Vorbereitungen zum Einigungsvertrag festgelegt worden, daß die Stasi-Unterlagen durch das Bundesarchiv übernommen werden sollten. Die Volkskammer war über diese Mißachtung ihrer Beschlüsse empört und bestätigte in einer weiteren Abstimmung, daß das Gesetz vom 24.08.1990 als fortgeltendes Recht in den Einigungsvertrag aufgenommen werden sollte.[669]

Gleichzeitig besetzten Vertreter der Bürgerbewegungen einen Seitenflügel des Archivs der ehemaligen MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße. Auch das Leipziger Bürgerkomitee protestierte und verlangte die Übernahme der Regelungen ins gesamtdeutsche Recht. Vertreter aller DDR-Bürgerkomitees trafen sich Anfang September in Leipzig und forderten das Parlament auf, den Einigungsvertrag ohne das Stasi-Akten-Gesetz abzulehnen.[670] „Im rechtsfreien Raum sind wir aus eigenem Verantwortungsgefühl korrekt mit den Akten umgegangen. Wir fühlen uns bis heute für den weiteren Umgang mit den Stasi-Akten verantwortlich.“ begründeten sie ihr anhaltendes Engagement[671] (vgl. Dokument 115). Vor der Runden Ecke gingen am 14.09.1990 fünf junge Leute in Hungerstreik, um sich mit den Berliner Besetzern zu solidarisieren. „Vergangenheitsbewältigung jetzt und hier“ stand auf einem Transparent an der „Runden Ecke“ zu lesen.[672] Erich Loest und Bärbel Bohley besuchten die Streikenden, auch die Leipziger Stadtverwaltung unterstützte die Forderungen.[673] Am Freitag, den 21.09.1990, zog eine kleine Gruppe mit Transparenten, wie „Wenn wir jetzt verstummen, sind wir wieder die Dummen“ oder „Keine Akten an den BND“[674], durch die Stadt. Schon am Montag, dem 25.09.1990, waren es über tausend, die auf dem Leipziger Ring ihre Unzufrie-

im Wege. Zentrale Frage wird sein: Kann die Arbeit der Bürgerkomitees unterbunden werden?“, zitiert nach: BND gegen Bürger, in: Die Woche vom 09.06.1994, S. 4. Kämpfte also nicht nur die alte DDR-Nomenklatura gegen die Bürgerkomitees? Auch hier besteht noch Forschungsbedarf.

669 Vgl.: DDR-Volkskammer setzte neuen Knackpunkt im Streit um den Einigungsvertrag. Gesetz über Stasi-Akten bekräftigt, in: Leipziger Volkszeitung vom 31.08.1990.

670 Parlament soll ablehnen. Bürgerkomitees: Kein Einigungsvertrag ohne Stasi-Akten-Gesetz, in: Leipziger Volkszeitung vom 10.09.1990.

671 Erklärung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS zum Verbleib der Stasi-Akten in den Bezirken nach der Vereinigung, Leipzig 09.09.1990, Kopie beim Autor.

672 Protestaktion an der „Runden Ecke“: Aktenhoheit für die Länder, Aufarbeitung der Vergangenheit, Rehabilitierung der Opfer, in: Leipziger Tageblatt vom 18.09.1990, S. 9.

673 Vgl.: Mahnwache geht weiter. Hauptausschuß empfing die Hungerstreiker, in: Leipziger Tageblatt vom 20.09.1990, S. 10; Erich Loest bei „Runder Ecke“. Hauptausschuß schickte Telegramm an Volkskammer, in: Leipziger Tageblatt vom 21.09.1990, S. 9.

674 Vgl.: Harald Lachmann: Märtyrer wofür?, in: Leipziger Volkszeitung vom 22./23.09.1990, S. 1.

denheit mit dem Einigungsvertrag dokumentierten.[675] Der Hungerstreik, an dem zum Schluß 24 Leipziger teilnahmen, endete am 28.09.1990.[676]

Das Volkskammergesetz wurde bekanntlich nicht in den Einigungsvertrag aufgenommen. Im Rahmen von Nachverhandlungen wurde jedoch festgelegt, daß seine Grundsätze in einer Regelung des gesamtdeutschen Gesetzgebers umfassend Berücksichtigung finden sollten. Die Akten sollten dezentral unter Aufsicht eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung in den ehemaligen Bezirksstädten gelagert und verwaltet werden. So hatte sich das Leipziger Bürgerkomitee bis zum Tag der Deutschen Einheit für die im Dezember 1989 von ihm gesicherten Akten eingesetzt.

Am 28.09.1990 trug Joachim Gauck den Abschlußbericht des Sonderausschusses auf der 37. Tagung der Volkskammer vor. Zu den Bürgerkomitees und den anstehenden Aufgaben führte er aus:

„Gleichzeitig danke ich aber in besonderer Weise den Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit, die in den Bezirken bereit waren, die schwierige Aufgabe der Auflösung und der Kontrolle der Auflösung zu tun, und ich erinnere daran, daß dieser Ausschuß ohne die uns aus den Bürgerkomitees zugewachsene Kompetenz nur einen Bruchteil seiner Arbeit hätte erledigen können. Wir erinnern uns daran in Dankbarkeit und Respekt vor den Vertretern dieser Gruppen.

[...]

Lassen Sie mich einen Ausblick geben. – Es muß verhindert werden, daß sich hier Menschen ungestraft in Wirtschaftsetagen niederlassen, die später einmal – viel weniger kontrolliert, als es Parlamentarier und Politiker sind – unter Umständen durch gut fundierte Kapitalgesellschaften und Wirtschaftseinheiten in Einflußsphären geraten, wo sie der Demokratie ganz unauffällig möglicherweise großen Schaden zufügen können. (Beifall)

Wir können sagen – und gelegentlich stimmt auch der Vorsitzende des Sonderausschusses mit dem Innenminister überein –, daß es richtig ist, wenn wir davon sprechen, daß die Macht des MfS gebrochen ist. Aber, und da muß ich manchem seiner Auffassungen widersprechen, daß die Auflösungsarbeit getan sei, davon können wir in keiner Weise sprechen.

Hier in unserem Sonderausschuß, liebe Kolleginnen und Kollegen, begegnete Ihnen der Teil des Parlamentes, der – verbündet mit den Kräften der Revolution und mit den parlamentarischen Kräften des Neuaufbaus – entschlossen, einsatzbereit und konsequent die Arbeit angepackt hat, die zu tun war.

[...]

675 „Es ist wieder Herbst, wir sind wieder da!“. Leipziger demonstrieren gegen Volkskammerentscheidung, in: Leipziger Tageblatt vom 22./23.09.1990, S. 5; Bärbel Bohley besuchte ihre Mitstreiter in „Runder Ecke“. Hungerstreiker planen neue Montagsdemo, in: Leipziger Tageblatt vom 24.09.1990, S. 7; Jedem seine Stasi-Akte, in: Leipziger Volkszeitung vom 26.09.1990, S. 13.

676 Vgl.: Hungerstreik ausgesetzt. Demos gehen weiter, in: Leipziger Tageblatt vom 28.09.1990.

Und noch ein Wort zum Abschluß in Richtung Westen: Wenn wir im gemeinsamen Deutschland angekommen sein werden, werden wir trotz aller Last nicht nur Belastete sein. Man wird in diesem Land eine große Mehrheit derer finden, die sich nicht verkauft haben, die in trüben Jahren elementare Hoffnung bewahrt haben und die schließlich doch die Kraft hatten, für ihre Freiheit zu kämpfen und aufzustehen, die andere als ein Geschenk in den Schoß gelegt bekommen haben. Dies als Erinnerung."[677]

Mit dem Sonderbeauftragten, zu dem Joachim Gauck berufen wurde, und seiner Behörde war nach dem 03.10.1990 für die sichere Verwahrung der Akten in den regionalen Archiven gesorgt. Das Bürgerkomitee konzentrierte sich in der Folge auf die auszuarbeitende gesetzliche Regelung und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

4.4. Das Bürgerkomitee streitet weiter für öffentliche Aufarbeitung

Wie bereits dargestellt[678], war das Bürgerkomitee Leipzig am 10.12.1989 mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit getreten, um über neue Erkenntnisse und das bisher Erreichte zu informieren.[679] Da das Interesse der Leipziger an direkter Information stieg, wurde regelmäßig zu Bürgerforen in den Speisesaal der Bezirksverwaltung eingeladen. Bei diesen Veranstaltungen konnten sowohl Mitglieder des Bürgerkomitees als auch Stasi-Offiziere direkt befragt werden. Teilweise wurden gefundene Objekte wie Stasi-Videos von den Montagsdemonstrationen oder gefälschte Ausweise und Pässe gezeigt. Die Leipziger Presse berichtete ausführlich darüber.[680] Mehrmals fand im Frühprogramm des „Sender Leipzig" eine dreistündige Live-Sendung statt, in der ebenfalls über den Stand der Auflösung und die gewonnenen Erkenntnisse berichtet wurde. Hörer konnten direkt anrufen und auf diesem Wege ihre Fragen stellen.

Bereits im Maßnahmeplan des Bürgerkomitees vom 06.12.1989 war festgelegt, daß eine Kontrollkommission eingesetzt wird, die „die inhaltliche Aufarbeitung der sichergestellten Materialien" durchzuführen hatte. Dabei ging es

677 Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 37. Tagung am 28.09.1989, Stenografische Niederschrift, S. 1801-1862, hier S. 1802/1804.

678 Vgl.: Kapitel 2.5.6. Die erste Montagsdemonstration nach der Besetzung.

679 Vgl.: „Bürgerkomitee informierte auf einer Pressekonferenz", in: Leipziger Volkszeitung vom 11.12.1989, S. 2; sowie: „Bürgerkomitee mahnt zu Besonnenheit", in: Sächsisches Tageblatt vom 11.12.1989, S. 1.

680 Vgl. z. B.: „Bürgerkomitee informierte auf Forum", in: Leipziger Volkszeitung vom 17.12.1989, S. 2; „Abhöranlage sichergestellt – Bürgerkomitee legte Rechenschaft im Bezirksamt", in: Sächsisches Tageblatt vom 19.12.1989, S. 6; „Zweites Bürgerforum", in: Leipziger Volkszeitung vom 21.12.1989, S. 2; „Bemühen um Sachlichkeit nach erregtem Beginn – Zweites Bürgerforum im ehemaligen Amt für Nationale Sicherheit", in: Leipziger Volkszeitung vom 23./24.12.1989, S. 2.

sowohl um die „Aufdeckung möglicher Straftatbestände“ als auch um „Geschichtsaufbereitung“[681] (vgl. Dokument 28).

Schon Anfang des Jahres 1990 veröffentlichte das Bürgerkomitee nach Freigabe durch den Militärstaatsanwalt in der Leipziger Presse gezielt Dokumente zu konkreten Arbeitsbereichen der Staatssicherheit, so z. B. die MfS-Dienstanweisung zum Umgang mit Anzeigen zur Wahlfälschung[682], dem Ablauf der Post- und Telefonkontrolle in Leipzig[683] oder auch das Strategie-Papier des Sekretärs der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, zum Umgang mit dem Neuen Forum[684].

4.4.1. Buchveröffentlichung „Stasi intern“

In der Beratung des Bürgerkomitees am 05.03.1990 einigte man sich darauf, daß die Untersuchungskommission in ehrenamtlicher Tätigkeit eine Dokumentation zu Arbeitsweise und Struktur des MfS am Beispiel der Bezirksverwaltung Leipzig erarbeitet.[685] Zu diesem Zweck mußte mit der Aktensichtungskommission direkt zusammengearbeitet werden, was sich als schwierig gestaltete, da das Staatsarchiv vor allem versuchte, die Dominanz über die Akten zu erlangen.[686] Nach langen Mühen – die Autoren konnten die Dokumentation nur nach der täglichen Arbeit bei der Auflösung oder auch im „normalen“ Arbeitsleben zusammenstellen –, wurde im August das Manuskript beim Forum-Verlag eingereicht. Zum ersten Jahrestag der Besetzung konnte das Buch „Stasi-intern“ endlich verkauft werden.[687] Auf einer Lesereise wurde das Buch in den alten Bundesländern vorgestellt.[688]

681 Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit, Leipzig 06.12.1989, in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

682 Vgl.: Bürgerkomitee entdeckte geheime Mielke-Anweisung, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.02.1990, S. 1 f.; Verschlußsache von Mielke: MfS „organisierte“ die Wahlen, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 15.02.1990, S. 1 f. Auch die überregionale Presse, wie Berliner Zeitung oder Die Tageszeitung, berichtete über diese Anweisung, vgl.: Wolfgang Gast: Wahlfälschung von Stasi gedeckt, in: Die Tageszeitung vom 15.02.1990, S. 6.

683 Vgl.: Postgeheimnis war eine Farce. Abteilung M las alles mit – Linie 26 hörte fleißig ab, in: Die Union vom 27.02.1990, S. 8; Cornelia Fuchs: Zum dritten Mal: „Was die Stasi alles las“. Verdächtig: Schönschrift, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 28.02.1990, S. 1 f.; Wasserdampf löste Uhu-Leim auf, in: Die Union vom 01.03.1990.

684 Vgl.: Zuckerbrot und Peitsche. Dem Neuen Forum den Boden zu entziehen, riet Roland Wötzel, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 02.03.1990, S. 1 f. (vgl. Dokument 8)

685 Vgl.: Protokoll über die Beratung des Bürgerkomitees am 15.03.1990, Leipzig 15.03.1990, Kopie beim Autor.

686 Vgl.: Kapitel 2.7.5. Die weitere Arbeit der Aktensichtungskommission.

687 Vgl. u. a.: Stasi-Buch, in: Bild-Leipzig vom 05.12.1990; „Stasi intern. Macht und Banalität“, in: Börsenblatt vom 07.12.1990; Die Akten dürfen nicht geschlossen werden. „Stasi intern. Macht und Banalität“ – Forum–Verlag veröffentlicht eine Dokumentation des Leipziger Bürgerkomitees, in: Die Union vom 12.12.1990.

688 Vgl.: Der Forum-Verlag Leipzig in Tübingen: Geschichte und leise Utopien, in: Schwäbisches Tageblatt vom 14.12.1990.

4.4.2. Die Ausstellung „Stasi - Macht und Banalität“

In den ersten Wochen nach der Besetzung wurden alle Gegenstände, die nach Überwachung und Repression aussahen, mit Nachdruck zerstört und vernichtet. Selbst die zuhauf in den Zimmern umherstehenden MfS-Devotionalien wurden weggeworfen. Dieses Vorgehen lag wohl einerseits in einer Art „Bilderstürmerei“ begründet. Andererseits galt es aber auch nach außen zu demonstrieren, daß der Unterdrückungsapparat nicht nur gelähmt, sondern wirklich zerstört wurde. Die medienwirksame Schredderung der Leipziger Abhöranlage rief allerdings auch Proteste hervor: Fernsehzuschauer fragten an, wieso wertvolle technische Bausteine zerstört werden, statt sie umzunutzen.[689]

Erst animiert durch Fernsehjournalisten, die ständig anschauliche Objekte für ihre Aufnahmen suchten, setzte sich langsam die Ansicht durch, neben der Sicherung der Akten auch die Geräte für das Erheben der Informationen zu bewahren. Außer Devotionalien aller Art und Qualität wurden Abhörgeräte, die Ausrüstungen für das Öffnen, Kopieren und Verschließen von Briefen sowie Geruchskonserven ebenso sichergestellt wie eine Maskierungswerkstatt, Wanzen oder konspirative Fototechnik. Später erhielt das Bürgerkomitee auch Objekte, welche als Beweismittel in Strafverfahren dienen sollten, die aber eingestellt worden waren: gefälschte Pässe, Dienstsiegel der Volkspolizei und vieles andere.

Im Verlauf des Monats Mai 1990 wurde mit diesen Objekten, Dokumenten aus den sichergestellten Archiven und den Erkenntnissen aus den Befragungen der Stasi-Offiziere die weltweit erste Ausstellung über die Staatssicherheit erarbeitet.

Zur Präsentation wurden finanzielle Mittel in Höhe von 10.000 Mark der DDR benötigt. Da das Bürgerkomitee über dieses Geld nicht verfügte, stellte es einen Antrag auf Unterstützung an das staatliche Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit. Obwohl der Betrag aus den Eintrittsgeldern zurückgezahlt werden sollte, lehnte der Leiter des staatlichen Komitees, Eichhorn, den Antrag mit der handschriftlichen Bemerkung „Zur Zeit geht nichts“ am 31.05.1990 ab. Die einzige Frage, die die Herren vom staatlichen Komitee beschäftigte war: „Wer muß solchen Ausstellungen zustimmen?“[690] (vgl. Dokument 107).

Das Bürgerkomitee fand dennoch Wege und eröffnete die erste Ausstellung über die Staatssicherheit unter dem Titel „STASI – Macht und Banalität. Indizien des Verbrechens“ am 10. Juni 1990 in „Leipzig-Information“ auf dem Sachsenplatz.[691] Daß die Ausstellung nur den aktuellen Erkenntnisstand wie-

689 Vgl.: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Berlin 1990, S. 358.

690 Antrag auf finanzielle Unterstützung an das staatliche Komitee für die Realisierung einer Ausstellung, Leipzig 18.05.1990, Kopie beim Autor.

691 Vgl. u. a.: Stasi-Ausstellung in Leipzig eröffnet, in: Leipziger Volkszeitung vom 11.06.1990, S. 1; Über die Stasi-Praktiken (Foto), in: Leipziger Volkszeitung vom 12.06.1990; Indizien des Verbrechens. Exposition gibt Einblick in das Getriebe der Stasi-Mafia, in: Sächsisches Tageblatt vom

dergab, verdeutlichte der Untertitel „Das Bürgerkomitee zeigt Stasi-Fundstücke“. Die vierwöchige Exposition besuchten täglich 2.500 bis 3.000 Personen. Auch die Leipziger Stadtverordnetenversammlung dankte dem Bürgerkomitee ausdrücklich für die Organisierung.[692] Aufgrund dieses Ansturms gab es sehr bald Überlegungen, die Ausstellung an anderem Ort ständig zu zeigen, was im Museum in der Runden Ecke auch gelang: Am 31.08.1990 wurde sie als Dauerausstellung in den originalen Räumen der Öffentlichkeit präsentiert.[693]

5. Engagement im vereinigten Deutschland

Aufgrund der ungenügenden Regelungen zum Umgang mit den Stasi-Akten im Einigungsvertrag sah das Bürgerkomitee Leipzig sein weiteres Engagement gefragt. Bis 1992 lag der Akzent der Hauptaktivitäten auf der Mitarbeit am Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Aber auch die Betreuung des Museums in der „Runden Ecke“ und mehrerer Wanderausstellungen waren von Anfang an ein wichtiges Tätigkeitsfeld.

Das Bürgerkomitee beteiligt sich auch im vereinten Deutschland ständig an der öffentlichen Diskussion um den Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Es sieht seine Aufgabe mit dem Erreichen des demokratischen Rechtsstaates nicht als erfüllt an, sondern streitet für die Herausbildung bzw. Festigung von demokratischen Strukturen und von Demokratieverständnis im vereinten Deutschland. Es hat darüber hinaus eine wichtige Funktion als Interessenvertreter vieler ehemaliger DDR-Bürger, die vom Bürgerkomitee dieses Engagement für eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erwarten.

5.1. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im vereinigten Deutschland, dessen Novellierungen einschließlich der Aktenschließungsdiskussionen

Wie bereits beschrieben, hatte das Bürgerkomitee Leipzig schon Ende April 1990 konkrete Vorstellungen für eine Regelung zum Umgang mit dem von ihm gesicherten MfS-Schriftgut entwickelt. Für die Umsetzung dieser Ideen hatte es sich nachdrücklich eingesetzt und alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt. Dabei wurden teilweise neue Strategien entwickelt sowie die eigenen Vorstellungen konkretisiert und modifiziert.

12.06.1990; Gerlind Scheid: Ein falscher Bauch war das Versteck für eine Stasi-Kamera. Leipziger Ausstellung informiert über die Arbeitsmethoden, in: Kölnische Rundschau vom 14./15.06.1990; Bernhard Heimreich: Die Wahrheit über die Stasi - konspirativ gesiebt. Eine Ausstellung des Bürgerkomitees über „Schwert und Schild der Partei“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.06.1990, S. 3.

692 Niederschrift über die 4. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig am 04.07.1990, Leipzig 10.07.1990, Bl. 1-33, hier Bl. 24, in: ABL Ordner 26, unp.

693 Vgl.: Stasi-Ausstellung ist seit gestern wieder in Leipzig zu sehen, in: Die Union vom 01.09.1990.

In der Phase der Auseinandersetzung um den Einigungsvertrag und die darin formulierten Regelungen zu den Stasi-Akten hatte das Bürgerkomitee Leipzig die sich zum Teil bereits in Auflösung befindenden Bürgerkomitees aller DDR-Bezirksstädte nach Leipzig eingeladen. Die infolge dieses Treffens verabschiedete Erklärung war der Auftakt des Engagements der Bürgerkomitees, sich auch im vereinigten Deutschland für eine gesetzliche Regelung einzusetzen, die den eigenen Vorstellungen entsprach. Vor allem wegen der hohen Sachkompetenz, aber auch des persönlichen Einsatzes der agierenden Personen wurden die Bürgerkomitees in diesem Prozeß eine wichtige, anerkannte Kraft.

In den bisher vorliegenden meist sehr detailreichen Untersuchungen zur Entstehung des StUG[694] wird der Gesetzentwurf der Bürgerkomitees zwar erwähnt, eine genauere Betrachtung ihrer Rolle aber unterbleibt. Daher werde ich mich in der folgenden Darstellung auf die Aktivitäten der Bürgerkomitees beschränken, da die grundsätzliche Entwicklung als bekannt vorausgesetzt werden darf.

5.1.1. Der Gesetzentwurf der Bürgerkomitees

Noch vor dem 03.10.1990 begannen die Besetzer der Stasi-Zentralen in Berlin, Dresden und Leipzig, einen eigenen Entwurf für die Benutzerordnung der Stasi-Archive zu erarbeiten. Das Leipziger Bürgerkomitee suchte im November nach Möglichkeiten, die in den vergangenen Monaten gesammelten Erfahrungen der Bürgerkomitees fruchtbar zu machen. In der Heinrich-Böll-Stiftung fanden sie einen Partner. Gemeinsam veranstaltete man am 24./25.11.1990 ein Seminar zum Thema „Vergangenheitsbewältigung – wie möglich? Zum Umgang mit den Stasi-Akten“ in Leipzig in der „Runde Ecke“.[695] Der Sonnabend blieb der Diskussion und einer Bestandsaufnahme der Bürgerkomitees vorbehalten, in deren Ergebnis die Entscheidung getroffen wurde, eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes zu bilden. Es bestand Konsens darüber, daß die Bürgerkomitees mit einem eigenen Gesetzentwurf ihre Kompetenz am besten unter Beweis stellen könnten. Selbst wenn dieser im Bundestag keine Mehrheit finden sollte, meinte das Bürgerkomitee Leipzig, „so würde der Bundestag gezwungen, sich nicht einfach nur für [ein Gesetz], sondern öf-

694 Zum Gesetzgebungsverfahren vgl.: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 285 f.; Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91, BStU, Berlin 1995; Michael Strotmann: Zur politischen Diskussion über den Umgang mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit in der ehemaligen DDR seit Oktober 1989, Magisterarbeit, Philosophische Fakultät, Universität Passau 1992, unveröffentlicht; Klaus Stoltenberg: Stasi-Unterlagen-Gesetz. Kommentar, Baden-Baden 1992. Der Kommentar enthält in einem sehr umfänglichen Anhang die Texte der Gesetzentwürfe, der Bundestags- und Bundesratsdebatten, das Volkskammergesetz und die vorläufige Benutzerordnung.

695 Einladung zum Seminar „Vergangenheitsbewältigung – wie möglich? Zum Umgang mit den Stasi-Akten“ nach Leipzig in die „Runde Ecke“ am 24./25.11.1990, Leipzig 12.11.1990, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 121 f.

fentlich auch gegen diese Vorschläge auszusprechen“[696]. Am zweiten Tag des Seminars kamen Datenschutzexperten, Historiker, die sich mit dem Nationalsozialismus und dessen gesellschaftlicher Aufarbeitung beschäftigten, Politiker sowie Juristen zu Wort und wurden von den Bürgerkomitees zur Thematik befragt. Am Ende der Veranstaltung fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zu dieser Frage im Grassimuseum in Leipzig statt, an der auch der damalige Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Gottfried Bernrath, teilnahm.

Das größte Problem in dieser Zeit war, daß die öffentliche historische Aufarbeitung, wie sie von den Bürgerkomitees gegen starken Widerstand durchgesetzt worden war, nach den Regelungen des Einigungsvertrages nicht mehr möglich sein sollte. Diese Auffassung jedenfalls vertrat der Jurist und damalige Direktor der „Gauck-Behörde“, Hans-Jörg Geiger.[697] Er untersagte diesbezüglich jede weitere Arbeit und löste bereits bestehende Strukturen auf.[698] Darüber waren die Bürgerkomitees besonders empört und forderten nachdrücklich weitere Arbeitsmöglichkeiten und die Fortführung der öffentlichen Aufarbeitung der Strukturen als eine unabdingbare Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der Demokratie in der ehemaligen DDR.[699]

Das Leipziger Bürgerkomitee bat daraufhin Bundespräsident Richard von Weizsäcker um Unterstützung bei der Aufarbeitung der Vergangenheit in den neuen Bundesländern[700] (vgl. Dokument 116). Genau ein Jahr nach der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale schilderten sie in einem offenen Brief, wie sie zunächst von der Modrow-Regierung und später von Innenminister Peter-Michael Diestel bei ihrer Arbeit behindert worden waren. Sie beklagten, daß zwar „ehemalige Stasi-Offiziere seit fast zwei Monaten beim Bundesministerium des Innern angestellt“ sind, aber die aus den Bürgerkomitees stammenden

696 Sabine Kreuz: Streit ums Stasiaktengesetz lodert. Leipziger Bürgerkomitee will eigenen Entwurf einbringen, an dem sich der Bundestag „reiben“ soll, in: Leipziger Volkszeitung vom 17.01.1991.

697 Vgl. u. a.: Schriftwechsel zwischen Johannes Beleites (Bürgerkomitee Leipzig und ehem. Mitarbeiter des Sonderausschusses der Volkskammer) und Dr. Geiger zu diesem Thema, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 63 f. Johannes Beleites vertrat die Meinung, daß die damals bestehenden rechtlichen Regelungen (Einigungsvertrag und die dazugehörigen Vereinbarungen) eine öffentliche Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS/AfNS sehr wohl zulasse. Er unterstrich auch noch einmal die Notwendigkeit: „Die wirksame politische, juristische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehem. MfS/AfNS war ein wesentliches Ziel der Arbeit der Bürgerkomitees sowie des Sonderausschusses der Volkskammer. Diese Aufarbeitung bildet u. a. die Grundlage für den Aufbau einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft auf dem Gebiet der ehem. DDR.“

698 So die sogenannte „Archivgruppe“, in der Bürgerkomiteemitglieder und zwei Stasi-Offizieren im Auftrag des staatlichen Komitees an einer Dokumentation zur Staatssicherheit arbeiteten. Auf dieser Dokumentation basiert das Buch von David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.

699 Vgl. u. a.: Lutz Rathenow: Offenheit gegen den Mief der Lüge, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 3 vom 18.01.1991, S. 17; Andreas Baumann: Nach über einem Jahr: Müssen die Stasi-Auflöser jetzt gehen? Arbeitsverträge laufen ab. Sonderbehörde will ausgebildete Archivare, in: Wir in Leipzig vom 08.03.1991; Alexander Wendt: Die Untersuchung ist abgeschlossen, vergessen Sie alles. Stasiopfer kämpfen für Entschädigung, Bürgerkomitee für eine Vergangenheitsbewältigung, in: Sächsisches Tageblatt vom 01.02.1991.

700 Offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Leipzig 04.12.1990, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 65 f.; vgl. auch: Weizsäcker soll bei Stasi-Auflösung helfen, in: Die Tageszeitung vom 06.12.1990, S. 5.

„Mitarbeiter in der Behörde des Sonderbeauftragten für [die] Stasi-Akten bis heute weder Arbeitsvertrag noch Gehalt“[701] erhielten. Es wurde eindringlich die Weiterführung der „Aufarbeitung von Aufgaben, Strukturen und Methoden der Unterdrückungsmaschinerie“ als „Voraussetzung für Geschichtsbewußtsein und Demokratie in den fünf neuen Bundesländern“[702] angemahnt und der Bundespräsident um Unterstützung ersucht. Weizsäcker ließ von einem Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes eine kurze und abschlägige Antwort verfassen.[703] Der Brief an den Bundespräsidenten war auch auf einer Kundgebung direkt vor der „Runden Ecke“ aus Anlaß des 2. Jahrestages der Besetzung verlesen worden.

Unmittelbar nach dem Seminar im November in Leipzig nahm die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes, die aus Vertretern der Bürgerkomitees Dresden, Berlin und Leipzig bestand[704], ihre Arbeit auf. Am 19.12.1990 trafen sie sich das erste Mal mit dem Freiburger Rechtsanwalt, Dr. Konstantin Thun, in Leipzig, um die Grundsätze des zu erarbeitenden Entwurfes zu besprechen. Zur zweiten Beratung, die vom 18./19.01.1991 in Freiburg stattfand, hatte Rechtsanwalt Thun einen Vorschlag erarbeitet, der besprochen und überarbeitet wurde, so daß Anfang Februar eine Entwurfsfassung vorlag. Zu einem Arbeitstreffen am 09./10.02.1991 kamen über 40 Vertreter der DDR-Bezirksbürgerkomitees im Berliner Haus der Demokratie zusammen und diskutierten den Entwurf im Detail. Am Abend des 10.02.1990 wurde er, modifiziert und teilweise ergänzt, von den Anwesenden verabschiedet[705] und die Arbeitsgruppe beauftragt, mit diesem Entwurf politisch zu arbeiten. An der Zusammenkunft der Bürgerkomitees hatten einige Journalisten teilgenommen, die über das Vorhaben der Bürgerkomitees am 12.02.1990 berichteten.[706]

701 Ebenda.

702 Ebenda.

703 In dem Antwortschreiben eines Mitarbeiters des Bundespräsidialamtes vom 28.03.1991, das auch auf den zwischenzeitlich übersandten Gesetzentwurf der Bürgerkomitees einging, hieß es: „Der Herr Bundespräsident, dem es von seinem Amt her nicht zukommt, zu aktuellen Streitfragen der Tagespolitik Stellung zu nehmen, muß daher davon absehen, sich zu den vorgelegten Gesetzentwürfen und den damit verbundenen Fragen zu äußern.“ Antwortschreiben des Bundespräsidialamtes vom 28.03.1991, Az.: 123-2606-2914/90, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

704 Hannelore Köhler und Jochen Laufer (Berlin), Sonja Rottig und Wolfhard Pröhl (Dresden), Rita Sélitrenny und Tobias Hollitzer (Leipzig).

705 Der Gesetzentwurf ist im Wortlaut, einschließlich der kompletten Begründung, dokumentiert in: Joachim Gauck: Die Stasi-Akten. Das unheilvolle Erbe der DDR, Hamburg 1991, S. 115-140. Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen machte sich den Entwurf der Bürgerkomitees leicht geändert zu eigen und brachte ihn als Gesetzentwurf in den Bundestag ein, vgl.: Bundestagsdrucksache 12/692 vom 07.06.1991. Diese Fassung, die auch alle Änderungen dokumentiert, ist abgedruckt in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Kontinuität des Wegsehens und Mitmachens. Stasi-Akten oder die schwierige Bewältigung der DDR-Vergangenheit, Köln 1991, S. 25-67.

706 Vgl. u. a.: Wolfgang Gast: Bürgerkomitees gegen Zentralismus. BürgerrechtlerInnen wollen einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Verwaltung des Stasi-Nachlasses dezentralisiert, in: Die Tageszeitung vom 12.02.1991, S. 8; Petra Bornhöft: Erster Entwurf für ein Stasi-Akten-Gesetz. Bürgerkomitees diskutieren eigenes Papier, in: Berliner Zeitung vom 12.02.1991; Ostdeutsche Bürgerkomitees präsentieren Gesetzvorschlag: Über die Sicherung und Nutzung der Daten und Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.1990.

Am 14.02.1990 verschickte die Arbeitsgruppe den Gesetzentwurf an alle Fraktionen und Parteien des Deutschen Bundestages sowie an die Länderparlamente und die dort zuständigen Ministerien. Im Anschreiben begründeten die Verfasser ihre Initiative: „Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf [...] wollen wir unsere umfassenden Erfahrungen beim Umgang mit der Stasi und ihren Akten sowie den Betroffenen in die öffentliche Diskussion und die anstehende parlamentarische Beschlußfassung einbringen.“[707] Weiter hieß es: „Als parteipolitisch unabhängiges Gremium wenden wir uns mit diesem Entwurf an alle Regierungen und Fraktionen der Bundesrepublik Deutschland“[708].

Die wesentlichsten Inhalte des Entwurfes wurden kurz dargestellt:

„Der Entwurf ermöglicht den vom Ministerium für Staatssicherheit bespitzelten Bürgern unter Beachtung der Grundsätze des Bundesdatenschutzgesetzes umfassende Einsicht in sie betreffende Daten und Unterlagen.

Die Staatssicherheitsakten können nach diesem Entwurf für die Aufarbeitung der Hintergründe und Zusammenhänge im SED-Herrschaftssystem innerhalb kurzer Zeit genutzt werden. Grundlage für die Nutzung ist bei Erhaltung des Gesamtbestandes die getrennte Bereitstellung von personenbezogenen und nicht personenbezogenen Unterlagen.

Der Entwurf schlägt föderale Strukturen bei der Lagerung und Nutzung der Akten entsprechend ihrer Entstehung vor. Die Länderarchive und das ehemalige zentrale Archiv des MfS in Berlin koordinieren ihre Arbeit, so daß einheitliches Vorgehen gewährleistet ist. Damit ist die Voraussetzung für effektive Auskünfte mit örtlicher Sachkenntnis und Bürgernähe gegeben.

Der Gesetzgeber gibt den Opfern des DDR-Unrechtsregimes weitgehende Rechte und schafft damit die Voraussetzungen für ihre Rehabilitierung. Sie kann hier nicht berücksichtigt werden, bedarf aber dringend gesetzlicher Regelung.“[709]

Um dieses Anliegen auch in die öffentliche Diskussion einzubringen, lud die Arbeitsgruppe am 15.02.1991 zu einer Pressekonferenz nach Bonn ein und stellte dort den Gesetzentwurf vor. Die Medien berichteten ausführlich über diesen ersten Vorschlag.[710] Einzig die FDP hatte am gleichen Tag sogenannte

707 Anschreiben der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS zum Versand des Gesetzentwurfes an Landes- und Bundespolitiker vom 14.02.1991, Kontaktadresse Bürgerkomitee Leipzig, unterzeichnet von Rita Sélitrenny, Jochen Laufer und Tobias Hollitzer, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

708 Ebenda. Die PDS war, dem Selbstverständnis der Bürgerkomitees folgend, in dieser Formulierung nicht einbegriffen.

709 Ebenda.

710 Vgl. u. a.: Gesetz über Stasi-Material noch 1991. Bürgerkomitees wollen zwischen Täter- und Opfer-Akten unterscheiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.02.1991; Helmut Lölhöffel: Allen Stasi-Opfern soll Recht auf Akteneinsicht gewährt werden. Bürgerkomitees legen ersten Gesetzentwurf zum Umgang mit gesammelten Daten vor, in: Frankfurter Rundschau vom 16.02.1991, S. 1; Wolfgang Gast: Stasi-Akten sollen im Lande bleiben. Die Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi legten gestern einen Gesetzentwurf zum weiteren Umgang mit der Stasi-Hinterlassenschaft vor. Entwurf orientiert sich am alten Volkskammer-Gesetz, in: Die Tageszeitung vom 16.02.1991, S. 8; Einsichtsrecht in Stasi-Akten gefordert. Für Anliegen der Bürgerkomitees zeichnet sich Mehr-

„Eckpunkte zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen“ veröffentlicht. Alle anderen Parteien und auch das Bundesinnenministerium waren zu diesem Zeitpunkt über Absichtserklärungen noch nicht hinausgekommen. So ist zu konstatieren, daß die Bürgerkomitees auch im vereinten Deutschland eine entscheidende Kraft auf dem Weg zu einer gesetzlichen Regelung dieser Materie waren.

In den folgenden Wochen gingen beim Bürgerkomitee Leipzig teilweise sehr umfängliche Antworten und Stellungnahmen aus Bonn und den Ländern ein. Den meisten Schreiben, vor allem denen der Bonner Fraktionen, war ein starkes Interesse an den Positionen der Bürgerkomitees zu entnehmen, wenngleich sie diese nicht in allen Fällen teilten.

Um ihre Ideen wirksam umsetzen zu können, nahm die Arbeitsgruppe Kontakt mit verschiedenen Bonner Politikern auf und führte vom 12. bis 16.03.1990 eine Vielzahl persönlicher Gespräche.[711] Bei diesen Gesprächen fanden die Vertreter der Bürgerkomitees Unterstützung bei Abgeordneten aller Parteien, die sie auch mit den „Bonner Gepflogenheiten“ bekanntmachten und viel Organisatorisches übernahmen. Durch diese Gespräche konnten die Bürgerkomitees die verschiedenen Standpunkte zu dem zu erarbeitenden Gesetz kennenlernen. Um die Debatte zu beschleunigen, luden sie für den 06./07.04.1991 zu einer interfraktionellen Gesprächsrunde in den Reichstag nach Berlin ein. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurde der Entwurf der Bürgerkomitees ebenso vorgestellt wie die Überlegungen der einzelnen Fraktionen des Bundestages und des BMI sowie des BMJ. Am 10.04.1991 besuchte die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, das Museum in der „Runden Ecke“[712] und führte ein Gespräch mit dem Leipziger Bürgerkomitee zur Problematik des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit und den Akten.[713] Vom 15.04. bis 18.04.1991 fanden erneut Gespräche mit ausgewählten Bonner Politikern statt.

heit ab, in: Der Morgen vom 16.02.1991; Jeder Bürger soll seine Stasi-Akte sehen dürfen, in: Berliner Morgenpost vom 16.02.1991; Aufteilung in Opfer- und Täterakten?, in: Die Welt vom 16.02.1991.

711 Gespräche wurden geführt mit: MdB Willfried Penner (SPD – Stellv. Fraktionsvorsitzender), MdB Gottfried Bernrath (SPD – Vorsitzender des Innenausschusses), MdB Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen), MdB Wolfgang Thierse (SPD), MdB Rolf Schwanitz (SPD), MdB Angelika Barbe (SPD), MdB Jürgen Schmieder (FDP), MdB Sigrid Semper (FDP), MdB Gerhard Friedrich (CSU), MdB Wolfgang Zeitelmann (CSU), MdB Ingrid Köppe (Bündnis 90/Die Grünen), MdB Johannes Gerster (CDU), MdB Herbert Helmrich (CDU – Vorsitzender des Rechtsausschusses), dem Mitarbeiter des MdB Volker Rühe (CDU – Generalsekretär), dem Mitarbeiter des MdB Burkhard Hirsch (FDP), der Jungen Gruppe der CDU und Vertretern des Bundesministeriums der Justiz (Herr Klaus Stoltenberg, Herr Schröder). Das Gespräch mit dem damaligen Innenminister, Wolfgang Schäuble, fand erst im April statt.

712 In das Gästebuch der Ausstellung schrieb Rita Süßmuth: „Noch wirkt die Vergangenheit – das Bürgerkomitee hat dokumentiert, was unbedingt zu dokumentieren ist. Nichts wäre problematischer für unsere gemeinsame Zukunft, als vorschnell die Akten zu schließen. Das Totalitäre bleibt sich strukturell gleich –, aber es ist überwunden worden. Dank an jene, die nicht aufgegeben haben und auch jetzt nicht aufgeben. Zu viel erinnert an die Methoden von 1933 – 1945. Wir brauchen die Aufarbeitung, nicht das Verdrängen!“ BKL Gästebücher der Ausstellung.

713 Dieses Gespräch fand auf Vermittlung des MdB Stefan Schwarz (CDU - Junge Gruppe) statt, vgl. u. a.: Anläßlich der Diskussion um ein Stasi-Gesetz informierte sich Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth gestern beim Bürgerkomitee, in: Wir in Leipzig vom 11.04.1991, S. 1/7.

Vom 30.04. bis 02.05.1991 trafen sich auf Einladung der Bürgerkomitees in Königswinter bei Bonn wiederum „Abgeordnete des Bundestages und der Landtage zur Beratung des Sachstandes bei der Erarbeitung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“[714]. Neben der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth nahmen „auf Vermittlung des Bundesinnenministers, Dr. Wolfgang Schäuble, Vertreter seines Ministeriums“[715], die am Gesetzentwurf des BMI mitgearbeitet hatten, und Vertreter des Verfassungsschutzes[716] teil. Am 30.04.1991 eröffnete Rita Süßmuth die Wanderausstellung des Bürgerkomitees Leipzig[717] in Bonn-Königswinter. Diese Beratung war nur „durch die Unterstützung aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS/Linke Liste“[718] möglich geworden.

Zwischenzeitlich war durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe des Bundestages zum Stasi-Unterlagen-Gesetz ein sogenanntes „Eckwertepapier“[719] erarbeitet worden, das die Bürgerkomitees in einigen Punkten begrüßten, in anderen aber scharf kritisierten. In ihrer Stellungnahme konstatierten sie, „daß die Fachgespräche [...] mit allen am Gesetzentwurf beteiligten Parlamentariern sowie den zuständigen Stellen [...] erhebliche Verbesserungen der Eckwerte für das Stasi-Unterlagen-Gesetz gebracht haben“[720]. Im weiteren kritisierten sie u. a., daß die persönliche Aufarbeitung als konkretes Ziel nicht formuliert worden war, daß die Einrichtung von Dokumentationszentren[721] fehlte, die Verwaltung noch immer zentral vorgesehen war und forderten eine direkte Anbindung der Behörde an das Parlament. Ebenso bemängelten sie, daß dieses Konsenspapier ohne Beteiligung der Länder zustande gekommen war sowie den möglichen Zugang für die Nachrichtendienste der Bundesrepublik zu diesen Akten.

Das Eckwertepapier der Fraktionen verschickte das Bürgerkomitee gemeinsam mit der detaillierten Stellungnahme an die Parlamente sowie die zuständigen

714 Stellungnahme zum sogenannten Eckwertepapier der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), Presseerklärung, Bonn 02.05.1991; Protokollnotiz der Arbeitsgruppe der Bürgerkomitees zum Entwurf des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zur Beratung am 6. und 7. April 1991, Leipzig 14.04.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

715 Ebenda.

716 In den Wochen zuvor hatte sich als ein wesentlicher Streitpunkt die Frage der Zugangsberechtigung der Verfassungsschutzämter auf die Stasi-Akten herauskristallisiert.

717 Es handelte sich um die Wanderausstellung, die gemeinsam mit dem Museum der Stadt Borna erarbeitet worden war und konkrete Beispiele aus dieser Kreisstadt im ehemaligen Bezirk Leipzig zeigte.

718 Einladung der Arbeitsgruppe der Bürgerkomitees zum Stasi-Unteralgen-Gesetz zur Beratung vom 30.04 bis 02.05.1991, Bonn 18.04.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

719 Vgl.: Ergebnis der Gespräche zwischen den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, F.D.P. und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen über die Grundsätze für ein Stasi-Unterlagen-Gesetz, Bonn 25.04.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

720 Stellungnahme zum sogenannten Eckwertepapier der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), Presseerklärung, Bonn 02.05.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

721 Hier ging es um Dokumentationszentren, in denen nicht personenbezogene Materialien, wie Druckschriften, dienstliche Weisungen oder Lehrmaterialien des MfS, wie in einer Art Bibliothek öffentlich zugänglich sein sollten. Die letztendlich verabschiedete Regelung in § 37 StUG, Abs. 1, Ziff. 8 wird derzeit nur so ausgelegt, daß der Bundesbeauftragte Ausstellungszentren (IDZ) einrichtet und unterhält.

Ministerien auf Landes- und Bundesebene. Auch auf dieses Schreiben erhielten sie umfängliche Reaktionen.[722]

5.1.2. Die gemeinsame Länderkommission

Bereits auf dem Seminar am 24./25.11.1990 war eine Briefvorlage an die Parlamente und Regierungen der neuen Länder verabschiedet worden[723], in der diese gebeten wurden, sich für die föderale Verwaltung der Stasi-Akten einzusetzen und sich an der Erarbeitung des Gesetzes aktiv zu beteiligen.

Die Bürgerkomitees Dresden und Leipzig hatten sich mit ihren Anliegen auch an die sächsische Staatsregierung gewandt. Bereits am 09.04.1991 forderte Ministerpräsident Kurt Biedenkopf auf der Landespressekonferenz nachdrücklich, daß die neuen Länder „durch Vertreter der Regierung und der Parlamente sowie der Bürgerkomitees in die Erarbeitung des Gesetzentwurfes zum Umgang mit den Staatssicherheitsunterlagen einbezogen werden“[724]. (vgl. Dokument 117) Auch gegen die Übernahme von Stasi-Offizieren in das BMI und das Bundesverwaltungsamt protestierte Sachsen nachdrücklich.[725]

Am 03.05.1991 trafen sich in Magdeburg Abgeordnete aller Fraktionen der Parlamente der neuen Bundesländer, um in einem Gespräch über die Einflußmöglichkeiten auf die Erarbeitung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu beraten. Im Ergebnis der Diskussion wurde dem Vorschlag der sächsischen Delegation einmütig zugestimmt, daß es zur Einrichtung einer zeitlich begrenzten „Gemeinsamen Kommission für ein Stasi-Unterlagen-Gesetz“ kommen soll. Es wurde ausdrücklich entschieden, daß die Vertreter der Bürgerkomitees in dieser Kommission mitarbeiten sollten.[726]

Landtagspräsident Erich Iltgen lud für den 17.05.1991 nach Dresden zur konstituierenden Sitzung der gemeinsamen Kommission ein.[727] Hier wurde beschlossen, daß je ein Vertreter der Fraktionen der Parlamente der neuen Länder sowie je ein Vertreter der Bürgerkomitees der neuen Länder stimmberechtigt der Kommission angehören.[728] In den folgenden Beratungen, die im Rathaus Schöneberg in Berlin stattfanden, hatten die Bürgerkomitees vielfältige Mög-

722 BKL, Ablage Gesetzentwurf.

723 Vgl.: Vorschlag eines Briefes an die Landesregierungen oder die Landtage, Leipzig 25.11.1990, in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 67.

724 Erklärung der sächsischen Staatsregierung zum Umgang mit den Stasi-Akten, vorgetragen von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf auf der Landespressekonferenz, Dresden 09.04.1991, in: BKL, Ablage Gesetzentwurf.

725 Vgl. u. a.: Jan von Flocken: Die Auferstehung der Stasi im Bundesverwaltungsamt, in: Der Morgen vom 01./02.06.1991, S. 3; Andreas Bretzler: Dunkle Geschäfte und eigenmächtige Entscheidungen. Bei der Verwaltung des Stasi-Vermögens wurden die Böcke zum Gärtner gemacht, in: Der Tagesspiegel vom 14.02.1991.

726 Vgl.: Einladung zur konstituierenden Sitzung der gemeinsamen Kommission der neuen Länder, Dresden 10.05.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

727 Vgl.:Ebenda.

728 Niederschrift über die konstituierende Sitzung der gemeinsamen Kommission am 17.05.1991, Dresden 21.05.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

lichkeiten, ihre Vorstellungen zu diskutieren, zu erklären und über die gemeinsame Kommission direkt in die parlamentarische Debatte um das StUG einzubringen.

Somit hatte das Bürgerkomitee wieder ein kompetentes parlamentarisches Gremium gefunden und teilweise selbst initiiert, um für die eigenen Vorstellungen zum Umgang mit der von ihm gesicherten Stasi-Hinterlassenschaft zu - streiten.

5.1.3. Die weitere Diskussion bis zur Verabschiedung des StUG

Am 27.08.1991 lud der Innenausschuß des Deutschen Bundestages zu einer Sachverständigenanhörung zu den vorliegenden Entwürfen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein. Das Bürgerkomitee Leipzig wurde zu dieser Anhörung geladen[729] und hatte somit die Möglichkeit, seine Vorstellung auch in dieser Phase des Gesetzgebungsverfahrens direkt in die Debatte einzubringen. Das Bürgerkomitee Leipzig nahm, wie erbeten, schriftlich zu den vorliegenden Entwürfen Stellung.[730] Im Rahmen der Anhörung wurden einzelne Punkte noch erörtert.[731]

Im weiteren Verlauf der Debatte bis zum Jahresende 1991 äußerte sich das Bürgerkomitee Leipzig immer wieder zu konkreten Regelungen im Gesetzentwurf. So forderte es im Oktober noch einmal nachdrücklich: „Die nichtpersonenbezogenen Unterlagen müssen in Dokumentationszentren in den Bezirken der ehemaligen DDR jedem interessierten Bürger für die Aufarbeitung zur Verfügung stehen.“[732]

Bis zum Schluß kämpften die Leipziger gemeinsam mit anderen für eine föderale Verwaltung der Aktenbestände unter Hoheit der neuen Länder. Auch in die Diskussion, die zum Ende des Jahres 1991 vor allem in bezug auf die Rechte der Medien heftig aufflammte, meldete sich das Bürgerkomitee Leipzig zu Wort.[733]

729 Einladung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zu einer öffentlichen Anhörung am 27.08.1991, Bonn 17.06.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

730 Stellungnahme zum StUG anläßlich der öffentlichen Anhörung des Bundestagsinnenausschusses am 27.08.1991, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

731 Stenografisches Protokoll über die 12. Sitzung des Bundestagsinnenausschusses am 27.08.1991, Protokoll Nr. 12, in: BKL Ablage Gesetzentwurf.

732 Presseerklärung „Der Bundesminister des Inneren schließt die Stasi-Akten“, Leipzig 09.10.1991, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

733 Vgl.: Konrad Taut: „Tritt in die Weichteile“, in: Der Spiegel, Nr. 46 vom 11.11.1991, auch abgedruckt in: Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91, BStU, Berlin 1995; S. 180-182.

5.1.4. Aktenschließungsdiskussionen und StUG-Novellen

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz trat am 01.01.1992 in Kraft. Das Bürgerkomitee Leipzig verfolgte in den darauffolgenden Jahren die öffentliche Diskussion um den weiteren Umgang mit den Stasi-Akten. Es reagierte vor allem auf die immer wieder erhobenen Forderungen nach Schließung der Archive oder gar der Aktenvernichtung.

Zutiefst verwundert und empört war das Bürgerkomitee über die Äußerung von Bundeskanzler Helmut Kohl aus Anlaß der Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 04.11.1993 in Berlin zum Thema Stasi-Akten. Friedrich Schorlemmer plädierte für ein „Freudenfeuer", Bischof Forck erklärte, daß das Lesen der Akten nur das Land vergiften würde und blanker Unsinn wäre. Regine Hildebrand verhöhnte das ernsthafte Bemühen vieler um ihre eigene Vergangenheit, indem sie die Antragsflut auf Akteneinsicht in der Gauckbehörde als Gesellschaftsspiel bezeichnete. Das Bürgerkomitee verteidigte die gesetzlich verbürgte Möglichkeit der Akteneinsicht[734] (vgl. Dokument 119).

Alle Novellierungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes verfolgte das Bürgerkomitee kritisch. Es nahm Stellung zu den geplanten Änderungen, wandte sich an verantwortliche Politiker und teilte diesen seine jeweilige Auffassung mit. Vehement stritt es in den vergangenen Jahren gegen jede Form von Amnestie. „Das 1992 erkämpfte Gesetz ist für die aus der Diktatur gekommenen Menschen eine sehr positive Demokratieerfahrung in der neuen Bundesrepublik. Wir verwahren uns gegen den Beginn des Amputierens dieses bewährten Gesetzes"[735], schrieb das Bürgerkomitee 1994, als auch alle Kopien von Stasi-Akten unter die Regelungen des StUG fallen sollten.

Mit großem Einsatz stritt das Bürgerkomitee Leipzig gegen die sogenannte Stichtagsregelung bei der Überprüfung Inoffizieller Mitarbeiter, weil es darin den ersten Schritt zu einer Einschränkung der Auskunftsmöglichkeiten sah – sozusagen durch die „Hintertür". Im Zuge der Debatte im Jahr 1996 konnte zumindest erreicht werden, daß diese Regelung erst zum 01.08.1998 in Kraft treten wird. Das Bürgerkomitee ist aus den angeführten Gründen noch heute gegen diese Einschränkung. In einer Presseerklärung hieß es 1996 dazu:

„Am Freitag, dem 08.11.1996, soll im Bundestag endgültig eine tiefgreifende Verschlechterung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) beschlossen werden. Obwohl sich dieses Gesetz grundsätzlich bewährt hat – es ermöglicht der gesamten Gesellschaft, sich fair und offen mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen –, sollen nun Einschränkungen für die Nutzung von Unterlagen zu Inoffiziellen Mitarbeitern gelten.

734 Vgl.: Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig zur Aktenschließungskampagne, Leipzig 03.12.1993, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

735 Presseerklärung zur geplanten StUG-Novelle, Leipzig 29.06.1994, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

Durch die geplanten Änderungen sollen die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit geschützt werden, deren Zusammenarbeit vor dem 31.12.1975 beendet wurde. Die Gauckbehörde dürfte beispielsweise bei Anfragen aus dem öffentlichen Dienst keine Auskunft mehr erteilen. Gleiches soll auch für sogenannte „geringfügige“ Stasi-Mitarbeit gelten. Dies wäre ein herber Schlag ins Gesicht der Opfer und all derer, die sich ernsthaft um eine Aufklärung der 40-Jahre währenden SED-Diktatur bemühen.

Die Gauckbehörde hat keine Wertung vorzunehmen. Jeder Einzelfall muß von den für die Personalentscheidung Verantwortlichen geprüft werden. Und dazu werden Mitteilungen benötigt, die über jegliche in den MfS-Akten dokumentierte Zusammenarbeit Auskunft geben. Das StUG ist nicht der richtige Ort, dies zu regeln. [...]

Die mit der Novelle des StUG geplante Einschränkung für die Beauskunftung ist strikt abzulehnen. Diese Regelung würde den Rechtsfrieden nicht fördern, sondern nachhaltig stören. MfS-Mitarbeiter, die in den 50er, 60er, oder 70er Jahren (eine Zeit, in der es brutaler zuging als am Ende der DDR) Kollegen oder Freunde denunziert und sie damit der Gefahr der Inhaftierung und Zerstörung ihres weiteren Lebens ausgesetzt haben, würden bald im öffentlichen Dienst tätig sein. Die Betroffenen würden dies bei der persönlichen Akteneinsicht feststellen und müßten nun endgültig an der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats zweifeln. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz darf kein Täter-Schutz-Gesetz werden.“[736]

Weiterhin forderte das Bürgerkomitee, die hauptamtlichen Mitarbeiter der politischen Polizei K I auch in das Gesetz aufzunehmen, was bisher nicht geschehen ist:

„Bei der geplanten Änderung handelt es sich angeblich um eine Angleichung des Gesetzes an die aktuelle Rechtsprechung. Trotzdem weigern sich die Parlamentarier von CDU/CSU, FDP und SPD hartnäckig, die Offiziere der Spezialtruppe der Kriminalpolizei 'K I' ebenfalls in das Gesetz aufzunehmen. Und das, obwohl das Sächsische Oberverwaltungsgericht festgestellt hat, daß die Arbeit bei der K I 'als Tätigkeit für das MfS zu werten' ist.“[737]

Den Bestrebungen, die Akten zu schließen, steuert das Bürgerkomitee Leipzig, auch angesichts der aktuellen Tendenzen, deutsche Geschichte ein zweites Mal unter den Teppich zu kehren, entgegen. Strukturen von Diktaturen müssen erkannt werden, um den Wert von Freiheit und Demokratie zu begreifen.

Das Bürgerkomitee Leipzig hat sich seit den ersten Ereignissen im Dezember 1989 für Regelungen zum Umgang mit den Stasi-Akten eingesetzt und sieht sich bis heute in der Verantwortung.

736 Pressemitteilung zur geplanten StUG-Novelle, Leipzig 06.11.1996, in: BKL Ablage Presseerklärungen.
737 Ebenda.

5.2. Weiterarbeit als eingetragener Verein

Das Bürgerkomitee arbeitete seit Dezember 1990 an einem Entwurf einer Satzung, um sich die Rechtsform eines eingetragenen Vereins zu geben. Am 16.04.1991 wurde auf einer Gründungsversammlung, zu der alle bis dato aktiv gewesenen Mitglieder eingeladen worden waren, das Bürgerkomitee Leipzig als eingetragener Verein gegründet.

Wichtigster Grund für die Vereinsgründung war die Weiterführung der Ausstellung in der „Runden Ecke". Hier entwickelte sich der beinahe einzige Ort in Leipzig, der für die Aufarbeitung streitet und sich sowohl regional als auch überregional für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema im vereinten Deutschland einsetzt.

Wann immer in der Öffentlichkeit das Thema „Stasi-DDR-Vergangenheit" zur Sprache kommt, ist das Bürgerkomitee sensibler Ansprechpartner und zugleich mischt es sich in gesellschaftliche Prozesse ein.

5.2.1. Politische Aktionen

Das Bürgerkomitee äußerte sich im vereinigten Deutschland zu verschiedensten politischen Fragen. Viele Leipziger sehen es inzwischen als eine Art Interessenvertretung an, die in ihrem Namen für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den Funktionsträgern aus der Diktatur streitet.

In der Justiz hatten sich geballt hohe SED-Funktionäre und belastete Kader vor allem als Rechtsanwälte oder Notare niedergelassen. Sie waren aber auch als Richter und Staatsanwälte tätig. Das Bürgerkomitee forderte 1992 eine konsequente Erneuerung der Justiz, die mit einer Überprüfung einhergehen sollte[738] (vgl. Dokument 118).

Im Dezember 1993 verlangte der letzte Innenminister Peter-Michael Diestel, daß seine Anweisung zum Abtransport der Akten der Leipziger Abteilung XV (vgl. Dokument 97) und vor allem der dazugehörige Kommentar aus der Ausstellung entfernt würden. Pikanterweise ließ er sich vom letzten ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Roland Wötzel, vertreten. Diestel hatte mit seinem Antrag keinen Erfolg[739] und verlor ein Jahr später vor dem Hamburger Oberlandesgericht endgültig[740] (vgl. Dokument 120). Das Bürgerkomitee hatte die anderen Beklagten weitgehend bei der Recherche nach Unterlagen und anderen Beweisen aus dem Jahr 1990 unterstützen können.

Am 22.06.1994 fand vor dem Leipziger Landgericht der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Gene-

738 Vgl.: Presseerklärung zur Überprüfung der Vergangenheit von Juristen in zulassungspflichtigen Berufen in den neuen Bundesländern, Leipzig 03.03.1992, in: BKL Ablage Presseerklärungen; vgl. auch: Endlich alle Stasi-Anwälte weg, in: Bild-Leipzig vom 21.11.1991, S. 9.

739 Vgl.: Landgericht Leipzig Az.: 5 (O) 8093/93 und Oberlandesgericht Dresden Az.: 2 U 220/94.

740 Vgl.: Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg Az. 3 U 184/94, Urteil vom 10.07.1995.

ralleutnant Manfred Hummitzsch, und seine Stellvertreter statt, wegen der von ihnen in Ausübung ihrer Tätigkeit für die Staatssicherheit angeordneten und durchgeführten Maßnahmen zur flächendeckenden Überwachung der Bürger, wie z. B. Abhören von Telefongesprächen. Da der Bundesgerichtshof in ähnlicher Sache Verurteilungen bereits aufgehoben hatte, war mit einem Freispruch zu rechnen. Das Bürgerkomitee zog mit Transparenten vor den Verhandlungssaal und informierte die Öffentlichkeit über diese „Prozeß-Farce gegen ehemaligen Leipziger Stasigeneral“:

„Wieder einmal wird ein Gericht ein Signal setzen: In staatlichem Auftrag begangenes Unrecht einer Diktatur ist durch den in 40 Jahren gewachsenen Rechtsstaat juristisch nicht zu fassen. Dies ist eine weitere Ermutigung für Diktatoren in aller Welt, Unrecht in Paragraphen zu fassen, um später ungeschoren davonzukommen.

So sanktioniert die bundesdeutsche Justiz zwangsläufig die durch die Stasi im Auftrag der SED begangenen unzähligen Menschenrechtsverletzungen im nachhinein. Die einstigen Täter kommen in den Genuß der Rechtsstaatlichkeit, die sie vierzig Jahre lang all denen, die dem System nicht dienten, verweigerten.

Es ist festzustellen: Das juristische Instrumentarium taugt nicht, Gerechtigkeit für die Opfer einer Diktatur herbeizuführen. Wie aber soll begangenes Unrecht als solches begriffen werden, wenn es keine rechtlichen Folgen für die Täter hat?

Diese feiern Triumphe – inzwischen ganz öffentlich. Dies ist eine neue Qualität des Auftretens der ehemaligen Machthaber. Das jüngste PDS-Wahlergebnis zeigt, wie schnell ein Volk vergessen kann.

Über dem geschriebenen Gesetz stehen Normen menschlichen Zusammenlebens, anhand derer jeder entscheiden kann und muß, ob er Recht oder Unrecht tut. Nur eine ungehinderte öffentliche Diskussion über Verhaltensweisen in einer Diktatur kann die Voraussetzung für die Bildung eines solchen Rechtsbewußtseins schaffen.“[741]

Im Jahresbericht der Europäischen Union über die Achtung der Menschenrechte wurde der Umgang mit den Funktionären der SED-Diktatur kritisiert. Das Bürgerkomitee Leipzig stellte am 15.01.1995 klar, „daß es im Umgang mit den ehemaligen Tätern [...] keine Menschenrechtsverletzung“ sieht:

„Die jüngsten Angriffe gegen den Umgang mit den Trägern der menschenrechtsverachtenden SED/MfS-Diktatur in der ehemaligen DDR im Entwurf des Jahresberichtes der Europäischen Union über die Achtung der Menschenrechte weisen wir entschieden zurück. Den ehemaligen Tätern wird ein gesetz-

741 Presseerklärung zur Prozeß-Farce gegen ehemaligen Leipziger Stasigeneral, Leipzig 19.06.1994, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

lich garantiertes rechtsstaatliches Verfahren zuteil, das sie selbst all ihren Opfern permanent verweigert haben.“[742]

Als Anfang 1995 der Entwurf eines von der Bundesregierung eingebrachten Strafrechtsänderungsgesetzes im Bundestag beraten wurde, das eine nachträgliche Schweigepflicht für DDR-Staatsfunktionäre ebenso vorsah wie für Mitarbeiter des MfS und IM, meldete sich das Bürgerkomitee Leipzig zu Wort:

„Wir haben 1990 unter großen Anstrengungen erreicht, daß die Schweigepflicht für ehemalige Stasi-Mitarbeiter aufgehoben wurde. Nur so war einerseits eine wirkliche Aufarbeitung möglich, andererseits konnten sich ehemalige Mitarbeiter auch nur so aus dem Geflecht der Abhängigkeiten befreien und wirklich neu anfangen.

Nun geschieht etwas Ungeheuerliches: Die Bundesregierung hat ein Strafrechtsänderungsgesetz in den Bundestag eingebracht, in dem alle ehemaligen staatlichen Funktionsträger nachträglich durch die Bundesrepublik Deutschland zum Schweigen verpflichtet werden sollen. Das Groteskeste daran ist, daß auch alle 'inoffiziellen Mitarbeiter des ehemaligen MfS oder seiner Vorläufer- und Nachfolgeorganisationen oder im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern oder des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR' in diese Regelung einbezogen werden sollen. Die Formulierung geht soweit, daß sogar IM-Kategorien, die vom Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht erfaßt werden, darunter fallen würden. Dieser Gesetzentwurf wird als Drucksache 13/58 am 19. Januar 1995 im Deutschen Bundestag in erster Lesung behandelt.

Wir wenden uns schärfstens gegen eine solche neue Verpflichtung der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS! Es kann auch hier keine rückwirkende Schaffung von Straftatbeständen geben. Die zerstörerische und menschenverachtende Tätigkeit der IM würde somit nachträglich durch die BRD als eine dem öffentlichen Dienst gleichgestellte Tätigkeit dargestellt werden. Dies lehnen wir ab und fordern, es zu verhindern.[743]

Immer wieder wies das Bürgerkomitee Leipzig daraufhin, daß im Prozeß der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit Defizite bestehen und die demokratische Justiz in weiten Bereichen überfordert ist, die staatlich verordneten Straftaten einer Diktatur zu ahnden. Dennoch setzt sich das Bürgerkomitee zumindest für das öffentliche Gespräch über dieses Thema ein. So konstatierte es anläßlich des 6. Jahrestages der Besetzung der Leipziger Stasizentrale:

„Sechs Jahre nach diesem spektakulären Ereignis erleben wir mit Betroffenheit, daß unsere Gesellschaft immer intensiver dabei ist, Geschichte zu verarbeiten, indem sie verdrängt, bewußt bagatellisiert oder verleugnet wird. Diesen Prozeß verfolgen wir mit Sorge, wird doch damit die Hoffähigkeit derer, die

742 Presseerklärung zum 5. Jahrestag der Besetzung der Berliner Stasizentrale, Leipzig 15.01.1995, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

743 Vgl.: Ebenda.

ungezähltes Leid an ihren Mitmenschen verursachten, wieder hergestellt. Häufig haben sie ihre Stellung in Politik und Gesellschaft zurückerhalten. Haben wir Worte des Nachdenkens und der Bitte um Verzeihung von ihnen gehört? Selbst darauf warten die Opfer bislang vergebens.

Auch die Politik hat hier versagt. Es wurde versäumt, der Justiz ein Instrument in die Hand zu geben, um die Taten aus 40 Jahren Diktatur zu ahnden. Es fehlen Gelder, um die DDR-Regierungskriminalität zu verfolgen. Statt dessen kümmert man sich um die Renten der einstigen Systemträger. Geheimdienstliche Interessen beschneiden die demokratische Auseinandersetzung. Die Diskussionen um den Abschlußbericht des 1. KoKo-Untersuchungsausschußes - stehen hierfür beispielhaft.“[744]

Das Bürgerkomitee bezieht aber ebenso zu aktuellen Fragen, wie z. B. dem Umgang der Bundesregierung mit dem kommunistischen Regime in Peking, Stellung:

„Kohl hofiert die Schlächter vom Platz des Himmlischen Friedens. Statt einer kritischen und aufrichtigen Auseinandersetzung mit den kriminellen Taten eines ganzen Staatsapparates ist es bereits wieder möglich, daß der Stasi-Oberst (OibE) Schalck-Golodkowski vor wenigen Wochen nach China reiste, um wirtschaftliche Kontakte zu pflegen. Extra dafür wurde er durch ein Berliner Gericht von seinem Strafprozeß wegen verbotenen Waffenhandels beurlaubt. Der Bundeskanzler erwies kurz darauf mit seinem Besuch den kommunistischen Staatsverbrechern in China die Reverenz. Selbst den Besuch einer Pekinger Kaserne ließ er nicht aus. Diese beiden Ereignisse geben dem 4. Dezember 1995 einen aktuellen Akzent. Sowohl die friedliche Revolution in der DDR als auch das Massaker der chinesischen Führung auf dem Platz des Himmlischen Friedens liegen gerade erst sechs Jahre zurück!“[745]

Das Bürgerkomitee setzt sich für den Erhalt der Außenstellen der Behörde des Bundesbeauftragten in den ehemaligen Bezirksstätten ein. Als bekannt wurde, daß der Bundesrechnungshof plante, auch die Leipziger Außenstelle zu schließen[746], erklärte es, daß dies ein „Hohn auf die Zivilcourage der Leipziger Bürger“[747] wäre und protestierte (vgl. Dokument 122). Wochen später wurden die Zusammenlegungspläne zurückgenommen.[748]

Als Markus Wolf 1997 zu einer Buchlesung nach Leipzig kam, war das Bürgerkomitee Träger des öffentlichen Protestes. Die in den Räumen der Dresdner Bank geplante Buchlesung konnte das Bürgerkomitee zwar nicht verhindern, es erreichte aber zumindest, daß die Bank ihre Zusage zurückzog und die Veranstalter in den Studentenclub „Moritzbastei“ ausweichen mußten. Vor dem

744 Ebenda.
745 Ebenda.
746 Vgl.: Falsches Signal. Der Bundesrechnungshof fordert, die Gauck-Behörde zu verkleinern, in: Der Spiegel, Nr. 16 vom 14.04.1997, S. 50.
747 Pressemitteilung zur geplanten Schließung der Außenstelle Leipzig des BStU, Leipzig 14.04.1997, in: BKL Ablage Presseerklärungen.
748 Vgl.: Rechnungshof abgeblockt, in: Der Spiegel, Nr. 34 vom 18.08.1997, S. 16.

Eingang protestierte das Bürgerkomitee gegen diese Veranstaltung mit Transparenten und verteilte Handzettel[749] (vgl. Dokument 124). Sie sahen in der Lesung von Markus Wolf eine Beleidigung der Opfer. In der Berichterstattung über diesen Abend wurden immer auch die Argumente des Bürgerkomitees erwähnt, meist waren Fotos der Protestplakate abgebildet.[750]

5.2.2. Sammlungen und Dokumentation

Die Idee zum Aufbau einer Spezialbibliothek erwuchs aus dem Anspruch des Bürgerkomitees, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und zur politisch-demokratischen Meinungsbildung beizutragen. Die Notwendigkeit, regional zu dokumentieren und zu informieren, ergab sich aus dem Ansatz der dezentralen Aufarbeitung.

Während der Auflösung der Leipziger Staatssicherheit wurden alle Bücher aus den Beständen des MfS, die ins Altpapier sollten, vom Bürgerkomitee sichergestellt und bildeten den Grundstock der Bibliothek. Der derzeitige Bestand setzt sich aus „originaler“, aus der Gesellschaft der DDR stammender Literatur sowie aus Publikationen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zusammen. Der Aufbau einer Bibliothek mit Publikationen zur Geschichte nach dem 2. Weltkrieg, insbesondere in Deutschland, wird sowohl durch Ankäufe als auch durch Schenkungen weiter vorangetrieben.

Ein wichtiges Anliegen war von Anfang an das Sammeln der Medienberichte über die Auflösung des MfS und den Umgang mit der DDR-Vergangenheit an sich. So unterhält das Bürgerkomitee eine umfängliche Zeitungsartikelsammlung zu diesem Thema, die ständig weitergeführt wird. Zusätzlich werden die regionalen Zeitungen aus den Jahren 1989 bis 1991 im Original aufbewahrt. Auf dieses Informationsangebot wird gern zurückgegriffen, da es in dieser Spezialisierung derzeit in Leipzig nichts Vergleichbares gibt. Ebenfalls wurde ein Videoarchiv zur Endphase der DDR und des MfS sowie zum heutigen Umgang mit dieser Vergangenheit aufgebaut.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Ausstellung fragte das Bürgerkomitee Fotografen und Agenturen nach Fotos über die Auflösung des MfS in Leipzig. Da diese Aufnahmen sehr wertvoll für diese, an Dokumenten sonst sehr armen Zeit sind, entschied das Bürgerkomitee, ein Fotoarchiv zu diesem eng umgrenzten Thema aufzubauen. In der Folge tätigte es Archivankäufe;

749 Presseerklärung zur Buchlesung mit Markus Wolf, Leipzig 12.07.1997, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

750 Erregung um Wolf-Lesung in Leipzig. Bank zog Raumvermietung kurzfristig zurück, Buchhandlung fand nur mit Mühe Ersatzsaal, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.07.1997, S. 9; Gleiches Recht für alle, ebenda; Markus Wolfs Lesereise mit Hindernissen. Nicht nur in Leipzig erhielt der Veranstalter Drohungen, in: Der Tagesspiegel vom 15.07.1997; Dresdner Bank Leseverbot für Ex-Spionage-Chef Wolf, in: BILD Leipzig vom 15.07.1997; Titelvorschlag des Bürgerkomitees für das nächste Buch:“Kochen im Gulag“, in: Magdeburger Volksstimme vom 16.07.1997.

viele Fotografen überließen dem Fotoarchiv ihre Aufnahmen aber auch kostenlos. Diese Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Das Bürgerkomitee begann bereits während der Auflösung des MfS in Leipzig, die Gegenstände, die die Tätigkeit der Stasi-Offiziere dokumentieren, zu sammeln. Aus dieser Sammlung stammen die Objekte, die in der Dauerausstellung gezeigt werden. Viele Objekte werden aber auch nur magaziniert aufbewahrt. In der Vergangenheit griffen verschiedene Museen des In- und Auslandes auf Gegenstände aus der Sammlung des Museums in der „Runden Ecke“ zurück, um diese im Rahmen von Leihgaben in eigenen Ausstellungen zu präsentieren.[751]

5.2.3. Beteiligung an der politischen Meinungsfindung

Das Bürgerkomitee sieht es als wichtige Aufgabe an, entsprechend dem Vereinszweck an der aktuellen Meinungsbildung der Gesellschaft mitzuwirken. Dies geschieht insbesondere, wenn es um Belange des Umganges mit der Stasi-Hinterlassenschaft oder um Art und Weise der Aufarbeitung des SED-Regimes geht. Dazu veranstaltet es Pressegespräche und gibt Verlautbarungen ab.

Anhörungen und Stellungnahmen für den Deutschen Bundestag

Fraktionen und Ausschüsse des Deutschen Bundestages ersuchten das Bürgerkomitee um Stellungnahmen zu geplanten Gesetzesnovellierungen (StUG, AAÜG, Gedenkstättengesetz, etc.). In diesem Zusammenhang nahm das Bürgerkomitee auch selbst Kontakt zu Abgeordneten, Regierungsmitgliedern, Verbänden und Einzelpersonen auf.

Im September 1992 fand die Anhörung „Erfahrungsaustausch von Initiativen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen“ der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ im Leipziger Rathaus statt. Das Bürgerkomitee wies nachdrücklich auf die Bedeutsamkeit der Erfahrungen bei der Auflösung des MfS und der Installierung einer demokratischen Kontrolle hin, gerade auch in bezug auf Gesamtdeutschland. Die beiden Vertreter des Bürgerkomitees, Konrad Taut und Irmtraut Hollitzer, hoben besonders die Rolle der Ausstellung hervor, zum einen für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zum anderen als Verpflichtung und Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber.[752]

751 Geruchskonserven für die Ausstellung „Aroma, Aroma“ des Museums für Gestaltung Basel (1995); Dampfpresse aus der Abteilung M (Postkontrolle) für die Ausstellung „... keine Kunst! Mail-Art“ des Museums für Post und Kommunikation Berlin (1997); Wanzen der Abteilung 26 (Telefonabhören) für die Ausstellung „Leben und leben lassen“ des Staatlichen Museums für Naturkunde Stuttgart (1997); Anfrage des Deutschen Historischen Museums Berlin für die Ausstellung „Einigkeit und Recht und Freiheit – der Weg der Deutschen 1949-1999“.

752 Vgl.: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen, Bonn 1993.

Im Anschluß hatten die Teilnehmer der Anhörung die Möglichkeit, die Ausstellung im Rahmen einer Führung kennenzulernen.

Im Februar 1994 erbat der Innenausschuß des Bundestages zur Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“ eine Stellungnahme vom Bürgerkomitee Leipzig. Die Arbeit des Museums in der „Runden Ecke“ wurde vorgestellt, wobei der Schwerpunkt der Darstellung auf der Rolle von Mahn- und Gedenkstätten im Geschichtsaufarbeitungsprozeß lag und dabei vor allem auf dem Umgang mit der jüngsten Vergangenheit sowie der Präsentation von Geschichte in der DDR. Das Bürgerkomitee konstatierte, daß gerade im vereinigten Deutschland der Umgang mit Vergangenheit in Museen und Gedenkstätten überdacht werden müsse und in neue Konzepte einmünden sollte, die die Erfahrungen aus der friedlichen Revolution umfänglich berücksichtigen. Es gibt eine Vielzahl von Orten und Objekten innerhalb der ehemaligen DDR, deren heutige Nutzung ohne jeglichen Bezug auf deren Funktionen bis 1989 geplant wird. Auch zum Umgang mit den Gedenkstätten für die Opfer aus der Zeit von 1933 bis 1945 gibt es bis heute viele offene Fragen. Das „Museum in der 'Runden Ecke'“ könnte hier vielfältige Anregungen geben. Abschließend mahnte das Bürgerkomitee Handlungsbedarf seitens des Bundes an, da sich freie Trägerschaft als vorteilhaft erwiesen hat, dafür aber keine Bundesmittel zur Verfügung stünden.[753]

Darauf nahm der Vertreter des Bürgerkomitees, Konrad Taut, in der Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ zum Thema „Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“, noch einmal nachdrücklich Bezug. Er sprach zwei wesentliche Punkte an: Zum einen sei für eine effektive Arbeit eines zeitgeschichtlichen Museums in freier Trägerschaft Projektförderung weitaus sinnvoller als Personalkostenförderung, gerade im Hinblick auf die anstehende Beteiligung am Projekt Leipzig EXPO 2000. Zum anderen ergäbe sich grundsätzlich Handlungsbedarf bei der Förderung von Gemeinnützigkeit von Vereinen, da sich derzeit die Förderung auf Projekte beschränke, die die Zeit bis 1945 zum Inhalt haben.[754]

Politische Bildung und Beratung

Das Museum ist ständiger Anlaufpunkt für Betroffene, die die verschiedensten Anliegen haben. Es sind einerseits Menschen, die durch das DDR-Regime Unrecht erlitten haben und nun wegen ihrer Rehabilitierung oder anderer Probleme beraten werden wollten. Es erkundigen sich aber auch ehemalige Stasi-Mitarbeiter, beispielsweise zu Fragen ihrer früheren Dienstverhältnisse oder zur gesellschaftlichen Bewertung ihrer früheren Tätigkeit. In längeren Bera-

753 Vgl.: Stellungnahme des Bürgerkomitees Leipzig zum Thema „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“, in: Protokoll über die 91. Sitzung des Innenausschusses am 07.03.1994, Protokoll Nr. 91, S. 252-254.

754 Vgl.: Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission am 17.06.1996, Protokoll Nr. 17, S. 30-32.

tungsgesprächen kann ihnen meist geholfen werden. Oft werden sie auch an die zuständigen Stellen weitervermittelt.

Studenten und Schüler informieren sich für ihre Diplom-, Semester- oder Abschlußarbeiten; Journalisten, Filmemacher und Wissenschaftler wählen die „Runde Ecke“ bei ihren Recherchen häufig als ersten Kontaktpartner, wenn sie Beiträge über dieses Thema erarbeiten.

Um der Aufgabe, die Bürger über das SED-Regime, insbesondere über die Arbeitsweise der Staatssicherheit der DDR zu informieren, gerecht zu werden, intensiviert das Bürgerkomitee das Angebot für Besucher, Publikationen zu erwerben. So können sie die gewonnenen Eindrücke vertiefen bzw. sich weiterführend informieren und bilden. Im Eingangsbereich des Museums bietet das Bürgerkomitee darüber hinaus Informationsblätter weiterer Museen und Gedenkstätten in Deutschland an.

5.3. Das Museum in der „Runden Ecke“

Das Museum in der „Runden Ecke“ ist eines der jüngsten Museen der Stadt Leipzig. Heute hat es sich zu einem wichtigen Ort der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte entwickelt, das sowohl von Leipzigern, als auch von den Gästen der Stadt besucht wird.[755]

Die „Runde Ecke“ war in Leipzig 40 Jahre lang das Symbol für die Unterdrükkung durch die SED und die flächendeckende Durchdringung der Gesellschaft mit Mißtrauen, psychischer, aber auch physischer Gewalt. Dieses waffenstarrende Gebäude, an dem vierzig Jahre lang beim Vorbeigehen jedes Gespräch verstummte, wurde im Herbst 1989 von den Leipzigern friedlich in Besitz genommen. Damit wurde eine wichtige Stütze der SED-Diktatur demontiert. Die unterdrückten Bürger nahmen den einst Mächtigen ihre schärfste Waffe – das Herrschaftswissen. Sie holten sich ihre Würde zurück und ermöglichten für die Zukunft eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte. Auch für das Verstehen der „friedlichen Revolution“ 1989 sind die originalen Rahmenbedingungen von unschätzbarer Bedeutung.

755 Die Besucherzahlen, einschließlich der Sonder- und Wanderausstellungen, sind im Vergleich zum Jahr 1992 leicht gestiegen (1992: 20.452, 1993: 21.131, 1994: 18.222, 1995: 22.469, 1996: 23.455), Erhebungen des Museums, veröffentlicht im jeweiligen Statistischen Jahrbuch der Stadt Leipzig.
Auch international findet das Museum in der „Runden Ecke“ Beachtung, vgl.: Schweiz: Erich Mielkes Schatten über Leipzig – Permanente Ausstellung im einstigen Hauptquartier der Stasi, in: Neue Zürcher Zeitung vom 09.11.1995; Dänemark: Lars Rumar: Att arkivera ett folk, in: Populär Historia, Heft 4/93, S. 38-42; USA: Richard Slusser: Museum reveals ugly past, in: The Washington Times vom 22.12.1996, S. 2 (E4); Honduras: Enma Calderon: La Reunificacion: El útimo retode Alemania, in: La Tribuna vom 10.05.1997, S. 15-B; Japan: Leiji Godoh Wada: [...], in: CAT Cross and Talk, Heft 3/1997, S. 4-10; Niederlande: Herman Veenhof: Museum in der „Runden Ecke“, in: Nederlands Dagblad vom 31.01.1998, Beilage S. 4.

5.3.1. Geschichte des Hauses

Dieses Gebäude steht direkt an der alten Leipziger Stadtmauer auf dem Terrain, auf dem sich um 1000 die erste deutsche Burg in dem sonst slawisch/sorbisch besiedelten Gebiet befand.[756] 1911 bis 1913 wurde hier das neue Geschäftshaus der Alten Leipziger Feuerversicherungsanstalt errichtet.[757] Ein Rückblick auf die Nutzung dieses Hauses durch die Gestapo, den sowjetischen Sicherheitsdienst NKWD sowie den MfS-Vorläufer „K 5“ verdeutlicht eine bedrückende Kontinuität. Seit 1950 war die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig hier untergebracht.

Die „Runde Ecke“ stand fast 40 Jahre lang wie eine Zwingburg mitten in der Stadt und war Synonym für Angst und Geheimes.[758] Das am Innenstadtring gelegene Haus war bei den Montagsdemonstrationen Zielscheibe verbal artikulierter Wut und Empörung der Demonstranten. Erst im Herbst 1990 ist die Forderung der Montagsdemonstranten „'Runde Ecke' – Schreckenshaus, wann wird ein Museum draus“[759] Wirklichkeit geworden.

5.3.2. Museumskonzeption

Der zunehmende zeitliche Abstand zum Leben in der DDR bewirkt eine immer größere Verklärung bzw. Verharmlosung der Ereignisse und Fakten. Dem wirkt die ständige zeitgeschichtliche Ausstellung „STASI - Macht und Banalität. Indizien des Verbrechens“ entgegen. In dem vom Bürgerkomitee Leipzig getragenen Museum in der „Runden Ecke“ werden in den Originalräumlichkeiten der ehemaligen Stasi-Zentrale von Leipzig anhand von Originaleinrichtungsgegenständen und Arbeitsmitteln, ergänzt durch Fotos und ausgewählte MfS-Dokumente (einschließlich Film- und Tonaufnahmen) die Strukturen des berüchtigten DDR-Geheimdienstes aufgezeigt. Der Besucher erkennt, wie das System der flächendeckenden Überwachung und Bespitzelung funktionieren konnte und wie das Ministerium für Staatssicherheit in das Gesamtsystem der Diktatur eingebettet war.

Die Diskussion um die Stasi-Thematik ist wie keine andere emotionalisiert. Die einen wollen es nicht glauben, die anderen können es nicht glauben, wieder andere halten es für unmöglich oder haben es viel schlimmer in Erinnerung. Daher ist es bei der Darstellung dieses Themas von Vorteil, jede, auch

756 Vgl.: Herbert Küas: Das alte Leipzig aus archäologischer Sicht, Berlin 1976; ders.: Mittelalterliche Keramik und andere Funde vom Ranstädter Steinweg und Pleißemühlgraben, Berlin 1966.

757 Vgl.: die im Bestand des BStU, Ast. Leipzig befindlichen zwei Bände der alten Bauakten zu diesem Gebäude (Leipzig-Mitte, Dittrichring 24), derzeit beim Staatshochbauamt I Leipzig; sowie: Die Vergangenheit bewahren – die Zukunft gewinnen, Festschrift der Alten Leipziger Versicherung Aktiengesellschaft zum 175. Jubiläum, Leipzig 1994.

758 Zum Zeitpunkt der Auflösung, im Dezember 1989, beschäftigte die BVfS Leipzig 2.401 hauptamtliche Mitarbeiter, unterhielt über 850 konspirative Wohnungen und Objekte und führte ca. 10.000 Inoffizielle Mitarbeiter.

759 Dokumentiert u. a. in: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990, S. 96. Auf dem Originaltransparent hieß es statt „Runde Ecke“ – „Krumme Ecke“.

noch so klare oder plakative These in der Ausstellung durch Dokumente oder Objekte zu belegen, gleichsam zu beweisen. Das Museum muß eine sinnliche Erfahrung dieses subtilen Unterdrückungsapparates ebenso ermöglichen, wie es klares, gut recherchiertes Faktenwissen vermitteln muß. Dabei ist zu beachten, daß die wissenschaftliche Forschung zu diesem Zeitabschnitt erst am Anfang steht und somit bestimmte Schlußfolgerungen schwierig sind.

Die Ausstellung versucht zu verdeutlichen, wie es dazu kommen konnte, ein Volk über Jahrzehnte hinweg in Angst zu halten, einzuschüchtern, der äußeren und oft auch inneren Freiheit zu berauben, den vorauseilenden Gehorsam anzuerziehen, um schließlich ein Volk zu haben, welches die unfreiwillig bzw. die selbst angelegten Fesseln als solche oft nicht mehr erkannte.[760]

5.3.2.1. Die Bedeutung der originalen Räumlichkeiten

Die Thematik der Ausstellung und vor allem die Reaktionen der Besucher waren Anlaß, die Originalität der Räumlichkeiten weitestgehend zu erhalten. So prägt sich das dokumentarisch zu vermittelnde Wissen auch über andere Sinnesorgane ein. Scherengitter, Eisentüren, Lampen, alte Elektro- und Sanitärinstallation bis hin zum originalen Fußbodenbelag erhalten den ausgestellten Dokumenten und Objekten das Umfeld, aus welchem sie stammen. Die Ausstellungsräume selbst werden aktiv in die Ausstellung einbezogen, indem sie beispielsweise ebenfalls beschildert wurden.

So ist hier ein Ort historischen Lernens entstanden. Ehemalige DDR-Bürger fühlen sich wieder zurückversetzt in die Zeit vor 1989 und empfinden die bedrückenden Rahmenbedingungen nach. Der Besucher aus den alten Bundesländern kommt in die Ausstellung und versteht plötzlich vieles besser als vorher. „Wir brauchen in den Museen dingliche Überreste, die gleichsam von selbst sprechen und damit Anstöße geben, damit sich die Betrachter ihre Welt der Vergangenheit mit Hilfe des Museumsangebotes selbst herstellen können“[761], fordert auch Gerhard Schneider von der Universität Hannover.

Das Gebäude, in dem sich das Museum befindet, gehört heute der Bundesrepublik Deutschland und wird überwiegend vom Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU) genutzt, der derzeit umfangreiche Baumaßnahmen im ganzen Gebäude durchführen läßt.

760 Vgl.: Tobias Hollitzer: Die Staatssicherheit im Museum. Die museale Präsentation dieses Abschnitts der DDR-Geschichte am Beispiel des Museums in der „Runden Ecke“ in Leipzig, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt, Berlin 1997, S. 15-28; Tobias Hollitzer: Die Staatssicherheit im Museum. Die museale Präsentation in der „Runden Ecke“ in Leipzig, in: Deutschlandarchiv (30) 1997 Nr. 2, S. 257-262.

761 Gerhard Schneider: Bemerkungen zum Thema Geschichte im Museum, in: Geschichte, Erziehung, Politik, Nr. 05/1994, S. 402-412, hier S. 406.

Bereits sechs Jahre nach dem Ende der DDR sind die Orte der Machtausübung des SED-Staates in der Stadt Leipzig fast alle bis zur Unkenntlichkeit saniert worden.[762]

Selbst die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt konnte nicht als Mahn- und Gedenkstätte erhalten werden. Dieses Gebäude wurde mit einem hohen finanziellen Aufwand durch das Land Sachsen in den Zustand zum Zeitpunkt der Erbauung Mitte des 19. Jhd. zurückversetzt. Es gelang nur, einen originalgetreuen Nachbau einer Zelle in die ständige zeitgeschichtliche Ausstellung im Museum in der „Runden Ecke" aufzunehmen.

Damit Lernen und Erfahren am originalen Ort auch zukünftig authentisch möglich bleibt, müssen die Ausstellungsräumlichkeiten, einschließlich des Eingangsbereiches „Runde Ecke", in originaler Form erhalten bleiben. Diese Forderung steht einer kompletten Sanierung des gesamten Gebäudes nach modernsten Gesichtspunkten entgegen. Derzeit muß um jede Steckdose, um jeden Heizkörper gekämpft werden.

1996 wurde im Bundestag ein Antrag gestellt, der die Bundesregierung auffordert, „zur Erinnerung an den Arbeiteraufstand in der DDR am 17. Juni 1953 *an historischer Stätte* einen Ort der Erinnerung und des Gedenkens [...] zu schaffen"[763]. Dort, wo Ausstellungen an originalen Orten, an historischen Stätten existieren, sollten diese unbedingt erhalten werden, denn „Museen, die in situ entstanden sind, können historische Atmosphäre besonders gut vermitteln"[764].

„Die Gedenkstätten werden in der Gegenwart um so bedeutsamer, als die Verbrechen [...] immer weniger vorstellbar sind. [...] Die Orte, an denen furchtbare

762 So z. B. die Gebäude des Rates des Bezirkes Leipzig, des Rates der Stadt Leipzig, des Rates des Kreises Leipzig-Land, der SED-Bezirksleitung Leipzig, der SED-Stadtleitung Leipzig, der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig, der FDJ-Bezirksleitung Leipzig, das Haus der DSF, die Kreisdienststellen für Staatssicherheit Leipzig – Stadt und Land, sowie Abteilungen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig in der Messehalle 7.11, der Käthe-Kollwitz-Straße oder Leutzsch.

763 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Antrag Erinnerung und Gedenken an den Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953, Drucksache 13/6048.
Es drängen sich auch gewisse Parallelen zum Umgang mit der ehemaligen Zentrale des Reichsicherheitshauptamtes (RSHA) in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße auf. Die Gebäude auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände waren durch Bombenangriffe zerstört worden. Elf Jahre nach Ende des Krieges wurden die Ruinen abgerissen und das Gelände eingeebnet. Erst in den achtziger Jahren flammte eine Diskussion um die öffentliche Nutzung dieses Areals auf. 1986 wurde dann in mühsamster Kleinarbeit begonnen, die letzten vorhandenen Gebäudegrundrisse und Kellerräume auszugraben. Heute gehört das Gelände zur Dokumentation „Topographie des Terrors" und ist somit erst über dreißig Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur zu einem Ort öffentlicher Auseinandersetzung und öffentlichen Gedenkens geworden. Vgl.: Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände – Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste Berlin, Berlin 1988.
In der aktuellen Diskussion um ein zentrales Holocaust-Mahnmal in Berlin erteilte der Regierende Bürgermeister jüngst der Idee, diese in der Nähe des Brandenburger Tores zu errichten, eine Absage. Es gäbe „genügend geeignetere Orte , an denen Geschichte passierte". Derzeit wird erwogen, das Museum „Topographie des Terrors" mit der geplanten Gedenkstätte zu verbinden. Vgl.: „Gedenkstätte gesucht" in: Focus Nr. 12/97 vom 17.03.1997, S: 102.

764 Gerhard Schneider: Bemerkungen zum Thema Geschichte im Museum, in: Geschichte, Erziehung, Politik, Nr. 05/1994, S. 402-412, hier S. 405.

Verbrechen geplant oder verübt wurden, besitzen für viele Besucher – um einen Begriff von Walter Benjamin zu gebrauchen – eine spezifische 'Aura', die zu einem besonderen Interesse an der Vergangenheit führt. Man mag die Wirkung dieser Aura für irrational halten, allein sie ist da.“[765]

Dafür sprach sich jüngst der Leiter des Hannah-Arendt-Institutes in Dresden, Klaus-Dietmar Henke aus, indem er einen Lern- und Gedenkort für den „leisen Terror des späten Staatssozialismus“ forderte.[766] Er stellte fest, daß diese Lern- und Gedenkorte zwangsläufig die Orte der Täter sind:

„Gedenkstätten in einem Land mit nationalsozialistischer und kommunistischer Vergangenheit sind neben Orten der Trauer und des Gedenkens Orte der Demokratiesicherung. Denn wir setzen uns ja deswegen mit der Vergangenheit auseinander, um als einzelne wie als Gemeinwesen urteilsfähig zu bleiben. Sie sind Orte der Aufklärung über die Brüchigkeit der Zivilisation und Orte der Aufklärung darüber, was dem Bürger in Systemen droht, die nicht demokratisch sondern weltanschaulich legitimiert sind. [...] Nirgends kann die Illusion vom guten Kern des Sozialismus nachhaltiger zertrümmert, nirgends kann eindringlicher verdeutlicht werden, wie avancierter Totalitarismus funktioniert und wie leiser Terror wirkt. Es ist zugleich ein Ort des Gedenkens an die Opfer unter Beweisnot, die das Folterwerkzeug nicht vorweisen und die Folterknechte nicht kennen können – an jene Menschen, die ihre Wunden nicht auf dem Körper, sondern in ihren Seelen haben.“[767]

In diesem Zusammenhang fordert er die Erhaltung der Befehlszentrale des MfS in der Berliner Normannenstraße als Gedenkort. Solche Gedenkorte müssen darüber hinaus natürlich auch anderswo erhalten werden.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang zu beobachten, daß sich die Kunstwissenschaftler und Denkmalpfleger, vor allem jene aus der ehemaligen DDR, mit großem Nachdruck für den Erhalt der Architektur sowie der politischen Denkmäler und der „Kunst am Bau“, die 40 Jahre SED-Diktatur hervorgebracht haben, einsetzen. Der „Vernichtung“ der Orte der eigentlichen Machtausübung dagegen wird von diesen Fachleuten bisher nur selten entgegengetreten. Hervorzuhebende Ausnahme sind die letzten Reste der Grenzbefestigungsanlagen.[768]

Der Leipziger Kunsthistoriker, Prof. Thomas Topfstedt, beklagt zum Beispiel polemisch:

765 Bernd Faulenbach: Gedenkstätten gegen das Vergessen. Denkorte – Lernorte: Orte der Auseinandersetzung mit totalitären Erfahrungen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.): Erinnern Aufarbeiten Gedenken, Dokumentation des 7. Bautzenforums am 17./18.05.1996, Leipzig 1997.

766 Klaus-Dietmar Henke: Für eine „Anatomie des SED-Sozialismus“. Der leise Terror des späten Staatssozialismus braucht einen Lern- und Gedenkort, in: Deutschlandarchiv, 31(1998) Nr. 1, S. 83-96.

767 Ebenda.

768 Einen Überblick über den Diskussionsstand gibt die Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 15./16.05.1995: Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt? Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung, Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 51, Bonn 1995.

„In Leipzig fiel der Thüringer Hof, dessen Erdgeschoß und erstes Obergeschoß unter großen Mühen 1947/48 wiedererrichtet worden war, zunächst der Ignoranz der kommunalen Behörden und bald darauf dem Abrißbagger zum Opfer. Er wird angeblich, wie die Werbetexte versprechen, 'originalgetreu' wiedererstehen – als Schalbetonbau mit Styroporverkleidungen und einigen historisierenden Fassadenelementen. In Anbetracht solcher Praktiken stellt sich die bange Frage, wie lange es wohl dauern wird, bis in Leipzig auch noch die letzten, vom schweren Anfang der Nachkriegszeit kündenden Bauzeugnisse – zum Beispiel die krude nie verputzte Trümmerziegelfassade des 1948 bis 1951 in zwei Bauetappen errichteten Mietshauses Käthe-Kollwitz-Straße 93 – beseitigt oder zumindest ihres originalen Aussagewertes als Baudenkmal beraubt sein werden.“[769]

Weder von ihm noch von seinen Fachkollegen war in der Vergangenheit Protest gegen die oben beschriebene Sanierung der „Täterorte“ in Leipzig zu vernehmen. Glücklicherweise ist das Verständnis auf der Ebene der ausführenden Denkmalschutzbehörden da schon wesentlich weiter gediehen, so daß hier Partner für die Erhaltung dieser speziellen Sachzeugnisse gefunden werden konnten.

Die zu betrachtenden Einrichtungsgegenstände, Objekte, Räume oder Anlagen waren im weitesten Sinne Gebrauchsgegenstände der Diktatur. 1989/90 wurden sie jäh ihrer Bedeutung beraubt und landeten auf dem Müllhaufen der Geschichte.[770] Heute ist es dringend geboten, daß neben engagierten Bürgern und Initiativen auch die Mitarbeiter in Fachgremien und Institutionen ihre Verantwortung für die Rettung dieser Sachzeugen der jüngsten Geschichte erkennen und wahrnehmen – ehe alle auf den realen Mülldeponien endgültig entsorgt werden.

5.3.2.2. Die eigentliche Ausstellung

Aufgrund der dargestellten begrenzten finanziellen Möglichkeiten wurde die Ausstellung im Mai 1990 auf Wellpappebahnen aufgeklebt. Die gezeigten Dokumente wurden auf weißes Papier kopiert und die Kommentare auf gelbes. So sollte von Anfang an eine strikte Trennung zwischen objektivem Dokument und wertendem Kommentar erfolgen. Als Ausstellungsträger wurde das sogenannte BKN-System der SED-Werbefirma DEWAG[771] eingesetzt.

769 Thomas Topfstedt: Denkmale der Architektur und des Städtebaus der DDR, in: ebenda, S. 14-18, hier S. 17 f.

770 Vgl. hierzu die Ausführungen von Andreas Ludwig in seinem Beitrag „Alltagsleben der DDR im Museum“, in: Gedenkstätte Hohenschönhausen (Hrsg.): SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt. Gedenkstättenseminar 28./29.11.1996 in Berlin, Berlin 1997, S. 29-35.

771 Dieses Ausstellungssystem, das in der DDR überwiegend im Bereich des Messebaus zur Anwendung kam, wurde Ende der 80er Jahre auch für Ausstellungen in Museen eingesetzt, so beispielsweise 1987 in der Sonderausstellung „Berlin 1871 – 1945“ des Museums für Deutsche Geschichte, vgl. dazu die Fotografien im Artikel von Kurt Laser: Von der Konzeption zur fertigen Ausstellung –

Die Ausstellung wurde im September 1990 im Eingangsbereich „Runde Ecke“ sowie dem direkt daran anschließenden Flur mit den links und rechts abgehenden Arbeitsräumen aufgebaut. Hier stehen insgesamt ca. 400 m^2 Ausstellungsfläche zur Verfügung. Seitdem wird die Ausstellung überarbeitet, da die ursprünglich für wenige Wochen gedachte Gestaltung den Ansprüchen einer Dauerausstellung nicht mehr genügt. Diese Überarbeitung bezieht sich überwiegend auf die graphische Gestaltung und die kommentierenden Texte. Neben einer besseren Übersichtlichkeit und Internationalität der Ausstellungstafeln sollen vorwiegend sichergestellte und bisher nur magazinierte Exponate zur Ansicht kommen. Einige werden so rekonstruiert, daß die Funktionsweise demonstriert werden kann. Die Auswahl der Dokumente wird beibehalten. Außerdem werden die Tafeln mit Fotos angereichert. Das DDR-typische BKN-System wurde bewußt beibehalten.

Neben Ausstellungstafeln und kleinen Objekten in Vitrinen sind auch größere Objekte, wie die Maschine zum Papiervernichten (Verkollern), Abhöreinrichtungen, Geräte zum Öffnen der Post zu besichtigen. Ein original eingerichtetes Büro vermittelt dem Besucher darüber hinaus die sinnliche Erfahrung der Arbeitsatmosphäre eines hauptamtlichen Mitarbeiters.

Die Tafeln gliedern sich einheitlich in drei Ebenen: 1. ein kurzer Haupttext, 2. erläuternde Kommentare sowie 3. die Dokumente und Fotos mit teils kommentierenden Unterschriften, die jeweils eine eindeutige Quelle angeben. So hat der Besucher die Möglichkeit, sich in kurzer Zeit anhand der Haupttexte einen groben Überblick zu verschaffen, kann aber bei Interesse vertiefende Informationen und Belege zur Kenntnis nehmen.

Die Ausstellung selbst gliedert sich vor allem entsprechend der Struktur der Leipziger Staatssicherheit zum Zeitpunkt der Auflösung. Sie gibt darüber hinaus Auskunft über die historische Entwicklung und das Selbstverständnis des Apparates. Weitere feste Bestandteile der Exposition sind die Dokumentation der Auflösung der Leipziger Stasi als einen Teil der friedlichen Revolution in dieser Stadt sowie die Auseinandersetzung mit der Aktenhinterlassenschaft und mit der Vergangenheit bis in die heutige Zeit.

Die in den authentischen Räumen gezeigten Dokumente und Originalobjekte aus den verschiedensten Tätigkeitsbereichen des MfS geben Einblick in die Arbeitsweise des Macht- und Unterdrückungsapparates des SED-Staates: Post, die nie ihren Empfänger erreichte; von der Stasi mitgelesene Telegramme; „hausgemachte“ Poststempel, die dem Empfänger einen „korrekten“ Weg seiner Post suggerieren sollten; Wanzen, gefälschte Ausweise, Perücken, falsche Bärte, „versteckte Kameras“ in Taschen oder in einem künstlichen Bauch; Konservengläser mit Geruchsproben mißliebiger Bürger, um nur einiges zu nennen. Dazugehörige Dokumente erklären die Arbeitsmethoden mit diesen

Gedanken zur Exposition „Berlin 1871 – 1945“, in: Neue Museumskunde, Nr. 3, Berlin 1990, S. 207-210.

Mitteln und den „Umgang“ mit Menschen, denen der SED-Staat die Kategorie „feindlich negativ“ zuerkannt hatte.

Wohin diese Stasi-Aktivitäten führen konnten, zeigt der originalgetreue Nachbau einer Zelle der ehemaligen Leipziger Stasi-Untersuchunghaftanstalt in der Beethovenstraße. Es gelang in der Wendezeit und auch danach nicht, das Gebäude oder zumindest einen Teil davon als Mahn- und Gedenkstätte zu erhalten. Durch eine originalgetreue Nachgestaltung einer Zelle im Museum in der „Runden Ecke“ ist es möglich geworden, daß auch dieser Teil der Geschichte ins Bewußtsein kommt und nicht vergessen werden kann. Sie bietet die für Leipzig einzigartige Chance, an das dunkle Kapitel des Justizunrechtes in der DDR zu erinnern. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit war nicht der originale Ort für eine solche Zelle. Doch hatten die Aktivitäten derer, die in der „Runde Ecke“ arbeiteten, oftmals nur das eine Ziel: sogenannte Strafbestände zu schaffen, um unliebsame Bürger aus dem Weg zu räumen. Endstation Haft. So ist diese Zelle ein Zeitdokument, eine – wenn auch bedrückende – so doch bereichernde Erweiterung des Museums.

Tafeln, die in Vorbereitung anderer Veranstaltungen erarbeitet wurden, fanden Aufnahme in der ständigen Ausstellung. Unter dem Titel „Museum in der 'Runden Ecke'“ wurden zwei neue Tafeln über die stadtgeschichtliche Entwicklung dieses Territoriums sowie die Historie des 1911/12 erbauten Gebäudes in die Exposition aufgenommen. Für diese Tafeln waren umfangreiche Recherchen in Archiven und Museen notwendig, um relevante Informationen, Unterlagen und vor allem Abbildungen zu beschaffen. Manche Zeitabschnitte – so die Nutzung des Gebäudes durch die Sowjetischen Besatzungstruppen – ließen sich bisher trotzdem nicht dokumentieren.

Dies geschah überwiegend in freiwilliger kostenloser Arbeitsleistung von Mitgliedern und Freunden des Vereins.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die ursprünglich aus dem spontanen Informationsinteresse der Leipziger und dem Mitteilungsbedürfnis des mit der Stasi-Auflösung beschäftigten Bürgerkomitees entstandene temporäre Exposition hat sich zu einer ständigen zeitgeschichtlichen Ausstellung entwickelt. Von unschätzbarem Vorteil ist, daß die Dokumente und Exponate in originaler Umgebung präsentiert und von Zeitzeugen der Stasi-Auflösung erläutert werden können.

5.3.3. Sonderausstellungen

Seit 1992 organisiert das Bürgerkomitee im Museum in der „Runden Ecke“ Ausstellungen, die sich mit dem Thema Staatssicherheit vor allem auf der künstlerischen Ebene auseinandersetzen. Die Künstler, die dafür überwiegend kostenlos ihre Zusammenarbeit anboten, zeigten in ihren Werken ihren persönlichen Zugang zur Verarbeitung des unter der SED-Stasi-Diktatur Erlebten.

Damit ist das Museum in der „Runden Ecke“ einer der wenige Orte in Leipzig, an dem eine solche Auseinandersetzung möglich ist.

Anläßlich des Kirchentages wurde erstmals eine größere Sonderausstellung zu einem zeitgeschichtlichen Thema erarbeitet und präsentiert. Im folgenden werde ich die bisher gezeigten Expositionen vorstellen.[772]

1992 – „Krieg in Europa“

Sehr spontan entschloß sich das Bürgerkomitee, Bilder über den Krieg in Kroatien, die sich ein Mitglied der Osteuropahilfe nach einer Reise in dieses Land einfach von der Seele zeigen mußte, in einigen Räumen des Museums auszustellen. Der Kinderarzt Christian Hönemann war im Rahmen eines Hilfstransportes im ehemaligen Jugoslawien unterwegs und dokumentierte seine Erlebnisse. In Zagreb entstand die Idee der Weihnachtspaket-Aktion. Ein Ziel der Ausstellung war es, dieses Anliegen zu unterstützen. Andererseits zeigten diese Fotos über den Krieg mitten in Europa, wohin es führen kann, wenn Konflikte zugeschüttet werden, statt nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Gewalt und Haß waren auch im Herbst 1989 in Leipzig/DDR vorstellbar.

Die Ausstellung sollte dazu anregen, ein weiteres Mal das lähmende Hinnehmen und Sich-fügen in vermeintliche Unabänderlichkeiten zu überwinden.

1993 – Matthias Klemm „Erfaßt – geschunden – und doch lebendig“

Der Künstler näherte sich in beeindruckender Weise der Stasi-Thematik, indem er Aktendeckel als ein äußeres Merkmal der Arbeit der Schreibtischtäter zu Objektcollagen verarbeitete. Die Staatssicherheit hatte die Macht, Menschen psychisch zu vernichten. Das fing auf dem Papier an – ein Menschenleben in Aktenordnern. Der Maßnahmeplan zur Zersetzung der Persönlichkeit wurde am Schreibtisch mit Hilfe des gefüllten Aktenordners ausgeklügelt. Und der Vollzug – auch er wurde festgehalten im Ordner.

Stasi-Mitarbeiter hatten im Herbst '89 in fieberhafter Eile Akten vernichtet, d. h. in Kollermasse verwandelt. Matthias Klemm verwendete solche Kollermasse und stellte dem Betrachter gleichsam die Frage „Was ist der Mensch?“, der man sich kaum entziehen kann.

1994 – „Sieghard Pohl – der ungehorsame und ungekrümmte DDR-Maler“

Den 4. Jahrestag der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale nahm das Bürgerkomitee zum Anlaß, Bilder des Malers Sieghard Pohl zu zeigen. Der mittlerweile verstorbene ehemalige Leipziger war durch seine künstlerische Arbeit mit der Stasi in Konflikt geraten. Dies hatte einige Jahre im Stasi-Knast zur Folge. Die Ausstellung sollte wieder bewußt machen, auf welches geistige und künstlerische Potential die Machthaber von Gestern verzichteten bzw. bewußt

772 Die Darstellung der einzelnen Sonderausstellungen folgt inhaltlich weitgehend den Texten der Faltblätter, die als Einladung für die jeweilige Ausstellungseröffnung verschickt wurden, vgl.: Faltblätter und weitere Unterlagen, in: BKL Ablage Sonderausstellungen.

zu vernichten suchten. Sie schoben Sieghard Pohl 1965 aus der Haft nach Westdeutschland ab.

Sieghard Pohl zeigte erstmals von der Stasi beschlagnahmte Werke, die Originale und teilweise auch nur noch Reproduktionen waren erst nach der Öffnung der Stasi-Akten zugänglich geworden. Im Rahmen der Ausstellung las Sieghard Pohl aus seinem Buch „extra muros“.

1993 – Gert Weber „Malen gegen die Ohnmacht“

Gert Weber war unter dem SED-Regime Repressionen ausgesetzt und konnte sich nur durch Aufträge aus dem kirchlichen Bereich seinen Lebensunterhalt verdienen. Er zeigte bildfüllende Porträts in holzschnittartig grober Malweise, zerzauste Vögel in Käfigen und Bilder, die in viele Facetten aufgeteilt sind, deren Felder die zerbrochenen Gesichter derjenigen vorführen, die unter diesen Machthabern gelitten haben.

Gert Weber, der mit der Schublade eines „christlichen Künstlers“ zu kämpfen hat, scheint den Menschen an und für sich nicht zu trauen. Er zaubert Harlekine hervor, Kostüm- und Maskenträger, wie sie etwa Karl Hofer einst in seinen vor dem Gewalt-Wahn des Nationalismus warnenden Gemälden verwandte.

Er konnte seine Werke in den Räumen präsentieren, von denen die einstige Bedrückung ausging. Anläßlich der Eröffnung am 04.08.1993 fand ein Gespräch zwischen dem Künstler und interessierten Besuchern statt.

1994 – Fotoausstellung „Augenblicke – Einblicke, Ansichten – Einsichten“

Anläßlich des 5. Jahrestages der Besetzung eröffnete das Bürgerkomitee die Fotoausstellung „Augenblicke – Einblicke, Ansichten – Einsichten“, die einzigartige Aufnahmen von der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale sowie der Tage zuvor und danach zeigte. Sie lassen den Betrachter nachvollziehen, welch radikalen Umbruch die Ausschaltung der Staatssicherheit als Machtfaktor für die Entwicklung zur Demokratie hin bedeutete. In für den Herbst 1989 wohl einmaliger Weise prallten die Mächte hier hautnah aufeinander.

Demonstranten von der Straße ergriffen spontan Verantwortung und wiesen den Schergen der abgewirtschafteten SED-MfS-Diktatur die Richtung der kommenden Monate. Dieser tiefgreifende Umbruch, auf Fotografien festgehalten, ließ die Ausstellung zu einem Erlebnis werden.

Der Fotograf Michael Kurt z. B. beschrieb jene Nacht aus der Sicht des Dokumentaristen. Beim Anblick der Stasi-Mitarbeiter, die gerade ihre Schutzanzüge und Gasmasken, die zur geplanten Verteidigung der Stasi-Zentrale bereitlagen, wegpackten, wurde ihm bewußt, wo er sich eigentlich befand. Er schilderte zur Eröffnung, daß er deshalb nur zögernd Aufnahmen machte. Niemand wußte zu dem Zeitpunkt, welche Folgen die Nacht haben würde.

Die Fotoausstellung war der Höhepunkt einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Würdigung dieses bedeutsamen Ereignisses in der Geschichte des Herbstes

'89. Aufgrund des großen Interesses zeigt das Bürgerkomitee die Exposition bis heute. Derzeit wird darüber nachgedacht, diese Zusammenstellung, begleitet von einem Essay über diese Nacht, im Forum-Verlag als Fotoband herauszugeben. Im Zuge der Überarbeitung der Dauerausstellung werden viele der Fotografien in diese übernommen werden.

1995 – „Protest gegen die Sprengung der Unikirche“

Am 30. Mai 1968 wurde die Paulinerkirche – gegen den Willen vieler Leipziger Bürger – gesprengt. Die Zerstörung dieses Kulturdenkmals sollte dem Karl-Marx-Platz ein „sozialistisches Antlitz“ geben. Gegen diesen Akt der Kulturbarbarei gab es vielfältigen Widerstand. Trotzdem beschloß die Leipziger Stadtverordnetenversammlung mit nur einer Gegenstimme die von der Partei gewünschte Beseitigung der Kirche und der Universität. Auch nach der Sprengung setzte sich der Protest fort. Am bekanntesten wurde der Protest zum 3. Internationalen Bachwettbewerb. Leipziger Universitätsangehörige ließen während der Preisverleihung in der Kongreßhalle ein Protestplakat von der Bühne herab.

Die offizielle Aufnahme der originalgetreuen Nachgestaltung einer Zelle der Stasi-Untersuchungshaft in die Dauerausstellung war Anlaß, mit einer Leihgabe der „Projektgruppe Leipzig“ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland an die Protestaktionen gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968 zu erinnern, die manch Mutigem Gefängnisstrafe einbrachte.

1997 – „Kirchentage in Leipzig 1954 – 1978 – 1989“

Anläßlich des 27. DEKT zeigte das Bürgerkomitee eine Ausstellung zu den Kirchentagen in Leipzig. Die Sonderausstellung „Kirchentage in Leipzig – 1954, 1978 und 1989“ wurde am Vorabend des Kirchentages im Museum in der „Runden Ecke“ eröffnet und ist bis zum heutigen Tag dort zu sehen. Diese Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Kirchentagsentwicklung in der DDR und der säkularisierten Gesellschaft, in der dieser Kirchentag stattfand.

Die Ausstellung präsentiert vielerlei Zeugnisse, die die Ambivalenz kirchlichen Lebens in der DDR anhand der Kirchentage in Leipzig verdeutlichen. Sie zeigt den Spannungsbogen von der Hoffnung auf Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren, über die Resignation der siebziger Jahre und dennoch beginnende Friedensbewegung bis zur friedlichen Revolution 1989.

Auf dem letzten gesamtdeutschen Kirchentag 1954 sangen 650.000 Menschen „Lobe den Herrn“, während die SED versuchte, sämtliche kirchliche Veranstaltungen von staatlichen Stellen abhängig zu machen.

Der Kirchentag 1978 fand statt, kurz nachdem Honecker den Kirchen ihr eigenes Gestaltungsrecht zuerkannt, gleichzeitig aber in den Schulen den Wehrkundeunterricht eingeführt hatte.

Im Juli 1989 hätte der Staat den Kirchentag in Leipzig am liebsten verboten, da hier der Protest gegen das SED-Regime seit 1988 eskalierte. Da der sächsische Kirchentagsausschuß nicht den Mut hatte, die oppositionellen Gruppen in den Kirchentag zu integrieren, mußten diese zum „Statt-Kirchentag" in die - Lukaskirche ausweichen. Hier wurden wichtige Absprachen getroffen, die sich im Herbst 1989 auf die Bildung der politischen Gruppierungen auswirkten. Nach der Abschlußveranstaltung des Kirchentages demonstrierten Gruppen und Kirchentagsteilnehmer für Demokratie.

Christian Dietrich[773] erklärte sich bereit, diese Ausstellung unentgeltlich zu erarbeiten. Einem Aufruf in den Leipziger Zeitungen und im Deutschland Archiv, Fotos, eigene Erinnerungsberichte und andere Objekte zu dieser Ausstellung beizusteuern, folgten viele, so daß die Ausstellung neben vielen Dokumenten auch einmalige Fotos und Objekte präsentiert.

Diese Sonderausstellung wird von den Besuchern der Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität" mit großem Interesse aufgenommen, da hier an einem konkreten Thema die Arbeitsweise von SED und Staatssicherheit über den Zeitraum von 40 Jahren Diktatur aufgezeigt wird.

5.3.4. Führungen

Der Wunsch der Besucher nach mehr Hintergrundinformationen veranlaßte das Bürgerkomitee, Führungen anzubieten. Die Teilnehmer betonten immer wieder, wie wichtig es für sie sei, die Geschehnisse von 1989 und der Folgezeit aus erster Hand zu hören, d. h. von Menschen, die aktiv an diesem Prozeß beteiligt waren.

Von dem Angebot dieser Führungen wurde von Jahr zu Jahr mehr Gebrauch gemacht (vgl. Tabelle 5).

Im folgenden werden einige Wahrnehmungen beleuchtet, die die Situation des Umganges mit diesem Thema verdeutlichen sollen.

Seit 1994 nutzen verstärkt Schulklassen das Angebot, anfänglich Klassen aus den alten Bundesländern allein, später brachten diese ihre Leipziger Patenklassen mit. Inzwischen ist eine Führung durch das Museum in der „Runden Ecke" in vielen Leipziger Schulen fester Bestandteil des Ethik- oder Geschichtsunterrichtes geworden. Große Schwierigkeiten haben aber nach wie vor einige Lehrer, die dieses Thema am liebsten völlig ausklammern würden und unangenehme Fragen der Schüler fürchten. Am Ende der Führung steht meist ein längeres Gespräch sowohl über das Gesehene als auch über den aktuellen Umgang mit dieser Vergangenheit. Erschreckend allerdings ist bei den Jugendlichen die Unkenntnis über das Leben in der DDR. Begriffe wie Kampfgruppen

773 Christian Dietrich ist ein Leipziger Theologe, der an diesem Thema schon länger arbeitet, vgl. auch: Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1990, Leipzig 1994.

oder Abschnittsbevollmächtigter (ABV) bedürfen der Erläuterung. Weder in der Schule noch im Elternhaus scheint DDR-Vergangenheit eine Rolle zu - spielen. Parallelen zum Umgang mit dem Dritten Reich in der Nachkriegszeit drängen sich hier auf.

Die Gespräche im Museum geben Denkanstöße, die oft weit über die Zeit des Besuches wirken. Schüler aus Birmingham z. B. fertigten nach dem Museumsbesuch eine größere Projektarbeit an, die von erstaunlichem Interesse für die deutsche Geschichte zeugte. Eine 15jährige schreibt nach einer Führung ins Gästebuch: „Danke, daß Ihr mir die Augen geöffnet habt, wie es in der DDR auch war.“[774] Einer Schülergruppe aus Pressing z. B. wurde erst nach dem Besuch der Ausstellung bewußt, welchen Wert Freiheit und Demokratie haben (vgl. Dokument 121).

Für die verschiedensten politischen Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik bietet das Bürgerkomitee mit diesen Führungen einen Einblick in das Funktionieren der DDR-Diktatur, aber auch in deren Beseitigung. Genannt seien das Leipziger Herderinstitut/INTER-DAF, das Bildungswerk Helmstedt, die Landeszentrale für Politische Bildung u.v.a.

Die großen Stiftungen der Bundesrepublik informieren sich im Rahmen ihrer Seminare im Museum über die Leipziger Geschehnisse, deren Bedeutung für Deutschland und darüber, wie diese Erfahrungen für andere Länder mit ähnlichen Strukturen genutzt werden können.

Die Internationale Führungsakademie der Friedrich-Naumann-Stiftung nutzt das Museum regelmäßig, z. B. zum Thema „Presse- und Informationsfreiheit“ oder innerhalb des Seminars „Übergang zu Rechtsstaat und Marktwirtschaft“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung richtete im Rahmen des „Deutschlandseminars“ eine Veranstaltung mit dem Thema „Stasi und ihre politischen Konsequenzen in der Gesellschaft der ehemaligen DDR“ in Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee aus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung besuchte das Museum während einer Informationsreise einer koreanischen Regierungsdelegation mit dem Thema „Die deutsche Einheit und der Nutzen deutscher Erfahrungen für Korea“.

Bildungseinrichtungen der Bundeswehr, insbesondere die Heeres-Unteroffiziers-Schule Delitzsch, haben den Besuch der Ausstellung mit einem einführenden Vortrag als festen Bestandteil in ihr Programm der politischen Bildung aufgenommen.

In immer größerer Zahl werden Führungen durch die Ausstellung mit einem anschließenden Gespräch gewünscht.[775] Der Anspruch, den Besucher an das Museum stellen, verlagert sich zunehmend von allgemeinen Fakten und Eindrücken über Staatssicherheit, friedliche Revolution und DDR hin zu vertie-

774 BKL Gästebuch des Museums in der „Runden Ecke“.

775 Die Zahl der Führungen hat sich wie folgt entwickelt: 1992: 62 Führungen mit insgesamt 1.361 Teilnehmern, 1996: 153 Führungen mit insgesamt 3.087 Teilnehmern und 1997 bereits 237 Führungen mit 5.158 Teilnehmern.

fenden Informationen – auch zu speziellen Themenfeldern, die dann meist im Zusammenhang mit dem beruflichen oder persönlichen Lebensumfeld der Besucher stehen.

Ausländische Journalisten nehmen die Gelegenheit wahr, sich bei einer Führung über den Repressionsapparat der SED, aber auch über die Bedeutung Leipzigs bei dessen Beseitigung zu informieren.

Des weiteren suchen Politiker das Museum auf, um das Geschehene am authentischen Ort nachzuvollziehen. Genannt seien die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Volker Rühe, Markus Meckel, Joachim Gauck, der amerikanische Botschafter aus Bonn mit seinen Gästen. Dazu gehört aber ebenso die von der britischen Königin gewünschte Begegnung mit Mitgliedern des Bürgerkomitees im Oktober 1992 und schließlich der Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog im Museum anläßlich der Auszeichnung von Bürgerrechtlern im Herbst 1995 in Leipzig.

5.3.5. Wanderausstellung

Gemeinsam mit dem Museum der Stadt Borna erarbeitete das Bürgerkomitee ein Duplikat der Ausstellung, das Beispiele aus der Kreisstadt Borna (Bezirk Leipzig) zeigte. Im November 1990 wurde diese Ausstellung in Borna eröffnet[776] und in den folgenden Monaten in verschiedenen Städten der alten Bundesrepublik gezeigt.[777]

Der großen Nachfrage folgend, erarbeitete das Bürgerkomitee bereits Ende 1990 ein Duplikat der Leipziger Ausstellung, die auf Anfrage in anderen Städten, vorwiegend der alten Bundesländer, gezeigt wird. Dies ist nach wie vor ein wichtiger Beitrag zum besseren Verständnis von uns Deutschen, denn nur wer den anderen kennt, kann ihn auch verstehen.[778] Der Ausleiher übernimmt alle im Zusammenhang mit der Wanderausstellung anfallenden Kosten. Werden am anderen Ausstellungsort Spenden erbracht, verwendet das Bürgerkomitee diese für die Weiterarbeit an der Ausstellung. Insgesamt erfreut sich die Wanderausstellung großer Nachfrage. In Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Leipziger Land wurde ein Duplikat der Ausstellung gefertigt und im Leipziger Umland präsentiert (vgl. Tabelle 4).

776 Frank Prenzel: Staatssicherheit in Borna, in: Leipziger Volkszeitung vom 15.11.1990, Regionalteil Borna; „Demokratie ist Fleißarbeit“ – Bürger machen sie, oder keiner. Gespräch zur Ausstellung „Stasi in Borna“ fand reges Interesse, in: Wir in Borna vom 15.11.1990.

777 Zum Beispiel in Bonn-Königswinter, Ravensburg und Freiburg im Breisgau.

778 Im Januar 1998 war die Wanderausstellung in der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek zu sehen. Das Gästebuch zeugt von einer sehr kontroversen Diskussion über die Inhalte der Ausstellung, die insbesondere durch linke Studenten geführt wurde. Die letzte Eintragung lautete: „Ich lese seit meinem Studium vor 30 Jahren in der UB/SUB. Eine Ausstellung, die so viele Interessenten hatte, die so stark frequentiert wurde, habe ich noch nicht erlebt. Klasse!“ in: BKL Ablage Wanderausstellung.

Anläßlich des Seminars „Beschädigte Seelen – Verstörte Gewissen“, das die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mehrmals veranstalteten, überarbeitete das Bürgerkomitee die Tafeln, die sich mit der Werbung von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Diese Tafeln wenden sich insbesondere an Lehrer und Schüler. Sie bieten die Möglichkeit des Reflektierens über ein besonderes und noch weiter aufzuarbeitendes Thema. Auch im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu „Leipzig im Herbst“, die der Schülerrat des Leibniz-Gymnasium veranstaltete[779], wurden die Tafeln dort eine Woche gezeigt und in den Unterricht eingebunden. Heute sind sie Bestandteil der Dauerausstellung.

5.4. Das Projekt „Museum im Stasi-Bunker“

In Machern bei Leipzig, direkt im Naherholungsgebiet Lübschützer Teiche gelegen, unterhielt der Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig seine Ausweichführungsstelle mit dem Decknamen „Affäre 5“. In diesen Gesamtkomplex eingebunden waren eine abgesetzte Sendeanlage, Einrichtungen des Telefon- und Funkwesens sowie einige konspirative Objekte des MfS in der Umgebung.

Die Ausweichführungsstelle in Machern wurde ungefähr von 1968-1972 erbaut. Als Baugelände diente eine alte Kiesgrube. Die Ausweichführungsstelle ist ein Grabenschutzbauwerk vom Typ 1/15/V2a. Es hat eine Grundfläche von 35 x 41 m. Die bebaute Fläche beträgt demzufolge 1435 m^2. Die Gründungstiefe liegt bei 5 m und die Erdüberdeckung beträgt etwa 2,50 m. Die Ausrüstung mit Betriebs- und Lebensmitteln reichte für ca. sechs Tage. Da das Gelände relativ hoch gelegen ist, benötigt der Bunker keine aufwendigen technischen Anlagen zur Wasserhaltung. Die ganze Anlage war für ca. 100 leitende Mitarbeiter der BVfS Leipzig als Führungsstelle im Spannungs- oder Mobilmachungsfall gedacht. Zu diesem Zweck waren sämtliche Nachrichtenverbindungen, auch die Sondernetze, die in die BVfS Leipzig in der „Runden Ecke“ gingen, parallel hierher geschaltet. Das gesamte Gelände der Ausweichführungsstelle war nach außen hin als Objekt des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Leipzig getarnt.

Gleichzeitig wurde eine abgesetzte Funkstelle vom Typ FB 3 im Tresenwald bei Gerichshain – in unmittelbarer Nähe der Übertragungsstelle II (ÜSt II) – der Deutschen Post errichtet. Auch hierbei handelte es sich um einen kleinen Bunker, der durch drei Bungalows und eine Garage abgedeckt war. Der Eingang zum Bunker befand sich getarnt hinter einer Wand in der Garage.

Dieses menschenverachtende, heimlich geschaffene Werk, das die Macht einiger weniger über das Ende einer ganzen Region (bei einem Atomschlag z. B.) hinaus sichern sollte, wurde im Winter 1989/90 durch die intensive Arbeit Wurzener und Leipziger Bürger unschädlich gemacht. Schon jetzt können

779 Vgl.: Geschichtsstreit in der Leibniz-Schule, in: Leipzigs Neue vom 23.02.1996, S. 2.

bzw. wollen sich viele nicht mehr vorstellen, wie perfid sich die einst Mächtigen im SED-Staat ihren Allmachtsanspruch zu sichern gedachten.

Wie bereits dargestellt, besetzte das Bürgerkomitee in den folgenden Wochen alle bekanntwerdenden MfS-Dienstobjekte, löste die konspirativen Objekte auf und stellte die MfS-Unterlagen sicher. Im Verlauf dieser Arbeit trat Pfarrer Gottfried Süß an das Bürgerkomitee Leipzig bezüglich des Bunkers Machern heran. Er hatte den Bunker bereits am 14.12.1989 mit dem Militärstaatsanwalt, Oberst Hudy, sowie vier MfS-Offizieren besichtigt. Gottfried Süß war der erste Zivilist, der dieses Gelände betrat. Da der Bunker weiterbetrieben wurde, beschloß das Bürgerkomitee Leipzig am 08.01.1990, ihn am 10.01.1990 mit Vertretern der Presse zu besichtigen und der Öffentlichkeit damit zugänglich zu machen. Seitens der Regierungsvertreter gab es in den Tagen bis zur Besichtigung intensive Anstrengungen, dieses Vorhaben zu verhindern. Der Bunker wäre bereits der Nationalen Volksarmee übergeben worden und diese wolle ihn weiter nutzen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Wochen mißtrauisch geworden, bestand das Bürgerkomitee auf der öffentlichen Besichtigung. Noch vor dem Tor benötigte der Beauftragte des Chefs der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), Oberstleutnant Bernd Pawlowski, über eine Stunde, um aus Berlin die Genehmigung zu erhalten, den Bunker zu öffnen.

Anläßlich der 975-Jahr-Feier des Ortes Machern wurde der Bunker vom 19.06. bis zum 23.06.1991 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der oberen Halle zeigte das Bürgerkomitee eine Ausstellung über Strukturen und Arbeitsweise des MfS, insbesondere am Beispiel des Kreises Wurzen. Darüber hinaus wurde über die Ausweichplanung der BVfS Leipzig im Kreis Wurzen informiert. Es kamen ca. 20.000 Besucher in jenen fünf Tagen.[780]

Kurz nach dieser rege genutzten Öffnung wurde bereits im Juli 1991 erstmalig im Bunker eingebrochen und erste Zerstörungen der technischen Einrichtung, wie zum Beispiel der automatischen Eingangsschleusen, vorgenommen. In den folgenden Monaten wurde immer wieder eingebrochen und weiter zerstört. Es wird vermutet, daß es sich im Ganzen um ca. 40 Einbrüche handelt. Ebenso wurde der Bunker von Unbekannten gezielt unter Wasser gesetzt.

Bereits am 20.09.1990 beschloß der Kreistag Wurzen, den Bunker vom zuständigen staatlichen Komitee für die Auflösung des MfS/AfNS zu übernehmen (Kreistagsbeschluß 15/1990). Mit Beschluß 75/5/1991 vom 25.09.1991 legte der Kreistag Wurzen mit Stimmenmehrheit fest, daß der Kreis Wurzen das 5,2 ha umfassende Gelände in Eigentum übernehmen will. Die Nutzung des Bunkers als Mahn- und Gedenkstätte wurde hier eindeutig festgeschrieben und bereits mit ersten konzeptionellen Ansätzen unterlegt.

780 Vgl.: Über 20.000 Besucher sahen in vier Tagen die Stasi-Ausstellung und den Bunker Machern. Etwa 2.500 gaben ihre Unterschrift für eine Stätte der Mahnung, in: Wir in Wurzen vom 25.06.1991; Affäre fünf beendet. Am Wochenende zum letzten Mal zur Besichtigung frei – Der Stasi-Bunker in Machern, in: Leipziger Tageblatt vom 24.06.1991, S. 11.

Am 12.08.1992 beschloß der Kreisausschuß, die vorgenannten Beschlüsse aufzuheben und das Gelände an die Treuhand zurückzugeben, mit der Empfehlung, den Bunker zuzumauern. Als Ende 1992 die Treuhand den Bunker endgültig zuschütten wollte, setzte sich das Bürgerkomitee vehement für den Erhalt ein. Mit Beschluß 165/I/1992 vom 23.09.1992 lehnte der Kreistag dieses Vorhaben ab. Am 22.12.1992 wurde das gesamte Gelände, einschließlich der Bebauung, durch den Kreis Wurzen erworben.

Nach langem Mühen gelang es dem Bürgerkomitee Leipzig e.V., einen wesentlichen Teil dieses 5,2 ha großen Geländes vom Landkreis Wurzen[781] auf 99 Jahre zu pachten, um so auch dieses Sachzeugnis vor einer Zerstörung durch Umnutzung zu bewahren. In den vergangenen Jahren konnte der originale Zustand weitgehend erhalten und fehlende Einrichtungsgegenstände aus anderen Bunkern wiederbeschafft werden. Gleichzeitig erfolgte die Fotodokumentation dieser Bunker. Dabei zeigt sich immer wieder der Wert dieses Projektes als Gedenkstätte, da andere Bunker nicht erhalten werden, lediglich in Suhl wird der Stasi-Bunker noch museal betrieben.

1995 erhielt das gesamte Gelände auf Initiative des Leipziger Bürgerkomitees den Status eines Denkmals zuerkannt. Die Konzeption[782] sieht die Herrichtung des Geländes als Gedenkstätte sowie eine spezielle Ausstellung vor, die sich mit der Mobilmachungsplanung der Staatssicherheit in Leipzig und der Arbeit des MfS im Kreis Wurzen befassen wird. Auch die Informationen über die DDR-weiten Bunkersysteme, die nicht mehr zugänglich sind, werden dokumentiert. Bisher wurden durch Mitglieder und Freunde des Bürgerkomitees allein für dieses Projekt etwa 7.500 ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet.

Zum Tag des offenen Denkmals im September 1996 war der Bunker seit 1991 erstmals wieder geöffnet. An diesem Tag besuchten ihn über 3.000 Personen, die teilweise bis zu drei Stunden Wartezeit in Kauf nahmen. Seitdem ist der Bunker jeden letzten Sonnabend im Monat von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr zugänglich.[783] Während des Kirchentages war der Bunker täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr zu besichtigen. Dieses Angebot stieß auf reges Interesse der Kirchentagsteilnehmer.

Das Museumsprojekt umfaßt das gesamte Außengelände mit allen erhaltenen Bauten und Anlagen, die für einen Rundgang entsprechend beschildert wurden. Der eigentliche Bunker ist nur im Rahmen einer Führung zugänglich. In der großen Halle über dem Bunker informiert eine Ausstellung anhand von Dokumenten und Fotografien über die Funktionsweise des Bunkers, die Mobilmachungsplanung im Bezirk Leipzig und die diesbezüglichen Aufgaben des MfS. Seit Dezember 1996 sind weitere drei Stollen original eingerichtet und

781 Heute mit dem ehemaligen Landkreis Grimma zum Muldentalkreis (MTL) vereinigt.

782 Im Zuge der Diskussion im Kreistag Wurzen 1993 wurde vom Bürgerkomitee Leipzig e.V. eine „Konzeption zum Erhalt der ehemaligen Ausweichführungsstelle (AFüSt) des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Leipzig als Gedenkstätte zur SED/MfS-Diktatur in 40 Jahren DDR“ erarbeitet und allen Kreistagsfraktionen verteilt. In: BKL Ablage Bunker.

783 Im IV. Quartal 1996 kamen 919 Besucher und im Jahr 1997 bereits 7.354.

für Besucher einsehbar (Med.-punkt, Schlafgang, Chefstollen). Damit sind insgesamt 8 von 16 Arbeitsbereichen zu besichtigen.

Im Bunker Machern wird die militärische Seite der in der „Runde Ecke“ dargestellten „Schreibtischtäter“ gezeigt. Beide Komplexe ergänzen sich, sollen aber unbedingt auch unabhängig voneinander zu besuchen sein.

5.5. Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Die Durchführung von Veranstaltungen, die sich mit den aktuellen Auswirkungen der jüngsten deutschen Vergangenheit beschäftigen, sind fester Bestandteil der Arbeit des Bürgerkomitees Leipzig e.V. Sie finden regelmäßig in den Räumen des Museums in der „Runden Ecke“ statt und erfahren in der Regel eine hohe Resonanz. Veranstaltungen wie Buchlesungen, Vorträge, Seminare und Diskussionsabende werden weiterhin, dann auch der nachgewachsenen Generation, Geschichte erlebbar vermitteln. Die Veranstaltungsreihe zur Jahrtausendwende ist konzipiert.

5.5.1. Allgemeine Veranstaltungen

Ein breites Veranstaltungsangebot gibt einer Vielzahl von Menschen die Möglichkeit, sich mit der jüngsten deutschen Vergangenheit aktiv auseinanderzusetzen. Alle Veranstaltungen können kostenlos besucht werden.

„Leipzig liest“ anläßlich der Leipziger Buchmesse

Seit 1993 beteiligt sich das Bürgerkomitee jährlich an der Veranstaltungsreihe „Leipzig liest“, die im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattfindet. Dem Vereinsziel entsprechend, stellt das Bürgerkomitee die Buchlesungen unter bestimmte Mottos, die die enge Verbindung von Vergangenheit und Zukunft aufzeigen: 1994 „Wer den heutigen Tag zu begreifen sucht, muß den gestrigen Tag befragen“, nach Heinrich Heine; 1995 „Die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist unabdingbare Voraussetzung für die Versöhnung in unserem Volk. Wer Brücken schlagen will, muß erst die Breite des trennenden Abgrunds kennen, sonst verrechnet er sich im Bau“; oder 1996 „Die Zeitenfolge ist trügerisch. Die Menschen fürchten die Vergangenheit, die kommen kann.“

Die Organisation der Buchlesungen ging mit einem wachsenden Selbstbewußtsein einher. Von anfänglich drei Veranstaltungen entwickelte sich das Angebot hin zu einem eigenständigen Programm zur Buchmesse, das auch Podiumsdiskussionen und andere Formen des Gespräches beinhaltet (vgl. Tabelle 3). Sie stehen unter dem großen Thema „Veranstaltungen gegen die Flucht in die Ges(ch)ichtslosigkeit“. Für 1998 ist eine Veranstaltungsreihe mit Literaten und Politikern aus Rumänien in Vorbereitung, die unter der Fragestel-

lung „Vom Umgang mit der Wahrheit“ den dortigen Umgang mit den Hinterlassenschaften des Ceausescu-Regimes und seiner Securitate beleuchten soll.

Veranstaltung der Stadt Leipzig anläßlich des 9. Oktober 1989

Der Einladung der Stadt Leipzig folgend, beteiligt sich das Bürgerkomitee seit 1991 an der Veranstaltung „9. Oktober – Aufbruch zur Demokratie“ mit einem Informationsstand auf dem Augustusplatz bzw. im Neuen Rathaus. Es ist Tradition geworden, daß Leipzig nicht an den 03.10.1990, sondern an den 09.10.1989 erinnert, der für die Stadt zum „Tag der Entscheidung“ geworden war. Hier stellen sich nichtwählbare Vereine und Gruppen vor, die meist in direkter Folge der friedlichen Revolution entstanden sind.

1993 präsentierte das Bürgerkomitee eine kleine Ausstellung über den Umgang mit den Stasi-Akten seit 1989 und das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Am Abend des Tages fanden zwei Video-Vorführungen des Films „Tag der Entscheidung“ im Museum in der „Runden Ecke“ statt. 1994 informierte das Bürgerkomitee auf einer Tafel über den Verlauf des Prozesses gegen den ehemaligen Leipziger Stasi-Chef, Manfred Hummitzsch, und seine Stellvertreter. Diese Ausstellungstafeln wurden später in die Ausstellung integriert. In den folgenden Jahren stellte das Bürgerkomitee das Museum in der „Runden Ecke“ vor und berichtete über zukünftige Vorhaben. Anläßlich des 10. Jahrestages 1999 wird das Bürgerkomitee mit einer Veranstaltungsreihe „Heute vor 10 Jahren“ an die wichtigen Ereignisse des Jahres 1989, die zur friedlichen Revolution führten, erinnern.

Jahrestage der Besetzung am 4. Dezember 1989

Dem Bürgerkomitee ist es seit 1990 ein wichtiges Anliegen, jedes Jahr an den Tag der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale zu erinnern und diesen Tag so im Gedächtnis zu halten. 1990 rief es zu einer Kundgebung vor die „Runde Ecke“ auf und beklagte die damals mangelhaften Möglichkeiten der Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaft.[784] Gleichzeitig wurde das Buch „Stasi intern“ erstmalig verkauft.[785]

In den folgenden Jahren lud das Bürgerkomitee zu Buchvorstellungen und Podiumsdiskussionen ein. So stellte aus Anlaß des 6. Jahrestages 1995 Torsten Schulz sein Buch „Schalck und Strauß – dicke Freunde“ vor. Im Anschluß diskutierten unter der Leitung von Robin Lautenbach (ARD-Studio Berlin) die MdB und Mitglieder des KoKo-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Volker Neumann, Heinz-Jürgen Kronberg und Reinhard Krämer über die Hintergründe der Devisenbeschaffung durch Schalck-Golodkowski.

Im Jahr darauf lud das Bürgerkomitee zu einer Veranstaltung unter dem Thema „Beschädigte Seelen – DDR-Jugend und Staatssicherheit“ ein. Einige der Autoren stellten das gleichnamige Buch vor. Das Leipziger Oberschulamt empfahl nach der Veranstaltung, dieses Buch im Unterricht zu verwenden.

784 Vgl.: Kapitel 5.1.1. Der Gesetzentwurf der Bürgerkomitees.
785 Vgl.: Kapitel 4.4.1. Buchveröffentlichung „Stasi intern“.

Besuch von Bundespräsident Roman Herzog

Ein Höhepunkt des Jahres 1995 war der Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog in der „Runden Ecke“ am 08.10. Gefolgt von den mit dem Bundesverdienstkreuz geehrten Bürgerrechtlern, wie z. B. dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, aber auch Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, sah er sich die Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR an und sprach sich für eine lückenlose Aufarbeitung der Stasi-Akten aus: „Wir haben es so oft erlebt, daß etwas vergraben wurde. Wenn es dann nach 20 Jahren wieder hochkommt, ist es viel schlimmer.“[786]

Kirchentag 18.06. – 22.06.1997 in Leipzig

Das Bürgerkomitee beteiligte sich zum 27. DEKT an allen großen Veranstaltungen, so zum Abend der Begegnung am 18.06.1997, auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit einem eigenem Stand und Veranstaltungen sowie mit einer eigenen Ausstellung.

Bereits im Vorfeld gab es Auseinandersetzungen mit der Vorbereitungsgruppe des Kirchentages, da der letzte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, eine Bibelarbeit halten sollte. Dies wurde, wohl auch wegen des Einspruchs des Bürgerkomitees, zurückgezogen. Dafür durfte Wötzel auf einer Podiumsdiskussion zur Frage „Ist Versöhnung möglich?“ auftreten. Aufgrund der negativen Erfahrungen, die das Bürgerkomitee mit Roland Wötzel gemacht hatte, sprach es sich in den Wochen bis zum Kirchentag vehement gegen dessen Teilnahme aus[787] (vgl. Dokument 123).

Erst auf massives Drängen des Bürgerkomitees Leipzig und öffentlicher Forderungen hin wurde eine Veranstaltung zum Thema „Mit der Geschichte leben, aus der Geschichte lernen“ ins Kirchentagsprogramm aufgenommen, die den Opfern der SED-Diktatur ein Podium gab.[788] Damit war das Thema DDR-Vergangenheit/Aufarbeitung zwar präsent, insgesamt jedoch deutlich unterrepräsentiert. Andererseits erhielten Gruppierungen der PDS und sozialistische Gruppen auf dem „Markt der Möglichkeiten“ die Gelegenheit sich darzustellen, was das Bürgerkomitee scharf kritisierte.[789]

Die Sonderausstellung „Kirchentage in Leipzig – 1954, 1978 und 1989“ wurde am Vorabend der Kirchentages im Museum in der „Runden Ecke“ eröffnet. Diese Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Kirchentagsentwicklung in der DDR und der säkularisierten Gesellschaft, in der der Kirchentag stattfand. Das Pressezentrum des DEKT informierte mit kei-

786 So Roman Herzog im Gespräch während der Ausstellungsführung am 08.10.1995 im Museum in der „Runden Ecke“.

787 Presseerklärung des Bürgerkomitee Leipzig zum 27. DEKT in Leipzig, Leipzig 22.06.1997, in: BKL Ablage Presseerklärungen.

788 Die Texte beider Veranstaltungen sind wörtlich veröffentlicht in: Konrad von Bonin: Deutscher Evangelischer Kirchentag Leipzig 1997. Dokumente, Gütersloh 1997, S. 304 ff. sowie S. 570 ff.

789 Dem Bürgerkomitee drängte sich der Eindruck auf, daß Kirchentag und Kirche ein gestörtes Verhältnis zum ehrlichen Umgang mit der DDR-Vergangheit haben, vgl.: Ebenda.

nem Wort darüber. Die evangelische Wochenzeitung „Der Sonntag“, die täglich mit einer Sonderausgabe erschien, verschwieg die Sonderausstellung ebenso wie die Nachrichtenagentur „epd“ oder die zum Kirchentag erscheinende Ausgabe von „Kirchentag aktuell“.

Auf der abschließenden Pressekonferenz sagte die Generalsekretärin des DEKT, Margot Käßmann, daß das Thema DDR-Vergangenheit auf dem nächsten Kirchentag in Stuttgart „eine zentrale Rolle spielen soll“. „Schade, daß diese Chance in Leipzig nur ungenügend und erst auf Drängen von außen wahrgenommen wurde. Bleibt zu hoffen, daß es in Stuttgart anders wird, denn, daß dies ein zentrales Thema unserer Zeit ist und bleiben wird, dürfte unbestritten sein“,[790] resümierte das Bürgerkomitee am Ende dieser Tage.

Sonstige Veranstaltungen

Auch zwischen den feststehenden Terminen organisiert das Bürgerkomitee Veranstaltungen. So hielt der Sächsische Landesbeauftragte, Dr. Fritz Ahrend, am 21.04.1994 einen Vortrag zum Thema „Der Nachlaß einer 40-jährigen Diktatur – Aspekte der Auseinandersetzung und der Aufarbeitung in Sachsen“. Am 28.05.1994 informierte die Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe über die gerade abgeschlossene Arbeit des Schalck-Untersuchungsausschusses. Anläßlich der Einbeziehung der nachgebauten Zelle in die ständige Ausstellung am 20.06.1995 sprach u. a. der Sächsische Staatsminister der Justiz, Steffen Heitmann, über die dringend nötige Aufarbeitung jüngster deutscher Geschichte. Aus gleichem Anlaß stellte am Abend des gleichen Tages Günter Fritzsch sein Buch „Gesicht zur Wand „ vor und berichtete über Willkür und Erpressung im Leipziger Stasi-Knast.

5.5.2. Seminar zum 5. Jahrestag der Besetzung

Aus Anlaß des 5. Jahrestages der friedlichen Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale lud das Bürgerkomitee Leipzig zu einem Seminar ein. Unter der Fragestellung „Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch?“ sollten die 1989 gefällten Entscheidungen – insbesondere die des Erhalts und der Öffnung der Akten – auf ihren Bestand und ihre Richtigkeit aus aktueller Sicht hinterfragt werden.[791]

790 Ebenda.

791 Vgl.: Siegfried Hollitzer: Umgang mit der Vergangenheit – Seminar des Bürgerkomitees Leipzig, Tagungsbericht, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) Nr. 03, S. 303306; Ulrich Schacht: Stasi-Akten sind „unverzichtbare Beweismittel“, in: Welt am Sonntag vom 04. Dezember 1994; Anja Fischer: Verdeckeln der Archive verschließt die Vergangenheit, in: Zeitlupe, 12/1994.

Vgl. ferner: Alle, die ihre Akten sehen, sind dankbar, in: Morgenpost am Sonntag vom 06.11.1994; Tagung zur Besetzung der Stasi-Zentrale, in: Die Kirche vom 27.11.1994; Die Runde Ecke, in: Leipziger Amts-Blatt vom 28.11.1994; Zum 5. Jahrestag der Besetzung der Stasi-Zentrale, in: Leipziger Rundschau vom 30.11.1994; Leipziger erinnern an die Besetzung der „Runden Ecke“, in: Leipziger Volkszeitung vom 01.12.1994, S. 14; Seminar zum 4. Dezember 1989, in Der Sonntag vom 20.11.1994; Warnung vor Schließung der Stasi-Akten, in: Sächsische Zeitung vom 05.12.1994; Schöne Bescherung nach fünf Jahren: „Wir haben verloren!“. An- und Einsichten vom Stasi-

Um das Funktionieren einer Diktatur verstehen zu können, bedarf es einer übergreifenden Betrachtung und gegenseitigen Ergänzung der einzelnen Erfahrungen und Erkenntnisse. Diesem Austausch wurde ein Podium gegeben. 200 Dauerteilnehmer, Juristen, Historiker, Politiker, Publizisten, Archivare, Zeitzeugen und Wissenschaftler anderer Disziplinen kamen zu Wort.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, die die Schirmherrschaft übernommen hatte, sagte in ihrem Grußwort: „Ich wünsche dieser Tagung, daß sie weit über den Kreis der Teilnehmer hinaus große Beachtung findet. Die Diskussion gerade auch dieser Wochen hat gezeigt, daß die Aufarbeitung unverzichtbar ist, daß wir sie brauchen“.

Mit dem 1996 veröffentlichten Tagungsband[792] erreicht diese Sammlung von Argumenten zum Thema der offenen Akten einen großen Kreis von Interessenten. Sie soll Hilfe bieten beim Durchschauen des Wirrwarrs von Scheinargumenten zur angeblichen Befriedung unseres Landes, die immer wieder auch von prominenter Seite vorgebracht werden.

Der Sächsische Staatsminister der Justiz, Steffen Heitmann, stellte in seiner Rede zur Eröffnung des Seminars fest: „Die Öffnung der Staatssicherheitsakten ist ein Sieg im Ringen um Wahrhaftigkeit in unserem Volk. Wir sollten diesen Sieg bewahren im Interesse der Zukunft unseres Volkes.“

An den drei Abenden fanden jeweils weitere öffentliche Veranstaltungen statt: Buchlesungen mit Henryk M. Broder („Schöne Bescherung“) sowie mit Erich Loest („Nikolaikirche“) und eine Videovorführung („Filmsequenzen von der Besetzung“ sowie „Verriegelte Zeit“). Ebenfalls an diesem Wochenende wurde die Fotoausstellung „Augenblicke – Einblicke, Ansichten – Einsichten“ eröffnet.

5.5.3. Beteiligung an der EXPO 2000

An der Weltausstellung EXPO 2000 nimmt die Stadt Leipzig als dezentraler Standort mit dem Projekt „Leipzig. Den Wandel zeigen“ teil. Das Museum in der „Runden Ecke“ beteiligt sich daran als sogenannter Untervorhabenträger des Teilprojektes „Wendepunkt Leipzig: Herbst '89 – Vom Aufbruch zum Alltag?“[793]

Das Thema der EXPO 2000 in Leipzig beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die in dieser Stadt in besonderem Maße sichtbar sind. Die in Leipzig focusierten gesellschaftlichen Transformationsprozesse

Seminar des Leipziger Bürgerkomitees, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 05.12.1994; Mit zitternden Händen und heißen Herzen. In Leipzig erinnerte eine Tagung an die Besetzung der „Runden Ecke“ vor 5 Jahren, in: Die Kirche vom 11.12.1994.

792 Tobias Hollitzer (Hrsg.): Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, Opladen 1996.

793 Vgl.: Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (Hrsg.): Leipzig. Den Wandel zeigen. Informationen zur Bewerbung der Stadt Leipzig als dezentraler EXPO-Standort, Leipzig 15.10.1996.

Deutschlands werden national und international mit Interesse verfolgt. Sowohl Länder mit gewachsenen Demokratien als auch solche, die auf dem Wege dahin sind, suchen aus diesen Erfahrungen zu lernen. Deutschland gilt inzwischen als das Land, welches am konsequentesten mit seiner jüngsten Vergangenheit umgeht.

Zum wirtschaftlichen Aufschwung und zum demokratischen Umbau einer Gesellschaft nach dem Ende einer Diktatur gehört immer auch aktive und öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Im Jahr 2000 lädt das Bürgerkomitee Leipzig unter dem Generalthema (Arbeitstitel) „Wieviel Wahrheit verträgt der Mensch?“ zu einer Reihe verschiedener Veranstaltungen ein. Diese Fragestellung soll unter politischen, juristischen und historischen ebenso wie unter psychologisch/soziologischen Aspekten betrachtet werden. Geplant sind Vorträge und Podiumsdiskussionen ebenso wie eine künstlerische Annäherung an das Thema (Lesung, Konzert, Satire). Es werden sowohl die Erfahrungen aus Deutschland als auch solche aus anderen, ehemals sozialistischen Staaten und anderen Ländern in Umbruchsituationen vermittelt und diskutiert werden. Vor allem wird es darum gehen, Wege für die Lösung solcher Probleme im neuen Jahrtausend zu suchen, da auch in Zukunft weltweit mit gesellschaftlichen Umbrüchen zu rechnen ist. Die Ergebnisse sollen wieder publiziert werden.

Die EXPO-Besucher erleben, daß geschichtliche Prozesse an einem historischen Ort aufgearbeitet und erfahrbar gemacht werden können. Zum einen wird dadurch tieferes Verständnis für die jüngere deutsche Geschichte und Gegenwart geweckt, zum anderen können exemplarisch Ansätze zum Umgang mit der eigenen Geschichte aufgezeigt werden.

6. Konklusion

Die Befreiung von der Staatssicherheit war eine zentrale Frage des Herbstes 1989. Die Forderungen nach Machteinschränkung und später der Auflösung des MfS wurden teilweise schon zuvor öffentlich artikuliert. Die Bürger besetzten die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen Anfang Dezember nicht zufällig, sondern es war ein folgerichtiger Schritt auf dem Weg zu Selbstbefreiung und Demokratie.

Mitte November hatte Modrow das MfS in ein Amt für Nationale Sicherheit umbenannt. Von dieser kosmetischen Veränderung ließen sich die Bürger nicht täuschen, denn die Staatssicherheit setzte trotz der massiven Demonstrationen ihre Arbeit ungehindert fort und begann, die schriftlichen Zeugnisse ihrer bisherigen Arbeit zu beseitigen.

Um die massiven Aktenvernichtungen zu stoppen, riefen die neuen demokratischen Gruppierungen am 04.12.1989 die Bürgerinnen und Bürger DDR-weit

zu Kontrollen auf. Der moralische und der physische Verfall des einst mächtigen Staates war in diesen ersten Dezembertagen nicht mehr zu übersehen.

Da die Situation für die Staatssicherheit immer prekärer wurde, versuchte sie, den Willen zur Gewaltlosigkeit für sich zu nutzen. Bereits seit Oktober wurde die als „Runde Ecke“ bezeichnete BVfS während der Montagsdemonstrationen im Rahmen einer sogenannten Sicherheitspartnerschaft von Vertretern des Neuen Forums abgesichert. Die Vertreter der neuen Gruppierungen erreichten am 04.12.1989 in Gesprächen, daß 30 Bürger das Gebäude der Leipziger Staatssicherheit betreten, kontrollieren und teilweise versiegeln konnten. Aus diesen Aktionen entwickelte sich in den nachfolgenden Stunden die Besetzung der Dienststellen. Um die angespannte Situation zu bewältigen, wurden stundenlange Verhandlungen geführt. Ohne jegliche realistische Handlungsanweisung aus Berlin waren die bezirklichen Funktionsträger gezwungen, auf die vor Ort gestellten Forderungen einzugehen. Daraus erwuchs bereits am 06.12.1989 eine Vereinbarung, in der die Staatssicherheit weitgehende Zugeständnisse machen mußte, an die in anderen Bezirken oder gar in Berlin nicht zu denken war.

Dieser gemeinsame Maßnahmeplan ist eines der revolutionärsten Dokumente des Herbstes 1989 in Leipzig. Die zentrale Festlegung darin besagte, daß die Bezirks- und Kreisämter für Nationale Sicherheit auf Betreiben des Bürgerkomitees geschlossen werden. Wenige Wochen zuvor noch verfemt und gejagt, hatten die Vertreter der neuen demokratischen Gruppen sich jetzt die Rolle als Verhandlungspartner erkämpft. Das Bürgerkomitee, das sich in der Nacht der Besetzung gebildet hatte, nahm eine Vermittlerrolle zwischen den Demonstranten und der weitestgehend handlungsunfähigen Staatsmacht ein und fungierte somit als wichtiger Stabilitätsfaktor. Acht Tage bevor Modrow das AfNS am 14.12.1989 auflöste und in ein Amt für Verfassungsschutz umwandelte, wurden in Leipzig bereits Fakten geschaffen, die einer Auflösung gleichkamen.

Die kontrollierte Räumung der Kreisämter und Außenobjekte dauerte bis Ende Dezember und war in jener Zeit eine der Haupttätigkeiten des Bürgerkomitees. Dies geschah unter großem zeitlichen Druck, da die Häuser schnellstmöglich den zuständigen örtlichen Räten für eine weitere zivile Nutzung übergeben werden sollten. So hoffte die Regierung, den Druck auf die Staatssicherheit verringern zu können.

Bereits am 08.12.1989 – nur vier Tage nach der Besetzung der Stasi-Zentrale – konnten auf Basis des Maßnahmeplanes erste konkrete Schritte für den Umgang mit den Akten beschlossen werden, die den Vorstellungen des Berliner Amtes und der Regierung Modrow diametral entgegenliefen. Dennoch hoffte man offenkundig, durch die Mitarbeit von Stasi-Offizieren und der Militärstaatsanwaltschaft in der Aktensichtungskommission den Schaden möglichst geringhalten zu können. Den Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates wurde über die Leipziger Vereinbarung berichtet und vorgeschlagen, nach diesem Muster bei Forderungen nach Sichtung generell zu verfahren.

Nach einer Woche zeigte sich bereits deutlich, daß es innerhalb des Bürgerkomitees sehr unterschiedliche Auffassungen über die mittel- und langfristigen Ziele gab. Einige, wie der Sprecher Michael Kleinert oder Superintendent Friedrich Magirius und Probst Günter Hanisch, plädierten ausschließlich für eine Deeskalationsstrategie und die baldmögliche Übergabe an die bestehenden Strukturen wie Volkspolizei oder Staatsanwaltschaft. Andere Mitglieder hingegen mißtrauten den alten Strukturen und setzten sich für eine kontinuierliche Weiterarbeit des Bürgerkomitees ein. Diese Zielstellung wurde durch die massive Hinhaltetaktik seitens der staatlicher Vertreter ungewollt unterstützt, so daß sie sich letztendlich durchsetzte. So wurde am 18.12.1989 als neues Ziel des Bürgerkomitees die nachweisbare Auflösung des MfS/AfNS und die Verhinderung einer Neustrukturierung formuliert.

Am 12.01.1990 mußte Hans Modrow vor der Volkskammer erklären, daß er vor der ersten freien Wahl keinen neuen Geheimdienst aufbauen und alle diesbezüglichen Beschlüsse aufheben wird. Nun ging es dem Bürgerkomitee einerseits um den Erhalt der Akten, andererseits um den öffentlichen Nachweis der restlosen Auflösung des Apparates und seiner konspirativen Strukturen. Daneben sah es sich zunehmend mit der Aktenbereitstellung für Rehabilitierungsverfahren konfrontiert. Auf der Sondersitzung des RTL am 24.01.1990, die auf Antrag des Bürgerkomitees stattfand, wurde ein entsprechendes Verfahren bestätigt, das das Bürgerkomitee Leipzig legitimierte, nunmehr Akten mit persönlichen Inhalten zur Bearbeitung herauszugeben.

Anfang Januar organisierte das Bürgerkomitee in Leipzig die erste Beratung der Bürgerkomitees aller DDR-Bezirke. Sie informierten sich erstmals über den jeweiligen Sachstand der Auflösung und sprachen das weitere Vorgehen ab. Wichtigstes Ergebnis war eine Erklärung, die die Subordination des MfS unter die SED konstatierte. In den folgenden Tagen wurde daher die Kontrolle auf die Archive der SED und später auf die Abteilungen Inneres der örtlichen Räte ausgedehnt.

Die Tätigkeit des Bürgerkomitees Leipzig erfolgte anfangs weitgehend ehrenamtlich und arbeitsrechtlich nicht abgesichert. Die im Dezember für wenige erkämpften Freistellungen konnten im Januar über den RTL als grundsätzliche Freistellung von bis zu 15 Bürgerkomiteemitgliedern festgeschrieben werden.

Da das Statut des Bürgerkomitees der Stadt Leipzig am RTL und am RTSL bestätigt worden war, wurde dem Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit rückwirkend der Status eines Arbeitsausschusses des Runden Tisches zuerkannt. Es brachte seine Anliegen „wahlweise“ als Ausschuß des RTL oder durch das Bürgerkomitee der Stadt ein.

Um dem Anliegen der Aufarbeitung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS einen formalen Rahmen zu geben, schloß das Bürgerkomitee mit dem Militärstaatsanwalt eine Vereinbarung, die auf der Grundlage des Beschlusses des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig vom 17.01.1990 die Bildung einer Untersuchungsgruppe regelte. Diese sollte die Dokumente, die die Aktensich-

tungskommission erschloß, auswerten und für entsprechende Veröffentlichungen vorbereiten.

Das Bürgerkomitee hatte damit sein Aufgabenspektrum erneut erweitert und seine Position gefestigt. Einerseits wurde die Aktensichtungskommission unter Leitung des Staatsarchives der Untersuchungskommission unterstellt, zumindest im Bereich der Auswertung der Materialien. Andererseits wurde hier erstmals die Auswertung der Akten als eigenes Anliegen des Bürgerkomitees formuliert und in der Folgezeit durchgesetzt. Möglich war dies nur aufgrund der Zustimmung des Militärstaatsanwaltes.

Die Regierung Modrow und die SED-PDS versuchten, die neuen Strukturen für sich zu instrumentalisieren und deren Begriffe und Inhalte in ihrem Sinne umzudeuten. Beispielhaft hierfür stehen die Umbenennung der Nationalen Front in eine nationale Bürgerbewegung und die gesetzlichen Regelungen für die Weiterarbeit des Bürgerkomitees, die diese auf kommunale Belange beschränkte.

Der erste Versuch, die weitere Auflösung staatlich zu regeln und somit den Bürgerkomitees aus der Hand zu nehmen, war der Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990, der ein staatliches Auflösungskomitee schuf. Dieser massive Versuch der Beschneidung der Kompetenz der Bürgerkomitees rief Widerstand hervor. Aufgrund der Erfahrungen des Bürgerkomitees Leipzig auf Bezirksebene wirkte es als Schrittmacher der DDR-weiten Proteste und brachte konstruktive Konzepte ein. In der Folge fanden seit dem 09.03.1990 wöchentliche Koordinierungstreffen der Bezirksbürgerkomitees in Berlin statt.

Aufgrund der wirksamen Aktionen sah sich das staatliche Komitee im April gezwungen, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Bürgerkomitees zu schließen, auf deren Grundlage auch die Arbeitsstäbe in den Bezirken mit den Bürgerkomitees zusammenarbeiten sollten. Darin verpflichtete sich das staatliche Komitee u. a., für fünf Mitglieder des Bürgerkomitees pro Bezirk den Lohnausfall zu übernehmen, so daß eine gewisse materielle Absicherung gewährleistet blieb.

Trotz der rigiden Regelung im Ministerratsbeschluß vom 08.02.1990 war es gelungen, die in den revolutionären Wochen nach dem 04.12.1990 erstrittenen Vereinbarungen nachträglich festzuschreiben. Darüber hinaus konnten alle anderen Bezirksbürgerkomitees auf diese Ergebnisse zurückgreifen; das „Leipziger Modell“ wurde sozusagen exportiert. Von erheblichem Vorteil für die weitere Arbeit war, daß diese Regelungen auch unter der Regierung de Maizière fortgalten.

Unter der Regierung de Maizière war Innenminister Peter-Michael Diestel für die gesamte Auflösung des MfS/AfNS zuständig. Sofort nach Amtsantritt erklärte er die Tätigkeit der Bürgerkomitees für beendet. Diese sahen ihre Weiterarbeit als notwendig an, da die parlamentarische Kontrolle nicht gewährleistet war. In Leipzig suchte das Bürgerkomitee eine intensive Anbindung an die Runden Tische und nach der Kommunalwahl im Mai an die neue Stadtverord-

netenversammlung. Hier arbeitete es insbesondere mit dem Untersuchungsausschuß zusammen, der auch die Anstellung der Mitglieder übernahm. Ein wichtiges Anliegen war die Überprüfung der neugewählten Abgeordneten sowohl auf Landes- als auch auf Kommunalebene. Aber auch die Verhinderung weiterer Aktenvernichtung unter der Verantwortung von Innenminister Diestel stellte eine wichtige Aufgabe dar.

Das Bürgerkomitee suchte darüber hinaus nach Lösungen zum Umgang mit der Aktenhinterlassenschaft der Staatssicherheit. So erarbeitete es Ende April ein detailliertes Papier, in dem es vorschlug, die Akten in bezirklichen Sonderdepots zu lagern und deren Tätigkeit durch ein zu schaffendes parlamentarisches Gremium permanent zu kontrollieren. Eine geheimdienstliche Weiternutzung sollte in jedem Fall verboten sein, der Aktenzugang für die Rehabilitierung ermöglicht werden und Betroffene in Einzelfällen auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen Einsicht in ihre Unterlagen erhalten. Das Bürgerkomitee sah ein wichtiges Tätigkeitsfeld darin, Dokumente für die Aufarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu veröffentlichen.

Einen weiteren Angriff auf demokratisch errungene Regelungen im Umgang mit der Stasi-Hinterlassenschaft stellte der Ministerratsbeschluß vom 16.05. 1990 dar. Alle Akten sollten an das Staatsarchiv und ausgewählte Unterlagen an Polizei, Justiz und das Verteidigungsministerium abgegeben werden. Das Bürgerkomitee widersetzte sich der Herausgabe und organisierte Proteste. Ungeachtet des neuen Beschlusses hielt sich das Bürgerkomitee an die alten Regelungen. Nachdem es im Verlauf der zurückliegenden Wochen von staatlicher Seite permanent in Frage gestellt worden war, kämpfte es ab Ende Mai umso vehementer um jede Form der Mitgestaltung.

Das Bürgerkomitee wandte sich am 05.06.1990 mit einem Antrag an die SVV und bat, die bisherige Arbeit im Untersuchungsausschuß bzw. mit dessen Hilfe weiterzuführen. Nur in der Anbindung an das neue Stadtparlament sah das Bürgerkomitee Möglichkeiten, seine Arbeit zu legitimieren und seine Vorstellungen zum weiteren Umgang mit den Akten durchzusetzen.

Darüber hinaus arbeiteten Mitglieder des Bürgerkomitees im Volkskammerausschuß zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS mit und trugen maßgeblich zur Ausgestaltung des Gesetzes zum Umgang mit den MfS-Akten bei.

Das Volkskammergesetz wurde bekanntlich nicht in den Einigungsvertrag aufgenommen. Nach massiven Protesten wurde im Rahmen von Nachverhandlungen jedoch festgelegt, daß wenigstens die Grundsätze des Volkskammergesetzes in einer Regelung des gesamtdeutschen Gesetzgebers umfassend Berücksichtigung finden sollten. Die Akten sollten dezentral unter Aufsicht eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung in den ehemaligen Bezirksstädten gelagert und verwaltet werden. So hatte sich das Leipziger Bürgerkomitee bis zum Tag der deutschen Einheit für die im Dezember 1989 von ihm gesicherten Akten eingesetzt und seine Vorstellungen grundsätzlich verwirklichen können.

Schon Anfang des Jahres 1990 veröffentlichte das Bürgerkomitee nach Freigabe durch den Militärstaatsanwalt in der Leipziger Presse gezielt Dokumente zu konkreten Arbeitsbereichen der Staatssicherheit. Im Verlauf des Monats Mai wurde mit den gesammelten Objekten und Dokumenten aus den sichergestellten Archiven sowie den Erkenntnissen aus den Befragungen der Stasi-Offiziere die weltweit erste Ausstellung über die Staatssicherheit erarbeitet. Die vierwöchige Präsentation wurde täglich von über 2.500 Personen besucht, so daß man sich entschied, sie in der „Runden Ecke" dauerhaft zu zeigen. Anläßlich des ersten Jahrestages der Besetzung trat das Bürgerkomitee mit dem Buch „Stasi intern" an die Öffentlichkeit.

Auch nach der Vereinigung sah das Bürgerkomitee Leipzig aufgrund der ungenügenden Regelungen zum Umgang mit den Stasi-Akten im Einigungsvertrag sein weiteres Engagement gefragt. Bis 1992 lag der Akzent der Hauptaktivitäten auf der Mitarbeit am Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Aber auch die Betreuung des Museums in der „Runden Ecke" und mehrerer Wanderausstellungen waren von Anfang an ein wichtiges Tätigkeitsfeld.

Das größte Problem in dieser Zeit war, daß die öffentliche historische Aufarbeitung, wie sie von den Bürgerkomitees gegen starken Widerstand durchgesetzt worden war, nach den Regelungen des Einigungsvertrages nicht mehr möglich sein sollte.

Es bestand Konsens darüber, daß die Bürgerkomitees mit einem eigenen Gesetzentwurf ihre Kompetenz am besten einbringen könnten. Selbst wenn dieser im Bundestag keine Mehrheit finden sollte, äußerte das Bürgerkomitee Leipzig, müsse sich der Bundestag aktiv dagegen entscheiden. Auf Einladung des Bürgerkomitees fand in Leipzig Ende November 1991 ein Seminar mit den Vertretern der DDR-Bürgerkomitees statt, das eine Arbeitsgruppe „Gesetzentwurf" ins Leben rief. Der von dieser Gruppe gemeinsam mit einem Rechtsanwalt erarbeitete Entwurf wurde am 10.02.1991 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt und den zuständigen Politikern auf Bundes- und Landesebene schriftlich zur Kenntnis gebracht.

In den folgenden Wochen führten Vertreter der Bürgerkomitees zahlreiche Gespräche mit Bonner Politikern, um jenen ihr Anliegen nahe zu bringen. Im weiteren Verlauf der Debatte bis zum Jahresende 1991 äußerte sich das Bürgerkomitee Leipzig immer wieder zu konkreten Regelungen im Gesetzentwurf. Bis zum Schluß kämpfte es für eine föderale Verwaltung der Aktenbestände unter Hoheit der neuen Länder. Die von Sachsen initiierte gemeinsame Kommission der neuen Länder zum StUG beteiligte die Vertreter des Bürgerkomitees mit Stimmrecht. Damit hatten sie eine Möglichkeit, sich direkt in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Auch in der Diskussion, die zum Ende des Jahres 1991 vor allem in bezug auf die Rechte der Medien heftig aufflammte, meldete sich das Bürgerkomitee Leipzig zu Wort.

Alle Novellierungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes verfolgte das Bürgerkomitee kritisch. Es nahm Stellung zu den geplanten Änderungen, wandte sich an

verantwortliche Politiker und teilte diesen seine jeweilige Auffassung mit. Vehement stritt es in den vergangenen Jahren gegen jede Form von Amnestie, so auch gegen die sogenannte Stichtagsregelung.

Als eingetragener Verein arbeitet das Bürgerkomitee im vereinten Deutschland weiter an der Aufarbeitung der Strukturen und Arbeitsweise der Staatssicherheit. Das Museum in der „Runden Ecke“ ist zu einem wichtigen Ort der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit geworden.

Aus der Expertise ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Entgegen anderslautender Beteuerungen hat das MfS zu keiner Zeit versucht, sich ernsthaft zu erneuern. Es handelte sich bei allen Versuchen der Umprofilierung immer nur um taktische Manöver, um sich den ständig ändernden Außenbedingungen anpassen zu können. Erst mit der Rücknahme des Beschlusses der DDR-Regierung, einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst aufzubauen, war die Macht gebrochen.

   Die Auflösung des MfS wurde von den Demonstranten nicht erst Ende November, sondern bereits Mitte Oktober und vereinzelt sogar in den Monaten zuvor gefordert. Sie war unabdingbare Voraussetzung für eine tiefgreifende gesellschaftliche Neugestaltung und wurde von breiten Teilen der Bevölkerung bis zur Vereinigung als wichtiges eigenes Anliegen mitgetragen.

2. Der Kampf um die Akten war von Anfang an ein zentraler Punkt in der friedlichen Revolution, der bis in das vereinigte Deutschland hineinreichte. Die Stasi-Akten standen immer im Zentrum des Interesses, doch sind die Überlieferungen der anderen staatlichen Stellen und vor allem die der SED ebenfalls von immenser Bedeutung. Es zeigt sich deutlich, daß die Stasi-Akten, die heute teilweise als „Ersatzüberlieferung“ für andere, vernichtete Aktenbestände dienen, ohne das Engagement der Bürgerkomitees wohl restlos vernichtet worden wären. In den Überlieferungen der anderen staatlichen Stellen und der SED zeigen sich gerade für die Zeit 1989/90 empfindliche Lücken.

3. Die Entmachtung der Staatssicherheit stellte eine neue Qualität im Verlauf der friedlichen Revolution dar. Erstmals wurde eine wesentliche Stütze der Diktatur nicht nur verbal angegriffen, sondern körperlich demontiert, Strukturen wurden aufgedeckt, um sie zu beseitigen. Im Dezember 1989 begann der Staat DDR massiv zu zerfallen.

   Die Initiativen an den Runden Tischen und in den Bürgerkomitees versuchten einerseits, dieses Machtvakuum zu füllen, andererseits kämpften sie aus dieser Position heraus gegen die alten Machtstrukturen und für den demokratischen Umbau. In den Darstellungen über diese Zeit spielt diese Periode häufig nur eine untergeordnete Rolle, einige gar brechen bereits vor diesem Termin ab.

   Oft wird für die Zeit nach dem 09.11.1989 aufgrund der stärker werdenden Rufe nach der staatlichen Einheit von der „abgebrochenen“ oder der „un-

vollendeten Revolution“ gesprochen. Hier wird m.E. übersehen, daß gerade in der Zeit nach dem Mauerfall ein starkes Engagement für die Demokratisierung der Gesellschaft zu verzeichnen ist.

Der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig, vor allem aber der der Stadt Leipzig leistete wichtige eigenständige Initiativen zur Beförderung der Aufarbeitung der Diktatur, die in ihren Auswirkungen teilweise bis in die heutige Zeit hineinreichen und eine wichtige Grundlage für das Demokratieverständnis sein können. Dazu allerdings müßten diese Erfahrungen wieder bewußt und für die politische Bildung fruchtbar gemacht werden.

4. Die SED richtete alle verbleibende Kraft darauf, ihren Einfluß als politische Partei zu erhalten. Niemals im gesamten Prozeß der friedlichen Revolution sind die Bemühungen der Staatspartei von ernsthaftem Interesse eines gleichberechtigen Umgangs miteinander gewesen. Immer waren es nur taktische Manöver, um wieder in die Offensive zu gelangen. Dazu wurden Dialogveranstaltungen abgehalten, Aktionen wie die „Einheitsfront gegen rechts“ initiiert u.ä.

   Die Bürgerkomitees und die Runden Tische waren der SED willkommen in den Tagen, da der Staat endgültig auseinanderzubrechen drohte, danach aber versuchte man, sie mit allen möglichen Mitteln wieder zu paralysieren oder für die eigenen Zwecke zu mißbrauchen. An Leipzig läßt sich zeigen, daß diese Doppelbödigkeit auch dank der Bürgerkomitees und Runden Tische immer wieder aufgedeckt werden konnte und somit wenig Wirksamkeit entfaltete. Ein Teil der damals geschaffenen PDS-Strukturen existiert allerdings noch heute.

5. Gerade an der Auflösung der Staatssicherheit wird ein Phänomen sehr deutlich, das die gesamte friedliche Revolution kennzeichnet: Sie ging von der Peripherie aus und erfaßte nur allmählich, in abgeschwächter Form und zeitlich versetzt das Zentrum.

   Hier besteht ein großer Forschungsbedarf, denn die friedliche Revolution wird in ihren Ursachen und ihrem Verlauf, vor allem aber in ihren Wirkungen bis heute erst dann richtig einzuschätzen sein.

6. Wie aus den Quellen ersichtlich, war sich das Bürgerkomitee Leipzig seiner Grenzen von Anfang an bewußt. Mit der Entwicklung der Ereignisse ist es gewachsen und mußte sich ständig den sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen. Immer aber auch hatte es eigene Vorstellungen, die es versuchte umzusetzen. Es war sich der Sprünge und Kompetenzerweiterung ständig bewußt und reflektierte die eigene Rolle, die Handlungsmöglichkeiten und das Selbstverständnis regelmäßig. Zwischen dem Selbstverständnis von damals und der heutigen Rückschau lassen sich keine großen Divergenzen feststellen.

   Das Bürgerkomitee Leipzig war zu Beginn ein wichtiger Mittler zwischen der handlungsunfähigen Staatsmacht und den aufbegehrenden Demon-

stranten. Es vertrat immer die Positionen der Bevölkerung und verstand sich als deren Anwalt. Es setzte auf Verhandlungen und in deren Ergebnis auf Vereinbarungen mit der alten Staatsmacht, um so die geforderte Rechtsstaatlichkeit selbst zu praktizieren.

Von dem ursprünglich auf Aktensicherung begrenzten Engagement erwuchs bereits in den ersten Stunden nach der Besetzung die Forderung nach Auflösung des Apparates und öffentliche Untersuchung der Strukturen, Arbeitsweisen und Wirkmechanismen. Je stärker die Auflösungsaufgaben erledigt wurden, umso stärker konzentrierte sich das Bürgerkomitee auf die Aufarbeitung. Dazu gehörte ebenso das vehemente Engagement für eine gesetzliche Regelung zum Umgang mit den im Dezember 1989 gesicherten Akten. Es sieht sich bis heute in einer ideellen Verantwortung für die Auswirkung der damals getroffenen Entscheidungen.

Heute arbeitet das Bürgerkomitee Leipzig für eine aktive Auseinandersetzung mit der Diktaturerfahrung. Mit der Dauerausstellung im Museum in der „Runden Ecke“ informiert es ebenso über die Praktiken der Staatssicherheit wie mit der Wanderausstellung oder dem vielfältigen Veranstaltungsangebot. In der Stadt Leipzig hat es eine wichtige Funktion eingenommen, in dem es für das Thema sensibilisiert und die Auseinandersetzung damit einfordert. Insoweit ist es immer noch Anwalt derer, die sich selbst nicht aktiv beteiligen, aber das Thema für wichtig erachten.

Darüber hinaus ist das Bürgerkomitee noch immer Seismograph für Entwicklungen, die einer Schönung oder Verschleierung der Vergangenheit Vorschub leisten. Hier artikuliert es deutlichen Protest und ermöglicht öffentliche Diskussionen.

7. In seinem Kampf für den originalen Erhalt der Täterorte als Mahn- und Gedenkorte nimmt das Bürgerkomitee Leipzig wiederum Sicherungsfunktionen wahr, zu einem Zeitpunkt da die zuständigen Stellen sich dazu nicht in der Lage sehen. Ohne dieses Engagement wäre die „Runde Ecke“ heute weder als Museum zugänglich, noch dieser Teil des Hauses original erhalten ebenso wie der Stasi-Bunker bei Leipzig. Auch die unzähligen originalen Arbeitsgegenstände des MfS wären nicht mehr vorhanden. Insoweit haben sich die Rahmenbedingungen zwar grundlegend geändert, die Funktion des Bürgerkomitees aber nicht.

7. Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, der sich aus der Expertise ergibt

1. Steuerliche Begünstigung von Aufarbeitungsinitiativen

Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. wurde per vorläufiger Bescheinigung des Finanzamtes vom 08.03.1994 als gemeinnützige Körperschaft vorläufig anerkannt, ist allerdings nicht besonders förderungswürdig im Sinne von § 10,

Abs. 1 EStG. Bei den als besonders förderungswürdig im Sinne des § 10, Abs. 1 EStG anerkannten Zwecken findet sich die Aufarbeitung der DDR-Diktatur nicht wieder. Die Kriegsgräberfürsorge, der Küstenschutz, die Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, die Kleingärtnerei und viele andere Vereinsziele sind besonders förderungswürdig nach Steuerrecht. Ganz offen tritt das Dilemma zutage, betrachtet man Punkt 14 dieser Auflistung: Der Verein, der sich um das Konzentrationslager Buchenwald 1933 bis 1945 kümmert, wäre berechtigt, Spendenbescheinigungen auszustellen. Der Verein aber, der an das Internierungslager 1945 bis 1950 erinnert, dürfte dies nicht. Es sollte in die gesetzlichen Vorschriften ein förderungswürdiger Zweck aufgenommen werden, der in etwa der Zielstellung der Enquete-Kommission entspricht: „Förderung der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur".

Diese Ergänzung würde bereits eine Reihe der finanziellen Probleme der bestehenden Initiativen mindern.

2. Archivgut der neuen demokratischen Gruppierungen und Parteien sowie Übergangsgremien

Die Archivrecherchen zur Expertise haben ein Problem in besonderem Maße verdeutlicht: Die schriftlichen Zeugnisse der Opposition, der neuen demokratischen Gruppen sowie der Initiativen und Gremien der friedlichen Revolution liegen weit verstreut, meist in Privathand bei den ehemaligen Akteuren. Diese wichtigen Dokumente sind der Forschung somit weitestgehend unzugänglich, da sie nicht zur Verfügung gestellt werden oder nur sehr mühsam aufzufinden sind.

Eine wichtige Funktion nehmen hier die unabhängigen Archive, wie das Matthias-Domaschk-Archiv Berlin e.V. oder das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. ein. An den besagten Dokumenten hängen für die Inhaber vielfältige persönliche Erinnerungen, so daß es große Vorbehalte gegenüber einer Abgabe in Archive gibt. Wenn überhaupt, so ist man oft nur bereit, die Unterlagen in regional gewachsene, bekannte Strukturen abzugeben. Persönliche Kontakte zu den Mitarbeitern dieser Archive und deren Biographien sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß diese Unterlagen archiviert werden können und nicht verlorengehen. Die Geschichte der friedlichen Revolution ist ohne diese Dokumente nicht zu schreiben, da sie immer unvollständig bliebe.

Der Gesetzgeber ist hier gefordert, diese Archive, die ein Teil der Aufarbeitungsinitiativen sind, zu unterstützen. Deutlich unterschieden werden sollte einerseits zwischen der Sicherung originaler Dokumente als Archivgut und andererseits der Dokumentation bestimmter Themen mittels Kopien aus anderen Archiven. Beides ist wichtig, darf aber in der Argumentation nicht miteinander vermengt werden.

Der Idee eines „zentralen Oppositionsarchivs" ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen deutlich zu widersprechen. Eine einheitliche Erschließung in den

regionalen Archiven und die Erstellung von Spezialregistern zu bestimmten Themen würde den Nachteil der Dezentralität ausgleichen. Solche Spezialregister sollten u.U. auch die jeweiligen Bestände der staatlichen Archive beinhalten.

Im Rahmen der vorgesehenen Stiftung soll die Sicherung der bereits in Archiven liegenden Dokumente gewährleistet werden. Die größte Gefahr jedoch besteht meines Erachtens für die Dokumente, die in noch keinem Archiv abgeliefert worden sind.

3. Förderung regionaler Projekte als ein Garant für die demokratische Entwicklung

In der vorliegenden Expertise wurde mit dem Bürgerkomitee Leipzig eine regionale Aufarbeitungsinitiative untersucht, die eine relativ starke überregionale Wirkung entfalten konnte. Ihre Stärke bezog sie von Anfang an aus der deutlichen Einbindung in die örtlichen Strukturen in Leipzig und den persönlichen Kontakten zu vielen kommunalen Funktions- und Entscheidungsträgern.

Aus dem persönlichen Engagement der Mitglieder des Bürgerkomitees und der starken, historisch gewachsenen Akzeptanz vor Ort resultiert eine Funktionalität und Effektivität der Arbeit, die keine vergleichbare staatliche oder kommunal geführte Einrichtung aufweisen kann.

Ähnlich wie bei den unabhängigen Archiven ist auch in der Arbeit der regionalen Initiative festzustellen, daß die örtliche Bevölkerung wesentlich größeres Vertrauen zu ihnen hat und sie auch dementsprechend unterstützt – sowohl mit Informationen als auch mit Objekten für das Museum z. B.

Da diese Vereine und Gruppen vorwiegend regionale Themen bearbeiten oder aber grundsätzliche Fragestellungen unter einem regionalen Blickwinkel betrachten, erreichen sie die Menschen viel direkter und tragen nachhaltiger zur persönlichen Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrung bei. Sie sind darüber hinaus in der Lage, auf unterschiedliche Befindlichkeiten sensibler zu reagieren, als dies zentrale Einrichtungen könnten.

Im Ergebnis ist festzustellen, daß der Deutsche Bundestag alles ihm Mögliche unternehmen sollte, um diese regionalen Aufarbeitungsinitiativen, die in der friedlichen Revolution entstanden sind und bis heute einen unschätzbaren Beitrag zum Erhalt und zur Stabilisierung der Demokratie leisten, zu unterstützen und ihre weitere Arbeit zu sichern. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, wie verhindert werden kann, daß nichtdemokratische Gruppen, die sich aus ehemaligen DDR- bzw. SED-PDS-Strukturen entwickelt haben, ebenfalls in den Genuß einer solchen Unterstützung kommen.

4. Förderung der Erforschung der Ereignisse 1989/90 als eine wichtige Quelle für die demokratische Entwicklung

Die Beschäftigung mit den konkreten Ereignissen, wie sie sich in den Wochen der friedlichen Revolution in einer Stadt abgespielt haben, zeigt deutlich, daß die damals Handelnden konkrete Vorstellungen zum Umgang mit der Vergangenheit, aber auch mit den alten Eliten, Funktions- und Systemträgern hatten. Viele der heute als „Siegerjustiz“ geschmähten Regelungen sind eindeutig Forderungen, die bereits 1989/90 teils auf der Straße, teils am Runden Tisch oder in den neugewählten Parlamenten erhoben und häufig bereits in gesetzliche Formen gegossen wurden.

1989/90 waren die Bürger gezwungen, nach mehr als einem halben Jahrhundert ununterbrochener Diktaturerfahrung in einer revolutionären Zeit die ersehnte Demokratisierung der Gesellschaft selbst auf den Weg zu bringen. Bei genauer Betrachtung der Ereignisse läßt sich feststellen, daß in vielen Details die demokratischen Regeln gleichsam „neu erfunden“ wurden, da es wohl zwangsläufig die praktikabelsten Formen für ein möglichst freies und gleichberechtigtes Zusammenleben in einer Gesellschaft sind.

Die weitgehend etablierte und institutionalisierte Demokratie der alten Bundesrepublik sollte diese neuen Erfahrungen, die die grundsätzliche Richtigkeit der Demokratie als Form des menschlichen Zusammenlebens bestätigen, erfahrbar und damit für die Gesellschaft fruchtbar machen.

Grundlage hierfür ist, daß diese „Schätze gehoben werden“, das heißt, daß diesbezügliche Forschung, vor allem auf regionaler Ebene, gefordert und gefördert wird. Die Ergebnisse müssen im Rahmen der politischen Bildung Verwendung finden. Dies ist besonders wichtig angesichts der „Politikverdrossenheit“ und der verbreiteten Einstellung, ein Einsatz für die demokratische Gesellschaft lohne nicht.

5. Förderung des Erhaltes originaler Orte

Das Bürgerkomitee Leipzig kämpft um den originalen Erhalt der Räume der ehemaligen BVfS Leipzig, in denen die Ausstellung gezeigt wird. Dies ist eine wesentliche Bedingung dafür, daß hier ein Ort historischen Lernens und Gedenkens entstanden ist. Die Orte, an denen über die perfiden Methoden der Diktatur der späteren Jahre informiert wird, sind zwangläufig die Orte der Täter.

Obwohl sich die Räume des Museums in der „Runden Ecke“ im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland befinden, konnte die Forderung des originalen Erhalts der Räume durch den Denkmalschutz erst nach Intervention des Bürgerkomitees in die Baugenehmigung aufgenommen werden. Die Verwaltungsmitarbeiter des BStU bringen dem Anliegen des originalen Erhaltes der

Räume keinerlei Verständnis oder gar Sympathie entgegen. Sie unterlaufen die originale Erhaltung, wo es nur geht.

Hier ist der Gesetzgeber dringend gefordert, Verwaltungsvorschriften auf den Weg zu bringen, die gewährleisten, daß da, wo solche Orte im Eigentum der öffentlichen Hand sind, dem Anliegen des originalen Erhaltes dieser Lern- und Gedenkorte Rechnung getragen wird. Oft sind verantwortliche Leiter willens, werden aber durch Verwaltungsvorschriften gehindert.

Darüber hinaus sollte der Gesetzgeber Regelungen erarbeiten, die gewährleisten, daß die noch original vorhandenen Täterorte erhalten bleiben und als Gedenkorte zur Verfügung stehen. In den vergangenen Jahren sind schon zuviele dieser Zeugnisse abgerissen oder bis zur Unkenntlichkeit saniert worden.

Literaturverzeichnis

Adler, Hans-Gerd: Wir sprengen unsere Ketten. Die friedliche Revolution im Eichsfeld, Leipzig 1990

Aktiv Staatssicherheit der zeitweiligen Kommission des Bezirkstages Suhl für Amtsmißbrauch und Korruption (Hrsg.): Genossen! Glaubt's mich doch! Ich liebe Euch alle!, Suhl 1990

Ammer, Thomas/Hans-Joachim Memmler (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen Methoden Auflösung, Köln 1991

Arenz, Waltraud: Skinheads in der DDR, in: Dieter Voigt/Lothar Mertens (Hrsg): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 141-171

Arnold, Karl-Heinz: Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nasi, Berlin 1995

Auerbach, Thomas: Vorbereitung auf den Tag X – Die geplanten Isolierungslager des MfS, BStU, Berlin 1995

Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996

Beratergruppe Dom (Hrsg.): Anstiftung zur Gewaltlosigkeit. Herbst '89 in Magdeburg, Magdeburg 1991

Besier, Gerhard/Stephan Wolf (Hrsg.): „Pfarrer Christen und Katholiken". Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn - 1992

Beyreuter-Raimondi, Angelika: Die „deutsche Revolution" und der Stasi-Apparat, in: EIRNA-Studie (Hrsg.): Ein Jahr danach – Strategische Konsequenzen und Perspektiven des Umbruchs in Europa, Wiesbaden 1990, S. 91-143

Bonin, Konrad von: Deutscher Evangelischer Kirchentag Leipzig 1997. Dokumente, Gütersloh 1997

BStU (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, MfS-Handbuch, Berlin 1995

Bürgerkomitee Bautzner Straße e.V. (Hrsg.): MfS–Bezirksverwaltung Dresden – eine erste Analyse, Dresden 1992

Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991

ders.: Materialien II, Leipzig 1994

ders.: Stasi intern, Leipzig 1990

Bürgerkomitee Magdeburg e.V. (Hrsg.): Was im Herbst begann. Die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg, Magdeburg [1994]

Chronik der Ereignisse in der DDR, Edition Deutschlandarchiv, Köln 1990

Chronik der Wende vom 03.11.1989, Sendung des ORB, 1994
Chronik der Wende vom 15.01.1990, Sendung des ORB, 1995
Debakel einer Utopie, pro vocation 3, Berlin 1990
Deutscher Bundestag (Hrsg.): Erfahrungsaustausch mit Organisationen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen, Bonn 1993
Die friedliche Revolution in der DDR – Chronik der Ereignisse vom 01.09.1989 – 18.03.1990, in: Fischer Welt-Almanach, Frankfurt/Main
Die Vergangenheit bewahren – die Zukunft gewinnen, Festschrift der Alten Leipziger Versicherung Aktiengesellschaft zum 175. Jubiläum, Leipzig 1994
Dietrich, Christian/Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1990, Leipzig 1994
Döhnert, Albrecht/Paulus Rummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Wolf-Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack: Leipzig im Oktober, Berlin 1990, S. 147-158
Enderlein, Christine: Die Überlieferungssituation für das Archivgut der staatlichen Behörden des Bezirkes Leipzigs und einige Anregungen für deren wissenschaftliche Auswertung, in: Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchives Leipzig, Nr. 7, Leipzig 1994, S. 160-163
Eppelmann, Rainer/Hörst Möller/Günter Nooke/Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, 2 Bde. , Paderborn u. a. 1997
Faulenbach, Bernd: Gedenkstätten gegen das Vergessen. Denkorte – Lernorte: Orte der Auseinandersetzung mit totalitären Erfahrungen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.): Erinnern Aufarbeiten Gedenken, Dokumentation des 7. Bautzenforums am 17./18.05.1996, Leipzig 1997
Felber, Konrad: Vom Neuen Forum zum Leiter der Außenstelle der „Gauck-Behörde“ Chemnitz, Selbstverlag Chemnitz 1994
Förster, Andreas: Neue Erkenntnisse zur Hinterbühne der Stasi-Auflösung 1990, in: Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 21, S. 28-37
Fuchs, Jürgen: Magdalena, Köln 1998
Gauck, Joachim: Die Stasi-Akten. Das unheilvolle Erbe der DDR, Hamburg 1991
Geißler, Steffen/Monika Reum: Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991
Gill, David/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991
Hanisch, Günter/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.): Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst ‘89 in Leipzig, Berlin 1990
Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Kontinuität des Wegsehens und Mitmachens. Stasi-Akten oder die schwierige Bewältigung der DDR-Vergangenheit, Köln 1991
Henke, Klaus-Dietmar: Für eine „Anatomie des SED-Sozialismus“. Der leise Terror des späten Staatssozialismus braucht einen Lern- und Gedenkort, in: Deutschlandarchiv, 31 (1998) Nr. 01, S. 83-96
Herles, Helmut/Ewald Rose: Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990
Höfer, Volker: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock, BStU, Berlin 1997
Hollitzer, Siegfried: Umgang mit der Vergangenheit – Seminar des Bürgerkomitees Leipzig, Tagungsbericht, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) Nr. 7, S. 303-306
Hollitzer, Tobias: „... steht nun die Machtfrage auf der Tagesordnung.“ Die Entwicklung der friedlichen Revolution 1989/90, in: Zu Fuß durch Leipzig, Leipzig 1996, S. 111-125
ders.: Der friedliche Verlauf des 9. Oktober – Kapitulation oder Reformbereitschaft?, Vortrag gehalten am 30.10.1996 auf einer Veranstaltung der Außenstelle Leipzig des BStU, unveröffentlicht, Manuskript beim Autor

ders.: Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, Opladen, Wiesbaden 1996

ders.: Die Staatssicherheit im Museum. Die museale Präsentation dieses Abschnitts der DDR-Geschichte am Beispiel des Museums in der „Runden Ecke“ in Leipzig, in: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt, Berlin 1997, S. 15-28

ders.: Die Staatssicherheit im Museum. Die museale Präsentation in der „Runden Ecke“ in Leipzig, in: Deutschlandarchiv (30) 1997 Nr. 2, S. 257-262

Horsch, Holger: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt, BStU, Berlin 1997

Kabus, Andreas: Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR, Berlin 1993

Knabe, Hubertus: Die geheimen Lager der Stasi, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-4/1993, S. 23-34

Küas, Herbert: Das alte Leipzig aus archäologischer Sicht, Berlin 1976

ders.: Mittelalterliche Keramik und andere Funde vom Ranstädter Steinweg und Pleißemühlgraben, Berlin 1966

Kühnhardt, Ludger: Umbruch-Wende-Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41 vom 26.09.1997, S. 12-18

Kurt Laser: Von der Konzeption zur fertigen Ausstellung – Gedanken zur Exposition „Berlin 1871-1945“, in: Neue Museumskunde, Nr. 03, Berlin 1990, S. 207-210

Leonhard, Joachim Felix: „Programmvermögen und kulturelles Erbe – Die Rundfunkarchive Ost im Deutschen Rundfunkarchiv“, in: Deutschlandarchiv, 28 (1995) Nr. 4, S. 404-410

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt/Main u. a. 1971

Liebold, Cornelia: Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, die Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/90, Magisterarbeit, Historisches Seminar, Universität Leipzig 1995, unveröffentlicht

dies.: Zwischen zentralistischer Abhängigkeit und demokratischem Neubeginn. Leipziger Kommunalpolitik in der Wende 1989/90, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar u. a. 1995, S. 71-116

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998

Links, Christoph/Hannes Bahrmann: Wir sind das Volk – Die DDR im Aufbruch – Eine Chronik, Berlin 1990

Lintzel, Detlev: Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tisch des Bezirkes Halle 1989-1990, Halle 1997

Löhn, Hans-Peter: „Unsere Nerven liegen allmählich blank.“ MfS und SED im Bezirk Halle, BStU, Berlin 1996

LStU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aufbruch '89. Über den Beginn der Wende in Schwerin, Schwerin 1994

Ludwig, Andreas: Alltagsleben der DDR im Museum, in: Gedenkstätte Hohenschönhausen (Hrsg.): SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt. Gedenkstättenseminar 28./29.11.1996 in Berlin, Berlin 1997

Meinel, Reinhard/Thomas Wernike: Mit tschekistischem Gruß. Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam 1989, Potsdam 1990

Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel, Hildesheim u. a. 1997

Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hrsg.): „Ich liebe Euch doch alle...“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990

Neues Forum Leipzig (Hrsg.): Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst 1989; Leipzig 1989

Niemann, Andreas/Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden.“ MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989, BStU, Berlin 1996

Pechmann, Roland/Jürgen Vogel: Abgesang der Stasí. Das Jahr 1989 in Presseartikeln und Stasi-Dokumenten, Braunschweig 1991

Petzold, Frank: Betrachtungen zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit unter der Regierung Modrow, Teil I bis III, in: Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 9, S. 3-16, Heft 10, S. 15-24, Heft 11, S. 28-34

Reich, Jens: Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas, in: Siegfried Sukkut/Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 25-38

Reichert, Steffen: Die Umwandlung der Leipziger Volkszeitung von einer Parteizeitung in eine unabhängig-überparteiliche Zeitung, Diplomarbeit, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig 1996, unveröffentlicht

„Revolution?“ Themenheft, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Heft 4, Berlin 1997

Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar u. a. 1996

ders.: Räte, 'Volksvertretungen', Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990, in: Alexander Fischer/Günter Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Weimar u. a. 1995, S. 157-188

Saß, Ulrich von/Harriet von Suchodoletz: feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale, Berlin 1990

Schlademann, Ulrich/Wieland Berg/Daniel Cyrankas (Hrsg.): Keine Überraschungen zulassen! Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, 2. Aufl., Halle 1991

Schnauze! Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober Berlin, Leipzig, Dresden, Berlin 1990

Schneider, Gerhard: Bemerkungen zum Thema Geschichte im Museum, in: Geschichte, Erziehung, Politik, Nr. 05/1994, S. 402-412

Schneider, Wolfgang (Hrsg.): Leipziger Demontagebuch, Leipzig, Weimar 1990

Schult, Reinhard: Der „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale, in: Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. (Hrsg.): Horch und Guck, Heft 14, S. 51-55

Schumann, Silke: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91, BStU, Berlin 1995

Scholz, Carola/Werner Heinz: Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern: Der Sonderfall Leipzig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12 vom 17.03.1995, S. 16-26

Spektakel im Scheinwerferlicht, in: Autorenkollektiv (Ltg. Jens Firsching): Ereignisse, die Deutschland veränderten, Stuttgart 1995

Spiegel-TV: Die Stasi-Rolle, Geschichten aus dem MfS, Videofilm, Hamburg 1993, Hartwig Bögeholz: Die Deutschen nach dem Kriege – Eine Chronik, Hamburg 1995

Spittmann, Ilse/Gisela Helwig: Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1990

Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1988, Berlin 1989

Stoltenberg, Klaus: Stasi-Unterlagen-Gesetz. Kommentar, Baden-Baden 1992

Strotmann, Michael: Die Last der Vergangenheit. Zum Umgang mit den Stasi-Akten, in: Deutschlandarchiv 26 (1993), Nr. 12, S. 1372-1438

ders.: Zur politischen Diskussion über den Umgang mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit in der ehemaligen DDR seit Oktober 1989, Magisterarbeit, Philosophische Fakultät, Universität Passau 1992, unveröffentlicht

Süß, Walter: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU, Berlin 1994

Tetzner, Reiner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990

Thaysen, Uwe/Hans Michael Kloth: Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl, Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII/2: Widerstand, Opposition, Revolution, Baden-Baden, Frankfurt a.M. 1995, S. 1706-1852

Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990

Topfstedt, Thomas: Denkmale der Architektur und des Städtebaus der DDR, in: ebenda, S. 14-18

Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990

Unterberg, Peter: „Wir sind erwachsen Vater Staat!“ Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig, Diplomarbeit, Ruhr-Universität Bochum 1991, unveröffentlicht

Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt? Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung, Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 51, Bonn 1995

Vogel, Jürgen: Magdeburg Kroatenweg. Chronik des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi, Braunschweig, Magdeburg 1991

Von Leipzig nach Deutschland, Leipzig 1991

Weber, Hermann: DDR Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991

ders.: Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte, in: Deutschlandarchiv, 27 (1994) Nr. 7, S. 690-699

Weidenfeld, Werner/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt/Main 1996

Werdin, Justus (Hrsg.): Unter uns: Die STASI. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder), Berlin 1990

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1, Berlin 1995

Winkelmann, Bernd/Brigitta Wurschi (Hrsg.): Aufbruch '89. Kleine Chronik der Herbstereignisse 1989 in der Bezirksstadt Suhl, Suhl 1990

Wolle, Stefan: Im Kleinhirn der Krake. Der Beginn der Stasi-Auflösung in Berlin im Januar 1990, in: Gisela Helwig (Hrsg.): Rückblick auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle; Köln 1995, S. 61-66

ders.: Die heile Welt der Diktatur, Bonn 1998

Wörterbuch der Deutschen Gegenwartssprache, Bd. 5, Berlin (Ost) 1976

Zimmerling, Zeno/Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, Berlin 1990

Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände – Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste Berlin, Berlin 1988

Zusammen-rottung, in: Hans-Jürgen Sievers: Stundenbuch einer deutschen Revolution, Zolikon, Göttingen 1990

Allgemeine Abkürzungen

AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
ABI	Arbeiter- und Bauerninspektion
Abt.	Abteilung

ABV	Abschnittsbevollmächtigter
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfNS bzw. ANS	Amt für Nationale Sicherheit
AFüST	Ausweichführungsstelle
AG	Arbeitsgruppe oder Arbeitsgebiet
AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR
AK	Aktuelle Kamera (Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens)
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKW	christlicher Arbeitskreis Weltumwelttag
Ast. Lpz.	Außenstelle Leipzig des BStU
Az.	Aktenzeichen
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit
BÄfNS	Bezirksämter für Nationale Sicherheit
BdL	Büro der Leitung des MfS
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BEL	Bezirkseinsatzleitung
BK	Bürgerkomitee
BKL	Bürgerkomitee Leipzig e.V.
BL	Bezirksleitung
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BND	Bundesnachrichtendienst
BStA	Bezirksstaatsanwalt
BStU	Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen
BT	Bezirkstag
BV	Bezirksverwaltung bzw. Bezirksvorstand
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich-Demokratische Union
CFS	Chiffriertes Fernschreiben

CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
DEKT	Deutscher Evangelischer Kirchentag
DEWAG	Deutsche Werbe AG (Werbefirma der SED)
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFP	Deutsche Forum Partei
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DPA	Deutsche Presseagentur
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
Dst.	Dokumentenstelle des MfS
DSU	Deutsche Soziale Union
DVP	Deutsche Volkspolizei
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EV	Ermittlungsverfahren
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FS	Fernschreiben
GAP	Generalaktenplan
GBI	Gesetzblatt
GKdos	Geheime Kommandosache
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit des MfS
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GVS	Geheime Verschlußsache
HA	Hauptabteilung
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS

IDZ	Informations- und Dokumentationszentrum des BStU
IFM	Initiative für Frieden und Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
IMES GmbH	Firma von Schalck-Golodkowski (Waffenhandel)
KAfNS	Kreisamt für Nationale Sicherheit
KÄfNS	Kreisämter für Nationale Sicherheit
KD	Kreisdienststelle
KDfS	Kreisdienststelle für Staatssicherheit
KEL	Kreiseinsatzleitung
KG	Kampfgruppe(n)
K I	Dezernat, Kommissariat oder Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei
KL	Kreisleitung
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
lfm.	laufende Meter
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MAB	VEB Maschinen- und Anlagenbau Schkeuditz
MdB	Mitglied des Bundestages
MdI	Ministerium des Innern
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfIA	Ministerium für Innere Angelegenheiten
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MNN	Mitteldeutsche Neueste Nachrichten
MTL	Muldentalkreis
MR	Ministerrat

Nasi	Amt für Nationale Sicherheit (Spitzname in Anlehnung an Stasi)
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee
NVR	Nationaler Verteidigungsrat
OBM	Oberbürgermeister
ODH	Operativer Diensthabender bzw. Offizier des Hauses
OG	Operationsgebiet (Bezeichnung des MfS für die Bundesrepublik und das Westliche Ausland) bzw. Operativgruppe
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle des MfS
ORB	Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang des MfS
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PKE	Paßkontrolleinheiten des MfS
PS	Parteisekretär
RdB	Rat des Bezirkes
RdK	Rat des Kreises
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RTL	Runder Tisch des Bezirkes Leipzig
RTSL	Runder Tisch der Stadt Leipzig
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers (für Staatssicherheit)
SDP	Sozialdemokratische Partei der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SED-BL	SED-Bezirksleitung

Sig.	Signatur
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSD	Staatssicherheitsdienst
ST	Sächsisches Tageblatt
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
SVK	Sozialversicherungs-Kasse
SVV	Stadtverordnetenversammlung
UHA	Untersuchungshaftanstalt
unp.	unpaginiert
VBE	Vollbeschäftigteneinheit
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VHS	Volkshochschule
VL	Vereinigte Linke
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VPKÄ	Volkpolizeikreisämter
VMR	Vorsitzender des Ministerrates
VS	Verschlußsache
VSH-Kartei	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei des MfS
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
WSE	Wach- und Sicherungseinheit des MfS
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS
ZK	Zentralkomitee der SED
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe des MfS
ZMA	Zentrale Materialablage
ZPDB	Zentrale Personendatenbank des MfS
ZRT	Zentraler Runder Tisch

Abkürzungen der Archive

ABL	Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.
BArch	Bundesarchiv
BKL	Bürgerkomitee Leipzig
BStAL	Bezirksstaatsanwaltschaft Leipzig – Bestand GAP (Generalaktenplan) im Verwaltungsarchiv der Staatsanwaltschaft Leipzig
BStU	Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen
LPA PDS SN	Landesparteiarchiv der PDS Sachsen – Bestand SED-PDS Bezirksleitung bzw. Bezirksvorstand bis Mitte 1990
MDAB	Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
PPLA	Polizeipräsidium Leipzig Archiv – Bestand BDVP (Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig)
SStAL	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig – Bestand SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland – Bezirksleitung Leipzig), BT u RdB (Bezirkstag und Rat des Bezirkes Leipzig), VA (Verwaltungsarchiv des Staatsarchives)
StAL	Stadtarchiv Leipzig – Bestand RT (Runder Tisch der Stadt Leipzig), StVuR (Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Leipzig)

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1 Auflistung aller Sitzungen am Runden Tisch des Bezirkes Leipzig (RTL)

Tab. 2 Auflistung aller Sitzungen am Runden Tisch der Stadt Leipzig (RTSL)

Tab. 3 Auflistung der Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig

Tab. 4 Auflistung aller Ausstellungsorte der Wanderausstellung des Bürgerkomitees Leipzig

Tab. 5 Anzahl der Führungen im Museum in der „Runden Ecke“ aufgegliedert nach Zielgruppen

Tab. 6 Besucherzahlen im Museum in der „Runden Ecke“ und im Bunker Machern sowie der Wanderausstellungen (ohne Veranstaltungen außerhalb des Museums)

Tab. 1 Auflistung aller Sitzungen am Runden Tisch des Bezirkes Leipzig (RTL)

Tag	Datum	Beratung
Fr	01.12.1989	Vorbereitungsgespräch zu einem Runden Tisch – Bezirk Leipzig in der KMU-Leipzig (vermutlich auf Einladung der SED-Bezirksleitung)
Di	12.12.1989	Beratung auf Einladung des Rates des Bezirkes mit den neuen Gruppierungen und Parteien zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens
Di	19.12.1989	Vorbereitungsversammlung zum Runden Tisch des Bezirkes Leipzig
Di	02.01.1990	1. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	18.01.1990	2. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Mi	24.01.1990	Sonderberatung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig zum Stand der Auflösung der Staatssicherheit in der „Runden Ecke“
Do	01.02.1990	3. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	15.02.1990	4. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Di	27.02.1990	Sonderberatung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig zu Justizfragen im Bezirksgericht
Do	01.03.1990	5. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	15.03.1990	6. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	29.03.1990	7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	19.04.1990	8. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Do	03.05.1990	9. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig
Di	22.05.1990	10. und letzte Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig

Tab. 2 Auflistung aller Sitzungen am Runden Tisch der Stadt Leipzig (RTSL)

Tag	Datum	Beratung
Mi	29.11.1989	1. Vorgespräch der demokratischen Gruppen und Parteien beim amt. OBM
Fr.	01.12.1989	2. Vorgespräch der demokratischen Gruppen und Parteien beim amt. OBM
Mi	03.01.1990	1. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	17.01.1990	2. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Di	23.01.1990	Außerordentliche Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig anläßlich der bekanntgewordenen Wahlfälschung
Mi	31.01.1990	3. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	07.02.1990	4. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	14.02.1990	5. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	21.02.1990	6. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	28.02.1990	7. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	07.03.1990	8. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	21.03.1990	9. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	28.03.1990	10. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	04.04.1990	11. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig

Tag	Datum	Beratung
Mi	11.04.1990	12. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	18.04.1990	13. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	25.04.1990	14. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	02.05.1990	15. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	16.05.1990	16. Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig
Mi	23.05.1990	17. und letzte Beratung des Runden Tisches der Stadt Leipzig

Tab. 3 Auflistung der Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig

Datum	Autor	Titel	Art der Veranstaltung
22.08.1991		„'Wir über uns' – Selbstdarstellung des MfS“	Eröffnung der Sonderausstellung im Museum in der „Runden Ecke“
09.11.1991	NDR/SFB	„Ein Volk sprengt seine Ketten“	Filmvorführung
14.10.1992	Ekkehard Kuhn	„Der Tag der Entscheidung – Leipzig, 9. Oktober 1989“	Filmvorführung
12.11.1992	Dieter Mucke	„Akteneinsicht“	Lesung aus der eigenen Stasi-Akte und Gespräch
18.11.1992	Christian Hönemann	„Krieg in Europa – Ein Hilfstransport“	Eröffnung der Sonderausstellung im Museum in der „Runden Ecke“
25.11.1992	Christian Hönemann	Fotoausstellung über den Krieg in Kroatien	Gespräch mit dem Fotografen
26.11.1992	Bernd Lindner Ralf Grüneberger	„DEMONTEURE“	Buchvorstellung mit Diskussion
04.12.1992	Matthias Klemm	„Erfaßt – geschunden – und doch lebendig“	
07.02.1993	Sieghard Pohl	„extra muros“	Buchlesung
03.06.1993	Irena Kukutz	„Hoffnung auf Wahrheit“	Buchlesung aus „Geschützte Quelle“ mit Diskussion
04.06.1993	Michael Beleites	„Wismut – Stalins Atomstaat in der Deutschland“	Buchlesung aus „Untergrund“ und „Altlast Wismut“ sowie Vortrag (Dias) mit Diskussion
05.06.1993	Erich Loest	„Der Abend der Stellvertreter“	Lesung aus dem unveröffentlichten Roman „Nikolaikirche“
06.06.1993	Matthias Klemm	„Erfaßt – geschunden – und doch lebendig“	Ausstellungsgespräch
16.07.1993	Xing-Hu-Kuo	„Wodka in Sektgläsern“	Buchlesung mit Diskussion
04.08.1993	Gert Weber	„Malen gegen die Ohnmacht“	Eröffnung der Sonderausstellung im Museum in der „Runden Ecke“
09.10.1993	Ekkehard Kuhn	„Der Tag der Entscheidung – Leipzig, 9. Oktober 1989“	Filmvorführung
04.12.1993	Sieghard Pohl	„Sieghard Pohl – der ungehorsame und ungekrümmte DDR-Maler“	Eröffnung der Sonderausstellung im Museum in der „Runden Ecke“

Datum	Autor	Titel	Art der Veranstaltung
04.12.1993	Vera Wollenberger	„Virus der Heuchler“	Buchlesung mit Diskussion
04.12.1993	Sieghard Pohl	Ausstellung „extra muros“	Ausstellungseröffnung und Buchlesung
17.03.1994	Hartmut Zwahr	„Ende einer Selbstzerstörung“	Buchlesung mit Diskussion
18.03.1994	Falco Werkentin	„Das Torgau – Tabu“	Buchvorstellung und Vortrag
19.03.1994	Henryk M. Broder	„Erbarmen mit den Deutschen“	Buchlesung
20.03.1994	Peter Loose	„Zwei Briefe“	Buchlesung mit Diskussion
21.04.1994	Fritz Ahrendt	„Der Nachlaß einer 40jährigen Diktatur“	Vortrag und Diskussion
28.05.1994	Ingrid Köppe	„Stasi-Akten als moralische Herausforderung für Täter, Opfer und Politiker“	Vortrag mit Diskussion
04.06.1994	Matthias Klemm	„Erfaßt – geschunden – und doch lebendig“	Ausstellungsgespräch
02.12.1994	Henryk M. Broder	„Schöne Bescherung. Unterwegs im Neuen Deutschland“	Buchlesung
03.12.1994	Erich Loest	„Nikolaikirche“	Buchlesung mit Diskussion
04.12.1994	Sibylle Schönemann	„Die verriegelte Zeit“	Filmvorführung
04.12.1994		„Augenblicke – Einblicke. Ansichten – Einsichten“	Fotoausstellung
23.03.1995	Rüdiger Wenske	„Die NVA und der Prager Frühling“	Buchvorstellung mit Diskussion
24.03.1995	Falco Werkentin	„Politische Strafjustiz in der DDR“	Buchvorstellung mit Diskussion
25.03.1995	Henryk M. Broder	„Deutschland im Jahre 5“	Buchlesung
17.06.1995	Haus der Geschichte/ Projektgruppe Leipzig	„Sprengung der Leipziger Universitätskirche: ein politischer Willkürakt“	Eröffnung der Sonderausstellung im Museum in der „Runden Ecke“
20.06.1995	Günter Fritzsch Steffen Heitmann	„MfS-Untersuchungshaft“	Eröffnung der Ausstellungserweiterung Zelle
20.06.1995	Günter Fritzsch	„Gesicht zur Wand“	Buchlesung mit Diskussion
04.12.1995	Torsten Schulz Volker Neumann Robin Lautenbach	„Schalck und Strauß – 'Dicke Freunde'“	Buchlesung mit Podiumsdiskussion
28.03.1996	Otto Wenzel	„Kriegsbereit“	Buchvorstellung mit Diskussion
29.03.1996	Ulla Fix (Autorin) Friedemann Stengel (Autor) Tobias Hollitzer (Herausgeber) Robin Lautenbach (Moderator)	„Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur“	Buchvorstellung mit Podiumsdiskussion

Datum	Autor	Titel	Art der Veranstaltung
29.03.1996	Ulrike Poppe Sascha Kowalczuk	„Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung“	Buchvorstellung mit Diskussion
30.03.1996	Peter Huber Manfred Kittlaus Konrad Weiß Robin Lautenbach (Moderator)	„Ende der Illusionen – Kehren die alten Kader zurück?“	Vorträge und Podiumsdiskussion
31.03.1996	Wolfgang Hilbig	„Ich“	Buchlesung mit Diskussion
08.09.1996		Tag des Offenen Denkmals	Führungen und Ausstellungen im Bunker Machern
04.12.1996	Gundula Fienbork Jörn Mothes Rudi-Karl Pahnke	„Beschädigte Seelen – DDR-Jugend und Staatssicherheit“	Buchvorstellung mit Diskussion
20.03.1997	Angela Kowalczyk	„Punk in Pankow“	Buchlesung mit Diskussion
20.03.1997	Siegfried Reiprich	„Der verhinderte Dialog“	Buchlesung mit Diskussion
21.03.1997	Ivan Strpka	„Puppen, um einen Kopf kürzer“	Buchvorstellung mit Diskussion
21.03.1997	Freya Klier	„Verschleppt bis ans Ende der Welt“	Buchlesung mit Diskussion
22.03.1997	Carl Corino	„Die Akte Kant“	Buchvorstellung mit Diskussion
22.03.1997	Ehrhart Neubert	„'Am Anfang war die Tat' – Die deutsche Tätergesellschaft und ihre Opfer“	Vortrag mit Diskussion
23.03.1997	Siegfried Schmutzler	„Gegen den Strom“	Buchlesung mit Diskussion
25.04.1997 bis 27.04.1997		„Zwischen Hoffnung und Resignation“ bundesweites Treffen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen in Berlin	Informationsstand und kleine Ausstellung über die Arbeit sowie das Museum in der „Runden Ecke“
17.06.1997	Christian Dietrich Tobias Hollitzer Rudolf v. Thadden	„Kirchentage in Leipzig 1954, 1978 und 1989“	Eröffnung der Sonderausstellung
18.06.1997 bis 22.06.1997		Kirchentag in Leipzig (27. DEKT)	Führungen und Ausstellung im Bunker Machern
19.06.1997 bis 21.06.1997	Bürgerkomitee Leipzig e.V.	„Was wahrhaftig ist, was ehrbar, was gerecht ..., dem denket nach!“ Phil. 4,8 – Vom Umgang mit dem Stasi-Erbe	Stand auf dem Markt der Möglichkeiten
19.06.1997	Bettina Röder Stefan Berg	„Die ev. Wochenzeitung 'Die Kirche' zwischen akzeptierter Zensur und erstrittener Freiheit“	Vortrag mit Diskussion

Datum	Autor	Titel	Art der Veranstaltung
20.06.1997	Ehrhart Neubert Manfred Kittlaus	„Gründlich ausgetrieben – Der Kampf der SED gegen die Kirche und die Auswirkungen bis heute“ „Fortwirkende Strukturen des SED-Staates und die davon ausgehende Gefährdung unserer demokratischen Gesellschaft“	Vorträge mit Diskussion
20.06.1997	Siegfried Schmutzler Stephan Bickhart	„Bildung des Geistes zu Freiheit und Demokratie – Möglichkeiten und Grenzen in der SED-Diktatur und in der Gegenwart“	Podiumsgespräch
20.06.1997	Sonja Süß Werner Rösler Ulrike Poppe Petra Streit Jörn Mothes Joachim Gauck	„Mit der Geschichte leben – aus der Geschichte lernen“	Podiumsgespräch (Initiierung und Mitwirkung des Bürgerkomitees an der Vorbereitung)
14.09.1997		Tag des offenen Denkmals	Führungen durch den Bunker Machern
04.12.1997	Ehrhart Neubert Stephan Bickhart (Moderation)	„Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989“	Buchvorstellung mit Diskussion

Tab. 4 Auflistung aller Ausstellungsorte der Wanderausstellung des Bürgerkomitees Leipzig

Zeitraum	Ausstellungsort
20.11.1990 – 28.11.1990	Hannover (Pavillon, Lister Meile 4)
01.02.1991 – 24.02.1991	Münster (Bürgerhalle des Rathauses)
06.03.1991 – 27.-03.1991	Köln (Pazifistische Aktionsgruppen, Zentralbibliothek)
20.03.1991 – April 1991	Landratsamt Markkleeberg
14.03.1991 – 21.03.1991	Freiburg/Br. (Bornaer Ausstellung)
03.04.1991 – 27.04.1991	Frankfurt a.M. (Kulturamt, Paulskirche)
22.03.1991 – 11.04.1991	Ravensburg (Bornaer Ausstellung)
19.04.1991 – 21.04.1991	Erfurt (Ökumenische Versammlung)
30.04.1991 – Mai 1991	Bonn-Königswinter (Bornaer Ausstellung)
05.06.1991 – 09.06.1991	Bochum (Kirchentag)
17.06.1991 – 12.07.1991	Gerlingen (Landeszentrale pol.Bil., Rathaus)
19.06.1991 – 23.06.1991	Bunker Machern (975 -Jahrfeier der Gemeinde Machern, Wurzner Ausstellung)
22.07.1991 – 31.08.1991	Hamburg (Kulturbehörde u. Bezirksversammlung, Rathaus Altona)
September 1991	Oschatz
20.09.1991 – 29.09.1991	Kiel (Pumpe e.V.)
29.11.1991 – 31.05.1992	Berlin (Dokumentationszentrum e.V.)

Zeitraum	Ausstellungsort
10.01.1992 – 03.02.1992	Coesfeld (Städt. Gymnasium Nepomucenum)
17.09.1992 – 16.10.1992	Schloß Eichholz bei Bonn (Korad-Adenauer-Stiftung)
02.11.1992 – 25.11.1992	Münster (Höhere Landespolizeischule)
15.01.1993 – 29.01.1993	Eupen (Arbeitskreis Deutsche Einheit e.V., Medienzentrum)
16.02.1993 – 05.03.1993	Gronau (Stadt Gronau, VHS)
26.02.1993 – 15.04.1993	München (VHS)
22.04.1993 – 21.05.1993	Mannheim (Stadtbücherei)
27.05.1993 – 07.06.1993	Aulendorf (Konrad-Adenauer-Stiftung, Kurhaus)
11.06.1993 – 24.06.1993	Mettmann (Arbeitskreis Deutsche Einheit e.V.)
06.09.1993 – 30.09.1993	Köln (Kulturtage, VHS)
02.11.1993 – 24.11.1993	Schermbeck (Pfarramt, Volksbank)
06.06.1994 – 01.07.1994	Nagold (Konrad-Adenauer-Stiftung, VHS)
09.07.1994 – 24.07.1994	Schongau (Stadtmuseum)
09.01.1995 – 31.01.1995	Düsseldorf (Arbeitskreis Deutsche Einheit e.V.)
März/April 1995	Schwerin (LStU)
02.11.1995 – 22.11.1995	Rostock (Konrad-Adenauer-Stiftung)
24.11.1995 – 15.12.1995	Neubrandenburg (Fokus e.V.)
02.02.1996 – 04.02.1996	Berlin (Seminar „Verstörte Gewissen – beschädigte Seelen“; Teilausstellung)
19.02.1996 – 01.03.1996	Leipzig (Leibnizgymnasium; Teilausstellung)
23.03.1996 – 24.03.1996	Schwerin (Seminar „Verstörte Gewissen – beschädigte Seelen“; Teilausstellung)
21.04.1996 – 10.05.1996	Westerstede (Bahnhofsverein Westerstede e.V., Kunst & Kultur im Güterschuppen)
08.09.1996	Tag des offenen Denkmals im Bunker Machern (Wurzner Ausstellung)
30.09.1996 – 11.10.1996	Solingen (Verlag des Solinger Tageblatts, Sparkasse)
18.11.1996 – 20.12.1996	Kiel (Hermann-Ehlers-Akademie Kiel)
22.11.1996 – 23.11.1996	Magdeburg (Seminar „Mit gestutzten Flügeln – Schule in der DDR“, Teilausstellung)
27.01.1997 – 14.02.1997	Drakenburg/Nienburg (Wirtschaftsschule Dr. P. Rahn)
17.02.1997 – 07.03.1997	Hilden (Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU)
21.04.1997 – 20.08.1997	Verden (Domgymnasium Verden)
18.06.1997 – 22.06.1997	Bunker Machern (Kirchentag, Wurzener Ausstellung)
01.09.1997 – 12.09.1997	Vlotho (Konrad-Adenauer-Stiftung)
29.09.1997 – 17.10.1997	Pfullendorf (Literaturtage)
09.12.1997 – 21.12.1997	Meßkirch (Sparkasse Meßkirch u. a.)

Tab. 5 Anzahl der Führungen im Museum in der „Runden Ecke“ aufgegliedert nach Zielgruppen

	1991		1992		1993		1994		1995		1996		1997		Gesamt	
	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.	Anz.	Pers.
Schulen – Neue Bundesländer	2	30	8	185	9	218	21	491	27	590	36	776	51	1.174	154	3.464
Schulen – Alte Bundesländer	0	0	3	139	5	126	9	165	8	164	6	203	18	371	49	1.168
Ausländische Schulen	0	0	1	20	1	70	3	50	4	63	1	12	4	101	14	316
Berufsschulen	0	0	9	210	9	147	1	17	2	24	1	15	12	270	34	683
Universitäten	2	80	7	82	5	79	5	109	4	76	14	245	14	245	51	916
Bundeswehr	3	80	2	44	5	57	2	30	3	54	22	545	30	754	67	1.564
Polizei	0	0	1	30	1	1	0	0	2	24	1	12	5	54	10	121
Tagungen/Kongresse	0	0	3	55	1	12	2	60	8	89	5	117	11	390	30	723
Seminare von Stiftungen	0	0	1	20	0	0	0	0	6	145	10	249	13	353	30	767
politische Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik	2	80	11	248	21	493	12	245	13	323	17	309	25	607	101	2.305
Journalisten	0	0	1	30			2	32	1	3	7	43	6	32	17	140
Reisegruppen	0	0	3	62	4	100	6	185	6	141	7	128	13	382	39	998
Sonstige	2	40	12	236	12	249	16	297	26	334	24	427	34	307	126	2.068
bekannte Politiker	0	0	0	0	2	4	3	7	3	270	2	6	1	18	11	305
Summen	11	310	62	1.361	75	1.556	82	1.688	113	2.300	153	3.087	237	5.158	733	15.538

Tab. 6 Besucherzahlen im Museum in der „Runden Ecke“ und im Bunker Machern sowie der Wanderausstellungen (ohne Veranstaltungen außerhalb des Museums)

Jahr	Museum in der „Runden Ecke			Wanderausstellung	Bunker Machern		Gesamt
	Einzelbesucher	Führungen	Veranstaltungen	Einzelbesucher			
	Personen	Personen	Personen	Personen	Tage	Personen	Personen
1991	12.015	310	nicht erhoben	7.700	6	20.000	40.025
1992	17.305	1.361	236	1.550	0	0	20.452
1993	14.496	1.556	479	4.600	0	0	21.331
1994	14.105	1.688	1.229	1.200	0	0	18.222
1995	12.759	2.300	410	7.000	0	0	22.469

Jahr	Museum in der „Runden Ecke			Wanderausstellung	Bunker Machern		Gesamt
	Einzelbesucher	Führungen	Veranstaltungen	Einzelbesucher			
	Personen	Personen	Personen	Personen	Tage	Personen	Personen
1996	14.908	3.087	660	4.800	4	3.957	27.412
1997	19.254	5.158	945	9.140	20	7.354	41.851
Summe	104.842	15.460	3.959	35.990	30	31.311	191.562

Editorische Vorbemerkung

Die vorliegende Expertise basiert überwiegend auf Dokumenten, die nicht öffentlich zugänglich oder aber weit verstreut in den verschiedensten Archiven und Beständen überliefert sind. Diese Schriftstücke dokumentieren in einmaliger Art und Weise die Umstände der friedlichen Revolution. Oft erschließen sie sich erst über das, was zwischen den Zeilen steht. Aus diesem Grund, und da diese Dokumente auch für andere Fragestellungen der Enquete-Kommission von Interesse sind, werden im folgenden diese Zeugnisse des Kampfes um die Aufarbeitung der DDR-Diktatur und der Entwicklung des Bürgerkomitees Leipzig beigefügt.

Offensichtliche Rechtschreib- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend berichtigt; Unzulänglichkeiten in Ausdruck und Grammatik, insbesondere bei der Wiedergabe wörtlicher Rede wurden als Zeitdokument aber beibehalten. Eindeutig fehlende Wörter oder Silben wurden in eckigen Klammern ergänzt, Abkürzungen in eckigen Klammern aufgelöst, wo es zum besseren Verständnis sinnvoll erschien. Die Wiedergabe der Dokumente erfolgt ungekürzt einer dem Original nachempfundenen Typographie. Hervorhebungen im Original wurden übernommen. Die Dokumente sind chronologisch geordnet.

In Anmerkungen wurden lediglich die für das Textverständnis wichtigsten zusätzlichen Informationen bzw. Querverweise aufgenommen.

Verzeichnis der Dokumente

Dokument 1
Information über Reaktionen auf Kampfgruppenübung von der Abteilung XV an die AKG der BVfS, Leipzig 07.04.1989

Dokument 2
Brief der Sprecher des Neuen Forums Leipzig, Edgar Dusdal und Michael Arnold, an den 1. Sekretär der SED-BL Roland Wötzel, Leipzig 10.10.1989

Dokument 3
Artikel „OBM und Ratsmitglieder suchen das Gespräch“, Leipzig 13.10.1989

Dokument 4
Artikel „Gespräch mit kirchlichen Basisgruppen Leipzigs. Ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit“, Leipzig 14.10.1989

Dokument 5
Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig, Leipzig 14.10.1989

Dokument 6
Artikel „Über die vielen Fragen weiteren Dialog führen“, Leipzig 18.10.1989

Dokument 7
Aufruf zum Volksbegehren „Wir fordern: Auflösung des Staatssicherheitsdienstes auf allen Ebenen“, Leipzig 25.10.1989

Dokument 8
Vom Umgang mit dem Neuen Forum – Ein Strategiepapier des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, Leipzig 30.10.1989

Dokument 9
Schreiben des Leiters der BVfS an die Leiter der DE „Gewährleistung der Federführung der politisch-operativen Arbeit zum Neuen Forum u. a. oppositionellen Gruppen sowie des Überblicks und der dazu erforderlichen Übersichten“, Leipzig 03.11.1989

Dokument 10
Artikel in der Leipziger Volkszeitung „Gemeinsamer Standpunkt: Gewaltlosigkeit“, Leipzig 15.11.1989

Dokument 11
Reden zur 1. Kundgebung des Neuen Forum [Auszüge], Leipzig 18.11.1989

Dokument 12
Kommentar im Sächsischen Tageblatt: „Betrachtet: Stark angeschlagen“, Leipzig 20.11.1989

Dokument 13
Beschluß 483/89 des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Leipzig zur Vorbereitung des Runden Tisches, Leipzig 29.11.1989

Dokument 14
Pressemitteilung der SED-Bezirksleitung Leipzig zum 1. Runden Tisch, Leipzig [30.11.1989]

Dokument 15
Artikel „Erstmals 'Runder Tisch' – Fortsetzung folgt“, Leipzig 02.12.1989

Dokument 16
ADN-Meldung über den Aufruf des Landessprecherrates, Leipzig 04.12.1989

Dokument 17
Ansprache von Jürgen Tallig (Neues Forum) zur Kundgebung vor der Montagsdemonstration am 4. Dezember, Leipzig 04.12.1989

Dokument 18
Aufruf der neuen demokratischen Gruppen und Parteien, Berlin [04].12.1989

Dokument 19
Fernschreiben von Schwanitz an alle BÄfNS und KÄfNS, die Aktenvernichtung sofort zu stoppen, Berlin 04.12.1989

Dokument 20
Information der SED-BL an das ZK der SED über die Montagsdemonstration am 04.12.1989, Leipzig 04.12.1989

Dokument 21
Protokoll der Begehung und Versiegelung der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt, Leipzig 04.12.1989

Dokument 22
Aufruf des Neuen Forum „Innere Abrüstung jetzt“, Berlin 05.12.1989

Dokument 23
Fernschreiben des Leiters des AfNS an alle Leiter der BÄfNS und KÄfNS, Berlin 05.12.19897

Dokument 24
Sofortforderungen des Volkskontrollkomitees vom 05.12.1989 18.00 Uhr, Leipzig 05.12.1989

Dokument 25
Artikel „Aufruf des Bürgerkomitees. Ziel: Sicherung von Stabilität und Rechtssicherheit“, Leipzig 06.12.1989

Dokument 26
Berechtigung des Leiters des BAfNS Leipzig zum Betreten von Objekten der Staatssicherheit, Leipzig 06.12.1989

Dokument 27
Fernschreiben des Leiters des AfNS Wolfgang Schwanitz an alle Leiter der BÄfNS, Berlin 06.12.1989

Dokument 28
Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit, Leipzig 06.12.1989

Dokument 29
Presseerklärung des Bürgerkomitees Leipzig und der Vertreter staatlicher Stellen, Leipzig 06.12.1989

Dokument 30
Runder Tisch – noch sehr eckig. Erklärung nach Vorbereitungsgespräch, Leipzig 06.12.1989

Dokument 31
Fernschreiben an die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates, Berlin 07.12.1989

Dokument 32
LVZ-Artikel „Ehemaliges MfS-Gebäude jetzt unter Kontrolle. Bürgerkomitee bleibt in der 'runden Ecke' am Drücker“, Leipzig 07.12.1989

Dokument 33
Artikel „Situation in der DDR hat sich weiter zugespitzt. Ausnahmezustand ist 'noch nicht im Gespräch'“, Leipzig 08.12.1989

Dokument 34
Präzisierung des Maßnahmeplanes des Bürgerkomitees Leipzig vom 06.12.1989, Punkt 7, Leipzig 08.12.1989

Dokument 35
Schreiben des Rates des Bezirkes an alle neuen basisdemokratischen Gruppen und Parteien, Leipzig 08.12.1989

Dokument 36
Vermerk über eine Information des Regierungsbeauftragten für Leipzig, Peter Rosentreter, vom 08.12.1989, Berlin 08.12.1989

Dokument 37
Appell der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an die Leipziger Bürger und Bürgerinnen, Leipzig 09.12.1989

Dokument 38
Beschluß des Koordinierungstreffens der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig, Leipzig 09.12.1989

Dokument 39
Pressemitteilung des Bürgerkomitees zur Bildung einer Aktensichtungskommission, Leipzig [10.12.1989]

Dokument 40
Brief der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Einrichtung eines Runden Tisches auf Bezirksebene, Leipzig 11.12.1989

Dokument 41
Information zur Besetzung der Staatssicherheit für das Friedensgebet am 11.12.1989, Leipzig 11.12.1989

Dokument 42
Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit im Bereich der nationalen Sicherheit, Leipzig 12.12.1989

Dokument 43
Erklärung von Mitgliedern des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 17.12.1989

Dokument 44
Text der Fürbitte zum Friedensgebet am 18.12.1989 [Auszug], Leipzig 18.12.1989

Dokument 45
Positionspapier zu den Bürgerkomitees der Abteilung Staat und Recht der SED-PDS-Bezirksleitung Leipzig, Leipzig 28.12.1989

Dokument 46
Vereinbarungsformular über Freistellung für Mitarbeit im Bürgerkomitee, Leipzig o.D. [Januar 1990]

Dokument 47
Artikel „Kein Zögern beim Kampf gegen Rechte. Ein Amt muß sofort her!“, Berlin 04.01.1990

Dokument 48
Beschluß des Ministerrates 8/14/90 zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR, Berlin 04.01.1990

Dokument 49
Beschluß des Präsidiums der Volkskammer der DDR zur Tätigkeit des bisherigen Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und seiner Organe, Berlin 04.01.1990

Dokument 50
Presseerklärung der Beauftragten der Bezirks-Bürgerkomitees, Leipzig 05.01.1990

Dokument 51
Protokoll des Bürgerkomitees über die Versiegelung von Panzerschränken bei der SED-Bezirksleitung Leipzig, Leipzig 05.01.1990

Dokument 52
Anmerkung der Redaktion der LVZ zur Presseerklärung der Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke, Leipzig 06.01.1990

Dokument 53
Artikel „'Bürgerkomitee'–Erklärung mit fragwürdigen Schlüssen“, Berlin 06.01.1990

Dokument 54
Artikel „Verfassungsfeind Nr. 1 – die Stasi. DDR–Bürgerkomitees trafen sich in Leipzig“, Leipzig 06.01.1990

Dokument 55
Bericht des Präsidiums des Bezirksvorstandes der SED-PDS über die Versiegelung von Panzerschränken durch das Bürgerkomitee, Leipzig 08.01.1990

Dokument 56
Argumentation des Direktors des Leipziger Staatsarchivs zur Weiterarbeit der Aktensichtungskommission, Leipzig 09.01.1990

Dokument 57
Beschluß des Bürgerkomitees Leipzig zur Aktensichtungskommission, Leipzig 09.01.1990

Dokument 58
Protokoll der 23. Sitzung der SED-PDS-Bezirksleitung (Vorstand) am 04.01.1990 [Auszüge, Redebeitrag des 1. Sekretärs Roland Wötzel], Leipzig 09.01.1990

Dokument 59
Stellungnahme der Bürgerkomitees der Bezirke vor dem ZRT, Berlin 14.01.1990

Dokument 60
Protokoll über die Stornierung der Vernichtung von SED-Schriftgut und Versiegelung des Papierkellers durch das Bürgerkomitee in Übereinstimmung mit dem Bezirksparteiarchiv, Leipzig 16.01.1990

Dokument 61
Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig, Leipzig 17.01.1990

Dokument 62
Schreiben des Ministers für Innere Angelegenheiten an die Chefs der BDVP, Berlin 18.01.1990

Dokument 63
Fernschreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig, Joachim Draber, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, zum Ministerratsbeschluß 8/14/90, Leipzig 19.01.1990

Dokument 64
Antrag an den RTL zur Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren, Leipzig 22.01.1990

Dokument 65
Gedanken zur Aufklärung vom ehemaligen Leiter der Spionageabteilung, Leipzig 22.01.1990

Dokument 66
Pressemitteilung „Protest des Bürgerkomitees Leipzig zum Etikettenschwindel der Nationalen Front“, Leipzig o.D. [23.01.1990]

Dokument 67
Wortprotokoll der Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig [Auszug], Leipzig 24.01.1990

Dokument 68
Pressemitteilung des Bürgerkomitees zur Bereitstellung von Gerichtsakten, Leipzig o.D. [Januar 1990]

Dokument 69
Brief des Bürgerkomitees über die Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren, Leipzig [Januar 1990]

Dokument 70
Artikel „Bürgerbewegung weist Protest zurück. Versuch der Ausgrenzung aus dem Erneuerungsprozeß“, Berlin 25.01.1990

Dokument 71
Auftrag zur Sicherung der Akten der BEL und KEL, Leipzig 25.01.1990

Dokument 72
Offener Brief der Richter des Bezirkes Leipzig an die Regierung und den Runden Tisch in Berlin, Fernschreiben des Bezirksgerichtes Leipzig Nr. 66 vom 25.01.1990, Leipzig 25.01.1990

Dokument 73
Rahmenbedingungen für eine Nachnutzung der ehemaligen MfS-Objekte, Vorlage für die Sitzung des RTSL am 31.01.1990, Leipzig 25.01.1990

Dokument 74
Presseerklärung des Bürgerkomitees Leipzig, an ADN und alle Leipziger Zeitungen gegangen, Leipzig 30.01.1990

Dokument 75
Vorschlag des Bürgerkomitees und von Vertretern der neuen demokratischen Kräfte am Runden Tisch der Stadt Leipzig zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, Leipzig [30.01.1990]

Dokument 76

Antrag des Bürgerkomitees zur Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS, Leipzig 02.02.1990

Dokument 77

Beschluß der Bürgerkomitees zur Kontrolle der Abteilung Inneres und der Abteilung I, Leipzig 05.02.1990

Dokument 78

Fragenkatalog des Militärstaatsanwaltes für eine Erklärung der Leiter aller Diensteinheiten der BVfS Leipzig zu folgenden Sachfragen, [Leipzig 05.02.1990]

Dokument 79

Protokoll über die Sicherung von Akten und Unterlagen entsprechend der Vorgabe des Bürgerkomitees, Leipzig 06.02.1990

Dokument 80

Beschluß des Ministerrates 13/4/90 vom 08.02.1990 mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen des Bürgerkomitees Leipzig, Berlin 08.02.1990 bzw. Leipzig 08.03.1990

Dokument 81
Satzung und Geschäftsordnung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (RTSL), Leipzig [14.02.1990]

Dokument 82
Offener Brief des Bürgerkomitees an alle Betriebe und Institutionen bezüglich der Offenlegung von Inoffiziellen Mitarbeitern, Leipzig 20.02.1990

Dokument 83
Vereinbarung zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Bürgerkomitees, Leipzig 20. bzw. 23.02.1990

Dokument 84
Beschluß des Rates des Bezirkes 25/90 vom 22.02.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des AfNS, Leipzig 22.02.1990

Dokument 85
Beschluß des Bürgerkomitees zur Sichtung und Auswertung der Akten der Abteilung XX der BVfS Leipzig, Leipzig 26.02.1990

Dokument 86
Verordnung über die Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen, Berlin 01.03.1990

Dokument 87
Vereinbarung zwischen Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt und dem Beauftragten der Volkspolizei zur Auflösung des Amtes über die Weiterarbeit der Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees, Leipzig 02.03.1990

Dokument 88
Festlegungen zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 08.02.1990, Berlin [14.03.1990]

Dokument 89
Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 15.03.1990

Dokument 90
Aufruf des Bürgerkomitees zu einer Demonstration, Leipzig 26.03.1990

Dokument 91
Antrag des Bürgerkomitee Leipzig an die Runden Tische des Bezirkes und der Stadt Leipzig, ein Votum zur Überprüfung auf MfS-Mitarbeit an die Volkskammer zu richten, Leipzig 28. und 29.03.1990

Dokument 92
Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch das Bürgerkomitee, Berlin 29.03.1990

Dokument 93
Empfehlung der Untersuchungskommission an den Runden Tisch, Leipzig o.D. [April 1990]

Dokument 94
Dringlichkeitsantrag des Neuen Forum an den RTSL zur Überprüfung der Wahlkandidaten, Leipzig 04.04.1990

Dokument 95
Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Komitee und den Bürgerkomitees bei der weiteren Auflösung des ehemaligen AfNS, Berlin 04.04.1990

Dokument 96
Artikel „SOS vom Bürgerkomitee Leipzig: Was passiert mit Stasi – Akten?“, Leipzig 11.04.1990

Dokument 97
Schreiben des staatlichen Komitees bezüglich des Transportes des operativen Materials der Abteilung XV (Aufklärung) des BAfN Leipzig zur Vernichtung nach Berlin, Berlin 18.04.1990

Dokument 98
Erklärung der Kommission Gesundheits- und Sozialwesen des RTSL, Leipzig 25.04.1990

Dokument 99
Antrag auf Beschlußfassung der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 28.04.1990

Dokument 100
Antrag der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 29.04.1990

Dokument 101
Schreiben des RTSL an die Fraktionen der Volkskammer betreffs Überprüfung der gewählten Kommunalvertreter, Leipzig 02.05.1990

Dokument 102
Vorlage der Gruppe Demokratie Jetzt an den RTSL, Leipzig 02.05.1990

Dokument 103
Entwurf des Bürgerkomitees Leipzig für eine Beschlußvorlage der Volkskammer über den weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente sowie der Umgang mit ihnen, Leipzig [03.05.1990] bzw. Berlin 13.06.1990

Dokument 104
Erklärung der AG 23 (Untersuchungskommission) des Runden Tisches der Stadt Leipzig, Leipzig 03.05.1990

Dokument 105
Artikel „Vorsicht Falle! Stasi-Juristen suchen Unterschlupf", Leipzig 17.05.1990

Dokument 106
Offener Brief des Bürgerkomitees an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig, Leipzig 17.05.1990

Dokument 107
Antrag auf finanzielle Unterstützung an das staatliche Komitee für die Realisierung einer Ausstellung, Leipzig 18.05.1990

Dokument 108
Schreiben des Bürgerkomitees Leipzig zum Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990, Leipzig 22.05.1990

Dokument 109
Festlegung über Verfahrensweise zur Herauslösung der Offiziere des MfS im besonderen Einsatz (OibE), Leipzig 25.05.1990

Dokument 110
Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an Innenminister Peter-Michael Diestel zum verantwortungsvollen Umgang mit den Akten des MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle, Leipzig 02.06.1990

Dokument 111
Innenminister Dr. Diestel und Leipziger Bürgerkomitee am Pfingstsonntag im Gespräch, Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 03.06.1990

Dokument 112
Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an das Stadtparlament bezüglich seiner Weiterarbeit im Untersuchungsausschuß der SVV, Leipzig 05.06.1990

Dokument 113
Offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig und des Untersuchungsausschusses der SVV Leipzig an die Volkskammer der DDR, Leipzig 26.06.1990

Dokument 114
Schreiben des Bundesinnenministeriums zum Volkskammergesetzentwurf an das Ministerium des Innern der DDR, Bonn 21.08.1990

Dokument 115
Erklärung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS zum Verbleib der Stasi-Akten in den Bezirken nach der Vereinigung, Leipzig 09.09.1990

Dokument 116
Brief des Bürgerkomitees Leipzig an den Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker, Leipzig 04.12.1990

Dokument 117
Erklärung der sächsischen Staatsregierung zum Umgang mit den Stasi-Akten, vorgetragen von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf auf der Landespressekonferenz, Dresden 09.04.1991

Dokument 118
Erklärung zur Überprüfung der Vergangenheit von Juristen in zulassungspflichtigen Berufen in den neuen Bundesländern, Leipzig 03.03.1992

Dokument 119
Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig zur Aktenschließungskampagne, Leipzig 03.12.1993

Dokument 120
Presseerklärung zur Verantwortung des DDR-Innenministers Diestel für Vernichtungen von MfS-Akten, Leipzig 11.04.1994

Dokument 121
Dankbrief nach einer Führung einer 9. Klasse [Auszug], Pressing 08.07.1996

Dokument 122
Pressemitteilung zur geplanten Schließung der Außenstelle Leipzig des BStU, Leipzig 14.04.1997

Dokument 123
Presseerklärung des Bürgerkomitee Leipzig zum 27. DEKT in Leipzig, Leipzig 22.06.1997

Dokument 124
Presseerklärung zur Buchlesung mit Markus Wolf, Leipzig 12.07.1997

Dokument 1

Information über Reaktionen auf Kampfgruppenübung von der Abteilung XV an die AKG der BVfS, Leipzig 07.04.1989

Quelle: Kopie beim Bürgerkomitee Leipzig e.V.

BV für Staatssicherheit
Stellv. Aufklärung

Leipzig, 7. April 1989
be-col 89t /89

AKG

Information über Reaktionen auf Kampfgruppenübung

Eine zuverlässige Quelle aus dem Bereich der KG-Hundertschaft des Chemieanlagenbaus Leipzig-Grimma berichtete, daß es bei der am 1.4.1989 in Delitzsch stattgefundenen Tagesübung mehrerer Hundertschaften aus dem Bezirk zu teils erheblicher Verwunderung unter den Kämpfern gekommen ist.

Den Ausgangspunkt dafür bildete der verlesene Tagesbefehl zur angenommenen Lage, wonach „in der Stadt Delitzsch kirchliche Kreise die Bevölkerung aufwiegeln und es schon zu Zerstörungen gekommen sei. Die KG-Hundertschaften müssen vorbereitet sein zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit durch den Einsatz zum Räumen von Straßen und Plätzen."

Darüber hinaus berichteten Unterführer aus der tags zuvor erhaltenen Schulung, daß man jetzt tatsächlich zu derartigen Einsätzen herangezogen werden kann und dafür an zentraler Stelle bereits Schlagstöcke und Schutzschilde bereitliegen.

Folgende Reaktionen unter den Kämpfern wurden differenziert festgestellt:

1. Vor allem Genossen brachten ihr Unverständnis zum Ausdruck, daß als „Gegner" eindeutig „kirchliche Kreise" und nicht, wie erwartet „Übersiedlungsersuchende oder andere negativ-feindliche Kräfte" benannt worden sind. Das wurde als krasser politischer Fehler gewertet, der zu einem politischen Skandal führen kann, wenn die Kirche davon erfahren würde.

2. Junge Kämpfer äußerten sich verbreitet dahingehend, daß sie unter einer solchen Maßgabe nicht für die Mitarbeit in der KG geworben wurden. Als „Knüppelgarde" seien die Kampfgruppen nicht gegründet worden und sie möchten auch nicht „auf andere einschlagen".

3. Ältere Kämpfer befürchteten eine Austrittsbewegung, wenn die Umfunktionierung als „Ordnungsgruppe“ stimmen sollte.

4. Mit dem zusätzlichen Hinweis auf bisher bereits praktizierte artfremd erscheinende Einsätze in Zivil zu Streifengängen und zum Pressefest wurden vereinzelt Meinungen dahingehend geäußert, man sollte einmal in den Satzungen nachlesen, wozu die KG gegründet wurden und welche Aufgaben sie zu erfüllen haben.

[gez.] Brüning
Brüning
Oberst

Dokument 2

Brief der Sprecher des Neuen Forums Leipzig, Edgar Dusdal und Michael Arnold, an den 1. Sekretär der SED-BL Roland Wötzel, Leipzig 10.10.1989

Quelle: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

Leipzig, den 10.10.1989

Werter Herr Dr. Roland Wötzel!

Wir begrüßen Ihr am Montag, dem 9.10.89, öffentlich bekanntgegebenes Gesprächsangebot als Sekretär der Bezirksleitung der SED. Hiermit möchten auch wir Ihnen gegenüber unsere Gesprächsbereitschaft signalisieren. Es geht uns als Mitarbeiter des Neuen Forums u. a. um die Gestaltung und Einübung in eine neue gesellschaftliche Öffentlichkeit, zu der jede/jeder Bürgerin/Bürger Zugang hat. Es ist unser Anliegen, daß innerhalb der neu zu schaffenden Öffentlichkeitsformen keine gesellschaftlichen Probleme bzw. Themen ausgegrenzt werden. Darum waren wir sehr daran interessiert, in einem Gespräch mit Ihnen und den Mitunterzeichnern Ihres Aufrufes gemeinsam zu klären, welche ersten Schritte in bezug auf unser Anliegen und auch bezüglich einer Zulassung der Vereinigung „Neues Forum“ Sie ermöglichen könnten.

Dessen ungeachtet sähen wir bereits ein Gespräch mit Ihnen als Mitglied der Bezirksleitung der SED über uns bewegende Fragen als einen ersten Schritt zu einer neuen Form von Öffentlichkeit an. In Anbetracht der Situation läge uns an einer unmittelbaren Festlegung eines Gesprächstermins noch in dieser Woche.

Hochachtungsvoll Edgar Dusdal
Sprecher Neues Forum

Michael Arnold
Sprecher Neues Forum

Verteiler:
Die Mitunterzeichner
Ihres Aufrufs[794]

794 Hierbei handelt es sich um den Aufruf zu Besonnenheit, den am 09.10.1989 drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung Roland Wötzel, Kurt Meyer und Jochen Pommert sowie der Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, der Theologe Peter Zimmermann und der Kabarettist Bernd-Lutz Lange unterzeichneten.

Dokument 3

Artikel „OBM und Ratsmitglieder suchen das Gespräch“, Leipzig 13.10.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 13.10.1989, S. 3.

OBM und Ratsmitglieder suchen das Gespräch

Leipzig (ADN). Leipzigs Oberbürgermeister Dr. Bernd Seidel und die Mitglieder des Rates der Stadt erklären ihren festen Willen und ihre Bereitschaft, einen offenen, freimütigen und sachlichen Meinungsaustausch mit allen Bürgern zu führen, die an der konstruktiven Weiterentwicklung des Sozialismus interessiert sind. Dieser notwendige Dialog soll mit allen Bürgern und auf allen Ebenen der Stadt geführt werden.

Der Oberbürgermeister und Mitglieder des Rates der Stadt werden in der kommenden Woche deshalb auch mit Vertretern kirchlicher Gruppen und Leipzigern zusammentreffen, die ihren Willen zum konstruktiven Dialog um die Weiterführung des Sozialismus an den vergangenen Montagabenden innerhalb und außerhalb der Kirchen zum Ausdruck gebracht haben. Dieser Weg des Gesprächs sei besser und fruchtbarer. Dazu ist weiterhin Ruhe und Besonnenheit vonnöten.

Zur Vorbereitung dieser Gespräche, die auch der Bewahrung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche dienen, traf sich Oberbürgermeister Dr. Bernd Seidel am Donnerstagnachmittag mit Superintendent Johannes Richter, Superintendent Friedrich Magirius, Probst Günter Hanisch und Pfarrer Hans-Jürgen Sievers.

Dokument 4

Artikel „Gespräch mit kirchlichen Basisgruppen Leipzigs. Ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit“, Leipzig 14.10.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 14./15.10.1989, S. 1.

Gespräch mit kirchlichen Basisgruppen Leipzigs
Ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit

Leipzig (ADN). Mit Vertretern von kirchlichen Basisgruppen in Leipzig führten am Freitag im Neuen Rathaus der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres Dr. Hartmut Reitmann und weitere Kommunalpolitiker ein Gespräch.

Damit wurde ein Versprechen vom zurückliegenden Montag an Landesbischof Dr. Johannes Hempel eingelöst, sich alsbald mit diesen zumeist jungen Leuten zusammenzufinden, um Positionen zum gesellschaftlichen Fortgang anzuhören, notwendige und mögliche gemeinsame Arbeitsfelder zu überprüfen sowie dann über eigene oder integrative Projekte nachzudenken.

Obgleich nicht immer einig in Sicht auf und Benennung von Dringlichkeiten, galt als Konsens, den Sozialismus in der DDR zum Wohle ihrer Bürger auszugestalten. Die Runde, gewertet als ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit, diskutierte, wie und unter welchen Bedingungen die montäglichen Demonstrationen künftig in andere wirkungsvolle und somit wahrhaftig demokratische Formen überführt werden können, um mit Besonnenheit Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten.

Die Vertreter kirchlicher Basisgruppen teilten die Sorge um diese Geschehnisse, versicherten Unterstützung auf diesem Weg nach ihren Möglichkeiten und ihrer Auffassung und mahnten, die Ursachen dafür ehrlich zu analysieren und Widersprechende mit ihren Meinungen, Hinweisen und Wünschen sorgsam anzuhören. Superintendent Friedrich Magirius griff erneut seine Idee von einer zu schaffenden Stätte des breiten Dialogs auf.

Der Abend endete mit der Zusage von Dr. Reitmann, dieses Forum möglichst problemspezifisch weiterzuführen.

Dokument 5

Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig, Leipzig 14.10.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 14./15.10.1989, S. 1.

Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig

Getragen von gemeinsamer Sorge und Verantwortung für die weitere erfolgreiche Entwicklung unserer sozialistischen Heimat haben wir uns am Freitag in Leipzig versammelt. Offen und ehrlich tauschten wir Meinungen zur Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der SED, zur gegenwärtigen politischen Lage im Bezirk und in der Stadt Leipzig und zu Fragen aus, die die Bürger heute bewegen. Das betrifft die Leistungsentwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Funktion und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen, die Versorgung, die Umwelt und vieles mehr.

Alle Parteien und Massenorganisationen legten Vorstellungen dar, wie der in Gang gesetzte Dialog im Bezirk in die Breite geführt werden muß. Dafür haben wir alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Sie konkret und im engen Vertrauen mit den Bürgern überall zu nutzen, dafür sprachen wir uns aus.

Nutzen Sie die Angebote für das Gespräch in den Arbeitskollektiven, in den Hörsälen und Jugendklubs, in Kirchen und in den Wohngebieten. Ein untauglicher Platz für jedes Gespräch ist die Straße, ist die öffentliche Demonstration. Sie löst keine Fragen. Einigkeit herrschte darin, gerade jetzt die Bürgerrechte ernst zu nehmen und Bürgerpflichten einzuhalten.

Die Parteien und Massenorganisationen unseres Bezirkes stellen sich im vertrauensvollen Miteinander ohne Vorbehalt, dem Dialog mit den Bürgern. Deshalb appellieren wir eindringlich an alle Bürger der Stadt Leipzig und des Bezirkes, an die Arbeiter und Wissenschaftler, an die Frauen und besonders unsere Jugend: Dialog ist unsere Politik! Konfrontation ist kein Weg!

Helmut Hackenberg
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Annemarie Pester
Freie Deutsche Jugend

Gerhard Gaude
Demokratische Bauernpartei Deutschlands

Sigrid Linke
Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Rolf Rau
Christlich-Demokratische Union

Prof. Dr. Peter Heldt
Kulturbund der DDR

Dr. Manfred Brendel
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

Siegfried Burkhardt
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Dietmar Krist
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Günter Thiele
Konsumgenossenschaftsverband

Prof. Dr. Norbert Körner
Nationale Front der DDR

Dokument 6

Artikel „Über die vielen Fragen weiteren Dialog führen", Leipzig 18.10.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 18.10.1989, S. 1/2.

Über die vielen Fragen weiteren Dialog führen
Diskussion zwischen Leipziger Ratsmitgliedern und Christen
Partner waren sich einig über Nutzen eines breiten Dialogs

Leipzig (LVZ/B.Z.). Wie in der vergangenen Woche vereinbart, trafen sich am gestrigen Nachmittag im Gästehaus des Rates der Stadt Ratsmitglieder und kirchliche Amtsträger sowie Mitglieder verschiedenster Gemeinden Leipzigs zum Gespräch.

Besonnenheit auf allen Seiten habe die Möglichkeit zur Diskussion erhalten, sagte Oberbürgermeister Bernd Seidel mit Erinnerung an den jüngsten Montagabend und die Demonstration auf dem Leipziger Ring. Daß dies so bleibt, daran war allen Gesprächspartnern gelegen, was auch im Dank von Superintendent Johannes Richter für die Einladung zum Ausdruck kam. Einigkeit also über die Frage nach der Nützlichkeit des Dialogs.

In der Diskussion wurde dann deutlich, wie kontrovers zum Teil die Standpunkte waren. Einerseits die Forderung, jene Demonstrationen zu genehmigen, andererseits beiderseitiges Wissen und Besorgnis, daß solche Aktionen immer auch die Gefahr einer Eskalation beinhalten. Gegensätze zeigten sich auch in der Frage nach der Notwendigkeit neuer Organisationen oder ob die bestehenden ausreichen, um sich demokratisch und politisch zu artikulieren.

Die Leute gehen auf die Straße, sagte einer der Gesprächspartner, weil ihre Erwartungshaltung enttäuscht wurde. Es müßten klarere Zeichen gesetzt werden, z. B. bei den Regelungen über das Reisen. Immer wieder würde gesagt, Diskussion sei nicht auf der Straße möglich, wo aber dann? Eine erste Antwort war das Gespräch des gestrigen Abends. Eine weitere könnte sein, so ein aus der Diskussion hervorgegangener Vorschlag, in kleineren Kreisen mit Fachleuten über einzelne Themen wie Wirtschafts- oder Informationspolitik, Volksbildung, Rechtssicherheit und anderes zu debattieren. Dabei müßten nicht nur Bürger aus der Kirche, sondern auch andere Teilnehmer der Demonstration einbezogen werden. Mehr einbringen in die Diskussionen sollen auch die Abgeordneten Leipzigs, die sich z. B. in den ständigen Kommissionen der Volksvertretungen mit einer Vielzahl von Problemen unserer Stadt beschäftigen. Zu ihrer Lösung spielt unter anderem auch eine Rolle, wie groß Handlungsspielraum und Eigenverantwortung einer Stadt sind. Davon wird mehr gebraucht, sagte der OBM.

Letztlich blieben viele Fragen offen, was wohl auch nicht anders zu erwarten war. Beide Seiten bleiben aber weiter im Gespräch, wozu noch die konkreten Termine vereinbart werden.

Dokument 7

Aufruf zum Volksbegehren „Wir fordern: Auflösung des Staatssicherheitsdienstes auf allen Ebenen“, Leipzig 25.10.1989

Quelle: ABL Hefter 17.

Aufruf zum Volksbegehren

Wir fordern:

Auflösung des Staatssicherheitsdienstes auf allen Ebenen
==========

1. Der Gesamtapparat des Ministeriums für Staatssicherheit mit allen seinen Gliederungen wird einer unabhängigen, von den in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen gebildeten Kommission unterstellt. Diese nimmt die Auflösung des Gesamtbereiches vor.
2. Die Dienstverhältnisse der nebenamtlichen Mitarbeiter[795] des Bereiches MfS sind mit sofortiger Wirkung erloschen.
3. Die hauptamtlichen Mitarbeiter werden innerhalb von drei Monaten in Bereiche der Volkswirtschaft, des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes umgesetzt.
4. Gebäude und Inventar werden, soweit hierfür verwendbar, Bereichen des Gesundheitswesens, im übrigen der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt. Militärische Anlagen, Waffen und Munition erhalten Armee und Polizei; hierdurch frei werdende Mittel werden im Gesundheitswesen eingesetzt.
5. Über eine zur Sicherheit des Staates erforderliche, dem Ministerrat zu unterstellende Einrichtung wird durch eine neugewählte Volkskammer später und vom bisherigen Bereich des MfS völlig unabhängig entschieden.
6. Die Kommission ergreift Maßnahmen zur Sicherstellung aller Daten-, Ton- und Bildträger des Bereichs MfS im Interesse einer späteren Auswertung.
7. Fragen der persönlichen Verantwortung werden auf dem Justizweg behandelt. Über die Einsetzung einer Untersuchungskommission wird gesondert beraten und beschlossen.

(Unterschriften) ....

....

Leipzig, 25.10.1989 Entwurf: Dr. A[nsgar] Müller
[...]
Leipzig

795 Gemeint sind hiermit die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS.

Dokument 8

Vom Umgang mit dem Neuen Forum – Ein Strategiepapier des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, Leipzig 30.10.1989

Quelle: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 02.02.1990, S. 1 und 2. Original in: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046, unp.

Zuckerbrot und Peitsche

MNN veröffentlichen ein von der Bürgerbewegung aufgespürtes Schreiben.

Leipzig (MNN). „Stichwort Zulassung des Neuen Forum – sie ist eingeleitet", wollte der tags zuvor gekürte Leipziger SED-Chef Wötzel (inzwischen wie unzählige andere in der politischen Versenkung verschwunden) am 6. November den Montagsdemonstranten zurufen.

Nicht Scham etwa hinderte den Genossen, sondern hochwallende Emotionen einer aufgebrachten Menge. Um dem SED-Mann dennoch Gehör zu verschaffen, veröffentlichten Leipziger Zeitungen (darunter die MNN) wenige Tage später das Manuskript jener abgewürgten Ansprache. Wenigstens läßt sich dadurch noch heute schwarz auf weiß nachlesen, was der wendige Genosse kundzutun gedachte. Beispielsweise: „Ja, es geht ums Ganze, um unser Land, unsere Stadt... Zerbrechen wir uns gemeinsam den Kopf, wie wir dahin kommen! Dazu braucht es jeden Gedanken, jeden Handschlag und öffentlichen Meinungsstreit."

Alle Gedanken, bis auf die des Neuen Forum und anderer Oppositioneller offensichtlich. Denn Saulus-Paulus Wötzel, der sich der Öffentlichkeit gern als Reformer präsentierte, pro forma das Gespräch mit Forum-Vertretern suchte, nutzte die so gewonnenen Kenntnisse für Tips, wie unliebsamen Gegenkräften das Wasser abzugraben sei.

„Vielleicht können die Gedanken und Hinweise zur Entscheidungsfindung beitragen. Sie sind das Ergebnis harter Auseinandersetzung mit Vertretern des Neuen Forum", biederte sich Wötzel, damals noch Sekretär der SED-Bezirksleitung, beim damaligen ZK-Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen Herger an. (Beide stolperten dann ja, wenngleich nur kurzzeitig, die Treppe hinauf.)

Den vollen Wortlaut dieses vom Militärstaatsanwalt mit Echtheitszertifikat versehenen Schreibens können Sie auf Seite 2 lesen.

Wortlaut des Schreibens von Wötzel an den ZK-Abteilungsleiter Herger:

SED-Bezirksleitung Leipzig, Gen. Roland Wötzel, Sekretär

Genossen Wolfgang Herger, Zentralkomitee der SED

Betr.: „Neues Forum"-Zulassung

Vielleicht können die Gedanken und Hinweise zur Entscheidungsfindung beitragen. Sie sind Ergebnis harter Auseinandersetzungen mit Vertretern des „Neuen Forum“, Beratungen mit Genossen Gesellschaftswissenschaftlern und eigener Überlegungen.

I. Zur Lage

1. Das „Neue Forum“ ist verboten – sie wirken aber ständig öffentlich als wären sie legal.
2. Sie werden von vielen als Interessenvertreter der Bevölkerung, als Mahner, gesellschaftliche Kontrolleure, auch als Märtyrer betrachtet. Viele begreifen das „Forum“ als die politische Opposition.
3. Es gibt gegenwärtig kein kurzfristiges Mittel, sie aufzulösen.
4. Ihre Massenbasis wächst (Jugend, Intelligenz – noch weniger Arbeiter). Sie vereinigen bei sich ein wesentliches Protestpotential, aber das wesentliche geistige Potential ist noch bei unserer Partei.
5. Sie haben selbst kein ausgereiftes Programm – zu vielen politischen und theoretischen Fragen sind sich auch ihre Sprecher nicht einig. Sie sind deshalb noch schwach in Strategiediskussionen, im konstruktiven Darlegen ihrer Positionen. Ihre Stärke ist die tatsächliche Miß- und Übelstände betreffende Fragestellung und das Anknüpfen an die Volkserfahrungen.
6. Sie haben sich in Diskussionen und ihren Papieren schrittweise zu Antifaschismus, Sozialismus (mit Einschränkungen – welcher Sozialismus) bekannt. Sie bejahen die DDR und grenzen sich von der BRD ab. Die Leipziger Gruppe lehnt die Obhutspflicht der BRD konsequent ab. Sie erkennen die führende Rolle der Partei an, fordern aber, sie im Wettstreit mit anderen Parteien durchzusetzen.
7. Die Leipziger Gruppe will keine Partei sein, sondern eine Bewegung. Aber sie will in Wahlen Mandate erreichen. Resümee: Opposition im Sozialismus (für den Sozialismus?).

II. Überlegungen zur Strategie des Gegners (Etappen)

1. Unsere Werte aushöhlen und durch ihre Auffassungen besetzen, sich unsere Ziele aneignen (ist abgeschlossen!).
2. Um diese von ihnen besetzten Werte und Ziele Gruppen bilden (Frieden, Gerechtigkeit, Ökologie...). Diese Etappe läuft, ist aber im wesentlichen abgeschlossen.
3. Vereinigung dieser Gruppen zu einer nationalen Opposition mit Massenbasis (diese Etappe läuft!).

4. Legalisierung dieser Opposition (diese Etappe wird vorbereitet).
5. Die vereinte Opposition erzwingt Schritt für Schritt Zugeständnisse von der Führung mit dem Ziel, die Macht zu übernehmen.

   Ausschließlich bei 4. ist noch zu entscheiden, wie künftig die Auseinandersetzung verlaufen soll.

III. Die Meinung unserer Gesellschaftswissenschaftler

1. Man muß das Forum zulassen.
2. Zugleich andere Gruppen zulassen, damit sie sich gegenseitig schwächen, ihre Kraft spalten.
3. Ihren Status niedrig halten – als Bewegung und nicht als Partei genehmigen.
4. Sie unterwandern.

Ich bin persönlich jetzt gegen eine Zulassung des „Neuen Forums".

IV.

Die Zulassung des „Neuen Forum" ist eine der schwierigsten Entscheidungen, die die Partei in den letzten Jahren zu treffen hatte. Lassen wir sie jetzt zu, legalisieren wir die Opposition, verbieten wir sie jetzt, organisieren wir uns eine Niederlage auf der Straße. Deshalb: Zeit gewinnen und alles tun, damit sich das Kräfteverhältnis ändert und wir die Bedingungen für ihr Wirken möglichst ungünstig gestalten. Erforderlich ist dazu vor allem: durch substantielle Entscheidungen und politisch-ideologische Arbeit ihnen den Gegenstand zu nehmen.

Konsequenzen der Zulassung (positive und negative):

1. Hauptgefahr:

   Es vollzieht sich eine vergleichbare Entwicklung entsprechend Polen (1981 – 89). Das „Neue Forum" würde unsere Solidarnosc. Die Entwicklung könnte unkalkulierbar werden.
2. Sie müßten ihre Programmatik darstellen – das würde viele Bürger ihrer Demagogie erliegen lassen – zugleich würden sie sich differenzieren und wir hätten leichtere politische Angriffsmöglichkeiten, weil sie sich ja festlegen müssen. Wir würden sie mit Fragen angreifen – ideologische Auseinandersetzung – die stärkeren „theoretischen Köpfe" und die Medien sind bei uns.

3. Wir würden ihnen das Charisma des Verbotenen nehmen. Auch das könnte zulaufhemmend sein.

4. Durch die Zulassung könnten wir Festlegungen schaffen, daß sie sich nicht in Betrieben ansiedeln (die Gefahr besteht jetzt!) und unter der „Parteischwelle“ halten.

5. Läßt man für sie nichtintegrierbare Gruppen mit zu, kann man sie durch Auseinandersetzungen mit ihnen schwächen. (Aber keinesfalls SDP zulassen!)

Gesamtschlußfolgerung: Zeitgewinn!

a) Das „Neue Forum“ wird nicht zugelassen. Es wird aufgefordert, alle juristischen Voraussetzungen für die Zulassung beizubringen.

b) Der Prozeß der Zulassung ist maximal zu verschleppen, Gutachten, Einlassungen – langwierige juristische Verhandlungen.

c) Ihre basisdemokratische Struktur gegen sie ausnutzen. Wer beantragt „Neues Forum“? Berlin für alle, alle basisdemokratischen Gruppierungen für sich. Dadurch gebe es Widersprüche in der Programmatik, würde neue Möglichkeiten der Verzögerungen bieten (von Antragstellung bis zur Vorlage der Programmatik – sieht ja Gesetzgeber einen längeren Zeitraum vor!)

d) Unter Umständen den Prozeß in den Medien publizistisch für uns nutzen.

e) Zusammenfassung unserer besten Juristen und Theoretiker, um den Prozeß maximal zu verzögern und sie im Prozeß ideologisch zu schwächen.

f) Bei einer eventuellen Zulassung solche Einschränkungen verwirklichen, daß sie sich nicht zu „Solidarnosc“ unter unseren Bedingungen entwickeln können (politisch-oppositionelle Urania).

Roland Wötzel

Dokument 9

Schreiben des Leiters der BVfS an die Leiter der DE „Gewährleistung der Federführung der politisch-operativen Arbeit zum Neuen Forum u. a. oppositionellen Gruppen sowie des Überblicks und der dazu erforderlichen Übersichten", Leipzig 03.11.1989

Quelle: zitiert nach Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern Leipzig, 1990, S. 274-275.

Bezirksverwaltung für Leipzig, 3. November 1989

Staatssicherheit Leipzig AKG/ 2740/89

Der Leiter

Diensteinheiten
Leiter

Gewährleistung der Federführung der politisch-operativen Arbeit zum Neuen Forum u. a. oppositionellen Gruppen sowie des Überblicks und der dazu erforderlichen Übersichten

Dazu werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Wahrnehmung der Federführung zur Sicherung des einheitlichen politisch-operativen Vorgehens im Zusammenhang mit Aktivitäten des „Neuen Forum", der SDP, der „Böhlener Plattform" u. a. oppositioneller Gruppierungen[796] hat sich die Abt. XX auf die Abstimmung und Koordinierung der Maßnahmen zu den Exponenten, militanten Kräften und Kontaktadressen sowie des Einsatzes der IM zu konzentrieren.

2. In den KD und operativen Abteilungen ist für den jeweiligen Verantwortungsbereich die aktuelle Übersicht über Exponenten, militante Kräfte, aktiv für den Formierungsprozeß wirkende Personen (z. B. Verbreiter von Aufrufen, Sympathieerklärung, Unterschriftensammler, Treffquartiere), Mitglieder sowie eingetragene Sympathisanten des „Neuen Forum" und andere oppositionelle Gruppen sowie deren Aktivitäten (einschließlich der Organisierung von Sympathiebekundungen) zu sichern.

3. Die Gesamtübersicht gemäß Ziff. 1 ist in der Abt. XX zu halten. Die Informationen entsprechend Ziffer 1 und aktuelle Erkenntnisse sind der Abt. XX bis 30.11.1989 und danach fortlaufend zu übermitteln.

   Über aktuelle Aktivitäten ist die Lagegruppe der Abt. XX vorzuinformieren.

796 Wenige Tage später werden sie zusammenfassend als „Sammlungsbewegungen" bezeichnet.

Die operativ-technischen Diensteinheiten haben Ersthinweise entsprechend Ziff. 2 grundsätzlich der Abt. XX zuzuleiten, die die Übermittlung dieser Ersthinweise an die operativ zuständigen Diensteinheiten zur Überprüfung, Vervollständigung und Rückinformation zu gewährleisten hat.

4. Der Leiter der AKG sichert in Zusammenarbeit mit der Abt. XX auf der Grundlage der aktuellen Übersicht die Erarbeitung von Entwürfen von Informationen für die leitenden Partei- und Staatsfunktionäre des Bezirkes.

   Die Leiter der KD sichern die aktuelle Informierung der 1. Sekretäre [der SED] entsprechend den Festlegungen in der Dienstbesprechung am 22.10.1989.

5. Die operativen Diensteinheiten haben die zügige Übergabe von Informationen für die Einspeicherung in die ZPDB [Zentrale Personendatenbank] des MfS an die AKG zu den Personen entsprechend Ziff. 1 und 2 (außer eingetragenen Sympathisanten) entsprechend den geltenden dienstlichen Bestimmungen zu gewährleisten.

Bei besonders bedeutsamen Hinweisen ist unabhängig von diesen Festlegungen an mich bzw. meinen 1. Stellvertreter telefonische Vorausmeldung zu erstatten.

Hummitzsch
Generalleutnant

Dokument 10

Artikel in der Leipziger Volkszeitung „Gemeinsamer Standpunkt: Gewaltlosigkeit", Leipzig 15.11.1989

Quelle: LVZ vom 15.11.1989, S. 1.

Gemeinsamer Standpunkt: Gewaltlosigkeit

Am 12.12.89 fand ein Treffen zwischen Vertretern des MfS (Bezirksverwaltung Leipzig) und der Bezirksbehörde der DVP auf der einen Seite sowie Vertretern des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs und der SDP auf der anderen Seite statt.

Teilnehmer waren: Oberst Winkler (MfS), Hptm. Lehmann (MfS), Oberstlt. Müller (BDVP), Anette Polzin (Neues Forum), Anette Wegener (Neues Forum), Edgar Dusdal (Neues Forum), Martin Kind (Neues Forum) Roland Pietsch (Neues Forum), Jürgen Tallig (Neues Forum), Andreas Müller (Demokratischer Aufbruch), Andreas Bertram (SDP) sowie weitere Vertreter von BDVP, NF, DA, SDP.

Es erfolgte eine Einigung über Information der Öffentlichkeit mit je eigener Darstellung unter gemeinsamer Überschrift.

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und BDVP:

Bereits am 13.11.89 äußerten sich die Chefs beider Organe in einem Interview mit dem Sender Leipzig zu den Montagsdemonstrationen und legten ihre Auffassung zur Notwendigkeit dar, Veranstaltungen gewaltlos durchzuführen. Am vergangenen Montag zogen wiederum Zehntausende Bürger und Gäste auf dem Ring entlang und bekundeten ihren Willen.

Es kam zu keinen Gewalttätigkeiten und Überreaktionen.

Wir bedanken uns bei denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Mitgliedern des Neuen Forums und anderer Initiativen, die am Gebäude der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit, der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, am Rathaus und während des gesamten Verlaufs der Demonstration durch die Bildung von Menschenketten mit Mut und Umsicht die Gewaltlosigkeit der Demonstration sicherten.

Das ist ein erster Erfolg einer sich abzeichnenden Sicherheitspartnerschaft aller verantwortungsbewußten gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte für die Entwicklung einer Demonstrationskultur in unserer Stadt, die eine Grundqualität besitzen muß – die Gewaltlosigkeit.

Wir meinen: Die Gewalt des Wortes darf nicht zur Gewalt gegen Personen, Institutionen und Sachwerte eskalieren.

Auch in Zukunft wollen wir friedliche Demonstrationen als Ausdruck politischen Gestaltungswillens unseres Volkes verstanden wissen und dazu auch unseren Beitrag leisten.

Neues Forum und Demokratischer Aufbruch:

Themen des auf Einladung der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS und der Bezirksbehörde der DVP zustandegekommenen Treffens waren die Bewahrung des gewaltfreien Charakters der Montagsdemonstrationen und die Tätigkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane. Pfarrer Martin Kind trug mit seiner Gesprächsleitung erheblich zu einem konstruktiven Gesprächsverlauf bei.

Zu Beginn äußerte Oberst Winkler seine Besorgnis wegen der wachsenden Aggressivität einiger Demonstranten und eventuell zu befürchtender Eskalationen durch organisierte Provokationen. Neues Forum, DA, SDP betonten, daß die Demonstrationen Motor der Erneuerung waren und sind; demokratische Umgestaltung aber nur mit demokratischen Mitteln möglich sei und Eskalation von Gewalt diesen Prozeß gefährden könne.

Es wurde über konkrete Initiativen, wie Präsenz mit Schärpen kenntlich gemachter Ordner, Verteilung von Flugblättern, Megaphonaufrufe zur Gewaltlosigkeit, sowie über die Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee gegen Gewalt informiert. Nach einem Meinungsaustausch über die Arbeitsweise des MfS in Vergangenheit und Gegenwart, sowie Erscheinungsbild des MfS im Bewußtsein von Bevölkerung und Demonstranten verlas J.Tallig einen Forderungskatalog des Neuen Forums. NF, DA und SDP betonten, daß wirkliche Veränderungen im MfS und demokratische Kontrolle nötig seien, um die angespannte Situation am Gebäude dieser Einrichtung zu entkrampfen. Ein weiteres Gespräch zu den vielen noch offenen Fragen wurde vereinbart.

Dokument 11

Reden zur 1. Kundgebung des Neuen Forum [Auszüge], Leipzig 18.11.1989

Quelle: ABL Hefter 17.

Horst Neumann, Chefdirigent des Großen Rundfunkorchesters Leipzig:

„Gleichzeitig ist sehr genau darauf zu achten, daß die Zahl der Mitarbeiter in Staatssicherheit, Volkspolizei, Kampfgruppen, und anderen paramilitärischen Organisationen wie GST und Sportordnergruppen zum Beispiel auf das notwendige Maß reduziert werden beziehungsweise ganz aufgelöst werden“

Für den Demokratischen Aufbruch sprach der Arzt Josef Kesting:

„Vieles hat sich verändert. Wir, die wir auf die Straße gegangen sind, haben es erzwungen. Die lähmende alles verpestende Stasi-Angst ist gewichen.[...] Der wirkliche Dialog hat noch nicht begonnen. Denn einen echten Dialog gibt es nur zwischen Gleichberechtigten. Das gleichberechtigte Gespräch wird hintertrieben von Leuten, die ihre stalinistische Vergangenheit vergessen machen wollen. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß sich jemand aus der Verantwortung stiehlt! Wir fordern freien Zugang zu den Archiven und sämtlichen Daten! Die zu den Archiven und sämtlichen im Laufe der Jahre erspitzelten und gesammelten Angaben über Bürgerinnen und Bürger müssen öffentlich kontrollierbar gelöscht werden. Eine Spionageabwehr ist vielleicht nötig. Aber ein massenhaftes gegenseitiges Denunzieren ist menschenfeindlich. Wir wollen wissen: Wie viele haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter hat die Stasi in Leipzig? Wie viele Grundstücke, Häuser und Räume hat sie in Beschlag genommen? Welcher Anteil des Nationaleinkommens fließt in den aufgeblähten Sicherheitsapparat? Welche Gehälter und Privilegien bekommen die Mitarbeiter? Wir regen an: Ein Preisausschreiben über die sinnvollste Verwendung der bisher verschwendeten Kräfte und Mittel.“

Falk Hoquéll, Mitglied des Büros des Neuen Forums:

„Eine weitere Forderung des Tages lautet: Bildung öffentlicher Untersuchungskommissionen, die die Vergangenheit von Funktionären aufdecken, die sich jetzt unauffällig davonstehlen wollen, und auch von denen, die scheinheilig geblieben sind, weil sie glauben, daß sie ihre Machenschaften verbergen können. Stellt euch vor, ihr steht unter einem Kirschbaum voll reifer Kirschen, in dem Stare sitzen. Klatscht ihr in die Hände, schrecken alle auf und flattern los. Doch schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück, jeder an einen anderen Platz. Unser Land darf nicht zum Kirschbaum der Funktionäre werden.“

Der parteilose Leipziger Manfred Bär appellierte an die Vernunft der Demonstranten:

„Bitte behaltet bei unseren Montags-Volks-Demos vor dem Stasi-Komplex eure Nerven. Die Macht des Volkes ist groß, aber zur Zeit fürchte ich noch die Macht der Stasi und des Militärs. Ich wünsche uns weiterhin eine erfolgreiche, aber unbedingt gewaltlose Revolution!“

Anett Polzin aus dem Büro des Neuen Forum Leipzig:

„Wenn wir von einer Reform in diesem Land reden wollen, dann kann die Staatssicherheit nicht ausgeschlossen werden. Daher haben wir ihr folgenden Forderungskatalog gestellt.: [...] Wir fordern: ein klares, öffentliches Bekenntnis zu demokratischen Erneuerungen! Eine Bereitschaftserklärung, sich einem unabhängigen Untersuchungsausschuß zu stellen und sich demokratischen Kontrollen zu unterwerfen! Das heißt Aufklärung aller Rechtsverletzungen und Kompetenzüberschreitungen bis hin zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Wiedergutmachung, völlige Rehabilitierung aller von unrechtmäßigen Aktionen der Staatssicherheit Betroffenen, insbesondere die Tätigkeit bis zum 9. Oktober. Klärung des Einsatzes zum Pleißegedenkmarsch und des Straßenmusikfestivals und so weiter und so weiter... Veröffentlichen der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses. Offenlegung bisheriger Strukturen und Arbeitsweisen. Aufklärung ungesetzlicher Privilegien, Finanzsituation, Devisen und so weiter. 50%-ige Reduzierung des Personalbestandes, bis zur völligen Reorganisation. Abbau des ehrenamtlichen Informationsnetzes, daß alle gesellschaftlichen Betriebe durchdringt. Weitere detaillierte Forderungen und Ergänzungen werden erarbeitet. Noch ein Vorschlag: Die Räumung des Ministeriums für Staatssicherheit und Umwandlung in ein Krankenhaus, Alters- oder Pflegeheim.“

Dokument 12

Kommentar im Sächsischen Tageblatt: „Betrachtet: Stark angeschlagen“, Leipzig 20.11.1989

Quelle: ST vom 20.11.1989, S. 2.

Betrachtet: **Stark angeschlagen**

Die Bildung eines Amtes für nationale Sicherheit an Stelle des Ministeriums für Staatssicherheit, verbunden mit einer Verringerung des Aufwandes, kündigte Hans Modrow in seiner Regierungserklärung an. Neues Denken müsse sich in Fragen der staatlichen Sicherheit rechtlich und administrativ umsetzen.

Ein unumgänglicher und notwendiger Schritt, ist doch das Ansehen des MfS oder der Stasi, wie sie im Volksmund genannt wird, stark angeschlagen. In einem Leserbrief, der für Viele steht, wird von Angst vor der allgewaltigen Präsenz der Staatssicherheit geschrieben, und abschließend heißt es: 'Den Mut zum Unterschreiben dieses Briefes habe ich nicht, da ich schon mit den Praktiken der Staatssicherheit in Berührung gekommen bin und auch an eine jetzige durchgreifende Wende unter SED-Führung nicht glaube.' Ein anderer Leser, Jürgen Pietsch aus Leipzig, drückt die Hoffnung aus, daß dieser Apparat um achtzig Prozent reduziert wird, zu seiner eigentlichen Arbeit zurückfindet und nicht mehr das Volk bespitzelt, während ein anderer Leser radikal seine Auflösung fordert.

Wie sich die Bilder gleichen. Man könnte meinen, das MfS sei bei Joseph Fouché in die Lehre gegangen. Fouché, einst Vertrauter, dann erbitterter Gegner Robespierres, später Polizeiminister des Direktoriums und des Konsulats, Minister Napoleons, dem ein Balzac nachrühmte, er habe 'mehr Macht über Menschen besessen als selbst Napoleon'.

Er hatte einen Universalkontrollapparat geschaffen, in dem tausend Nachrichten jeden Tag mündeten. Das ganze Land war mit Spionen, Geheimagenten und Zuträgern durchsetzt. Seine Agenten trugen auch goldene Tressen, Diplomatenröcke und zarte Spitzenroben, schreibt Stefan Zweig in seinem Buch Joseph Fouché. Die allseitige Präsenz des MfS hierzulande hat am 04.11. auf dem Alex treffend Kurt Demmler mit seinem Lied besungen „Einer ist immer dabei“.

Die Umwandlung des allgewaltigen Ministeriums in eine schlichtes Amt, weil, wie Hans Modrow sagte, auch künftig das Aufklären und Vereiteln friedensgefährdender Pläne und die Gewährleistung nationaler Sicherheit wichtiges Anliegen seien, dürfte jedoch allein noch nicht ausreichen. Die Kontrolle durch das Parlament ist unumgänglich, damit sich das Amt tatsächlich nur seinen eigentlichen Aufgaben widmet, wozu auch die Aufdeckung von Neofaschismus und Antisemitismus gehören muß, und Macht- und Amtsmißbrauch ausgeschlossen sind.

Einer Auflösung dieser Einrichtung soll hingegen nicht das Wort geredet werden. Jedes entwickelte Land verfügt übrigens über eine solche. Dem Volke, dem eigentlichen Souverän, muß sie jedoch dienen.

Aufzulösen hingegen wären Miliz-Einheiten, sprich Kampfgruppen, die einer Partei unterstehen. So wird es in den „Leitsätzen liberaldemokratischer Politik heute“ gefordert.

Dokument 13

Beschluß 483/89 des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Leipzig zur Vorbereitung des Runden Tisches, Leipzig 29.11.1989

Quelle: SStAL SED IV F-2/3/120, unp.

SED-Bezirksleitung Leipzig
– Sekretariat –

Protokoll-Nr. 49/89
29.11.1989 Beschluß-Nr. 483/89

Betreff:

Mündliche Information des 1. Sekretärs der Bezirksleitung über die Demonstration am 27.11.1989 in Leipzig.

Wortlaut des Beschlusses:

1. Das Sekretariat der Bezirksleitung nimmt die Information zur Kenntnis
2. Am Gespräch 'Runder Tisch' am 01.12.1989 in der K[arl-]M[arx-]U[niversität] nimmt teil

   Gen. Düsterwald, Sekretär der Bezirksleitung

   Gen. Rendgen, 1. Sekretär der KL [Kreisleitung] KMU
3. Zur Teilnahme am runden Tisch werden durch Gen. Pommert, Sekretär der Bezirksleitung, alle Presseorgane der Bezirksstadt eingeladen. Es sollte versucht werden evtl. einen gemeinsamen Aufruf zusammenzubekommen.

Dokument 14

Pressemitteilung der SED-Bezirksleitung Leipzig zum 1. Runden Tisch, Leipzig [30.11.1989]

Quelle: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.046.

Pressemitteilung

SED aktiver Gesprächspartner am Runden Tisch

Gestern fand die erste Beratung für einen Runden Tisch für den Bezirk Leipzig statt. Anwesend waren Vertreter der bereits bestehenden Parteien sowie neuer gesellschaftlicher Kräfte und Vertreter der Kirchen.

Die erste Zusammenkunft war bewogen von gemeinsamer Verantwortung für eine demokratische, freiheitliche Entwicklung in der DDR für die konsequente und grundlegende Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Konstruktiv und sachlich, aber auch streitbar und konträr wurde die gegenwärtige Situation in unserem Bezirk und ihre Ursachen diskutiert, wurde über sofort zu lösende Aufgaben und die perspektivische Entwicklung des Bezirkes, besonders der Stadt Leipzig gesprochen.

Mit Sorge äußerten sich Teilnehmer über wachsende Tendenzen von Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Wiedervereinigungsträumen, wie sie sich neuerdings in der Montagsdemonstration vom 27.11. äußerten. Diesen Tendenzen – so der Tenor am Runden Tisch – muß entschieden entgegengetreten und den Anfängen gewehrt werden.

Deshalb ist der Aufruf „Für unser Land“ eine humanistisch-alternative Position, die die Unterstützung aller erneuerungswilligen Personen und Bewegungen verdient.

Als Bezirksleitung der SED haben wir unsere konkreten Vorstellungen in die Diskussion eingebracht. Sie sind im Diskussionspapier des Sekretariats der SED-Bezirksleitung „Was wir wollen“ bekannt gemacht worden.

Wir sind

– für Demonstrationen und Kundgebungen in Leipzig als wichtigen Teil einer neuen politischen Kultur im Lande für Freiheit, Demokratie und Erneuerung, für gewaltfreie Veranstaltungen, in denen wirklich der Dialog geführt wird;

– für die Aufklärung, Abschaffung und Überwindung von Privilegien und Machtmißbrauch. Sekretariat der Bezirksleitung hat sich prinzipiell dazu geäußert in Stellungnahme (siehe LVZ vom 29.11.);

- für eine sozialistische Verfassung ohne die Festschreibung der Führungsrolle der SED, die Entflechtung von Partei und Staat, für ein neues Wahlgesetz, das freie, gleiche und geheime Wahlen und ihre Überprüfbarkeit garantiert;
- für eine umfassende und aktive Umweltpolitik und Stadtsanierung auch mit konkreten Sofortmaßnahmen, besonders in Leipzig und im Raum südlich von Leipzig;
- für ordentliche Arbeitsbedingungen für die neuen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen, aber auch dafür, daß sie konkret Verantwortung übernehmen.

Wir haben uns des weiteren über Vorschläge zur Weiterführung der Beratungen am „Runden Tisch“ in Leipzig verständigt. Das ist unseres Erachtens eine Möglichkeit, auf praktische Art und Weise miteinander zu sprechen und unkompliziert Gedanken auszutauschen über Probleme und Entwicklungen, die uns allen am Herzen liegen. Gleichzeitig sieht die SED diese Beratungen auch als „Nagelprobe“, um die Fähigkeit zu entwickeln, im sachlichen Streit der Meinungen zu gemeinsamen weiterführenden Positionen zu finden, den Konsens herzustellen.

Dokument 15

Artikel „Erstmals 'Runder Tisch' – Fortsetzung folgt“, Leipzig 02.12.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 02./03.12.1989, S. 1.

Erstmals „Runder Tisch“ – Fortsetzung folgt
Alle Teilnehmer äußerten gemeinsame Verantwortung für Künftiges

Leipzig (LVZ). Zu einer ersten Beratung für einen „Runden Tisch“ im Bezirk trafen sich am Freitag Vertreter der bereits bestehenden Parteien sowie neuer gesellschaftlicher Bewegungen und der Kirche. Roland Wötzel und Jochen Pommert – als Vertreter der SED – übergaben im Anschluß daran der LVZ eine Pressemitteilung. Darin heißt es:

„Die erste Zusammenkunft war bewogen von gemeinsamer Verantwortung für eine demokratische, freiheitliche Entwicklung in der DDR, für die konsequente und grundlegende Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Konstruktiv und sachlich, aber auch streitbar und konträr wurde über die gegenwärtige Situation in unserem Bezirk und ihre Ursachen diskutiert, wurde über sofort zu lösende Aufgaben und die perspektivische Entwicklung des Bezirkes, besonders der Stadt Leipzig gesprochen.

Mit Sorge äußerten sich die Teilnehmer über wachsende Tendenzen von Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Wiedervereinigungsträumen, wie sie sich neuerdings in der Montagsdemonstration vom 27.11. äußerten.“

Dokument 16

ADN-Meldung über den Aufruf des Landessprecherrates, Leipzig 04.12.1989

Quelle: LVZ vom 04.12.1989, S. 4; MNN vom 05.12.1989, S. 2.

Aufruf des Neuen Forums

Berlin (ADN). Der Landessprecherrat des Neuen Forums hat sich in einem dem ADN am Sonntagabend übergebenen Aufruf an alle Bürger der DDR gewandt. Darin heißt es: „Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise wichtige Finanz- und Sachwerte ins Ausland verbracht, wesentliche Akten vernichtet werden und daß sich verantwortliche Personen ins Ausland abzusetzen versuchen."

Diese Absetzbewegungen und Verschleierungsversuche müßten verhindert werden, heißt es weiter in dem Aufruf. In Betrieben, Banken und Institutionen sollten Belegschaftsversammlungen Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen. Betriebe und Bürgerbewegungen sollten sich verständigen und, wo nötig, gemeinsame Kontrollmaßnahmen beschließen und öffentlich machen. „Wir fordern die Regierung Modrow auf, die Bürgerkontrolle in Wirtschaft und Staatsapparat zu unterstützen und Fluchtversuche belasteter oder verdächtiger Funktionäre zu unterbinden. Nach wie vor gilt, keine Gewalt.

Für den Ausschuß des Landessprecherrates Neues Forum unterzeichneten Bärbel Bohley (Berlin), Matthias Büchner (Erfurt), Erika Drees (Stendal), Ingrid Köppe (Berlin), Reinhard Meinel (Potsdam), Jochen Läßig (Leipzig) und Hans-Joachim Tschiche (Magdeburg).

Dokument 17

Ansprache von Jürgen Tallig (Neues Forum) zur Kundgebung vor der Montagsdemonstration am 4. Dezember, Leipzig 04.12.1989

Quelle: ABL Hefter 17.

Unsere Revolution ist in ihre zweite Phase getreten. Nachdem wir in der ersten unsere elementaren Rechte erkämpft haben, steht nun die Machtfrage auf der Tagesordnung. Konkret: die Beseitigung der SED-Herrschaft in allen Bereichen und die Übernahme der Verantwortung durch Vertreter des Volkes.

[...]

Zur Tagesordnung, zur Machtfrage: Die Basis der SED, scheint es, ist nun endlich aufgewacht. Guten Morgen, Genossen: Lange habt ihr gebraucht, um euch dieser Clique zu entledigen. Meint nun nicht, daß ihr euch damit an die Spitze unserer Bewegung stellen könnt. Die SED hat nicht nur das Recht, unser Land weiter zu führen verwirkt, sondern auch ihre Existenzberechtigung in einer neuen demokratischen Gesellschaft. Wir können unsere Zukunft nicht länger an den Überlebenskampf der SED binden, der im Moment unsere ganze Gesellschaft lähmt. Diese Lähmung geht aus von einem Apparat, der nicht reformierbar ist, der nur zerschlagen werden kann. Die Erstarrung kann nur überwunden werden, wenn wir uns aus der Umklammerung dieser Strukturen befreien. Es geht nicht um eine neue Führung oder eine kosmetische Trennung von Staat und Partei, sondern um die Auflösung dieser Partei und ihrer Machtstrukturen, da sie immer noch alle Lebensbereiche beherrscht und auch weiter beherrschen würde.

In diesem Land gab es nie Sozialismus. Und es ist das Wesen der SED selbst, das hier Sozialismus verhindert hat und jeden Neubeginn und auch nur die Chance auf einen wirklichen Sozialismus weiter verhindern würde. Allein schon ihre Existenz macht eine moderne demokratische Gesellschaft unmöglich – sie ist die zutiefst undemokratische Verkörperung von Diktatur und Stagnation. Das wird immer an diesem Namen haften bleiben, wie sehr man sich auch wendet. Deshalb fordern wir die Auflösung der SED, all ihrer Strukturen und Hilfsorganisationen, die Überführung ihrer Finanzen in den Staatshaushalt, die Verstaatlichung all ihrer Häuser, Heime, Betriebe, Büros und Medien.

Wir fordern gleiche Bedingungen für alle politischen Kräfte. Wir fordern einen Runden Tisch mit Entscheidungs- und Beschlußkompetenzen als Übergangslösung. Die Wahl einer Verfassungs- und gesetzgebenden Versammlung – diese opportunistische Volkskammer ist einfach nicht berechtigt, über unsere Zukunft zu entscheiden. Wir fordern unabhängige, mit allen Vollmachten ausgestattete Untersuchungskommissionen auf allen Ebenen unter Einschluß der Opposition, zur Aufklärung des Einsatzes der Sicherheitskräfte, zur Aufklä-

rung von Wahlbetrug, Amtsmißbrauch, Privilegien. In Berlin wird die Arbeit der Untersuchungskommission sabotiert, in Leipzig hat der Bezirkstag auf unsere Forderung nach drei Kommissionen nicht einmal reagiert. Wir sind nicht mehr gewillt, uns hinhalten zu lassen. Schon fährt die Staatssicherheit nachts Unterlagen zur Vernichtung. Wir meinen es ernst.

Dokument 18

Aufruf der neuen demokratischen Gruppen und Parteien, Berlin [04].12.1989

Quelle: Die ersten Texte des Neuen Forum, Berlin 1990, S. 26, in: ABL Hefter 17.

Die Vertreter der neuen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien wenden sich an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR.

Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise

– wichtige Finanz- und Sachwerte ins Ausland verbracht werden,

– wesentliche Akten und Daten vernichtet werden,

– verantwortliche Personen sich ins Ausland abzusetzen versuchen.

Diese Absatzbewegungen und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden!

Bürgerinnen und Bürger!

Ihr wißt, in welchen Betrieben, Banken und Institutionen die Möglichkeiten zu solchen Praktiken gegeben sind.

Wir wenden uns insbesondere an die Mitarbeiter der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Betriebe.

Ruft Belegschaftsversammlungen zusammen, die Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen.

Informiert die Deutsche Volkspolizei und die Öffentlichkeit!

Verständigt Euch mit anderen Betrieben und mit Bürgerbewegungen Eures Vertrauens!

Beschließt, wo nötig, gemeinsame Kontrollmaßnahmen und sorgt für deren Öffentlichkeit!

Wir haben eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die mit der Regierung Modrow zusammenarbeitet und dringend alle Informationen braucht!

Wir haben die Regierung Modrow aufgefordert, Eure Bürgerkontrolle im Wirtschafts- und Staatsapparat zu unterstützen.

Nach wie vor gilt: Keine Gewalt!

Nutzt für Berlin das Informationstelefon: 28 28 403/425

Adresse: Sophienstraße 19, und wendet Euch direkt an das Präsidium der Deutschen Volkspolizei Berlin, Tel. Nr.: 2 47 322 15.

Initiativgruppe 4.11. der Theater- und Kulturschaffenden Berlins – SDP – NEUES FORUM – Demokratischer Aufbruch – Demokratie jetzt – Initiativgruppe Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften – Initiative Frieden und Menschenrechte

Dokument 19

Fernschreiben von Schwanitz an alle BÄfNS und KÄfNS, die Aktenvernichtung sofort zu stoppen, Berlin 04.12.1989

Quelle: Pechmann/Vogel: Abgesang der Stasi, S. 377.

cfs 16
luft

bezirks- und kreisaemter
f. n[ationale]s[icherheit]
leiter

ab sofort ist jegliche vernichtung und jeglicher transport, einschließlich kurierfahrten von dienstlichen unterlagen zu stoppen.

es ist alles zu unternehmen, um die erforderliche sicherheit der noch in den aemtern vorhandenen dokumente zu gewaehrleisten.

amt fuer ns, leiter
schwanitz
generalleutnant

Dokument 20

Information der SED-BL an das ZK der SED über die Montagsdemonstration am 04.12.1989, Leipzig 04.12.1989

Quelle: SStAL SED A6784 (0188).

Information über eine Kundgebung auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz und nachfolgende Demonstration durch die Leipziger Innenstadt am Montag, dem 4.12.1989

Am 4.12.1989 gegen 18.00 Uhr versammelten sich ca. 80.000 bis 90.000 Personen zu einer vom Neuen Forum getragenen Kundgebung auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig. Bei der Kundgebung nahmen 9 Sprecher das Wort. Es wurden eine Vielzahl von Transparenten sowie BRD-Fahnen gezeigt und zum Warnstreik am 15.12.1989 von 12.00–14.00 Uhr aufgefordert. Wiederholt wurde Sprechchöre „Waffenhändler, Waffenhändler" gerufen.

Gegen 18.35 Uhr begann die Demonstration über den Leipziger Innenring. Ein Teil der Kundgebungsteilnehmer bewegte sich über den Roßplatz in Richtung Neues Rathaus. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich ca. 40-50 Personen unmittelbar vor dem Gebäude des Bezirksamtes für nationale Sicherheit auf mit der Absicht, Störungen zu verhindern.

Die Spitze des Marschzuges traf gegen 19.00 Uhr am Objekt des Amtes ein. Dort wurde durch Sprecher des Neuen Forum zugleich im Namen weiterer demokratischer Gruppen über Lautsprecher vom Balkon aus verkündet, daß das Gebäude seit einer halben Stunde unter ihrer Kontrolle steht, gegenwärtig die Versiegelung der Diensträume vorgenommen und das Eintreffen eines Staatsanwaltes erwartet wird. Dies wurde mehrfach wiederholt und durch die Demonstranten mit Beifall aufgenommen. Während der überwiegende Teil der Demonstranten den Marsch auf dem Leipziger Innenring fortsetzte und sich danach am Karl-Marx-Platz auflöste, verharrte eine größere Anzahl von Personen vor dem Objekt des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit. Diese Ansammlung löste sich nur langsam auf und war gegen 21.30 Uhr beendet.

Mehrere hundert Demonstranten begaben sich ab 19.20 Uhr zum Eingang der BdVP, stellten dort Plakate sowie am Gebäude Kerzen ab und tätigten wie am Gebäude des Amtes für Nationale Sicherheit Sprechchöre und Gesänge. Der Stellvertreter des Chefs der BdVP sowie Rechtsanwalt Schnur[797] und Vertreter des Neuen Forum wirkten beruhigend auf die teilweise alkoholisierten[798] Demonstranten ein. Bis gegen 21.30 Uhr hatte sich die Anzahl der Personen zunächst auf 70–80 verringert. Diese forderten die auf dem Hof der BdVP be-

797 Im Originaltext wurde der Name fälschlicherweise als „Schnurr" geschrieben.

798 Die Informationen der SED-BL sind die einzigen, die immer wieder davon sprechen, daß die Demonstranten alkoholisiert gewesen seien. Weder das BVfS noch die BDVP oder der RdB haben diese Behauptung aufgenommen.

findlichen Fahrzeuge der Feuerwehr in Augenschein zu nehmen (dort wurden Panzerschränke vermutet). Schließlich wurden die Fahrzeuge vor das Objekt gefahren, durch Bürger besichtigt, deren Anzahl auf 150-200 angestiegen war und die den zu den Fahrzeugen gegebenen Erläuterungen keinen Glauben geschenkt hatten.

Weitere Forderungen dieser Demonstranten: Besichtigung der Kellerräume, Überprüfung von Kfz der Einsatzkräfte der Volkspolizeibereitschaften. Nach Erfüllen dieser Forderungen entfernte sich bis auf einzelne dieser Personenkreis bis 0.30 Uhr. Im übrigen Stadtgebiet war die Auflösung bis gegen 20.45 Uhr beendet.

Dokument 21

Protokoll der Begehung und Versiegelung der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt, Leipzig 04.12.1989

Quelle: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 24.

In der letzten Nacht versuchten mehrere Bürger vor der Bezirksbehörde des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit Einlaß in das Objekt zu bekommen, um die Sicherung anderer Gebäude des MfS zu erreichen. [/] Nach massivem Druck unsererseits wurden wir vom Staatsanwalt Rust und Oberst Kurze[799] in das Kreisamt für nationale Sicherheit Leipzig Stadt begleitet.

Diese Dienststelle besteht, soweit wir recherchieren konnten, aus einem Saalgebäude, einem Dienstgebäude und einem Altbau („Villa“) sowie Garagen.

Obwohl uns die Besichtigung aller Räume des Objekts in der Bezirksbehörde zugesichert worden war, verbot man uns dort, Räume mit „Technik“ und Räume mit „hohem Geheimhaltungsgrad“ zu besichtigen. [/] Es wurde von uns festgestellt, daß außer wenigen überalterten Unterlagen die Zimmer der Dienststelle geräumt worden sind. Einzig leere Formulare, Schreibmaterial und leere Aktendeckel (mit entfernten Aufschriften) sowie Uniformen, Ausrüstungen lagen vor. Das Alter und die Art der Unterlagen lassen unseres Erachtens darauf schließen, daß sie zum Zwecke der Präsentation für uns vorbereitet wurden. [/] Erstaunlich war das geringe Maß an Schreib- und sonstiger Technik (z. B. ein Fernschreibegerät von 1964). [/] Ein Vervielfältigungsgerät, ein Computermonitor und relativ wenig Schreibmaschinen wurden von uns gefunden.

Trotz der Erklärung von Oberst Kurze, daß nur noch der Hausmeister und das Wachpersonal anwesend wären, fanden wir zu so später Stunde (unsere Aktion begann 1.30 Uhr) fast alle Räume mit Mitarbeitern besetzt.

Staatsanwalt Rust versiegelte auf unsere Aufforderung hin alle Schränke und Türen, zu denen uns die Einsicht verwehrt wurde. [/] Wir hatten und haben keinerlei Zugang zur Petschaft. [/] Oberst Schmidt und Oberstleutnant Hillner[800] versicherten uns, daß die Siegel bis zur Kontrolle durch das Bürgerkomitee mit der Staatsanwaltschaft unversehrt bleiben.

799 Oberst Peter Kurze war einer der Stellvertreter des Leiters der BVfS Leipzig und für den Bereich Operative Technik/Sicherstellung zuständig.

800 Oberst Nobert Schmidt war der Leiter der KDfS Leipzig Stadt und Oberstleutnant Hillner einer seiner Stellvertreter.

[gez] Ilona Weber

[gez] Tobias Hollitzer

[gez] Christian Hönemann

[handschriftliche Ergänzung]

Staatsanwalt Rust versicherte uns nachdrücklich, daß 8.00 Uhr mit einem anderen Staatsanwalt sämtliche Behältnisse, zu denen wir keinen Zugang erhielten, geöffnet würden und eventuelles Beweismaterial gesichert wird. [/] Gegen 6.30 Uhr verließen wir das Objekt. Herr Rust fertigte keinerlei Protokoll über die petschierten Räume an.

Dokument 22

Aufruf des Neuen Forum „Innere Abrüstung jetzt", Berlin 05.12.1989

Quelle: Die ersten Texte des Neuen Forum, Berlin 1990, S. 27, in: ABL Hefter 17.

Innere Abrüstung jetzt

Die Bürgerkontrolle der Staatssicherheit ist ein wichtiger und großer Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft. Die Berechtigung der Bürgerkontrolle wird durch die Gewaltlosigkeit der Staatsorgane anerkannt.

Justizorgane und Volkspolizei beginnen mit der Bürgerkontrolle zusammenzuarbeiten.

Wir unterstützen die Kontrollaktionen in allen Städten und begrüßen die Gewaltlosigkeit auf beiden Seiten. Der Rechtsstaat für alle ist unser Hauptziel! Das Recht, das uns endlich schützen soll, wollen wir auch gewähren! Wir wollen Recht und keine Rache! Wir fordern die vollständige Auflösung der nach innen gerichteten Strukturen der Staatssicherheit!

Die staats- und verwaltungsrechtlichen Vollmachten der nach innen arbeitenden Abteilungen sind sofort außer Kraft zu setzen. Wir fordern die sofortige Streichung der Willkürparagraphen des politischen Strafrechts.

Unter der Kontrolle eines gemeinsamen vereidigten Ausschusses müssen die Funktionen, die der tatsächlichen Bedrohung durch Kriminalität und neonazistische Tendenzen angemessen sind, dem Ministerium des Innern zugeordnet werden.

Die Aufsicht über die Rechtsstaatlichkeit dieser Arbeit wird der gemeinsame Ausschuß erst an eine neue Volkskammer abgeben!

Rechtsstaatlichkeit ist die beste Staatssicherheit!

Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltfreiheit!"

Für den Landessprecherrat des NEUEN FORUM

Bärbel Bohley, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich, Reinhard Schult, Klaus Wolfram.

Berlin, den 05.12.1989

Dokument 23

Fernschreiben des Leiters des AfNS an alle Leiter der BÄfNS und KÄfNS, Berlin 05.12.19897

Quelle: EIRNA-Studie, Ein Jahr danach, Wiesbaden 1990, S. 114-115.

cfs 07

luft

Alle BÄfNS, KÄfNS, Leiter

In den letzten Stunden hat sich die Lage weiter zugespitzt. Vor allem der Druck auf das AfNS und alle seine Dienststellen hat zugenommen.

In fast allen Bezirks- und Kreisämtern des AfNS haben Bürger versucht, in die Gebäude und Räume einzudringen, um die Vernichtung und den Transport von Dokumenten zu verhindern. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 04.12.1989, in dem ich jegliche Vernichtung und jeglichen Transport von Dokumenten und Unterlagen untersagt habe.

In einigen Dienststellen des AfNS mußte auf die Forderungen nach Betreten und Besichtigen sowie damit im Zusammenhang auf Versiegelung von Räumen und Panzerschränken eingegangen werden.

Einige Objekte des AfNS werden bereits von Angehörigen der Volkspolizei sowie Mitgliedern von Bürgerrechtsbewegungen bewacht. Gleichzeitig erfolgt eine Kontrolle der Personen- und Fahrzeugbewegung.

Mit einer weiteren Zuspitzung der Lage und den verstärkten Versuchen des gewaltsamen Eindringens in die Objekte des AfNS ist zu rechnen. Deshalb weise ich erneut darauf hin, daß mit allen Personen das Gespräch zu suchen ist.

In den Gesprächen sind die Aufgaben des AfNS und die daraus resultierenden Sicherheitserfordernisse zu erläutern. Dabei ist auch darauf zu verweisen, daß wir nicht gegen die Kontrolle unserer Arbeit sind. Die Spezifik unserer Arbeit verlangt aber auch spezifische Kontrollmethoden. Gleichzeitig sind ihnen meine Weisungen zur Vernichtung und zum Transport von Dokumenten zu erläutern, die am 04. 12. 1989 außer Kraft gesetzt wurden.

Bleiben die Forderungen bestehen bzw. erhöht sich der Druck weiter, um gewaltsam in die Objekte einzudringen, kann gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt, Angehörigen der Volkspolizei, Abgeordneten und Wählern der Bürgerrechtsbewegungen (z. B. Sprechergruppen) eine Begehung des Objekts vorgenommen werden, Forderungen zur Versiegelung von Räumen und Panzerschränken können realisiert werden.

Dabei ist jedoch zu verhindern, daß unberechtigte Personen Einsicht in Unterlagen erhalten oder gar in deren Besitz gelangen.

Gemeinsam mit der Volkspolizei, den örtlichen Organen und vor allem auch mit den neuen Bürgerrechtsbewegungen (Sicherheitspartnerschaft) sind Maßnahmen zur Sicherung der Dienstgebäude einzuleiten.

Entsprechend der Lageentwicklung folgen weitere Weisungen.

AfNS, Leiter
Schwanitz
Generalleutnant
(cfs 29 -luft- vom abs.)

Dokument 24

Sofortforderungen des Volkskontrollkomitees vom 05.12.1989 18.00 Uhr, Leipzig 05.12.1989

Quelle: Kopie beim Autor.

Sofortforderungen des Volkskontrollkomitees
Leipzig, den 05.12.89, 18.00 Uhr x + 24 h.

1. Das Volkskontrollkomitee ist von seiten des Ministerpräsidenten/der Volkskammer um kompetente Vertreter zu ergänzen. Es ist zu legitimieren. Für dieses Bürgerkomitee müssen Arbeitsbedingungen geschaffen und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
2. Es ist eindeutig zu definieren, welche Räumlichkeiten den nationalen Sicherheitsinteressen dienen und welche Räume den Zweck der innerstaatlichen Kontrolle erfüllen. Gleiches gilt für Archivmaterial.
3. Für den Bereich der inneren staatlichen Kontrolle, auf den sich unsere Sicherstellungsmaßnahmen beschränken, wird gefordert:
   - Versiegelung der betreffenden Räume und Archive;
   - Beurlaubung des betreffenden Personals bis auf Widerruf.
4. Auflistung aller Objekte des Bezirksamtes und der Kreisämter für Nationale Sicherheit, in denen Materialien bzw. Archive kontrolliert und sichergestellt werden müßten. (Objektverantwortlicher, Telefon, Anschrift) Gleiche Auflistung ist von SED- und FDGB-Objekten auf Bezirks- und Kreisebene erforderlich. Nach der Kontrolle dieser Objekte kann entschieden werden, analog 1. und 2. zu verfahren.
5. Wir fordern, daß durch das MdI bzw. die NVA gemeinsam mit dem Volkskontrollkomitee die Sicherstellung der unter 1. erwähnten Räumlichkeiten und Archivmaterialien erfolgt.
6. Der Archivierungsort für elektronische Datenträger bzw. Videoaufzeichnungen sowie Fotodokumenten und Filmmaterialien ist der Kommission offenzulegen. Ebenso ist offenzulegen, wo zentrale EDV-Anlagen installiert - sind und wer über sie verfügen darf.
7. Erteilung von Aussagegenehmigungen im Einzelfall für Mitarbeiter der zu überprüfenden Bereiche.
8. Offenlegung der Waffendeponie des Bezirksamtes und der Kreisämter.
9. Begehung aller Untersuchungshaftanstalten im Bereich des Amtes für Nationale Sicherheit (Bezirk)

Im Auftrag des Volkskontrollkomitees:

Übergeben am: ....., um: ..... an: .....

Übernommen: am: ....., um: ..... von: .....

[handschriftlich ergänzt]
10. Besichtigung der Höfe und Gebäude
11. Übergabe der Archivordnung

Dokument 25

Artikel „Aufruf des Bürgerkomitees. Ziel: Sicherung von Stabilität und Rechtssicherheit“, Leipzig 06.12.1989

Quelle: Sächsisches Tageblatt vom 06.12.1989, S. 1.

Aufruf des Bürgerkomitees
Ziel: Sicherung von Stabilität und Rechtssicherheit

Eigenmeld. LEIPZIG Es hat sich in Leipzig ein Bürgerkomitee konstituiert, um im Prozeß der Umgestaltung Rechtssicherheit, Stabilität und die Erhaltung der Werte des Territoriums zu sichern. In Anbetracht der Bedeutung und Kompliziertheit dieser Aufgabe ist es notwendig, daß in allen Betrieben von den Werktätigen vertrauenswürdige und kompetente Betriebsräte gewählt werden, die einsatzbereit und motiviert sind, in diesem Sinne tätig zu werden. Deshalb rufen wir auf, in allen Kollektiven, und davon über die gegebene Leitungsstruktur aufsteigend, Wahlen durchzuführen. Die Zeit drängt. Bereits am 06.12. müssen Abt.-, Hauptabt.-, Bereichs- und Betriebsräte konstituiert sein, um ihre Arbeit und den Kontakt mit dem Bürgerkomitee aufzunehmen. (Sitz: Braustr. 17-19, Leipzig, 7030)

Unverzüglich wahrzunehmende Aufgaben sind:

– Einberufung von Betriebs- bzw. Abteilungsvollversammlungen,

– Wahl des Betriebsrates durch alle (auch nicht organisierte Werktätige),

– Selbstbestimmung der Aufgaben durch diese Räte in Abstimmung mit den Belegschaften,

– Sicherung von Personaldokumenten, elektronischen Dateien, Überprüfung von Finanzen (Devisen), Bewachung der Reißwölfe, Überprüfung von Privilegien.

Dokument 26

Berechtigung des Leiters des BAfNS Leipzig zum Betreten von Objekten der Staatssicherheit, Leipzig 06.12.1989

Quelle: Kopie beim Autor

Amt für Nationale Sicherheit
Bezirksamt Leipzig
Leiter

Leipzig, den 06. Dezember 1989

B e r e c h t i g u n g

Herr/Frau

Name, Vorname [konkreter Name]

ist berechtigt, im Auftrag des Volkskontrollausschusses das/die Objekte

– [konkrete Aufzählung]

–

–

–

–

–

–

des Amtes für Nationale Sicherheit, Bezirksamt Leipzig, täglich in der Zeit von

0.00 Uhr bis 24.00 Uhr

zu betreten.

Er/Sie ist berechtigt, die ordnungsgemäße Petschierung der festgelegten Bereiche (Zimmer, Stahlblechschränke sowie andere Behältnisse) zu kontrollieren.

Bei der Kontrolle von Bereichen, die im Interesse der nationalen Sicherheit einer besonderen Geheimhaltung unterliegen, ist die Anwesenheit des verantwortlichen Militärstaatsanwaltes zu gewährleisten.

Diese Berechtigung ist nur gültig in Verbindung mit dem Personalausweis für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Nr. .....

Die Berechtigung und der Personalausweis sind den für die Einlaßkontrolle Verantwortlichen vorzuzeigen.

[gez.]

Hummitzsch

Generalleutnant

Dokument 27

Fernschreiben des Leiters des AfNS Wolfgang Schwanitz an alle Leiter der BÄfNS, Berlin 06.12.1989

Quelle: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern, Leipzig 1990, S. 351/352.

cfs 44 vom abs. [Eingang] 06.12.1989, 22.16 Uhr
Diensteinheiten, Leiter

1. Es ist damit zu rechnen, daß autorisierte Kontrollgruppen aus Vertretern staatlicher Organe, sowie von Bürgerrechtsbewegungen gebildet und in den BÄ und anderen Diensteinheiten Arbeits- und Kontrollmöglichkeiten erhalten werden.

   Können unter Ausschöpfung aller dazu geeigneten Möglichkeiten, einschließlich unter Bezugnahme auf CFS Nr. 43 die Forderungen dieser Gruppen nicht abgewiesen werden, sind die Öffnung von Räumen und Schränken sowie die Einsichtnahme in Dokumente und Unterlagen zu ermöglichen.

2. Einsichtnahmen können zu solchen Dokumenten und Materialien erfolgen, wie:

– Grundsätzliche Regelungen zu den operativen Grundprozessen (Richtlinien)
– Dokumente und Materialien zur Organisierung der AI-Tätigkeit, einschließlich Speichernutzungsordnung
– VSH-Kartei/Sichtkartei, ZMA
– Regelungen zum innerdienstlichen Betrieb
– Dienstlaufbahnordnung
– Kaderordnung
– Schußwaffengebrauchsordnung
– Innendienstordnung
– Dokumente zur Besoldung und Versorgung
– Regelung zu ehemaligen Angehörigen
– Vollzug U-Haft
– Verhinderung und Bekämpfung des rechtswidrigen Umgangs mit Schußwaffen, Munition, Sprengmitteln
– Vorbeugung und Verhinderung von Schmuggel und Spekulation
– Bekämpfung von Terrorismus und anderen Gewaltakten/Neofaschismus

- vorbeugende Verhinderung und Bekämpfung von Bränden und Havarien
- Ergebnisse operativer Vorkommnisuntersuchungen (BUS) einschließlich diesbezüglicher Informationstätigkeit an Partei- und Staatsführung
- abschließende Berichte von durchgeführten EV zu Spionage und Wirtschaftskriminalität
- Abwehrarbeit MVM/MI
- operative Fahndung
- Geheimnisschutz
- Ergebnisse zu Geheimnisträgern, Auslands- und Reisekadern

Es ist zu sichern, daß keine Aufzeichnungen angefertigt und keine Dokumente mitgenommen werden.

Es ist in eigener Zuständigkeit zu entscheiden, zu welchen genannten Dokumenten und Unterlagen Einsicht zu gewähren ist und welche Räume betreten werden dürfen.

3. In jedem Fall ist Einsicht in geheime Dokumente und Materialien zu verhindern, wie:

- IM/GMS-Unterlagen einschließlich IM/Nachweise
- Dokumente zur Organisierung der Aufklärungs- und Spionageabwehr und zur Arbeit im und nach den OG
- Grundlagendokumente zu Befehl 11/79
- OV, OPK und andere Materialien, aus denen konkrete Schlußfolgerungen zu IM möglich sind
- Festlegungen gemäß Kennziffern.

4. Es ist Bereitschaft zu zeigen und gegebenenfalls [sind] kontrollfähige Vereinbarungen zu treffen, daß jene Unterlagen und Karteien vernichtet werden, die 'Überwachungsmaßnahmen des ehemaligen MfS' enthalten. Auch damit ist zu demonstrieren, daß diese Maßnahmen vom Amt nicht fortgesetzt werden.

Schwanitz, Generalleutnant

Dokument 28

Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit, Leipzig 06.12.1989[801]

Quelle: Kopie in: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp. Entwurf in: ABL Hefter 17, unp.

Maßnahmeplan des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit

Leipzig, 6.12.1989,	vorgeschlagen:	12.00 Uhr
	fertiggestellt:	23.00 Uhr

Das Bürgerkomitee hat sich die Aufgabe gestellt, im Einklang mit der parlamentarischen Legitimierung durch die Regierung Modrow, Archive und Beweismaterial aus dem Bereich des ehemaligen MfS sicherzustellen und Verschleierungsversuche zu verhindern.

Wir setzen uns dafür ein, diese Aufgaben auch auf die bisherige Arbeit der Parteien, des FDGB und *andere gesellschaftliche Organisationen* auszudehnen.

In Abstimmung mit dem Militärstaatsanwalt, dem Bezirksstaatsanwalt, dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit und dem Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates [im Vorschlag hieß es: des Ministerpräsidenten] werden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Der Militärstaatsanwalt und der Bezirksstaatsanwalt werden Ermittlungs- und Sicherstellungsmaßnahmen im Bezirk Leipzig entsprechend ihren Kompetenzbereichen und bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einleiten.

   In Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee soll damit die noch mögliche Sicherung von Archivinhalten und Beweismaterial erreicht werden (Schriftmaterial, Videomaterial, Filme usw.).

2. Angehörige der Volkspolizei übernehmen weiterhin im Auftrag der Unterzeichner dieses Maßnahmeplanes die Sicherung der Objekte und Einrichtungen des ehemaligen MfS, des Bezirksamtes und der Kreisämter sowie weiterer Objekte und Einrichtungen im Territorium des Bezirkes Leipzig.

3. Die Kontrolle der Versiegelung der Räume, der Heizungseinrichtungen und der noch erforderlichen Personenbewegungen wird durch Beauftragte des Bürgerkomitees und Angehörige der VP sowie des Militärstaatsanwaltes in

801 Die Änderungen die im Verlauf der Verhandlungen in den Entwurf des Bürgerkomitees Leipzig eingearbeitet wurden sind wie folgt gekennzeichnet: Alle Ergänzungen der späteren Fassung sind kursiv gesetzt, Streichungen als solche kenntlich.

den Objekten gewährleistet. Voraussetzung ist eine gemeinsame systematische Gesamtbegehung der jeweiligen Objekte mit Ergänzung und Protokollierung der Siegelung. Alle dazu notwendigen Vollmachten werden den nominierten Beauftragten des Bürgerkomitees erteilt.

4. Das Bezirksamt und die Kreisämter für Nationale Sicherheit wurden auf Betreiben des Bürgerkomitees auf Entscheid des Amtes für Nationale Sicherheit geschlossen. [Im Vorschlag hieß es: das Bezirksamt und die Kreisämter für Nationale Sicherheit werden geschlossen]

   Bereiche nationaler Sicherheit bleiben jedoch arbeitsfähig. Ein glaubwürdiger Nachweis ihrer ausschließlichen Nutzung für die Belange der nationalen Sicherheit ist zu erbringen. Analog wird bei Waffenkammern verfahren.

   Aufgaben der Funktionssicherheit der Betriebsanlage der Gebäude werden erfüllt.

5. Zur persönlichen und juristischen Sicherheit von ehemaligen Mitarbeitern des MfS sowie von Bürgern sind strafprozessuale Regelungen gesetzlich verankert, die Aussagemöglichkeiten gegenüber dem Bürgerkomitee und der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von Straftatbeständen gewährleisten (§ 28 StPO).

6. Hinweise auf Zivilobjekte und Dienststellen anderer Organe sind durch Bezirksstaatsanwalt oder Militärstaatsanwalt sowie Angehörige der VP *entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen* zu verfolgen.

7. Auf der Grundlage notwendiger Beschlüsse der Volkskammer ist eine autorisierte und kompetente Kontrollkommission zu installieren. *Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee erforderlich.* Aufgabe der Kontrollkommission wird die inhaltliche Aufarbeitung der sichergestellten Materialien und [im Entwurf heißt es statt und: unter] Wahrung nationaler Interessen zur Aufdeckung möglicher Straftatbestände sein. *Parlamentarische Transparenz im Zuge der Geschichtsaufbereitung ist zu gewährleisten.*

Beauftragter des Vorsitzenden des Ministerrates
[gez.] Peter Rosentreter

Militärstaatsanwalt
[gez.] Walter Köcher

Bezirksstaatsanwalt
[gez.] Karl Munkwitz

i.A. des Ministeriums für Innere Angelegenheiten
[gez.] unlesbar

Bürgerkomitee
[gez.] Michael Kleinert – DA

[gez.] Ulrike Eichler

[gez.] Christian Scheibler – DA

[gez.] Thomas Krug

Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit
[gez.] Hummitzsch

[gez.] Frank Deichmann – Neues Forum

[gez.] Gerhard Scheckinger – NDPD

[gez.] unlesbar – LDPD

[gez.] Gerhard Riedel – Pfarrer

[gez.] Falk Hoquéll – Neues Forum

Dokument 29

Presseerklärung des Bürgerkomitees Leipzig und der Vertreter staatlicher Stellen, Leipzig 06.12.1989

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, 6.12.1989,
14.00 Uhr

Presseerklärung

Das Bürgerkomitee Leipzigs, Vertreter der Regierung, des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und der Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit geben folgende Erklärung ab:

1. Der Ministerpräsident Modrow hat für alle Bezirke grundlegende Kontrollmaßnahmen aller Ämter für Nationale Sicherheit angewiesen, die autorisierte, mit allen Vollmachten ausgestattete Vertreter heute noch durchsetzen werden.

2. In Leipzig sind bisher zwei Strafanzeigen wegen Verdachtes auf Urkundenvernichtung erstattet worden. Die Militärstaatsanwaltschaft ermittelt in beiden Fällen. Mitglieder des Bürgerkomitees sind in diese Ermittlungen einbezogen.

3. Auf Forderung des Bürgerkomitees wurde durch Mitarbeiter der Deutschen Volkspolizei die Sicherung aller bekannten Objekte übernommen. Des weiteren wurden durch das Bürgerkomitee und Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft Räume und Aktenschränke in Objekten des Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Leipzig versiegelt.

4. Alle Kreisämter für Nationale Sicherheit sollen geschlossen werden und werden weiter durch die Deutsche Volkspolizei gesichert.

5. Durch den Leiter des Bezirksamtes wurden heute darüber hinaus folgende Kontrollmöglichkeiten dem Bürgerkomitee angeboten: Einsichtnahme in Videofilme sowie in sensible Bereiche wie Waffenkammern des Bezirksamtes.

6. Es kommt nunmehr darauf an, daß unter der Leitung des Militärstaatsanwaltes bzw. Bezirksstaatsanwaltes und der Deutschen Volkspolizei gemeinsam mit dem Bürgerkomitee die gesicherten Objekte und möglichen Beweismittel für Straftatbestände überprüft und gegen die Verantwortlichen gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

Dokument 30

Runder Tisch – noch sehr eckig. Erklärung nach Vorbereitungsgespräch, Leipzig 06.12.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 06.12.1989, S. 2.

Runder Tisch – noch sehr eckig
Erklärung nach Vorbereitungsgespräch

Das Vorbereitungsgespräch zum 1. Runden Tisch in Leipzig verlief sehr kontrovers. Trotz ausreichender Vorbereitungszeit waren SED-Spitzenfunktionäre des Bezirkes nur sehr zögernd bereit, einige grundlegende Forderungen der unabhängigen demokratischen Gruppen zu akzeptieren. So drohte das Gespräch bereits zu scheitern, als die Gruppen auf ihren Forderungen nach zentralen Arbeitsräumen, eigenverantwortlichem Medienzugang und Erteilung von Druck- und Vervielfältigungsrechten bestanden. Hier wurden Teilergebnisse erzielt, aber sehr viel Diskussionszeit verbraucht – und die Zeit drängt.

Anschließend wurde die brisante Lage in Leipzig diskutiert. Redner der unabhängigen oppositionellen Gruppen stellten fest, daß die derzeitige Lage infolge Machtmißbrauch und Mißwirtschaft entstanden ist und die Verantwortlichen noch keinerlei Konsequenzen gezogen haben.

Um wenigstens einen Ansatzpunkt für den Stopp des wachsenden Mißtrauens gegenüber der SED zu schaffen, so erklärten die unabhängigen Gruppen, seien folgende Voraussetzungen zu schaffen:

– Offenlegung des Grundbesitzes und der Parteibetriebe sowie des Eigentumerwerbes daran;

– Einsetzung von Untersuchungsausschüssen für die Ereignisse des 7./9. Oktobers, zur Überprüfung der Privilegien von Funktionären und von Amtsmißbrauch sowie zur Feststellung des Wahlbetruges.

Die SED zeigte hierzu keine Gesprächsbereitschaft.

Die unabhängigen demokratischen Gruppen erklärten weiter ihre Bereitschaft, an den Untersuchungsausschüssen mitzuwirken. Gleichzeitig betonten sie, daß das öffentliche Leben aufrecht erhalten werden muß, bis frei gewählte Volksvertreter ihre Arbeit aufnehmen.

Betrachtet man das Gespräch insgesamt, so bleibt der Eindruck, daß es der SED einzig darauf ankommt, sich durch die unabhängigen demokratischen Gruppen zu legitimieren, um Zeit zu gewinnen, ihre Sozialismusvorstellung wieder durchzusetzen. Insbesondere wird dies bestärkt durch die Tatsache, daß Herr Wötzel die Presse ohne Wissen der Gruppen vom Gespräch ausschloß, durch anwesende Fotografen aber einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchte. Begleitet wurde dieses Verhalten durch eine inhaltlich entstellte

Presseerklärung (LVZ vom 2./3. Dezember), die Konsens zu Themen vorspiegelt, die kontrovers offen gelassen wurden. Dies betrifft zum Beispiel die Formulierung „konsequente und grundlegende Erneuerung des Sozialismus“ im Sinne der SED und die unzutreffende Äußerung zur Montagsdemonstration, die Neofaschismus und „Wiedervereinigungsträume“ in einen Topf wirft.

Im Auftrag aller am Runden Tisch beteiligten unabhängigen demokratischen Gruppen Leipzigs:

Michael Kleinert
Demokratischer Aufbruch

Dokument 31

Fernschreiben an die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates, Berlin 07.12.1989

Quelle: BStU, ZA, DSt 103647.

Berlin, 07.12.1989

BdL/359/89

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Fernschreiben an
die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates

1. Der Ministerrat hat die Tätigkeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates bestätigt und dankt ihnen und allen Partnern des Zusammenwirkens für die bisherige Arbeit.

2. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 07.12.1989 folgendes festgelegt:

   – Die Regierung verurteilt das unberechtigte Sammeln von Informationen durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit und verbietet ein Fortsetzen derartiger Praktiken.

   – Die Regierung bekräftigt das Erfordernis des Schutzes von Staatsgeheimnissen und wendet sich gegen ein Offenlegen von Staatsgeheimnissen, die die nationale Sicherheit gefährden.

   – Die Regierung beauftragt den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, die unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten. Das Vernichten hat unter Aufsicht von Beauftragten der Regierung, der örtlichen Staats- und Rechtspflegeorgane und gegebenenfalls Vertretern der Öffentlichkeit zu erfolgen.

   – Der Minister für Innere Angelegenheiten und die Vorsitzenden der örtlichen Räte werden beauftragt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit und die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Staatsorgane zu gewährleisten.

3. In der gemeinsamen Arbeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates mit den Vertretern örtlicher Staatsorgane und Bürgervertretern ist nach dem Grundsatz des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung sowie unter Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit und der Wahrung des Geheimnisschutzes auszugehen.

4. Der Leiter der jeweiligen Dienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit sollte in einem Auskunftsbericht entsprechend der Lage darstellen:

   – Struktur, Aufgabenstellung, Funktionsbereiche, Verantwortlichkeiten sowie den Umfang der Tätigkeit des ehemaligen MfS und des jetzigen Amtes für Nationale Sicherheit auf Bezirks- und Kreisebene,

   – wenn erforderlich, Offenlegung und Einsichtnahme in Unterlagen bei Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen (Quellenschutz),

   – Gewährleistung des Zugangs zu Einrichtungen, Gebäuden und Räumen sowie Ermöglichung von Kontrollen in arbeitenden Bereichen (Sperrbereiche unterliegen der Kontrolle des Militärstaatsanwaltes),

   – von den Mitarbeitern können Auskünfte erteilt werden, soweit nicht nationale Sicherheitsinteressen und der Quellenschutz verletzt werden,

   – Feststellung über Rechtsverletzungen sind als Grundlage für die weitere Arbeit der Justizorgane zu dokumentieren.

Die Leiter der in der Vollmacht des Vorsitzenden des Ministerrates genannten Einrichtungen sind über den Inhalt des Fernschreibens in Kenntnis zu setzen mit dem Hinweis, daß bei Forderungen nach Offenlegung der Tätigkeit anderer Staatsorgane sinngemäß zu verfahren ist.

Dokument 32

LVZ-Artikel „Ehemaliges MfS-Gebäude jetzt unter Kontrolle. Bürgerkomitee bleibt in der 'runden Ecke' am Drücker", Leipzig 07.12.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 07.12.1989, S. 2.

Ehemaliges MfS-Gebäude jetzt unter Kontrolle
Bürgerkomitee bleibt in der „runden Ecke" am Drücker

Leipzig (LVZ/A.Li.) Kurz nach Mitternacht postierten sich gestern Volkspolizisten an der „runden Ecke" in Leipzig. Sie kontrollieren zum Beispiel von jedem, der das Gebäude des ehemaligen MfS verläßt, die Taschen.

Auf Forderung des Leipziger Bürgerkomitees, das sich zur Untersuchung mutmaßlicher Verschleierungen und zur Sicherung von Akten in den bezirklichen Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit konstituiert hat, übernahm die VP am Mittwoch die Sicherung aller bekannten Objekte, Räume und Aktenschränke wurden versiegelt.

Wie LVZ auf einer Pressekonferenz erfuhr, sind zwei Strafanzeigen wegen Verdachts auf Urkundenfälschung erstattet worden. In die Ermittlungen der Militärstaatsanwaltschaft sind Mitarbeiter des Bürgerkomitees einbezogen.

Der Leiter des Bezirksamtes, Manfred Hummitzsch, hat dem Bürgerkomitee weitere Kontrollmöglichkeiten eingeräumt: Einsichtnahme in Videofilme sowie in sensible Bereiche wie Waffenkammern. Außerdem sollen alle Kreisämter für Nationale Sicherheit im Bezirk geschlossen werden. Mit den Räten der Städte Altenburg und Delitzsch sind bereits Verhandlungen über Arbeitsmöglichkeiten für die Mitarbeiter des Amtes im Gange.

Michael Kleinert vom Bürgerkomitee erklärte auf eine LVZ-Frage, daß sich das Zusammenwirken mit MdI, Regierung, Staatsanwaltschaft und dem Bezirksamt nach zauderhaftem Beginn verbessert hat. Obwohl teilweise kontrovers diskutiert werde, bezeichnete er die Arbeit als effektiv und kompromißlos. Das Bürgerkomitee will sich dafür einsetzen, daß zur Kontrolle der Akten eine kompetente und autorisierte Kommission ins Leben gerufen wird, die auch öffentlich Rechenschaft ablegen soll. Man erwartete gestern weitere Regierungsvertreter.

Dokument 33

Artikel „Situation in der DDR hat sich weiter zugespitzt. Ausnahmezustand ist 'noch nicht im Gespräch'", Leipzig 08.12.1989

Quelle: Sächsisches Tageblatt vom 08.12.1989, S. 1.

Situation in der DDR hat sich weiter zugespitzt
Ausnahmezustand ist „noch nicht im Gespräch"

BERLIN (ST/ADN) Regierungssprecher Wolfgang Meyer hat gestern vor der internationalen Presse in Berlin darüber informiert, daß sich die Situation in der DDR weiter zugespitzt hat. Er wies darauf hin, daß diese Lage vor allem im Zusammenhang mit der Aufdeckung von Amtsmißbrauch und Korruption ehemaliger führender Funktionäre stehe.

Der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Dr. Wolfgang Schwanitz, wandte sich auf der Pressekonferenz an die Bürger der DDR. Leben und Gesundheit von Mitarbeitern des Amtes und ihrer Familienangehörigen in den Bezirken und Kreisen der DDR seien in höchster Gefahr, sagte er. Einige Dienststellen, u. a. Dresden, seien bereits nicht mehr arbeitsfähig. Die gesamte Entwicklung könne zu unabsehbaren Folgen für das Land und seine Bürger führen. Die Mitarbeiter seines Amtes würden für die falsche Sicherheitspolitik der ehemaligen Führung verantwortlich gemacht. Er teilte mit, daß der Ministerrat gestern Festlegungen zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit getroffen hat.

Auf eine Frage nach der Vernichtung von Akten in Ämtern für Nationale Sicherheit antwortete Dr. Schwanitz, dazu habe er den Befehl erteilt. Es handele sich um Unterlagen und Dokumente, die auf der veralteten Sicherheitsdoktrin beruhten und damit von der Zeit überholt gewesen seien. Es war psychologisch sicherlich falsch, in dieser Situation einen solchen Befehl zu erlassen, ergänzte er auf die Zusatzfrage, damit etwas vertuschen zu wollen.

Weiterhin informierte er darüber, daß es in diesen Tagen in zahlreichen Bezirksämtern seines Verantwortungsbereiches zu Übergriffen von Hunderten Menschen gekommen sei. Auf Seiten der Sicherheitsorgane gäbe es viele Verletzte, die ambulant behandelt worden seien. Ob die Gefahr eines Ausnahmezustandes drohe, lautete eine weitere Frage. Zunächst antwortete Schwanitz, eine solche Maßnahme sei „noch nicht im Gespräch". Schließlich, so fügte Schwanitz auf eine weitere Frage hinzu, sehe kein Gesetz der DDR einen Ausnahmezustand vor.

Wolfgang Schwanitz appellierte an die Vernunft, Gewalttätigkeiten sofort einzustellen und die entstandenen Probleme politisch zu lösen.

Dokument 34

Präzisierung des Maßnahmeplanes des Bürgerkomitees Leipzig vom 06.12.1989, Punkt 7, Leipzig 08.12.1989

Quelle: BArch, DC-20 11348, unp.

8. Dez. 1989

In Präzisierung des Maßnahmeplanes des Bürgerkomitees zur Gewährleistung der öffentlichen und parlamentarischen Kontrollen im Bereich der inneren Sicherheit – Leipzig vom 06.12.89, Punkt 7, wird vereinbart:

1. Am Dienstag, 12.12.89, wird eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Amtes für Nationale Sicherheit, der Militärstaatsanwaltschaft und des Bürgerkomitees, beauftragt und bevollmächtigt, Dokumente und Aufzeichnungen des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Leipzig zu sichten.

   Das Sichten erfolgt nach folgenden Kriterien:

   – Die von Mitarbeitern des Bezirksamtes als im Interesse der nationalen Sicherheit geheimzuhalten deklarierten Materialien und Dokumente werden ohne Einsichtnahme durch die Kontrollkommission in einem definiert abgegrenzten Archivbereich verwahrt und gesichert. Auf der Grundlage der Geheimhaltungsstufen kontrolliert der Militärstaatsanwalt die Glaubwürdigkeit der Einstufung stichprobenartig.

   – Materialien und Dokumente, die durch die Kontrollkommission eingesehen werden können, werden bezüglich ihrer Relevanz für die Aufhellung der bisherigen Arbeitsweise des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit geprüft. Im Interesse einer lückenlosen Dokumentation dieser Arbeit und eventueller Konsequenzen aus dieser Arbeit wird durch die Kommission entschieden, welche Materialien und Dokumente in einem 2. definiert abgegrenzten Archivbereich zu verwahren und zu sichern sind.

   – Materialien und Dokumente, die weder unter die Bedingungen des 1. bzw. 2. Anstrichs einzuordnen sind, werden in einem 3. definiert abgegrenzten Bereich verwahrt und gesichert. Über ihre mögliche Vernichtung wird zu einem späteren geeigneten Zeitpunkt durch die Kommission entschieden. Die Sicherung erfolgt mit Sicherungsband und dem Dienstsiegel des Militärstaatsanwaltes.

2. Das Bezirksamt für Nationale Sicherheit unterbreitet einen nach Konzentrationsschwerpunkten (Archiven) geordneten vollständigen Vorschlag zur effektiven Durchführung der Kontrolle. Das Bürgerkomitee benennt 10 Bürger namentlich zur Mitarbeit. Der durch diese Tätigkeit entstehende

Lohnausfall wird nach Vorlage eines entsprechenden Nachweises durch die Regierung der DDR übernommen. Die Tätigkeit dieser Kommission erfolgt werktags in der Zeit von 8.00 – 17.00 Uhr.

3. Die Offenlegung der Ergebnisse der Kommissionstätigkeit wird gewährleistet. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte ist dabei zu garantieren.

Beauftragter des Vorsitzenden
des Ministerrates

[gez.] Peter Rosentreter

Militärstaatsanwalt
[gez.] Walter Köcher

Leiter des Bezirksamtes für
Nationale Sicherheit
[gez.] Reinhard Eppisch

Bürgerkomitee
[gez.] Michael Kleinert

[gez.] Christian Scheibler

[gez.] Falk Hoquéll

Dokument 35

Schreiben des Rates des Bezirkes an alle neuen basisdemokratischen Gruppen und Parteien, Leipzig 08.12.1989

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

Rat des Bezirkes Leipzig 7030 Leipzig, den 8.12.1989

Sekretär Karl-Liebknecht-Straße 145

[An Verteiler]

Ausgehend von der tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, in der sich die DDR und damit auch der Bezirk Leipzig befindet, und der Gefahr, das öffentliche Leben nicht mehr aufrecht erhalten zu können, wendet sich der Rat des Bezirkes an alle neuen basisdemokratischen Gruppen und Parteien mit der Bitte, gemeinsam Aktivitäten zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Versorgung und Betreuung für alle Bürger des Bezirkes zu beraten und zu schaffen.

Wir schlagen vor, bis zu dem Zeitpunkt, wo frei gewählte Volksvertreter ihre Arbeit aufnehmen, in engster Zusammenarbeit, zum Beispiel im Bezirkstag Leipzig und seinen ständigen Kommissionen oder in der zur Bezirkstagssitzung am 14.12.1989 noch zu wählenden Kommission zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption, und unter Beachtung der unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Meinungsverschiedenheiten im eingangs erwähnten Sinne an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben heranzugehen. Wir würden Ihr Mitwirken sehr begrüßen und laden Sie zu einem Gespräch (evtl. 2 bis 3 Vertreter)

am Dienstag, dem 12. Dezember 1989, 16.00 Uhr,

in den Rat des Bezirkes, Karl-Liebknecht-Str. 145,

Leipzig, 7030, Ratssaal (Zimmer 450)

herzlich ein.

An dem geplanten Gespräch werden der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und weitere Mitglieder des Rates des Bezirkes teilnehmen. Eingeladen wurden Vertreter folgender Gruppen und Parteien:

– Bürgerkomitee Leipzig
– Initiative Frieden und Menschenrechte
– Sozialdemokratische Partei
– Böhlener Plattform – Vereinigte Linke

– Neues Forum
– Freie Initiative 1989 – Volksentscheid

Mit freundlichen Grüßen

Klaus W i n t e r

Dokument 36

Vermerk über eine Information des Regierungsbeauftragten für Leipzig, Peter Rosentreter, vom 08.12.1989, Berlin 08.12.1989.

Quelle: BArch DC-20 11348, unp.

Vermerk

Am 8.12.1989 gegen 4.00 Uhr meldete sich der Sprecher des Bürgerkomitees in Leipzig telefonisch beim Regierungsbeauftragten und teilte ihm mit, daß er im Besitz einer Kopie des Fernschreibens des VMR [Vorsitzenden des Ministerrates] vom 7.12.1989 sei. Die in diesem Fernschreiben angewiesene unverzügliche Vernichtung von Dokumenten widerspreche den Festlegungen ihres gemeinsamen Maßnahmeplanes, in dem im Punkt 7 festgelegt wurde, daß eine gemeinsame Kontrollkommission die sichergestellten Materialien aufarbeiten soll. Mit der Festlegung im Fernschreiben fühle man sich ernsthaft hintergangen. Vom Regierungsbeauftragten, Genossen Rosentreter, wurde zugesichert, daß er persönlich für die gemeinsam getroffenen Festlegungen einstehe.

Genosse Rosentreter bittet bis 10.00 Uhr am 8.12.1989 um Bestätigung, daß in Leipzig eine Veröffentlichung in der Presse dahingehend erfolgen kann, den Punkt 7 der gemeinsamen Festlegung so auszugestalten, daß ab nächste Woche gemeinsam mit den Bürgervertretern die Sichtung der Dokumente beginnt. Eine Differenzierung der Dokumente soll dahingehend erfolgen, welche Dokumente der Geheimhaltung weiter unterliegen sowie in Dokumente, die zugängig gemacht werden können mit der Entscheidung zur weiteren Aufbewahrung bzw. Vernichtung.

Dokument 37

Appell der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an die Leipziger Bürger und Bürgerinnen, Leipzig 09.12.1989

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 11.12.1989, S. 2.

Appell
an die Leipziger Bürger und Bürgerinnen

In den vergangenen Tagen wurden in unserem Land Gebäude und Einrichtungen des ehemaligen MfS von Bürgern und Bürgerkomitees besetzt.

In dieser Zeit ist es zu Angriffen auf Gebäude und Personen gekommen. In Leipzig sind diese Ereignisse durch Euer Tun und Handeln friedlich verlaufen.

Die eingesetzten Bürgerkomitees zur Überprüfung von Gebäuden und Aktenbeständen haben ihre Arbeit aufgenommen. Das bedeutet einen ungeheueren Arbeitsaufwand!

Wir rufen alle Bürger auf, diese Untersuchungen auch weiterhin nicht durch Übergriffe jedweder Art zu gefährden. Hinweise auf bislang ungesicherte und unbesetzte Gebäude und Einrichtungen müssen an die Bürgerkomitees, oppositionelle Parteien und Gruppen gegeben werden.

Keine Übergriffe! Keine Selbstjustiz! Nur gewaltfrei können alle Aufklärungen betrieben werden.

Keine Gewalt! Unterstützt die Arbeit der Bürgerkomitees durch weiteres besonnenes und friedliches Handeln!

NEUES FORUM
Demokratischer Aufbruch
Sozialdemokratische Partei
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig
Grüne Partei
Mitglieder des Studentenrates der KMU
Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig
Leipzig, 9.12.89, 20 Uhr

Dokument 38

Beschluß des Koordinierungstreffens der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig, Leipzig 09.12.1989

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

Koordinierungstreffen
der oppositionellen
Gruppen und Parteien
im Kreis Leipzig den, 9.12.1989

B e s c h l u ß

Das Koordinierungstreffen der oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig hat sich am 09.12.1989 mit der Lage in unserer Stadt Leipzig befaßt. Es hat darüber beraten, wie die Lage in Leipzig stabilisiert und die Funktionen des Rates der Stadt bis zur Wahl legitimierter Volksvertreter gewährleistet werden kann. Es hat beschlossen:

1. Sofort ein Bürgerkomitee, das aus Fachleuten, anerkannten Bürgern der Stadt und Vertretern aller Parteien und Gruppen und Initiativen zusammengesetzt sein soll zu schaffen. In dieses Bürgerkomitee sollen die bestehenden Bürgerkomitees einfließen.

2. Das Bürgerkomitee soll bis zur Wahl einer neuen Stadtverordnetenversammlung die bestehende Stadtverordnetenversammlung unterstützen und Beschlüssen fassen, die über deren bisherige Kompetenz hinaus gehen können.

3. Das Bürgerkomitee faßt eigenständige Beschlüsse (mit einfacher Mehrheit) und beauftragt den Rat der Stadt, diese durchzusetzen. Es kontrolliert die Durchsetzung der Beschlüsse durch den Rat der Stadt. Dieser ist dem Bürgerkomitee rechenschaftspflichtig. Der Rat der Stadt soll bis zur Wahl einer neuen Stadtverordnetenversammlung weiter amtieren.

4. Wir fordern den amtierenden Oberbürgermeister der Stadt Leipzig auf, zur Bildung des Bürgerkomitees aufzurufen und dieses bis spätestens zum 18.12.1989 einzuberufen.

5. Wir gehen davon aus, daß Bürger und Bürgerinnen, die sich an der Arbeit des Bürgerkomitees beteiligen, eine bezahlte Freistellung in ihren Betrieben erhalten. Die Kosten dafür hat der Rat der Stadt zu tragen.

6. Mit der Bildung des Bürgerkomitees erklären wir den „Runden Tisch“ mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig für aufgehoben.

7. Die oppositionellen Gruppen und Parteien im Kreis Leipzig erklären ihre Bereitschaft, die Bildung und Arbeit des Bürgerkomitees zu unterstützen.

8. Diese Erklärung wird dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig am 11.12.1989 überbracht. Die bestehenden Bürgerkomitees werden von dieser Erklärung in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung gebeten.

Demokratischer Aufbruch
Grüne Partei
Initiative Frieden und Menschenrechte
Neues Forum
Ökolöwen – Umweltbund Leipzig
Sozialdemokratische Partei
Studentenrat der KMU (1 Vertreter)
Vereinigte Linke

Dokument 39

Pressemitteilung des Bürgerkomitees zur Bildung einer Aktensichtungskommission, Leipzig [10.12.1989]

Quelle: Kopie beim Autor

Pressemitteilung

Ab Dienstag, den 12.12.1989 beginnt das Bürgerkomitee mit der Grobsichtung der Akten und Dienstunterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Wir benötigen dazu interessierte Archivare, Historiker, Juristen und Ökonomen sowie weitere Mitarbeiter. Lohnausgleich wird seitens der Regierung der DDR zugesichert.

Anmeldung erbitten wir unter [...].

Dokument 40

Brief der neuen demokratischen Gruppen und Parteien an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Einrichtung eines Runden Tisches auf Bezirksebene, Leipzig 11.12.1989

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-1. Sitzung), unp.

An den
Vorsitzenden des Rates d. Bez.
Herrn Opitz
Karl-Liebknecht-Straße 145
Leipzig
7 0 3 0

Leipzig, den 11.12.1989

Einrichtung eines Runden Tisches auf Bezirksebene

Auf der Grundlage der entstandenen gesellschaftlichen Situation und auf dem Hintergrund des DDR-weiten Runden Tisches in Berlin schlagen wir in Präzisierung unserer Vorstellungen einen Runden Tisch auf der Ebene des Bezirkes vor.

An ihm müssen die sechs auch in Leipzig arbeitenden überregionalen oppositionellen Gruppierungen/Parteien (Sozialdemokratische Partei in der DDR, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke und Grüne Partei) mit je zwei Vertretern teilnehmen. Die fünf etablierten Parteien (SED, LDPD, CDU, NDPD, DBD) müssen ebenfalls mit je zwei Vertretern teilnehmen. Um eine paritätische Besetzung zu gewährleisten, müssen diese Parteien zwei weitere Personen ihrer Wahl hinzuziehen. Die paritätische Besetzung muß auch bei Berücksichtigung neuer oppositioneller Gruppierungen gewährleistet sein.

Wegen der Bedeutung der Kirche im gegenwärtigen Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung müssen zwei kirchliche Persönlichkeiten am Runden Tisch mit Vorschlags-, Rede- und Antragsrecht teilnehmen.

Darüber hinaus haben Interessengruppen (ÖkoLöwe u. a.) die Möglichkeit, am Runden Tisch teilzunehmen und bei einem sie betreffenden Sachgebiet Vorschlags-, Rede- und Antragsrecht. Im Bedarfsfall werden Mitarbeiter der Exekutive und der kommunalen Verwaltung eingeladen.

Als Grundlage für das Zustandekommen des Runden Tisches erwarten wir die Erfüllung folgender Forderungen bis zum 19. Dezember 1989:

1. Offenlegung der Gebäude, die sich in SED-Besitz im Bezirk befinden und Nachweis, wie sie in diesen Besitz überführt worden sind.

2. Offenlegung der Parteibetriebe im Bezirk und Nachweis der Grundlage, auf welcher diese aus dem Volkseigentum in Parteieigentum übergegangen sind.

3. Erteilung der Genehmigung zur Herausgabe, Herstellung und dem Vertrieb von Informationsblättern, Zeitungen und Zeitschriften an die oppositionellen Gruppierungen (solche Anträge liegen zum Beispiel vom Neuen Forum, Demokratischen Aufbruch sowie der Initiative Frieden und Menschenrechte vor).

4. Die oppositionellen Gruppierungen erhalten die Möglichkeit selbstverantworteter Sendezeiten im Sender Leipzig.

5. Den Sprechern und Vorstandsmitgliedern der oppositionellen Gruppierungen werden Telefonanschlüsse in den Wohnungen installiert.

6. Beim Freiwerden weiterer Verwaltungs- und Parteigebäude/-räume werden die oppositionellen Gruppierungen in der Neuvergabe berücksichtigt.

7. Den oppositionellen Gruppierungen werden Einfuhrgenehmigungen für Druck-, Heft- und Vervielfältigungsmaschinen sowie technische Büroausstattung nach jeweils eigenem Bedarf erteilt.

8. Der Zugang zu den Strafvollzugseinrichtungen, ihren Arbeitsstätten und medizinischen Einrichtungen zum Zwecke der Besichtigung wird nach Vereinbarung erteilt.

Als zu bearbeitende Themen schlagen wir für den 19. Dezember vor:
1. Rekapitulation und Aufklärung der Ereignisse vom 2. bis 9. Oktober 1989.

2. Untersuchung der Privilegien der Parteifunktionäre im Bezirk Leipzig und Veröffentlichung der Ergebnisse.

3. Offenlegung der Vorgänge zur Vernichtung der Wahlunterlagen und Stellungnahme zum Wahlbetrug durch die etablierten Parteien.

Zu diesem Zweck sollte der Bezirksstaatsanwalt am 19. Dezember 1989 zugegen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Neues Forum
Sozialdemokratische Partei

Demokratischer Aufbruch
Initiative Frieden und Menschenrechte
Grüne Partei
ÖkoLöwe

Dokument 41

Information zur Besetzung der Staatssicherheit für das Friedensgebet am 11.12.1989, Leipzig 11.12.1989

Quelle: Günter Hanisch/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.), Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst '89 in Leipzig, Berlin 1990, S. 200.

1. Am Montag, dem 4. Dezember, haben Mitglieder des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs, der Vereinigten Linken und andere Bürger Einlaß erhalten in die bisherige Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit.

   Es wurden im Verein mit einem Bevollmächtigten der Regierung der DDR, dem Militärstaatsanwalt und dem Staatsanwalt das gesamte Gebäude gesichert und die Nachfolgeeinrichtungen mit einbezogen.

   Die Objekte des bisherigen MfS werden von der Volkspolizei bewacht.

2. Im Verlauf dieser Aktion hat sich ein Bürgerkomitee gebildet, das sich die Aufgabe gestellt hat, im Einklang mit der parlamentarischen Legitimierung durch die Regierung Modrow Archive und Beweismaterial aus dem Bereich des ehemaligen MfS sicherzustellen und Verschleierungsversuche zu verhindern.

   Darüber existiert ein Maßnahmeplan und eine Presseerklärung vom 6. Dezember, aus denen Einzelheiten und Arbeitsweise hervorgehen.

3. Wir bitten alle Gottesdienstbesucher, die zur Demo gehen, darauf zu achten, daß das ehemalige MfS tatsächlich geschlossen ist und daß das Bürgerkomitee im Raum über dem Eingang dieses Gebäudes sein wird. Wir bitten, auch zu unterscheiden, daß das Nebengebäude nicht dem MfS gehört, sondern die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei ist. Außerdem ist dem Gerücht aus Sachkenntnis zu widersprechen, die Angehörigen des MfS hätten Waffen. Dies ist nicht der Fall.

Dokument 42

Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit im Bereich der nationalen Sicherheit, Leipzig 12.12.1989

Quelle: Kopie beim Autor.

Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig zur Durchsetzung
von Rechtsstaatlichkeit im Bereich der nationalen Sicherheit
Leipzig, den 12.12.1989, 23.00 Uhr

---

1. Das Amt für Nationale Sicherheit ist strukturell, personell und bezüglich seiner Objekte aufzulösen. Ausgewählte Aufgaben werden an diverse Behörden delegiert.
2. Die folgenden ausgewählten Aufgaben werden anderweitig neu aufgebaut:
   a) Auslandsaufklärung wird von einem *Zentralen Nachrichtendienst* wahrgenommen. Sie umfaßt keine militärische Aufklärung. Sie wird dem Ministerrat unterstellt und ist der Volkskammer rechenschaftspflichtig.
   b) Militärische Aufklärung und Abwehr wird der NVA übertragen.
   c) Es ist ein *Amt für Verfassungsschutz* neu zu schaffen. Folgende Aufgaben werden im wesentlichen wahrgenommen:
      – Schutz vor Terror und verfassungsfeindlichen Aktionen (z. B. Neofaschismus)
      – Sicherung der Volkswirtschaft vor Sabotage
      – Spionageabwehr im Inneren

      Dem Amt stehen keine Exekutivorgane zur Verfügung.
   d) Paßkontrolle, Fahndung (Grenze) etc. werden von den Grenztruppen wahrgenommen.
   e) Objektschutz für Sonderobjekte sowie aktive Terrorbekämpfung werden dem MfIA unterstellt.
   f) Es ist ein *Amt für Datenschutz* neu zu gründen. Es wird dem Ministerrat direkt unterstellt und verfügt nicht über Exekutivorgane. Es ist dem zu schaffenden *Verfassungsgericht* rechenschaftspflichtig. Es ist unabhängig vom Verfassungsschutz, dem Ministerium für Innere Angelegenheiten und der NVA. Es hat in diesem Bereichen Kontrollrechte.
   g) Die Kräfte der Kriminalpolizei sind zu stärken.

3. Im Bezirk Leipzig sind die folgenden Umstrukturierungen vorzunehmen:
   - Alle Kreisdienststellen sind den jeweiligen Kommunalverwaltungen zu übergeben.
   - Das Bezirksamt für Verfassungsschutz wird im ehemaligen MfS-Objekt Gastav-Mahler-Str. installiert.
   - Das Bezirksamt für Datenschutz wird im ehemaligen MfS-Objekt Leipzig-Leutzsch installiert. Alle anderen Außenobjekte werden dem Rat der Stadt übergeben.
   - Der Bezirksamt-Neubau des ehemaligen MfS wird aufgrund seiner technischen Infrastruktur der neue Sitz des Rates der Stadt Leipzig. Das neue Rathaus wird nach Rekonstruktion für kulturelle bzw. museale Zwecke genutzt. Der Bezirksamt-Altbau wird dem Rat der Stadt übergeben. Die vorhandenen Nachrichtenmittel werden in den Verantwortungsbereich der Deutschen Post überführt. Vorhandene Abhöranlagen werden demontiert.
   - Eine strikte räumliche und personelle Trennung der Aufgaben a) bis g) ist zu gewährleisten.
4. Das gesicherte Archivmaterial wird dem Staatsarchiv zugeordnet.

Bürgerkomitee: [gez.] Michael Kleinert [gez.] Christian Scheibler

[gez.] Rosentreter
erhalten: Beauftragter des Vorsitzenden des Ministerrates

Dokument 43

Erklärung von Mitgliedern des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 17.12.1989

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, den 17.12.1989

Mit Besorgnis erleben wir die derzeitige Arbeit des Bürgerkomitees Leipzig. Seine Tätigkeit vermittelt in der Öffentlichkeit den Anschein, daß die Arbeit des ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unterbunden wurde.

Trotzdem das Amt für Nationale Sicherheit offiziell aufgelöst wurde, beobachten wir, daß sich zahlreiche ehemalige Mitarbeiter weiterhin im Haus des Bezirksamtes bewegen. Nicht einmal die inzwischen eingelagerten Aktenbestände können zuverlässig gesichert werden. Die in den letzten Tagen festgestellten Siegelbrüche sind Indiz dafür.

Grundsätzlich ist die Öffentlichkeitsarbeit unbefriedigend und so unsere Funktion als Bürgerkomitee in Frage gestellt. Für eine effektive Arbeit fehlen zuallererst Mitarbeiter, ganz zu schweigen von Fachkräften.

Zahlreiche Probleme beschäftigen und ängstigen uns:

– In einer modernen Informationsgesellschaft werden Daten nicht nur auf Papier, sondern auch elektronisch gesammelt, übertragen und verarbeitet. Die Existenz dafür nötiger aufwendiger Technik wird von der Leitung des ehemaligen MfS uns gegenüber geleugnet. Übergroße Kabel in den Kellern und große Antennen auf den Dächern stehen in keinem Verhältnis zu den aufgefundenen Datenaufbereitungsanlagen, elektronische Datenträger konnten bisher vom Bürgerkomitee nur in verschwindend geringem Umfang sichergestellt werden.

– Die Nachrichtenzentrale des aufgelösten Bezirksamtes für Nationale Sicherheit arbeitet weiter und kann von uns nicht kontrolliert werden.

– In der Bevölkerung halten sich hartnäckig Gerüchte über tiefe Keller- und Verbindungsgänge. Wir können sie bis heute nicht entkräften. Konkreten Hinweisen auf weitere Objekte konnte aus Kräftemangel nicht nachgegangen werden.

– Die Bezirksverwaltung des MfS ist baulich mit der Bezirksbehörde der Volkspolizei verbunden. Eine Kontrolle der angrenzenden Räume und Einrichtungen der BdVP ist bisher nicht erwogen worden.

– Das MfS unterstand direkt der SED bzw. ihren ersten Sekretären. Wir fordern, daß diese Verbindungen offengelegt und Daten, die sich in SED-Einrichtungen befinden, ebenfalls vor Zugriff und Vernichtung geschützt werden.

– Zur Aufdeckung des Aufbaus des MfS sind die ehemaligen Mitarbeiter von ihrer Schweigepflicht und allen Abhängigkeiten zu entbinden.

Wir befürchten, daß die ungesetzliche und für die Gesellschaft destruktive Tätigkeit des ehemaligen MfS in modifizierter Form weitergeführt wird. Deshalb fordern wir sofortige effektivere Maßnahmen zur Unterbindung der Arbeit des ehemaligen MfS.

Tobias Hollitzer	[gez.] Tobias Hollitzer
Konrad Taut	[gez.] Konrad Taut
Christian Hönemann	[gez.] Christian Hönemann
Michael Otto	[gez.] Michael Otto
Annerosel Bartsch	[gez.] Annerosel Bartsch
Karsten Junghans	[gez.] Karsten Junghans
Wolfgang Zorn	[gez.] Wolfgang Zorn
Frank Deichmann	[gez.] Frank Deichmann

Dokument 44

Text der Fürbitte zum Friedensgebet am 18.12.1989 [Auszug], Leipzig 18.12.1989

Quelle: Günter Hanisch/Gottfried Hänisch/Friedrich Magirius/Johannes Richter (Hrsg.), Dona nobis pacem – Fürbitten und Friedensgebete Herbst 1989 in Leipzig, Berlin 1990, S. 217.

Wir beten für die Menschen in den Sicherheitsdiensten,
– daß sie zur Einsicht kommen, Unrecht getan zu haben,
– daß sie bereuen und sich dem Guten zuwenden,
– daß sie die gerechten Urteile annehmen und zum Wohle der Menschen arbeiten.

[...]

Beten wir für die Menschen, die jetzt zu urteilen und aufzuklären haben,

– für die Menschen in den Komitees,
– für die Polizisten, Anwälte und Richter,
– für das Personal in den Haftanstalten.

Wir beten für die Menschen, die schuldig geworden sind an unserem Volk,
– für die, die sich noch immer nicht dazu bekennen,
– für die Verhärteten und Unnachgiebigen,
– für alle Funktionäre, die sich verstecken und verstellen, daß sie nicht so weitermachen, wie sie es immer machten.

Dokument 45

Positionspapier zu den Bürgerkomitees der Abteilung Staat und Recht der SED-PDS-Bezirksleitung Leipzig, Leipzig 28.12.1989

Quelle: LPA PDS SN VI/L/2.10.4.030, unp.

Abteilung Staat und Recht 28.12.1989

Roland Wötzel
1. Sekretär

Anbei übergebe ich Dir das gewünschte Positionspapier zu den Bürgerkomitees.

[gez.] Rainer Enke

[/]

Nach unserem Selbstverständnis schließt der wahrhaft demokratische Sozialismus die breite Entfaltung der demokratischen Aktivität der Bürger dort, wo sie leben, im Wohngebiet, ein.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten können wir mit Genugtuung ein sprunghaftes Anwachsen des Bedürfnisses der Bürger nach sozialer Kommunikation und gemeinnütziger Arbeit im Wohngebiet verzeichnen.

In dieser Vielfalt sehen wir ein großes Kreativitätspotential, eine neue Möglichkeit der Organisierung der öffentlichen Kontrolle „von unten".

Die SED-PDS befürwortet und unterstützt deshalb vorbehaltlos die Bildung von Bürgerkomitees in den städtischen und ländlichen Wohngebieten.

In ihnen sehen wir eine zweckmäßige Form basisdemokratischer Arbeit vor Ort, eine mögliche, entwicklungsfähige Form unmittelbarer Demokratie zum Nutzen aller Bürger.

Deshalb sollte ein Bürgerkomitee ein öffentliches, für alle Bürger zugängliches Forum sein, ohne Statut und Geschäftsordnung. Die Regeln der gemeinsamen Arbeit bestimmen die Bürger selbst. Es dürfen keine administrativ-bürokratischen Strukturen zugelassen werden. Bürgerkomitees dürfen sich keinem Führungsanspruch einer Partei, Organisation oder Gruppe unterordnen. Beschlüsse oder, besser gesagt, Festlegungen von Bürgerkomitees dürfen sich niemals gegen einzelne Bürger richten bzw. zu deren Ausgrenzung führen. Im Komitee arbeiten alle gleichberechtigt mit.

Die angestrebte kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, die sich auf kommunales Eigentum und garantierte Verfügungsgewalt über mate-

rielle und finanzielle Fonds stützt, erschließt dafür ein breites Feld des Wirkens.

Rechtsgrundlage der Arbeit der Bürgerkomitees muß die erneuerte Verfassung der DDR sein.

Die unverzichtbaren Leitlinien des Wirkens der Bürgerkomitees müssen sein:

– Antifaschismus,

– Frieden und Gewaltlosigkeit,

– Humanismus und Schutz der Umwelt,

– Demokratie.

–

So gesehen können die Bürgerkomitees mitwirken bei Volksentscheiden sowie bei Diskussionen zu Gesetzesentwürfen, die die Belange aller Bürger betreffen. Wir sind dafür, daß die Komitees in der Verfassung ein garantiertes Mitsprache- und Einspruchsrecht zu Vorhaben des jeweiligen Territoriums erhalten, bei denen breite Bürgerinteressen berührt werden.

Die Bürgerkomitees sollten kritische Partner der Abgeordneten werden. So z. B. können wir uns gut vorstellen, daß sie ein entscheidendes Wort mitreden bei der Wohngebietsplanung, der Festlegung von Rang- und Reihenfolgen, der Beratung von Varianten usw. in bezug auf eine höhere Lebenskultur, für die Erhaltung der natürlichen Umwelt sowie für die Belange der älteren, behinderten und hilfsbedürftigen Bürger.

Bürgerkomitees sollten überall dort entstehen, wo es die Bürger wollen. Sie können ständig oder zeitweilig tätig sein. Sie sollten sich aus mindestens 3 Bürgern zusammensetzen. Die demokratische Legitimation der Bürgerkomitees müßte in öffentlichen Bürgerversammlungen geschehen.

Günstig erscheint uns die Bildung von Komitees in den Wohnbezirken und Stadtbezirken bzw. in der Gemeinde. Aber es könnten auch Komitees z. B. in solchen traditionellen Wohngebieten Leipzigs entstehen wie Connewitz, Leutzsch, Plagwitz, Schönefeld usw.

Zusammenfassend kann man also sagen:

– Durch die Bürgerkomitees muß für die Menschen im Wohngebiet etwas in Gang, in Bewegung gesetzt werden.

– Es muß gemeinnütziges, solidarisches Handeln motiviert und organisiert werden.

– Bürgerkomitees sollten sich verstehen als eigenständige und gemeinnützige Bewegung des Dialogs und der Konsensbildung über Angelegenheiten, die die Bürger eines bestimmten Wohngebiets gemeinsam etwas angehen.

– Es geht also um ein Mehr an demokratischer Teilnahme am öffentlichen Leben der Kommune, um mehr soziale Geborgenheit in der Gemeinschaft.

Die Arbeit der Bürgerkomitees muß ein Nutzen für alle sein!

Dokument 46

Vereinbarungsformular über Freistellung für Mitarbeit im Bürgerkomitee, Leipzig o.D. [Januar 1990]

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

Bescheinigung

Dem Bürgerkomitee Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS – wird rückwirkend mit der Zustimmung am Runden Tisch beim Rat des Bezirkes (02.01.1990) und der Bestätigung seines Statutes am Runden Tisch beim Rat der Stadt Leipzig (03.01.1990) seine Tätigkeit als Arbeitsausschuß des Runden Tisches bestätigt.

Für die Wahrnehmung der Arbeitspflichten aus der Mitarbeit im Bürgerkomitee Leipzig ist eine Freistellung von der beruflichen Tätigkeit entsprechend Ministerratsbeschluß vom 21.12.1989 – 7/1.b/89 (Beschluß zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches) für

Frau..... geb.:

Herrn..... geb.:

mit folgendem Zeitaufwand ..... (Anteil VBE) im Zeitraum

von ..... bis ..... erforderlich.

Der finanzielle Ausgleich erfolgt auf der Grundlage o.g. Ministerratsbeschlusses. Die Arbeit erfolgt zusätzlich unregelmäßig, mit einem hohen Freizeitanteil, auch außerhalb der normalen Arbeitszeit. Der Arbeitsort ist aufgabenabhängig.

Der Nachweis der Tätigkeit wird durch das Bürgerkomitee Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS – im Zusammenwirken mit dem Sonderbeauftragten des Chefs der BDVP erbracht. Anträge der Betriebe und Einrichtungen zur Refinanzierung des Lohn- und Gehaltsanteils sowie der Unfallumlage sind an den Rat des Bezirkes, Abt. Finanzen, zu richten.

Vorsitzender des Rates des Bezirkes	Beauftragter der Regierung der DDR im Bezirk Leipzig

Bestätigt:

Bürgerkomitee (gewählter Sprecher)	Sonderbeauftragter des Chefs der BDVP

Dokument 47

Artikel „Kein Zögern beim Kampf gegen Rechte. Ein Amt muß sofort her!“, Berlin 04.01.1990

Quelle: Junge Welt vom 04.01.1990, S. 1/2.

Kein Zögern beim Kampf gegen Rechte

Ein Amt muß sofort her!

Es ist schon eine merkwürdige Entwicklung: In erschreckend großer Zahl „artikulieren“ sich zur Stunde Neofaschisten in diesem Land. Mehr als jemals in den 40 Jahren zuvor. Die Medien informieren darüber (und müssen nicht mehr, wie vordem, Erscheinungen dieser Art verschweigen oder Neofaschisten in politische Rowdys umdichten) – und schon treten Leute auf den Plan, die diese Öffentlichkeit als übertrieben deuten. Oder als versuchte Ablenkung. Ich halte solche Äußerungen für ebenso fatal wie die Anweisungen seinerzeit aus einem bestimmten Hause an die Redaktionen, zu „diesem“ Thema nichts zu machen. Beide zielen auf die gleiche Wirkung – auf Verharmlosung und auf Verdrängung.

Für geradezu bedenklich halte ich solche Erklärungen, wenn sie zudem mit einer Forderung verknüpft sind, nämlich jener, das Amt für Verfassungsschutz, was auch für die Verfolgung neofaschistischer Erscheinungen und Prozesse installiert werden soll, möge nicht eingerichtet werden, zumindest nicht vor dem 6. Mai. Der Grund für dieses, sagen wir Zögern, fußt auf der vermeintlichen Herkunft dieser Institution, soll heißen: Hier wird in den Augen mancher ein gewendetes Ministerium für Staatssicherheit neuerlich etabliert.

Ich weiß nicht, wie begründet diese Sorge ist, nur sehe ich auch: Hier könnte das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, und das ganze Land hätte die Folgen zu tragen. Denn die Jungs von der Firma hatten ihre Augen und Ohren damals nicht nur auf die linke Szene gerichtet – sie forschten auch rechts außen. Da liegen wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen vor, auf die man – wie am Dienstagabend ein Vertreter der SPD in der AK Zwo zutreffend bemerkte – nicht verzichten darf. (Es sei denn, man wolle es wie der Mann in einem Lied von Wolf Biermann machen, der sich mit dem Beil beide Beine abhaute, weil er zunächst das saubere, also falsche, getroffen hatte.)

Und noch eine Bemerkung machte mich stutzen, die ich auf der Pressekonferenz des Neuen Forum am Dienstag vernahm. Rolf Henrich erklärte laut ADN zu den jüngsten Ereignissen mit rechtsradikaler Tendenz: Diese Taten seien verabscheuungswürdig und müßten bestraft werden. Aber: „Die Auseinandersetzung damit dürfe nicht zuallererst auf administrativer Ebene, sondern müsse vor allem an der Basis, zum Beispiel in Schulen und Jugendklubs, geschehen.“ Ich glaube, daß man beides tun muß – und zwar sofort. Wer Grabsteine schändet, Hakenkreuze an Häuserwände schmiert, Bürger zusammenschlägt und

Morddrohungen ausstößt, der muß unnachsichtig bestraft werden – auf „administrativer Ebene“. Da genügt Aufklärung an der Basis nicht. Das unbedingt erforderliche Wirken dort kann nur mittel- und langfristig zur Gesundung des geistigen Klimas in diesem Lande führen. Wir brauchen aber auch dringend kurzfristig wirkende Hilfe. Einem akut Erkrankten gibt der Arzt auch erst die Spritze, ehe er prophylaktische Maßnahmen ergreift.

Die neofaschistische Gefahr ist real. Es muß gehandelt werden. Diese DDR braucht dringend eine Einrichtung, die endlich mit aller Konsequenz administrativ gegen rechts vorgeht. Die Polizei ist damit überfordert, die Basis hat keine juristische Handhabe, auf die positiven Folgen bei der Erziehung in Schulen und Jugendklubs können wir nicht warten. Soviel Zeit haben wir nicht mehr.

Frank Schumann

Dokument 48

Beschluß des Ministerrates 8/14/90 zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR, Berlin 04.01.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), S. 5, unp.

Beschluß des Ministerrates
zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR vom 04. Januar 1990

1. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt die sich gegenwärtig im ganzen Land vollziehende Erneuerung der Ausschüsse der Nationalen Front und die Bildung einer nationalen Bürgerbewegung als eigenständige, parteienunabhängige, pluralistische und gemeinnützige Bewegung.

   Die entstehende Bürgerinitiative in den Städten und Gemeinden versteht sich als eine Bewegung des Dialogs und der Mitverantwortung. Im Sinne der Regierungserklärung vor der Volkskammer am 17. November 1989 wirken sie gemeinsam mit den örtlichen Volksvertretungen und den Abgeordneten in den Wahlkreisen an der Lösung kommunaler Aufgaben.

   Das dazu von der Initiativkonferenz am 13. Dezember 1989 bestätigte und dem Ministerpräsidenten übergebene Aktionsprogramm (Anlage) wird von der Regierung der DDR zur Kenntnis genommen und unterstützt.

   Die Regierung sieht in der Durchführung eines Kongresses der nationalen Bürgerbewegung im Frühjahr 1990 einen wichtigen Schritt auf dem Wege der demokratischen Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens.

2. Die zentralen Staatsorgane und örtlichen Räte werden beauftragt, die Konstituierung von Bürgerkomitees in den städtischen und ländlichen Wohngebieten und die Herausbildung von Konsultations- bzw. Informationskomitees mit Geschäftsstellen in den Kreisen, Stadtbezirken und Bezirken zentral zu unterstützen und vertrauensvoll im Interesse der Bürger mit ihnen zusammenzuwirken.

   Die Mitglieder der Bürgerkomitees erfüllen ihre Aufgaben ehrenamtlich. Die Anzahl der in den Geschäftsstellen ab II. Quartal 1990 tätigen hauptamtlichen Mitarbeiter beträgt 666 auf allen Ebenen. Das bedeutet eine Reduzierung der bisherigen 1420 Planstellen um 754.

   Verantwortlich: Mitglieder des Ministerrates
   Oberbürgermeister von Berlin
   Vorsitzende der Räte der Bezirke

Vorsitzende der Räte der Kreise
Oberbürgermeister der Städte

3. Das Grundstück des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, Otto-Grotewohl-Str. 19 D, Berlin 1086 und Mauerstr. 45 - 52, Berlin 1086, mit den darauf befindlichen Gebäuden ist durch die Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates der DDR, Rapsweg 53, Berlin 1141, in Rechtsträgerschaft zu übernehmen. Der Rechtsträgerwechsel zwischen dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR und der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates erfolgt kostenlos.

   Verantwortlich: Leiter des Sekretariats des Ministerrates
   Leiter des Sekretariats des Nationalrates
   der Nationalen Front der DDR
   Hauptdirektor des VEB Dienstleistungskombinates

   beim Ministerrat der DDR
   Termin: 1. April 1990

4. Die Verwaltung des Grundstückes Otto-Grotewohl-Str. 19 D, Berlin 1086 und Mauerstr. 45-52, Berlin 1086 mit den darauf befindlichen Gebäuden wird dem Presse- und Informationsdienst der Regierung der DDR, Otto-Grotewohl-Str. 19 D übertragen. Dazu ist die bisherige Verwaltung beim Nationalrat der Nationalen Front der DDR, dem Presse- und Informationsdienst der Regierung der DDR personell, materiell und finanziell zu unterstellen.

   Die Übernahme weiterer Dienstleistungseinrichtungen ist zwischen dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR und dem Presse- und Informationsdienst der Regierung im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen.

   Verantwortlich: Regierungssprecher und Leiter des Presse- und
   Informationsdienstes der Regierung der DDR
   Leiter des Sekretariats des Nationalrates der
   Nationalen Front der DDR
   Termin: 1. April 1990

5. Über die Entwicklung und das Wirken der Bürgerinitiative und der erreichten Ergebnisse für das Gemeinwohl der Bürger ist eine breite und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit zu gewährleisten.

Anlage

Aktionsprogramm
für die Erneuerung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und die Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung

Getragen vom Willen, die Kraft der mehr als 400.000 in den Ausschüssen der Nationalen Front vereinten Bürger für einen Sozialismus zum Wohle aller

Bürger in der DDR einzubringen, stellen wir uns die Aufgabe, in einer nationalen Bürgerbewegung mit dem Angebot an alle zur aktiven Mitarbeit zu wirken. Dazu werden Bürgerkomitees in den städtischen und ländlichen Wohngebieten wirksam.

Ihr Wirken als eigenständige, pluralistische und gemeinnützige Bewegung ist ausschließlich dem Dialog auf dem Boden einer zu erneuernden Verfassung sowie dem Bürgerwohl verpflichtet. Die Bürgerkomitees streben deshalb die Verständigung mit allen progressiven gesellschaftlichen Kräften, Interessenvertretungen, Initiativgruppen und Bürgern an.

Antifaschismus, Frieden, Humanismus und Demokratie sind unverzichtbare Leitlinien des Wirkens der nationalen Bürgerbewegung. Damit ist all jenes voranzubringen, was sich zum Guten für die Bürger unseres Landes, für eine größere soziale Geborgenheit und bessere Lebensbedingungen in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hat.

Worin bestehen unsere Vorstellungen?

Alle Kräfte konzentrieren sich auf die Arbeit in den Wohngebieten der Städte und Gemeinden. Die Komitees verstehen sich als eine Bewegung des Dialogs und der Mitverantwortung für einen besseren Sozialismus. Die nationale Bürgerbewegung kann nicht Träger zukünftiger Wahlen sein, gleich auf welcher Ebene sie stattfinden. Sie darf sich nicht einem Führungsanspruch einer Partei, Organisation oder Gruppe unterordnen.

Sie wenden sich den Bürgern zu, nehmen sich ihrer Probleme und Sorgen an und werden für gemeinsame Lösungen wirksam. Die Grundlage ihrer Arbeit sehen sie in der Erklärung der Koalitionsregierung auf der 12. Tagung der Volkskammer.

In diesem Sinne werden die Bürgerkomitees kritische Partner der Abgeordneten sein und notwendige Veränderungen auf kommunalpolitischem Gebiet einfordern bzw. daran mitwirken.

Eine kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, die sich auf kommunales Eigentum und garantierte Verfügungsgewalt, über materielle und finanzielle Fonds stützt, erschließt dafür ein breites Feld des Wirkens.

Die nationale Bürgerbewegung wirkt mit bei Volksentscheiden sowie bei Diskussionen zu Gesetzesentwürfen, die Belange aller Bürger betreffen. Zu Vorhaben des jeweiligen Territoriums, bei denen breite Bürgerinteressen berührt werden, haben die Bürgerkomitees Recht, Vorschläge und Hinweise zu unterbreiten.

In enger Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen und Abgeordneten treten sie für eine höhere Lebenskultur, insbesondere für bessere Wohnbedingungen, für die Erhaltung der Natur- und Umwelt sowie für Belange der älteren, behinderten und hilfsbedürftigen Bürger ein.

Sie wirken an einer neuen Frauen- und Jugendpolitik mit.

Im gesellschaftlichen Wirken von Bürgerkomitees in den Städten und Gemeinden sowie in den begonnenen Gesprächen am „Runden Tisch“ auf allen Ebenen sieht die nationale Bürgerbewegung neue Formen und Möglichkeiten der demokratischen Verständigung und Mitwirkung zur Erneuerung unseres Landes.

In Kreisen und Bezirken sowie zentral wirkt die nationale Bürgerbewegung in Gestalt von Konsultations- und Informationskomitees, in denen sich Vertreter oder Sprecher der Parteien, Organisationen und Initiativbewegungen gleichberechtigt über Tätigkeiten, Probleme und Erfahrungen austauschen.

Womit sollte begonnen werden?

– Konstituierung der Bürgerkomitees, die demokratisch in Bürgerversammlungen legitimiert werden
– Fortführung des Dialogs mit den Bürgern als ständiges Forum mit dem Ziel, daß staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen ausschließlich zum Wohle der Bürger arbeiten.
– Unterstützung kommunaler Aufgaben, die sich ausschließlich an den Interessen der Einwohner orientieren.

Zur Koordinierung der Arbeit und zum Austausch der Informationen werden Geschäftsstellen gebildet. Angestrebt wird die Herausgabe einer Zeitschrift als Informations- und Diskussionstribüne.

Die Unterzeichner des Aktions–programms

Die Initiativgruppe für die Erneuerung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und die Bildung einer nationalen Bürgerbewegung

Dokument 49

Beschluß des Präsidiums der Volkskammer der DDR zur Tätigkeit des bisherigen Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und seiner Organe, Berlin 04.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Beschluß des Präsidiums der Volkskammer der DDR zur Tätigkeit des bisherigen Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und seiner Organe vom 04.01.1990

Für den Zeitraum bis zur verfassungsmäßigen und gesetzlichen Regelung über die Volkskontrolle in der DDR beschließt das Präsidium der Volkskammer:

1. Das Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion wird mit sofortiger Wirkung der Volkskammer der DDR unterstellt.

   Es wird in das „Komitee für Volkskontrolle der DDR“ umgestaltet. Die Bezirks-, Kreis –, Stadt- und Stadtbezirkskomitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion sind in „Komitees für Volkskontrolle“ umzugestalten.

   Die Komitees für Volkskontrolle gewährleisten, daß den Anforderungen der Ausschüsse der Volkskammer bzw. der örtlichen Volksvertretungen nach Mitwirkung bei Kontrollen und Informationen über Kontrollergebnisse entsprochen wird.

2. Das Komitee für Volkskontrolle sowie die Komitees für Volkskontrolle in den Bezirken, Kreisen, Städten und Stadtbezirken, einschließlich ihrer Inspektionen, der Kommissionen und Volkskontrollausschüsse, üben ihre Tätigkeit unabhängig von den Leitungen und Leitern der Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane aus.

   Damit werden auch die im Beschluß des Ministerrates vom 6. August 1974 getroffenen Festlegungen zur Unterstellung von Organen der Arbeiter- und Bauern-Inspektion unter die Organe der SED außer Kraft gesetzt.

   Die Mitwirkung in den Organen der Volkskontrolle steht allen Bürgern der DDR offen, die auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit aktive Volkskontrolle ausüben wollen.

   Die Kontrolltätigkeit hat sich in aller Öffentlichkeit zu vollziehen.

3. Den Bezirkstagen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Stadtbezirksversammlungen wird empfohlen, nach diesen Grundsätzen die Ar-

beit mit den betreffenden Komitees für Volkskontrolle in den Territorien zu organisieren.

4. Das Komitee für Volkskontrolle der DDR und seine Organe üben ihre Tätigkeit bis zu einer gesetzlichen Regelung über die Volkskontrolle weiterhin auf der Grundlage der mit dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 6. August 1974 über die Arbeiter- und Bauern-Inspektion der DDR (GBl. I Nr. 42 S. 389) festgelegten Rechte und Pflichten aus.

5. Als amtierender Vorsitzender des Komitees für Volkskontrolle der DDR wird Herr Heinz Kittner bestätigt.

6. Das Komitee für Volkskontrolle der DDR ist mit seinen nachgeordneten Organen eine selbständige Haushaltsorganisation.

7. Das Präsidium der Volkskammer der DDR informiert die Abgeordneten der Volkskammer über den vorstehenden Beschluß.

Dokument 50

Presseerklärung der Beauftragten der Bezirks-Bürgerkomitees, Leipzig 05.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Presseerklärung 04./05.01.1990

Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit beruhte auf einem Gesetz vom 08.02.1950, das aus lediglich zwei Paragraphen besteht. Das konkrete Wirken des Ministeriums erfolgte ausschließlich auf der Grundlage interner Richtlinien und Befehle. Die Überprüfung ergab, daß hier fortlaufend und in großem Umfang gegen Geist und Buchstaben der geltenden Verfassung verstoßen wurde. Ein Beispiel ist die ständige Verletzung des im Artikel 31 garantierten Post- und Fernmeldegeheimnisses, die flächendeckend betrieben wurde. Das Ministerium für Staatssicherheit stand außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle. Es hat maßgeblich dazu beigetragen, die Macht des SED-Apparates jedem demokratischen Einfluß zu entziehen. Somit war das Ministerium für Staatssicherheit das sichernde Werkzeug eines von Korruption durchsetzten Parteiapparates. Ermittlungen des Ministeriums gegen den Parteiapparat brachten in der Regel für diesen keine strafrechtlichen Konsequenzen. Für die verfassungswidrige Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit trägt die SED Verantwortung. Eine Namensänderung kann sie hiervon nicht entbinden. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, gegen die SED-PDS wegen des -Verdachtes verfassungswidriger Aktivitäten zu ermitteln. Hiervon leiten wir ab, daß die immer noch bestehenden Machtstrukturen der SED-PDS aufgelöst werden müssen und fordern folgende Sofortmaßnahmen:

1. Schweigeverpflichtung und andere Abhängigkeiten [sind] aufzuheben, damit ungehinderte Ermittlungen möglich werden, sowie Rechtsfolgen für Falschaussagen gegenüber an den Mitteilungen beteiligten Personen [sind] zu definieren und in Kraft zu setzen.

2. Sicherung und Offenlegung der Archive und Akten der SED(-PDS) und ihrer Abteilungen Sicherheit auf allen Leitungsebenen sowie der Archive des Nationalen Verteidigungsrates und der Bezirkseinsatzleitungen.

3. Alle von der SED-PDS benutzten Sonderkommunikationsmittel der ehemaligen SED, wie z. B. Sondertelefon, Fernschreib- und Richtfunkverbindungen [sind] sofort stillzulegen und zu demontieren.

4. Die Grundorganisationen der SED-PDS [sind] aus allen Betrieben, öffentlichen und staatlichen Organisationen herauszulösen; jegliche Anleitung durch die SED-PDS ist zu unterlassen.

5. Die Weisung der Regierung vom 14.12.1989 zur Bildung eines Verfassungsschutzes [ist] auszusetzen, bis die demokratische Kontrolle eines sol-

chen Organes möglich ist, Konzepte [sind] öffentlich zu diskutieren, bei sich verändernder Aufgabenlage [ist] die Kriminalpolizei – wenn nötig – zu verstärken. Die Weiterarbeit der nach außen gerichteten Aufklärungstätigkeit des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit haben wir zur Kenntnis genommen. Eine demokratische Kontrolle hierfür ist erforderlich.

6. Über normale und zivile arbeitsrechtliche Regelungen hinausgehende finanzielle Zuwendungen an Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit halten wir für politisch nicht verantwortbar. Die laut Ministerratsbeschluß weiterführenden materiellen Vorteile machen eine gleichberechtigte Eingliederung dieser Mitarbeiter in die Gesellschaft unmöglich.

   Wir sprechen uns eindeutig gegen Neofaschismus aus. Ihm muß vorwiegend politisch begegnet werden. Dazu gehört es, Ermittlungsergebnissen der Kriminalpolizei publizistisch nicht vorzugreifen. Publizistische Bewertungen dürfen nicht die sofortige Bildung eines Verfassungsschutzes ohne demokratische Kontrolle bewirken. Die in diesem Zusammenhang landesweit inszenierte Pressekampagne zu neofaschistischen Erscheinungen verfolgt parteipolitische Eigeninteressen der SED-PDS. Ausgehend von den vorhandenen Machtpositionen dieser Partei in den Massenmedien und dem Staatsapparat sehen wir Bestrebungen, unter Benutzung dieser Position undemokratische Machtinstrumente zu rekonstruieren.

Dokument 51

Protokoll des Bürgerkomitees über die Versiegelung von Panzerschränken bei der SED-Bezirksleitung Leipzig, Leipzig 05.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

P r o t o k o l l über Besuch der SED-Bezirksleitung (Karl-Liebknecht-Str.) am 5.1.90 17.00 - 19.30 Uhr

anwesend waren

Tobias Hollitzer, Michael Kleinert, Johannes Beleites
B[ürger]K[omitee]

Herr Kannegießer und ein anderer Staatsanwalt beim Bezirksstaatsanwalt Leipzig

Hannelore Wolf (Stellv.d.Vorsitzenden), Dr. Kurt Meyer (Stellv.d.Vors. f.Kultur), Karl-Heinz Reinhard (ehem. Ltr.d.Abt.Sicherheit) SED-PDS

Oberstltn. Pawlowski VP, Oberst Köcher, Militärstaatsanwalt

Ziel: Sicherung aller Akten, die über Verbindung MfS/ANS und SED Auskunft geben;

Sicherung aller Akten über die Bezirkseinsatzleitung;

Außerbetriebsetzung aller Sondernachrichtentechnik der SED

Anfangsgespräch:
Bezirkseinsatzleitung

- Seitens der SED waren 1. und 2. Sekretär der Bez.ltg. und der Leiter der Abt. Sicherheit der Bez.ltg. SED-Mitglieder; 1. Sekretär war Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung.
- Es gäbe keinen Führungsbunker; Sitzungen hätten in verschiedenen militär. Objekten stattgefunden.
- Grundlage der Arbeit waren Befehle des Nationalen Verteidigungsrates.
- Letzte planmäßige Sitzung im Sept. '89.
- Dann Befehl des Vors.d.Nat.Vert.rates über Auflösung der Bez.einsatzltg.
- Unterlagen sind u. a. an Wehrbezirkskommando zurückzuführen, andere Unterlagen sind zu vernichten.
- Auflösung sollte bis Ende Dez.(31.12.89) abgeschlossen sein.

- Rückführung und Vernichtung der Dokumente lief zwischen Ende Nov. bis kurz vor Weihnachten.
- Es gab keinen Befehl, die Vernichtung einzustellen.
- Vernichtete Unterlagen sind z. B. solche über Betriebskampfgruppen.

Abt. Sicherheit bei der SED-Bez.ltg. wurde inzwischen aufgelöst.

Alle Sondernachrichtentechnik der SED wurde inzwischen demontiert bzw. außer Betrieb gesetzt.

Zusammenarbeit SED – MfS/ANS

- Es gäbe keine Weisungsbefugnis der SED gegenüber dem MfS/ANS.
- Es hätten lediglich Abstimmungen in verschiedenen Fragen stattgefunden.
- Es wurden keine Berichte vom MfS/ANS entgegengenommen, es gab für die SED keine Akteneinsicht.
- SED-Grundorg. im MfS/ANS, VP, Zoll u. a. unterstehen direkt der Bezirksleitung, wurden vom Ltr.Abt. Sicherheit der Bez.ltg.SED angeleitet.

(alle bisherigen Aussagen von Karl-Heinz Reinhard)

Seit März hätte es in der Bez.ltg. der SED Leipzig keinerlei Aktenvernichtung gegeben, „Wir ersticken im Papier“. Frau Wolf hätte heute zum ersten Mal von der Aktenvernichtung der Bezirkseinsatzleitung gehört. Sie wäre erst seit sechs Wochen in o.g. Amt, vorher Abt.ltr. Volksbildung. Es hätte auf Ebene der Abt.ltr. keinerlei Zusammenarbeit mit dem MfS/ANS gegeben. Sie kennt keinerlei Dokumente, die die Zusammenarbeit belegen. Eingangs sagte sie: „Wir haben nichts zu verheimlichen und werden alles offenlegen.“

(alle Aussagen von Hannelore Wolf)

[gez.] Johannes Beleites	[gez.] Tobias Hollitzer	5.1.90, 21.35 Uhr
Johannes Beleites	Tobias Hollitzer	[geschrieben]

Dokument 52

Anmerkung der Redaktion der LVZ zur Presseerklärung der Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke, Leipzig 06.01.1990

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 06./07.01.1990, S. 3.

Die Presseerklärung der Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke, die wir – unserer Informationspflicht folgend – abdrucken, enthält fehlerhafte Passagen, die nicht unkommentiert bleiben können.

So ist die Rede davon, daß die SED für die verfassungswidrige Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit die Verantwortung trägt. Abgesehen davon, daß nicht alle Aktivitäten – z. B. nach außen gerichtete Aufklärungsarbeit – dieses Ministeriums verfassungswidrig waren, kann nicht die Partei als Ganzes, auch nicht der jetzige Parteivorstand, verantwortlich gemacht werden.

Ermittelt werden kann nur gegen konkrete Personen bzw. Gruppen von Personen, also gegen die ehemalige Führung etwa. Daran ist die SED-PDS selbst interessiert und unterstützt diesen Prozeß. So arbeitete auf Beschluß des damaligen Sekretariats der Bezirksleitung Leipzig der SED im Dezember 1989 eine Kommission zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption im Haus der Bezirksleitung. Darin wirkten Mitglieder der SED-PDS, Vertreter des Neuen Forums und Vertreter der Grünen Partei. Der Abschlußbericht wurde an die entsprechende Kommission des Bezirkstages und an die Bezirksstaatsanwaltschaft übergeben. Wer Rechtsstaatlichkeit will, muß akzeptieren, daß es keine Kollektivschuld einer ganzen Partei gibt, folglich auch keine kollektive Sühne.

Die falsche Voraussetzung einer Kollektivschuld der SED-PDS führt auch zu Schlußfolgerungen, die nicht zu akzeptieren sind, etwa die Forderung, die Grundorganisationen der SED-PDS aus allen Betrieben herauszulösen. Die SED-PDS bekennt sich zur strikten Trennung von Partei und Staat, was nicht heißt, auf die Beibehaltung oder Bildung von Parteizellen in Betrieben zu verzichten. Ein Recht, das auch jeder anderen Partei zusteht und das die SED-PDS auch für sich beansprucht.

Schließlich ist es schlicht eine Unterstellung, zu behaupten, die SED-PDS verfolge mit der konsequenten Auseinandersetzung mit neofaschistischen Tendenzen parteipolitische Eigeninteressen. Liegt es nicht im Interesse aller Bürger, diesen Erscheinungen sowohl mit staatlichen als auch politischen Mitteln zu begegnen?

Dokument 53

Artikel „'Bürgerkomitee'–Erklärung mit fragwürdigen Schlüssen", Berlin 06.01.1990

Quelle: Neues Deutschland vom 06.01.1990, S. 2.

„Bürgerkomitee"–Erklärung mit fragwürdigen Schlüssen

Auf einer Pressekonferenz informierten am Freitag im ehemaligen Leipziger MfS-Gebäude Beauftragte von „Bürgerkomitees" aus den Bezirken, die sich mit der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit befassen. In einer Erklärung stellen sie fest, daß das MfS ausschließlich auf der Grundlage interner Richtlinien und Befehle tätig war und keiner parlamentarischen Kontrolle unterlag. Dabei sei gegen Geist und Buchstaben der geltenden Verfassung verstoßen worden. Verwiesen wird in dem Zusammenhang auf die Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Das MfS habe maßgeblich dazu beigetragen, die Macht des SED-Apparates jedem demokratischen Einfluß zu entziehen, wird in der Erklärung behauptet und als Beleg angeführt, daß Ermittlungen des Ministeriums gegen den Parteiapparat in der Regel für diesen keine strafrechtlichen Konsequenzen gebracht habe. Für die verfassungswidrige Tätigkeit des MfS trage die SED die Verantwortung, deshalb müsse gegen die SED-PDS ermittelt werden. Diese Schlußfolgerung in der Erklärung ist demagogisch, denn sie setzt Millionen ehrliche SED-Mitglieder mit jenen Führern gleich, die sie verraten haben. Für Verstöße gegen die Verfassung müssen die bestraft werden, die sie begangen oder befohlen haben.

Im weiteren Verlauf der Erklärung sprechen sich die Beauftragten der „Bürgerkomitees" gegen Neofaschismus aus. Zugleich sind sie gegen die Bildung eines Verfassungsschutzes, der noch ohne demokratische Kontrolle sei. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Regierung den Verfassungsschutz demokratisch von einem Ausschuß der Volkskammer – in dem zahlreiche Parteien und Organisationen mitwirken – kontrollieren lassen will. Schließlich wird in der Erklärung die unverfrorene Behauptung aufgestellt, die SED-PDS nutze neofaschistische Erscheinungen im „parteipolitischen Eigeninteresse". Dies ist nicht nur eine Unterstellung, sondern eine Bagatellisierung neonazistischer Umtriebe.

Dokument 54

Artikel „Verfassungsfeind Nr. 1 – die Stasi. DDR–Bürgerkomitees trafen sich in Leipzig“, Leipzig 06.01.1990

Quelle: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 06./07.01.1990, S. 1.

Verfassungsfeind Nr. 1 – Die Stasi

DDR-Bürgerkomitees trafen sich in Leipzig

LEIPZIG. Grauzonen sind ungenügend entschleiert, Verantwortliche lügen immer noch, Machtapparate bremsen Initiativen. Alles beim alten? Der Eindruck könnte entstehen, nachdem gestern die in- und ausländischen Journalisten eine Pressekonferenz von Beauftragten der Bürgerkomitees der Bezirke im ehemaligen Leipziger Amt für Nationale Sicherheit, der „Runden Ecke“, verließen.

Erstmals traten die Bürgerkomitees mehrerer Bezirke gemeinsam vor die Öffentlichkeit, nachdem sie tags zuvor in Leipzig über den Stand ihrer Tätigkeit berieten. Dazu legten sie eine Erklärung vor: Hauptforderung: Ermittlungen gegen die SED-PDS wegen des Verdachts verfassungswidriger Aktivitäten. Dazu müsse ihr Machtapparat restlos aufgelöst werden, also zuallererst das Amt für Nationale Sicherheit.

Von Bezirk zu Bezirk ist es damit jedoch unterschiedlich bestellt, berichteten die Vertreter der Bürgerkomitees. Während z. B. das ehemalige Stasi-Ministerium in Berlin überhaupt noch nicht unter Kontrolle stehe, liege dem Bürgerkomitee in Rostock eine vollständige Objektliste vor, seien alle Akten im Bezirk gesichert. Jede Information jedoch müsse Stasi-Mitarbeitern bzw. SED-Funktionären aus der Nase gezogen werden, ehrliche Zusammenarbeit werde vielfach sabotiert. So waren z. B. die abgestimmten Einsatzbefehle von SED-Bezirksleitung, Stasi und Wehrbezirkskommando eine zufällige Entdeckung des Bürgerkomitees, berichtete Jörn Mothes aus Gera. Der Fall steht für viele Bezirke.

Jeder mühsam ans Tageslicht gebrachte Fakt ist immer noch erschreckend genug. Ergo: die Stasi war Verfassungsfeind Nr. Eins. Ihre Tätigkeit beruhte auf einem Gesetz vom 08.02.1950, das lediglich aus zwei (!) Paragraphen bestand. Der große Rest war Willkür.

Man muß wachsam bleiben, forderten Christian Scheibler aus Leipzig und Wolfgang Laukidis aus Schwerin. Die Forderung nach einem sofortigen Verfassungsgericht, die am lautesten von der SED-PDS gerufen werde, mache mißtrauisch. Alte Geister regen sich wieder und mißbrauchen ehrliche Gefühle. Eindeutig sprechen sich die Bürgerkomitees gegen Neofaschismus aus, ihn müsse man vor allem politisch bekämpfen. Natürlich sei ein Schutzorgan gegen Terrorismus, Sabotage und Spionage notwendig. Man könne dafür der

Kriminalpolizei erweiterte Kompetenzen geben oder eine Abteilung Staatsschutz beim Innenministerium schaffen, so Vorschläge aus der Runde. Nie wieder dürfe es jedoch zu einer Ausgeburt à la Staatssicherheit führen.

Björn Wilda

Dokument 55

Bericht des Präsidiums des Bezirksvorstandes der SED-PDS über die Versiegelung von Panzerschränken durch das Bürgerkomitee, Leipzig 08.01.1990

Quelle: LPA PDS SN VI/L/2.4.5.046, unp.

Am Freitag, dem 5.1.1990 verlangten gegen 17.00 Uhr Vertreter des „Bürgerkomitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit in Leipzig" im Bezirksvorstand der SED-PDS die Versiegelung von Aktenschränken.

Die Vertreter des Bürgerkomitees waren:
Herr Kleinert, Michael
Herr Beleites, Thomas [Johannes]
Herr Hollitzer, Tobias.

Anwesend waren darüber hinaus:

Herr Brummer, Hans	– Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft
Herr Kannegießer, Thomas	– Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft
Oberst Köcher	– Militärstaatsanwalt
Oberstleutnant Pawlowski	– Leiter der Führungsgruppe des Chefs der BDVP zur Ablösung des ANS

Den Bezirksvorstand vertraten:

Genn. Hannelore Wolf	– stv. Parteivorsitzende
Gen. Kurt Meyer	– stv. Parteivorsitzender
Gen. Karl-Heinz Reinhard	– Leiter der Abt. für Sicherheitsfragen

Das uns vorgetragene Anliegen bestand darin, Dokumente zu sichern, die den „begründeten Verdacht der verfassungswidrigen Tätigkeit der SED in der Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit" bestätigen sollen.

Genn. Wolf führte aus, daß es seit März 1989 keine Vernichtung von Parteiakten gegeben hat und daß der Parteivorstand wiederholt zugesichert hat, Vorgänge der Vergangenheit rückhaltlos offenzulegen.

Gen. Kurt Meyer distanzierte sich von der Art und Weise des Vorgehens und protestierte auf das entschiedenste.

Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen, Genossen Karl-Heinz Reinhard, ging es insbesondere um Auskünfte zur ehemaligen Bezirkseinsatzleitung. Gen. Reinhard informierte, daß die BEL ihre Arbeit eingestellt

hat und die Dokumente auf Befehl des Nationalen Verteidigungsrates zurückgeführt bzw. vernichtet wurden.

Es wurden die Räume 215 und 216 der ehemaligen Abteilung für Sicherheitsfragen besichtigt.

Im Raum 215 wurden 3 Panzerschränke (Petschaft „Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig Nr. 56“) und ein Holzschrank mit einem Papiersiegel der BDVP und der Petschaft „MdI Nr. 141“ gesichert.

Im Raum 216 wurden 2 Stahlblechschränke (Petschaft „Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig Nr. 11836“) versiegelt. Gen. Reinhard (ehem. Leiter der Abt. für Sicherheitsfragen) erklärte, daß alle verbliebenen Dokumente sich in den versiegelten Behältnissen befinden. Gen. Reinhard erklärte außerdem, daß die SED-PDS im Bezirk Leipzig über keinerlei Sondernachrichtentechnik mehr verfügt.

Nach Abschluß dieser Aktion kam es zu einem zwanglosen Gespräch mit den Herren Beleites und Hollitzer, Genossen Kurt Meyer und Genossin Wolf.

Beide Herren machten u. a. deutlich, daß der Einfluß der SED auf ihre Mitglieder, darüber hinaus aber insbesondere auf die Medien noch wesentlich zu groß sei. Gäbe es einen solchen Nachweis der Verfassungswidrigkeit, bestünde die Möglichkeit, die SED-PDS zu verbieten.

gez. K. Meyer
Stv. Parteivorsitzender

gez. H. Wolf
Stv. Parteivorsitzender

gez. K.-H. Reinhard
Leiter der AG Sicherheitsfragen

Dokument 56

Argumentation des Direktors des Leipziger Staatsarchivs zur Weiterarbeit der Aktensichtungskommission, Leipzig 09.01.1990

Quelle: SStAL VA 684, unp.

Zur Weiterarbeit

Die Arbeit an den MfS-Dokumenten wurde am 9.1.90 mittags auf Veranlassung des Bürgerkomitees beendet, obgleich (seit dem 19.12. einschl. der Feiertagspause) nicht mehr als ein Anfangsstadium beendet war. Der bis heute tätige Kern der Kontrollgruppe hat sich ohnehin seit einigen Tagen um eine Neuorganisation der Arbeit (angestrebte Ergebnisform, Termine, Arbeitsorganisation usw.) bemüht. Für die Neuaufnahme in einer Zusammensetzung, die den unabdingbaren umfassenden gesellschaftlichen Konsens widerspiegeln wird, werden als Voraussetzungen angenommen:

1) An die Arbeit der bisherigen Kontrollkommission wird angeschlossen (Provenienz, Bestandsbildung, Signaturen u. a.); in den gegebenen Räumen (4. Stock) wird vorübergehend fortgesetzt, gleichzeitig vorbereitet, daß

2) das Gebäude total geräumt werden muß, was bedeutet, rd. 4.000 lfm. neu zu lagern. Das gilt auch für die ca. 700 lfm. in Bündeln, die von der bisherigen Kontrollgruppe einer ersten, groben Durchsicht (mit Gruppenverzeichn.) unterzogen worden sind.

   Im Anschluß an Pt. 2) scheint notwendig, in Kürze zu entscheiden über

   (1) eine räumliche Alternative mit Umlagerung von einem großen Teil (Kategorie I und Teile von II) in die Beethovenstr. (nur Lagerung) mit der

   (2) Einrichtung eines Zwischenarchivs als Außenstelle des Staatsarchivs Leipzig im Gebäude K.-Kollwitz-Str. 84 (rechtssteh. Villa) mit Lagerung und Arbeitsmöglichkeiten. Grundsätzlich gibt es mit Zustimmung des Rates der Stadt und nach Konsultation des Bürgerkomitees Klarheit über das Gebäude, das noch in diesen Wochen dem Staatsarchiv übergeben werden kann, so daß nach und nach Umlagerungen – parallel zu (1) – erfolgen können. Das würde gelten für Teile des institutionalisierten Archivs (ca. 2.000 lfm. insgesamt) und möglichst die 700 lfm. auf der 4. Etage.

   Dazu sind notwendig:
   – Regale
   – Organisationsmittel (Mappen, Kartons).

   (3) Es ist notwendig, daß in Kürze Planstellen (mind. 10) zur Verfügung stehen, so daß noch im Januar Kontakte aufgenommen und Einstel-

lungen ab März erfolgen können. Die Mitarbeiter würden einen Arbeitsvertrag des Staatsarchivs erhalten; es ist eine gesellschaftl. Eignung wie Voraussetzungen in der Qualifikation und Bereitschaft zum Erwerb einer archivar. Qualifikation (Dipl.-Archivar, Archivar, Archivassistent) erforderlich. Der entscheidende Akzent liegt darauf, daß ein harmonisch und effektiv, tatsächl. von 7 Uhr bis 16.15 Uhr arbeitender Bereich des Staatsarchivs aufgebaut werden kann. Es gilt der Arbeitsvertrag, und die Eingruppierung erfolgt nach den Tarifbedingungen der Staatl. Archivverwaltung.

(4) Die Bestände gelten als Sperrbestände mit höchsten Sicherheitsanforderungen, Bewachung durch VP; die Ordnung und Verzeichnung erfolgt nach den im staatl. Archivwesen gültigen Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätzen. Die Übergabe der Bestände muß eindeutig geregelt werden. Von Bewertungsvorgängen wird Abstand genommen, ausnahmslos alles gesichert, bis zentrale Entscheidungen (nach den Wahlen im Mai) eine Basis bilden.

(5) Das Ziel besteht weiter darin,
– zu ordnen und zu verzeichnen, dabei
– besonders aussagekräftige Akten (bei laufender Signatur im Bestand, Lagerung im Bestand) gesondert nachzuweisen zur Entwicklung der demokrat. Bewegung im Bezirk, zum Verlauf der demokratischen Revolution ab Sept. 1989 mit den Höhepunkten im Oktober (Widerspiegelung der Aktivitäten in den Dokumenten des MfS, Repressivhandlungen des MfS) sowie zum Nachweis ungesetzlicher und entsprechend zu ahndender Handlungen des MfS (im Sinne eines Vorlegens bei der Staatsanwaltschaft).

Es wird sich anbieten, daß nach einigen Wochen weiterer Erschließungsarbeit (zu vorgegebenen Terminen) die Öffentlichkeit informiert wird über die neuen Erkenntnisse zu historischen Vorgängen. Eine Gruppe wird das aufbereiten. Dabei ist der Datenschutz (Persönlichkeitsschutz) absolut zu gewährleisten. Alle Mitarbeiter müssen sich der hohen Verantwortung bewußt sein. Es muß klar sein, wer zu Mitteilungen befugt ist.

(6) Es ist eine Leitungsstruktur mit Weisungsbefugnis erforderlich (in der Form eines Bereichs des Staatsarchivs). Arbeitsberatungen sichern die demokratische Mitwirkung. Es gibt eine Rechenschaftslegung gegenüber den demokratischen Organen im Bezirk.

Bei Umfang und Brisanz der Dokumente dürfen nicht übereilte Erwartungen gehegt werden. Im Laufe der nächsten Monate kann es bestenfalls Teilergebnisse geben. Übereilte Erwartungen können sich negativ auswirken.

[gez.] Unger

Dokument 57

Beschluß des Bürgerkomitees Leipzig zur Aktensichtungskommission, Leipzig 09.01.1990

Quelle: SStAL VA 684, unp.

Gegenstand der am 08. Januar 1990 durchgeführten Beratung des Bürgerkomitees Leipzig mit den Vertretern der Bürgerkomitees der Kreise war u. a. die Arbeit der in ihrem Auftrag tätigen Kontrollkommission für Akten des ehemaligen MfS.

Durch die Bürgerkomitees wurde in diesem Zusammenhang kritisiert:

1. Trotz Anwesenheit kompetenter Fachleute sind Unterlagen mit möglicherweise strafrechtlicher Relevanz ohne Auflistung und Gegenzeichnung an die Militärstaatsanwaltschaft übergeben worden.
2. Entgegen der Vereinbarung zwischen dem Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates, dem Militärstaatsanwalt, dem Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit und dem Bürgerkomitee vom 08. Dezember 1989 (Präzisierung des Maßnahmeplanes vom 06. Dezember 1989, Punkt 7) wurde kein zweiter, definiert abgegrenzter Archivbereich für solche Materialien und Dokumente geschaffen, welcher die Arbeit des ehemaligen MfS dokumentieren könnte.
3. Bereits in der Presseerklärung der Beauftragten der Bürgerkomitees vom 05. Januar 1990 wurde auf die enge Verflechtung zwischen MfS und SED sowie die ausschließliche Verantwortung der SED für die verfassungswidrige Tätigkeit des MfS verwiesen. Die Vertreter der Bürgerkomitees aus Leipzig und den Kreisen halten vor diesem Hintergrund die in der Aktenkontrollkommission entstandene Dominanz von SED-Mitgliedern für einen unvertretbaren Zustand und haben ohne Gegenstimme beschlossen, die Tätigkeit der Aktenkontrollkommission in ihrer jetzigen Zusammenstellung auszusetzen.

An fünfzehn das gesellschaftliche Leben unserer Stadt und des Bezirkes repräsentierende Gruppen und Parteien ergeht die Aufforderung, je einen Vertreter ihres Vertrauens zur Bildung einer neuen Aktenkontrollkommission zu benennen (Demokratischer Aufbruch, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Die Grünen, Ökolöwe, SDP, Unabhängige Fraueninitiative, SED, Volkspolizei, LDPD, NDPD, CDU, kath. Kirche, ev. Kirche, ein Parteiloser).

Die Arbeit der Aktenkontrollkommission soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder aufgenommen werden.

Leipzig, den 09. Januar 1990

[gez.]
Thomas Rudolph

[gez.]
Christian Scheibler

[gez.]
Tobias Hollitzer

[gez.]
Ingrid Machlitt

Dokument 58

Protokoll der 23. Sitzung der SED-PDS-Bezirksleitung (Vorstand) am 04.01.1990 [Auszüge, Redebeitrag des 1. Sekretärs Roland Wötzel], Leipzig 09.01.1990[802]

Quelle: LPA PDS SN VI/L/2.1.002, unp.

Genossen, ich muß jetzt hier eine Frage aufwerfen, die meiner Meinung nach mit Recht der Harry aufgeworfen hat. Einheitsfront gegen rechts, was machen wir in Leipzig, können wir noch mehr tun?

Genossen, in Leipzig haben sich paar Strukturen sehr schnell entwickelt. Das hängt damit zusammen, daß die Bewegung bei uns, die revolutionäre Bewegung sehr früh da war und sehr tiefgreifend auch war. Genossen, was man verstehen muß, ist jetzt folgendes: Wir haben einen zentralen „Runden Tisch" und es ist vorhin richtig gesagt worden von Martin Harnack, daß der Zentrale Runde Tisch die Gefahr hat, daß er kippt.

Der „Runde Tisch" ist gegenwärtig die versuchte Form, eine Doppelherrschaft in diesem Land aufzubauen, bei Bedarf die Regierung lahmzulegen, indem sie eine Nichtkonsensfähigkeit am „Runden Tisch" herstellen. Nun kann einer sagen, hat denn der „Runde Tisch" so viel zu sagen. Genossen, bisher ist es gelungen, daß der „Runde Tisch" kein Veto-Recht und keine Beschlußfähigkeit hat, die der Staatsapparat ausführen muß. Alles andere hat der „Runde Tisch" schon. Der zitiert den Staatsapparat, der kann alle Beschlüsse einsehen. Die kontrollieren alles und Genossen, es ist ein Riesenkampf, sage ich, jede Nacht, die wir dort sitzen, 19.30 Uhr beginnt das ja erst, um uns zu behaupten.

Jetzt komme ich zu der Frage, die Harry mit Recht aufgeworfen hat. Was ist im letzten „Runden Tisch" gelungen? Und, Genossen, wenn`s die SED-PDS beantragt hätte, wären sie damit nicht durchgekommen. Ich sage es hier deutlich, glücklicherweise hat es der Moderator, weil wir ihm mal gesagt haben, wie ernst wir die Lage einschätzen, hat sich entschuldigt, nämlich der Superintendent Magirius, und hat den Antrag gestellt, daß wir die Großveranstaltung davor nicht mehr machen. Und da ein paar andere, nämlich die Vereinigte Linke zum Beispiel wußte, daß die Republikaner hier, die früher Bewohner der DDR waren, auftreten sollten, haben zunächst mal zwei, drei andere mitgesagt, jawohl, wir sind auch dafür, und dann haben wir gesagt als SED, jawohl wir sind auch dafür, daß dieser Beschluß durchkommt.

Genossen, am „Runden Tisch" ist kaum eine gute Sache durchzusetzen, wenn wir sie initiieren. Sogar die CDU und LDPD distanziert sich von dieser Sache.

802 Es handelt sich hierbei offenkundig um eine wörtliche, unkorrigierte Abschrift des gesprochenen Wortes.

Genossen, ich muß jetzt noch was sagen, wo ihr vielleicht manchmal denkt, nun sind die denn jetzt verrückt in dem Parteivorstand. Genossen, als wir keine Parität herstellen konnten, aber der Verband der Schwulen und Lesben mit einem SED-Genossen an der Spitze war, haben wir plötzlich plädieren müssen, daß die Schwulen und Lesben reinkamen. Dann hat sich das noch mit den Frauen klären können, daß wir die Frauenvereinigung und den DFD aufgenommen haben.

Genossen, ich will euch nur sagen, das heißt heute taktieren, ehe wir oft zu einer Entscheidung in Sachfragen kommen, haben wir anderthalb Stunden, Thomas Bonesky sitzt ja hinter mir, und Genossen, nur der innere Kreis kann abstimmen, haben wir oft eine, anderthalb Stunden zu Sachfragen gesprochen. Es ist eine solche Kunst, die Parität aufrecht zu erhalten allein in diesem Kreis. Und nun komme ich zurück auf die Frage. Genossen, wir stehen jetzt vor der Entscheidung, sie haben uns das angedeutet, also bitte, wir machen das mit, aber wir sind gegen jede Beeinflussung der Demo. Wenn das kommt, ziehen wir uns auf die alten Positionen zurück. Und Frieden und Menschenrechte will sowieso jeder, die haben gesagt, wir halten uns an nichts, wir werden sowieso mit Mikrophon dort wieder auftreten, aber nicht die Beschallung des ganzen Raumes. Und Genossen, jetzt ist unsere Strategie, die werden wir morgen auch im Wahlkampfstab, der morgen das erste Mal so offiziell zusammentritt, bereden. Wir werden die Demo beobachten. Wird es nicht gelingen, diese Demo, wie es eigentlich zur Zeit von den 16 am „Runden Tisch“ mindestens 14 wollen, wenn es nicht gelingt, die Demo in ein normaleres Fahrwasser, sprich in eine vernünftige politische Aktion zu bringen, werden wir für die nächste Demo, Beginn ist 14.[01.], diese von Vereinigte Linke aufgerufene Aktion gegen rechts, werden wir aufrufen, daß alle Demokraten, natürlich sind da unsere Genossen als erste dabei, sich an der Demo beteiligen unter dem Aspekt „Liebknecht/Luxemburg – für unser Land“.

[...]

Das sind die Entscheidungen vor denen wir jetzt, Helmut weiß das ja auch, laufend stehen, und, Genossen, manch einer wird denken, na warum reden die jetzt auch immer mit zur Geschäftsordnung, Genossen, mancher Geschäftsordnungsantrag ist einfach ein Antrag, um über eine schwierige Situation zu kommen.

Ich habe so lange Geschäftsordnungsanträge drüben gestellt am „Runden Tisch“, bis sie aufgehört haben, mir die Frage zu stellen, woher kommt denn das Parteieigentum, warum besitzt denn die SED dieses Haus hier. Das war doch früher Versicherung oder Finanzamt. Wie kommt ihr denn jetzt dazu, das war doch mal Volkseigentum.

Ich wollte nur auf diese Fragen noch eingehen, damit man manchmal besser versteht, warum wird das eine oder andere gemacht.

Dokument 59

Stellungnahme der Bürgerkomitees der Bezirke vor dem ZRT, Berlin 14.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Stellungnahme der Bürgerkomitees zur Auflösung der Kreis- und Bezirksämter des ehemaligen MfS/AfNS zur Vorlage der Arbeitsgruppen des Zentralen Runden Tisches „Auflösung des AfNS der DDR“ für die Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 15.01.1990

Die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wurde im Ministerratsbeschluß vom 14. Dezember 1989 festgelegt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich folgender Stand:

– Alle Kreisämter sind DDR-weit aufgelöst.

– Der Prozeß der Auflösung in den Bezirksämtern und deren Kontrolle ist unterschiedlich.

– Im Gegensatz dazu hat der Auflösungsprozeß des MfS/AfNS (Zentrales Amt, Normannenstr. 22, Berlin) bis zum 14.01.1990 noch nicht begonnen. Diese Zentrale, die über eigene DDR-weite Strukturen verfügt, ist noch voll funktionsfähig, da sie keinerlei Kontrolle in Sicherheitspartnerschaft durch Bürgerkomitees, VP und Staatsanwaltschaft unterliegt. Damit ist der Ministerratsbeschluß für diesen entscheidenden Bereich unterlaufen. Dies birgt die Gefahr einer DDR-weiten Reorganisation des MfS/AfNS in sich, und diese Möglichkeit hat eine massive Beunruhigung in der Bevölkerung ausgelöst, die zu unabsehbaren Folgen führen kann.

Deshalb fordern wir:

Den sofortigen Beginn der Auflösung des MfS, AfNS (Zentrales Amt, Normannenstr. 22, Berlin) und aller damit zusammenhängenden Strukturen.

Für diesen Prozeß halten wir für erforderlich:

1. Die sofortige direkte Kontaktaufnahme des Regierungsbeauftragten für die Auflösung des AfNS mit Vertretern der Bürgerkomitees aus den Bezirken in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches.

2. Es ist ein Stab zu bilden für die Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS (Zentrales Amt), bestehend aus den Vertretern der Bürgerinitiativen, der Staatsanwaltschaft, dem Regierungsbeauftragten, der VP und dem Beauftragten des AfNS.

3. Dieser Stab ist mit allen notwendigen Kompetenzen auszustatten und hat seinen Arbeitsplatz im zentralen Bereich der Leitung des ehemaligen AfNS.

4. Im gesamten Ministeriumsbereich darf keine Beratung und Entscheidungsfindung ohne Anwesenheit o.g. Stabes stattfinden.

In diesem Zusammenhang bestehen wir auf der Erfüllung der von den Bürgerkomitees der Bezirke sowie der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches und in der Pressemitteilung der Bürgerkomitees der DDR vom 04./05.01. 1990[803] enthaltenen Forderungen.

Insbesondere verweisen wir nochmals auf die Verbindung zwischen dem Apparat der SED und der verfassungswidrigen Tätigkeit des MfS/AfNS. Namensänderung und der Austausch von Funktionären können die SED/PDS von dieser Verantwortung nicht entbinden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Ermittlungen zu führen.

Den Beginn der Auflösung des AfNS (Zentrales Amt) bis zum 17.01.1990 erachten die Bürgerkomitees der Bezirke als Voraussetzung für ihre weitere Arbeit.

Alle am Runden Tisch vertretenen Parteien und Bürgerbewegungen werden aufgefordert, die personelle Abdeckung der gemeinsam mit der VP und der Staatsanwaltschaft durchgeführten Sicherstellung des Objektes Normannenstr. 22 zu gewährleisten.

803 Vgl.: Dokument 50.

Dokument 60

Protokoll über die Stornierung der Vernichtung von SED-Schriftgut und Versiegelung des Papierkellers durch das Bürgerkomitee in Übereinstimmung mit dem Bezirksparteiarchiv, Leipzig 16.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, den 16. Jan 1990

P r o t o k o l l

über die Stornierung des Transportes des zur Vernichtung gehenden Schriftgutes in die Papiermühle und Versiegelung des Papierkellers durch das Bürgerkomitee mit Übereinstimmung des Bezirksparteiarchivs

---

Nach nochmaliger Beratung im Bürgerkomitee (Staatssicherheit) am 15. Jan. 1990 wurde beschlossen, daß der Transport des zur Vernichtung gehenden Schriftgutes des Bezirksparteiarchivs vorerst aufgehoben werden müßte.

Bei einer Probeentnahme von Schriftgut aus einem Papiersack im Papierkeller (ZV-Raum) wurden Einreiseanträge von Bürgern aus der BRD (DKP und SPD) gefunden, einschließlich Adressenkarteien.

Daraufhin wurde seitens des Bürgerkomitees in Übereinstimmung mit dem Bezirksparteiarchiv vereinbart, eine nochmalige Sichtung durch Staatsanwaltschaft, Bürgerkomitee und Bezirksparteiarchiv vorzunehmen.

Bürgerkomitee vertreten durch:	[gez.] Tobias Hollitzer
	[gez.] Ulbricht
Bezirksparteiarchiv vertreten:	[gez.] Enderlein
	[gez.] unleserlich
	[gez.] Schneider

Dokument 61

Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig, Leipzig 17.01.1990

Quelle: SStAL BT u. RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

Leipzig, den 17.01.1990

Antrag des Bürgerkomitees Leipzig, unterstützt durch den Regierungsbeauftragten und den Sonderbeauftragten des Chefs der BDVP an den Runden Tisch des Bezirkes Leipzig

---

1. Zum glaubhaften öffentlichen Nachweis des Standes der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Leipzig führt der Runde Tisch eine gesonderte Beratung durch. Zu dieser Beratung wird durch den mit der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Leipzig beauftragten Leiter ein detaillierter Bericht gegeben und vorgelegt. Durch autorisierte Mitglieder des Bürgerkomitees Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS – wird ebenfalls ein Zwischenbericht zu bisherigen Ergebnissen der Arbeitsweise des Bürgerkomitees gegeben. Zu Fragen des Runden Tisches werden weitere nachgeordnete Leiter mit eingeladen. Die Berichterstattung ist für die DDR-Medien offen. Es wird vorgeschlagen, den Teilnehmerkreis des Runden Tisches zu dieser Sonderberatung durch Einladung von Persönlichkeiten des Bezirkes Leipzig zu erweitern. Ebenfalls eingeladen wird der Chef der BDVP und sein Sonderbeauftragter.
2. Durch den Runden Tisch wird das Bürgerkomitee – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS – beauftragt, gemeinsam mit dem Bezirksstaatsanwalt oder Militärstaatsanwalt im engen Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei Befragungen und Untersuchungen zur Aufklärung der Struktur, Arbeitsweise, Ziele, einschließlich der Auftragslage, des ehemaligen MfS/AfNS durchzuführen. Durch die am Runden Tisch vertretenen Personen, Gruppen und Kirchen können zu diesem Zweck weitere Bürger zur Erfüllung dieser Aufgabe autorisiert werden. Bei unklarer Auftragslage und bei Vernetzung des ehemaligen MfS/AfNS mit anderen werden die Untersuchungen auf diese erweitert.

[gez.] Scheibler
[gez.] Sélitrenny
[gez.] Ulbricht
Bürgerkomitee
(Sprecher)

[gez.] Rosentreter
Beauftragter
der Regierung der DDR
Bezirk Leipzig

Dokument 62

Schreiben des Ministers für Innere Angelegenheiten an die Chefs der BDVP, Berlin 18.01.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL 4. Sitzung).

MINISTERRAT

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ministerium für Innere Angelegenheiten

Der Minister

Berlin, den 18.1.1990
Win-Tgb.: 367/90

Chefs BDVP 1- 15

Der Ministerrat der DDR hat am 04. Januar 1990 einen „Beschluß zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR“ gefaßt. Die Regierung der DDR unterstützt die sich gegenwärtig im ganzen Lande vollziehende Erneuerung der Ausschüsse der Nationalen Front und die Bildung einer nationalen Bürgerbewegung als eigenständige, parteiunabhängige, pluralistische und gemeinnützige Bewegung. Die entstehende Bürgerinitiative in den Städten und Gemeinden versteht sich als eine Bewegung des Dialogs und der Mitverantwortung. Im Sinne der Regierungserklärung vor der Volkskammer am 17. November 1989 wirken sie gemeinsam mit den örtlichen Volksvertretungen und den Abgeordneten in den Wahlkreisen an der Lösung kommunaler Aufgaben.

Das von der Initiativkonferenz am 13. Dezember 1989 bestätigte *Aktionsprogramm* hat die Unterstützung der Regierung (siehe Anlage)[804]. Die zentralen Staatsorgane und örtlichen Räte sind beauftragt, die Konstituierung von Bürgerkomitees in den städtischen und ländlichen Wohngebieten und die Herausbildung von Konsultations- bzw. Informationskomitees mit Geschäftsstellen in den Kreisen, Stadtbezirken und Bezirken zu unterstützen und vertrauensvoll im Interesse der Bürger mit ihnen zusammenzuwirken.

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie in Ihrem Verantwortungsbereich sichern:

1. Seitens der Dienststellen der Organe des MfIA ist der sich formierenden nationalen Bürgerbewegung unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus

804 Die genannte Anlage (Aktionsprogramm) ist in der Akte ebenfalls vorhanden und entspricht wörtlich der Anlage des Ministerratsbeschlusses vom 04.01.1990 (vgl. Dokument 48).

Sicherheitspartnerschaften und entsprechend der fachlichen Zuständigkeit, vielfältige Unterstützung zu geben.

2. Mit den sich bildenden Geschäftsstellen der nationalen Bürgerbewegung ist Kontakt aufzunehmen. Es sind Voraussetzungen für ein kontinuierliches, partnerschaftliches Miteinander zu schaffen.

3. Durch eine aktive Beratung und Information zu Möglichkeiten der Vorbeugung von Straftaten, Rechtsverletzungen sowie anderen Gefahren und Störungen sind die Bürgerkomitees zur Mitarbeit bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu gewinnen.

Dokument 63

Fernschreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig, Joachim Draber, an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, zum Ministerratsbeschluß 8/14/90, Leipzig 19.01.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-3. Sitzung), unp.

RdB Leipzig
Vorsitzender

Vorsitzender des Minister-
rates der DDR

Werter Herr Modrow!

Die Teilnehmer des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig haben am Donnerstag, dem 18.1.1990, den Inhalt des Beschlusses des Ministerrates 8/15/90 vom 4.1.1990 „Zur Unterstützung der Erneuerung der Arbeit der Nationalen Front und zur Herausbildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR“ zur Kenntnis erhalten.

Der Runde Tisch betrachtet die Bildung einer nationalen Bürgerbewegung auf der Grundlage dieses Beschlusses als eine Provokation und bringt seinen schärfsten Protest zum Ausdruck.

Durch diesen Beschluß sieht der Runde Tisch die Grundlage seiner Arbeit als untergraben und den Fortbestand als stark gefährdet.

Einstimmig wird deshalb gefordert, sofort diesen Beschluß aufzuheben und die Finanzierung dieser Organisation sowie aller Nachfolgeorganisationen der aufgelösten Nationalen Front umgehend einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Draber

Dokument 64

Antrag an den RTL zur Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren, Leipzig 22.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

22.01.1990

Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren

Von der Staatsanwaltschaft liegt der Antrag auf Freigabe von 27 Prozeßakten des ehemaligen MfS vor. Um die Durchführung dieser Verfahren nicht über Gebühr zu verzögern, wird vorgeschlagen, eine Untersuchungskommission des Runden Tisches zu bilden, die diese Verfahren in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft vorbereitet und im Interesse der Betroffenen überwacht. Ermittlungsakten und Prozeßakten enthalten alle ein vollständiges Inhaltsverzeichnis mit numerierten Seiten der Akten. Die Akten können leihweise aus dem Archiv entnommen werden und der Untersuchungskommission mit Protokoll übergeben werden. Vor Abgabe ist die Akte auf Vollständigkeit zu prüfen. [Es ist] eine Kopie des Inhaltsverzeichnisses oder der Inhaltsverzeichnisse, gegebenenfalls auch der Anklageschriften und der Urteile zu fertigen. Diese Kopien inklusive Übergabeprotokoll verbleiben beim Bürgerkomitee. Bei Rückgabe der Akten wird anhand der Kopien die Vollständigkeit geprüft. Die Untersuchungskommission trägt die Verantwortung für die vollständige und unverfälschte Rückgabe der Akten.

Dokument 65

Gedanken zur Aufklärung vom ehemaligen Leiter der Spionageabteilung, Leipzig 22.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Brüning Leipzig, den 22.1.1990

Gedanken zur Aufklärung

Die Notwendigkeit der Auflösung des ANS wird nicht in Frage gestellt.

Funktionen/Organe der Gewährleistung der Sicherheit des Landes werden für notwendig gehalten. Mit der Entscheidung – keine neuen Dienste vor dem 6. Mai 1990 – und Übernahme solcher Funktionen in die Verantwortung des MfIA wie Spionageabwehr, Sicherung der Volkswirtschaft, Terrorbekämpfung u.ä. bleibt nunmehr ausschließlich die Funktion der Aufklärung auf der Strekke.

Die Aufklärung löste in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Aufgaben zur Abwendung von Gefahren für unser Land, zur Stärkung der Volkswirtschaft, zur internationalen Lageeinschätzung und damit auch zur Vertrauensbildung in Europa. Den Hauptanteil hatten daran die Freunde der DDR im Ausland, die als Kundschafter selbstlos, risikobereit und voller Vertrauen arbeiteten. Ihnen gegenüber gibt es eine Treuepflicht.

Meines Wissens ergeben sich für die Aufklärung auch Bündnisverpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag.

Konsequenzen:

1. Mit der getroffenen Entscheidung – kein Nachrichtendienst – müssen die Verbindungen zu den Kundschaftern abgebrochen werden. Daran hängen menschliche Schicksale, damit wird Vertrauen gebrochen und Unsicherheit erzeugt, was zu großem Schaden führen kann – das bei Menschen, die für die Fehlentwicklung in der DDR keine Schuld tragen können.

Diese Potenz läßt sich nach dem 6. Mai nicht mehr erschließen. Ein neuer Nachrichtendienst, wenn man ihn denn überhaupt will, finge bei der Stunde Null an.

2. Hinzu kommen Gefahren für den Quellenschutz. Die Unterlagen über die Kundschafter und ihre Arbeitsergebnisse müssen umgehend vernichtet werden. Wer soll das künftig machen, wenn alle auf dem Gebiet der Aufklärung tätigen Mitarbeiter entlassen sind? Die sicherste Aufbewahrung nützt nichts. Wenn sich Entwicklungen anbahnen, die zur Vereinigung unter Dominanz der BRD führen, was aus gegenwärtiger Sicht nicht auszuschließen ist, werden BND,

Verfassungsschutz u. a. ausländische Geheimdienste Jagd machen auf diese Unterlagen. Nach den Strafgesetzen in westlichen Ländern verjährt die Kundschaftertätigkeit dort erst nach mindestens 10 Jahren, manchmal viel später.

Die Entscheidung der Regierung Modrow ist unter dem Einfluß der Koalitionspartner und der Vertreter des Runden Tisches und deren Bedenken gegen alte Machtstrukturen getroffen worden. Meines Erachtens ist keine wie auch immer zusammengesetzte künftige Regierung der DDR frei von menschlicher Verantwortung gegenüber Menschen im Ausland, die sich mit der DDR und ihrem Aufklärungsorgan im Streben verbündeten, auf diese Weise zur Friedenssicherung der DDR beizutragen.

[gez.] Claus Brüning

Dokument 66

Pressemitteilung „Protest des Bürgerkomitees Leipzig zum Etikettenschwindel der Nationalen Front“, Leipzig o.D. [23.01.1990]

Quelle: Kopie beim Autor.

P r e s s e e r k l ä r u n g

Protest des Bürgerkomitees Leipzig zum Etikettenschwindel der Nationalen Front

Das Bürgerkomitee Leipzig protestiert auf das entschiedenste gegen den Ministerratsbeschluß Nr. 8/14/90, 4.1.90, zur Unterstützung der Erneuerung der Nationalen Front. Wir sehen darin eine Restauration alter Organisationsformen unter mißbräuchlicher Benutzung des aus der demokratischen Bewegung entstandenen Begriffs B ü r g e r k o m i t e e. Dieser Mißbrauch ist eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Wir verlangen vom Ministerrat, diesen Beschluß umgehend außer Kraft zu setzen und die finanziellen und materiellen Ressourcen der ehemaligen Nationalen Front kommunaler Nutzung zuzuführen.

Dokument 67

Wortprotokoll der Sondersitzung des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig [Auszug], Leipzig 24.01.1990

Quelle: Aufzeichnung und Abschrift beim Autor.

Bürgerkomitee Leipzig:

„Das Bürgerkomitee entstand spontan am 4. Dezember 1989 ab 17 Uhr aus verantwortungsbewußten Menschen der demokratischen Gruppierungen sowie parteilosen Bürgern. Wir sind eine Gruppe, die sich bis jetzt aus einem kleinen Kreis von kontinuierlichen Mitarbeitern und vielen Beauftragten des Bürgerkomitees zusammensetzte. Derzeit befinden wir uns in einer Umstellung. 10-15 ganztätige Mitarbeiter und mehr als 15 zeitweilige Beauftragte arbeiten in verschiedenen Teams (z. B. Büro, operative Gruppen – Postgruppe). Trotz der endlich zur Verfügung gestellten Freistellungen ist unsere gesellschaftliche Anerkennung bei den Verantwortlichen in den Betrieben noch immer nicht überall erreicht, so daß einige aus unserem Komitee Nachteile für ihr berufliches Fortkommen fürchten müssen.[...]

Unsere Entscheidungen fallen nach basisdemokratischen Prinzipien. Dadurch besteht eine enge Verbindung von Entscheidungen zu ihren Durchführungen. Nachteilig wirkt dabei der relativ langwierige Prozeß zur Meinungsfindung. Um zu vermeiden, daß Mitarbeiter Beschlüsse inkompetent fassen, haben wir sieben ganze Anwesenheitstage im Bürgerkomitee zur Voraussetzung für das Abstimmungsrecht gemacht.

Grundsätzlich sehen wir unsere Aufgabe in der Deeskalierung und Vermittlung zwischen der aufgebrachten Bevölkerung und den nicht mehr vertrauenswürdigen Staats- und Sicherheitsorganen. Wir stehen stellvertretend für die Leipziger. Von daher ist verständlich, daß wir dringend auf breite Öffentlichkeit angewiesen sind.

Unser Interesse ist darauf gerichtet, die aufgebrochenen Konflikte zu benennen und auszutragen. Dabei sollte die Regierung durch ihre Unterstützung deutlicher erkennen lassen, daß unsere Arbeit für den Frieden in der Gesellschaft dringend notwendig ist. Das Bürgerkomitee möchte nicht ein neues Staatsorgan sein oder werden. In dem Maße, in dem die innere Spannung ab- und demokratische Kontrolle zunimmt, sieht es auch seine Aufgaben als gelöst an. [...]

Jetzige Zielsetzung ist, daß endlich die Regierung durch Anweisungen und Befehle die Initiative bei der Auflösung übernimmt. Ein erster Schritt dahin ist, daß die Abteilungsleiter des ehemaligen MfS eine eidesstattliche Erklärung über Bewaffnung, konspirative Objekte und Fahrzeuge abgeben mußten.

[...]

Ich wollte damit nur andeuten, daß hier in Leipzig durch die Bürgerrechtsbewegung dieser Zustand der Gewaltfreiheit aus den demokratischen Gruppen heraus entwickelt wurde am 4.12. und daß dieser Entwicklung mit der Auflösung des Amtes Rechnung getragen wird. Wir haben damit von Erfurt her, wo das Eindringen ins Gebäude gewaltsam war, über unseren Versuch hier in Leipzig, das friedlich und im Sinne einer parlamentarischen Lösung herbeizuführen, einen Weg begangen, der verhindern sollte, daß Gefährdungen, wie sie in Berlin durch zögerliches Verhalten der Regierung entstanden sind, uns in höchste Gefährdung der Gesellschaft stürzen können.

[...]

Es geht hier darum, daß sich der Runde Tisch dazu bekennt, daß über das bisher gewahrte Prinzip, alle Akten grundsätzlich zu sichern, hinaus jetzt ein Weg gefunden wird, um auch Akten mit persönlichen Inhalten in konkreten Einzelfällen zur Bearbeitung herauszugeben."

Dokument 68

Pressemitteilung des Bürgerkomitees zur Bereitstellung von Gerichtsakten, Leipzig o.D. [Januar 1990]

Quelle: Kopie beim Autor.

Pressemitteilung zur Bereitstellung von Gerichtsakten

Zur Zeit liegen beim Bürgerkomitee 40 Anforderungen von Gerichtsakten für Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren vom Bezirksgericht Leipzig vor.

Das Bürgerkomitee will die Bearbeitung der Anträge beschleunigen und ist zur Suche der Akten im Archiv und zur Abgabe dieser an das Bezirksgericht bereit.

Es wurde ein Modus zur Sicherung der Akten erarbeitet, der das Kopieren der Inhaltsverzeichnisse sowie nach Zustimmung der Bürger auch der Anklageschriften und Urteile umfaßt.

Die Archivkartei hat eine Größe von 200.000 Karteikarten. Bis zum Feststellen des Standortes müssen mehrere Archivkarteien bearbeitet werden, doch wir hoffen, noch vor den Wahlen am 18. März dem Bezirksgericht die Akten übergeben zu können.

Die ersten Akten wurden am 28.02.90 aus dem Archiv entnommen und werden dem Bezirksgericht in den nächsten Tagen übergeben.

Die Staatsanwaltschaft hat monatelang die Einlagerung der Akten im MfS-Archiv verschwiegen. Nachdem das Bezirksgericht den Verbleib der Akten aufgedeckt hat und sich das Bürgerkomitee für die baldmöglichste Übergabe dieser Papiere eingesetzt hat, ist es nun am Ministerium der Justiz, ebenso schnell zur Rehabilitierung der Verurteilten beizutragen und das angekündigte Rehabilitierungsgesetz schnellstmöglich durch die Volkskammer verabschieden zu lassen.

[gez.] i.A. Polatschek
Bürgerkomitee

Dokument 69

Brief des Bürgerkomitees über die Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren, Leipzig [Januar 1990]

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitee

Abgabe von Gerichtsakten zur Durchführung von Rehabilitierungsverfahren

Vom Bezirksgericht Leipzig liegt der Antrag auf Freigabe einer Vielzahl Prozeßakten des ehemaligen MfS vor.

Diese Akten wurden seitens der Staatsanwaltschaft der Verwaltung des ehemaligen MfS übergeben und befinden sich vermutlich im Archiv der Bezirksverwaltung.

Um die Durchführung der Verfahren nicht über Gebühr zu verzögern, wird vorgeschlagen, eine Kommission des Bürgerkomitees zu bilden, die diese Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Militärstaatsanwalt vorbereitet und im Interesse der Betroffenen überwacht. Ermittlungsakten und Prozeßakten enthalten alle ein vollständiges Inhaltsverzeichnis, und jedes Blatt der Akten ist numeriert.

Die Akten können vorübergehend aus dem Archiv entnommen werden.

Die Akten werden vor der Abgabe auf Vollständigkeit geprüft. Eine Kopie der Inhaltsverzeichnisse ggf. auch der Anklageschrift und der Urteile (Anklageschrift und Urteil nur mit Zustimmung der Betroffenen) verbleiben beim Bürgerkomitee. Die Abgabe der Akten erfolgt nur direkt an die Gerichte. Grundlage dafür ist ein entsprechender Antrag an die Militärstaatsanwaltschaft (Doppel erhält das Bürgerkomitee).

Gleichzeitig ist die Vorlage einer Kopie des Rehabilitierungsantrages erforderlich. Die aktuelle Anschrift der Bürger ist anzugeben. Die Abgabe erfolgt nur, wenn der betroffene Bürger mit der formulierten Verfahrensweise einverstanden ist und das Bürgerkomitee durch ihn eine Ermächtigung dazu erhält. Einem ausgewählten und auf Personen- und Datenschutz verpflichteten Kreis des Bürgerkomitees wird bei Zustimmung der beantragenden Bürger Einsicht in die Akten gewährt.

Durch das Bürgerkomitee wird direkter Kontakt zu den eventuell zu rehabilitierenden Bürgern aufgenommen, um eine Beratung betr. Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der durchgeführten Strafverfahren zu vermitteln und erforderlichenfalls entsprechende Anzeige auslösen zu können.

Für Kassationsanträge ist die Einbeziehung des Bürgerkomitees zur Aktenfreigabe ebenfalls erforderlich, um die Vernichtung oder Veränderung von Akten mit Rückschlüssen auf ungesetzliche oder nicht der Strafprozeßordnung entsprechende Verfahrensordnung zu verhindern. Durch das Bürgerkomitee wird analog zu den Rehabilitierungsakten verfahren.

Für übrige Belange wird den Gerichten auf Antrag Einsicht in Akten unter Kontrolle des Bürgerkomitees in dessen Räumen gewährt.

Bei Rückgabe der Akten wird anhand der Kopien die Vollständigkeit überprüft.

Gegenüber dem Bürgerkomitee und dem Militärstaatsanwalt trägt das übernehmende Gericht die Verantwortung für die vollständige und unverfälschte Rückgabe der Akten.

Nach der Rückgabe werden die gefertigten Kopien vernichtet.

Die Mitglieder der Kommission sind:

[gez.] Köcher	[gez.] Günter Hönemann
Oberst Köcher	Bürgerkomitee

Diese Verfahrensweise seitens des Bürgerkomitees wird für meine Akten zugestimmt. Ich erteile Genehmigung / keine Genehmigung zum Kopieren der Anklageschrift und des Urteils.

Unterschrift

Dokument 70

Artikel „Bürgerbewegung weist Protest zurück. Versuch der Ausgrenzung aus dem Erneuerungsprozeß", Berlin 25.01.1990

Quelle: Neues Deutschland vom 25.01.1990, S. 2.

Bürgerbewegung weist Protest zurück

Versuch der Ausgrenzung aus dem Erneuerungsprozeß

Berlin (ADN). Das Initiativkomitee zur Bildung einer nationalen Bürgerbewegung der DDR hat den von einem „Bürgerkomitee Leipzig" erhobenen Protest zurückgewiesen. Der Angriff auf die nationale Bürgerbewegung sei der Versuch, sie aus dem demokratischen Erneuerungsprozeß auszugrenzen und ihr Wirken zum Wohle der Menschen zu behindern. Die nationalen Bürgerkomitees in den Städten und Gemeinden, denen parteilose Bürger sowie Mitglieder von Parteien der Regierungskoalition und der Opposition angehörten, nähmen ihre gesellschaftliche Arbeit ohne Vereinnahmung, im fairen Wettbewerb um die beste Lösung kommunalpolitischer Probleme sowie bei der Wahrung der Kultur des politischen Streites wahr.

Wie es in einer Pressemitteilung des Initiativkomitees heißt, gehe der Angriff bemerkenswerterweise nicht auf den Inhalt des Aktionsprogrammes ein. Der vom „Bürgerkomitee Leipzig" attackierte Beschluß des Ministerrates vom 4. Januar 1990 stelle für die nationale Bürgerbewegung lediglich mit Verspätung jenen Rechtszustand her, der anderen neu entstandenen und neu entstehenden Parteien und Bewegungen mit einem Ministerratsbeschluß zuerkannt worden sei und schon ausgiebig genutzt werde. Er regelt die Bereitstellung von materiellen und finanziellen Mitteln für die politische Arbeit.

Dokument 71

Auftrag zur Sicherung der Akten der BEL und KEL, Leipzig 25.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitee Leipzig
Dittrichring
Leipzig
7010 25.1.1990

In weiterer Ausgestaltung der zwischen dem Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates, dem Vertreter des Ministers für Innere Angelegenheiten, dem Chef der BDVP, der Militärstaatsanwaltschaft und dem Bürgerkomitee vereinbarten Sicherheitspartnerschaft werden vom Bürgerkomitee gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt die Unterlagen der ehemaligen Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen gesichert, um die Aufklärung von Verflechtungen und der Befehlsstruktur des MfS/ANS zur Schaffung von Rechtsstaatlichkeit durchführen zu können.

Zur Einbeziehung der Unterlagen und Akten in die gemeinsame Sicherung von BDVP und Bürgerkomitee werden diese in das Gebäude der Bezirksverwaltung Leipzig des ehemaligen MfS/ANS überführt.

[gez.] Scheibler
[gez.] Köcher
Bürgerkomitee
Militärstaatsanwalt
[gez.] Konrad Taut

Dokument 72

Offener Brief der Richter des Bezirkes Leipzig an die Regierung und den Runden Tisch in Berlin, Fernschreiben des Bezirksgerichtes Leipzig Nr. 66 vom 25.01.1990, Leipzig 25.01.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-5. Sitzung), unp.

Bezirksgericht Leipzig fs 66 25.01.1990

Offener Brief der Richter des Bezirkes Leipzig an die Regierung und den Runden Tisch in Berlin

Die Richterschaft des Bezirkes Leipzig erklärt im Ergebnis der Gesamtrichterkonferenz vom [Datum nicht zu entziffern], daß sie sich voll zur demokratischen Erneuerung in unserem Lande bekennt und gewillt ist, diese aktiv mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Rechtsprechung durchzusetzen. Die von allen demokratischen Kräften erhobene Forderung nach Rechtsstaatlichkeit ist unser ureigenstes Anliegen.

Die Rechtsprechung als ein Bestandteil und wichtige Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit ist aber unter den gegenwärtigen innenpolitischen Bedingungen in Frage gestellt, auch was die zu erwartenden Verfahren gegen ehemalige Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre anbelangt. Rechtsstaatlichkeit ist ohne Unabhängigkeit der Richter nicht denkbar.

Die Unabhängigkeit der Richter und damit die Aufrechterhaltung der Rechtsprechung auf den Gebieten des Straf-, Zivil-, Familien-, Arbeits- und Verwaltungsrechts ist ernsthaft gefährdet,

- weil Richter und Schöffen permanent persönlich Angriffen, die von Beleidigungen, Beschimpfungen bis hin zu Morddrohungen gehen, ausgesetzt sind,
- weil trotz der Weitergeltung der Gesetze und deren verbindlicher Auslegung durch die Rechtsprechung des obersten Gerichts von den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften die unterschiedlichsten Erwartungen an die Rechtsprechung im Einzelfall gestellt werden und dementsprechend Einflüsse wirken, die eine gerechte Entscheidung beeinträchtigen,
- weil trotz gegebener rechtlicher Regelungen das gegenwärtige gesellschaftliche Klima und die materiell-technischen sowie personellen Bedingungen an den Gerichten keine ausreichende Basis für die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der Richter bieten und
- weil das jetzt auf den Richtern lastende Ausmaß des physischen und psychischen Druckes den Zustand eintreten lassen könnte, daß davon die Entscheidungsfindung im Einzelverfahren beeinflußt wird.

Wie akut und berechtigt unsere Besorgnis ist, wird dadurch belegt, daß der Minister der Justiz am 24.1.90 telefonisch die Bezirksgerichte anweisen ließ durchzustellen, daß auf Grund der Forderungen der in Bautzen I noch einsitzenden – weil von der Amnestie nicht erfaßten – Strafgefangenen in noch nicht bekanntem Umfange durch die Richter auf Antrag des Leiter der Strafvollzugseinrichtung oder des Staatsanwaltes Strafaussetzung auf Bewährung zu gewähren und die Entlassung bis 15.2.90 zu veranlassen ist. Des weiteren soll eine bereits rechtskräftig für einen späteren Termin beschlossene Strafaussetzung auf Bewährung bar jeder Rechtsgrundlage vorverlegt werden.

Neben unserer Besorgnis wegen dieser die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Richter eklatant verletzenden Anweisung teilen wir die im Zusammenhang mit den Amnestien vom 27.10.89 und vom 6.12.89 geäußerten Sorgen und Ängste der von Straftaten Betroffenen und der Bevölkerung.

Wir werden aber jeden gestellten Antrag auf Strafaussetzung auf Bewährung nach geltendem Recht auf seine Berechtigung prüfen und darüber unverzüglich entscheiden.

Wir halten es zur Gewährleistung der Rechtssicherheit der Bürger für unabdingbar, daß sich die am Runden Tisch vertretenden Parteien und Gruppierungen und die Regierung dazu erklären, wie die Unabhängigkeit der Richter gewährleistet werden kann oder ob die Richter die Rechtsprechung zunächst einstellen sollen.

Dokument 73

Rahmenbedingungen für eine Nachnutzung der ehemaligen MfS-Objekte, Vorlage für die Sitzung des RTSL am 31.01.1990, Leipzig 25.01.1990

Quelle: StAL RT Ord. 02, p. 249 – 250.

Vorbemerkung:

Ein 1. Entwurf des Vorschlages lag einem vom „Runden Tisch“ beauftragten Teilnehmerkreis einer Beratung am 22.1.90 unter Leitung der Stadtplankommission vor. Dieser 1. Entwurf beinhaltete bereits wesentliche Gesichtspunkte und wurde in der o.g. Beratung um weitere Aspekte ergänzt.

Rahmenbedingungen

- Die Nachnutzung sollte eine möglichst große Wirksamkeit für die Stadt Leipzig haben, d. h. möglichst viele Bürger der Stadt sollten direkt oder indirekt davon Nutzen ziehen können.
- Eine Nachnutzung der Objekte sollte unter Beachtung folgender Prioritäten untersucht werden:
  1. Für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens,
  2. Für kommunalpolitische Schwerpunkte und öffentlichkeitswirksame Einrichtungen (z. B. stadttechnische Versorgung, Verwaltungsdienste, Dienst- und Versorgungsleistungen, Freizeit- und Kulturangebote, Bildungseinrichtungen),
  3. Für die Absicherung der Unterbringung von Bauarbeitern, zur Unterstützung des Bauwesens der Stadt Leipzig (Unterbringung polnischer Arbeitskräfte)
  4. Für die Absicherung von neuen Aufgaben durch die Deutsche Volkspolizei (Drogenfahndung, Personenschutz etc.), die mit dem in Vorbereitung sich befindenden Gesetz über die VP zu erwarten sind.
- Das jeweilige Objekt sollte nach Möglichkeit hauptsächlich von nur einem Partner nachgenutzt werden, der das Objekt in seine Rechtsträgerschaft übernimmt. Damit wird gewährleistet, daß die Betreibung der technischen Anlagen, Wartung, Instandhaltung und Sicherung des Objektes in einer Hand liegt.
- Durch die jeweiligen Nutzer sind nach Möglichkeit die technischen Arbeitskräfte (Bedienungs- und Wartungspersonal) mit zu übernehmen.

- Eine Teilung der Rechtsträgerschaft bzw. Grundstückstrennung ist z.T. aus Gründen der Vermaschung von technischen Versorgungsleitungen (z. B. Heizhäuser im Objekt Mathiesenstr. 16) sehr kompliziert bzw. unmöglich.
- Es sollten möglichst Nachnutzer sein, die selber eine Vielzahl von kleineren Objekten in der Stadt freisetzen, die dann für weitere, dringende Bedarfsträger verwendet werden können.
- Eine Nachnutzung der Objekte sollte nach Möglichkeit ohne größere bauliche Aufwendungen erfolgen.
- In allen Objekten war eine telefonische Verbindung nur über das Zentralobjekt Dittrichring möglich. Das bedeutet, daß alle Objekte fernsprechseitig neu erschlossen werden müssen. Durch die Nachnutzer ist diese Problematik eigenverantwortlich mit der Deutschen Post zu klären.
- Der Raumbedarf der neuen Parteien und Organisationen bis zum 6.5.90 ist bis zu diesem Zeitpunkt in der Objektnutzung zu berücksichtigen.

Dokument 74

Presseerklärung des Bürgerkomitees Leipzig, an ADN und alle Leipziger Zeitungen gegangen, Leipzig 30.01.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, den 30.1.90

Doch geheimnisvolle Papiere im Bezirksvorstand der SED-PDS

Wie die LVZ vom 17.1.90 meldete, stoppte das Bürgerkomitee [BK] am 16.1.90 den geplanten Transport von 15 t Akten des SED-PDS-Bezirksvorstandes in die Papiermühle, weil bei Stichproben u. a. Einreiseanträge von Bürgern der Bundesrepublik gefunden wurden.

Danach vereinbarten die BK-Vertreter mit Genossen der Partei, das gesamte Material am Sonnabend, dem 27.1., noch einmal zu sichten. Herr Hertel von der SED-PDS teilte uns zu diesem Termin mit, daß geheime Materialien dabei wären, die nur ein Staatsanwalt einsehen dürfe.

Der diensthabende Staatsanwalt, Herr Roland, wurde angerufen, erklärte sich für nicht zuständig und verwies an die Militärstaatsanwaltschaft. Deren Aufgabenbereich sind aber nur die bewaffneten Organe.

Obwohl in den Pressemitteilungen (LVZ 12. und 16.1.90) die SED-PDS ihre Offenheit betonte, wurde dem Bürgerkomitee die Einsicht verwehrt. Des weiteren wurde dem Bürgerkomitee von Herrn Reinhard, Leiter der Abteilung Sicherheit der SED-PDS, schon am 5.1. mitgeteilt, daß entgegen der Pressemitteilung vom 12.1. Akten, betreffend die Bezirkseinsatzleitung und die Abeilung Sicherheit, sowohl aus dem Haus gegeben, als auch vernichtet wurden.

Herr Wötzel hat sich inzwischen für das Verhalten der Genossen am Sonnabend entschuldigt.

Die Partei bat das Bürgerkomitee, ihr hier eine saubere Arbeitsweise zu bestätigen. Das kann erst geschehen, wenn sie, wie in der Zeitung angekündigt, die ehrliche Einsichtnahme auch ermöglicht.

Bürgerkomitee

Dokument 75

Vorschlag des Bürgerkomitees und von Vertretern der neuen demokratischen Kräfte am Runden Tisch der Stadt Leipzig zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, Leipzig [30.01.1990]

Quelle: StAL RT Ord. 01, p. 441.

Vorschlag des Bürgerkomitees und von Vertretern der neuen demokratischen Kräfte am Runden Tisch der Stadt Leipzig zur Gewährleistung der Regierbarkeit der Stadt nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung

Auf der Sitzung des Runden Tisches vom 24.1. war die Erwartung formuliert worden, daß die Stadtverordnetenversammlung trotz fehlender Legitimation geschäftsführend bis zu Neuwahlen weiterarbeitet.

Am 26.1.1990 hat sich die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. Form und Inhalt dieser Entscheidung sprechen wir unsere deutliche Mißbilligung aus. Als neue demokratische Gruppen und Parteien haben wir erklärt, daß bei allen Entscheidungen die Regierbarkeit der Stadt zur Erhaltung der lebenswichtigen Funktionen der Stadt gewährleistet bleiben muß.

Dazu gehört auch die Wahrnahme der notwendigen legislativen Funktionen. Der Runde Tisch ist gezwungen, als Übergangslösung bis zur Durchführung von Kommunalwahlen in der Stadt Leipzig, die bis dahin erforderlichen Entscheidungen der Legislative in einer modifizierten Arbeitsform zu treffen.

Der Runde Tisch muß die Bedingungen formulieren, unter denen er diese Aufgabe erfüllen kann.

Bedingungen sind:

1. Die bisherigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung haben gegenüber dem Runden Tisch Rechenschaft zu legen. Dabei sind anstehende Entscheidungen darzulegen.

2. Neue Kommissionen werden durch den Runden Tisch bestätigt, dabei ist die Mitarbeit erfahrener und sachkundiger Bürger, Vertreter von Bürgerinitiativen und von Delegierten des Runden Tisches unumgänglich. Bisherige Mandatsträger sollten in diese Arbeit im erforderlichen Umfang einbezogen werden.

3. Der Rat der Stadt hat rein exekutive Funktionen zu erfüllen. Die Stadträte der verschiedenen Ressorts haben sowohl am Runden Tisch als auch in seinen Kommissionen und Ausschüssen sachbezogen Auskunftspflicht und Antragsrecht. Der Rat legt den Arbeitsplan zur Beschlußfassung vor und hat weiterhin kein eigenständiges Entscheidungsrecht für z. B. folgende Entscheidungen:

- Rechtsträger/Nutzungsrechte von Immobilien und Grund und Boden,
- Verfügungen über Eigentum,
- Vereinbarungen und Verträge, die über die Erhaltungsfunktion der bestehenden Verwaltung hinausgehen.

4. Das bestehende Bürgerkomitee ist eine vom Runden Tisch unabhängige Kommission mit Stimmrecht am Runden Tisch. Seine Arbeitsgruppen arbeiten mit den zu bildenden Kommissionen des Runden Tisches zusammen.

Dokument 76

Antrag des Bürgerkomitees zur Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS, Leipzig 02.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Antrag zur Verfahrensweise der Aufdeckung von Objekten des ehemaligen MfS/ANS

1.) Alle Bürgerkomitees der Kreise von Leipzig bekennen sich zu einem einheitlichen Weg bei der Aufdeckung von Dienst- und konspirativen Objekten in ihrer Region.

2.) Sie arbeiten gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt und in engem Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei. Dabei wird der Personen- und Quellenschutz unbedingt gesichert.

3.) Die Vertreter der Bürgerkomitees der Kreise übernehmen in direkter Linienstruktur den Auftrag des Runden Tisches an das Bürgerkomitee Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS –, gemeinsam mit dem Staatsanwalt oder dem Militärstaatsanwalt im engen Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei Befragungen und Untersuchungen zur Aufklärung der Struktur, Arbeitsweise und zur Offenlegung von Objekten durchzuführen.

4.) Die Vertreter der Bürgerkomitees der Kreise erhalten in Sicherheitspartnerschaft mit der VP die Möglichkeit, eine 2-fach gefertigte Liste von bisher nicht bekannten konspirativen Objekten zur Aufdeckung selbiger zu bearbeiten,

   – in einer gemeinsamen Begehung von Mitgliedern des BK und der Polizei erfolgt die Offenlegung, die protokollarisch erfaßt werden muß.

   – Ein Belegexemplar darüber erhält der Militärstaatsanwalt, nachdem es gesiegelt wurde durch die Deutsche Volkspolizei und das Bürgerkomitee.

– Nach der erfolgten Begehung aller auf der Liste stehenden Objekte wird das Duplikat an das Bürgerkomitee Leipzig unter Berücksichtigung des Personenschutzes und des Quellenschutzes zurückgegeben.

Bürgerkomitee Leipzig	Sonderbeauftragter des Chefs der BDVP
[gez.] Sélitrenny – Sélitrenny –	[gez.] Pawlowski – Pawlowski –
Leipzig, 02.02.1990	[gez.] Köcher Militärstaatsanwalt – Köcher –

Dokument 77

Beschluß der Bürgerkomitees zur Kontrolle der Abteilung Inneres und der Abteilung I, Leipzig 05.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitee Leipzig
Dittrichring 22-24
Leipzig, den 5.2.1990
7010

Zur weiteren Aufklärung der Verflechtungen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit mit anderen Organen hat das Bürgerkomitee beschlossen, am 6.2.1990 in den Abteilungen Inneres und den Abteilungen I des Rates des Bezirkes Leipzig, des Rates der Stadt Leipzig, der Räte der Stadtbezirke Leipzigs sowie der Räte der Kreise des Bezirkes Leipzig entsprechende Unterlagen zu sichern und in die Sicherheitspartnerschaft der Militärstaatsanwaltschaft und des Bürgerkomitees zu übernehmen.

[gez.] J. Beleites
J. Beleites
Bürgerkomitee Leipzig

[gez.] T. Hollitzer
T. Hollitzer
Bürgerkomitee Leipzig

Dokument 78

Fragenkatalog des Militärstaatsanwaltes für eine Erklärung der Leiter aller Diensteinheiten der BVfS Leipzig zu folgenden Sachfragen, [Leipzig 05.02.1990]

Quelle: Kopie beim Autor

Erklärung vor dem Militärstaatsanwalt zu folgenden Sachfragen

1. Offenlegung zur eigenen Abteilungsstruktur (Linienstruktur beachten), untersetzt mit Namen der Leiter und Befehlsstruktur,
2. Erbringen von Finanz- und Vermögensnachweisen, Unterschriftsordnung dazu (Devisenkonten),
3. Inventarlisten, Grundmittelnachweis, Haushaltsbücher,
4. Nachweis über den Verbleib von Fernmelde-, Abhörtechnik und Nachrichtentechnik,
5. Nachweis über Verbleib von allen Ausweisen, Sonderberechtigungen, Petschaften, anderen Legitimationen sowie Betretensordnung zu Objekten und konspirativen Wohnungen und Gebäuden, Telefonnachweis der Dienstapparate,
6. Archivierungsstruktur aller Abteilungen (VVS-Ordnung beachten),
7. Welche Belehrungen/Vergatterungen erfolgen durch die Kaderabteilungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses (wohin wurden welche Mitarbeiter gelenkt?),
8. Nachweis von Waffenübergabe, die sich in Privatbesitz befanden, anhand der Eintragung im Dienstausweis und dort erfolgten Kontrolle dazu,
9. Verfügungsgewalt über Konten-Nachweise,
10. Umfang und Arbeitsfähigkeit der noch arbeitenden Abteilungen.

Dokument 79

Protokoll über die Sicherung von Akten und Unterlagen entsprechend der Vorgabe des Bürgerkomitees, Leipzig 06.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, den 6.2.1990

Protokoll
über die Sicherung von Akten und Unterlagen entsprechend der Vorgabe der Herren des Bürgerkomitees

---

Am 6.2.1990, in der Zeit von 9.30 – 12.00 Uhr, wurde eine Kontrolle im Bereich Inneres des Rates des Bezirkes Leipzig durch die Herren

Beleites	vom Bürgerkomitee
Hollitzer	„ „
Mittasch	„ „
	und
Kannegießer	Staatsanwalt beim BSTA, Abt. IV

vorgenommen mit dem Ziel, Unterlagen, die Auskunft über eine mögliche Verflechtung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nat. Sicherheit mit dem Bereich Inneres des Rates des Bezirkes geben können, zu sichern.

Die Sicherung umfaßt

– im Raum 318 den Panzerschrank
– den Raum 322 (Zimmertür)
– im Raum 521 den Panzerschrank LB 82128
alle versiegelt mit den Petschaften 11836 sowie
Bürgerkomitee Runde Ecke 1990/003.

Herr Dr. Reitmann erklärt, daß sich außerhalb der gesicherten Räumlichkeiten bzw. Behältnisse keine Unterlagen befinden, die Auskunft geben über die mögliche Verflechtung des ehem. MfS/ANS und dem Rat des Bezirkes, Bereich Inneres, und daß durch die Sicherung der Behältnisse die Arbeitsfähigkeit des Bereichs Inneres nicht beeinträchtigt wird.

[gez.] Kannegießer	[gez.] Beleites	[gez.] Reitmann
Staatsanwalt	Bürgerkomitee	Dr. Reitmann

Dokument 80

Beschluß des Ministerrates 13/4/90 vom 08.02.1990 mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen des Bürgerkomitees Leipzig, Berlin 08.02.1990 bzw. Leipzig 08.03.1990[805]

Quelle: Kopie beim Autor.

Beschluß
über weitere Maßnahmen zur Auflösung des
ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit
vom 8. Februar 1990

1. Die Leitung der weiteren Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit wird mit Regierungsvollmacht durch die Herren

   Dr. Böhm, Georg
   Vertreter des Runden Tisches

   Fischer, Werner
   Vertreter der Runden Tisches

   Peter, Fritz
   Regierungsbeauftragter

wahrgenommen.

Beratend ohne Stimmrecht nimmt teil
   Dr. Forck, Gottfried
   Vertreter des Runden Tisches

   als ständiger Vertreter
   Oberkonsistorialrat Schröter, Ulrich

2. Zur weiteren Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit wird als zentrales Staatsorgan ein Komitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit bzw. *Ministeriums für Staatssicherheit* (nachfolgend Komitee genannt) gebildet.

3. Als Leiter des Komitees wird Herr Günter Eichhorn, bisher Leiter des Arbeitsstabes zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, eingesetzt.

4. Der Leiter des Komitees wird durch die mit der Leitung beauftragten Regierungsbevollmächtigten angeleitet und ist ihnen und der Regierung *sowie den Bürgerkomitees und der Öffentlichkeit gegenüber rechen-*

805 Der Text folgt der Originalfassung des Ministerratsbeschlusses. Alle Ergänzungen des Bürgerkomitees sind kursiv gesetzt und Streichungen als solche kenntlich.

schaftspflichtig. Die praktizierte Sicherheitspartnerschaft zwischen Militärstaatsanwalt, BDVP, Bürgerkomitee und Regierungsvertreter soll beibehalten werden.

5. Bei der Bildung des Komitees, der inhaltlichen Bestimmung seiner Tätigkeit und seiner Organisation ist von den Grundsätzen (Anlage 1) auszugehen.

   Dem Vorsitzenden des Ministerrates sind die Grobstruktur, die Anzahl der benötigten Planstellen und die Anforderungen für die finanzielle und materiell-technische Ausstattung zur Bestätigung vorzulegen.

6. Das Komitee ist juristische Person und Haushaltsorganisation. Sein Sitz ist Berlin. Es wird im Rechtsverkehr durch den Leiter vertreten. Vollmachten können erteilt werden.

7. Die Finanzierung des Komitees erfolgt aus dem Staatshaushalt.

8. Das Komitee übernimmt die Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit.

9. Den im Dienstleistungs-, Betreibungs- und Verwaltungsbereich des Gebäudekomplexes Normannenstraße beschäftigten ca. 140 Werktätigen, die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Gebäudekomplexes erforderlich sind, sind durch den VEB Dienstleistungskombinat beim Ministerrat mit Wirkung vom 1. Februar 1990 Arbeitsverträge des Ministerrates nach dem Rahmenkollektivvertrag Einrichtungen des Ministerrates anzubieten.

   Die dafür erforderlichen Lohnfondsmittel und weiteren finanziellen Aufwendungen sind dem Sekretariat des Ministerrates bereitzustellen.

   Bei Rechtsträgerwechsel sind diese Arbeitskräfte objektgebunden durch den neuen Rechtsträger zu übernehmen. *Ehemalige Mitarbeiter des AfNS sind nur bis zur endgültigen Übergabe der Objekte zu beschäftigen.*

   Verantwortlich: Direktor des VEB Dienstleistungskombinat beim Ministerrat

   Minister der Finanzen und Preise

   Leiter des Komitees zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit

   Termin: Februar 1990

10. Für die Behandlung von durch das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit für das Jahr 1990 abgeschlossene Wirtschaftsverträge gelten die Grundsätze gemäß Anlage 2.

11. Für die Behandlung des Schriftgutes des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit gelten die Grundsätze gemäß Anlage 3.

12. Die Festlegungen zur Aufhebung der Schweigepflicht (Anlage 4) werden bestätigt.

13. Der Leiter des Komitees wird beauftragt, Grundsätze für die Behandlung der Grundmittel festzulegen.

14. Die mit der Leitung beauftragten Regierungsbevollmächtigten sind berechtigt, die Presse über den Inhalt dieses Beschlusses zu informieren, *nachdem er den bezirklichen Bürgerkomitees und den Runden Tischen vorgelegen hat.*

Anlage 1

Grundsätze
zum Vorgehen zur weiteren Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit

---

1. Das Komitee hat vor allem folgende Bereiche zu umfassen:
   - Rechtsfragen ~~einschließlich Rechtsnachfolge~~
   - Personalfragen/Sozialwesen (einschließlich der Führung von Entlassungsgesprächen)
   - Schriftgut/Archivwesen
   - Informatik
   - Materielle und finanzielle Probleme der Auflösung (gemäß bisheriger Aufgabenstellung der AG Eichhorn)
   - Kontrolle und Revision
   - Bürgereingaben
   - Öffentlichkeitsarbeit
2. Das Komitee wird aus vorhandenen Spezialisten, Personalvorschlägen von Vertretern des Runden Tisches *in Abstimmung mit den bezirklichen Bürgerkomitees und* ~~erforderlichenfalls~~ *nur in – von diesen Komitees bestätigten – Ausnahmefällen* aus entlassenen Spezialisten des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit gebildet.

   Mitarbeiter für das Komitee sind durch zeitlich begrenzte Delegierungsverträge aus anderen zentralen Staatsorganen, Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen und durch Neueinstellungen zu gewinnen.

   Die Entlohnung der delegierten Mitarbeiter erfolgt aus den Mitteln des Komitees.

   Für die Mitarbeiter finden die rahmenkollektivvertraglichen Regelungen für die Mitarbeiter der zentralen Staatsorgane Anwendung.
3. Bis zur endgültigen Auflösung der ehemaligen Bezirksämter unterhält das Komitee Arbeitsstäbe in den Bezirken, *die in erster Instanz aus Mitgliedern der dort tätigen Bürgerkomitees gebildet werden sollten.* Diese übernehmen die Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten der ehemaligen Bezirks- und Kreisämter des Amtes für Nationale Sicherheit. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke sind für die materielle Sicherheit der Arbeitsstäbe verantwortlich.

Über die Leitung und Zusammensetzung dieser Arbeitsstäbe sollte auf bezirklicher Ebene eigenverantwortlich in Konsens Runder Tisch, Bürgerkomitee und Rat des Bezirkes entschieden werden.

4. Das Komitee hat eng mit den Regierungsbeauftragten in den Bezirken zusammenzuarbeiten.

5. Es ist ~~weiterhin~~ eine enge Zusammenarbeit der Regierungsbeauftragten in den Bezirken mit den Runden Tischen und Bürgerkomitees ~~einschließlich abgestimmter Informationen über den Stand der Auflösung~~ zu gewährleisten. *Rechenschaftspflicht gegenüber der Presse sollte weiterhin direkt von den Bürgerkomitees wahrgenommen werden, sowie ihre Unabhängigkeit, ob sie nun Arbeitsstäbe oder Komitees heißen, gewährt bleiben.*

6. Die Regierungsbeauftragten haben gemeinsam mit den Bürgerkomitees ~~zu gewährleisten, daß die Gesundheitsunterlagen der ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit dem staatlichen Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt werden~~ *die weitere Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit bzw. des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu betreiben, die Aufdeckung der Strukturen und der Arbeitsweise voranzutreiben und die Öffentlichkeit zu informieren.*

Anlage 2

Grundsätze
für die Behandlung von durch das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit für das Jahr 1990 abgeschlossene Wirtschaftsverträge

1. Die materiellen Fonds und die für 1990 bisher vorgesehenen Bilanzanteile des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit sind zu sperren.

   Verantwortlich: Vorsitzender des Wirtschaftskomitees

   Termin: sofort

2. Für mit dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit abgeschlossenen Wirtschaftsverträge gilt bis zum 31.3.1990 ein Liefer- und Leistungsstopp.

   Das gilt nicht für

   – weiterzuführende Investitionsvorhaben, für die eine objektbezogene Kontrolle organisiert wird,

   – lebens- und versorgungswichtige Lieferungen und Leistungen (z. B. Elektroenergie, Gas, Kohle, Wasser, Treib- und Schmierstoffe, Nahrungsgüter, Nachrichtenleistungen, Wäschereileistungen, stadtwirtschaftliche Entsorgungsleistungen) zur technischen Betreibung vorhandener Objekte,

   – Wirtschaftsverträge, bei denen ein Vertragseintritt gemäß Ziffer 3 erfolgt.

   Entscheidungen über die Weiterführung von Investitionsvorhaben trifft der Vorsitzende des Wirtschaftskomitees auf Antrag des Leiters des Komitees.

   Die Adressaten des Liefer- und Leistungsstopps sind zu informieren.

   Verantwortlich: Minister
   Vorsitzende der Räte der Bezirke und Kreise

   Termin: sofort

3. Bis zum 31.3.1990 sind

   – aus dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit ausgegliederte Wirtschaftseinheiten [sowie]

   – die bewaffneten Organe und Staatsorgane, an die Aufgaben des Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit übergeleitet wurden,

   berechtigt, im Rahmen der ihnen bestätigten Fonds in abgeschlossene Wirtschaftsverträge einzutreten. Soweit ein Vertragseintritt gegenüber dem

Vertragspartner bis zum 31.3.1990 nicht erklärt wird, gelten die Wirtschaftsverträge als aufgehoben.

4. Die bewaffneten Organe und Staatsorgane, an die Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit übergeleitet wurden, haben die dafür erforderlichen Bestände an Technik, Bewaffnung und Ausrüstung revisionssicher zu übernehmen und im Rahmen ihres für 1990 geplanten bzw. für die Folgejahre zu planenden Bedarfs versorgungs- und planwirksam zu machen.

   Verantwortlich: Minister und Leiter der zuständigen Staatsorgane

5. Notwendige Vertragsänderungen und -aufhebungen erfolgen sanktionslos.

6. Entstandene Aufwendungen gemäß § 79 des Vertragsgesetzes aus Maßnahmen nach den Ziffern 2 und 3 dieses Beschlusses sind durch die Wirtschaftseinheiten revisionssicher nachzuweisen und bis zum 31.12.1990 durch den Staatshaushalt auszugleichen.

   Die Antragsstellung hat an das Komitee zu erfolgen, das darüber entscheidet.

7. Die Ziffer 16, erster Anstrich des Ministerratsbeschlusses vom 14.12.1989 (6/18a/89) wird aufgehoben.

Anlage 3

Grundsätze
zum Umgang mit dienstlichem Schriftgut und Archivgut unabhängig von der Art des Trägers der Information

---

1. Das dienstliche Schriftgut und das Archivgut
   - des ehemaligen Amtes und des Bezirksamtes Berlin wird in Depots in Berlin und das
   - der ehemaligen Bezirks- und Kreisämter in Depots der Bezirke

   unter Kontrolle der Bürgerkomitees konzentriert.

2. Die Sicherung des Schriftgutes und des Archivgutes, die Verwaltung und der Schutz der Depots erfolgen *in Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgerkomitees und der Militärstaatsanwaltschaft und* in Verantwortung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten.

3. Im Interesse des Schutzes der persönlichen Daten der Bürger wird das Schriftgut und Archivgut, *das Quellendaten enthält*, ~~gemäß Ziffer 1~~ bis zu einer gesetzlichen Regelung *für die Öffentlichkeit* gesperrt. *Diese Regelung trifft nicht die Arbeit der durch den bezirklichen Runden Tisch legitimierten Kommissionen der Bürgerkomitees. Die Bürgerkomitees bekennen sich zum Personen- und Quellenschutz.*

   In dieser Zeit wird Einsicht in dieses Schriftgut ~~nur~~ der Staatsanwaltschaft und dem Gericht im Zusammenhang mit Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren gewährt. *Zusätzlich können die Bürgerkomitees durch den bezirklichen Runden Tisch beauftragt werden, gemeinsam mit den Staatsanwälten Untersuchungen anhand von vorhandenen Dokumenten zur Aufklärung der Strukturen, Arbeitsweise, Ziele, einschließlich der Auftragslage, des ehemaligen MfS/AfNS durchzuführen.* Über weitere Einsichtnahmen entscheiden die Regierungsbevollmächtigten gemäß Ziffer 1 des Beschlusses einstimmig.

4. Personen, die Daten verarbeiten oder Dateien verwalten, ist es untersagt, geschützte personenbezogene Daten unbefugt an Dritte weiterzugeben oder in anderer Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie sind von den mit der Leitung beauftragten Regierungsbevollmächtigten unterschriftlich zu verpflichten.

5. Über die Vernichtung von mehrfach vorhandenen und nicht mehr benötigtem Schriftgut kann vor Ort im Einvernehmen mit den Bürgerkomitees entschieden werden.

6. *Die Militärstaatsanwälte entscheiden eigenverantwortlich über die Freigabe von dienstlichem Schriftgut und Archivgut für die Arbeit der Bürgerkomitees und für die Öffentlichkeitsarbeit.*

Anlage 4

Festlegungen
zur Aufhebung der Schweigepflicht

1. Alle ehemaligen bzw. zeitweise noch mit der Auflösung beschäftigten Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit werden von der ihnen durch Befehle und Weisungen auferlegten Schweigepflicht über anvertraute Staats- und Dienstgeheimnisse im folgenden Umfang entbunden:

   1.1. Gegenüber den mit der Untersuchung von Sachverhalten gemäß den Ziffern 1.2. und 1.3. beauftragten Staatsanwälten oder Angehörigen der Kriminalpolizei ohne Einschränkung im Rahmen von Ermittlungshandlungen. Die Geheimhaltung von Staatsgeheimnissen wird durch das Dienstverhältnis der Staatsanwälte gewahrt.

   1.2. Im Umfang des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes, soweit es die nach innen gerichtete, die Verfassung der DDR verletzende Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit und Strukturen und Arbeitsweise betrifft, gegenüber

   – den Regierungsbeauftragten im Rahmen der Auflösung des Amtes,

   – dem Untersuchungsausschuß der Volkskammer zur Untersuchung von Amtsmißbrauch, Korruption, persönlicher Bereicherung und anderer Rechtsverletzungen,

   – den entsprechenden Untersuchungsausschüssen in den Territorien,

   – dem Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Übergriffe am 7./8. Oktober 1989,

   – *den Arbeitsgruppen der Bürgerkomitees, die durch den bezirklichen Runden Tisch legitimiert sind.*

   1.3. Soweit es die nach innen gerichtete, die Verfassung der DDR verletzende Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit und Strukturen und Arbeitsweise betrifft, gegenüber

   – dem Zentralen Runden Tisch,

   – seiner Arbeitsgruppe Sicherheit und

   – den Runden Tischen der Kreise und Bezirke.

1.4. Es ist zu gewährleisten, daß bei allen Aussagen keine Verletzung von Persönlichkeitsrechten erfolgt.

2. Alle ehemaligen bzw. zeitweise mit der Auflösung beschäftigten Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit sind weiterhin zur Geheimhaltung ihnen anvertraut gewesener Staatsgeheimnisse, sofern sie die mit der Verfassung der DDR in Übereinstimmung stehende frühere geheimdienstliche oder nachrichtendienstliche Tätigkeit betreffen, verpflichtet. In Zweifelsfällen sind die Leiter der Dienststellen der Militärstaatsanwaltschaft berechtigt, zu entscheiden, ob die Notwendigkeit der weiteren Geheimhaltung besteht.

3. *Nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen widerrechtlich aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassene Bürger unterliegt nicht der Geheimhaltung.*

4. Diese Festlegungen berühren nicht das Aussageverweigerungsrecht gemäß der Strafprozeßordnung der DDR.

Dokument 81

Satzung und Geschäftsordnung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (RTSL), Leipzig [14.02.1990]

Quelle: StAL RT Ord. 02, p. 207 – 208.

Satzung und Geschäftsordnung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (RTSL)

Getragen von dem Bestreben, die Demokratisierung unumkehrbar zu machen und einen den Menschen in der Stadt Leipzig dienenden Konsens zu finden, wird der Runde Tisch bis zu freien, demokratischen und geheimen Wahlen (*Kommunalwahlen*) mitwirken, das alltägliche Leben abzusichern und die Lebensfähigkeit des Gemeinwesens *auf dem schwierigen Weg der Erneuerung* zu gewährleisten.

Es gelten folgende Grundsätze:

1. Alle Parteien und politischen Organisationen können am Runden Tisch mitwirken und haben uneingeschränktes Stimmrecht und Antragsrecht (Teilnehmerkreis – siehe Anlage 1).
2. Durch jede Partei bzw. politische Organisation (entsprechend Anlage 1) sind jeweils 2 Vertreter zur Mitwirkung am Runden Tisch zu nominieren. Die Vertreter politischer Organisationen dürfen keiner anderen Partei angehören.
3. Der Teilnehmerkreis von Parteien und politischen Organisationen kann auf Antrag und durch mehrheitlichen Beschluß der stimmberechtigten Teilnehmer erweitert werden.
4. Der Oberbürgermeister (bzw. sein Vertreter) nimmt mit Stimm- und Antragsrecht am Runden Tisch teil.
5. Den Organisationen, Bürgerinitiativen und anderen basisdemokratischen Gruppen wird die Mitarbeit am Runden Tisch mit Rede- und Antragsrecht ermöglicht. Sie können jeweils einen Vertreter nominieren, der aber keiner Partei angehören darf (Teilnehmerkreis – siehe Anlage 2).
6. Die Aufnahme weiterer Organisationen und Initiativen ist möglich, wenn auf Antrag die mit Stimmrecht ausgestatteten Teilnehmer am Runden Tisch die Mitwirkung beschließen.
7. Zu den Beratungen am Runden Tisch können auch von Nichtteilnehmern des Tisches Berichterstattungen entgegengenommen werden, Anträge eingebracht und Informationen gefordert werden.

8. Das Bürgerkomitee Leipzig nimmt mit einem Sprecher mit Stimmrecht und Antragsrecht sowie Vorschlagsrecht am Runden Tisch teil.

Nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig nimmt der Runde Tisch der Stadt Leipzig (RTSL) alle legislativen Aufgaben bis zur Kommunalwahl wahr.

1. Der RTSL bildet und bestätigt zu diesem Zwecke Kommissionen, die Vorschläge für den RTSL erarbeiten. Der RTSL nutzt für seine Arbeit die Organisationsmittel der Stadt Leipzig (Abgeordnetenkabinett).
2. Die Kommissionen sind verpflichtet, die Durchsetzung von Entscheidungen des RTSL zu kontrollieren.
3. Je Kommission können auf Beschluß des RTSL hauptamtliche Kommissionsmitglieder unter Erhalt des Arbeitsplatzes und bei vollem Lohnausgleich eingesetzt werden. Die übrigen Kommissionsmitglieder arbeiten auf Beschluß des Ministerrates vom 21. Dezember 1990 ehrenamtlich mit bezahlter Freistellung.
4. Die Kommissionen werden durch einen nominierten Beauftragten des RTSL initiiert. Die fachliche Leitung wird durch Mehrheitsbeschluß der Kommissionsmitglieder des RTSL zur Bestätigung vorgeschlagen. Der RTSL behält sich alle Rechte zur Umbildung und Aussetzung der Kommissionen vor.
5. Die Kommissionen des Bürgerkomitees arbeiten mit den Kommissionen des RTSL zusammen.
6. Bei Auflösung von Stadtbezirksversammlungen in der Stadt Leipzig sind in analoger Weise Runde Tische zu bilden.

Folgende Geschäftsordnung regelt den Verlauf der Beratungen am Runden Tisch:

1. Die Gesprächsleitung wird durch ein Arbeitspräsidium gewährleistet, in das parteiunabhängige und integere Persönlichkeiten mit mehrheitlichem Beschluß der mit Stimmrecht ausgestatteten Teilnehmer gewählt werden.

   Die Gesprächsleitung wird entsprechend einstimmigem Beschluß der Teilnehmer des RTSL und der freundlichen Bereitschaft von Herrn Magirius, an Herrn Superintendenten Magirius, unter Mithilfe von Herrn Sievers (Reformierte Gemeinde) übertragen.
2. Entscheidungen werden mehrheitlich durch Abstimmung der mit Stimmrecht ausgestatteten Teilnehmer getroffen.

3. Die Beratungen am Runden Tisch finden wöchentlich statt und sind thematisch vorzubereiten. Die Tagesordnung wird jeweils für den folgenden Runden Tisch durch die Teilnehmer beschlossen. Ausnahmeregelungen können beschlossen werden.

4. Anträge an den Runden Tisch sind in der Regel vor der Beratung schriftlich dem Kontaktbüro zu übergeben und stehen somit allen Teilnehmern am Runden Tisch zur Verfügung.

5. Die Beratungen am Runden Tisch sind öffentlich. Auf Beschluß kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Presseerklärungen des Runden Tisches sind mehrheitlich festzulegen.

6. Die Entscheidungen am RTSL sind protokollarisch festzuhalten und Teilnehmern zuzustellen.

7. Die Teilnahme der mit Stimmrecht ausgestatteten Personen am Runden Tisch ist von den Parteien und Organisationen festzulegen.

Anlage1

Teilnehmer am Runden Tisch mit Stimmrecht und Antragsrecht
jeweils 2 Vertreter – davon nur 1 Vertreter mit beschließender Stimme

1. Christlich Demokratische Union (CDU)
2. Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)
3. Demokratischer Aufbruch (DA)
4. Fraueninitiative Leipzig
5. Grüne Partei
6. Initiative Frieden und Menschenrechte
7. Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD)
8. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)
9. Neues Forum
10. SPD
11. PDS
12. Vereinigte Linke
13. Demokratischer Frauenbund Deutschlands
14. Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
15. Sprecher des Bürgerkomitees Leipzig
16. DSU
17. F.D.P.
18. FDGB

Anlage 2

Teilnehmer am Runden Tisch mit beratender Stimme
(jeweils 1 Vertreter)

1. Studentenrat der KMU
2. Koordinierungsgruppe der Studentenräte der Hoch- und Fachschulen Leipzig
3. Initiative Freie Pädagogik
4. Ökolöwe Leipzig
5. Volkssolidarität

6. Kulturbund
7. Homosexuellen Initiative
8. Behindertenverband
9. Initiativgruppe Volksbaukonferenz
10. VdgB
11. FDJ
12. Betriebsräte
13. Verband der Berufssoldaten
14. Einzelhändlerverband
15. Initiative „Prinzip Hoffnung“

Weitere Teilnehmer am Runden Tisch

Stellvertreter des OBM für Energie

Stellvertreter des OBM für Handel und Versorgung

Stadtrat für Jugendfragen

Vertreter des VPKA

Vertreter des Wehrkreiskommandos

Leiter des Kontaktbüros des Rates der Stadt, Herr Brustmann (Organisation/Protokoll)

Presse

Dokument 82

Offener Brief des Bürgerkomitees an alle Betriebe und Institutionen bezüglich der Offenlegung von Inoffiziellen Mitarbeitern, Leipzig 20.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitee Leipzig
„Runde Ecke“ Leipzig, den 20.2.1990

Offener Brief an alle Betriebe und Institutionen

Das Bürgerkomitee Leipzig und die Kreiskomitees erreichen z.Zt. viele Anfragen, in denen Belegschaften von Betrieben die Offenlegung der inoffiziellen Mitarbeiter in ihrem Betrieb fordern.

Soweit die Listen über inoffizielle Mitarbeiter vor unserer Sicherstellungsaktion nicht schon vernichtet wurden, stehen sie unter dem Quellen- und Personenschutz.

Darunter verstehen wir das in der Menschenrechtskonvention garantierte Recht auf Schutz der Person als Kennzeichen echter Demokratie.

Wir sehen in der Offenlegung der Mitarbeiter des ehem. MfS/AfNS eine Gefährdung des demokratischen Prozesses. Dies könnte leicht in Selbstjustiz ausarten und erneut Agressionspotential schaffen.

Die Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung bleibt gewährleistet, wenn konkrete Anzeigen vorliegen.

Die Offenlegung von Personen bringt keine Lösung für das Gesamtproblem, das durch die verfehlte Sicherheitspolitik der alten Regierung unter Führung der SED geschaffen wurde.

Wir alle wissen, wie umfangreich und vielfältig die Verflechtungen des Machtapparates ausgelegt waren. Sie ziehen sich durch alle Bereiche unseres Leben.

Diese Schuld läßt sich nicht pauschal an einer Gruppe von Personen festmachen.

Wir sehen in der Auflösung des ehem. MfS/AfNS, in der moralischen Aufarbeitung der Prozesse und in der täglichen politischen Auseinandersetzung einen Weg, die alten Strukturen abzuschaffen und Veränderungen herbeizuführen. Dazu ist es erforderlich, Strukturen und Arbeitsweise des MfS/AfNS schonungslos aufzudecken. Wenn es keinen Auftraggeber für inoffizielle Mitarbeiter mehr gibt, ist ihnen die Grundlage für eine „Spitzeltätigkeit“ genommen.

Rückfragen bzw. Hilfestellung bei der Bewältigung dieses Problems in Ihrem Betrieb erhalten Sie, soweit es unsere Kräfte erlauben, auch weiterhin vom Bürgerkomitee unter Tel.[...].

Dokument 83

Vereinbarung zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Bürgerkomitees, Leipzig 20. bzw. 23.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Vereinbarung

Auf der Grundlage des Beschlusses des Runden Tisches Leipzig vom 17.01.1990 wird zwischen dem Militär[staats]anwalt

Oberst Köcher

und dem Bürgerkomitee Leipzig, Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS, auf der Basis der bestehenden Sicherheitspartnerschaft folgende Vereinbarung geschlossen:

Das Bürgerkomitee autorisiert die Mitglieder der durch den Runden Tisch bestätigten Untersuchungsgruppe

– Christian Scheibler
– Rita Sélitrenny
– Michael Kleinert
– Gisela Pohler
– Günter Hönemann
– Tobias Hollitzer
– Frank Deichmann

zur Erfüllung der im Beschluß festgelegten Aufgaben, Einsicht in Schriftgut und andere Datenträger zu nehmen, die durch den Staatsanwalt dafür freigegeben wurden. Die durch das Bürgerkomitee bestätigte Aktenkontrollgruppe erhält den Auftrag, Unterlagen bereitzustellen, die es der Untersuchungsgruppe ermöglicht, schnellstens eine Aufarbeitung politisch-relevanten Materials zu - Auswertungs- und Dokumentationszwecken durchzuführen.

[gez.] Köcher Militärstaatsanwalt – Oberst Köcher –	[gez.] Scheibler Bürgerkomitee – gewählter Sprecher – Christian Scheibler

Leipzig, den 20.02.1990

Anlage: Beschluß vom 17.01.1990 [vgl. Dokument 89]

Anlage 1 zur Vereinbarung

Die Militärstaatsanwaltschaft, vertreten durch

Herrn Oberst KÖCHER

gibt den namentlich genannten Personen der Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees folgende aufgeführten Unterlagen zur Auswertung und Dokumentation frei:

– alle gedruckten oder anderweitig schriftlich fixierten Schulungsmaterialien, Lehrbücher, Anleitungen zur Arbeit etc.,

– alle Dienstanweisungen, Richtlinien, Befehle und deren Durchführungsbestimmungen und Verordnungen,

– alle statistischen Erhebungen, Arbeits- und Funktionspläne, Pläne der Pflichten sowie Tageseinsatzbefehle sowie Haushaltsbücher.

[gez.] Köcher
Militärstaatsanwalt
Oberst Köcher

[gez.] Scheibler
Bürgerkomitee – Sprecher –
Christian Scheibler

Leipzig, den 23.02.1990

Dokument 84

Beschluß des Rates des Bezirkes 25/90 vom 22.02.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des AfNS, Leipzig 22.02.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 18322, unp.

Beschluß des
Rates des Bezirkes 25/90 vom 22.2.1990

Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 08.02.1990 zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit

Der Rat des Bezirkes beschließt:

01
Dem Arbeitsstab des Komitees zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk Leipzig werden Räume und materiell-technische - Ausrüstungen zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit im Bezirksobjekt des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit zur Verfügung gestellt.

02
Zur Erfüllung der durch das Komitee gestellten Aufgaben wird der Arbeitsstab im Bezirk Leipzig personell durch

– 1 Leiter des Arbeitsstabes
  Frau Ingrid Machlitt, Ingenieur-Ökonom, 45 Jahre (seit Dezember 1989 im Bürgerkomitee tätig)

– 1 Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Personalfragen/Sozialwesen

  Herr Roland Dollmeier, Fachschuljurist, 38 Jahre

– 1 Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Finanzfragen
  Herr Helmut Klenner, Dipl.-Finanzwirtschaftler, 48 Jahre

– 1 Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Rückwärtige Dienste/Nachrichten
  Herr Wolfgang Jentzsch, Ing.-Ökonom, 55 Jahre

– 1 Mitarbeiter für Dokumentation (zeitweilig)
  Hauptmann Römer, BdVP – bisher mit dieser Aufgabe betraut

– 1 Mitarbeiter für Rechtsfragen) Kaderauswahl noch

– 1 Sekretärin) nicht abgeschlossen

besetzt.

Diese Personalbesetzung ist mit dem Bürgerkomitee zur Auflösung des ANS abgestimmt. Die drei Mitglieder des ehemaligen ANS wurden durch die vom

Runden Tisch eingesetzte Kaderkommission geprüft und für den Einsatz bestätigt.

03
Die Entlohnung der delegierten Mitarbeiter erfolgt aus den Mitteln des Komitees.

04
Im Zusammenhang mit der Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit zu klärende Fragen sind durch den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig sowie die Vorsitzenden der Räte der Kreise an den Arbeitsstab des Komitees im Bezirk Leipzig zu richten.

Dokument 85

Beschluß des Bürgerkomitees zur Sichtung und Auswertung der Akten der Abteilung XX der BVfS Leipzig, Leipzig 26.02.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Beschluß

Die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees sichtet und prüft mit dem Militärstaatsanwalt die in Archiven und Ablagen befindlichen Materialien vorwiegend der Abteilung XX. Das Ziel ist, Schriftgut und andere Inhalte in Form von Dienstanweisungen, Befehlen, Statistiken, Auswertungen und Berichten, sofern sie aktuell-politische Aussagen über die letzten zwei Jahre treffen, in kürzester Frist auszuwerten und zu veröffentlichen. Dabei werden die Bedingungen des Personen- und Quellenschutzes strikt eingehalten.

Termin:	ab sofort, vor Umlagerung der Materialien
Verantwortlich:	Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees, Militärstaatsanwalt.

Leipzig, den 26.2.90

[unterschrieben von 15 Bürgerkomiteemitgliedern]

Dokument 86

Verordnung über die Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen, Berlin 01.03.1990

Quelle: Gesetzblatt der DDR Teil I, Nr. 15, S. 112.

Verordnung
über die Tätigkeit von Bürgerkomitees
und Bürgerinitiativen
vom 1. März 1990

Zur Gestaltung der Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen sind basisdemokratische Bewegungen, die unabhängig von Parteien, Vereinigungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften wirken können. Sie sind verpflichtet, ihre Ziele öffentlich darzulegen.

(2) Bürgerkomitees sind Gremien, die über einen längeren Zeitraum ehrenamtlich in Städten, Stadtbezirken, Gemeinden, Ortsteilen und Wohngebieten an der gesellschaftlichen Willensbildung und an der Entscheidungsfindung in kommunalen Bereichen teilnehmen.

(3) Bürgerinitiativen sind Gremien des zeitlich begrenzten ehrenamtlichen Zusammenwirkens von Bürgern zur Erreichung konkreter Ziele. Sie können sich regional oder landesweit zusammenschließen.

§ 2

Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen sind in ihrer Tätigkeit an die Verfassung, Gesetze und anderen Rechtsvorschriften gebunden. Gründung und Tätigkeit von Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen, die faschistische, militaristische, antihumanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß bekunden oder verbreiten, die Personen und Gruppen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer politischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen bzw. geistigen Behinderungen diskriminieren oder ihre Ziele mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu verwirklichen suchen, sind verboten.

§ 3

(1) Bürgerkomitees setzen sich zusammen aus Bewohnern der jeweiligen Territorien, in denen sie gemäß § 1 Abs. 2 gebildet werden.

(2) Bürgerkomitees haben zu gewährleisten, daß sich die Bürger mit ihren Anliegen an sie wenden können.

(3) Bürgerkomitees legen öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab.

§ 4

(1) Bürgerkomitees sind berechtigt,

a) ihre Einbeziehung in die Vorbereitung von staatlichen Entscheidungen zu verlangen, die grundlegende Bürgerinteressen betreffen,

b) von den örtlichen Räten und anderen Staatsorganen im jeweiligen Territorium erforderliche Informationen und Auskünfte zu erhalten, um ihre Aufgabenstellung verwirklichen zu können, soweit dadurch nicht die nationale Sicherheit gefährdet, Rechte juristischer Personen oder das Recht der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten verletzt werden,

c) den örtlichen Räten Vorschläge zur Behandlung bestimmter kommunaler Fragen zu unterbreiten und über deren Umsetzung informiert zu werden.

(2) Gibt es zu kommunalen Grundfragen gegensätzliche Positionen zwischen den Bürgerkomitees und den örtlichen Räten, sind die örtlichen Räte verpflichtet, in den örtlichen Volksvertretungen dazu einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.

§ 5

(1) Bürgerinitiativen haben zur Verfolgung ihrer Ziele

a) Zugang zu allen Informationen, die sich auf die von ihnen angestrebten Ziele beziehen, soweit dadurch nicht die nationale Sicherheit gefährdet, Rechte juristischer Personen oder das Recht der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten verletzt werden,

b) das Recht, öffentlich Stellungnahmen abzugeben und gehört zu werden. Werden Standpunkte der Bürgerinitiativen abgelehnt, muß das durch denjenigen, der diese Entscheidung getroffen hat, schriftlich begründet werden. Die Positionen aller Beteiligten müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

(2) Die Rechte der Bürgerinitiativen sind durch aus ihren Reihen beauftragte Vertreter wahrzunehmen.

§ 6

(1) Über eine Zusammenarbeit der Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen mit örtlichen Räten und anderen Staatsorganen können Vereinbarungen getroffen werden, insbesondere zur Bereitstellung von Räumlichkeiten und zur materiellen und finanziellen Unterstützung der Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen.

(2) Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen haben ihre Tätigkeit so zu gestalten, daß die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Volksvertretungen, ihrer Räte und anderer Staatsorgane gewährleistet bleibt.

§ 7

(1) Verweigern Leiter oder Mitarbeiter der Staatsorgane den Bürgerkomitees oder Bürgerinitiativen die Wahrnehmung eines der in den §§ 4 und 5 geregelten Rechte, kann dagegen Beschwerde beim übergeordneten Staatsorgan eingelegt werden, über die innerhalb von 14 Tagen zu entscheiden ist.

(2) Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, können die Bürgerkomitees oder Bürgerinitiativen über die Verweigerung der Wahrnehmung ihrer Rechte die Staatsanwaltschaft auf der Grundlage der Rechtsvorschriften in Kenntnis setzen.

§ 8

Die mit der Wahrnehmung der Rechte der Bürgerkomitees und Bürgerinitiativen beauftragten Vertreter haben sich mit einem gültigen Personaldokument und einem von den Bürgerkomitees bzw. Bürgerinitiativen ausgestellten Auftrag zu legitimieren.

§ 9

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 1. März 1990

Der Ministerrat

der Deutschen Demokratischen Republik

Hans M o d r o w

Vorsitzender

Dokument 87

Vereinbarung zwischen Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt und dem Beauftragten der Volkspolizei zur Auflösung des Amtes über die Weiterarbeit der Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees, Leipzig 02.03.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Vereinbarung

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft zwischen BDVP, Militärstaatsanwalt und Bürgerkomitee wird gemeinsam folgende Vereinbarung getroffen:

Folgende Personen, die in der vom Runden Tisch bestätigten Untersuchungskommission arbeiten:

– Rita Sélitrenny

– Christian Scheibler

– Tobias Hollitzer

– Johannes Beleites

– Gisela Pohler

– Günter Hönemann

– Frank Deichmann

sind berechtigt, Einsicht in Unterlagen zu nehmen, die laut festgelegter Aufgaben zur Veröffentlichung dienen sollen.

Für die Untersuchungsgruppe	Militärstaatsanwalt	Beauftragter zur Auflösung des ehemaligen Amtes
[gez.] Sélitrenny	[gez.] Köcher	[gez.] Neumann
Sélitrenny	Köcher	Neumann

Anlage: Auftrag des Runden Tisches vom 17.01.1990 [vgl. Dokument 89]
Vereinbarung Bürgerkomitee und Militärstaatsanwaltschaft

Leipzig, 2.3.1990

Dokument 88

Festlegungen zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 08.02.1990, Berlin [14.03.1990]

Quelle: Kopie beim Autor.

F e s t l e g u n g e n

zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 08.02.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit

---

1. Sämtliche im Beschluß einschließlich der in den Anlagen festgelegten Maßnahmen sind in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerkomitees zu realisieren.

Verantwortlich: – Leiter des Komitees
– Regierungsbeauftragte in den Bezirken
– Leiter der Arbeitsstäbe in den Bezirken

2. Die in der Anlage 3, Ziffer 3, getroffene Festlegung über Einsichtnahme in Schrift- und Archivgut des ehemaligen MfS – außerhalb staatsanwaltlicher und gerichtlicher Tätigkeit – ist nur zulässig mit Zustimmung der Regierungsbevollmächtigten.

   Dazu ist ein Antrag über den Leiter des Komitees zur Auflösung des ehemaligen AfNS an die Regierungsbevollmächtigten zu richten. Soweit bereits gegenwärtig Einsichtnahmen stattfinden, ist die bisherige Verfahrensweise durch eine kurzfristige Antragstellung und Entscheidung zu legalisieren.

Verantwortlich: – Für die Antragstellung: Bürgerkomitees der Bezirke
– Für die Entscheidung:
Regierungsbevollmächtigte

3. Für von Maßnahmen des ehemaligen MfS Betroffene besteht keine Schweigepflicht, da diese rechtswidrig auferlegt wurde.

4. Die Festlegung der Ziffer 1.4. der Anlage 4 ist so zu interpretieren, daß Verletzungen von Persönlichkeitsrechten Dritter auszuschließen sind.

[gez.] Böhm [gez.]Fischer [gez.] Schröter [gez.] Peter

Dr. Böhm Fischer Schröter Peter

Regierungsbevollmächtigte

Dokument 89

Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees Leipzig, Leipzig 15.03.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch die Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS

Die Herren Regierungsbevollmächtigten mögen beschließen:

Die benannten Personen der Untersuchungsgruppe zu autorisieren, die Aufgaben zur weiteren politischen Auswertung der Arbeit des ehemaligen MfS/ANS wahrzunehmen. Die detaillierte Aufgabenstellung ist in Punkt 1 bis 4 der Seite 2 aufgeführt.

[\]

1.) Durch autorisierte Mitglieder des Bürgerkomitees Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS – wird ein Zwischenbericht zu bisherigen Ergebnissen der Untersuchungsgruppe gegeben. Protokolle der durchgeführten Befragungen und Untersuchungen liegen bei den Vertretern der Untersuchungsgruppe des BK Leipzig zur Einsichtnahme durch die Regierungsbevollmächtigten und die Vertreter der Bürgerkomitees der anderen Bezirke vor.

2.) Durch die Regierungsbevollmächtigten wird das Bürgerkomitee Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS – beauftragt, gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt/Beauftragten der Bezirksstaatsanwaltschaft in enger Zusammenarbeit mit der BDVP Befragungen und Untersuchungen zur Aufklärung der Strukturen, Arbeitsweisen und Ziele einschließlich der Auftragslagen des ehemaligen MfS/ANS durchzuführen.

    Bei unklarer Auftragslage und bei Vernetzungen des ehemaligen MfS/ANS werden die Untersuchungen und Befragungen auf diese erweitert.

3.) Die Untersuchungsgruppe des BK Leipzig – Ausschuß zur Auflösung des ehemaligen MfS/ANS – führt weitere Befragungen, Untersuchungen und Einsichtnahme von relevantem Material mit dem Ziel durch, die weitere politische Auflösung des ehemaligen MfS/ANS durchzuführen. Die Untersuchungsgruppe des BK Leipzig kann auf Antrag von Gruppen und Kirchen weitere Personen zur Erfül.[lung] der Aufgaben autorisieren.

Die namentlich benannte Untersuchungsgruppe verpflichtet sich zur strikten Einhaltung des Quellenschutzes.

4.) Im Rahmen der vorhandenen Sicherheitspartnerschaft des Bürgerkomitees mit dem Militärstaatsanwalt werden die Ergebnisse der Untersuchungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Leiter des Arbeitsstab [gez.] Machlitt – Machlitt –	Militärstaatsanwalt [gez.] Köcher – Köcher –	[gez.] Scheibler Untersuchungsgruppe des Bürgerkomitees
		[gez.] Rita Sélitrenny [gez.] Tobias Hollitzer [gez.] Pohler

Leipzig, den 15.03.1990

Anlagen: Beschluß vom Runden Tisch vom 17.01.1990 [vgl. Dokument 61]
Beschluß der BK der Kreise des Bezirks Leipzig vom 02.02.1990 [vgl. Dokument 76]

Vereinbarung zwischen BK und Oberst Köcher vom 20.02.1990 [vgl. Dokument 83]

Vereinbarung zwischen BK und Beauftragten zur Auflösung des Amtes

sowie Militärstaatsanwalt vom 02.03.1990 [vgl. Dokument 87]

Fragekatalog des BK zu Aussagen vor dem Militärstaatsanwalt [vgl. Dokument 78]

Dokument 90

Aufruf des Bürgerkomitees zu einer Demonstration, Leipzig 26.03.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Unser Land braucht endlich eine integre, über alle Zweifel erhabene Regierung. Ein unter Verdacht der Stasi-Mitarbeit stehender Volkskammerabgeordneter hat kein Vertrauen in der Bevölkerung. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Regierung sind durch ihre Vergangenheit erpreßbar und stellen damit eine große Gefahr für unsere junge Demokratie dar.

Darum muß eine sofortige Überprüfung der gewählten Volksvertreter durch ein unabhängiges Gremium durchgeführt werden.

Wir unterstützen diesen Antrag von Werner Fischer und Landesbischof Dr. Forck.

Denn wir sind immer noch d a s V o l k !

Wir haben demokratisch gewählt, jetzt wollen wir unserer Regierung auch vertrauen können. Wir wollen nicht schon wieder nach so kurzer Zeit die Betrogenen sein. Zeigen wir auch der neuen Regierung, daß das Volk noch eine Macht besitzt. In Suhl, Erfurt, Gera und Berlin wird bereits für Donnerstag zur Demo aufgerufen.

Machen wir sie landesweit, schließen wir uns an.

Für ein freies Volk und eine saubere Regierung gehen wir noch einmal auf die Straße.

D e m o in Leipzig am Donnerstag, den 29.3.90
um 17.00 Uhr zwischen Gewandhaus und Oper.

Bürgerkomitee „Runde Ecke“

Dokument 91

Antrag des Bürgerkomitee Leipzig an die Runden Tische des Bezirkes und der Stadt Leipzig, ein Votum zur Überprüfung auf MfS-Mitarbeit an die Volkskammer zu richten, Leipzig 28. und 29.03.1990

Quelle: Kopie beim Autor (RTL). StAL RT Ord. 04, p. 475 – 477, (RTSL).

Bürgerkomitee Leipzig 28.[bzw.29.] 03.1990
Ausschuß zur Auflösung MfS/AfNS

Der Runde Tisch möge beschließen:

Mit folgendem Votum wendet sich der Runde Tisch der Stadt Leipzig [bzw. des Bezirkes Leipzig] an die Volkskammer der DDR:

Alle Abgeordneten der Volkskammer der DDR mögen persönlich den Antrag an ein unabhängiges Untersuchungsgremium, bestehend aus Staatsanwalt, Kirchenvertreter und Beauftragten der jeweiligen Partei, stellen, die Überprüfung von eventuell in MfS-Archiven vorhandenem Material zu ihrer Person zu fordern.

Begründung

Die Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/ANS (im weiteren BK genannt) bildeten sich im Dezember 1989, um Aktenvernichtung des Ministeriums für Staatssicherheit zu stoppen und geschehenes Unrecht zu dokumentieren.

Nach der ersten freien Wahl in diesem Land liegen schwerwiegende Verdächtigungen gegen gewählte Volksvertreter vor.

In der Phase der Konsolidierung von Opposition in der DDR versuchte die Stasi, entsprechend ihrer destruktiven Sicherheitsdoktrin, in diese Gruppen einzudringen und zersetzend in ihnen zu wirken. Damit erscheint der gerade begonnene Demokratisierungsprozeß auch weiter gefährdet, denn vergangene Mitarbeit oder Zuarbeit für das MfS machen Menschen auch heute noch erpreßbar.

Mißtrauen kann nur beseitigt werden, wenn Menschen willens sind, ihre Vergangenheit einzugestehen, Verantwortung für ihr Tun unter den Zwängen des vergangenen totalitären Systems zu übernehmen.

Wir bitten die Vertreter des Runden Tisches, sich dafür einzusetzen, daß jedes einzelne Mitglied der neugewählten Volkskammer sich an den Generalstaatsanwalt und an die Regierungsbevollmächtigten wendet, um sie selbst betreffende Unterlagen beim ehem. MfS/ANS durch ein unabhängiges Untersuchungsgremium prüfen zu lassen.

Bei der Feststellung von aktiver Mitarbeit für das ehem. MfS/ANS sollten sie die politische und moralische Verantwortung dafür zu tragen wissen.

Um Rehabilitierungen zu ermöglichen, um falsche Anschuldigungen auszuräumen und um Straftaten zu verfolgen, ist es dringend nötig, alle Materialien des MfS/AfNS zu erhalten und den Zugang nur unter demokratisch anerkannter Kontrolle zu ermöglichen.

Es darf nicht sein, daß irgendein belastetes Organ unbeaufsichtigten und unkontrollierten Zugang zu den Akten und Unterlagen bekommt.

Dokument 92

Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch das Bürgerkomitee, Berlin 29.03.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Antrag an die Regierungsbevollmächtigten zur weiteren Verfahrensweise der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch Ausschüsse, Untersuchungsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise der Bürgerkomitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS (Bürgerkomitees der Bezirke – DDR-weit)

Die Regierungsbevollmächtigten autorisieren gemäß Punkt 1 bis 5 die in Anlagen benannten Personen der Ausschüsse/Untersuchungsgruppen/Arbeitsgruppen/Arbeitskreise – des Bürgerkomitees Leipzig [Ort handschriftlich eingesetzt], die Aufgaben zur weiteren politischen Auswertung der Arbeit des ehemaligen MfS/AfNS wahrzunehmen.

Die Autorisierung besitzt eine Gültigkeit bis zum 30. Juni 1990. Über weitere Verfahrensweisen für den Zeitraum danach ist durch das Komitee zur Auflösung des Amtes zu entscheiden.

[gez.] Böhm	[gez.] Fischer	[gez.] Peter
Dr. Böhm	W. Fischer	Peter

Regierungsbevollmächtigte

Berlin, den 29.03.1990

[Anlage]

Verfahrensweise
zur weiteren Einsicht in das Schriftgut des
ehemaligen MfS/AfNS

---

1. Durch autorisierte Mitglieder der Bürgerkomitees (Ausschüsse, Untersuchungsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise) zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS sind Zwischenberichte zu bisherigen Ergebnissen der Ausschüsse/Untersuchungsgruppen/Arbeitsgruppen/Arbeitskreise – der Bürgerkomitees an den jeweils Runden Tisch Bezirksstadt möglich. Protokolle der durchgeführten Befragungen und Untersuchungen liegen bei den Vertretern der beauftragten Mitglieder des Bürgerkomitees vor und können unter Beachtung des Quellenschutzes und des Schutzes persönlicher Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nach Beendigung der Arbeiten

sind die Protokolle und Arbeitsergebnisse insgesamt zu archivieren und der staatlichen Archivverwaltung zu übergeben.

2. Durch die Regierungsbevollmächtigten werden die Bürgerkomitees beauftragt, gemeinsam mit den Arbeitsstäben des Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS, mit den Beauftragten der Bezirksstaatsanwaltschaft (möglich auch, wenn bisher so üblich, dem Militärstaatsanwalt) und im engen Zusammenwirken mit der BdVP Befragungen und Untersuchungen zur Aufklärung der Strukturen, Arbeitsweisen und Ziele, einschließlich der Auftragslage des ehemaligen MfS/AfNS, durchzuführen. Bei unklarer Auftragslage und bei vermuteter Vernetzung des ehemaligen MfS/AfNS mit anderen können in Übereinstimmung mit den Vertretern der Staatsanwaltschaft die Untersuchungen und Befragungen auf diese erweitert werden.

3. Die autorisierten Mitglieder der Bürgerkomitees (Ausschüsse, Untersuchungsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise) zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS führen weitere Befragungen, Untersuchungen und Einsichtnahmen von relevantem Material mit dem Ziel durch, die weitere politische Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durchzuführen. Der Zugriff zu personenbezogenen Akten (Aktensuchprozeß) darf nur unter den im MR-Beschluß 13/4/90 vom 08.02.1990 festgelegten Bedingungen erfolgen.

   Dazu ist mit Ausnahme von Ermittlungshandlungen eine gesonderte Erlaubnis der Regierungsbeauftragten erforderlich. Die autorisierten Mitglieder der Bürgerkomitees (Ausschüsse, Untersuchungsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise) zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS können im Auftrag von Bürgern Kirchen, zugelassene Bürgerbewegungen und Gruppierungen und Parteien weitere Personen zur Erfüllung der Aufgaben hinzuziehen. Die namentlich bekannten autorisierten Mitglieder verpflichten sich zur strikten Einhaltung des Quellenschutzes und des Personenschutzes.

   Die Verpflichtung wird von der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Personen, die diese Verpflichtung nicht einhalten, können strafrechtlich belangt werden. Die Verweigerung zur Verpflichtung schließt die Mitarbeit in den Ausschüssen / Untersuchungsgruppen / Arbeitsgruppen / Arbeitskreisen aus. Das gilt auch für jene Persönlichkeiten, die im Auftrage hinzugezogen werden sollen.

4. <u>Die Regierungsbevollmächtigten betonen ausdrücklich:</u>

   Die Herausgabe erfolgt entsprechend dem Beschluß des MR vom 08.02.1990 (1394) nach folgenden Grundsätzen:

   Die Herausgabe von originalen Strafverfahrensakten (Akten und Beiakten der Staatsanwaltschaften und der Gerichte) an die Staatsanwaltschaft oder Gerichte bwz. deren Beauftragten zum Zwecke der Prüfung der Rehabilitierung verurteilter oder strafverfolgter Personen ist unter folgenden Bedingungen zulässig:

4.1. Es ist eine gesiegelte Herausgabeverfügung der Staatsanwaltschaft oder eine Anforderung des Obersten Gerichtes oder des Direktors des Bezirksgerichts vorzulegen und eine Ablichtung dieser Herausgabeverfügung/Anforderung dem Bürgerkomitee ([einer] autorisierten, durch Staatsanwaltschaft zum Quellen-, Daten- und Personenschutz verpflichteten Persönlichkeit, die mit der Aufgabe vertraut ist) zu übergeben.

4.2. Von vorgenanntem Personenkreis (autorisiert) werden nur Akten herausgegeben, die *durchnumeriert* und *gegen* die Entnahme einzelner Schriftstücke gesichert sind.

4.3. Von den herausgegebenen Akten ist eine exakte Aufzeichnung (Name, Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts, Zahl der Bände, Blattzahlen) zu führen.

4.4. Von den herausgegebenen Akten können Mikrofilme angefertigt werden, die im Archiv verbleiben, soweit nicht erwiesen ist, daß diese schon existieren.

4.5. Das Bürgerkomitee übt die volle Kontrolle aus.

4.6. Es wird gesichert, daß die Akten bei den Justizorganen sicher verwahrt und nach Abschluß der Verfahren dem Archiv wieder zugeführt werden.

5. Im Rahmen der vorhandenen Sicherheitspartnerschaft der Bürgerkomitees mit den Vertretern der Staatsanwaltschaft (möglich auch, wenn bisher so üblich, dem Militärstaatsanwalt) werden die Gesamtergebnisse der Untersuchungen der Öffentlichkeit zugängig gemacht.

6. Sofern Untersuchungsausschüsse personenbezogene Vorgänge zur Kenntnis bekommen, die den Verdacht auf eine strafbare Handlung begründet erscheinen lassen, sind diese sofort der Staatsanwaltschaft zu übergeben, die über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entscheidet.

Dokument 93

Empfehlung der Untersuchungskommission an den Runden Tisch, Leipzig o.D. [April 1990]

Quelle: StAL RT Ord. 04, p. 465.

Untersuchungskommission
des Runden Tisches Leipzig

Empfehlung der Untersuchungskommission an den Runden Tisch

Der Runde Tisch möge beschließen, ein Schreiben an den Innenminister der DDR zu richten, mit dem Ziel, daß Herr Straßenburg, Chef der BDVP, von seiner Funktion abberufen wird.

Begründung:

Die Untersuchungskommission des Runden Tisches Leipzig hat sich sehr intensiv mit den Vorgängen und dem polizeilichen Vorgehen im Oktober 1989 beschäftigt. So wurden die verschiedensten Recherchen angestellt, Gespräche geführt und Videos angesehen. Am 07.03.1990 wurde General Straßenburg[806] vor der Untersuchungskommission ebenfalls gehört.

Insgesamt ist festzustellen, daß durch den Chef der BDVP die gültigen Rechtsnormen (z. B. Bürger wurden über die 24-Stunden-Frist festgehalten u. a.) nicht beachtet wurden. Den erstatteten Anzeigen von Bürgern ist nicht nachgegangen und bekannte Sachverhalte sind nicht gründlich geprüft worden. Der BDVP-Chef hat den Pferdestall auf dem Gelände der Agra als Zuführungsobjekt bestätigt, obwohl andere Mitarbeiter der Dienststelle begründete Bedenken äußerten (z. B. hatte das Zuführungsobjekt keine Sitzgelegenheiten, keine Heizung, und es war hinsichtlich der gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen vom medizinischen Dienst nicht überprüft.).

General Straßenburg hat zwischenzeitlich zwar einige Disziplinarmaßnahmen durchgeführt, aber bisher keine persönlichen Konsequenzen gezogen.

So ist auch Oberst Fritsche, Chef des VPKA, immer noch in seiner Funktion, obwohl er nachweislich falsche Aussagen vor der Volksvertretung gemacht hat.

Es ist unverständlich, daß General Straßenburg zwar Reden über den Erneuerungsprozeß in der VP hält, er aber selbst noch nicht von seiner Funktion zu-

806 Im Original ist fälschlicherweise von General Straßenburger die Rede.

rückgetreten ist. Die Glaubwürdigkeit eines echten Erneuerungsprozesses bei der VP ist durch solche Verhaltensweisen nicht gegeben.

Da General Straßenburg bisher nicht das persönliche Rückgrat hatte, um zurückzutreten, ist eine Abberufung von dieser Funktion durch den Innenminister erforderlich.

[gez.:] i.V. Raddaz
Knupp
Leiter der Kommission

Dokument 94

Dringlichkeitsantrag des Neuen Forum an den RTSL zur Überprüfung der Wahlkandidaten, Leipzig 04.04.1990

Quelle: StAL RT Ord. 04, p. 186.

Dringlichkeitsantrag des Neuen Forum an den RTSL Leipzig vom 04.04.1990

Der RTSL möge beschließen:

1) Alle Kandidaten der Kommunalwahl vom 6.5.90 verpflichten sich schriftlich, im Falle ihrer Wahl einer Überprüfung ihrer Stasi-Akten zuzustimmen.

   Die Überprüfung erfolgt durch eine Kommission, die speziell zu diesem Zweck zu bilden ist. Parteien und Vereinigungen stellen keine Kandidaten auf, die o.g. Verpflichtung nicht abgeben.

2) Zur Lösung der unter Pkt. 1 genannten Aufgabe der Überprüfung von Stasi-Akten gewählter Kandidaten auf der Grundlage vorliegender persönlicher Einverständniserklärungen wird vom RTSL bis 18. April eine Kommission eingesetzt und bevollmächtigt. Sie besteht aus folgenden Vertretern:

   – Kirche,

   – Bürgerkomitee,

   – Staatsanwalt,

   – Vertreter der Partei bzw. Organisation der zu Überprüfenden bzw. Vertrauensperson

   – und aus dem zu Überprüfenden selbst.

   Die Kommission wird zum Personen- und Quellenschutz verpflichtet und ist namentlich durch den RTSL zu bestätigen.

3) Der RTSL wendet sich an alle Kreise des Bezirkes Leipzig mit der Bitte, sich den Verfahrensweisen von Pkt. 1 und 2 anzuschließen.

4) Der RTSL gibt zu den Anträgen 1 – 3 eine Presseerklärung gab.
   Begründung: Die Vorabveröffentlichung der Verfahrensweise schafft wichtige Voraussetzungen, alles zu vermeiden, was unsere junge Demokratie diskreditieren könnte.

Dokument 95

Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Komitee und den Bürgerkomitees bei der weiteren Auflösung des ehemaligen AfNS, Berlin 04.04.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitee Staatliches Komitee

V e r e i n b a r u n g
über die Zusammenarbeit zwischen dem Staatlichen
Komitee und den Bürgerkomitees bei der weiteren
Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit

Ausgehend von den positiven Erfahrungen der bisherigen Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Willen zur Offenlegung der Strukturen und Handlungsweisen des ehemaligen AfNS sowie der endgültigen Auflösung des materiellen Potentials wird folgendes vereinbart:

1. Durch das Staatliche Komitee/die Bezirksarbeitsstäbe werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die an der Lösung der Aufgaben beteiligten Mitglieder des Bürgerkomitees über die Aktivitäten des Staatlichen Komitees informiert werden und jederzeit die Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung und Kontrolle haben. In diesem Sinne werden Aufgaben zwischen dem Staatlichen Komitee/bezirklichen Arbeitsstab und den Bürgerkomitees abgestimmt und die Ergebnisse gegenseitig zur Kenntnis gegeben.

2. Durch das Bürgerkomitee werden im Rahmen seiner Zielstellung folgende Schwerpunktaufgaben gelöst:

   a) Das Mitwirken an der weiteren Aufarbeitung von Akten und Schriftgut, um Strukturen und Arbeitsweisen des ehemaligen AfNS und die Vernetzung zu Parteien, staatlichen und gesellschaftlichen Organen aufzudekken;

   b) Die Kontrolle der Entnahme und Wiederrückführung von Akten aus Archiven in Vorbereitung und Durchführung von staatlichen bzw. gerichtlichen Untersuchungen: Dazu ist eine gesiegelte Herausgabeverfügung der Staatsanwaltschaft oder Anforderung des Obersten Gerichts oder des Direktors des Bezirksgerichts vorzulegen, eine Ablichtung dieser Herausgabeverfügung/Anforderung dem Bürgerkomitee ([einer] autorisierten, durch Staatsanwaltschaft zum Quellen-, Daten- und Personenschutz verpflichteten Persönlichkeit, die mit der Aufgabe betraut ist) zu übergeben. Es ist zu gewährleisten, daß nur Akten herausgegeben werden, die

durchnumeriert und gegen Entnahme einzelner Schriftstücke gesichert sind.

c) Die sachbezogene Unterstützung bei der weiteren materiellen Auflösung des AfNS, insbesondere bei der Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Rechtsträgerwechseln, kostenloser Umsetzung von unbeweglichen und beweglichen Grundmitteln sowie von Verkäufen und der Realisierung von Verkaufserlösen.

Die Lösung dieser Aufgaben erfolgt in engem Zusammenwirken zwischen dem Komitee und seinen Arbeitsstäben in den Bezirken, dem Bürgerkomitee, den Vertretern des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, des Staatsarchivs und des Staatsanwaltes.

Soweit delegierende Betriebe zur bezahlten Freistellung nicht bereit sind, erfolgt eine Lohnausgleichszahlung für die Tätigkeit für durchschnittlich 5 Arbeitstage je Person und Monat, befristet bis zum 30.06.1990 (monatlich insgesamt max. 25 Arbeitstage/Bezirk, 50 Arbeitstage/Berlin)

Diese Vereinbarung kann durch weitere Vereinbarungen zwischen den Bürgerkomitees und den Arbeitstäben in den Bezirken ergänzt werden.

[gez.] Th. Schmidt	[gez.] Eichhorn
Schmidt	Eichhorn
Koordinator der Bürgerkomitees der Bezirke	Leiter des Staatlichen Komitees

Berlin, 4.4.1990

Dokument 96

Artikel „SOS vom Bürgerkomitee Leipzig: Was passiert mit Stasi – Akten?“, Leipzig 11.04.1990

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 11.04.1990, S. 1.

SOS vom Bürgerkomitee Leipzig:
Was passiert mit Stasi – Akten?

Die Frage ist mehr als berechtigt, denn von ehemals dreißig engagierten Männern und Frauen wachen nur noch drei über die Akten und Personenkarten.

Die ökonomische Situation im Lande und die zunehmende Unsicherheit um den Erhalt des Arbeitsplatzes zwangen die meisten von ihnen dazu, wieder ihrer eigentlichen Tätigkeit nachzugehen. Die bisherige Form der bezahlten Freistellung für diese so wichtige Arbeit durch die Betriebe ist passé. Wer also garantiert künftig dafür, daß die 200.000 Karteikarten, die allein im Leutzscher Archiv lagern, vor gefährlichem Zugriff bewahrt bleiben?

Wer kümmert sich darum, daß die 200 bisher vorliegenden Anträge auf Rehabilitierung für Ungerechtigkeiten in der stalinistischen Zeit bearbeitet werden können?

Welche Garantie kann gegeben werden, daß dem von der neuen Regierung einzusetzenden Untersuchungsausschuß das vollständige Material übergegeben wird, wenn zwischenzeitlich ein Sicherheitsvakuum entsteht?

Das Bürgerkomitee Leipzig wendet sich deshalb an die Betriebsräte, Gewerkschaften und Parteien: Sorgt für Voraussetzungen, daß Stasi-Akten auch weiterhin von vertrauenswürdigen Bürgern geschützt werden können.

[gez.] J. W.

Dokument 97

Schreiben des staatlichen Komitees bezüglich des Transportes des operativen Materials der Abteilung XV (Aufklärung) des BAfN Leipzig zur Vernichtung nach Berlin, Berlin 18.04.1990

Quelle: Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität“ im Museum in der „Runden Ecke“.

KOMITEE
ZUR AUFLÖSUNG DES AMTES
FÜR NATONALE SICHERHEIT
DER LEITER

Berlin, den 18. April 1990

Bezirksarbeitsstab Leipzig
Leiter
Frau Machlitt
Dittrichring 22-24
Leipzig
7 0 1 0

Auflösung und Überlieferung des operativen Materials der Abteilung XV (Aufklärung) des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Leipzig

---

Die im Bezirksamt Leipzig befindlichen operativen Materialien der Abteilung XV (Aufklärung) sind ihrem Gesamtbestand (1 LKW-Ladung) im Zusammenwirken des Bezirksarbeitsstabes Leipzig des Komitees mit der BdVP Leipzig zur Überführung nach Berlin vorzubereiten und zur Vernichtung durch die Hauptverwaltung Aufklärung – in Auflösung – zu übergeben.

Bei den Materialien handelt es sich insbesondere um bedeutsame IM-Akten und Dokumente, die dem Quellenschutz unterliegen.

Die Übergabe/Übernahme hat bis 25.4.1990 zu erfolgen. Die Transportbegleitung und Absicherung erfolgt durch bevollmächtigte Offiziere des MfIA, Beauftragte des Komitees und der Hauptverwaltung Aufklärung – in Auflösung.

[gez.] Eichhorn
Eichhorn

bestätigt: [gez.] Diestel
Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Innenminister

Herr Dr. Peter-Michael Diestel

Dokument 98

Erklärung der Kommission Gesundheits- und Sozialwesen des RTSL, Leipzig 25.04.1990

Quelle: StAL RT Ord. 05, p. 283.

Die Kommission Gesundheits- und Sozialwesen des Runden Tisches der Stadt Leipzig

E r k l ä r u n g

45 Jahre stalinistische Diktatur haben das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR in eine katastrophale Lage gebracht. Dieser Zustand ist nicht nur Ergebnis einer verfehlten Politik weniger hochrangiger SED-Kader.

Wir sind alle für die entstandene Situation mitverantwortlich, schuldig des Handelns oder des Unterlassens. Ein Neuanfang, der nicht schon den Keim des Scheiterns in sich trägt, muß von Trauer um das kollektive Fehlverhalten begleitet sein. Der Grad individueller Schuld ist allerdings sehr unterschiedlich. Er hängt ab von der Stellung des Einzelnen im alten gesellschaftlichen System. Keine Diktatur, auch die der SED nicht, zwingt Menschen in Führungspositionen. Deshalb ist es nur folgerichtig, daß Leiter medizinischer und sozialer Einrichtungen ihre damals getroffene freie persönliche Entscheidung, die immer auch eine gewollte oder ungewollte Zustimmung zur SED-Politik war, konsequent überdenken. Jeder muß sich über seine eigenen Verstrickungen im System der Macht und der aktiven und passiven Korruption klar werden und sich dazu bekennen.

Dies kann u.E. nur dadurch geschehen, daß der Leiter seine Funktion zur Verfügung stellt, über eine öffentliche Ausschreibung ist auch die Bewerbung der ehemaligen Stelleninhaber möglich. Nur so glauben wir, nach der radikalen politischen Veränderung im Lande auch die Leitungsstrukturen im Gesundheits- und Sozialwesen nachhaltig verändern zu können. Ein Minimum an politischer Moral und Gewissen ist wohl gerade von Mitarbeitern des Gesundheitswesens zu verlangen.

Wir fordern die Leiter staatlicher Gesundheitsorgane sowie medizinischer und sozialer Einrichtungen auf, vor sich selbst über ihre Vergangenheit Rechenschaft zu geben und gegebenenfalls ihre Funktion zur Verfügung zu stellen.

Die Mitarbeiter sind ihrerseits zu demokratischem Handeln aufgerufen: konsequent in der Sache, menschlich verständnisvoll in der Form.

Nutzen wir die große Chance des Neubeginns!

Leipzig, im April 1990

[gez.]
Dr. med. J. Zimmermann

Leiter der Kommission

Dokument 99

Antrag auf Beschlußfassung der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 28.04.1990

Quelle: StAL, RT Ord. 05, p. 122.

Kommission Bildung an den RTSL, Antrag auf Beschlußfassung 28.04.1990

Der RTSL möge den amtierenden Stadtschulrat beauftragen,
entsprechend untenstehender Verfahrensweise die Arbeitsrechtsverhältnisse mit Pädagogen, die ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, MdI oder MfNV bzw. des Parteiapparates waren und nach dem 9.10.89 eingestellt wurden, so zu verändern, daß ein Einsatz als Lehrer bzw. Erzieher ausgeschlossen ist.

Begründung:
Es wird Bezug genommen auf die Grundsätze der Koalitionsvereinbarung vom 12.4.90: „... Die seit Oktober 1989 eingestellten Lehrer und Erzieher, die Mitarbeiter des MfS gewesen sind, sollen auf ihre fachliche Qualifikation überprüft und gegebenenfalls aus dem Schuldienst wieder entlassen werden. Dafür erforderliche gesetzliche Regelungen bzw. Anordnungen sind dringlichst zu erlassen."[807]

Sie gibt Anlaß, erneut die Situation in Leipzig zu analysieren und Konsequenzen zu ziehen. Im Stadtgebiet Leipzig sind bis zum 13.3.90 im Bereich Volksbildung zahlreiche pädagogische und technische Kräfte aus den Bereichen des ehemaligen MfS, Parteiapparat und Staatsapparat durch die Stadtbezirksschulräte ohne demokratische Mitbestimmung und Kontrolle eingestellt worden. Es muß davon ausgegangen werden, daß dieser Personenkreis z.T. seit Jahrzehnten nicht im Schuldienst tätig war und kaum geeignet ist, Bildungs- und Erziehungsprozesse unter den Bedingungen einer tiefgreifenden Reform des Bildungswesens mitzugestalten. (Dieser Sachverhalt wird mit der Nichteignung im AGB § 54, b) beschrieben.)

Verfahrensweise und Ausnahmeregelung:

Der amt. Stadtschulrat wird beauftragt, allen o.g. Pädagogen (Lehrern, Erziehern in Krippe, Kindergarten, Hort, Freizeitbereich, Heimen usw.) Änderungsverträge gemäß § 49 AGB bzw. Überleitungsverträge gem. § 51 AGB anzubieten. Verbindlicher Termin 31.5.90. Der Rat der Stadt bzw. das Amt für Arbeit unterstützen den amt. Stadtschulrat bei der Bereitstellung von Arbeitsstellen, die den o.g. Einsatzbedingungen entsprechen.

807 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12.4.1990, S. 47, Bildungspolitische Übereinkunft/Demokratisierung.

Ausnahmeregelung: Ausgehend von der Koalitionsvereinbarung „... sollen auf ihre fachliche Qualifikation überprüft ... werden“, kann bei Vorliegen des notwendigen pädagogischen Abschlusses auf die Veränderung des Arbeitsrechtsverhältnisses verzichtet werden, wenn der Mitarbeiter bis zum 31.5.90 die Vertrauensfrage an das Lehrerkollegium, die Eltern- und Schülervertretung stellt und von diesen im Hinblick auf seine ausgesprochene Eignung in geheimer Abstimmung ein mehrheitlich positives Votum erhält. (Zur Vertrauensfrage vgl. „Die konstruktive Vertrauensfrage als ein Mittel zur Vergangenheitsbewältigung“[808].)

Zugleich wird dem Ministerpräsidenten der DDR durch die Kommission Bildung im Auftrage des RTSL ein Schreiben zugesandt, um die in der Koalitionsaussage angesprochenen gesetzlichen Änderungen einzufordern. Diese sind zumindest so zu gestalten, daß im Falle der Ablehnung des Änderungs- bzw. Überleitungsvertrages durch den Mitarbeiter auch noch nach dem 31.5.1990 fristgemäß gekündigt werden kann.

gez. Dr. Heumann

Vorsitzender der Kom. Bildung

808 Die konstruktive Vertrauensfrage als ein Mittel zur Vergangenheitsbewältigung“, Initiativgruppe zur Gründung eines Berufsverbandes der Wissenschaftler, Dresden 8.3.1990.

Dokument 100

Antrag der Kommission Bildung an den RTSL, Leipzig 29.04.1990

Quelle: StAL RT Ord. 05, p. 122.

Kommission Bildung an den RTSL 29.04.1990

Der RTSL möge folgende Empfehlung weitergeben:
Die Verwirklichung einer tiefgreifenden Reform des Bildungswesens erfordert eine gründliche Analyse der entstandenen Situation und der Folgen der bisherigen Bildungspolitik. Zur Aufdeckung und Beseitigung stalinistischer Strukturen, Inhalte und Methoden des Bildungswesens wird der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung empfohlen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu bilden. Neben der paritätischen Teilnahme von Abgeordneten sollte die Mitarbeit legitimierter Vertreter (Mandat oder Delegierung) basisdemokratischer Bildungsinitiativen (Initiative Freie Pädagogik, Verband demokratische Bildung und Erziehung, Leipziger Lehrerverein, Heimverband Leipzig) gesichert sein.

Aufgaben des Untersuchungsausschusses:

1. Begleitung und Kontrolle der Bildungsreform an den Bildungseinrichtungen der Stadt und der Verwaltung durch:
   - Aufhellung des Anteils der Leitungskader bei der Diskriminierung von Lehrern und Schülern [im Beschluß auf alle Pädagogen ausgedehnt]
   - Aufdeckung eventueller Verflechtungen der Abt. Volksbildung mit der Staatssicherheit
   - Untersuchung der Struktur der Abt. Volksbildung und der Vorschläge zur Bildung eines künftigen Schulamtes bzw. einer Schulaufsichtsbehörde.
2. Einrichtung einer vom Schulamt unabhängigen Eingaben- und Beschwerdestelle.

Begründung:
Zur Begründung wird der Auszug aus dem Originalprotokoll an die Volkskammer, Zentraler Runder Tisch, 15. Sitzung, Montag, 5.3.90 zitiert:

Die „... stalinistische Struktur, Inhalte und Methoden des Bildungswesens und der pädagogischen Wissenschaft (sind) umfassend aufzudecken und zu beseitigen. Der künftigen Volkskammer wird empfohlen, eine parlamentarische Kommission zu bilden, in der basisdemokratische Bildungsinitiativen mitarbeiten. Die Kommission sollte untersuchen:

- die innere Struktur des Ministeriums für Volksbildung,

- die Verflechtung des ehemaligen Volksbildungsministeriums mit dem MfS,
- die Rolle der Inspektoren,
- den Anteil der Schulräte und Direktoren bei der Diskriminierung von Lehrern und Schülern,
- die Rolle der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften."

gez. Dr. Heumann
Vorsitzender der Kom. Bildung

Dokument 101

Schreiben des RTSL an die Fraktionen der Volkskammer betreffs Überprüfung der gewählten Kommunalvertreter, Leipzig 02.05.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.

Runder Tisch der Stadt Leipzig
Neues Rathaus
Leipzig, 7010

Leipzig, 02.05.1990

Haus der Parlamentarier
Volkskammerfraktionen
Marx-Engels-Platz
Berlin
1 0 2 0

Überprüfung der gewählten Kommunalvertreter

Der Runde Tisch der Stadt Leipzig (nachfolgend RTSL) hat mit Befremden zur Kenntnis genommen, daß vom Leiter der zentralen Kommission zur Auflösung des MfS/AfNS, Herrn Eichhorn, die vom RTSL beschlossene Überprüfung gewählter Volksvertreter bezüglich einer eventuellen STASI-Vergangenheit unterbunden wurde.

Wir können die Intention einer solchen Handlung nicht verstehen und betrachten diese als ausgesprochenes Hemmnis auf dem Weg der Demokratisierung.

Wir wenden uns an die Volkskammer mit der Bitte, die Möglichkeit einer Überprüfung, wie sie von *allen* gesellschaftlichen Kräften des Bezirkes Leipzig *einstimmig* gefordert wird, umgehend zu gewährleisten und die Regierung der DDR entsprechend zu beauftragen.

Der RTSL hat in Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee Leipzig eine Kommission vorgeschlagen, die zur Überprüfung der gewählten Volksvertreter von der Volkskammer bestätigt werden könnte.

Im Auftrag des RUNDEN TISCHES
der Stadt Leipzig
[gez.]
S c h e i b l e r

Anlage
Beschluß des RTSL
zur Überprüfung
der gewählten Komm.-
Vertreter vom ....[vgl. Dokument 94]

Dokument 102

Vorlage der Gruppe Demokratie Jetzt an den RTSL, Leipzig 02.05.1990

Quelle: StAL RT Ord. 05, p. 22.

Die Leipziger Gruppe von DEMOKRATIE JETZT möchte die öffentliche Diskussion über die Aufarbeitung unserer jüngsten Vergangenheit mit einem Vorschlag bereichern, den sie hiermit allen Parteien und demokratischen Gruppierungen zur Kenntnis gibt:

Wir regen die *Einrichtung eines DOKUMENTATIONSZENTRUMS* an, in dem alle Akten des früheren Staatssicherheitsdienstes archiviert und unter parlamentarischer Kontrolle gebracht werden.

Ziele:

– Schutz der Akten vor Vernichtung,

– Schutz vor unbefugtem Zugriff zu kommerziellen und/oder erpresserischen Zwecken,

– Schutz der in krimineller Weise von über 6 Millionen Menschen erspitzelten und gesammelten Informationen vor der Übernahme durch fremde Geheimdienste einschließlich des BND,

– Schutz vor Weiterverwendung dieser millionenfachen persönlichen Daten durch die Polizei bzw. das Ministerium für Innere Angelegenheiten,

– Rehabilitierung der Verfolgten des MfS-Systems,

– wissenschaftliche Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit, wobei die weitverzweigten und in alle Lebensbereiche eingedrungenen Strukturen der Stasi sichtbar gemacht und die Mechanismen der Manipulation/Demoralisierung ganzer Bevölkerungsgruppen als warnendes Lehrbeispiel für die Welt dokumentiert wird,

– Verwendung dieser Dokumentation über Strukturen und Funktionsweise eines menschenfeindlichen Denunziationssystems in der schulischen Bildung mündiger Bürger.

–

Dazu wäre aus unserer Sicht zunächst erforderlich:

– Erarbeitung und Inkraftsetzung eines Datenschutzgesetzes (z. B. nach dem Vorbild der Bundesrepublik);

– langfristige Einsetzung eines Arbeitsstabes aus politisch unbelasteten (zuerst Überprüfung), moralisch integren, fachlich kompetenten und dem Par-

lament verpflichteten Historikern, Juristen, Psychologen, Soziologen, Philologen u. a., welche die Vorarbeiten der Bürgerkomitees übernehmen;

– schnellstmögliche Einsetzung eines parlamentarischen Kontrollausschusses aus Vertretern der Parteien, Bürgerbewegungen und Kirchen zur Überprüfung der gewählten Vertreter (der Volkskammer- und Kommunalwahlen, des Kontrollausschusses selbst und des zu bildenden Arbeitsstabes).

Dokument 103

Entwurf des Bürgerkomitees Leipzig für eine Beschlußvorlage der Volkskammer über den weiteren Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente sowie der Umgang mit ihnen, Leipzig [03.05.1990] bzw. Berlin 13.06.1990[809]

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-10. Sitzung), unp.; Geänderte Fassung: Kopie beim Autor.

Durch die Bürgerkomitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS der Bezirke:
wurde am ..... folgender Text als gemeinsame Vorlage den Fraktionen der Volkskammer zur Einbringung und Beschlußfassung vorgelegt:

Weiterer Verfahrensweg bei der Sicherung der MfS/AfNS-Dokumente und Materialien sowie der Umgang mit ihnen:

1. (1) Für die gesonderte und gesicherte Unterbringung aller Dokumente und Materialien, die im Zusammenhang mit der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS durch die Bürgerkomitees (im folgenden BK genannt) gesichert wurden, wird jeweils eine bezirkliche Lösung geschaffen. Diese beinhaltet die Bereitstellung eines geeigneten Archives pro Bezirk zur endgültigen Deponierung (im folgenden Sonderenddepot genannt), ~~das die nötige Sicherheit, die Möglichkeit archivarischer Tätigkeit und die notwendige Raumkapazität gewährleistet, um den betreffenden Dokumentbestand separat und in einem Komplex dauerhaft unterzubringen.~~

— (2) Für die politische, historische und juristische Aufarbeitung und eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit sind in den Sonderdepots Dokumentationszentren einzurichten.

2. (1) Die Verwaltung dieser bezirklichen Sonder~~enddepots erfolgt durch ein zu schaffendes Gremium, das DDR-weit organisiert ist und über eigene, durch die Öffentlichkeit~~ *parlamentarisch* bestätigte Mitarbeiter verfügt. Konkrete Verfahrensweisen zum personellen Aufbau dieses Gremiums werden durch den ~~zu schaffenden~~ parlamentarischen Ausschuß in Zusammenarbeit mit den bezirklichen Bürgerkomitees festgelegt.

(2) Die Aufgaben dieser bezirklichen Sonderenddepots liegen in der Sicherung und durchgängigen Archivierung aller Dokumente gemäß 1. sowie der Kontrolle des Zugangs zu diesen.

809 Dieser Entwurf des Bürgerkomitees Leipzig war Grundlage für eine überarbeitete Fassung, die von der Koordinierungsberatung der Bürgerkomitees aller Bezirke am 13.06.1990 verabschiedet wurde. Alle Ergänzungen der späteren Fassung sind kursiv gesetzt, Streichungen als solche kenntlich.

~~(3) Es wird ein parlamentarischer Ausschuß~~ *der Volkskammer* gebildet, der diese Arbeit bestätigt und permanent kontrolliert.

Die Tätigkeit der BK bis zur Einbindung in die Dokumentationszentren und Bildung der Sonderdepots sollten durch die gewählten Parlamente der Bezirksstädte, bis zur Übergabe dieser Verantwortung an die Länderparlamente, unterstützt und bestätigt werden.

3. Die materielle Sicherstellung der unter 1. und 2. getroffenen Regelungen erfolgt durch die Regierung auf der Grundlage entsprechend herbeizuführender Beschlüsse.

4. (1) Es ist verboten, die durch das ehemalige MfS/AfNS gesammelten Informationen und Materialien über Personen für geheimdienstliche Arbeit weiterzubenutzen oder an geheimdienstliche Organisationen bzw. an andere abzugeben (vorbehaltlich der unter 4. (2) und 6. geregelten Bedingungen).

(2) Es ist zu gewährleisten, daß die Gerichte nach einem im Detail noch zu regelnden Verfahren für Rehabilitierungen von Bürgern Zugang zum archivierten Material erhalten.

(3) *Die Einsichtnahme von Bürgern in sie selbst betreffendes Schriftgut ist grundsätzlich nicht möglich* Wenn in Einzelfällen auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen Bürgern Einsicht in ihre sie selbst betreffenden Unterlagen gewährt wird, ist der Personendaten- und Quellenschutz durch die Mitarbeiter der Archive zu gewährleisten.

5. (1) Längstens bis zur vollständigen Übergabe der Verantwortung an die bezirklichen Sonderenddepots übernehmen die Bürgerkomitees weiter auf der Basis der bisherigen Protokolle und Vereinbarungen die Kontrolle der Sicherung der Dokumente und die Klärung daraus resultierender Probleme.

Die Verantwortung für die Kontrolle der Sicherung der Dokumente übernehmen die Bürgerkomitees längstens bis zur vollständigen Übergabe an die bezirklichen Sonderdepots.

(2) Die politische Aufarbeitung, die Arbeit der Untersuchungsgruppen und die Klärung der Probleme führen die BK zielgerichtet personell und inhaltlich in die Arbeit der Dokumentationszentren in diesen Sonderdepots über.

Die vollständige Abgabe der Verantwortung der Bürgerkomitees gemäß 1. bis 4. erfolgt durch protokollierten Beschluß der BK.

(3) Bis zu diesem Zeitpunkt garantiert die Regierung die materielle und soziale Sicherstellung der Bürgerkomitees und ihre Arbeitsfähigkeit.

(4) In einer Situation drohender Gewalt haben die BKs Verantwortung wahrgenommen, die in einer demokratischen Gesellschaft eine staatliche Aufgabe ist. Dadurch haben sie teilweise ihre berufliche Existenz gefährdet.

Bei Beendigung der Arbeit der BK gemäß dieser Vereinbarung sollte die Regierung die soziale Absicherung der BK-Mitarbeiter mindestens entsprechend ihrer vorhergehenden Tätigkeit gewährleisten.

Grundsätzlich kommen für die Mitglieder der BK, deren Absicherung gemäß 5., Absatz 3, nicht gewährleistet werden kann, die Regelungen für Mitarbeiter des Staatsapparates analog zur Anwendung.

6. (1) Die bezirklichen Sonderenddepots erhalten zusätzlich zu den in 2. genannten Aufgaben die Aufgabe, eine umfassende Dokumentation über das MfS/AfNS zu erstellen bzw. zu ermöglichen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

(2) Die bezirklichen Archive geben im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Ausschuß gemäß 2.2. Dokumente und Materialien zur Veröffentlichung frei.

Diese Materialien sind gesondert zu erfassen und zugänglich zu machen. Dies betrifft insbesondere:

– die bereits gegenüber den Bürgerkomitees freigegebenen Dokumente und Materialien, soweit Personendaten- und Quellenschutz dabei gewahrt ist;

– Dienstanweisungen und gedrucktes Material (z. B. für Schulungszwecke bzw. Vordrucke und Formblätter);

– Berichte, Analysen, Statistiken, Arbeitsbücher, etc.

(3) Organisationen und Institutionen können themenbezogene Anträge zur Freigabe von Dokumenten und Materialien stellen, sofern dafür ein öffentlicher Bedarf vorliegt.

Entscheidungen darüber treffen die in 6.2 genannten.

Die Entscheidung kann mit Auflagen gegenüber den Antragstellern verbunden werden.

7. Der Personendaten- und Quellenschutz ist bei allem Umgang mit Dokumenten und Materialien der Sonder~~enddepots unbedingt zu gewährleisten.~~

8. Alle Entscheidungen zu den Sonderdepots und deren weiteren Arbeit obliegt ausschließlich der Volkskammer der DDR sowie den sich auf dem Gebiet der DDR konstituierenden Ländervertretungen. Die Volkskammer der DDR sichert in allen Staatsverträgen, daß diese Rechte für mindestens 110 Jahre garantiert werden.

Dokument 104

Erklärung der AG 23 (Untersuchungskommission) des Runden Tisches der Stadt Leipzig, Leipzig 03.05.1990

Quelle: StAL RT Ord. 06, p. 10.

Im Auftrag der Untersuchungskommission habe ich folgende Erklärung abzugeben und bitte den Runden Tisch um Kenntnisnahme:

Seit dem 22.11.1989 arbeitet die Untersuchungskommission zuerst im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung und nach deren Auflösung als Kommission des Runden Tisches [daran], im Falle des Amtsmißbrauches, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht auf Gesetzesverletzungen besteht, zu untersuchen. Unter Leitung von Herrn Rechtsanwalt Knupp beteiligen sich 34 Mitglieder der ehemaligen ständigen Kommission der Stadtverordnetenversammlung, Vertreter der am Runden Tisch beteiligten Parteien und Gruppen sowie interessierte Bürger an der Arbeit. Mit großem persönlichen Engagement wurden zu folgenden Schwerpunkten in Arbeitsgruppen Untersuchungen durchgeführt:

1. Polizeiübergriffe gegen Demonstranten am 7. und 9.10.89,
2. Wahlfälschung zur Kommunalwahl 1989,
3. Fälle von Amtsmißbrauch und Korruption, insbesondere bei der Vergabe von Häusern und Garagen an Funktionäre.

Auf der Grundlage von vielen Hinweisen von Bürgern der Stadt sowie eigenen Erkenntnissen sind in den Ihnen aus der Presse und den Berichterstattungen vor der Stadtverordnetenversammlung bekannten Fällen die Untersuchungsergebnisse der Staatsanwaltschaft zugänglich gemacht worden bzw. es wurde Anzeige erstattet.

Nunmehr, kurz nach der ersten freien Kommunalwahl in der DDR und kurz vor Beendigung unserer Tätigkeit resümieren wir unsere Arbeit und haben deshalb um diese Möglichkeit des öffentlichen Auftretens gebeten.

Nichts drückt deutlicher auch unsere Erfahrungen aus monatelanger Arbeit aus, als die Bemerkung, die H. Wehner in einem Fernsehgespräch am 8.1.1964 mit G. Gauss gemacht hat, daß „... das SED-Experiment fürchterlich enden wird, mit einem moralischen Katzenjammer und einer sittlichen Vernichtung derer, die einmal aus ehrlichen Absichten kommunistische oder sozialistische Vorstellungen solcher Art zu realisieren versucht haben.“ Wie schwer man es hat, diesen Berg von Unrat abzutragen, haben wir bei allen unseren Aktivitäten zu spüren bekommen und spüren es vor allem jetzt am Ende unserer Tätigkeit. Keiner von denen, die das parasitäre System der Bevorteilung bestimmter Leitungskader in vollen Zügen genossen hat, war und ist heute bereit, Unrecht einzugestehen. Alle Untersuchungen zu den 3 Schwerpunkten gestalteten sich

sehr mühsam und waren letztendlich bis zum heutigen Tage nicht in einem Fall zu juristisch relevanten Ergebnissen zu führen. Erinnert sei nur an die schleppenden Untersuchungen zu den Übergriffen der VP im Oktober '89, die mit überwiegend ergebnislosen Ermittlungen, Entschädigung der Betroffenen und einer Entschuldigung des Chefs der BdVP, Generalmajor Straßenburg, beendet wurden. Oder die Einstellung der Ermittlungsverfahren wegen Untreue zum Nachteil sozialistischen Eigentums gegen die Herren Seidel und Schilling und die angekündigte Amnestierung der Verantwortlichen für die Wahlfälschungen im Mai 1989!

Die Aufzählung der ergebnislosen Bemühungen um Aufarbeitung der Vergangenheit lassen uns zu folgenden Schlußfolgerungen kommen:

1. Unsere Stalinismus-Bewältigung darf sich nicht darauf beschränken, vertuschte Rechtsverletzungen aufzuhellen, Verantwortliche beim Namen zu nennen, weiße Flecken auszufüllen, Tabus abzuschaffen (das ist nur die destruktive Seite der Bewältigung!). Wir müssen nach den Ursachen forschen, die die Menschen zu derartigen Verhaltensweisen führten und ihre moralische Integrität und ihr Unrechtsbewußtsein total abhanden kommen ließen.

   Die von einem bestimmten stalinistischen Funktionärstyp geschaffenen Machtstrukturen [reproduzieren] immer wieder einen bestimmten Funktionärstyp: Wenn nicht herrschsüchtig, dann doch selbstherrlich, wenn nicht korrupt, dann doch korrumpierbar, und wer kann schon auf Dauer den Verlockungen unkontrollierter Macht widerstehen, es sei denn, er hat Charakter?

   Um diese Vergangenheitsbewältigung zu vollziehen, reicht die Tätigkeit einer Untersuchungskommission als Feigenblatt der Demokratisierung nicht aus!

   Es geht um die unabdingbare Durchsetzung und verfassungsmäßige Festschreibung des Prinzips der Herrschaft des Rechts in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Bindung jeglicher staatlicher Macht an das Gesetz, die Bestimmung des Rechts als Maß und Mittel der Politik. Zugleich steht eine umfassende Absicherung der demokratischen Freiheiten der Bürger, ihre Rechte, Interessen, Ehre und Würde im Mittelpunkt, damit die Menschenrechte auch bei uns gesellschaftliche Wirklichkeit werden.

   Die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle müssen durch strikte Trennung der Legislation, Exekution und rechtsprechenden Organe durchgesetzt werden.

   Die strafrechtlichen Normen müssen von den Tatbeständen entlastet werden, die politische Konflikte mit dem Mittel des Strafrechts lösen sollten. Aufgenommen werden müssen die Tatbestände des Amtsmißbrauches und der Korruption. Es darf nicht mehr so sein, daß der Ladendieb die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommt und der Staatsfunktionär, der sein

Amt mißbraucht im höchsten Fall mit einer Disziplinarmaßnahme davon kommt.

Und letztendlich kann nur Kritik und vor allem selbstkritische Betrachtung des eigenen Verhaltens die Basis für einen Neuanfang sein.

2. Wir brauchen volle und wahrheitsgetreue Information und die Wahrheit kann nicht davon abhängen, für wen sie dienen soll.

   Die Öffentlichkeit ist als Öffentlichkeit ernst zu nehmen! Das heißt zum Beispiel, die Bürger in Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen, sie nicht als Feigenblatt zu benutzen.

   Das heißt aber auch, die Medien zu Organen gesellschaftlicher Kontrolle zu machen. (Damit sich der Staatsapparat nicht verselbständigt, damit die Apparate der Parteien und Organisationen durchschaubar werden. Vertrauen ist gut, Kontrolle besser.)

3. Dürfen wir der Gefahr nicht erliegen, den Mantel des Schweigens und Vergessens sowie Vergebens über alles Geschehene zu breiten, denn wer sich an die Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Und diese Wiederholungen registrieren wir mit großer Aufmerksamkeit.

   So traten die Stellvertreter der besiegten Machthaber mit Reue über ihre jahrzehntelange Mitschuld in den Augen vor die Kameras und setzten ihre reuelosen Hintern in die freigewordenen Sessel.

   Wie anders soll man zum Beispiel die Initiativen von Verantwortlichen der Stadt verstehen, die nunmehr den Blick und vor allem die offene Hand in Richtung Westen gestreckt, wiederum den kleinen Mann spüren lassen, daß sich allzuviel im Apparat noch nicht geändert hat. Nur die Vorzeichen sind andere! Wir müssen wachsam bleiben und die Bereitschaft engagierter Bürger nicht ausschlagen, diese öffentliche Kontrolle fortzuführen.

   In diesem Sinne geben wir bekannt, daß wir unsere Tätigkeit beenden und die inhaltliche Fortführung durch die demokratisch legitimierte Stadtverordnetenversammlung vorschlagen.

   Ich hoffe, daß sich die Bemerkung des Franzosen Talleyrand nicht bewahrheitet, daß die wichtigste Kunst des Politikers darin bestände, neue Namen für alte Einrichtungen zu finden, deren alte Namen in der Öffentlichkeit anstößig geworden sind.

   Der Weg aus Schwierigkeiten heraus ist nie so einfach wie der Weg hinein.

   Wir wünschen der neuen Stadtverordnetenversammlung und allen Abgeordneten die notwendige Kraft, um diesen Weg mit dem Volk zu gehen und dabei zu berücksichtigen, daß Halbheiten gewöhnlich sehr teuer zu stehen kommen.

   Das ist so im Wohnungsbau und beim Umbau des Staates.

Dokument 105

Artikel „Vorsicht Falle! Stasi-Juristen suchen Unterschlupf", Leipzig 17.05.1990

Quelle: Sächsisches Tageblatt vom 17.05.1990.

Vorsicht Falle!
Stasi-Juristen suchen Unterschlupf[810]

Seit 1951 existiert in Potsdam-Eiche eine Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, die unter der Bezeichnung „Juristische Hochschule Potsdam" der Hauptabteilung Kader und Schulung des ehemaligen MfS unterstellt war. Die „Juristische Hochschule Potsdam" wurde in konsequenter Fortsetzung des Arbeitsstils des MfS nach außen konspirativ abgeschirmt. Ihr Name tauchte weder in der Presse noch in anderen Veröffentlichungen auf. Selbst im Hochschulverzeichnis der DDR wurde sie nicht erwähnt. Eine Delegierung zum Studium an die „Juristische Hochschule Potsdam" erfolgte ausschließlich durch die Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Bewerber für das Direkt- oder Fernstudium sollte eine mindestens dreijährige operative Arbeit in den Organen des MfS geleistet haben.

Die Lehrmaterialien der Hochschule waren im allgemeinen als „Vertrauliche Verschlußsache" gekennzeichnet. So fanden Bürgerkomitees beispielsweise einen derart gekennzeichneten dreibändigen Lehrkommentar zum Strafgesetzbuch der DDR, der von der „Juristischen Hochschule Potsdam" herausgegeben wurde. Die Lehrinhalte entsprachen weitestgehend den Arbeitserfordernissen des Ministeriums für Staatssicherheit. So wurde das Recht der DDR zumeist nur unter „politisch-operativen" Gesichtspunkten betrachtet.

Nach Abschluß des Studiums verlieh die Hochschule ein Diplom als „Diplom-Jurist". Die „Juristische Hochschule Potsdam" besaß auch das Recht, weitere akademische Grade zu verleihen. In der gegenwärtigen Situation in der DDR ist davon auszugehen, daß eine durchaus beachtenswerte Anzahl ehemaliger MfS-Mitarbeiter jetzt als „Diplom-Jurist" oder gar als promovierter Jurist auf Arbeitssuche geht. Die DDR entwickelt sich jetzt endlich zum Rechtsstaat; die Gesellschaft wird sich ähnlich der der Bundesrepublik Deutschland zur Rechtsgesellschaft entwickeln. Die Anzahl der Rechtsangelegenheiten wird sich sprunghaft vervielfachen, und entsprechend steigt der Bedarf an Juristen in der DDR. Bisher besteht die Möglichkeit, daß diese an der MfS-Hochschule ausgebildeten „Juristen" an allen entsprechenden Stellen in der Gesellschaft, sowohl als freie Rechtsanwälte als auch im Staatsdienst als Juristen arbeiten.

Um die demokratische Entwicklung in der DDR sowie den Aufbau einer wirklich unabhängigen Justiz nicht zu gefährden, sollte dringend geprüft werden,

810 Dieser Artikel gibt den Wortlaut des Antrages wieder, der am 03.05.1990 vom Bürgerkomitee Leipzig an die Volkskammer geschickt wurde.

wie eine Unterwanderung der Justiz und der Verwaltung mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern verhindert werden kann.

Bürgerkomitee
Auflösung MfS

Dokument 106

Offener Brief des Bürgerkomitees an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig, Leipzig 17.05.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.

Pressekonferenz 17.05.1990

An alle
demokratischen Parteien der Stadt Leipzig[811]

Das Bürgerkomitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für MfS/AfNS (im folgenden: Bürgerkomitee) in Leipzig bittet dringend die demokratischen Parteien in dieser Stadt um Unterstützung.

Die Arbeit des Bürgerkomitees kann wegen der anfallenden Arbeit der politischen Auflösung des ehemaligen Amtes MfS/AfNS in absehbarer Zeit nicht beendet werden. Große Mengen von Akten- und anderem Material sind noch zu sichern, zu sichten und zu verzeichnen und für eine Nutzung und Einsichtnahme durch Befugte vorzubereiten.

Die politische Aufarbeitung all dessen, was sich mit „Staatssicherheit" verbindet, die queckenhafte Durchwucherung der gesamten Gesellschaft, ist in der Phase der Herausbildung der neuen Demokratie dringender als je.

Die moralische und materielle Unterstützung unserer Arbeit läßt aber zu wünschen übrig. Ehrenamtliche Mitglieder des Bürgerkomitees erleiden immer deutlicher Nachteile in ihrer beruflichen Entwicklung. Die Zeit, die sie beim Bürgerkomitee verbringen, fehlt ihnen zur Gründung einer neuen Existenz im wirtschaftlichen Umbruch. Und auch sonst spürt das Bürgerkomitee Mißtrauen von staatlichen Institutionen. Die Mitglieder des Bürgerkomitees können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Mißtrauen und Unwillen gegen ihre Arbeit bewußt von denen geschürt wird, deren Arbeitseinheiten und Strukturen zu zerstören das Bürgerkomitee angetreten ist. Dabei sollte jedem Demokraten einsichtig sein, daß die Zerschlagung der Arbeitseinheiten und Strukturen des ehemaligen Amtes MfS/AfNS für die neue Demokratie lebensnotwendig ist. Das Bürgerkomitee hat immer das ehemalige Amt für MfS als schärfste Waffe der Diktatur des Proletariats unter Führung der allmächtigen und antidemokratischen Partei verstanden, dessen Lebenselement die Konspiration war, ist und sein wird. So sieht das Bürgerkomitee es als wichtigste Aufgabe der Gegenwart an, im Interesse der Sicherung der Ergebnisse der Herbstrevolution 1989, die in Leipzig ihren Ausgang nahm, und zu der sich entfaltenden Demokratie, die Konspiration aufzuhellen, um zu verhindern, daß die Kräfte des Alten aus

811 Im Selbstverständnis des Bürgerkomitees war mit dieser Formulierung die PDS nicht angesprochen.

dem Untergrund heraus Unruhen in der Bevölkerung schüren oder erneut aktiviert werden.

Welcher Demokrat würde im Kampf gegen die Feinde der Demokratie abseits stehen können? Kann eine durch freie Wahlen legitimierte Regierung, können die demokratischen Parteien das Bürgerkomitee in seinem Ringen um gesellschaftliche Erneuerung allein lassen?

In dieser Situation appellieren wir an Ihre Partei – und bitten darum, unsere folgenden Forderungen zu unterstützen:

– Archiv- und anderes Material, das Auskunft gibt über Strukturen, Arbeitsweise, Zugehörigkeit des und zum ehemaligen MfS/AfNS, das die ideelle und materielle Schädigung der Gesellschaft und von Einzelpersonen dokumentiert und das Konspiration offenlegt, darf auf keinen Fall vernichtet werden,

– Archiv- und anderes Material darf im Interesse der bespitzelten Bürger keinem anderen Geheimdienst übergeben werden; es darf nicht aus dem Bezirk gebracht werden,

– Archiv- und anderes Material darf keinem verfassungsmäßigen Organ zum dauernden Verbleib oder zur Verhinderung der Einsichtnahme übergeben werden; es ist zu gewährleisten, daß das Bürgerkomitee oder ein aus ihm heraus neu zu bildendes Organ ständig die demokratische Kontrolle wahrnehmen kann,

– das Bürgerkomitee oder ein aus ihm heraus neu zu bildendes Organ muß auch in Zukunft – sollte [k]eine Unterstellung des Archiv- und anderen Materials unter ein verfassungsmäßiges Organ – in die Archivierung und Verwaltung des Archiv- und anderen Materials einbezogen bleiben,

– die Arbeit des Bürgerkomitees muß auch in Zukunft materiell sichergestellt werden (z. B. Bereitstellung von Kopiergerät),

– die ständig beim Bürgerkomitee tätigen Mitglieder müssen sozial sichergestellt werden (z. B. bezahlte Freistellung von mindestens 4 VbE [Vollbeschäftigteneinheiten] bis Ende 1990 allein zum Zweck der Archivierung und Magazinierung der Akten),

– das Archiv- und andere Material muß so eingelagert werden, daß ein Zugriff bzw. eine Nutzung, z. B. zum Zweck einer Überprüfung, sofort möglich ist, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht umfassend geschehen kann; deshalb schlägt das Bürgerkomitee vor die Institutionalisierung der Arbeit zur politischen Auflösung des ehemaligen Amtes MfS/AfNS in einem Dokumentationszentrum zur Aufbewahrung, Verwaltung des Archiv- und anderen Materials und für die Öffentlichkeitsarbeit; es müßte ein besonderes Gebäude zur Verfügung gestellt werden,

– Erfahrungen und Kenntnisse der Mitglieder des Bürgerkomitees sollten genutzt werden von zu bildenden parlamentarischen Untersuchungsgremien.

Dokument 107

Antrag auf finanzielle Unterstützung an das staatliche Komitee für die Realisierung einer Ausstellung, Leipzig 18.05.1990

Quelle: Kopie in: BKL Ablage Ausstellung.

Bezirksarbeitsstab Leipzig
zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit
Große Fleischergasse 2, PSF 625
Leipzig, 7010 Leipzig, den 18.5.90

An das
Komitee zur Auflösung des
Amtes für Nationale Sicherheit
Gottlindestraße Haus 40
Berlin
1130

Betr.: *Finanzielle Unterstützung bei der Realisierung einer Ausstellung*

Das Bürgerkomitee hat während des Auflösungsprozesses Gegenstände und Materialien gesammelt, die wichtige Zeitdokumente für den geschichtlichen Aufarbeitungsprozeß der Staatssicherheit sind.

Die Ausstellung wird von der Graphikerin Angelika Pohler und von Mitgliedern des Bürgerkomitees vorbereitet. Leider hat das Bürgerkomitee nicht die finanziellen Mittel, eine Ausstellung vorzufinanzieren.

Wir bitten Sie, dem Antrag des Bürgerkomitees nachzukommen, eine entsprechende Geldsumme für die Ausstellung bereitzustellen. Der Betrag könnte aus den Einnahmen einer solchen Ausstellung zurückgezahlt werden.

[gez.] Machlitt
Machlitt
Leiter des Arbeitsstabes

Nachtrag [handschriftlich]

Der Rat des Bezirkes würde sich verpflichten, die Hälfte der Summe (5000,-) zu spenden. Das Komitee sollte die andere Hälfte tragen. Die Einnahmen aus der Ausstellung sollten für soziale Zwecke bzw. für Opfer verwendet werden.

[gez.] Ma.

[handschriftlich] Zur Zeit geht nichts!

[gez.] Eichhorn 31/5

[handschriftlicher Vermerk]

Herrn W. Palm
In den uns vom Staatshaushalt für die Auflösung zur Verfügung gestellten Mittel sind solche für solche Ausstellungen nicht enthalten und können nicht übernommen werden.

Wer muß solchen Ausstellungen zustimmen?

[gez. unlesbar]

Dokument 108

Schreiben des Bürgerkomitees Leipzig zum Ministerratsbeschluß vom 16.05.1990, Leipzig 22.05.1990

Quelle: SStAL BT u RdB 39970 (RTL-11. Sitzung), unp.

Bürgerkomitee Leipzig
Ausschuß zur Auflösung des MfS/ANS
Dittrichring 22-24
7010 Leipzig, den 22.05.1990

Zum Ministerratsbeschluß vom 16. Mai 1990

(„Beschluß über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen *Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für nationale Sicherheit (MfS/AfNS) ergeben“)*

Am 15.5.1990 wurde auf einer Pressekonferenz des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (MfIA) in Berlin die Verabschiedung über „weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ergeben“ bekanntgemacht.

Der Wortlaut des Beschlusses war keinem der anwesenden Journalisten zugänglich. Innenminister Diestel gab eine Erklärung ab, die sich allgemein mit der Auflösung des MfS/AfNS beschäftigte, aber keine konkreten inhaltlichen Angaben zu obigem Beschluß enthielt.

Auf hartnäckiges Nachfragen eines Journalisten hin wurde der Punkt 14 des Beschlusses verlesen:

„Es ist zu gewährleisten, daß das ehemalige MfS vom Ministerium für Nationale Verteidigung, vom Ministerium des Inneren, der Generalstaatsanwaltschaft und der Militärstaatsanwaltschaft übernommene Schrift- und Archivgut in vollem Umfang kurzfristig an die genannten staatlichen Organe zurückzuführen ist.“

Den Bürgerkomitees ist aus Gesprächen und Verhandlungen im Vorfeld bekannt, daß außerdem weitere Maßnahmen zur sozialen Absicherung ehemaliger MfS-Mitarbeiter, die Übernahme des gesamten Schrift- und Archivgutes des MfS durch das MfA sowie weitreichende Sperrfristen und Einschränkungen der Benutzbarkeit des Schrift- und Archivgutes enthalten sein sollen.

Dieser Beschluß wurde den Leitern der Bezirksarbeitsstäbe des Staatlichen Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS am 21.5.1990 auf einer Beratung personengebunden und mit der Maßgabe, daß nichts an die Öffentlichkeit dringen darf, übergeben.

Die offensichtliche Taktik der Geheimhaltung des Beschlusses durch das MfIA, der nach Erklärung Diestels seit 16.5.1990 geltendes Recht darstellt, erinnert in erschreckender Weise an die Verfahrensweise in der DDR vor dem 9. Oktober vergangenen Jahres.

Die Durchsetzung dieses Beschlusses würde bedeuten, daß eine historische Aufarbeitung der Arbeitsweise des ehemaligen MfS unmöglich wäre und somit die Mechanismen des Überwachungsstaates weiterhin im Dunkeln blieben. Damit entsteht die Gefahr, daß, aufbauend auf den alten Strukturen, neue Mechanismen der Überwachung und Unterdrückung greifen können.

Das Bürgerkomitee setzt diesem Ministerratsbeschluß den Vorschlag der Einrichtung bezirklicher Dokumentationszentren ähnlich der Einrichtung einer Forschungs- und Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus in der DDR in der Berliner Normannenstraße (siehe Vorlage 9/5 des Zentralen Runden Tisches vom 22.1.1990) entgegen. In diesen Dokumentationszentren sollten Untersuchungsausschüsse arbeiten, die einer parlamentarischen Kommission sowie der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig sind.

Anlage: Offener Brief des Bürgerkomitees an alle demokratischen Parteien der Stadt Leipzig vom 17.05.1990 [vgl. Dokument 106]

Dokument 109

Festlegung über Verfahrensweise zur Herauslösung der Offiziere des MfS im besonderen Einsatz (OibE), Leipzig 25.05.1990

Quelle: Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Berlin, o.Sig.

Leipzig, den 25.5.90

Verfahrensweise zur Herauslösung der OibE

Zur vollständigen Auflösung der Strukturen und Arbeitsweisen des ehemaligen MfS/ANS wird im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft festgelegt:

1. Die als OibE beschäftigte[n] hauptamtliche[n] Mitarbeiter werden aus den geeigneten Karteiunterlagen festgestellt.
2. Auf der Grundlage dieser Festlegung werden in allen Einzelfällen die betroffenen Mitarbeiter in vertraulichen Gesprächen, durch Mitglieder der von den Regierungsbevollmächtigten bestätigten Untersuchungsgruppe und Mitarbeiter des Arbeitsstabes, zur möglichen Beendigung ihrer im Auftrag des MfS/ANS wahrgenommenen Aufgaben befragt.
3. Zur konsequenten Beendigung der MfS/ANS-Tätigkeit in anderen Bereichen wird in Abhängigkeit vom Ergebnis dieses Gespräches für jeden Einzelfall eine weitere Verfahrensweise festgelegt.
4. Die Wahrung des Personen- und Quellenschutzes gegenüber der Öffentlichkeit wird von allen Beteiligten dieser Überprüfung garantiert. Weitere direkt in der Folge notwendiger Entscheidungen einzubeziehende Leiter werden ebenfalls auf die Einhaltung dieses Personen- und Quellenschutzes verpflichtet.

[gez.] Machlitt Leiter des Arbeitsstabes	[Unterschrift unleserlich] Sonderbeauftragter der BDVP	[gez.] Sélitrenny Untersuchungsgruppe Bürgerkomitee

Dokument 110

Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an Innenminister Peter-Michael Diestel zum verantwortungsvollen Umgang mit den Akten des MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle, Leipzig 02.06.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR und Innenminister,

Herrn Dr. Diestel,

zum verantwortungsvollen Umgang mit Schriftgut und Informationen im weiteren Prozeß der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle

---

Die Gesellschaft der DDR befindet sich inmitten des Prozesses der Überwindung alter stalinistischer Strukturen. Entscheidende Bedeutung hierfür hat das Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS. Nicht zuletzt ist es erforderliches Arbeitsmittel bei der finanziellen und materiellen Auflösung des ehemaligen Ministeriums. Eine Archivierung im herkömmlichen Sinne ist aus diesem Grunde ausgeschlossen, weil damit obengenannte Aufgaben undurchführbar würden.

Auf Grund der gesellschaftlichen Relevanz und der umfassenden Kompetenzen, die für die verantwortungsvolle Arbeit mit dem Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS erforderlich sind, ist durch die Volkskammer der DDR ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß einzusetzen, dem alle Rechte und Pflichten der juristischen und politischen Aufarbeitung des MfS-Schriftgutes zugeordnet werden müssen.

Wegen der faktisch vorhandenen Strukturierung des Schriftgutes und der finanziellen/materiellen/organisatorischen Verflechtung auf der Ebene der Bezirke der DDR sind regionale (bezirkliche) *Dokumentationszentren* einzurichten, die unter inhaltlicher Leitung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß und unter unmittelbarer Einbeziehung von Ausschüssen, die durch die örtlichen Parlamente legitimiert sind, arbeitsteilig die eingangs genannten Aufgaben lösen.

Es sind Strukturen zu finden, die berücksichtigen, daß weder die politisch/juristische Aufarbeitung und die finanzielle/materielle Auflösung voneinander zu trennen sind, noch eine Verfügungsgewalt durch die zum überwiegenden Teil mit alten Mitarbeitern besetzten Einrichtungen und Ministerien wahrgenommen werden darf. Das Ministerium des Innern, das derzeit die gesamte Verantwortung und Verfügungsgewalt übertragen bekommen hat, ist

ungeeignet, da es engstens mit dem MfS verflochten war und dies bis heute nicht aufgearbeitet hat.

Laut Ministerratsbeschluß 6/6/90 vom 16.05.1990 übernimmt das Staatsarchiv alles Schriftgut des ehemaligen MfS/AfNS sowie seine Aufarbeitung und Bewertung; dabei ist nicht vertretbar, daß:

– Die Erschließungs- und Bewertungsgrundsätze sind für das üblicherweise dort archivierte historische Material des Staatsarchives ausgelegt. Für das MfS-Schriftgut sind diese nicht anwendbar.

– Erst nach einer grundsätzlichen Aufarbeitung des gesamten Bestandes können Archivierungs- und Kassationsrichtlinien festgelegt werden, die u. a. eine geeignete Vorauslösung und Verwertung von Beweismitteln zur politisch/juristischen Rehabilitierung Geschädigter gewährleisten.

– Das Staatsarchiv der DDR, das dem Ministerium des Innern unterstellt ist, hat in der Vergangenheit wesentlich an der Zurückhaltung von Informationen und der Verfälschung von Geschichte mitgewirkt.

  Die geltenden gesetzlichen Regelungen haben noch keine grundsätzlichen Veränderungen in diesem Bereich herbeigeführt.

  Um zusätzliches Schriftgut zu übernehmen, wurde ausgerechnet die Einstellung von Mitarbeitern des ehemaligen SED-Apparates und weiterer belasteter Organisationen organisiert.

– Nach gesicherten Erkenntnissen des Bürgerkomitees standen leitende Mitarbeiter des derzeitigen Staatsarchivs langjährig in direkter Zusammenarbeit mit dem MfS.

Dem Ministerium des Innern kommt daher ausschließlich die äußere Sicherung der zu schaffenden Dokumentationszentren zu. Das mit Mitgliedern der vormaligen SED-Regierungsstrukturen und ehemaligen MfS-Mitarbeitern besetzte Komitee ist sofort unter eine nicht politisch belastete neue Leitung zu stellen und ausschließlich mit den materiellen/vertraglich-rechtlichen bzw. arbeitsrechtlichen Aufgaben der Auflösung des MfS/AfNS zu betrauen.

Das Bürgerkomitee Leipzig fordert aus diesem Grunde eine grundsätzliche personelle Umbesetzung des Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS sowie eine erneute und exakt definierte Bestimmung seiner Aufgaben, Rechte und Pflichten.

So ist u. a. erforderlich, daß durch das Komitee und seine bezirklichen Arbeitsstäbe die materiell-technische und finanzielle Sicherstellung der zu bildenden bezirklichen Dokumentationszentren übernommen wird, während deren inhaltliche Arbeit und Rechenschaftspflicht nur durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Volkskammer bzw. arbeitsteilig durch die Ausschüsse der lokalen Parlamente überwacht und angeleitet wird.

Rahmenaufgabe des Dokumentationszentrums ist, unabhängig vom politischen Tagesinteresse die Stasi-Vergangenheit politisch-historisch und juristisch aufzuarbeiten, Ermittlungen gegen Schuldige einzuleiten sowie auf die Rehabilitierung Geschädigter hinzuwirken.

Grundsätzlich darf keinerlei bei der Auflösung sichergestelltes Material oder Schriftgut vernichtet werden!

Ebenso ist zu unterbinden, daß dieses Schriftgut oder Informationen daraus für geheimdienstliche Arbeit weitergenutzt, an geheimdienstliche Organisationen oder andere weitergegeben werden.

Eine weitere Vermischung inhaltlich-politischer und rechtlich-materieller Aufgaben in der Verantwortungszuordnung zum Komitee und den bezirklichen Arbeitsstäben ist unvertretbar.

Mitgliedern der existierenden Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS muß dabei die Möglichkeit eingeräumt werden, nach Bestätigung durch die lokalen Parlamente die Arbeit in den bezirklichen Dokumentationszentren haupt- oder nebenberuflich aufzunehmen.

In diesem Sinne sollte den lokalen Parlamenten bei Zusicherung eines Finanzausgleiches aus dem zentralen Haushalt weitgehend Autonomie bei der organisatorischen und strukturellen Gestaltung der bezirklichen Dokumentationszentren gegeben werden.

Darüber hinaus erklärt das Bürgerkomitee Leipzig seine Bereitschaft, Erfahrungen, die es bei seiner bisherigen Arbeit zur Auflösung des MfS/AfNS gewonnen hat, umfassend und mit Personen in die Untersuchungsausschüsse einzubringen.

Leipzig, den 02.06.1990

Bürgerkomitee Leipzig
zur Auflösung des MfS/AfNS

[gez.] Tobias Hollitzer

Dittrichring 22-24
7010 Leipzig

Dokument 111

Innenminister Dr. Diestel und Leipziger Bürgerkomitee am Pfingstsonntag im Gespräch, Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 03.06.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Pressemitteilung

Innenminister Dr. Diestel und Leipziger Bürgerkomitee am Pfingstsonntag im Gespräch

Nach öffentlicher Kritik der geplanten Übergabe des Schriftgutes des ehemaligen MfS/AfNS an das Staatsarchiv, wie das mit dem Ministerratsbeschluß vom 16.05. festgelegt wurde, suchte Innenminister Dr. Diestel am Pfingstsonntag das Gespräch mit dem Leipziger Bürgerkomitee.

In dem zweieinhalbstündigen Gespräch, das durch Vermittlung des DSU-Vorstandes zustande kam, wurden in einer sehr sachlichen und konstruktiven Atmosphäre die beiderseitigen Standpunkte zu grundsätzlichen Fragen detailliert besprochen.

Ausgangspunkt war die Feststellung übereinstimmender Standpunkte zu folgenden Grundsätzen:

– die politisch/juristische Geschichtsauffassung muß unbedingt weiter durchgesetzt werden; eine Rehabilitierung Geschädigter ist dabei vorrangig;

– ein Mißbrauch des Schriftgutes muß unter allen Umständen ausgeschlossen werden;

– die Regelungen zum Umgang mit dem Schriftgut dürfen eine notwendige Strafverfolgung nicht behindern;

– eine Atmosphäre der Diffamierung in der Gesellschaft muß verhindert werden;

– politische Verantwortung und Entscheidungskompetenz liegen in der parlamentarischen Kontrolle durch die Volkskammer; es ist erforderlich, parlamentarische Kontrolle auf die regionale Ebene (Bezirksstädte) zu übertragen, da eine Zentralisierung des MfS-Schriftgutes nicht vertretbar ist;

Mitglieder der Bürgerkomitees sollten in die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse integriert werden, dabei wird ihre soziale Absicherung gewährleistet.

Beide Gesprächspartner stellten Standpunkte vor, die gegenseitig akzeptiert wurden und für die politische Lösungen noch nicht gefunden sind.

Der Innenminister konnte überzeugend darstellen, welche Probleme sich aus der möglichen Benutzung des MfS-Schriftgutes nach der politischen Vereinigung Deutschlands ergeben könnten und erklärte seinen Willen, einer Diskriminierung derjenigen Personen vorzubeugen, zu denen personenbezogene Daten gesammelt wurden. Beide Gesprächspartner sind davon überzeugt, daß Entscheidungen hierüber nur in der DDR zu treffen sind.

Das Bürgerkomitee begründete die Ablehnung der Übergabe der Verfügungsgewalt über Materialien und Schriftgut des ehemaligen MfS an das Staatsarchiv. Es stellte die Notwendigkeit fest, daß durch regionale Untersuchungsausschüsse der jeweiligen Parlamente der Bezirksstädte in den bezirklichen Sonderdepots die Geschichtsaufarbeitung und die Rehabilitierung Geschädigter vorgenommen werden muß.

Einer weiteren Klärung und Entscheidung bedarf die längerfristige Zielstellung und Verfahrensweise, die für das Schriftgut des ehemaligen MfS, insbesondere für Unterlagen mit Hinweisen auf Personen auch nach der politischen Einheit Deutschlands vorgesehen werden soll.

Das Bürgerkomitee ist gegen eine Vernichtung des MfS/AfNS-Schriftgutes.

Im weiteren Gespräch wurde vereinbart, daß zwei bis drei Vertretern des Leipziger Bürgerkomitees die Möglichkeit gegeben wird, direkt in Berlin an Konzepten der Dokumentationszentren für die bezirklichen Sonderdepots mitzuarbeiten und damit die Überleitung der Aufgaben an die zukünftigen Länder vorzudenken.

Im Ergebnis des Gespräches wurde deutlich, daß die konstruktive und verantwortungsbewußte Arbeit des Leipziger Bürgerkomitees durch Innenminister Diestel anerkannt wird und von seiner Seite der Wunsch besteht, den weiteren Prozeß der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS und die anstehende Geschichtsaufarbeitung gemeinsam mit den Bürgerkomitees unter parlamentarischer Kontrolle durchzusetzen.

Das Leipziger Bürgerkomitee übergab in diesem Zusammenhang ein Papier mit Vorschlägen zum „verantwortungsvollen Umgang mit Schriftgut und Informationen im weiteren Prozeß der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle“.

Leipzig, den 3. Juni 1990

Bürgerkomitee Leipzig
Ausschuß zur Auflösung des MfS

Dittrichring 22-24
7010 Leipzig

Dokument 112

Antrag des Bürgerkomitees Leipzig an das Stadtparlament bezüglich seiner Weiterarbeit im Untersuchungsausschuß der SVV, Leipzig 05.06.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Das Bürgerkomitee Leipzig bittet das Stadtparlament um die Weiterarbeit in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Das Bürgerkomitee Leipzig bildete sich am 4.12.1989 aus einer angespannten Situation heraus, die nur durch das verantwortungsbewußte Handeln Einzelner nicht eskalierte. Vom ersten Tag an fühlten sich alle Mitglieder des Bürgerkomitees der Öffentlichkeit verpflichtet und durch sie legitimiert.

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft entstanden Vereinbarungen und Richtlinien (siehe Anlagen), die durch die vom Runden Tisch des Bezirkes Leipzig eingesetzte Koordinierungsgruppe bestätigt wurden und damit Grundlage der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS bildeten. Es ist bis heute nicht möglich, ein Ende des Prozesses zu benennen, da die politische Auflösung des verfassungsfeindlichen, flächendeckenden geheimdienstlich tätigen Ministeriums, einschließlich der zahlreichen Verquickungen zur ehemaligen SED und anderen, noch zu leisten ist. Nach den nun stattgefundenen freien Wahlen müssen diese Aufgaben durch Untersuchungsausschüsse der entsprechenden Parlamente weitergetragen werden. Auf die Erfahrungen der Bürgerkomitee-Mitarbeiter sollte dabei nicht verzichtet werden.

Wir bitten deshalb, daß in diesen parlamentarischen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung 15 Mitglieder aus dem Bürgerkomitee Leipzig zur bezahlten Tätigkeit berufen werden.

Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert, daß diesem Ausschuß ein aus der Bürgerbewegung kommender Leiter vorsteht, der seit dem Beginn dieser Tätigkeit die inhaltliche Arbeit getragen hat.

Die Mitglieder des Bürgerkomitees arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen. Durch eine Koordinierungsgruppe, der der Leiter des Untersuchungsausschuß vorsteht, wird diese Arbeit demokratisch zusammengeführt mit anderen im Rahmen der bestehenden Sicherheitspartnerschaft. In jeder Arbeitsgruppe können ehrenamtliche Mitglieder des Bürgerkomitees auch weiterhin arbeiten. Als inhaltliche Orientierung für die Arbeit des Untersuchungsausschuß übergibt das Bürgerkomitee Leipzig beiliegend „Vorschläge des Bürgerkomitees Leipzig an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR und Innenminister, Herrn Dr. Diestel, zum verantwortungsvollen Umgang mit Schriftgut und

Informationen im weiteren Prozeß der politischen Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS und der dabei notwendigen parlamentarischen Kontrolle“. [vgl. Dokument 110]

Leipzig, 05.06.1990

[gez.] Rita Sélitrenny

Bürgerkomitee

[gez.] Frank Deichmann

Dokument 113

Offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig und des Untersuchungsausschusses der SVV Leipzig an die Volkskammer der DDR, Leipzig 26.06.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Leipzig, den 26. Juni 1990

Offener Brief

An die
Volkskammer der DDR
Sonderausschuß zur Auflösung des MfS/AfNS

Am Donnerstag, dem 21. Juni 1990, tagte in Berlin die Regierungskommission zu Fragen der weiteren Auflösung des MfS/AfNS und der Verfahrensweise mit Dokumenten und Materialien des ehemaligen Ministeriums. Den anwesenden Vertretern des Leipziger Bürgerkomitees, die nach Ansicht des Staatssekretärs Dr. Stief nur ausnahmsweise teilnehmen konnten, wurde ein Beschluß der Regierungskommission zur Kenntnis gegeben, der besagt, daß alle Akten und Unterlagen des MfS/AfNS die Personendaten enthalten, DDR-weit in ein Zentraldepot konzentriert und gesichert werden sollen.

Obwohl Innenminister Dr. Diestel dem Bürgerkomitee Leipzig am Pfingstsonntag (3. Juni 1990) eine personelle Beteiligung an der Ausarbeitung einer Konzeption für die weitere Verfahrensweise bei der Sicherung und Aufarbeitung des Schriftgutes des ehemaligen MfS/AfNS zugesagt hatte, wurde das Bürgerkomitee Leipzig von dem am 14. Juni 1990 von der Regierungskommission gefaßten Beschluß sehr überrascht.

Dieser Beschluß gefährdet die Aufarbeitung des gesellschaftlichen Problems „STASI“ (Intaktheit der Archive ist nicht gewährleistet; Aufarbeitung ohne regionalen Bezug ist nicht zu leisten), ohne die Sicherheit der Aufbewahrung der Dokumente und Materialien zu erhöhen.

Die Leipziger Bevölkerung fordert eine Aufarbeitung des Materials vor Ort in Leipzig durch den Untersuchungsausschuß des Stadtparlaments. Die gemeinsame Beschlußvorlage aller Bürgerkomitees für die Volkskammer, die diesem Schreiben beiliegt, beinhaltet einen Verfahrensweg, der diesen Forderungen gerecht wird.

Wir bitten Sie deshalb, diese Vorlage zum Gegenstand einer Beschlußfassung zu erheben.

Bürgerkomitee Leipzig

Parlament. Untersuchungsausschuß

der Stadt Leipzig

Dokument 114

Schreiben des Bundesinnenministeriums zum Volkskammergesetzentwurf an das Ministerium des Innern der DDR, Bonn 21.08.1990

Quelle: Bürgerkomitee: Materialien I, Leipzig 30.01.91.

Der Bundesminister des Inneren

Geschäftszeichen(bei Antwort bitte angeben)	(0228)	Datum
IS 2 – 620 220/19	681-4485	21. August 1990

Per Telefax – Nr. 030 – 393 40 24 –
Ministerium des Inneren
Abteilung Recht
z. Hd. Herrn Professor Dr. Schüßler
Mauerstr. 34 – 38
1086 Berlin

Betr.: Gesetzentwurf über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Schüßler,

in der Regierungskommission am Donnerstag, 16. August d. J., wurde ich gebeten, die Auffassungen der Bundesregierung zu dem vorgenannten Gesetzentwurf zu übermitteln. In einer Ressortbesprechung am 17. d. Mts. ist die Auffassung der betroffenen Bundesministerien und des Bundesbeauftragten für den Datenschutz mit folgendem Ergebnis ermittelt worden:

1. Dem von den Mitarbeitern des Ausschußvorsitzenden Gauck erarbeiteten Entwurf wird nachdrücklich widersprochen.
2. Nach einhelliger Auffassung müßten die Archivbestände zentral verwaltet werden. Eine zentrale Lagerung wird nachdrücklich befürwortet.
3. Die Leitung des Archivs soll einem Sonderbeauftragten unterstellt werden. Es wird vorgeschlagen, den Präsidenten des Bundesarchives der Bundesrepublik Deutschland in Personalunion damit zu beauftragen. Eine solche Übertragung auf ein Organ der Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 8 der verfassungsrechtlichen Grundsätze der DDR möglich.
4. Eine differenzierte Vernichtungsregelung wird unbedingt als erforderlich angesehen.

5. Die Bundesministerien halten auch nach dem Beitritt der DDR eine gesamtdeutsche gesetzliche Übergangsregelung für notwendig. Sie soll in Kraft bleiben, bis der gesamtdeutsche Gesetzgeber eine neue gesetzliche Regelung erläßt.

Ich wäre dankbar, wenn Sie verabredungsgemäß dieses Ergebnis den Herren Peter und Gill übermitteln könnten.

Mit freundlichen Grüßen

[gez.] Werthebach

Dr. Werthebach

Dokument 115

Erklärung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS zum Verbleib der Stasi-Akten in den Bezirken nach der Vereinigung, Leipzig 09.09.1990

Quelle: Kopie beim Autor.

Bürgerkomitees der DDR
zur Auflösung des ehemaligen Ministeriums
für Staatssicherheit Leipzig, am 09.09.90

An den Präsidenten
der Bundesrepublik Deutschland

An die Präsidentin
des Bundestages

An die Mitglieder
der Fraktionen

An die Mitglieder des Bundesrates

An den Senat der Stadt Berlin

Erklärung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS/AfNS zum Verbleib der Stasi-Akten in den Bezirken nach der Vereinigung

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit der Bevölkerung und später in deren Auftrag haben die Bürgerkomitees über mehrere Monate hinweg die Sicherung der Akten übernommen.

Im rechtsfreien Raum sind wir aus eigenem Verantwortungsgefühl korrekt mit den Akten umgegangen. Wir fühlen uns bis heute für den weiteren Umgang mit den Stasi-Akten verantwortlich.

Das Volkskammergesetz vom 24. August über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit halten wir für sehr geeignet, die Interessen der betroffenen Bürger zu sichern:

– Die persönlichen Daten der Betroffenen werden grundsätzlich geschützt, Mißbrauch ist so weit wie möglich ausgeschlossen;

- Die Voraussetzungen für umfassende Rehabilitierungen von Betroffenen sind festgelegt;
- Für die Bürger ist weitreichende Auskunftserteilung vorgesehen, wenn es sich um sie selbst betreffende Daten handelt;
- Es bietet den bestmöglichen Schutz vor Tätigkeit offizieller und inoffizieller Mitarbeiter der Stasi an gesellschaftlichen Schaltstellen;
- Es ermöglicht die Verfolgung von Straftaten, die in Zusammenhang mit dem Wirken des MfS stehen und
- es ermöglicht die unbequeme, aber notwendige Aufarbeitung unserer Geschichte.

Wir sehen es als wesentlich an, daß die Akten in der Hoheit der entstehenden Länder bleiben, die sich über eine gemeinsame Vorgehensweise einigen sollen.

Damit ist gesichert, daß die Akten dort verbleiben, wo sie angelegt wurden, wo Betroffene mit der notwendigen Sensibilität die Akten aufarbeiten und die parlamentarische Kontrolle darüber ausüben.

Wir fordern nachdrücklich, daß das Gesetz vom 24. August in seiner jetzigen Gestalt nach der Einigung fortgilt. Die Volkskammer hat dieses Gesetz in seltener Einmütigkeit am 24. August beschlossen und in der darauffolgenden Woche die Forderung nach Aufnahme in den Einigungsvertrag bekräftigt. Es ist uns unverständlich, daß sich beide deutsche Regierungen über den Willen unseres demokratisch legitimierten Parlaments hinweggesetzt haben.

Das hat die berechtigten Sorgen der Menschen hervorgerufen und zu entschiedenen Reaktionen der Bevölkerung geführt.

Wir bitten Sie darum, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß das Gesetz vom 24. August, das den Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes der DDR repräsentiert, in seiner ursprünglichen Form in den Einigungsvertrag aufgenommen wird.

Für den Bezirk	Schwerin	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Rostock	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Potsdam	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Leipzig	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Halle	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Magdeburg	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Erfurt	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Gera	[gez.] Unterschrift

Für den Bezirk	Suhl	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Dresden	[gez.] Unterschrift
Für Berlin		[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Frankfurt	[gez.] Unterschrift
Für den Bezirk	Chemnitz	[gez.] Unterschrift

Dokument 116

Brief des Bürgerkomitees Leipzig an den Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker, Leipzig 04.12.1990

Quelle: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Materialien I, Leipzig 1991, S. 65 – 66.

Bürgerkomitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS Leipzig
Dittrichring 22-24
Leipzig
7010

An den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Richard von Weizsäcker
Bonn Leipzig, den 4.12.90

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Mitglieder des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit arbeiten seit dem 4. Dezember 1989 an der Auflösung des MfS und der Offenlegung all seiner Verbindungen zu den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft.

Als die Stasizentrale in Leipzig am 4. Dezember 1989 von Bürgerinnen und Bürgern besetzt wurde, führte Hans Modrow die Regierung. Unter seiner Regentschaft konnte die SED/Stasi wesentliche Teile ihrer Logistik tarnen. Die Nachfolgeorganisation der Stasi wurde zwar nicht installiert, Unterstützung für die Bürgerkomitees von dieser Regierung blieb jedoch wie erwartet aus. Das vom ersten frei gewählten Parlament eingesetzte Kabinett de Maizière führte diese Politik weiter.

Bis heute konnten sich Offiziere im besonderen Einsatz (OibE), Unbekannte Mitarbeiter (UMA) und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) in Führungspositionen behaupten. Statt Unterstützung bei der Offenlegung zu leisten, ordnete Herr Diestel die Vernichtung von Akten einer ganzen Stasi-Abteilung (Abteilung Auslandsaufklärung) an und beschäftigte Offiziere der Stasi in seinem Ministerium.

Das Volkskammergesetz vom 24. August 1990 über den Umgang mit den Unterlagen des MfS enthielt wesentliche Vorstellungen des Bürgerkomitees:

– dezentrale Verwaltung der Sonderarchive auf Landesebene,

– politische, juristische und historische Aufarbeitung,

– Verbot geheimdienstlicher Nutzung der Stasiunterlagen.

Obwohl mit überwältigender Mehrheit der Volkskammer beschlossen und wiederholt bekräftigt, wurde das Gesetz nicht in den Einigungsvertrag einbezogen.

Erst nach heftigen Protesten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Hungerstreiks in Berlin, Leipzig, Dresden, Halle und anderen Städten wurde zusätzlich eine Vereinbarung ausgehandelt, die die Übernahme von Grundzügen des Volkskammergesetzes in gesamtdeutsches Recht versprach. Diese Vereinbarung wurde anfangs politisch sehr hoch bewertet. Die Umsetzung in ein Bundesgesetz steht jedoch aus.

Hat die Bundesregierung an der Aufarbeitung der vierzigjährigen SED/Stasi-Geschichte kein Interesse?

Vom Bundesministerium des Inneren wurden Stasioffiziere eingestellt. Diese Stasi-Mitarbeiter beim Bonner Ministerium verfügen über personenbezogene Finanz- und Besoldungsunterlagen der ehemaligen Stasikollegen und sichern im Namen der Bundesregierung die Fortzahlung von Geldern für verfassungswidrige Handlungen in der SED-Zeit.

Während die ehemaligen Stasi-Offiziere bereits seit fast zwei Monaten beim Bundesministerium des Inneren angestellt sind, haben Mitarbeiter in der Behörde des Sonderbeauftragten für Stasiakten bis heute weder Arbeitsvertrag noch Gehalt.

Seit Januar dieses Jahres wird von den Bürgerkomitees die Aufarbeitung der Stasivergangenheit angemahnt. Diese Aufarbeitung von Aufgaben, Strukturen und Methoden der Unterdrückungsmaschinerie ist die Voraussetzung für Geschichtsbewußtsein und Demokratie in den fünf neuen Bundesländern. Aufarbeitung heißt auch, alte und neue Seilschaften aufdecken. Aufarbeitung heißt, belastete und korrupte Leiter in öffentlichem Dienst und Wirtschaft durch fähige und integre Personen zu ersetzen. Dies geschieht nicht im Selbstverlauf.

Seit dem 3. Oktober gibt es keine juristische und institutionelle Basis für die weitere Aufarbeitung für die weitere Auflösung des MfS. Die Sicherung und die Verwahrung von Akten durch die Behörde Gauck genügen nicht. Die Sonderbehörde muß auch bei der Auflösung des MfS aktiv werden. Wer außer ihr kann sagen, wo die meisten Stasimitarbeiter noch auf alten Plätzen sitzen. Aber sie darf nur auf Anfragen reagieren.

Die Behörde ist nach zentralistischen Gesichtspunkten konzipiert. Damit werden die Aktivitäten der Archive vor Ort blockiert. Alle Entscheidungen werden nach Berlin gezogen – jeder Dienstweg aus dem Haus muß gemeldet werden –, so daß am Ort Unbeweglichkeit und Bürgerferne die Arbeit belasten.

Wir Bürger aus den fünf neuen Bundesländern wollen unsere Vergangenheit nicht von anderen aufgetischt bekommen. Wir Betroffenen wollen keine altbundesdeutschen Vorgesetzten. Aber wir bitten um Ihre Hilfe in Sachfragen und bei der materiellen Ausstattung. In den Bürgerkomitees wurden viele

wichtige Erfahrungen gesammelt, was uns fehlt, ist die nötige Ausbildung. Unterstützen Sie unsere Ausbildung.

Uns fehlen Möglichkeiten zum Dialog mit der Bevölkerung. Unterstützen Sie die Entstehung von Publikationen, Filmen und Gedenkstätten!

Unsere Aufarbeitung braucht Ihre Unterstützung!

Herr Präsident, wir bitten Sie im Interesse der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern um Ihre Unterstützung bei der Aufarbeitung der Vergangenheit.

im Auftrag Hochachtungsvoll

[gez.] Tobias Hollitzer [gez.] Konrad Taut

Bürgerkomitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS Leipzig

Dokument 117

Erklärung der sächsischen Staatsregierung zum Umgang mit den Stasi-Akten, vorgetragen von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf auf der Landespressekonferenz, Dresden 09.04.1991

Quelle: BKL Ablage Gesetzentwurf.

Sächsische Staatsregierung Dresden, am 9. April 1991

Der Regierungssprecher

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, trug am Dienstagnachmittag folgende Erklärung der Staatsregierung des Freistaates Sachsen der Landespressekonferenz vor:

1. Der Umgang mit der Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes der SED ist unbefriedigend. Nicht nur die Menschen in unseren Land, sondern alle Deutschen erwarten zu Recht, daß die Strukturen des unmenschlichen Repressionsapparates offengelegt und politische Ämter, der öffentliche Dienst und sonstige verantwortliche Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft konsequent von Menschen freigehalten werden, die Mitarbeiter oder Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes waren. Dies geschieht nicht erkennbar und schnell genug. Die Ungeduld der Menschen wächst und birgt eine weitere Gefahr der Destabilisierung in sich.

2. Die dringend erforderliche Erarbeitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Bonn hat bisher hinter verschlossenen Türen stattgefunden, ohne daß die Länder im Osten, um deren vorrangige Angelegenheit es geht, auch nur informativ daran beteiligt wurden, obgleich dies nachdrücklich erbeten worden war.

3. Die Staatsregierung ist mit Erfolg darum bemüht, grundsätzlich aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes die ehemaligen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zu entfernen. Sie nimmt mit äußerstem Befremden zur Kenntnis, daß das Bundesinnenministerium die beim Staatssicherheitsdienst beschäftigt gewesenen Paßkontrolleure angestellt hat und auch ins Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen beabsichtigt. Die Paßkontrolleure der ehemaligen DDR waren allesamt getarnte hauptamtliche Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Als unerträglich empfindet es die Staatsregierung außerdem, daß ca. 150 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter, darunter hohe Offiziere des Staatssicherheitsdienstes, mit Verträgen bis Januar 1992 beim Bundesverwaltungsamt, das dem Bundesinnenministerium untersteht, in den ehemaligen Bezirksstädten beschäftigt sind.

4. Die Staatsregierung vertritt folgenden Standpunkt:

4.1. Die sechs Länder Ostdeutschlands müssen durch Vertreter der Regierung und der Parlamente sowie der Bürgerkomitees in die Erarbeitung des Gesetzentwurfes zum Umgang mit den Staatssicherheitsunterlagen einbezogen werden.

4.2. In dem Gesetz muß ein maßgeblicher Einfluß der sechs Länder Ostdeutschlands auf die Verwaltung und Arbeitsweise der Sonderbehörde abgesichert sein. Die Staatsregierung wird einer Regelung, die eine zentralistisch aufgebaute, bundesunmittelbare Behörde vorsieht, nicht zustimmen können. Sie schlägt vor, die Behörde in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem satzungsmäßig deutlich von den Ostländern bestimmten Verwaltungsrat und parlamentarischer Kontrolle auszugestalten.

4.3. Das Gesetz muß eine „Vorfahrtsregelung“ für die im Interesse der Allgemeinheit einzuholenden Auskünfte über Mandatsträger und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes enthalten.

4.4. Die Dienststelle des Sonderbeauftragten Gauck muß sofort und vordringlich personell so ausgestattet werden, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Dabei sind in erster Linie engagierte und geeignete Bewerber, die bisher schon an der Sicherung der Hinterlassenschaft des Sicherheitsdienstes beteiligt waren, zu berücksichtigen, selbst wenn sie nicht den Maßstäben der Laufbahnordnungen entsprechen. Die Auswahlkriterien müssen transparent sein.

4.5. Die Staatsregierung fordert das Bundesinnenministerium auf, ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gemäß den Bestimmungen des Einigungsvertrages aus seinem Geschäftsbereich zu entfernen.

Dokument 118

Erklärung zur Überprüfung der Vergangenheit von Juristen in zulassungspflichtigen Berufen in den neuen Bundesländern, Leipzig 03.03.1992

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig zur Auflösung des MfS e.V. Leipzig, 03.03.1992

Überprüfung der Vergangenheit von Juristen in zulassungspflichtigen Berufen in den neuen Bundesländern

Die letzte Volkskammer der DDR beschloß die Einsetzung von Richterwahlausschüssen zur Überprüfung der Vergangenheit von Richtern und Staatsanwälten. Die Bürgerkomitees zweifelten aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem Umgang mit den Stasi-Akten diese Methode stark an. Die hochgradige Verstrickung der Justiz der DDR in das politische System der Repression (in der DDR wurde die Justiz immer offiziell als „ein Machtinstrument der herrschenden Klasse“ angesehen) ließ es angebracht erscheinen, Funktionsträger dieses Systems grundsätzlich von der weiteren Berufsausübung auszuschließen und lediglich in Ausnahmefällen einer Neuzulassung zuzustimmen.

Neben den Richtern und Staatsanwälten waren auch die Rechtsanwälte und Notare nach dem Verständnis der „sozialistischen Rechtspflege“ Teil dieses Systems. Ausdruck dessen ist u. a. auch die SED-Mitgliedschaft von 100% der Richter und Staatsanwälte, jedoch waren am 1. Mai 1989 von den 54 im Bezirk Leipzig zugelassenen Rechtsanwälten lediglich 12 Anwälte parteilos und 8 Rechtsanwälte Mitglieder einer Blockpartei. Von den derzeit beim Bezirksgericht Leipzig zugelassenen Anwälten sind mindestens 50 Rechtsanwälte als hochgradig belastet einzustufen. Unter ihnen befinden sich ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, ehemalige hohe SED-Nomenklaturkader (z. B. der letzte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und der für Kirchenfragen, Sicherheitspolitik und Ausreiseangelegenheiten zuständige Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig), Staatsanwälte und Richter, die an von der Stasi gesteuerten politischen Prozessen beteiligt waren sowie frühere Rechtsanwälte, die ihre anwaltliche Schweigepflicht gegenüber der Stasi grob vernachlässigten.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Zahl der Notare mit einer belastenden Vergangenheit erheblich höher liegt, weil hier aufgrund der derzeitigen Verhältnisse in den neues Bundesländern ein „schnelles Geschäft“ auch mit geringen Rechtskenntnissen zu erwarten ist.

Wir halten daher folgende Schritte für dringend erforderlich:

1. Überprüfung aller Bewerber für und Inhaber von zulassungspflichtigen juristischen Berufen auf ihre Verstrickungen im Repressionssystem der DDR.
2. Beachtung der Rolle der Prozeßbeteiligten im Zuge von Rehabilitationsprozessen von in der DDR zu Unrecht Verurteilten.
3. Novellierung der entsprechenden Gesetze, um eine klare Rechtslage bezüglich der Voraussetzungen für zulassungspflichtige juristische Berufe zu schaffen.
4. Verstärkung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen aktiv Beteiligte am Repressionssystem der Justiz in der DDR.

Dokument 119

Pressemitteilung Bürgerkomitee Leipzig zur Aktenschließungskampagne, Leipzig 03.12.1993

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)
Dittrichring 24
04003 Leipzig

Tel: 0341/294405
Fax: 0341/2117478

Leipzig, den 03.12.1993

Mitteilung zum Pressegespräch

Erhalt und Öffnung der Stasi-Akten – eine Forderung der Wende 1989

Am 4. Dezember 1989 traten wir an, um die weitere Vernichtung der Stasi-Hinterlassenschaft zu verhindern und handelten damit im Sinne breitester Teile unserer Bevölkerung. Wir erinnern nur an den tausendfachen Ruf vor der Leipziger Stasi-Zentrale: „Keine Akten in den Reißwolf!“ und „Jedem seine Akte!“.

Das Stasi-Unterlagengesetz ist die logische Folge dieser Forderungen der Leipziger Montagsdemonstrationen. Es ist bisher einmalig, daß der Geheimdienst einer Diktatur auf diese Weise und im Sinne der Opfer offengelegt wird. Daß dies möglich ist, erzeugt Vertrauen in demokratische Strukturen dieses Landes. Es bietet eine bisher einmalige und viel genutzte Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Brennende Akten – ein Freudenfeuer für die einstigen Täter!

Wir sind zutiefst verwundert und empört über das, was Bundeskanzler Helmut Kohl aus Anlaß der jüngsten Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 4.11.93 in Berlin zum Thema Stasi-Akten äußerte.

Wir fragen uns beklommen, zu wessen Anwalt sich Bundeskanzler Kohl mit dieser so unverhüllt geäußerten „privaten“ Meinung machen will. Bereits vor einem halben Jahr äußerte er sinngemäß, daß ein Mistkäfer ist, wer noch immer in den Akten wühlt.

Wollte der Bundeskanzler die Aktenhinterlassenschaft „nur“ schließen, sollen sie nach dem öffentlich geäußerten Willen des einstigen Bürgerrechtlers Friedrich Schorlemmer verbrannt werden.

Nachdem er im Sommer 1991 ein Tribunal zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit forderte, stellt er sich mit seinen jüngsten Äußerungen auf die Stufe der Spurenverwischer. In fieberhafter Aktivität brannten vor genau vier Jahren – heimlich hinter Stasimauern – überall die Öfen, rotierten die Reißwölfe und Kollermaschinen. Am 4. Dezember 1989 beendeten friedliche Bürger das schändliche Tun der Stasi-Offiziere.

Schorlemmers Wunsch nach dem Freudenfeuer und dem bereits festgelegten Zündtermin (1.1.96) vollendet das Stasi-Vernichtungswerk. Einen Unterschied allerdings gibt es: Dreist und in aller Öffentlichkeit fordert der mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels Gekrönte diesen Akt der Vernichtung der eigenen Geschicke und Geschichte. Damit gefährdet er den inneren Frieden, und den Glauben an die Demokratie nachhaltig. Der Verleumdung wird so Tür und Tor geöffnet, und die ehemaligen Täter würden die einzigen Zeugen sein. Es würde sich wiederholen, was 40 Jahre eine wesentliche Grundlage der Diktatur war: bewußte Machtausübung mittels des Monopols an Wissen und Informationen.

Bischof Forck äußerte, daß das Lesen der Akten nur das Land vergiften würde und blanker Unsinn wäre. Er maßt sich an, die Opfer der SED/Stasi-Diktatur in „richtige und falsche“ zu unterteilen. Nach seiner Meinung dürften die einen ihre Akten zum Zwecke der Rehabilitierung einsehen, den anderen will er dies versagen.

Solche Unterscheidungen in richtige und falsche Opfer ist eine Verhöhnung derer, die in diesen 40 Jahren gelitten haben. Die Staatssicherheit hat nicht alle Menschen ins Gefängnis gebracht, sondern vielen das Recht auf Bildung, berufliche Entwicklung, auf freie Persönlichkeitsentfaltung schlechthin versagt.

Regine Hildebrand verhöhnt das ernsthafte Bemühen Vieler um ihre eigene Vergangenheit, indem sie die Antragsflut auf Akteneinsicht in der Gauckbehörde als Gesellschaftsspiel bezeichnet.

Die Vergangenheit interessiert noch immer

Grundbedingung für die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist die Information über das Gewesene. Mit unserer Ausstellung „STASI – Macht und Banalität“ leisten wir dazu einen Beitrag.

Wie die Besucherzahlen belegen, hat das Interesse an diesem Thema nicht nachgelassen: Monatlich zählen wir 1.200 bis 1.500 Besucher aus dem In- und Ausland. Dazu kommen Gruppenführungen mit anschließenden Diskussionsrunden mit 200 bis 300 Personen pro Monat.

Infolge der Äußerungen zur Aktenschließung stellten nach Auskunft der Gauckbehörde wesentlich mehr Menschen Anträge auf Akteneinsicht als in den Vormonaten.

Es darf keine Schließung der Akten mit dem Herrschaftswissen der einst Mächtigen geben.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bildete zusammen mit der Staatspartei – SED – nahezu 40 Jahre das Rückgrat des totalitären Systems der DDR. Die archivalischen Hinterlassenschaften dieses Ministeriums sind ein Kernstück der schriftlichen Überlieferungen aus der untergegangenen DDR. Sie berichten personen- und sachbezogen aus allen Zweigen des gesellschaftlichen Lebens: der Wirtschaft, der Kultur, den Bildungseinrichtungen, Parteien, Organisationen und den Kirchen. Sie geben Einblick in die Arbeitsweise des Repressionsapparates und bieten Zeugnis von der langjährigen Einschüchterung und Verfolgung wirklicher und vermeintlicher Gegner der DDR. Die politische, historische, juristische und persönliche Aufarbeitung der letzten 40 Jahre auf dem Gebiet der DDR ist ohne den Zugang zu diesen Beständen unmöglich.

Jedem würde die Möglichkeit genommen, sein Schicksal im Spiegel dieser Unterlagen nachzuvollziehen, der Lüge und auch der Wahrheit zu begegnen. Die immer wieder heraufbeschworene Vision der Hexenjagd nach dem Aktenstudium blieb aus.

Daß ein Land nach einer friedlichen Revolution seine Archive verbrennt, wäre wohl einmalig – eine Aufarbeitung der Geschichte unmöglich. Es würde dann heißen: Diese Zeit habe es nie gegeben. Eine ungeheuerliche Vorstellung! Erst dann hätten DDR-Bürger 40 Jahre tatsächlich umsonst gelebt.

Wir können Geschichte nicht dadurch bewältigen, daß wir sie partiell verschweigen. Auf diese Weise ü b e r wältigt die Geschichte uns selbst. Die Stasi ist leider bittere Wahrheit gewesen. Die ungeschminkte Offenlegung all ihrer heimtückischen Strukturen könnte – so ist zu hoffen – zu einem heilsamen Schock führen, könnte uns immun machen gegen mögliche Versuchungen der Zukunft. Das deutsche Volk muß lernen, Konsequenzen zu ziehen aus seinem bisherigen Fehlverhalten. Die Stasi gehört zu unserer Vergangenheit. Sie hat viele Menschen – so oder so – geprägt. Wir können uns jetzt nicht von den unliebsam gewordenen historischen Wurzeln trennen, indem wir sie einfach leugnen. Das versuchte schon Erich Honecker, indem er das Erbe des Dritten Reiches leugnete und die DDR zum Sieger des Zweiten Weltkrieges hochstilisierte. Derartige Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Das Schließen der Dokumente käme einer Generalamnestie der Täter und ihrer Helfershelfer gleich.

Wie soll begangenes Unrecht als solches begriffen werden, wenn es nicht beim Namen genannt wird? Wenn Verbrechen, die durch den SED- und Stasistaat in tausendfacher Weise begangen wurden, plötzlich nicht einmal mehr der Rede wert sind?

Die Lehre für nachfolgende Generationen darf nicht heißen, daß sich Zivilcourage unter Diktaturen nicht lohnt, Willfährigkeit dagegen von eigenem Nutzen und selbst im nachhinein nicht nachteilig ist.

Wenn wir nicht auf dem eingeschlagenen Weg des Lebens *mit* unserer Vergangenheit weitergehen, fürchten wir um weiteren Verlust von ethischen und moralischen Werten unseres Volkes.

Wenn dieser Weg in aller Ehrlichkeit beschritten wird, könnte der Welt auch die Angst vor einem vereinten selbstherrlichen, geschichtseitlen und gar zu selbstbewußten „Großdeutschland“ genommen werden.

Die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist unabdingbare Voraussetzung für die Versöhnung in unserem Volk. Wer Brücken schlagen will, muß erst die Breite des trennenden Abgrundes kennen, sonst verrechnet er sich beim Bau.

Dokument 120

Presseerklärung zur Verantwortung des DDR-Innenministers Diestel für Vernichtungen von MfS-Akten, Leipzig 11.04.1994

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung des MfS
Dittrichring 24
04103 Leipzig

Tel.: 0341/294405
Fax: 0341/2117478

Leipzig, den 11.04.94

Diestel trägt Verantwortung für Aktenvernichtung

Am 11. April 1994 fand vor dem II. Senat des Oberlandesgerichtes Dresden die Berufungsverhandlung im Verfahren auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Bürgerkomitee Leipzig statt. Die vom ehemaligen Innenminister der de Maizière Regierung, Dr. Peter Michael Diestel, beantragte einstweilige Verfügung wurde nicht erlassen.

Herr Diestel hatte u. a. verlangt, dem Bürgerkomitee die Aussage zu verbieten, daß er für die Vernichtung von Akten des MfS, einschließlich der Hauptverwaltung Aufklärung, irgendwelche Verantwortung trägt.

Nach Auffassung des Senates kann dem Bürgerkomitee Leipzig im Rahmen der freien Meinungsäußerung nicht verwehrt werden, weiterhin zu behaupten, daß Diestel politische Verantwortung für Aktenvernichtung der Hauptverwaltung Aufklärung zu seiner Amtszeit als Innenminister trägt.

Das Bürgerkomitee bleibt bei seiner Meinung, daß in der Amtszeit von Herrn Diestel Akten vernichtet wurden, und er dafür die ressortmäßige Verantwortung trägt.

Anlaß für den Rechtsstreit ist ein Schreiben vom 18. April 1990, in dem Diestel eine Anordnung zum Abtransport von Akten aus Leipzig zur Vernichtung mit Unterschrift bestätigt. Dieses Schreiben ist im Rahmen der zeitgeschichtlichen Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität“ im Museum in der „Runden Ecke“ ausgestellt. An diesem Schreiben befindet sich der strittige Kommentar, der Diestels Verantwortung für Aktenvernichtung beschreibt.

Um in der Öffentlichkeit bisher zwar nicht aufgetretene, aber nach Auffassung des Senates mögliche Mißdeutungen zu vermeiden, ließ sich das Bürgerkomitee auf einen Vergleich ein, wonach es künftig den Eindruck vermeiden wird, als seien die 1990 in dem von Diestel bestätigten Schreiben angeforderten Akten vernichtet worden. Hierzu ist es in der Tat nicht gekommen, da Mitglieder des Bürgerkomitees Leipzig die geplante Vernichtung 1990 verhinderten.

Dokument 121

Dankbrief nach einer Führung einer 9. Klasse [Auszug], Pressing 08.07.1996

Quelle: BKL Ablage Führungen.

Klasse 9a [...] Pressing, 08.07.1996
[...]

Museum in der Runden Ecke
Dittrichring 24
04003 Leipzig

Verehrte Frau Hollitzer!

Unser Besuch im [...] Museum des Leipziger Bürgerkomitees am 12.06.1996 hat uns tief beeindruckt.

Schon die Flecken auf der Außentreppe, über die wir achtlos gegangen wären, haben Sie uns erklärt. Woher hätten wir auch wissen können, daß es die Reste der brennenden Kerzen sind, die Leipziger Bürger hier auf den Treppen zum Eingang des ehemaligen STASI-Gebäudes abstellten? [...]

Am wertvollsten für uns unerfahrene „Wessis“ waren die von Ihnen freimütig vorgetragenen Hinweise und Ihre ureigensten Erfahrungen[...]. [Es] grub sich in unser Gedächtnis eine Kette von Rechtsbrüchen der Obrigkeit ein, die nur eine Aufgabe verfolgte: **Verhinderung von Massenbewegungen, Erhaltung der Macht der Partei und gleichzeitig der Ohnmacht der Zivilbevölkerung.**

Peinlich berührten uns die Methoden des Eindringens in intimste Bereiche des Privatlebens. Geruchsproben und Meldungen über GV stellen sich uns als perverseste und frechste Eingriffe dar. **Die Erinnerung an solche Rechtsbrüche muß in Form dieses von Ihnen betreuten Museums des Bürgerkomitees Leipzig e. V. wachgehalten werden.**

Wer soll uns sonst warnen und erinnern? Bürgerrechte als Ausdruck der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Menschenrechte müssen auch in Zukunft von uns Bürgern gehütet, mißtrauisch bewacht und von der Obrigkeit eingefordert werden. Wir haben den Eindruck, daß immer dann, wenn die Obrigkeit, sprich die Staatsorgane, in die Bürgerrechte eingreifen, mit welcher Begründung auch immer, – neuerdings mit der Notwendigkeit des Abhörens ausländischer Mafiosi und Geldwäscher –, ist noch weit mehr in Gefahr. Wer garantiert uns die weise Beschränkung der Verfassungsschutzorgane und des Polizeiapparats auf die genannten Personengruppen? Wer legt die Grenzen des Lauschangriffs auf Wohnungen und Büroräume fest? Wer überwacht deren Einhaltung?

Länder, deren Mächtige der Mehrheit der Bevölkerung mißtrauen, neigen dazu, erst ihre eigene Bevölkerung zu terrorisieren, bevor sie über ihre Nachbarvölker herfallen und mit Krieg überziehen, gepaart mit einer maßlosen Medienpropaganda. All diese Apparate dienen nur dem einen Zweck, der Selbsterhaltung des Machtapparates und der Pfründesicherung der Mächtigen. Das Naziregime und das der DDR sind für uns die beiden deutschen Beispiele unseres Jahrhunderts. Wohin wir nunmehr vereinigten Deutschen treiben, haben wir selbst in der Hand.

Leipzig hat uns einen der elegantesten Wege der deutschen Geschichte gezeigt, Mächtigen die Stirn zu bieten.

Ihre Klasse 9a mit Klassenlehrer aus Pressig
[gez.] vom Klassenlehrer und allen Schülern]

Dokument 122

Pressemitteilung zur geplanten Schließung der Außenstelle Leipzig des BStU, Leipzig 14.04.1997

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)
Dittrichring 24
Postfach 345
D-04003 Leipzig

Tel.: 0341/9612443
Fax: 0341/9612499

Leipzig, den 14.04.1997

Pressemitteilung

Schärfster Protest gegen die geplante Schließung von Außenstellen der Gauck-Behörde

Mit Entsetzen und Empörung nahmen wir zur Kenntnis, daß der Bundesrechnungshof vorgeschlagen hat, acht Außenstellen der Gauck-Behörde zu schließen.

Vom ersten Tag der Auflösung der Staatssicherheit an setzten wir uns für die Aufbewahrung und die Aufarbeitung der Akten am Ort ihrer Entstehung ein. Auch in der Diskussion um gesetzliche Regelungen zum Umgang mit den Stasiakten war dies eine wesentliche Forderung. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Besetzungen der Stasi-Archive – auch der „Runden Ecke" in Leipzig – im September 1990, als im Einigungsvertrag die Verbringung der Akten in das Bundesarchiv nach Koblenz festgeschrieben werden sollte. Dies wurde mit Erfolg verhindert.

Die Außenstellen der Behörde in jedem ehemaligen DDR-Bezirk verdeutlichen auch die diktatorische Verwaltungsstruktur. In ihrem Gegensatz zur heutigen föderalen Verwaltungsstruktur sind sie somit zu einem Lernort der ganz besonderen Art geworden. Die Bürger wollen hier direkt vor Ort in „Ihre" Akten einsehen. Zunehmend beschäftigen sich aber auch Forschungen mit regionalen Themen. So wird das abstrakte Ausmaß der Diktatur konkret und verständlich.

Eine Schließung von Außenstellen würde als Abschied von der Aufarbeitung in der Nähe der Bürger verstanden werden, als Ankündigung eines politischen Schlußstrichs. Dies muß verhindert werden.

Hohn auf die Zivilcourage der Leipziger Bürger

Die Zentren der ehemaligen Machthaber sind bereits mit Erfolg durch Umnutzung und Sanierung aus dem Blickfeld und damit aus dem Gedächtnis geraten. Die „Runde Ecke“ ist einer der letzten authentischen Orte, an dem sich das Erinnern an die Diktatur zu einem konstruktiven Prozess der Auseinandersetzung entwickeln kann. Dazu braucht es neben dem Museum in der „Runden Ecke“ auch die vielfältigen Möglichkeiten, die die Nutzung der Stasi-Akten hier vor Ort eröffnen.

Die Schließung der Leipziger Außenstelle wäre ein Hohn auf die Zivilcourage der Bürger, die die Auflösung dieses Unterdrückungsapparates gerade hier besonders vorangebracht haben.

Die offene „Runde Ecke“ ist für die Leipziger und die Besucher der Messestadt ein Symbol für Freiheit und Demokratie geworden. Es ist der authentische Ort, an dem Bürger in das Innere der DDR-Diktatur sehen können. Wer den Leipzigern die „Runde Ecke“ nehmen will, zerstört ein wesentliches Element der friedlichen Revolution in Deutschland.

Dokument 123

Presseerklärung des Bürgerkomitee Leipzig zum 27. DEKT in Leipzig, Leipzig 22.06.1997

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)
Dittrichring 24
Postfach 345
D-04003 Leipzig

Tel.: 0341/9612443
Fax: 0341/9612499

Leipzig, den 22.06.1997

Pressemitteilung

Kirchentagsteilnehmer suchten die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit

Die Besucher des 27. Deutschen Evangelischen Kirchentages aus Ost und West interessierten sich auch acht Jahre nach dem Fall der Mauer stark für die Geschichte der ehemaligen DDR. Für viele Besucher aus den alten Bundesländern war es die erste intensive Begegnung mit diesem Thema.

Das Museum in der „Runden Ecke“ mit der ständigen zeitgeschichtlichen Ausstellung „STASI – Macht und Banalität“ wurde während des Kirchentages von weit über 5.000 Teilnehmern besucht. Ebenso viele nahmen die Gelegenheit wahr, sich die Sonderausstellung „Kirchentage in Leipzig – 1954, 1978 und 1989“ anzuschauen.

Die ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, den Stasi-Bunker in Machern bei Leipzig, besichtigten 1.500 Kirchentagsteilnehmer.

Ungenügende oder verfälschte Information über Veranstaltungen zur DDR-Vergangenheit

Die Sonderausstellung, „Kirchentage in Leipzig – 1954, 1978 und 1989“, wurde am Vorabend der Kirchentages im Museum in der „Runden Ecke“ eröffnet. Diese Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Kirchentagsentwicklung in der DDR und der säkularisierten Gesellschaft, in der der diesjährige Kirchentag stattfand. Das Pressezentrum des DEKT informierte mit keinem Wort darüber. Die Ev. Wochenzeitung „Der Sonntag“, die täglich

mit einer Sonderausgabe erschien, verschwieg die Sonderausstellung ebenso wie die Nachrichtenagentur „epd“ oder die zum Kirchentag erscheinende Ausgabe von „Kirchentag aktuell“.

Am Donnerstagabend fand das vom Bürgerkomitee Leipzig kritisierte Podium „Ist Versöhnung möglich?“ statt. Die Sonderausgabe der Wochenzeitung „Der Sonntag“ berichtete darüber unter der Überschrift „Das Schuldbekenntnis des Roland Wötzel“. Das abgegebene Schuldbekenntnis – „Ich habe Bedrängten nicht genügend geholfen, auch wenn ich es gekonnt hätte...“ –, bezog sich allerdings nur auf einen Leiter eines Volkspolizeikreisamtes, der wegen der verbotenen Westkontakte seiner Tochter aus seiner Funktion entfernt wurde – Nomenklaturkader unter sich! Wötzel bedauerte weiterhin, daß er all jene enttäuscht habe, die „die einmalige Chance der Linken“, in der DDR eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, nutzen wollten. Denen gegenüber fühle er sich schuldig, aber nicht gegenüber den „offiziellen Strukturen der BRD“ (was immer das sein soll). Herr Wötzel bedauerte also, daß die DDR nicht mehr existiert und fand nicht ein einziges Wort des Bedauerns oder gar der Reue gegenüber den Opfern der SED-Diktatur (Dieser Begriff fiel an diesem Abend übrigens nicht ein einziges Mal).

Die Berichterstattung des „Sonntag“ machte aus Wötzels Aussagen fälschlicherweise ein Schuldbekenntnis. Auch die Meldungen des Pressezentrums des DEKT zitierten nur den ersten Teil: „Ich bedauere, Bedrängten und Bedrückten ... nicht geholfen zu haben“, verschweigt aber das Beispiel mit dem Leiter des Volkspolizeikreisamtes.

Nachdem Egon Bahr erneut äußerte, daß es die größte staatsmännische Leistung Adenauers gewesen sei, den Kommentator der Nürnberger Rassengesetze Globke ins Kanzleramt zu holen und damit seine Forderung nach einem DDR-Schlußgesetz begründete und Reinhard Höppner feststellte, daß die „Suche nach Schuldigen das Finden der Wahrheit behindere“, ist die Einschätzung Richard von Weizsäckers, diese Veranstaltung sei „ein zentraler Akzent des Kirchentages gewesen“, da Weizsäcker einen solchen Schritt der Versöhnung in der Öffentlichkeit noch nicht wahrgenommen habe, mit Sicherheit falsch.

Einen wirklich zentralen Akzent dagegen setzte die Veranstaltung am folgenden Abend in der gleichen Messehalle, die von ebenso vielen Teilnehmern besucht wurde wie am Vorabend. Bürgerrechtler und Opfer des SED-Regimes berichteten über ihre Erfahrungen und Leiden. Werner Rösler, der fast 10 Jahre unschuldig in Bautzen gesessen hatte, schloß mit den Worten: „Andere haben noch mehr gelitten als ich“. Die Bürgerrechtlerin Petra Streit, die von den Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit in den 80er Jahren erzählte, sagte am Ende, daß sie keinen Haß, sondern nur Trauer empfände. Die Opfer sind offenkundig schon weiter auf dem Weg der Versöhnung als die Täter.

Über diese Veranstaltung, die mit einem brillanten und zukunftsweisenden Vortrag des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, zur Frage „Nützt Diktaturerfahrung der Demokratie?“, schloß, berichtete weder

die Sonderausgabe des „Sonntag“ noch die Nachrichtenagentur „epd“. Selbst das Pressezentrum des Kirchentages gab auch am folgenden Tag keine Meldung dazu heraus.

Chance für Auseinandersetzung mit DDR-Vergangenheit in Leipzig nur ungenügend genutzt

Es drängt sich nach wie vor der Eindruck auf, daß Kirchentag und Kirche ein gestörtes Verhältnis zum ehrlichen Umgang mit der DDR-Vergangheit haben. Die Veranstaltung „Aus der Geschichte lernen, Mit der Geschichte leben“ wurde vom Bürgerkomitee Leipzig initiiert, nachdem aufgefallen war, daß dieses Thema im Kirchentagsprogramm keine Rolle spielen sollte.

Auf der abschließenden Pressekonferenz sagte die Generalsekretärin des DEKT, Margot Käßmann, daß das Thema DDR-Vergangenheit auf dem nächsten Kirchentag in Stuttgart „eine zentrale Rolle spielen soll“. Schade, daß diese Chance in Leipzig nur ungenügend und erst auf Drängen von außen wahrgenommen wurde. Bleibt zu hoffen, daß es in Stuttgart anders wird, denn daß dies ein zentrales Thema unserer Zeit ist und bleiben wird, dürfte unbestritten sein.

Dokument 124

Presseerklärung zur Buchlesung mit Markus Wolf, Leipzig 12.07.1997

Quelle: BKL Ablage Presseerklärungen.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)
Dittrichring 24
Postfach 345
D-04003 Leipzig

Tel.: 0341/9612443
Fax: 0341/9612499

Leipzig, den 12.07.1997

Pressemitteilung

Lesung von Stasi-General Wolf in Leipzig ist eine Beleidigung der Opfer

Am Montag soll der einstige Stasi-General Markus Wolf in den Räumen der Dresdner Bank am Leipziger Ring aus seinem jüngst erschienen Buch „Spionage-Chef im geheimen Krieg“ lesen. Veranstalter ist die ehemalige SED-Buchhandlung „Franz-Mehring-Haus“.

Trotz vieler Proteste in anderen Städten und Absagen halten die Veranstalter in Leipzig an dieser Einladung fest. Wir rufen alle Leipziger zum Protest gegen die öffentliche Lesung auf.

Amerika besitzt wenigstens die Aufrichtigkeit, Wolf die Einreise zu verweigern. Dort ist es überdies auch verboten, daß Verbrecher aus der Vermarktung ihrer Taten Gewinn schlagen. Auf diesen Gewinn haben die Opfer Anspruch.

Die Desinformation geht weiter:
Der stellv. Stasi-Minister liest aus seinen partiellen Erinnerungen

Der ehemalige Generaloberst des MfS Markus Wolf trägt Mitverantwortung für die Verbrechen und gesellschaftlichen Deformationen der 40-jährigen SED-Diktatur. Mit seinem Buch will er uns Glauben machen, daß die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der Staatssicherheit nur Auslandsspionage getrieben hätte und sich dabei nichts habe zu Schulden kommen lassen. Dies ist eine Lüge!

Die Spionage-Abteilung war fester Bestandteil des MfS und hat sich bis zum Schluß an den menschenfeindlichen Praktiken dieses Ministeriums beteiligt. Ohne die flächendeckende Überwachung des gesamten Volkes, vor allem dessen Kontakte in den Westen, hätten Markus Wolf und seine Stasi-Offiziere keine Arbeitsgrundlage gehabt. Sie bedienten sich der Ergebnisse der Postkontrolle oder des Abhörens von Telefongesprächen ebenso, wie sie gezielt auf

die gesammelte Aktenflut in den Stasi-Archiven zugriffen oder Beobachtungen und Ermittlungen in Auftrag gaben.

Die Hauptverwaltung Aufklärung warb Inoffizielle Mitarbeiter genauso wie alle anderen Abteilungen der Stasi. Die Akten hatten die gleichen Aktendekkel, die gleichen Formulare und wurden in einer gemeinsamen Kartei erfaßt.

Die Spionage-Abteilung war an der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beteiligt.

Seit Markus Wolf am 4. November 1989 auf der Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz sprach, strickt er an der Legende von der harmlosen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die nur Auflandsaufklärung betrieben hätte wie jedes andere Land auch. Dies ist zweifach falsch: 1. War die DDR kein Land wie jedes andere, sondern eine menschenverachtende Diktatur einer Partei, der SED. Zweitens war die HVA von Anfang an in die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung eingebunden und scheute auch vor Verbrechen, wie beispielsweise in den 50er Jahren Entführungen, nicht zurück.

In Leipzig konnte das Bürgerkomitee verhindern, daß die Akten der Spionage-Abteilung vernichtet wurden, da schon damals der Verdacht bestand, daß auch diese Abteilung an der Repression nach Innen beteiligt war. Nach damaliger Zählung sind allein ca. 700 Akten von Inoffiziellen Mitarbeitern dieser Abteilung erhalten geblieben. Eine erste Auswertung dieser Akten ergab 1990, daß über 80 % der IM DDR-Bürger waren, die nur für wenige Tage im Jahr in das „Operationsgebiet“ fuhren, wie der Westen im Stasi-Jargon hieß. Die überwiegende Zeit des Jahres lebten und arbeiteten diese Menschen in Leipzig und bespitzelten ihre Freunde, Bekannten oder Arbeitskollegen ebenso wie all die anderen IM des MfS. Manche waren auch direkt an Zersetzungsmaßnahmen beteiligt.

Nur die Akten können Desinformation verhindern

Keine andere Stasi-Abteilung lügt sich heute so unverfroren ihre frühere Tätigkeit zurecht wie die Truppe von Markus Wolf. Dies liegt unter anderem daran, daß diese Desinformationen selten durch Akten entkräftet werden können. Denn die HVA erhielt Anfang 1990 vom Zentralen Runden Tisch die Möglichkeit, sich selbst aufzulösen. Dieses Zugeständnis nutzte sie, um mit der Vernichtung der eigenen Akten zu beginnen. Da die Beseitigung dieses Aktenberges sehr langwierig war, wurde die Vernichtung auch unter der Verantwortung des letzten DDR-Innenministers Peter-Michael Diestel weitergeführt.

Wären die Akten der HVA nicht vernichtet worden, könnte heute Markus Wolf den toten Herbert Wehner nicht mit Anschuldigungen überziehen, die keiner überprüfen kann. Das neueste Buch von Markus Wolf zeigt in einmaliger Weise, was uns passiert wäre, wenn wir 1989/90 den Trägern der Diktatur

ihr Herrschaftswissen nicht entrissen und vor der Vernichtung bewahrt hätten. Durch den Erhalt der Akten können wir uns heute unser eigenes Bild über die – zum Glück – vergangene Zeit machen. Die damaligen Täter können sich zwar aus ihrer Sicht äußern, haben aber das Deutungsmonopol nicht mehr.

Heute sind diese Akten, durch das Stasi-Unterlagen-Gesetz geregelt, zugänglich und jeder kann sich gegen ungerechtfertigte Anschuldigen zur Wehr setzen. Gleichzeitig können aber auch Lügen als solche erkannt werden.